



Suchergebnisse: OLI

-3000 – Bier im alten Mesopotamien

Mesopotamien * Bier hat seinen Ursprung nicht in Bayern. Seine Geschichte reicht mehrere Jahrtausende zurück und ist eng mit der Sesshaftwerdung des Menschen und der Entwicklung des Getreideanbaus verbunden. Besonders im fruchtbaren Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris entstehen frühe Hochkulturen, in denen Brot und Bier zu den wichtigsten Grundnahrungsmitteln gehören. Aus der Zeit um 3000 v. Chr. stammen frühe bildliche und schriftliche Zeugnisse der Bierherstellung. Darstellungen auf Tontafeln zeigen die Verarbeitung von Emmer und die Darbringung von Bier als Opfergabe. Emmer ist eine frühe kultivierte Weizenart, die dem Dinkel ähnelt. Die Menschen Mesopotamiens beherrschen die alkoholische Gärung, ohne deren biologische Ursachen zu kennen. Aus Getreide und dem sogenannten Bierbrot „bappir“ stellen sie verschiedene Biere her. Das Getränk dient als alltägliches Nahrungsmittel, als Entlohnung und als Opfergabe für die Götter. Auch in den Erzählungen um Gilgamesch spielen Brot und Bier eine wichtige Rolle. Enkidu lebt zunächst außerhalb der menschlichen Gemeinschaft. Erst als er Brot isst und Bier trinkt, wird er mit den Lebensweisen der Menschen vertraut und in die Zivilisation aufgenommen. König von Uruk ist Gilgamesch. Eine sprachliche Verbindung zwischen dem sumerischen „bappir“ und dem deutschen Wort „Bier“ wird gelegentlich vermutet, lässt sich wissenschaftlich aber nicht sicher nachweisen.

-3000 – Frauen prägen die frühe Bierherstellung

Mesopotamien * In vielen antiken Gesellschaften liegt die Herstellung von Bier überwiegend in den Händen von Frauen. Da das Brauen aus der häuslichen Verarbeitung von Getreide und Brot hervorgeht, gehört es häufig zu ihren Aufgaben. Ausschließlich weiblich ist das Brauhandwerk jedoch nicht: In größeren und gewerblich organisierten Brauereien arbeiten auch Männer. Wie die alkoholische Gärung funktioniert, ist den Menschen damals noch unbekannt. Sie beobachten jedoch, dass sich der Vorgang zuverlässig wiederholen lässt. Hefen gelangen über Getreide, Früchte, Gefäße und die Umgebung in die Maische. Vermutlich verwenden die Brauerinnen außerdem Reste eines gelungenen Sudes als Gärstarter. Die frühere Annahme, Frauen gäben hormonell bedingt mehr Hefezellen über ihre Haut ab und könnten deshalb erfolgreicher brauen, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Hefen werden nicht vom menschlichen Körper erzeugt oder über die Haut ausgeschieden. Erst im 19. Jahrhundert wird erkannt, dass Hefepilze Zucker in Alkohol und Kohlendioxid umwandeln.



-2000 – Die Babylonier entwickeln die Braukunst weiter

Babylonien * Im 2. Jahrtausend v. Chr. verlieren die sumerischen Stadtstaaten ihre politische Bedeutung. In Mesopotamien entstehen neue Reiche, darunter Babylonien. Die Babylonier bauen auf den kulturellen und technischen Errungenschaften der Sumerer auf und entwickeln auch deren Braukunst weiter. Schriftliche Quellen nennen zahlreiche unterschiedliche Biersorten. Sie unterscheiden sich unter anderem durch die verwendeten Getreidearten, ihre Stärke und ihre Qualität. Bier ist ein wichtiges Grundnahrungsmittel, wird als Lohn ausgegeben und über weite Strecken gehandelt. Hinweise auf Exporte bis nach Ägypten sind jedoch nicht eindeutig belegt.

-15 – Römer bringen Weizen, Semmeln und die Breze

Land südliches des Limes * Mit der Eroberung des Landes südlich des Limes durch die römischen Legionen beginnt im Gebiet des heutigen Bayerns eine schrittweise Romanisierung. Die Römer hinterlassen zahlreiche kulturelle Spuren – darunter auch ihre Backkultur. Da sich das Land zwischen Alpen und Donau aus ihrer Sicht hervorragend als Kornkammer eignet, führen sie den Weizen in die Region ein. Aus diesem hochwertigen Getreide backen sie ihre simila. Im Althochdeutschen wird daraus semala – die Vorläuferin der heutigen Semmel. Das Wort bedeutet ursprünglich nichts anderes als „weißes Brot“. Auch das Wort Breze hat seine Wurzeln in dieser Zeit. Die Breze zählt zu den ältesten sogenannten Gebildbroten – Backwaren, deren Form eine symbolische Bedeutung trägt. Ihre verschlungenen Arme erinnern an die vor der Brust zum Gebet gekreuzten Arme. Bereits die Römer kennen dieses Gebäck. Sie bezeichnen es als bracciatellum („Ärmchen“ oder „Armbrot“), ausgesprochen etwa braziatellum. Aus diesem lateinischen Begriff entwickelt sich im Laufe der Jahrhunderte das deutsche Wort Breze.

306 – Die ersten rechtlichen Bestimmungen zur „Ehelosigkeit“

Elvira: Im 4. Jahrhundert hat man die ersten rechtlichen Bestimmungen zur „Ehelosigkeit“ und zur „Sexuel,„sexuellentsamkeit von Priestern“ erlassen.

420 – Der Kirchenlehrer Aurelius Augustinus beschäftigt sich mit den Hexen

Algerien * Aurelius Augustinus, einer der vier lateinischen Kirchenlehrer der Spätantike, hat sich bereits im frühen 5. Jahrhundert mit dem beschäftigt, was wir heute unter den Begriffen „Hexe“ und „Schadenszauber“ verstehen. Es geht ihm aber weniger um die Angst vor einer



schädlichen Magie, sondern vielmehr darum, den christlichen Glauben von allen Verunreinigungen durch den heidnischen und abergläubischen Irrglauben zu reinigen. Augustinus will die absolute Überlegenheit des katholischen Christentums propagieren und deutet deshalb die heidnischen Götter und Göttinnen zu teuflischen Dämonen um, die Luzifer hierarchisch unterstellt wären. Wer also in diesem Sinne Magie betreibt, macht sich automatisch des „Teufelspaktes“ schuldig;

22. Juni 431 – Das erste Marianische-Dogma der katholischen Kirche wird verkündet

Ephesus * Das Konzil von Ephesus beginnt. Es dauert bis zum 31. Juli. Auf dem Konzil wird das erste Marianische-Dogma der katholischen Kirche verkündet. Es lautet: „Maria ist Mutter Gottes.“

903 – Freising kann den karolingischen „Königshof Föhring“ erwerben

Föhring - Freising * Durch ein Diplom König Ludwig „des Kindes“ kann Freising den ganzen einstigen Herzogs- und nachmaligen karolingischen „Königshof Föhring“ erwerben.

1120 – Hugo von Payns gründet in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden

Jerusalem * Hugo von Payns gründet - mit acht weiteren französischen Rittern - in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden. Der hauptsächliche Zweck des Ordens besteht im Aufbau einer einheitlichen Organisation, die eine wirksame Polizeigewalt ausüben kann. Die Ritter haben die Sicherheit der Straßen und Wege zu gewährleisten, die heiligen Stätten sowie das Kirchengut zu schützen und bei Übergriffen auf den kirchlichen Besitz als Rächer aufzutreten. Ganz oben in der Aufgabenliste steht aber der militärische Schutz der christlichen Pilger, die von der Küste nach Bethlehem oder Jerusalem und von dort weiter nach Jericho und zur Taufstätte Jesu am Jordan wollen. Herumziehende Räuberbanden machen diesen Schutz notwendig. Die Initiative zur Gründung des militärisch-mönchischen Ordens geht von den Rittern selbst aus.

Doch als sich Ritter Hugo von Payns mit seinen Gefährten zusammenschließt, haben sie weder eine feste Bleibe noch eine Kirche. König Balduin II. von Jerusalem gibt ihnen Räume dicht bei der Stätte des alttestamentarisch-herodianischen Tempels neben dem Palast des Königs. Dadurch ist der ehemalige Tempel Salomons das Hauptquartier des Ordens und soll der Rittergemeinschaft den Namen geben. Zunächst nennen sie sich „Pauperes Commilitones Christi templique Salomonis“, also „Arme Ritter Christi vom Tempel Salomonis“ oder kürzer



„Fratres militiae templi“. Das heißt übersetzt: „Ritter vom Tempel“. Die Mitglieder der mönchischen Rittergemeinschaften müssen bei ihrer Aufnahme dazu die Gelübde der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams ablegen. Zwar wird von den wohlhabenderen Pilgern für den Schutz der Templer in Form von Schenkungen bezahlt. Dennoch sind die Anfänge der neu gegründeten Rittergemeinschaft noch von Armut gezeichnet.

1130 – Der gerechte Krieg ist als das kleinere Übel akzeptiert

Clairvaux * Für Bernhard von Clairvaux ist der gerechte Krieg als das kleinere Übel akzeptiert. Unter Christen ist er nur gerecht, wenn die Einheit der Kirche auf dem Spiel steht. Gegen die Juden, die Ketzer und die Heiden soll Gewalt vermieden werden, weil sich die Wahrheit nicht mit Gewalt durchsetzen lässt. Der Christ soll überzeugen, weshalb - aus der Sicht des später zum Heiligen erklärten Bernhard von Clairvaux - gegen diesen Personenkreis nur ein Verteidigungskrieg gerechtfertigt ist, bei dem er allerdings die Gewalt auf ein Mindestmaß reduziert wissen will. Vom Gerechten Krieg zum Heiligen Krieg ist es damit nicht mehr weit, solange er gegen die Heiden und Ungläubigen gerichtet ist. Bernhard von Clairvaux hebt in seinen Kreuzzugpredigten die islamische Aggression und Bedrohung der gesamten christlichen Kirche hervor. Sein Fazit lautet: Nur durch einen Gerechten und Heiligen Krieg kann der Frieden wieder hergestellt werden. Unter Frieden versteht der Kirchenmann die Aufrechterhaltung der gottgewollten Ordnung. Bernhard von Clairvaux will aus Raubrittern, Weiberhelden, Totschlägern, Meineidigen und Friedensbrechern zutiefst beherrschte, asketische und christliche Ritter machen. Dabei will er aber die natürlichen Triebe - wie Aggression - nicht unterdrücken, sondern sie durch höhere Ziele - sozusagen - veredeln. Im Zentrum seines Werkes steht deshalb der Begriff der „militia Christi“. „Gute Ritter“ kämpfen, um Glauben und Kirche zu verteidigen, „Schlechte Ritter“ wirken in prunkvollem Aufzug und folgen eigensüchtigen Motiven. In einer Werbeschrift für die Tempel-Ordensritter sagt der heilige Bernhard: „An erster Stelle stehen Disziplin und uneingeschränkter Gehorsam. Jeder kommt und geht, wie es der Vorgesetzte befiehlt. Jeder trägt die ihm zugeteilte Kleidung, keiner besorgt sich Nahrung oder Kleidung nach seinem Gutdünken. Hinsichtlich Ernährung und Gewandung gibt man sich mit dem Notwendigsten zufrieden und meidet alles Überflüssige. Die Templer leben maßvoll und fröhlich in einer Gemeinschaft, ohne Frauen und Kinder. Um der apostolischen Lebensweise möglichst nahe zu kommen, leben sie alle unter gleichen Bedingungen im gleichen Haus, auch nennen sie nichts ihr eigen, um einer einheitlichen Gesinnung und eines friedlichen Zusammenlebens willen. Ungebührliche Reden, nutzlose Beschäftigung, lautes Gelächter, heimliches Tuscheln und selbst unterdrücktes Kichern sind unbekannt. Sie verabscheuen Schach und Würfelspiel; sie hassen die Jagd, ja, sie erfreuen sich nicht einmal am Flug des Falken. Sie



verachten Komödianten, Taschenspieler, Schwätzer und zweideutige Lieder sowie Vorstellungen von Possenreißern, denn sie erachten das alles als sinnlose, nichtige Torheiten. Sie tragen das Haar kurz geschnitten, weil es ihrer Ansicht nach beschämend für einen Mann ist, langes Haar zu haben. Niemals übertrieben gekleidet, baden sie selten; sie sind schmutzig und behaart, und ihre Haut erscheint gebräunt vom Tragen des Kettenhemds und von der Sonne“. Die Glaubenskrieger sollen in die Schlachten Gottes ziehen. Und sollte ein Templer dabei sein Leben verlieren, so stirbt er selig als Blutzuge für den christlichen Glauben. In der Werbeschrift Bernhards liest sich das so: „Freue dich, starker Kämpfer, wenn du in dem Herrn lebst und siegst! Aber noch mehr frohlocke und rühme dich, wenn du stirbst und dich mit dem Herrn vereinst“. Die Gegner der Glaubenskrieger sind ja „nur“ Heiden ohne Glauben.

1140 – Das umfangreiche Imperium der Tempel-Ordensritter

Paris * Die Templer besitzen ausgedehnte Ländereien in Frankreich, England, Schottland, Spanien, Portugal, Flandern, Italien, im Deutschen Reich, Ungarn und in der Levante. Geschenkt wird ihnen vor allem für die Ablösung von Sünden sowie das Seelenheil des Spenders und seiner Angehörigen. Durch Tausch, Verkauf und Erwerb optimieren die Templer die Ertragslage ihrer Schenkungen zu wirtschaftlich lukrativen Gebilden. Da ihre Besitzungen hohe Renditen erwirtschaften, fließen dem Ritterorden daraus reichliches Einkommen zu. Viele ihrer landwirtschaftlichen Gründe haben sie verpachtet. Nur wenn sich die Ertragslage der Böden wirklich rentiert, dann bearbeiten sie diese auch in Eigenbewirtschaftung. Dafür holen sie sich eigens qualifizierte Spezialisten. In Spanien und auf den Balearen beschäftigen die Tempelherren dafür sogar geschickte Muslime. Durch ihren Kontakt zur jüdischen und islamischen Welt sind die Tempelherren recht weltoffen und für neue Wissenschaften und Ideen empfänglich geworden. Der Orden besitzt die fortschrittlichste Technologie der Zeit: im Bereich der Landwirtschaft, des Vermessungswesens, des Straßenbaus und der Schifffahrt. Die Templer veranlassen die Bewässerung des Rio-Cinca-Tales in Aragón, den Bau eines Mühlensystems an der Aude und die Einführung des vierjährigen Fruchtwechsels in der Normandie. Mit Mühlen lässt sich ebenso viel Geld verdienen wie mit dem Weinanbau in Portugal. Der Wein wird bis nach England verkauft. Auch die Templer-Schiffe bringen einen erheblichen Gewinn. Den Ordensrittern gehören eigene Häfen, Werften und Schiffe. Sie sind die Ersten in Europa, die mit einem Magnetkompass ausgestattet sind. Selbst die der europäischen weit überlegene arabische Medizin ist den Templern nicht fremd. In den Krankenhäusern des Ordens kommen moderne Prinzipien wie Hygiene und Sauberkeit zum Tragen und sogar das Wissen um die antibiotische Wirkung von bestimmten Pilzen ist vorhanden. Die Tempelherren sind also keineswegs reine Haudraufs. Neben ihren kriegerischen, politischen und



wirtschaftlichen Aktivitäten betreiben sie auch noch Geldgeschäfte. Sie sind die einzigen Christen, die aufgrund eines weiteren päpstlichen Privilegs Geld gegen Zinsen verleihen dürfen. Dadurch können sie einen gewaltigen Reichtum anhäufen. Und da, um seine Wertgegenstände aufzubewahren, nichts so sicher und unverletzlich ist wie ein gottgeweihtes Haus und nichts mehr Vertrauen erweckt als die Templer-Burgen, die von hohen Mauern geschützt, von Ritter-Mönchen verteidigt vor jedem Angriff sicher scheinen, dienen diese bald als Tresore für Kostbarkeiten von weltlichen und geistlichen Herren. Sie werden zu Depots für Wertgegenstände, Schmuck und Geld, die den Grundstock des immer noch gesuchten Tempelerschatzes bilden. Die Templer verwalten die Depots ihrer Kunden, die damit über ein laufendes Konto verfügen. Sie können Geld abheben, Zahlungen durch einen simplen Brief an den Schatzmeister entrichten und erhalten darüber hinaus drei Mal jährlich einen Kontoauszug zugeschickt. Zu jedem trogähnlichen Geldschrank gibt es, ähnlich wie bei den heutigen Bankschließfächern, zwei verschiedene Schlüssel. Je einen für den Hüter der kirchlichen Kostbarkeiten und dem Depotinhaber. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Depots der Templer absolut sicher, da geldgierige Herrscher nur ganz selten ihre Finger nach ihnen ausstrecken. So können sich die Niederlassungen der Templer in Europa und im Nahen Osten zu Zentren des Finanzwesens entwickeln und das Pariser Ordenshaus, der Temple, zum europäischen Finanzzentrum. Der König von Frankreich vertraut beispielsweise im 13. Jahrhundert seine Kronjuwelen der Obhut der Pariser Templer an. Die Finanzspezialisten der Tempelherren führen bald fortschrittliche Techniken im Kreditwesen und in der Buchführung ein. Sie entwickeln den bargeldlosen Zahlungsverkehr und führen den Wechselbrief und den Scheck in Europa ein. Wer also in einem Ordenshaus eine Summe einahlt, kann sie nach Vorlage der Kassenanweisung in einer weit entfernten Komturei wieder in Empfang nehmen. Der Orden kassiert dafür lediglich Gebühren und verdient an den Zinsen. Doch wird dadurch der risikoreiche Transfer von Münzgeld fast völlig entbehrlich. Neben der einfachen Vermögensverwaltung für Dritte betreibt der Templer-Orden auch Geldleihe, wodurch er die eigenen Gelder und die ihnen durch Dritte anvertrauten Einlagen arbeiten lässt. Alle Klöster und Konvente fungieren deshalb als Leihkasse.

An Bauern verleihen die Templer kleinere Summen, damit diese einen Engpass überbrücken können, Kaufleuten geben sie größere Kredite. Als Sicherheit ziehen sie Grundbesitz heran. Gibt es bei der Rückzahlung des Kredits Probleme, dann halten sie sich an den Ländereien des Schuldners schadlos. Zwar passen die Finanzaktivitäten des Templer-Ordens nicht zu ihrer religiösen Berufung, es ist aber die allgemein den Ritterorden aufgetragene Mission, die sie auch in diesem Bereich tätig werden lassen. Auch die Johanniter, der Deutsche Orden und selbst die traditionellen Mönchsorden betätigen sich ähnlich, allerdings auf einer wesentlich niedrigeren Stufe. Um im Orient überleben zu können, muss der Templer-Orden über umfangreiche Finanzmittel verfügen und all seine Einkünfte weitestgehend in Geld verwandeln. Sie kaufen dazu auf Märkten und Messen möglichst viele Rechte und Monopole, die ihnen wiederum Einnahmen



sichern. So wird zum Beispiel das ausschließliche Wiegerecht, das der Orden vom Grafen der Champagne erwirbt, sehr zu Ungunsten der dort ansässigen Bürger vereinnahmt. Von dem eingenommenen und erwirtschafteten Verdienst gehen anfangs ein Drittel an die Häuser im Orient. Später werden die Abgaben auf ein Zehntel reduziert. Aus abendländischer Sicht entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Männer und Frauen aus dem Westen die Kultur in den Nahen Osten gebracht. Genau das Gegenteil ist richtig. Die arabischen Reiche sind den Christen nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Kultur weit überlegen. Dort im Osten ist das geistige Erbe der Griechen und Römer bewahrt und weiterentwickelt worden. Geniale Mathematiker und Astronomen sowie geschickte Kaufleute kommen von dort her. Die Araber haben ein Zahlensystem entwickelt: die arabischen Ziffern, die wir heute noch verwenden. Eine der wesentlichen Neuerungen besteht darin, dass es für „nichts“ ein eigenes Zeichen gibt: die Null. Diese macht das Multiplizieren und das Bruchrechnen viel einfacher und erlaubt die einprägsame Darstellung des Dezimalsystems. Und genau dieses System lernen die Christen, allen voran die Tempelherren, zur Zeit der Kreuzzüge kennen. Die arabischen Ziffern ersetzen die bisher üblichen römischen. Da die Kaufleute nun einfacher rechnen können, rechnen sie auch besser und erhalten damit ein genaueres Bild über den Verlauf ihrer Geschäfte.

1147 – Das rote und typische Tatzenkreuz der Tempel-Ordensritter

Rom-Vatikan * Das rote und typische Tatzenkreuz der Tempel-Ordensritter kommt auf den weißen Umhang. Es wird ihnen von dem, dem Ritterorden nahestehenden Zisterzienser-Papst Eugen III. verliehen. Die rote Farbe soll an den Opfertod Christi erinnern und die Bereitschaft zum Martyrium für den Glauben symbolisieren. Ein weiteres wichtiges Erkennungszeichen ist deren Siegel. Es zeigt eine Darstellung von zwei Rittern auf einem Pferd und wird inzwischen als Symbol der Brüderlichkeit, des guten Einvernehmens, der Harmonie und der Disziplin, die im Orden herrschen soll, angesehen. Ebenso symbolträchtig ist der Artikel „Über die Näpfe und Becher“ in der Templer-Regel. Dieser besagt: „Was die Näpfe angeht, so sollen sie jeweils für zwei Brüder verteilt werden, damit ihn sich jeder vom anderen besorge; sie sollen das Leben in der Enthaltsamkeit und im Brauch des gemeinsamen Essens schätzen lernen“. Es geht hierbei nicht um das Essen aus einem Napf, sondern um das gemeinschaftliche Leben im Konvent.

6. April 1156 – Kaiser Friedrich Barbarossa erklärt alle Zölle am Main für aufgehoben

Worms * In Worms erklärt Kaiser Friedrich Barbarossa in einer Urkunde alle Zölle am Main - bis auf wenige Ausnahmen - für aufgehoben. Fernhändler hatten sich bei ihm beschwert, dass sie



zwischen Bamberg und Mainz allzu oft von regionalen Herrschern zur Kasse gebeten würden. Die Anmaßung königlicher Befugnisse durch die Fürsten widerspricht aber den politischen Zielen Kaiser Friedrich Barbarossas, weshalb er diesen Missbrauch eindämmen will. Der Kaiser setzt den Grundherren daraufhin eine Frist, binnen der sie die Berechtigung dieser Zollerhebungen anhand königlicher Privilegien nachzuweisen haben. Nur die wenigsten Betroffenen können den geforderten Nachweis erbringen. Gut vorstellbar, dass sich vor diesem Hintergrund auch ein heftiger Streit über die bischöflichen Einnahmen aus dem Zoll, dem Markt, der Münze und der Isarbrücke in Föhring entzündet hat. Man muss davon ausgehen, dass Herzog Heinrich XII. „der Löwe“ die unsicheren Rechtsgrundlagen des Freisinger Bischofs Otto I. über seine selbstherrlich geschaffenen Einrichtungen bewusst sind. Außer den Ansprüchen der beiden Kontrahenten spielt dabei natürlich auch das machtpolitische Interesse des Kaisers mit. Dieser tritt zwar vordergründig als unparteiischer Richter oder Schlichter auf, kann aber im Hintergrund agierend so seine Interessen und Ziele dennoch verwirklichen. Der Herzog und der Kaiser ziehen also am gleichen Ende des Seiles.

1171 – Die Karmeliter erhalten eine Ordensregel

Jerusalem * Nach der im Jahr 1171 vom Patriarchen Albert zu Jerusalem gegebenen Ordensregel müssen die Karmeliter in abgewandten Zellen leben, sich abwechselnd bei Tag und in der Nacht mit Handarbeiten und Gebet beschäftigen, dürfen nichts Eigenes besitzen, niemals Fleisch essen und haben zu bestimmten Stunden gänzlich zu schweigen. Der Orden der Brüder der Seligen Jungfrau Maria vom Berge Karmel ist - neben den Franziskanern, Dominikanern und den Augustiner-Eremiten - einer der vier großen Bettelorden der katholischen Kirche. Die Bezeichnung Karmelit leitet sich von Karmel, einer rund fünfzig Kilometer langen, aus dem Meer auf eine Höhe von bis zu 552 Metern aufragende Gebirgskette in Palästina, ab. Karmel bedeutet Baumgarten und bezieht sich auf den vorhandenen Wasserreichtum, der einen fruchtbaren Bergwald entstehen ließ. In den zahlreichen Klüften und Höhlen des Bergmassivs siedelten sich bereits im Altertum Propheten an. Nach der Eroberung Palästinas durch die Kreuzritter ließen sich auf den heiligen Bergen Einsiedler und Mönche nieder, um hier - nach dem Ideal weltabgewandter Askese und in strengster Armut - zu leben.

29. Mai 1176 – In der Schlacht bei Legnano werden die kaiserlichen Truppen besiegt

Legnano * In der Schlacht bei Legnano nordwestlich von Mailand werden die kaiserlichen Truppen Friedrich Barbarossas vom lombardischen Fußvolk besiegt. Damit ist Kaiser Friedrich Barbarossas Italienpolitik gescheitert, weshalb er stattliche Besitzungen abgeben muss.



13. Januar 1179 – Herzog Heinrich der Löwe wird als Angeklagter vorgeladen

Worms * Auf dem Hoftag zu Worms wird der eigentliche Ankläger Herzog Heinrich als Angeklagter vorgeladen. Er ist sich über die gegen ihn eingeleitete Aktion im Klaren und glaubt nicht mehr daran, sein Recht zu erlangen. Die Verweigerung von Chiavenna hat ihn in die Isolierung geführt. Aus den verschiedensten und zum Teil weit zurückliegenden Gründen haben sich der Kaiser, der Kölner Erzbischof sowie viele sächsische Bischöfe und Adelige gegen den Löwen verbündet. Der Gerichtstag bringt ihnen den ersten Erfolg: Da sich Heinrich weigert zu erscheinen, macht er sich, da er „die Majestät verachtete“, der Rechtsverweigerung, der contumancia, schuldig. Kaiser Friedrich I. Barbarossa kommt das Nichterscheinen des Herzogs gerade recht, da er sich auf diesem Wormser Hoftag die schwäbischen Welfenbesitzungen, die er nur wenige Wochen zuvor trotz des Erbvertrags zwischen Welf VI. und Heinrich dem Löwen gekauft hatte, formell übertragen lässt.

1207 – Der Franziskanerorden wird als erster Bettelmönchsorden gegründet

San Damiano * Der Franziskanerorden - als erster Bettelmönchsorden - wird gegründet. Franz von Assisi wandelt das benediktinische Gelübde der Armut in ein Gelübde des Bettelns um und schließt damit eine Lücke im System der katholischen Kirche. Er verkündet völlige Armut und politische Machtlosigkeit und lehnt jede hierarchische Unterordnung innerhalb des Ordens ab. Die Franziskaner gehen barfuß, verfügen weder über Grundbesitz noch Vermögen, ihre Kleidung besteht aus einem groben grauen Umhang mit einer Kapuze, der mit einem Strick zusammengehalten wird. So gekleidet unterscheiden sie sich kaum von den damals populären Wanderpredigern. Nur für den täglichen Bedarf dürfen die Mönche betteln, doch außer für kranke Mitbrüder kein Geld annehmen. Besonders die Schichten der städtischen Bewohner, die sich früher wahrscheinlich den Ketzern zugewandt hätten, geraten nun in den Bannkreis der Minoriten, die für sie das Ideal einer am Urchristentum orientierten Kirche verkörpern. Obwohl die Franziskaner von einer Woge des im Volk populären Armutsideal emporgetragen worden sind, nimmt sie die Kirche dennoch nur schrittweise auf.

Juni 1291 – Akkon fällt. - Der Sitz der Zentralregierung wird nach Zypern verlegt

Akkon - Zypern * Nachdem auch Akkon, dieser letzte befestigte Platz des Königreichs fällt, wird der Sitz der Zentralregierung nach Zypern verlegt. Der Ordenssitz der Templer bleibt aber immer im Orient, oder wie die Tempel-Ordensherren sagten: „Diesseits des Meeres.“ Es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit, bis ihre Gegner laut



vernehmbar an die Öffentlichkeit treten und den Tempelherren die vielen wirtschaftlichen Aktivitäten, ihren Reichtum und ihre Privilegien, ihre Macht und ihren Einfluss neiden. So sind die Bischöfe über die direkte Unterstellung der Tempelherren unter den Heiligen Stuhl verärgert, Geschäftsleute beschwerten sich über die angeblichen Beeinträchtigungen ihrer Handelsrechte durch die Ordensmänner und der Weltklerus muss ohnmächtig zusehen, wie die Tempelherren in ihren Pfarreien umfassende Kollekten organisieren und dadurch örtliche Projekte leiden müssen. Die anderen Ritterorden, ganz besonders die Johanniter, neiden den Tempelrittern ihre nahezu uneingeschränkten Finanzmittel. Und selbst weil der Großmeister der Templer Vortritt gegenüber dem Johanniter-Großmeister hat, kommt es zu weitreichenden Rivalitäten. Aus den Neidern werden Feinde, die Material für kommende Auseinandersetzungen sammeln. Und das wird den Tempel-Rittern dann gefährlich, als sich ein machtvoller politischer Wille gegen sie wendet. Wie in den heutigen politischen Auseinandersetzungen, so werden auch damals Einzelfälle aufgebauscht, ausgeschlachtet und zu wahren Horrorgeschichten ausgebaut. Freilich findet man unter den Tempel-Rittern einen Trunksüchtigen, einen Sodomistischen, einen Homosexuellen, einen Jähzornigen oder einen glaubensmäßig Unsicheren.

24. August 1307 – Papst Clemens V. ordnet eine Untersuchung gegen die Templer an

Avignon * Papst Clemens V. ordnet von sich aus eine Untersuchung gegen die Templer an. Aus Angst, dass sich dadurch die Untersuchung verzögern oder im schlimmsten Fall sogar mit einem Freispruch enden könnte, nimmt die königliche Polizei die Sache selbst in die Hand und schafft damit vollendete Tatsachen.

16. Oktober 1307 – Frankreichs König Philipp IV. informiert über die Operation Templer

Paris * Frankreichs König Philipp IV. informiert die europäischen Herrscher über die Operation Templer und fordert sie umgehend zum Handeln im Sinne seiner Politik der vollendeten Tatsachen auf. Zur Untermauerung enthält das königliche Schreiben die gegen die Tempelherren erhobenen Vorwürfe: „Die Brüder des Ordens der Miliz vom Tempel, die die Wolfsnatur unter dem Schafspelz verbargen und unter dem Habit des Ordens in erbärmlicher Weise die Religion unseres Glaubens beleidigen, werden beschuldigt, Christus zu verleugnen, auf das Kreuz zu spucken, sich bei der Aufnahme in den Orden obszönen Gesten hinzugeben.“

Und weiter schreibt der König: „Sie verpflichten sich durch ihr Gelübde und ohne Furcht, das menschliche Gesetz zu beleidigen, sich einander hinzugeben, ohne Widerrede, sobald es von ihnen verlangt wird.“



7. August 1316 – Johannes XXII. besteigt den Apostolischen Stuhl in Avignon

Leyden * Der 67-jährige französische Kardinal Jacques Duèze - in deutschen Quellen auch Jakob von Cahors genannt - wird in Leyden in den Niederlanden nach einem vierzigstägigen Conclave zum Papst gewählt. Als Johannes XXII. besteigt er den Apostolischen Stuhl in Avignon. Zuvor hatte Dante die sieben italienischen Kardinäle beschworen, einen Italiener zum Papst zu wählen, der die Kurie wieder nach Rom bringen sollte. Das Ansinnen hatte jedoch gegen die 17 französischen Kardinäle keine Chance. Johannes XXII. ist der zweite in Avignon residierende Papst. Im deutschen Thronstreit nimmt Johannes XXII. lange eine abwartende Haltung ein und betrachtet den Thron des Reiches als vakant.

23. März 1324 – Papst Johannes XXII. spricht den Bannfluch über Ludwig den Bayern

Avignon * Der in Avignon residierende Papst Johannes XXII. spricht den Bannfluch wegen Häresie über König Ludwig den Bayern aus. Er schließt ihn damit aus der Gemeinschaft der Kirche aus, in die Ludwig bis zu seinem Tod nicht wieder aufgenommen werden wird. In der katholischen Kirche gilt er bis heute als exkommuniziert. Gleichzeitig enthebt ihn der Papst seiner königlichen Rechte und belegt das Reich mit Interdikt, also dem Verbot der Spendung der Sakramente. Der Bannfluch wird Ludwig bis zu seinem Tod verfolgen.

1326 – Die Theorie vom Vorrang des weltlichen Herrschers über die Kirche

München-Grugge * Im Umkreis des Franziskanerklosters und des Alten Hofes lebt Dr. Marsilius von Padua. Der Arzt, Jurist und Theologe ist der Autor des „Defensor pacis“. Er begründet darin die politische Theorie vom Vorrang des weltlichen Herrschers über die Kirche, die letztlich auch zur Säkularisation beitragen soll.

1. Dezember 1327 – Der Franziskaner-General Michael von Cesena trifft in Avignon ein

Avignon * Der Ordensgeneral der Franziskaner, Michael von Cesena, trifft, von Papst Johannes XXII. nach Avignon zitiert, in der Stadt ein. Er wohnt dort im Franziskanerkonvent, wo auch Wilhelm von Ockham untergebracht ist. Ockham, der sich bisher auf theologische und philosophische Fragen konzentriert hatte und kirchenpolitisch kaum hervorgetreten war, sieht sich zur Auseinandersetzung mit dem Armutsstreit veranlasst. Michael von Cesena überzeugt Wilhelm von der Richtigkeit der Armutsforderung und dass die gegenteiligen Verordnungen des



Papstes häretisch sind. Daraus ziehen die beiden Franziskaner die Konsequenz, dass der Papst vom wahren Glauben abgefallen sei.

20. Juli 1328 – Wilhelm von Ockham wird vom Papst exkommuniziert

Avignon * Wilhelm von Ockham wird von Papst Johannes XXII. exkommuniziert. Er wird nun zu einem Vorkämpfer der Gegner des Papstes und beginnt sich intensiv mit politischen und kirchenrechtlichen Grundsatzfragen zu befassen. Insbesondere dem Verhältnis zwischen weltlicher und geistlicher Macht und den Grenzen der Befugnisse des Papstes.

9. April 1347 – Wilhelm von Ockham stirbt in München

München-Graggenau * Wilhelm von Ockham, der berühmte mittelalterliche Philosoph, Theologe und kirchenpolitische Schriftsteller stirbt in München als Exkommunizierter.

4. Juli 1348 – Papst Clemens VI. gegen die Verfolgung von Juden

Avignon * Papst Clemens VI. wendet sich in einer Bulle gegen die Verfolgung von Juden als Verursacher der Pest. Doch niemand hält sich an die Worte des Oberhauptes der katholischen Kirche.

6. Dezember 1352 – Papst Clemens VI. stirbt

Avignon * Papst Clemens VI. stirbt. Er wird in der Abtei La Chaise-Dieu beigesetzt. Sein Nachfolger auf dem apostolischen Stuhl wird Innozenz VI..

2. Mai 1389 – Herzogin Sophie heiratet den römischen und böhmischen König Wenzel

Prag * Die 13-jährige Sophie, Tochter Herzog Johanns II., heiratet den 28-jährigen römischen und böhmischen König Wenzel. Angeblich wird wegen Sophie - der Legende nach - im Jahr 1393 „Johannes ne Pomuk“ [Johann von Pomuk] ertränkt, weil er dem König den Inhalt der Beichte seiner Frau nicht preisgeben will. Es ging bei der Auseinandersetzung aber nicht um das „Beichtgeheimnis“, sondern um kirchenpolitische Angelegenheiten.



17. März 1392 – Das erste Gnadenjahr außerhalb Roms ist in München

Rom-Vatikan - München * Papst Bonifaz IX. gewährt für die Zeit vom 17. März bis zum 1. August 1392 einen auf München und seinen Burgfriedensbezirk beschränkten Ablass. Er gilt für alle Sünden, außer für vorsätzliche Tötungen. Es war das erste Gnadenjahr außerhalb Roms. Die Ablasserbitter müssen in dieser Zeit nach München pilgern, dort sieben Tage verweilen, je dreimal die Frauenkirche, die Peterskirche, die Jakobskirche am Anger und die Spitalskapelle besuchen und mindestens einmal die ausgestellten Reliquien verehren, beichten und ein vom Beichtvater festgelegtes Almosen spenden. Die ganze Aktion ist nur darauf angelegt, dieses Almosen, eine versteckte Steuer, den Gläubigen aus der Tasche zu ziehen. Der Zugang zum Himmel muss mit barem Geld erkaufte werden. Der Kirche ist es höchst effektiv gelungen, den um ihre arme Seele fürchtenden Gläubigen einzureden, sie könnten sich durch Beichte und milde Gabe von der Strafe des Fegefeuers loszukaufen: „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!“ Nonnen wollen trotz Klausur nach München. Ihre Kirchenoberen können es ihnen nur unter Androhung der Exkommunikation und des Kerkers verbieten. Damit die Pilger ihr Geld nur an die vorbestimmte Stelle bringen, wird eine eigene Straßenpolizei gegründet. Die Masse der kleinen Leute ist es, die das Geld nach München bringt. Die Geschäftsleute Münchens machen einen enormen Schnitt. Auch die Jakobidult erlebt ab dem Gnadenjahr einen ungeheueren Aufschwung. Ursprünglich hat man geplant, die Einnahmen je zur Hälfte den genannten Kirchen und dem Papst zuzugestehen. Später wird auch Herzog Stephan ein Viertel zugesprochen. Da die Münchner einen Teil der Einnahmen abzweigen und der Papst dadurch leer ausgeht, werden über die „ruchlose Stadt“ die höchsten Kirchenstrafen verhängt: Bann und Interdikt. Das gesamte kirchliche Leben der Stadt muss solange ruhen, bis die Gelder zurückerstattet werden.

21. August 1403 – Die künftige Machtverteilung wird neu festgelegt

München * Nach heftigen Bürgerunruhen in München werden im sogenannten Wahlbrief die Grundlagen für die künftige Machtverteilung und des bürgerlichen Mitspracherechts neu festgelegt. Einungen beziehungsweise Zünfte werden verboten, Bestehende aufgelöst. Die Münchner Handwerkerverbände nehmen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts keine politischen Funktionen mehr wahr. Durch eine straffe Gewerbeorganisation und -kontrolle stabilisiert der Rat seine Position.

25. März 1409 – Das Konzil von Pisa beginnt



Pisa * Das Konzil von Pisa beginnt. Noch nie zuvor hat ein Kardinalskollegium - ohne Rücksprache mit Papst oder Kaiser - ein allgemeines Konzil der Gesamtkirche einberufen. Die Initiative der Kardinäle stößt auf breite Zustimmung: Über 600 Kleriker nehmen am Konzil von Pisa teil. Die parallel einberufenen Konzilien der beiden Päpste Gregor XII. in Cividale und Benedikt XIII. in Perpignan haben nicht annähernd so viele Teilnehmer. Die überwiegende Zustimmung des Klerus zum Konzil in Pisa isoliert die beiden Päpste auf Dauer. Das Konzil von Pisa zitiert die Päpste Gregor XII. und Benedikt XIII. nach Pisa und macht ihnen nach deren Weigerung einen förmlichen Ketzerprozess als hartnäckige Schismatiker. Damit ist die entscheidende Grundlage für das weitere Vorgehen geschaffen.

29. Mai 1415 – Das Konzil von Konstanz erklärt Papst Johannes XXIII. für abgesetzt

Konstanz * Das Konzil von Konstanz erklärt Papst Johannes XXIII. für abgesetzt. Nun muss sich das Konzil mit den beiden anderen Päpsten beschäftigen. Papst Gregor XII., bereits über 80 Jahre alt, lenkt bald ein. Er erkennt das Konzil von Konstanz als legitimes Konzil der Kirche an und erklärt seine Resignation. Papst Benedikt XIII., der inzwischen in Perpignan residiert, erklärt sich zwar zu einer Abdankung bereit, knüpft daran jedoch Bedingungen, die ihm allerdings nicht bewilligt werden. Daraufhin hält er seinen Anspruch aufrecht und flieht nach Peñíscola in Spanien. König Sigismund erreicht aber, dass ihm die spanischen Königreiche die Unterstützung entziehen und als fünfte Konzilsnation nach Konstanz kommen. Damit ist Papst Benedikt XIII. endgültig isoliert. Wegen „Verweigerung der Resignation“ wird ihm der Prozess gemacht.

1420 – Der nächste Schritt zur Kriminalisierung der Magie

Paris * Der nächste Schritt zur Kriminalisierung der Magie kristallisiert sich zwischen 1400 und 1430 heraus und ist eine Folge der politisch motivierten Magie- und Schadenszauberprozesse am französischen Königshof. Eine neue Tätergruppe wird gefunden in den gotteslästerlichen, die göttliche wie obrigkeitliche Ordnung verleugnende Ketzersekte der schadenstiftenden Hexen, die sich zu ihren nächtlichen Verschwörungssorgen an heimlichen Orten auf allerlei Fluggeräten auf den Weg machen. Daraus leitet sich ab: der Pakt, die Buhlschaft, der Flug, der Sabbat und der Schadenszauber. Das ist der Beginn einer breiten Hexenverfolgung in den Tälern der Westalpen.



10. September 1500 – Auf dem Reichstag wird eine große Reichspolizei-Ordnung beschlossen

Augsburg * Auf dem Reichstag in Augsburg wird eine große Reichspolizeyordnung beschlossen. Sie beinhaltet auch Fragen der Kleiderordnung.

5. Januar 1501 – Die bayerischen Herzöge erlassen entsprechende Kleiderordnungen

München - Landshut * Die Regenten der beiden Teilherzogtümer Baiern-München, Herzog Albrecht IV., und Baiern-Landshut, Herzog Georg, nehmen eine große Reichspolizeiordnung, die am 10. September 1500 auf dem Augsburger Reichstag erlassen worden war, zum Anlass, für ihren jeweiligen Bereich entsprechende Kleiderordnungen zu erlassen. Inhaltlich beruhen sie auf einer Pfälzer Ordnung aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, die entsprechend modifiziert und den ober- und niederbayerischen Verhältnissen angepasst werden. Im Gegensatz zu Landshut ist das Landgebot „Ueberfluß und Unmaas der Bekleidung und anders hiernachfolgendes berührend“ die erste Kleiderordnung für München.

8. Juli 1506 – Das Primogeniturgesetz legt die Unteilbarkeit Baierns fest

München * Im sogenannten „Primogeniturgesetz“ legt Herzog Albrecht IV. die Unteilbarkeit Baierns fest. Künftig soll nur mehr der erstgeborene Sohn im Baiernland herrschen soll. Für die nachgeborenen Söhne müssen die herzoglichen Familienväter anderswo Einnahmen und Finanzquellen eröffnen. Als sich Baiern während der Gegenreformation nicht nur eindeutig zur katholischen Sache bekennt, sondern auch mit allen Mitteln dafür eintritt, bieten sich zur standesgemäßen Versorgung die kirchlichen Pfründe für eine Sekundogenitur geradezu an. Gleichzeitig kann damit Baierns politischer Einflussbereich erheblich vergrößert werden. Das Ziel der bayerischen Kirchenpolitik ist der zur Kaiserwahl wichtige Kölner Erzbischofsstuhl und - mit ihm verbunden - möglichst viele Bischofsstühle zwischen Hildesheim und Lüttich, aber auch in Freising und Regensburg.

1516 – Jedermann darf für den Eigenbedarf brauen

München * Nach der Landes- und Polizeiordnung ist jedermann, und damit natürlich auch jedem Kloster, die Möglichkeit gegeben, für den privaten Bedarf zu brauen. Diese Braukonzession ist allerdings auf die eigene „Hausnotdurft“, also auf den Eigenbedarf der Klosterbrüder und des Gesindes, beschränkt. Ein öffentlicher Bierausschank ist ausdrücklich verboten.



23. April 1516 – Das gesamtbayerische Reinheitsgebot: Strenge Regeln für die Brauer

Ingolstadt * Auf dem Landtag in Ingolstadt verkünden die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. eine neue Landes- und Polizeiordnung. Die darin enthaltene Landesfreiheitserklärung bestimmt bis zur Aufhebung der landständischen Korporation im Jahr 1808 das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn. Das „Buch der gemeinen Landpolizei, Landesordnung, Satzung und Gebräuche des Fürstentums Ober- und Niederbayern“ enthält auch Vorschriften darüber, „wie das Bier im Sommer und Winter auf dem Land ausgeschenkt und gebraut werden soll“. Dieser Abschnitt wird erst im 20. Jahrhundert als Bayerisches Reinheitsgebot bezeichnet. Das gesamtbayerische Reinheitsgebot übernimmt wesentliche Vorschriften des Münchner Biergesetzes. Es regelt nicht nur die zulässigen Zutaten, sondern auch die Bierpreise und den Ausschank. In neuhochdeutscher Übersetzung lautet der betreffende Abschnitt: „Wir verordnen, setzen und wollen mit dem Rat unserer Landschaft, dass forthin überall im Fürstentum Bayern, sowohl auf dem Lande als auch in unseren Städten und Märkten, die keine besondere Ordnung dafür haben, von Michaeli bis Georgi eine Mass oder ein Kopf Bier für nicht mehr als einen Pfennig Münchner Währung und von Georgi bis Michaeli die Mass für nicht mehr als zwei Pfennig derselben Währung, der Kopf für nicht mehr als drei Heller, bei Androhung der unten angeführten Strafe, gegeben und ausgeschenkt werden soll. Wo aber einer nicht Märzenbier, sondern anderes Bier brauen oder sonst wie haben würde, soll er es keineswegs für mehr als einen Pfennig je Mass ausschenken und verkaufen. Ganz besonders wollen wir, dass forthin überall in unseren Städten, Märkten und auf dem Lande für kein Bier mehr Zutaten als allein Gerste, Hopfen und Wasser verwendet und gebraucht werden sollen. Wer diese unsere Anordnung wissentlich übertritt und nicht einhält, dem soll von seiner Gerichtsobrigkeit zur Strafe dieses Fass Bier, sooft es vorkommt, unnachsichtlich weggenommen werden. Wo jedoch ein Gauwirt von einem Bierbrauer in unseren Städten, Märkten oder auf dem Lande einen, zwei oder drei Eimer Bier kauft und wieder an das gemeine Bauernvolk ausschenkt, soll ihm allein und sonst niemandem erlaubt sein, die Mass oder den Kopf Bier um einen Heller teurer als oben vorgeschrieben auszuschänken.“ Wie stark das Misstrauen gegenüber den Brauern bereits zu dieser Zeit ist, zeigt auch die Verpflichtung zur Eidesleistung. Der Eid soll den mit dem Bierbrauen Beauftragten verdeutlichen, wie ernst die Herzöge die Einhaltung der Vorschriften nehmen. Darüber hinaus sind die Brauer verpflichtet, Bier „nach Notdurft“, also in ausreichender Menge, herzustellen und damit den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Selbst bei hohen Rohstoffpreisen und geringen Gewinnaussichten dürfen sie die Produktion nicht eigenmächtig verringern. In der ursprünglichen Fassung des Biergesetzes wollten die Herzöge den Brauern noch erlauben, gleichzeitig Einpfennig- und Zweipfennigbier zu brauen. Dabei sollten sie jedoch jeweils nur eine der beiden Sorten ausschenken dürfen. Ein solches Maß an Vertrauen erscheint letztlich zu groß. Deshalb erhält der endgültige Gesetzestext folgende Fassung: „Es sollen auch



all Bräuen eins jeden Jahrs auf einem nämlichen Tag, den die Beschauer verkünden, zu denselben Beschauern kommen und ihnen ein jeder Bräu ansagen, was Biers, zu einem oder zweien Pfennigen, er brauen will; dasselbe Bier soll er alsdann ein Jahr nächst folgend ganz ausbrauen und schenken und kein anderes.“ Für diese Regelung ist vor allem die Befürchtung ausschlaggebend, die Brauer könnten unterschiedlich teure Biere miteinander vermischen. Das Reinheitsgebot von 1516 dient somit nicht allein der Festlegung der erlaubten Zutaten. Es soll zugleich die Bierpreise begrenzen, die Versorgung der Bevölkerung sichern und Verstöße der Brauer und Wirte verhindern.

31. Oktober 1517 – Martin Luthers Kampf gegen die Prostituierten

Wittenberg - München * Martin Luther schlägt seine 95 Thesen an das Hauptportal der Schlosskirche in Wittenberg. Umgehend setzt eine Diskussion über den künftigen Umgang mit den Prostituierten und ihren Einrichtungen ein. Das erste städtische Frauenhaus wird noch in diesem Jahr geschlossen. Der Prozess zieht sich aber bis zum Jahr 1595 hin, dauert also weit über siebenzig Jahre. Er beginnt in den evangelisch beeinflussten Ortschaften und in den Reichsstädten. In den katholischen Gebieten setzt der Prozess später ein und dauert entsprechend länger. Das Münchner Frauenhaus ist eines der letzten, wenn nicht sogar das Letzte, das geschlossen wird.

1518 – Die Grundlage für eine einheitliche Gerichtsverfassung geschaffen

München * Mit der Landes- und Polizeiordnung von 1518 und der Gerichtsordnung von 1520 wird die Grundlage für eine einheitliche Gerichtsverfassung und ein einheitliches Gerichtsverfahren geschaffen.

1527 – Die Harlachinger Anna-Kirche im Besitz der Wittelsbacher

München-Giesing * Die Anna-Kirche in Harlaching geht in den Besitz der Wittelsbacher über. Sie erhält damit eine politische und religiöse Bedeutung.

1530 – Die Reichspolizeiordnung verbietet jeden Beischlaf außerhalb der Ehe

München * Die Reichspolizeiordnung verbietet jeden Beischlaf außerhalb der Ehe.



1532 – Die peinliche Halsgerichtsordnung setzt auf Zauberei den Feuertod

Regensburg * Die von Kaiser Carl V. erlassene peinliche Halsgerichtsordnung - „Constitutio Criminalis Carolina“ - setzt auf Zauberei, die den Menschen Schaden zufügt, den Feuertod.

1534 – Die Gesellschaft Jesu wird gegründet

Rom * Die Gesellschaft Jesu wird von dem ehemaligen Offizier Ignatius von Loyola gegründet und wie ein Militärverband aufgebaut. Ihr Tätigkeitsfeld sehen die Jesuiten vor allem in der geistigen Erneuerung und Seelsorge. In der Folgezeit entwickelt er sich zum Kampforden der katholischen Kirche. Der Jesuit Lamormain wird viele Jahre später behaupten: „Wenn es nicht die Schulen der Gesellschaft gegeben hätte, die nach dem weisen Ratschluss der Kaiser und Erzherzöge in Wien, Prag, Graz, Olmütz und anderenorts in Deutschland gegründet wurden, dann wäre von der katholischen Religion kaum eine Spur übrig geblieben.“

1544 – Baiern kennt nur die Strafbarkeit des Schadenszaubers

München - Herzogtum Baiern * Im Herzogtum Baiern orientiert man sich vorläufig noch an dem Strafrechtskommentar des Andreas Perneder. Diese ist für die Strafrechtspraxis im Herzogtum wichtiger als die von Kaiser Carl V. im Jahr 1532 erlassene Constitutio Criminalis Carolina. Der bayerische Kommentar kennt nur die Strafbarkeit des Schadenszaubers. Den sonstigen Aberglauben, insbesondere die weiße Magie, hält Perneder dagegen nicht für strafbar.

13. November 1549 – Die Jesuiten übernehmen die Universität in Ingolstadt

Ingolstadt * Auf Betreiben Herzog Wilhelms IV. kommen die Jesuiten nach Ingolstadt, um die dortige Universität im Sinne des erneuerten katholischen Glaubens zu übernehmen.

21. Dezember 1551 – Herzog Albrecht V. erlässt die Vertreibung aller Juden

München * Der streng katholische Herzog Albrecht V. erlässt aus eigener Machtvollkommenheit die Vertreibung aller Juden aus dem Herzogtum.

25. September 1555 – Die religiös-politischen Verhältnisse im Reich werden regelt



Augsburg * Auf dem Augsburger Reichstag wird ein Reichsgesetz verkündet, das die religiös-politischen Verhältnisse im Reich regelt und damit die Glaubensspaltung festschreibt. Im Augsburger Religionsfrieden werden lutherische Protestanten - nicht die Reformierten - den Katholiken reichsrechtlich gleichgestellt. Der Landesherr kann über die Konfession seiner Untertanen bestimmen. Andersgläubige dürfen das Land verlassen. Später wird der Grundsatz auf die griffige Formel „Cuius regio, eius religio“ [„Wessen die Herrschaft, dessen Glaube (gilt)“] gebracht.

1560 – Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung zugenommen

Europa * Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung nach 1560 stark zugenommen. Der Mechanismus einer Agrarkrise lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen: Das Ergebnis einer klima- oder unwetterbedingten Missernte ist die Verknappung der Grundnahrungsmittel, was bis ins 19. Jahrhundert hinein immer das Brotgetreide betrifft. Die unmittelbare Folge davon ist eine Teuerung, die dazu führt, dass große Teile der Bevölkerung hungern oder an Unterernährung leiden. Dieser verschlechterte Allgemeinzustand bewirkt oft das Auftreten von epidemischen Krankheiten oder eine stark erhöhte Krankheitsanfälligkeit. Dieser Zyklus dauert bis zur nächsten Ernte, also bis zum Spätsommer des folgenden Jahres. Folgt aber in der Zwischenzeit eine weitere Missernte, erhöht sich der Schaden um ein Vielfaches. Die Perioden der Teuerung treten um das Jahr 1560 häufiger auf und dauern länger. Diese Hungerkrisen betreffen große Teile Europas, weshalb neue Hexenverfolgungen beginnen und in den verschiedenen Ländern zu einer Verschärfung der Hexen-Gesetzgebung führen. Die Verfolgung der Hexen ist nicht von der konfessionellen Überzeugung der Verfolger abhängig. Auch drängen sich nach der Reformation die katholisch gebliebenen Gebiete - wie man gerne unterstellt - nicht in den Vordergrund. Im Gegenteil: In Spanien hat sich die Inquisition seit dem Jahr 1526 auf eine sehr gemäßigte Position zurückgezogen. In Italien führt eine Debatte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zu einem deutlichen Widerstand gegen die Hexenverfolgungen in den oberitalienischen Alpentälern. Anders verhält es sich mit den Hexenverfolgungen in Deutschland. Hier beginnen die Protestanten achtzig Jahre später dort, wo die Katholiken in den 1480er-Jahren aufgehört haben, nämlich im deutschen Südwesten.

1562 – Rettung der Reliquien des Francesco di Paola

Kloster Plessis-les-Tours * Die sterblichen Überreste von Francesco di Paola werden von Calvinisten mit dem Holz eines großen Kruzifixes verbrannt. Frommen Katholiken gelingt es, einige Gebeine aus dem Feuer zu retten, welche als kostbare Reliquien in die Paulanerklöster



von Plessis, Nigeon, Paris, Air, Neapel, Paola und Madrid gebracht wurden.

1562 – Die Münchner Bettelordnung regelt die Armenversorgung neu

München * In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ändert sich die Einstellung zu den Armen grundlegend. Martin Luther und später auch die katholischen Reformer lehnen jede Form von Bettel ab und fordern eine Versorgung aller Arbeitsunfähigen auf Kosten der Gemeinde. Dies findet in der letzten rein städtischen Münchner Bettelordnung ihren Niederschlag. Die Armenversorgung wird auf die Basis eines Unterstützungsfonds, dem Stock-Almosen, gestellt. Freiwillige Spenden, Gelder aus Opferstöcken, Sondersammlungen in Kirchen und Klöstern und die Erträge aus den Haussammlungen sollen eine gezielte Versorgung der Armen gewährleisten. Dazu ziehen jeden Freitag vier Biedermänner mit Sammelbüchsen von Haus zu Haus und ersetzen damit die bisher üblichen Bettelgänge der Armen. Die Sammlungen erhalten den Namen Freitagsbrot.

1563 – Der Jesuiten Petrus Canisius predigt die Hexenverfolgungen

München * Petrus Canisius, der wortgewaltige jesuitische Ordensprovinzial für Oberdeutschland, schreibt: „Überall bestraft man die Hexen, welche merkwürdig sich mehren. Ihre Freveltaten sind entsetzlich. [...] Man sah früher in Deutschland niemals die Leute so sehr dem Teufel ergeben und verschrieben. [...] Sie schaffen viele durch ihre Teufelskünste aus der Welt und erregen Stürme und bringen furchtbares Unheil über Landleute und andere Christen. Nichts scheint gesichert zu sein gegen ihre entsetzlichen Künste und Kräfte“. Ohne jeden Zweifel an der Existenz der Hexenverbrechen oder Kritik an den angewandten ungesetzlichen Inquisitionsverfahren, das gegen alle strafprozessrechtlichen Bestimmungen der „Carolina“ verstößt, predigt er im Augsburger Dom über die in Wiesensteig und im schwäbischen Raum stattfindenden Hexenverfolgungen. Die juristischen und medizinischen Einwände interessieren den Jesuiten nicht. Für ihn steht die Theologie weit über der Jurisprudenz.

1566 – Papst Pius V. gibt die Toleranz gegenüber dem Dirnenwesen auf

Rom-Vatikan - München * Papst Pius V. gibt die Toleranz gegenüber dem Dirnenwesen auf. Am Ende appellieren sogar die katholischen Pfarrer an den Rat der Stadt, das Frauenhaus zu schließen. Sie beziehen sich dabei - wie die Reformierten - auf die Aussagen der Bibel gegen die Hurerei.



1566 – Kaiser Maximilian II. nimmt die Beschlüsse des Konzils von Triest an

Augsburg * Auf dem Augsburger Reichstag nehmen Kaiser Maximilian II. und die katholischen Fürsten die Beschlüsse des Konzils von Triest an.

18. Oktober 1566 – Der Freisinger Bischof gibt seine Resignation bekannt

Freising * Da Herzog Albrecht V. seinen zwölfjährigen Sohn Ernst auf einen Bischofsstuhl unterbringen will, gibt der Freisinger Bischof Moritz von Sandizell seine Resignation zugunsten des Prinzen bekannt. Der schmale Streifen Land der „gefreiten Reichsgrafschaft Ismaning“ ist ein empfindlicher Stachel im Fleisch der Wittelsbacher Besitzungen, das diese mit der Besetzung von Bischofsstühlen durch ihre nachgeborenen Söhne auszugleichen versuchen, um ihren politischen Einflussbereich zu vergrößern und damit die standesgemäße Versorgung ihrer Zweitgeborenen zu erreichen.

1579 – Ein Dreijähriger auf dem Bischofsstuhl

München - Regensburg * Der dreijährige Herzog Philipp Wilhelm von Baiern wird Fürstbischof von Regensburg. Mit Philipp Wilhelms Wahl soll das hoch verschuldete Bistum Regensburg stärker an das bayerische Herzogtum gebunden werden. Gerade auch deshalb, weil sich in der Reichsstadt Regensburg die Protestanten eine einflussreiche politische Position erarbeiten konnten.

31. Januar 1581 – Fürstbischof Ernst wird das Fürstbistum Lüttich übertragen

Lüttich * Dem Freisinger und Hildesheimer Bischof Ernst wird zusätzlich das Fürstbistum Lüttich übertragen. Dafür muss der Papst eigens ein Wählbarkeitsbreve ausstellen, das erste überhaupt, da Ernst mit der Übernahme des Lütticher Bistums gegen mehrere Bestimmungen des Konzils von Trient und damit gegen das kanonische Recht verstößt. Kurz darauf erhält er zudem die Administration der Reichsabtei Stablo-Malmedy. Mit gerade einmal 27 Jahren vereint der Fürstbischof damit drei Bistümer sowie zahlreiche weitere Ämter und Pfründen in seiner Hand. Der persönliche Lebenswandel des jungen Bischofs steht jedoch im deutlichen Gegensatz zu der von den Wittelsbachern angestrebten inneren Erneuerung der katholischen Kirche. Statt Gebet, Askese und strenger Sittenzucht bevorzugt Ernst das prachtvolle Leben weltlicher Höfe, pflegt Liebschaften und interessiert sich mehr für Magie sowie Würfel- und Kartenspiele als für



geistliche Disziplin.

2. Februar 1582 – Der Kölner Kurfürst Gebhard von Waldburg-Trauchenburg heiratet

Bonn * Der Kölner Kurfürst Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg heiratet Agnes von Mansfeld in Bonn. Außerdem will er das Kölner Kurerzstift säkularisieren und den Protestantismus einführen. Der Papst fordert Waldburg-Trauchenburg auf, von seinen Plänen Abstand zu nehmen, denn sein Erfolg hätte die Balance zwischen den Konfessionen zu Lasten des Katholizismus stark verändert. Ganz Nordwestdeutschland droht protestantisch zu werden. Auch die katholische Mehrheit für die Kaiserwahl wackelt plötzlich gewaltig.

4. Oktober 1582 – Umstellung des Kalenders bei den Katholiken

Rom-Vatikan * Papst Gregor XIII. reformiert den auf die Antike zurückgehenden Julianischen Kalender, um damit die Nachtgleichen wieder mit dem Kalender in Übereinstimmung zu bringen. Auf den 4. Oktober soll der 15. Oktober 1582 folgen. Kaiser Rudolph II. fordert daraufhin die Reichsstände auf, den neuen Gregorianischen Kalender einzuführen. Doch während die Katholischen Stände den Kalender annehmen, lehnen ihn die Evangelischen Stände aus konfessionellen Gründen ab. Damit werden im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zwei Kalender mit unterschiedlicher Tageszählung benutzt, was die Handels- und Rechtsgeschäfte massiv beeinträchtigt. Das bleibt so bis zum 17. Februar 1700 so.

19. Dezember 1582 – Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg tritt zum Luthertum über

Bonn * Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg sagt sich öffentlich von der katholischen Kirche los, um zum Luthertum überzutreten.

23. Mai 1583 – Das Kölner Domkapitel wählt Bischof Ernst zum Erzbischof von Köln

Köln * Das Kölner Domkapitel wählt den 28-jährigen bayerischen Herzog Ernst, der bereits Herr über die drei Bistümer Freising, Hildesheim und Lüttich ist, einstimmig zum neuen Kölner Erzbischof und Kurfürsten. Damit ist die katholische Mehrheit bei der Kaiserwahl wieder gesichert. Zum Dank wird Fürstbischof Ernst unmittelbar nach seiner Wahl vom Papst bestätigt, obwohl das Konzil von Trient eine derartige Ämterhäufung strikt untersagt hat. Für das bayerische



Haus Wittelsbach bringt der Erfolg einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Mit dieser Wahl erhält er den ersten Kurhut für die baierisch-wittelsbachischen Fürsten. Das Herzogtum Bayern erreicht mit Maximilian I. erst vierzig Jahre später diese Rangerhöhung. Außerdem sollen baierische Prinzen in den nächsten 178 Jahren die Kölner Kurwürde erreichen und viele Bistümer in Nordwestdeutschland regieren. Mit der Wahl Ernsts zum Kurfürsten wird eine protestantische Mehrheit im Kurkolleg, das den Kaiser wählt, verhindert. Kurfürst Ernst kann allerdings nur geschützt von baierischen Waffen in Köln einziehen.

1. September 1589 – Sich katholisch erklären oder das Land verlassen

München * Der Weinsiegler Hanns Reiter und seine Ehefrau sollen sich bis Michaeli [29. September] „katholisch erklären“ oder das Land verlassen.

6. April 1590 – Die Hexen-Gutachten des Hofrats und der Universität Ingolstadt

München - Ingolstadt * In dem Gutachten des Hofrates werden zunächst ausdrücklich die Meinungen derjenigen protestantischen Hexenverfolger zurückgewiesen, die gemäßigt auftreten. Dazu gehören Johannes Brenz aus Stuttgart und seine Anhänger, die jede Möglichkeit eines tatsächlichen Wetterzaubers abstreiten. Wetter sind eine Angelegenheit der Natur oder Gottes, nicht aber Sache „alter Weiber“ oder gar des „Teufels“. Nach dem Hofratsgutachten ist den Katholiken künftig jeder Zweifel an der Existenz der Hexen, des Teufelspakts, des Hexenflugs und des Schadenszaubers ebenso verboten wie jede inhaltliche Kritik. Auch das von vier Theologieprofessoren ausgearbeitete Ingolstädter Gutachten kommt zum Ergebnis, dass die Obrigkeit mit Eifer und Strenge gegen die Hexen vorgehen und es den Untertanen zur Pflicht machen soll, Verdächtige zu denunzieren. Die Gutachten folgen alleine den katholischen Autoren und unter diesen wiederum nur denjenigen, die die härtesten Ansichten zur Hexenverfolgung vertreten, die jemals in der europäischen dämonologischen und juristischen Literatur zum Hexenprozess geäußert worden sind.

1600 – Fragen nach den Ursachen der Armut

München * Unter Herzog Maximilian I. wird erstmals nach den Ursachen der Armut gefragt. Folgende Erkenntnisse fassen die Untersucher zusammen: Verantwortlich für die Armut ist die Überbevölkerung der Städte, die Überbesetzung der Zünfte und Gewerbe, die allzu großen Freiheiten des Handels, die Vernachlässigung der Polizeigewalt und der Verfall



der Religion und der Sitten. Das Ergebnis ist die Einführung restriktiver Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem Zuzugsbeschränkungen sowie Festnahmen und Einkerkierung von Bettlern und Vagabunden.

1602 – Schauspieler haben einen schlechten Leumund

München * In der „Haußpolicy“ findet man zu den Schauspielern folgenden Text: „Nicht die geringste ursach warumb die Jugent in die unzucht und geilheit gerahtet seind die Comedien Spektackel und Schawspiel / welche an etlichen orten an den Fürstlichen Höfen oder in den Heusern der Mechtigen oder in den öffentlichen darzu bestimbten Heusern gehalten werden. Dann sie [die Schauspieler] seindt gemeinklich eitele / liderliche / verschlagene / arglistige / unverschambte und gottlose leut / ja was mehr ist / man findt under jhnen Landverwisene / ehvergessene / Landstürtzer / Zigeiner und arge Ketzer.“ Es ist die Zeit der Gegenreformation und schon deshalb hat alleine das Schauspiel der Jesuiten Niveau und ist staatlicherseits legitimiert worden.

1605 – Das Herzogliche Hofbräuhaus verzeichnet einen Reingewinn

München-Graggenau * Das Herzogliche Hofbräuhaus braut insgesamt 2.256 Eimer Winter- und Sommerbier. Da ein Eimer 64 Liter fasst, sind das 1.444 Hektoliter. Davon werden 705 Eimer an die Münchner Bevölkerung verkauft, weshalb die Bilanz mit einem Reingewinn von fast 200 Gulden abschließt.

26. April 1606 – Die protestantische Mehrheit verprügelt spontan die Katholiken

Donauwörth * In Donauwörth zieht die katholische Minderheit - unter Verletzung des Augsburger Religionsfriedens - aus Anlass einer jährlich stattfindenden Bittprozession mit fliegenden Fahnen vom Kloster Heiligenkreuz aus. Es kommt zum Konflikt mit der protestantischen Mehrheit, die die Katholiken spontan verprügelt. Donauwörth ist eine der acht Freien Reichsstädte, in denen nach den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens Katholiken und Protestanten das Recht freier Religionsausübung genießen.

16. März 1607 – Kaiser Rudolf II. bevollmächtigt Herzog Maximilian I. zum Kampf



Wien - München - Donauwörth * Kaiser Rudolf II. bevollmächtigt Herzog Maximilian I. mit dem Schutz der katholischen Minderheit von Donauwörth.

26. April 1607 – Die Protestanten belagern das Kloster Heiligkreuz in Donauwörth

Donauwörth * Zur nächsten Markusprozession schickt der Kaiser Kommissare nach Donauwörth, die einen geregelten Ablauf sicherstellen sollen. Doch die Protestanten belagern das Kloster Heiligkreuz und lassen weder die Kommissare noch die Katholiken zur Prozession aus dem Kloster. Der ausschließlich aus Protestanten bestehende Stadtrat toleriert dieses Verhalten.

April 1608 – Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat

Regensburg * Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat zwischen Protestanten und Katholiken. Die katholischen Fürsten stellen einen Antrag auf Restitution aller Kirchengüter, die seit 1552 säkularisiert worden sind. Davon betroffen wären rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie 15 reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Die protestantischen Landesstände verlassen daraufhin den Reichstag. Das Restitutionsedikt wird erst 1629 beschlossen.

12. April 1608 – Dr. Wagnereckh präsentiert sein Aberglaubens- und Hexenmandat

München * Dr. Johann Simon Wagnereckh präsentiert einen ersten Entwurf des von ihm ausgearbeiteten baierischen Aberglaubens- und Hexenmandats. Mehrere Räte kritisierten seine „übergroße Schärfe“. Zu einer Verabschiedung des Mandats kommt es nicht mehr, weil dadurch ein Machtkampf zwischen den Zelanten [= Eiferer] und den Politikern ausgebrochen ist und sich die beiden Gruppen gegenseitig blockieren.

14. Mai 1608 – Die protestantischen Stände gründen die Union

Auhausen * Aufgrund der Donauwörther Ereignisse und zunehmender Spannungen mit den Katholiken gründen protestantische Reichsstände in Auhausen an der Wörnitz im Fürstentum Ansbach die Union, ein Defensivbündnis. Durch den Beitritt weiterer Stände wächst die Zahl der Mitglieder auf insgesamt acht Fürsten, den Grafen von Oettingen und 17 Städte an. Christian I.



von Anhalt-Bernburg übernimmt das Direktorium der Union, die er durch Bündnisse mit England, den Niederlanden und Schweden außenpolitisch absichert.

3. Juni 1609 – Der Kaiser überlässt dem baierischen Herzog die Reichsstadt Donauwörth

München - Wien * Herzog Maximilian I. präsentiert dem Kaiser für die Exekution von Donauwörth eine Rechnung in Höhe von 255.403 Gulden. Kaiser Rudolf II. verpfändet daraufhin dem baierischen Herzog dafür die Reichsstadt Donauwörth. Maximilian I. lässt umgehend die Ausübung des protestantischen Glaubens verbieten und führt die Gegenreformation und damit die Rekatholisierung ein.

9. Juli 1609 – Kaiser Rudolf II. stellt den Majestätsbrief aus

Prag * Kaiser Rudolf II. und zugleich König von Böhmen stellt den sogenannten Majestätsbrief aus. Er gewährt den evangelischen Landständen des Königreichs Böhmen besondere Privilegien zu. Der Majestätsbrief beinhaltet das Recht der Stände den König zu wählen, er erlaubt den Protestanten den Bau von Kirchen und Schulen in den Städten und auf dem Land, er beendet die gegenreformatorischen Bestrebungen der katholischen Adeligen, indem er die gewaltsame Bekehrung der Untertanen verbietet, und er überträgt den Protestanten die bis dahin angeeigneten Kirchengüter.

10. Juli 1609 – In München gründen katholische Fürsten die Liga

München * In München gründen katholische Fürsten die Liga, die zunächst nur ein Bündnis oberdeutscher katholischer Reichsstände darstellt. Baierns Herzog Maximilian I. wird ihr Bundesoberst.

30. Juli 1609 – Die drei geistlichen Kurfürsten treten der katholischen Liga bei

München * Die drei geistlichen Kurfürsten (Köln, Mainz, Trier) treten der katholischen Liga bei.

1610 – Die Liga wird in ein oberländisches und ein rheinisches Direktorium geteilt



München - Mainz * Die Liga wird in ein oberländisches und ein rheinisches Direktorium unter der Leitung von Maximilian I. und dem Mainzer Kurfürsten eingeteilt. Die militärische Leitung der Gesamt-Liga bleibt beim baierischen Herzog. Johann Tserclaes Graf von Tilly wird Bundesfeldherr der katholischen Liga.

1612 – Der aus Einbeck stammende Bierbrauer Elias Pichler kommt nach München

Einbeck - München * Der aus Einbeck - im hohen protestantischen Norden - stammende Bierbrauer Elias Pichler wird vom baierischen Herzoghaus ans Hofbräuhaus nach München angeworben, um hier ein Bier nach einpöckischer Art zu brauen. Bevor er seine Tätigkeit aufnimmt, muss er aber noch schnell zum katholischen Glauben konvertieren. Er braucht zwar noch einige Experimente, aber dann gibt's statt des bis dahin gebrauten Plempels ein würziges, süffiges und bekömmliches Bockbier aus dem Herzoglichen Hofbräuhaus. Das wird aber erst im Jahr 1614 sein.

1612 – Die verfolgungskritischen „Politiker“ kriegen die Mehrheit

München * Das Kräfteverhältnis im Hofrat, dem zentralen kurfürstlichen Entscheidungsträger in der Justiz, hat sich zu Gunsten der verfolgungskritischen „Politiker“ verändert.

23. Oktober 1613 – Kaiser Matthias will ein drittes Liga-Direktorium

Wien * Kaiser Matthias will die katholische Liga mit der Einrichtung eines dritten Liga-Direktoriums für Erzherzog Maximilian unter habsburgische Kontrolle bringen.

11. November 1613 – Pfalzgraf Wolfgang-Wilhelm konvertiert zum katholischen Glauben

Neuburg * Magdalena, eine Schwester von Herzog Maximilian I., geht in München eine Ehe mit dem protestantischen Herzog Wolfgang-Wilhelm von Pfalz-Neuburg ein. Der Pfalzgraf konvertiert bei dieser Gelegenheit zum katholischen Glauben.

1614 – Die Gebrüder Bettaga wollen in München eine Seidenhandlung eröffnen



München * Die Gebrüder Bettaga bitten um Aufnahme als Bürger und wollen ebenfalls eine Seidenhandlung eröffnen. Und das, obwohl „ein Verschleiß in nicht katholischen Ländern besser ist“. Sie begnügen sich jedoch nicht mit einem einfachen Geschäft, sondern errichten dazu eine Seidenspinnerei. Das Unternehmen soll „jährlich bis zu 7.000 Seelen, arme, meist junge Leuthe abrichten und erheben, welche sonst dem müßiggang und Petl nachgehen“. Die Bettegas führen das Geschäft ganze sieben Jahre.

1. Mai 1614 – Elias Pichler kredenzt erstmals das von ihm gebraute Bockbier

München-Graggenau * Braumeister Elias Pichler kredenzt in München erstmals das von ihm gebraute Bier nach original Einbecker Art, das später über ainpöckisch Bier den Namen Bockbier erhalten wird. Aufgrund der merkantilistischen wirtschaftspolitischen Grundprinzipien ist Herzog Maximilian I. - auch beim Bier - der Meinung, dass es wirtschaftlich besser ist, Fertigwaren auszuführen und allerhöchstens die Rohstoffe einzuführen, um dann am erzielten Mehrwert zu verdienen. Deshalb werden ab dem Jahr 1612, mit der Anwerbung des aus Einbeck stammenden Braumeisters Elias Pichler, auch die Lieferungen von Einbecker Bier für den Münchner Hof eingestellt. Schon zuvor ist am Münchener Herzogshof der Bedarf an dem Gerstensaft aus dem hohen deutschen (protestantischen) Norden durch den Aufschwung, den das Weiße Bier hier genommen hat, stark zurückgegangen. Das Luxusgetränk mit seinen mehr als 16 Prozent Stammwürze und über sieben Prozent Alkoholgehalt bleibt auch weiterhin ein Privileg des Landesfürsten. Herzog Maximilian I. lässt - auf nachhaltiges Drängen - zwar den „Bock“ auch an seine Landeskinder ausschenken, erklärt aber die Herstellung des Bockbieres - wie schon zuvor des Weißbieres - zum fürstlichen Regal, also zum Monopol der Landesherrschaft. Aus dem ainpöckischen Bier wird im Volksmund bald der Bock. Im Kanzleideutsch aber ist noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein vom Ainbock die Rede.

1616 – Georg Schobinger kauft den an der Lilienstraße gelegenen Klingenhammer

Au * Georg Schobinger kauft auch den an der Lilienstraße gelegenen Klingenhammer mit Werkzeug, Polier- und Schleifmühle, die oberen und unteren Gärten, Röhlwasser, Brunnstuben und Fischgerechtigkeit am Mühlbach um 8.000 Gulden. Die Klingenschmiede hatte zwar ihren Ruf und ihre Bedeutung verloren, war aber nachweislich noch als Schobinger Mühle in Betrieb.

14. Januar 1616 – Maximilian I. legt das Bundesobristenamt der katholischen Liga nieder



München * Herzog Maximilian I. legt nach erbitterten Auseinandersetzungen das Bundesobristenamt der katholischen Liga nieder.

29. September 1616 – Das Landrecht stellt die Rechtseinheit in Baiern her

München * Mit dem Landrecht Herzog Maximilians I. wird die endgültige Rechtseinheit in Baiern hergestellt, die alle Rechtsgebiete umfasst. Damit ist Baiern eines der wenigen deutschsprachigen Territorien, das über eine systematisch erfasste und in allen Rechtsangelegenheiten abgestimmte Landesgesetzgebung verfügt. Die Landes- und Polizeiordnung enthält: Eine Polizeiordnung. Das Landrecht, das einheitlich für Ober- und Niederbaiern gültige Zivilrecht, das bis 1756 in Kraft bleibt. Eine Gerichtsordnung, die den ordentlichen Prozess auf der Grundlage der Gerichtsordnung von 1520 regelt. Die summarische Prozessordnung, die bis 1753 Gültigkeit hat. Sie schreibt unter anderem das Wandern der Handwerksgesellen als Grundlage für den Erwerb der Meisterschaft vor. Sie enthält eine allgemeine Fischordnung für Donau, Salzach, Isar und den Inn usw.. Sie schafft in der Malefizordnung die Strafe des Ertränkens ab.

29. September 1616 – Eigene Baierweinschenken bilden sich heraus

München * Die Baierische Polizeiordnung untersagt den „gleichzeitigen Ausschank von Baierwein und eingeführten Weinen“. Dadurch bilden sich eigene Baierweinschenken heraus.

29. September 1616 – Aufenthalts-, Handels- und Gewerbeverbot für Juden erneuert

München * Herzog Maximilian I. bestätigt im sogenannten „Codex Maximilianeus“ die seit dem 16. Jahrhundert geltenden Aufenthalts-, Handels- und Gewerbeverbote für Juden in Baiern. Die Grundlagen dieser Politik reichen bis zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung unter Herzog Albrecht V. in den Jahren 1551/53 zurück. Juden ist es damit weiterhin untersagt, sich dauerhaft in Bayern niederzulassen, Handel zu treiben oder ein Gewerbe auszuüben. Nur in Ausnahmefällen können einzelne sogenannte „Schutzjuden“ mit besonderer Genehmigung zeitweise im Land leben oder wirtschaftlich tätig sein.

29. September 1616 – Lockerer Umgang mit dem Reinheitsgebot



München * In der Landes- und Polizeiordnung heißt es: „Doch wann jemand ein wenig Salz, Krametbeer [= Wacholder] und ein wenig Kümmel in das Bier täte und damit kein Übermaß gebrauchte, soll er deshalb nicht gestraft werden“. Es gab viele Gründe mit pflanzlichen Zusätzen zu arbeiten und zu experimentieren. Vor allem sollte die längere Haltbarkeit des Bieres erreicht und das Sauerwerden verhindert beziehungsweise rückgängig gemacht werden. Sauerer Bier war wegen des schlechten Geschmacks nicht nur unverkäuflich, sondern bedeutete durch den Verlust der teuren Rohstoffe einen volkswirtschaftlichen Schaden.

27. Mai 1617 – Herzog Maximilian I. gründet eine neue katholische Liga

München * Herzog Maximilian I. gründet zusammen mit Würzburg, Bamberg, Eichstätt und Ellwangen eine neue katholische Liga.

29. Juni 1617 – Die böhmischen Landstände wählen Erzherzog Ferdinand zum König

Prag * Aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustandes wählen die böhmischen Landstände Erzherzog Ferdinand - noch zu Lebzeiten von Kaiser und König Matthias - zum designierten König von Böhmen, nachdem auch er die im Majestätsbrief garantierten Freiheiten und Privilegien beieidet. Erzherzog Ferdinand II. wird von den böhmischen Ständen - trotz seines bekanntermaßen kämpferischen Katholizismus - zum König gewählt und im Prager Veitsdom feierlich gekrönt. Doch die an den herzoglichen, königlichen und kaiserlichen Höfen sitzenden und Einfluss habenden Jesuiten wollen - ebenso wie der spanische Hof - die Bestimmungen des Majestätsbriefes rückgängig machen. Sie ersinnen eine Gegenstrategie, in deren Folge zwei protestantische Kirchen abgerissen werden.

23. Mai 1618 – Die Delinquenten werden defenestriert und landen auf dem Misthaufen

Prag * Die Ständevertreter begeben sich in das Schloss auf dem Hradschin, um die kaiserlichen Beamten zur Rede zu stellen. Es kommt zu einem heftigen Streit, in dessen Folge die Aufständischen zwei Statthalter Ferdinands samt deren Sekretär aus einem Fenster der Burg werfen. Doch die katholischen Statthalter überleben, was in der katholischen Propaganda umgehend zu einer Engels- und Marienerscheinung und damit zu einem Wunder umgedeutet wird. Weniger pathetische Stimmen sprechen von einem Misthaufen der den Sturz abgemildert hat. Doch auch einen Misthaufen hätten - nach einem freien Fall aus 18 Metern Höhe - drei Ungeübte nicht so leicht überstanden, dass sie hinterher noch in der Lage gewesen wären



wegzulaufen. Die Lösung liegt wahrscheinlich an der unter dem Fenster schräg verlaufenden Wand. Durch die kleinen Fenster konnten die Delinquenten nicht mit Schwung „defenestriert“ werden und so nach unten rutschen. Die Ereignisse auf der Prager Burg stilisieren die katholischen Propagandisten zur Staatsaffäre hoch. Der Prager Fenstersturz ist die Initialzündung für den Dreißigjährigen Krieg.

1. Juli 1618 – Ferdinand II. wird in Preßburg zum König von Ungarn gekrönt

Preßburg * Ferdinand II. wird in Preßburg zum König von Ungarn gekrönt. Sofort beginnt man mit einer gegenreformatorischen Politik.

31. Juli 1618 – Die böhmischen Stände erklären sich zur Wahlmonarchie

Prag * Die Böhmisches Konföderation, ein Bündnis der nicht-katholischen Stände, wird in Prag gebildet. Der König als monarchisches Oberhaupt wird weitgehend entmachtet. Die Regierungsgewalt wird in die Hände der Stände gelegt. In der Konföderationsakte erklären die böhmischen Stände sich zur „freien, ständisch verfassten Wahlmonarchie“. Die Stände der Nebenländer Mähren, Schlesien, Ober- und Niederlausitz werden denen Böhmens gleichgestellt. Sie dürfen fortan an der Königswahl teilnehmen. Der Protestantismus wird zur Staatsreligion erklärt.

21. November 1618 – Peter Ernst II. Graf von Mansfelds Truppen erobern Pilsen

Pilsen * Peter Ernst II. Graf von Mansfeld gelingt nach einem 15-stündigen Kampf die Einnahme der habsburgtreuen Stadt Pilsen. Es ist der erste Belagerungskampf des Dreißigjährigen Krieges. Pilsen gilt als bedeutendster Stützpunkt der katholischen Kaisertreuen und hatte sich dem Böhmisches Aufstand nicht angeschlossen. Der Söldnerführer Graf von Mansfeld lässt nach der gewonnenen Schlacht einen Galgen errichten, an dem als Erster der Pilsener Henker sein Leben lässt. Ihm wird nachgesagt, dass er sich bei der Verteidigung der Stadt als Scharfschütze mit einer stets treffenden Teufelskugel hervorgetan hätte. Die meisten Verteidiger erhalten aber einen freien Abzug, heuern aber hinterher bei der Mansfeldschen Armee an. Nach dem Fall von Pilsen bekommt die protestantische Sache in Böhmen großen Auftrieb. Der Kaiser verhängt zur Strafe die Reichsacht über Mansfeld.



8. Oktober 1619 – Herzog Maximilian I. wird großzügig entschädigt

München * Herzog Maximilian I. von Baiern sichert Kaiser Ferdinand II. im Münchner Vertrag die Unterstützung der Liga - unter seinem Oberbefehl - gegen das aufständische Böhmen zu. Kaiser Friedrich II. sagt dem Baiernherrscher das uneingeschränkte Direktorium über die katholische Liga zu und garantiert ihm Ersatz für alle Unkosten, die er beim Krieg gegen Böhmen haben würde. Bis zur endgültigen Abrechnung sind ihm pfandweise österreichische Länder zu übertragen. Nur mündlich erhält Herzog Maximilian I. das kaiserliche Versprechen, dass Kurfürst Friedrich V. geächtet und die pfälzische Kurwürde nach Baiern verlagert wird.

Dezember 1619 – Die katholische Liga beschließt den Kriegseintritt

Würzburg * In Würzburg beschließt die katholische Liga die Aufstellung eines Heeres - und damit den Eintritt in den Krieg.

1620 – Reform der altbaierischen Franziskaner-Konvente

München - Rom * Die nächste Reform der altbaierischen Franziskaner-Konvente entspringt den kirchenpolitischen Vorstellungen des regierenden Herzogs Maximilian I.. Es geht dem die Gegenreformation tragenden Herrscher um die innere Erneuerung der katholischen Kirche, damit sich diese erfolgreich gegenüber der lutherischen Reformation behaupten und verloren gegangenes Terrain zumindestens teilweise zurückgewinnen kann. Er will Baiern zu einem gut verwalteten und modernen Zentralstaat ausbauen, der in alle Lebensbereiche seiner Untertanen eingreifen und diese beaufsichtigen soll. Dazu gehört auch die Übereinstimmung der kirchlichen und staatlichen Territorialgrenzen. Ein Hauptziel liegt dabei in der Abtrennung der altbaierischen Franziskanerkonvente von der Observatenprovinz Straßburg, um so eine baierische - und damit unabhängige, aber staatstreue - Franziskanerprovinz zu errichten. Zur Durchsetzung seiner Ziele besetzt Herzog Maximilian I. - obwohl keine besonderen Missstände im Münchner und den anderen baierischen Franziskaner-Niederlassungen vorliegen - die Schlüsselpositionen und sogar halbe Konvente mit italienischen „Riformati“, einer italienischen Reformgruppe innerhalb des Ordens, neu. Diese Reformaten übernehmen als erstes und wichtigstes Kloster in Altbaiern den Franziskaner-Konvent bei der Münchner Residenz.

Mai 1620 – Der Karmelitengeneral Dominicus a Jesu Maria geht nach Baiern



Schärding * Der bereits 60-jährige Karmelitengeneral Dominicus a Jesu Maria geht auf päpstliche Weisung nach Baiern. Noch in Rom hat er den Sieg von Prag vorausgesagt: „Wenn die Schlacht anfangen wird, werde ich auf einem mutigen Pferd sitzen, durch die Glieder des Kriegsheeres reiten, die Soldaten anfrischen: Die mich erblickenden Feinde werden aufschreien: Was für ein Teufel aus der Hölle kommt zu dem katholischen Kriegsheer?“ In Schärding am Inn, wo die Liga ihre Truppen gesammelt hat, trifft der Karmeliter-Pater Dominicus a Jesu Maria erstmals auf Herzog Maximilian I. und dessen Ehefrau Elisabeth Renata von Lothringen. Gemeinsam begeben sich die zur Strafaktion versammelten Regimenter und Maximilians Hofstaat nach Böhmen. Der Karmeliter-Pater reist in einer Sänfte. In einem von den böhmischen Aufständischen zerstörten Dorf findet der Ordensmann ein kleines Bild, das die Geburt Jesu darstellt. Calvinistische Bilderstürmer haben Maria und Josef die Augen ausgekratzt. Sofort hängt sich der Karmelit dieses Gnadenbild um den Hals.

23. Juli 1620 – Die Niederschlagung des oberösterreichischen Aufstands beginnt

Haag am Hausruck - Schloss Aistersheim * Herzog Maximilian I. von Baiern überschreitet mit einem aus 30.000 Mann bestehendem Heer der Katholischen Liga die Grenze nach Österreich. Das von Tserclaes von Tilly geleitete Heer erobert das von Bauern besetzte Schloss Aistersheim.

31. Juli 1620 – Der Ulmer Vertrag sichert die Besetzung Oberösterreichs

Ulm * Im Ulmer Vertrag wird - durch französische Vermittlung - ein Neutralitätsabkommen zwischen der katholischen Liga und der protestantischen Union geschlossen, das sich aber nicht auf Böhmen erstreckt. Damit ist Herzog Maximilian I. vor einem Angriff der Union sicher und kann mit seinem stattlichen Heer, bestehend aus 24.500 Mann zu Fuß und 5.500 Reiter, vor der oberösterreichischen Grenze aufmarschieren.

4. August 1620 – Maximilian I. zieht mit seinem Liga-Heer in Linz ein

Linz * Das von Baiern geführte Heer der Katholischen Liga zieht mit Herzog Maximilian I. an der Spitze ins Schloss der Landeshauptstadt Linz ein.



26. September 1620 – Herzog Maximilian I. überschreitet die böhmische Grenze

Böhmen * Baiernherzog Maximilian I. von Baiern überschreitet mit seinem Heer der Katholischen Liga, das sich zuvor dem kaiserlichen Heer vereinigt hatte, die böhmische Grenze.

7. November 1620 – Die katholisch- kaiserliche Armee steht westlich vor Prag

Prag * Die katholisch- kaiserliche Armee steht westlich vor Prag.

8. November 1620 – Die Schlacht am Weißen Berg entbrennt

Prag * Der Karmeliten-Pater Dominicus a Jesu Maria tritt mit einem von kalvinistischen Bilderstürmern geschändeten Marienbild um den Hals und dem Kreuz in der Hand vor die Söldnertruppen und ruft im mitreißenden Glaubenseifer zum Kampf auf. Engel würden die katholische Sache zum Sieg führen. Der Schlachtruf lautet: „Maria!“ Am Weißen Berg entbrennt der Kampf gegen das böhmische Ständeheer. Eine Übermacht von 32.400 kaiserlichen Infanteristen und 7.550 Reitern tritt gegen 8.000 böhmische Fußsoldaten und 5.000 Kavalleristen an. In nur einer einzigen Stunde erringen die Kaiserlichen einen triumphalen Sieg über die böhmischen Rebellen. Domenicus a Jesus Maria stilisiert anschließend den Kampf zu einer Schlacht des Katholizismus gegen den Unglauben hoch. Die vernichtende Niederlage des protestantischen Heeres wird dementsprechend als Sieg des Katholizismus und schließlich als göttliches Wunder umgedeutet.

9. November 1620 – Der „Winterkönig“ Friedrich V. flieht Hals über Kopf

Prag * Der „Winterkönig“ Friedrich V. flieht Hals über Kopf von der Burg. Der Prager Hradtschin ist damit wieder fest in der Hand des katholischen Kaisers. Friedrich V. wird zum Rädelsführer einer „im Reich deutscher Nation niemals erhört, gesehenen noch gelesenen Rebellion“ erklärt und unter „des Heiligen Reichs Acht“ gestellt. „Seine Liebden“ Maximilian habe über das Heer der Rebellen „durch Verleyhung Göttlicher Gnaden und Beistand obgesiegt“.

22. Januar 1621 – Herzog Maximilian I. heimlich als Kurfürst vorgesehen

Wien * Der als „Winterkönig“ verunglimpfte wittelsbachisch-pfälzische Kurfürst Friedrich V. wird



vom Kaiser geächtet und verliert seine Kurfürstenwürde sowie die Oberpfalz. Erst mit der Reichsacht gegen Friedrich V. entsteht die juristische Voraussetzung, um die Kurwürde neu zu übertragen und die Lehen neu zu vergeben. Baierns Herzog Maximilian I. erhält zwar die politische Zusage, doch der Kaiser kann die Kurwürde nicht einfach privat vergeben, weil sie Teil der Reichsverfassung ist [= Goldene Bulle], das Gleichgewicht der Kurfürsten verändern und dadurch protestantischen Widerstand provozieren würde. In der Folge soll auch die Bevölkerung wieder in den Schoß der katholischen Kirche zurückgeführt werden. Die Oberpfalz war zwischen 1556 und 1563 lutherisch, zwischen 1563 und 1576 calvinistisch reformiert, zwischen 1576 bis 1583 wieder lutherisch und zwischen 1583 und 1628 erneut calvinistisch.

24. April 1621 – Die protestantische Union löst sich selbst auf

Heilbronn * Die protestantische Union löst sich beim Unionstag in Heilbronn - unter dem Eindruck der militärischen Überlegenheit der kaiserlichen Heere und der katholischen Liga - selbst auf.

1622 – Rom empfiehlt dem Alt-Herzog Wilhelm V. die Basilianer

München - Rom * Herzog Wilhelm V. wird auf die Mönche aus dem Institute des heiligen Basilus aufmerksam gemacht. Da er diesen Orden noch nicht kennt, holt der Alt-Herzog in Rom Erkundigungen über die Patres ein. Kaspar Schoppius, ein aus Neumarkt in der Oberpfalz stammender hoher Kleriker, empfiehlt dem Alt-Herzog die Basilianer für die Rekatholisierung der Oberpfalz, da diese sich „mit der Arbeit ihrer Hände nähren müssen und kein Almosen begehren noch annehmen“. Dadurch, so der Kleriker aus Rom, würden den ketzerischen Oberpfälzern die sonst üblichen Argumente gegen die Bettel-Mönchsorden entkräftet werden.

25. Februar 1623 – Maximilian I. erhält die Kurwürde auf Lebenszeit

Regensburg * Kaiser Ferdinand II. löst sein Versprechen ein und belehnt Herzog Maximilian I. von Baiern auf dem Regensburger Fürstentag mit der pfälzischen Kur des gestürzten „Winterkönigs“ Friedrich V.. Wie verabredet erhält Maximilian I. die Kurwürde nur auf Lebenszeit. Damit verbunden erhält Baiern die Oberpfalz als Pfandbesitz. Die Rheinpfalz kommt unter baierische und spanische Verwaltung. Damit ist die katholische Mehrheit im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium gesichert. Die baierischen Wittelsbacher besitzen nun - mit Köln - über zwei der sieben Kurwürden.



4. Oktober 1624 – Der Beginn der Rekatholisierung in Oberösterreich

Wien - Oberösterreich * In das von Kaiser Ferdinand II. an das Herzogtum Bayern verpfändete Oberösterreich soll eine Reformkommission die evangelisch gewordenen Untertanen wieder katholisch machen. Durch ein Patent Kaiser Ferdinands II. wird die Ausweisung aller evangelischen Schulmeister und Prediger im Lande ob der Enns verfügt. Da die freigewordenen Pfarrstellen nicht mit einheimischen Pfarrern besetzt werden können, holt man italienische Priester aus dem italienischen Teil Tirols. Diese sprechen kaum deutsch und können deshalb die Messe, wie es zuvor üblich war, nicht in der Landessprache halten.

Januar 1625 – Die oberösterreichischen Bauern wehren sich

Natternbach - Oberösterreich * Der Dechant Blasius de Livo und der von ihm eingesetzte italienische Pfarrer von einigen Hundert Bauern mit Steinen beworfen und verjagt. Das bleibt zunächst ohne Konsequenzen, bringt aber eine Reihe von Ereignissen in Gang die im Oberösterreichischen Bauernkrieg enden.

10. Oktober 1625 – Eine Religionsedikt für Oberösterreich

Wien - Oberösterreich * Nach einer kaiserlichen Instruktion wird in dem von Bayern besetzten Oberösterreich durch ein Religionsedikt die totale Gegenreformation eingeführt. Alle protestantischen Einwohner Oberösterreichs müssen bis Ostern 1626 katholisch werden - oder auswandern. Wer sich zu diesem Schritt entschließt, muss zehn Prozent seines Vermögens als Nachsteuer bezahlen.

12. Mai 1626 – In Oberösterreich bricht ein Bauernkrieg los

Lembach im Mühlkreis - Oberösterreich * Mit dem Frankfurter Würfelspiel sollte ein Exempel statuiert werden. Doch wächst dadurch der Zorn der protestantischen Bauern noch stärker, worauf im Mai 1626 der Bauernkrieg durch erste Kampfhandlungen in Lembach im Mühlkreis beginnt. Bei einer Rauferei im Markt Lembach werden sechs bayerische Soldaten getötet. Der Oberösterreichische Bauernkrieg richtet sich gegen Kurfürst Maximilian I. und die bayerische Besatzungsmacht. Zehntausende Bauern versammeln und organisieren sich. Über ihren Haufen wehen schwarze Fahnen, die mit Totenköpfen geschmückt sind. Eines ihrer Kampflieder lautet: „Von Bayern Joch und Tyrannei, Und seiner großen Schinderei, Mach uns, o lieber Herr Gott,



frei!“ bsp;

21. Mai 1626 – Eine missglückte katholische Strafexpedition im Mühlkreis

Peuerbach - Oberösterreich * Eine Strafexpedition soll die Unruhen im Mühlkreis niederschlagen. Doch die geschickt operierenden und zahlenmäßig überlegenen Aufständischen können die Truppen des Statthalters in Peuerbach vernichtend schlagen.

24. Juni 1626 – Linz wird von den aufständischen Bauern belagert

Linz * Die unter bayerischer Pfandschaft stehende oberösterreichische Landeshauptstadt Linz wird von aufständischen Bauern belagert und kann von ihnen trotz mehrerer Sturmangriffe nicht eingenommen werden.

10. September 1626 – Ein Waffenstillstand mit den aufständischen Bauern

Linz * Ein Waffenstillstand zwischen den bayerischen Truppen und den aufständischen oberösterreichischen Bauern wird für die Zeit vom 10. bis einschließlich 18. September 1626 geschlossen. Damit scheint der Oberösterreichische Bauernkrieg für beendet.

17. Oktober 1626 – Kurfürst Maximilian I. ruft Wallenstein zu Hilfe in Oberösterreich

München - Oberösterreich * Kurfürst Maximilian I. schreibt an Albrecht Wenzel Eusebius von Waldstein, genannt „Wallenstein“, er möge einen Teil seiner Armee „zur Stillung der Unruhen nach Oberösterreich“ senden.

25. November 1626 – Die aufständischen Bauern werden in vier blutigen Schlachten geschlagen

Oberösterreich * Eine bayerisch-kaiserliche Armee besiegt in vier blutigen Schlachten die sich tapfer und verzweifelt wehrenden Bauern in Oberösterreich vollständig. 8.000 Bauern kommen dabei ums Leben. Ende November herrscht wieder Ruhe im Land. Ein weiterer Widerstand der Untertanen ist nicht mehr zu befürchten.



1627 – Die kaiserlich-katholischen Truppen besetzen Jütland

Jütland * Die kaiserlich-katholischen Truppen besetzen Jütland.

1628 – Bücherverbrennung in der rekatholisierten Oberpfalz

Oberpfalz * Bücherverbrennungen in der rekatholisierten Oberpfalz.

1628 – Kurfürst Ferdinand von Köln verstärkt die Hexenverfolgung

Köln * Kurfürst Ferdinand von Köln, sowie Bischof von Lüttich, Hildesheim, Münster und Paderborn, erlässt eine überarbeitete Hexenprozessordnung, in der er die Regelungen der kaiserlichen Halsgerichtsordnung - Constitutio Criminalis Carolina verschärft und den Einsatz der Folter erleichtert.

1628 – Die kaiserlich-katholischen Truppen besetzen Mecklenburg und Pommern

Mecklenburg - Pommern * Die kaiserlich-katholischen Truppen besetzen Mecklenburg und Pommern.

4. März 1628 – Die Kurwürde Baierns wird erblich

München * Kurfürst Maximilian I. von Baiern erhält die erbliche Kurwürde offiziell verliehen. Die ihm am 25. Februar 1623 übertragene Kurwürde war nur „auf Lebenszeit“. Jetzt ist die bayerische Kurwürde erblich, doch der 55-jährige Kurfürst Maximilian I. hat noch keinen Erben. Die Rangerhöhung Baierns vom Herzogtum zum Kurfürstentum wird im ganzen Land kundgetan. Im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium scheint damit die katholische Mehrheit auf Dauer gesichert. Gleichzeitig fühlen sich aber die protestantischen Reichsstände zu erhöhtem Widerstands- und Kampfeswillen herausgefordert.

27. April 1628 – Kurfürst Maximilian I. macht die Oberpfalz katholisch

München - Amberg * Kurfürst Maximilian I. erlässt, nachdem er mit der Oberpfalz belehnt worden



ist, ein Religionsmandat mit dem eine radikale Gegenreformation eingeleitet wird.

28. September 1628 – Das erste Opfer der Pest

München * Im Haus des Geheimen Rats Bartholomäus Richel stirbt eine Magd vermutlich an der Pest. Umgehend werden alle Kontaktpersonen der Verstorbenen für zwanzig Wochen in Gartenhäusern vor der Stadtmauer isoliert. Durch diese Maßnahme kann eine Verbreitung der Seuche vermieden und die Zahl der Opfer klein gehalten werden.

1629 – Kardinal Richelieu bietet Baiern ein Defensivbündnis an

Paris - München * Kardinal Richelieu, der Leiter der französischen Politik, bietet Baiern ein Defensivbündnis an.

6. März 1629 – Kaiser Ferdinand II. erlässt das Restitutionsedikt

Wien * Kaiser Ferdinand II. erlässt - in Übereinstimmung mit den Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier und Baiern - das Restitutionsedikt, das jede „Entfremdung von katholischem Kirchengut nach dem Stichjahr 1552 für unrechtmäßig“ erklärt. Davon betroffen sind rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie zwölf reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Nur Meißen, Merseburg und Naumburg werden dem Kurfürsten von Sachsen aus politischen Rücksichten vorerst überlassen. Es erhebt sich nicht nur bei den protestantischen Reichsständen lauter Protest. Selbst der Papst äußert Bedenken.

29. Januar 1630 – Eine Bücherverbrennung in Amberg

Amberg * Im Zuge der Rekatholisierung der Oberpfalz lässt Kurfürst Maximilian I. vor den Toren von Amberg 11.183 unkatholische Bücher verbrennen. Diese wurden zuvor von den baierischen Beamten bei systematischen Hausdurchsuchungen eingezogen. Propagandistisch wird die Bücherverbrennung als Strafgericht inszeniert und durch Jesuitenschüler musikalisch unterstützt. Die Rekatholisierung der Oberpfalz wird bis zum Jahr 1675 weitestgehend abgeschlossen sein.

3. Juli 1630 – Ein für den Kaiser wenig erfolgreicher Regensburger Kurfürstentag



Regensburg * Kaiser Ferdinand II. eröffnet den Regensburger Kurfürstentag. Er wird bis November dauern. Auf dem Kurfürstentag will Kaiser Ferdinand II. die Wahl seines Sohnes Ferdinand III. zum deutsch-römischen König sichern und Unterstützung gegen die niederländischen Generalstaaten einfordern. Doch die Kurfürsten verweigern die Zustimmung zur Wahl Ferdinands III. und fordern stattdessen eine Verringerung der kaiserlichen Armee und eine Milderung der Kriegskosten. Der kaiserliche Oberbefehlshaber Albrecht von Wallenstein wird seines Postens enthoben. Der 71-jährige Johann Tserclaes Graf von Tilly erhält dafür zusätzlich zu seinem Kommando der katholischen Liga nun auch noch den Oberbefehl über das kaiserliche Heer. Der Kaiser einer Überprüfung des Restitutionsedikts zustimmen.

6. Juli 1630 – Gustav II. Adolf landet mit 13.000 Mann an der Küste Pommerns

Pommern * Der schwedische König Gustav II. Adolf landet mit einem Heer von 13.000 Mann an der Küste Pommerns und greift in die kriegesischen Auseinandersetzungen des Dreißigjährigen Krieges ein. Ihm werden zwei siegreiche Schlachten genügen, um die kaiserlich-katholische Position in Norddeutschland zu zerschlagen und bis an die habsburgischen Erblande vorzudringen.

Mai 1631 – Friedrich Spees Schrift gegen Folter und Hexen-Verfolgungen

München * Die Schrift „Cautio Criminalis“ des Jesuitenpaters Friedrich Spee erscheint, in der er sich - erstmals im katholischen Bereich - kritisch mit der Anwendung der Folter und den Hexen-Verfolgungen auseinander setzt. Die Schrift muss anonym erscheinen. Auch ein aussagekräftigerer Titel - wie etwa „Wider den Hexenwahn“ - wäre ein eindeutiger Verstoß gegen die allgemein herrschende Überzeugungen gewesen und geeignet, neben dem Verfasser auch noch den Drucker und den Verleger in Verdacht zu bringen, dass sie Hexen in Schutz zu nehmen und somit die Partei des Satans stärken würden. Der Jesuitenpater Friedrich Spee hatte während seiner Aufenthalte in den Zentren der Hexenverfolgung in Köln, Trier, Würzburg, Mainz, Speyer und Paderborn Hexenprozesse verfolgt und kam dabei zur Überzeugung, dass die Folter nicht zur Wahrheitsfindung geeignet sei. Das verstößt freilich gegen die damalige Rechtsauffassung, denn daraus lässt sich ableiten, dass die verdächtigten Frauen - trotz ihrer Geständnisse unter der Tortur - unschuldig sind. Innerhalb der Gesellschaft Jesu bleibt die Autorenschaft des Paters Friedrich Spee nicht verborgen. Zeitweise droht ihm sogar die Entlassung aus dem Jesuitenorden.



10. Mai 1631 – 26.800 kaiserliche Soldaten belagern Magdeburg

Magdeburg * Das Massaker von Magdeburg beginnt. Rund 26.800 kaiserliche Soldaten unter Führung des katholischen Oberbefehlshabers Tilly, belagern die Stadt Magdeburg, die eine der bedeutendsten Städte in Deutschlands ist und in der rund 35.000 Menschen leben.

17. Mai 1631 – Die Bestürmung von Magdeburg beginnt

Magdeburg * Die katholische Liga beginnt mit der Bestürmung Magdeburgs.

20. Mai 1631 – Die Kaiserlichen bereiten Magdeburg ein grausliches Blutbad an

Magdeburg * Es kommt zu einem ersten schweren Geschützfeuer auf die Stadt Magdeburg und die umliegenden Dörfer. Am frühen Morgen dringen die katholischen Kaiserlichen, angeführt vom katholischen Oberbefehlshaber Graf Johann Tserclaes von Tilly und General Gottfried Heinrich Graf zu Pappenheim, in die Stadt ein und richten ein grausliches Blutbad an. Magdeburg versinkt in einer Orgie aus Gewalt, Zerstörung und Plünderung. Entsetzte Offiziere bitten Graf von Tilly dagegen einzuschreiten und erhalten die knappe Antwort: „Der Soldat muss etwas haben für seine Gefahr und Mühsal.“ Gegen Mittag fängt die Stadt zu Brennen an. Ob planmäßige Feuer gelegt worden sind, womöglich durch die Verteidiger der Stadt, wird nie geklärt. Jedenfalls verlieren dabei mehr als 15.000 Menschen - nach anderen Quellen sogar bis zu 30.000 Menschen - ihr Leben. Die sogenannte „Magdeburger Hochzeit“ gilt als das größte und schlimmste Massaker während des Dreißigjährigen Krieges, über das man in ganz Europa entsetzt ist. Es heißt, die Taten und der Schrecken sind in ihrer Entsetzlichkeit „nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen“.

15. September 1631 – Graf Tilly zieht in Leipzig ein und lässt ausgiebig plündern

Leipzig * Der kaiserlich-katholische Oberbefehlshaber Tserclaes Johann Graf von Tilly zieht in Leipzig ein und lässt dort ausgiebig plündern.

15. April 1632 – Schwedens König Gustav Adolf erkämpft den Lechübergang

Rain am Lech * In der „Schlacht bei Rain am Lech“ werden die Kaiserlichen unter Führung



des katholischen Oberbefehlshabers Johann Tserclaes Graf von Tilly von den Truppen des Schwedenkönigs Gustav II. Adolfs besiegt. Dadurch können die Schweden den Lech überschreiten, womit ihnen das ganze Kurfürstentum Bayern offen steht. Die Bayern müssen jetzt die leidvollen Erfahrungen mit dem Durchzug feindlicher Heere durchleben. Graf von Tilly wird in der Schlacht durch einen Schuss schwer am Bein verwundet. Kurfürst Maximilian I. zieht sich daraufhin in die stark befestigte Ingolstadt zurück. Die Erfolge des schwedischen Königs, den seine Anhänger „Löwe aus Mitternacht“ und „Gideon des Nordens“ nennen, von seinen Feinden aber als „Schneekönig“ verspottet wird, machen seinen katholischen Kriegsgegnern Angst. Besonders nach dem „Massaker von Magdeburg“.

30. April 1632 – Johann Tserclaes Graf von Tilly stirbt in Ingolstadt

Ingolstadt * Der Oberbefehlshaber der katholisch-kaiserlichen Truppen, Graf Johann Tserclaes von Tilly, stirbt wenige Tage nach seiner Schussverletzung in Ingolstadt.

14. Mai 1632 – Geldzahlungen statt Plünderung und Mord

München - Freising * Der kurfürstliche Kriegsrat Johann Küttner und die Münchner Bürgermeister Friedrich Ligsalz und Ferdinand Barth sowie der Stadtrat Paulus Parsdorfer reisen nach Freising. Dort treffen sie den Schwedenkönig Gustav Adolf und bitten ihn um Schonung der Stadt vor Brand und Plünderung, die Sicherung der Personen und Eigentum und die Bewahrung von Religion und politischer Verfassung. Sie bieten dafür die Bezahlung einer Kontribution [Geldzahlung] an.

30. Mai 1635 – Der Prager Frieden wird geschlossen

Prag * Der Kaiser, die katholische Liga und Kursachsen schließen in Prag einen Frieden, dem bald die meisten deutschen Reichsstände beitreten. Im Prager Frieden wird das Restitutionsedikt für vierzig Jahre ausgesetzt.

7. November 1638 – Die Mariensäule wird feierlich eingeweiht

München-Graggenau * Am ersten Sonntag nach Allerheiligen weiht der Freisinger Fürstbischof Veit Adam von Gepeckh das Marien-Monument auf dem Schrammplatz feierlich ein. Das ist



jener Tag, an dem alljährlich in einer großen Gedächtnis-Prozession der Sieg Maximilians I. in der Schlacht am Weißen Berg bei Prag, im Jahr 1620, gegen die aufständischen Böhmen, gefeiert wurde. Auf den Tag genau ist das jetzt 18 Jahre her. Die Münchner Mariensäule ist die erste Madonnen-Säule nördlich der Alpen. Der bayerische Kurfürst hat die Madonnen-Säule als Symbol des durch den Dreißigjährigen Krieg wieder erstarkten katholischen Glaubens und als Ausdruck seiner eigenen tiefen Marienverehrung errichten lassen. Er legt damit ein öffentliches Bekenntnis für seine Religion und seine politische Überzeugung ab. Die Münchner Mariensäule wird zum Vorbild vieler ähnlicher Monumente in Bayern und Österreich.

10. Mai 1641 – Die Bronzeputti auf dem Säulensockel der Mariensäule werden aufgestellt

München-Gruggenau * Durch einen Erlass will Kurfürst Maximilian I. sicherstellen, dass die Mariensäule „in gebierender veneration, und respect erhalten, Insonderheit alle unsauberkeiten und verunehrungen verhietet und abgestellt werden“. Die Mariensäule wird deshalb mit einem Marmorgeländer mit den vier Bronze-Laternen umgeben. Auf dem Sockel der Mariensäule kommen im gleichen Jahr vier bronzene Heldenputti zur Aufstellung, die für Maria als „ecclesia militans“ [= „die in der Welt kämpfenden Kirche“] oder als Apokalyptisches Weib für die im Kampf der Konfessionen siegreiche katholische Kirche instrumentalisiert werden. Sie stellen eine Umsetzung des Psalm 91, Vers 13 dar: „Über die Schlange und den Basilisken wirst du schreiten, und den Löwen und den Drachen wirst du zertreten.“ In nahezu allen Veröffentlichungen über die Mariensäule verkörpert der Drache den Hunger, der Löwe den Krieg, der Basilisk die Pest und die Schlange den Unglauben oder falschen Glauben. Sie sollen, so die populäre Auffassung, die großen Plagen der Zeit veranschaulichen. Nach einer anderen Definition, die dem Programm des - im Jahr 1674 ausgebrannten - Zimmers der Religion in der Residenz entspricht, steht der Drache für die Häretiker [= Ketzler], der Löwe für die Heiden, die Schlange für die Juden und der Basilisk für die Schismaticer [= Protestanten, Kirchenspalter]. Aus einem Monument der persönlichen Frömmigkeit des Kurfürsten ist durch die Hinzufügung der Heldenputti zugleich ein „Denkmal des Triumphes des katholischen Glaubens über die Übel der damaligen Zeit“ geworden. Da Maximilian I. sowohl den Tag der Denkmalsweihe als auch das Datum für die alljährliche Dankprozession auf den Jahrestag der „Schlacht am Weißen Berg“ orientiert, macht er die Mariensäule auch zu einem unübersehbaren Symbol für den bisher größten Triumph bayerischer Waffen über die protestantischen Feinde. Und damit macht er aus der Mariensäule eine Siegesssäule.

10. September 1649 – Ferdinand Maria soll eine savoyische Prinzessin heiraten



München - Wien • In einem Brief informiert Kurfürst Maximilian I. den in Wien residierenden Kaiser Ferdinand III. über seine Absicht, seinen ältesten Sohn Ferdinand Maria mit einer Prinzessin von Savoyen zu verheiraten. Begründung: „Im Deutschland unserer Tage gibt es keine katholische Prinzessin mehr, die nicht nicht nur von ihrer Person, sondern auch von ihrem Haus her besser geeignet wäre, um das Ansehen [des Hauses Baiern] zu erhöhen.“

24. August 1657 – Kurfürst Ferdinand Maria verzichtet auf die Kaiserkrone

München - Wien • Der bayerische Kurfürst Ferdinand Maria lässt - die Vor- und Nachteile der Kaiserkrone abwägend - die politische Vernunft siegen und erklärt gegenüber Wien, dass er die Krone zurückweisen und seine Stimme nur einem Habsburger geben werde. Die Begründung fasst er in einem Brief zusammen: die „zur Erhaltung der Kays. Hochheit und Reputation“ unumgänglichen Kosten, die heillosen Zustände im Reich, die Verantwortung, die dabei auf den Kaiser falle und die Gefahren für das eigene Land. Den zu erwartenden Kampf mit Habsburg auf sich zu nehmen, lohnt sich nicht. Das heißt allerdings nicht, dass man begeistert ist, dass wieder ein Habsburger die Krone bekommen soll und Österreich seine Macht behaupten oder gar erweitern kann.

18. Juli 1658 – Leopold I. wird zum Kaiser gewählt

Frankfurt am Main • Nachdem Kurfürst Ferdinand Marias Wahlkapitulation unterzeichnet worden ist, wird der erst achtzehnjährige Erzherzog Leopold I. in Frankfurt am Main zum Kaiser gewählt und gekrönt. Leopold ist ein engstirniger und dumpf-katholischer Habsburger. Mit der Wahl endete das längste Interregnum [= kaiserlose Zeit] der neueren Zeit. Der Verzicht des bayerischen Kurfürsten auf die Kaiserkrone erspart dem Reich und Baiern unabsehbare Wirren.

1. Oktober 1662 – Das Churbaierische Freudenfest erreicht seinen Höhepunkt

München * Mit der abschließenden - drei Stunden dauernden - Feueroper „Medea Vindicativa“ erreicht das Churbaierische Freudenfest seinen Höhepunkt. Erstmals in der Münchner Festgeschichte wird die Isar in das festliche Geschehen einbezogen. Auf der Isar schwimmen - „ungefer ein musquetenschus ausser der statt underhalb der stattmühl“ - dekorierte Bühnenflöße. Dadurch kann man die Bühne schnell teilen und so Platz schaffen für Seegefechte. Dass man die Isar als Festort einbezogen hat, liegt jedoch weniger an der Freude am feuchten Element. Vielmehr sind feuerpolizeiliche Gründe dafür ausschlaggebend. Die Zuschauer erleben eine



regelrechte Wasserschlacht, die damit endet, dass der Kurprinz in einer Triumphbogenarchitektur erscheint und eine Schlange erwürgt. Die Botschaft lautet: Die Niederwerfung der Osmanen kann nur mit Max Emanuel gelingen!

Februar 1664 – Der „Bucintoro“ - Vorbild aus Venedig

Starnberg * Kistler fertigen die Wand- und Deckenverkleidungen sowie die Parkettböden des „Bucintoro“. Anschließend werden die Räume vertäfelt, bemalt, gefasst und vergoldet. Die Baukosten belaufen sich schließlich auf insgesamt 20.040 Gulden. Selbst die 268.000 verwendeten Nägel machen dabei nur einen vergleichsweise geringen Anteil aus. Den größten Kostenpunkt bilden die Arbeiten der Vergolder und Maler, für die rund 4.600 Gulden aufgewendet werden. Francesco Santurini orientiert sich beim Bau des Schiffes an der prunkvollen Staatsgaleere des Dogen von Venedig. Mit diesem Schiff fährt der Doge jedes Jahr an Christi Himmelfahrt hinaus auf die Adria, um in einem feierlichen Zeremoniell die symbolische Vermählung Venedigs mit dem Meer zu vollziehen. Dabei wirft er einen goldenen Ring ins Wasser. Die wegen ihres reichen Goldschmucks als „Bucintoro“ bekannte venezianische Staatsgaleere dient als Vorbild für den kurfürstlichen „Bucintoro“. Mit einer Länge von mehr als 30 Metern und drei übereinanderliegenden Decks soll das bayerische Prunkschiff jedoch noch größer und prächtiger gewesen sein als sein venezianisches Vorbild. An den großen Rudern sitzen jeweils zwei Mann; insgesamt sorgen 68 Ruderer für den Vortrieb. Weitere 32 Ruderer bedienen die kleineren Ruder, sodass die Besatzung insgesamt rund 100 Ruderer umfasst. Hinzu kommen acht Matrosen, die für den Anker zuständig sind, sowie zwei weitere Männer, die das eindringende Wasser auspumpen. Die Mannschaft ist auf dem unteren Deck untergebracht. Im hinteren Teil des Schiffes befinden sich zwölf Kanonen. Sie dienen nicht nur der Repräsentation, sondern verleihen dem schwimmenden Palast zugleich das notwendige Gewicht und die erforderliche Stabilität. In der Nähe der Pulverkammer wird eine Statue der heiligen Barbara aufgestellt, die als Schutzpatronin vor Unglück und Gefahr gilt. Den Bug schmückt eine vergoldete Figur des Meeresherrn Neptun. Anstelle des traditionellen Dreizacks hält sie die bayerische Fahne in den Händen. Auf dem obersten Deck spielen die Musikanten, während sich auf dem mittleren Deck der prunkvolle Festsaal mit einem Springbrunnen sowie zwei Kabinette befindet, die dem kurfürstlichen Paar vorbehalten sind. Da der „Bucintoro“ auf dem Starnberger See und nicht in den Lagunen Venedigs eingesetzt wird, darf sein Tiefgang lediglich drei Fuß betragen. Das Schiff besitzt daher keinen Kiel, sondern einen flachen Boden. Diese Bauweise führt mehrfach zu gefährlichen Situationen. Dennoch kann das Prunkschiff bis zu 500 Personen aufnehmen.



Februar 1664 – Der Bucentaur kostet 20.040 Gulden

Starnberger See * Die Kistler können die Verkleidung der Wände und Decken sowie die Parkettböden des Bucentaur fertigen. Danach wird vertäfelt, gemalt, gefasst und vergoldet. Das Schiff kostet am Ende insgesamt 20.040 Gulden, wovon die Kosten für die 268.000 Nägel noch den geringsten Anteil ausmachen. Der größte Posten an der Gesamtrechnung ist - mit 4.600 Gulden - der Aufwand für die Vergolder und Maler. Francesco Santurini baut für Kurfürst Ferdinand Maria jene Staatsgaleere des venezianischen Dogen nach, mit der dieser jedes Jahr am Himmelfahrtstag auf das Meer hinaus fährt, um symbolisch die Vermählung Venedigs mit der Adria zu vollziehen und dabei - mit feierlichem Zeremoniell - einen goldenen Ring ins Wasser wirft. Die Galeere des Dogen nennt man wegen ihrer Goldpracht „Buzo d'oro“ oder „Bucintoro“. Das venezianische Staatsschiff wird zum Vorbild der Bucentaur, der aber, mit über dreißig Meter Länge und drei übereinander liegenden Decks ein Stück größer und prächtiger ist.

13. April 1667 – Caspar von Schmid übernimmt die baierischen Regierungsgeschäfte

München * Nach der Entlassung des Kanzlers Johann Georg von Oexl übernimmt Vizekanzler Caspar von Schmid als Vorsitzender des Geheimen Rates die Regierungsgeschäfte. Die gesamte Innen- und Außenpolitik liegt seither in seinen Händen. Er genießt das volle Vertrauen des Kurfürsten, der die klare Zielsetzung seiner Politik schätzt.

1669 – Kaffee wird in Porzellanschalen gereicht

Versailles * Soliman Aga, der Abgesandte des türkischen Sultans Mohammed IV., stattet dem Hof des französischen Königs Ludwig XIV. einen Besuch ab. Dabei bietet er den Gästen ein exotisches Heißgetränk in Form einer Tasse Kaffee an. Das ist an und für sich noch nichts Besonderes. Das Außergewöhnliche daran ist, dass das anregende Getränk in Porzellanschalen gereicht wird. Der französische Hof ist von den zum Genuss verwendeten Gefäßen derart begeistert, dass in der französischen Landeszentrale eine neue Modeerscheinung - „à la turque“ - geboren wird, die von hier aus ihren Siegeszug durch ganz Westeuropa antreten soll.

10. März 1681 – Bündnisverhandlungen am Wallfahrtsort

Altötting * Es kommt zu einem Gespräch zwischen dem Kaiserpaar und den drei



Wittelsbachern. Zum Abschied übergibt Leopold I. dem Kurfürsten Max Emanuel einen mit Diamanten besetzten Degen. Nach einem gemeinsamen Besuch der heiligen Messe in der Gnadenkapelle nimmt man auf dem Kapellplatz öffentlich voneinander Abschied. Die vielen Freundlichkeiten, die Leopold I. dem Kurfürsten erwiesen hat, verfehlen nicht den Zweck, für den sie berechnet waren: Max Emanuel lässt sich politisch auf die Seite Habsburgs ziehen, weg von Frankreich.

26. Januar 1683 – Ein österreichisch-baierisches Bündnis gegen die Osmanen

München - Wien * Dem Treffen von Altötting vom März 1681 folgen langwierige Verhandlungen zwischen den kaiserlichen und den baierischen Abgesandten, die letztlich in einem Defensivbündnis enden, in dem sich das Kurfürstentum Bayern verpflichtet, in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Osmanen ein Truppenkontingent von 8.000 Mann zu stellen. Bayern kann die Zusage aushandeln, dass das Land jährlich Subsidienzahlungen in Höhe von 250.000 Gulden, im Kriegsfall von 450.000 Gulden, erhält. Da jedoch vorhersehbar ist, dass Wien - in Anbetracht der politischen Lage, der sonstigen Verpflichtungen und der verstärkten Kriegsanstrengungen gegen die Osmanen - diese Summe nie aufbringen kann, verlangen die kurfürstlichen Verhandlungsführer Sicherheiten. Das waren die Einkünfte der Grafschaft Neuburg am Inn, der Markgrafschaft Burgau und des Mautamtes Tarvis. Das Ziel ist eine spätere Gebietserweiterung um die Ämter Kufstein und Rattenberg. Der Bündnisvertrag bedeutet jedoch keinesfalls die völlige Abkehr von Frankreich. Zwar werden sich die politischen Beziehungen zwischen München und Paris ein wenig abkühlen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Beziehungen wurden jedoch kaum beeinträchtigt.

31. März 1683 – Ein breites Defensivbündnis gegen die Osmanen

Rom - Wien - Warschau * Der päpstlichen Diplomatie gelingt es Ende März 1683, Kaiser Leopold I. und den polnischen König Johann III. Sobieski zum Abschluss eines Defensivbündnisses gegen die Osmanen zu bringen. Auch Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen erklären sich zum Beistand des Kaisers bereit. Papst Innozenz XI. unterstützt die christlichen Herrscher in ihrem Kampf gegen die vorrückenden Türken mit 1,5 Millionen Gulden - und seinem Segen. Er selbst sieht sich als „Streiter für die Reinhaltung des katholischen Glaubens“. Schon deshalb bemüht er sich während seines ganzen Pontifikates, die Fürsten zu einer „Heiligen Liga“ zum „Kampf und zur Abwehr der Osmanen“ zu gewinnen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche bittet mit einem päpstlichen Aufruf die



Gottesmutter unter der Parole „Maria hilf!“ um ihre Unterstützung.

5. März 1684 – Gründung einer Heiligen Liga zum Kampf und zur Abwehr der Osma-nen

Rom * Mit Unterstützung von Papst Innozenz XI., der sich selbst als „Streiter für die Rein-haltung des katholischen Glau-bens“ sieht, gelingt die Gründung einer Heiligen Liga zum „Kampf und zur Abwehr der Osma-nen“. König Johann III. Sobieski von Polen, Kaiser Leopold I. und die Republik Venedig schließen dazu ein Bündnis, dem zwei Jahre später auch Russland beitreten wird. Durch die Heilige Liga fließen umfangreichere Subsidien, sodass die baierische Armee auf eine Sollstärke von 18.000 Mann erhöht werden kann.

29. September 1693 – Fürstbischof Joseph Clemens gründet den Michaels-Ritterorden

Berg am Laim * Der Kölner Kurfürst Joseph Clemens gründet einen Ritterorden mit dem Titel „Hl. Erzengel Michael, Beschützer der göttlichen Ehre“ in der Berg am Laimer Michaelskirche der Josephsburg. Er will damit den apostolischen Stuhl in Rom in der Auseinandersetzung um den Lütticher Bischofssitz wohlgesonnen stimmen.

11. November 1698 – König Carl II. von Spanien ernennt Joseph Ferdinand zum Alleinerben

Madrid * König Carl II. von Spanien ernennt den sechsjährigen baierischen Kurprinzen Joseph Ferdinand zum „Prinzen von Asturien“ und damit zum alleinigen Erben der spanischen Monarchie. Nun gibt sich der baierische Kurfürst Max Emanuel, der inzwischen Therese Kunigunde, die Tochter seines ehemaligen Waffengefährten, des polnischen Königs Johann III. Sobieski, geheiratet und im Mai 1698 seinen Sohn nach Brüssel hat bringen lassen, zu weiteren hochfliegenden Zukunftsträumen hin. Wenn er großzügig den Besitz des Gesamthauses Wittelsbach zusammen zählt, dann sind die großen europäischen Dynastien überflügelt: Bayern, Spanien, beide Indien, Niederlande, Mailand, Neapel, Sizilien in einer Hand - Schweden, Kurpfalz, Jülich und Berg, Neuburg, Köln, Lüttich und Berchtesgaden sind von Verwandten besetzt. Das Testament des spanischen Königs stößt aber auf den Widerstand von Frankreich und Österreich. Damit kann die politische Zukunft für den Thronfolger keineswegs als gesichert angesehen werden.



23. September 1699 – Die protestantischen Stände übernehmen den Gregorianischen Kalender

Regensburg • Die protestantischen Stände beschließen in Regensburg die Annahme eines „verbesserten Kalenders“, eben den Gregorianischen Kalender, der in den katholischen Gebieten schon lange eingeführt ist. Damit endet ein 117 Jahre andauernder Streit.

1700 – Jeder 8. Münchner ist Sodale einer Marianischen Kongregation

München * Jeder achte Münchner ist Sodale [Mitglied] einer der sechs Münchner Marianischen Kongregationen. Sie nehmen großen Einfluss auf die Stärkung und Förderung des katholischen Lebens in der Stadt. Jeder der Kongregation neu beitretende Sodale hat nach Ablegung seiner Lebensbeichte sich in einem feierlichen Weiheakt seiner Patronin zu lebenslangem Dienst zu verpflichten. Er hat häufig beim jesuitischen Beichtvater seine Sünden darzulegen, muss täglich Gewissensforschung betreiben, hat ein geregeltes Gebetsleben einzuhalten und strenge Bußübungen - vor allem an Kartagen - zu vollziehen. Zum regelmäßigen Besuch der Konvente und der Lektion frommer Schriften gehört auch der gemeinsame Empfang der Kommunion. Das demonstrative öffentliche Auftreten bei Prozessionen und Wallfahrten, sowie bei prunkvollen Festgottesdiensten und Theateraufführungen „zur höheren Ehre Gottes und der allerseligsten Jungfrau“ gehören ebenso zur selbstverständlichen Pflicht des Sodalen wie die, seinen Mitbrüdern im Leben und Sterben beizustehen und sie auf ihrem letzten Gang zu begleiten.

9. März 1701 – Kurfürst Max Emanuel schließt mit Frankreich eine Allianz

Versailles * Frankreich und Baiern unterzeichnen einen Bündnisvertrag zur Sicherung der Neutralität Süddeutschlands. Baierns Kurfürst Max Emanuel sieht nach dem Tod seines Sohnes Joseph Ferdinand eine neue Chance, durch eine geschickte Bündnispolitik dem Hause Wittelsbach.

7. September 1701 – In Den Haag wird die Haager Große Allianz gegründet

Den Haag * England, die Vereinigten Niederlande und Österreich schließen sich in Den Haag zur Haager Großen Allianz gegen Frankreich und Spanien zusammen. Die ungeschickte und aggressive Politik von Frankreichs König Ludwig XIV. führten zu diesem Zusammenschluss.

5. Mai 1705 – Die Landbevölkerung ist am stärksten betroffen



Wien * Kaiser Leopold I. stirbt in Wien. Sein 27-jähriger Sohn Joseph I. wird zum Kaiser gewählt. Der neue Herrscher des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation will, dass „auf Baiern Keine andere reflexion zu machen sein, als selbiges in so weith genießen zu Können, das es hinkünftig dem Churfürsten Unnütz seyn solle“. Von dieser Politik ist die Landbevölkerung am stärksten betroffen. Sie hat - neben den drastischen Steuererhöhungen - besonders unter den drückenden Quartierlasten und den Schikanen der hier stationierten oder durchmarschierenden kaiserlichen Regimenter zu leiden. Hinzu kommt die Disziplinlosigkeiten und Exzesse der Soldaten, die der Landbevölkerung oft zusätzliche Leistungen abpressten. Die Bauern müssen für die Militaristen Dirnen besorgen und bezahlen. Häufig zwingt man sie bei Vergewaltigungen der eigenen Frau, der Töchter und Anverwandten zuzusehen. Selbst von jungen Mädchen und Schwangeren nehmen die Soldaten keinen Abstand. Plünderungen gefährden die Lebensmittelversorgung der ländlichen Bevölkerung und der Bewohner der Städte.

21. Dezember 1705 – Der politische Höhepunkt des Baierischen Volksaufstands ist erreicht

Braunau - München * Der Höhepunkt der politischen Phase des Baierischen Volksaufstands ist erreicht. In Braunau konstituiert sich ein Parlament, der Landesdefensionskongress. Ein Direktorium, die provisorische Regierung, wird gebildet. Die Kurbaierische Landes-Defension Oberland und Unterland unternimmt den Marsch nach München, um mit der Landeshauptstadt beginnend ganz Baiern zu befreien.

14. Oktober 1709 – Eine päpstliche Genehmigung ist notwendig

Au - Freising * Johann Maximilian von Alberti wendet sich an den ihm gewogenen Bischof von Freising, um „das hochwürdigste Gut für ständig in der Kapelle einsetzen und zeitweilig zur öffentlichen Anbetung aussetzen“ zu dürfen. Da es sich bei dem Kirchlein am Gaisberg um eine Privatkapelle handelt, ist dazu die Zustimmung durch die höchste katholische Instanz notwendig, den Papst.

1711 – Die Alte Isarkaserne entsteht zwischen Großer und Kleiner Isar

München-Isarvorstadt * Auf dem südlichen Teil der Isarinsel, die spätere sogenannte Kohleninsel, wird die Isarkaserne oder Isarwörthkaserne errichtet. Die Initiative zum Bau dieser Soldatenunterkunft geht jedoch nicht vom regierenden Kurfürsten Max Emanuel aus, da sich



dieser zu jener Zeit im Exil in Frankreich im Exil befindet. Bayern ist von österreichischen Truppen besetzt, und München firmiert bis 1715 als kaiserliche Hauptstadt in Bayern. Hintergrund dieser politischen Lage ist der Spanische Erbfolgekrieg, in dem Max Emanuel ein Bündnis mit Frankreich einging und sich gegen den habsburgischen Kaiser stellte. Die Isarkaserne wird von der kaiserlichen Administration als Unterkunft für die Kavallerie errichtet. Während der Besatzungszeit sind durchschnittlich rund 3.000 Soldaten in München einquartiert. Um die Belastung der Bürgerschaft durch die Einquartierung zu verringern - der Adel, der fürstliche Hof und der Klerus sind davon befreit - bemüht sich die Verwaltung verstärkt um die Unterbringung der Truppen in Kasernen.

1712 – Die Hofhaltung der bayerischen Kurprinzen wird nach Graz verlegt

Klagenfurt - Graz * Die Hofhaltung der bayerischen Kurprinzen Carl Albrecht, Philipp Moritz, Ferdinand Maria Innocenz, Clemens August und Johann Theodor wird von Klagenfurt nach Graz verlegt. Ihre Schwester Maria Anna Carolina bleibt weiterhin in München. Das Nesthäkchen Max Emanuel ist zu diesem Zeitpunkt bereits verstorben.

1715 – Kurfürst Max Emanuel weist geduldete Juden aus

München * Nach seiner Rückkehr aus dem Exil ordnet Kurfürst Max Emanuel die Ausweisung der in Bayern geduldeten Juden an. Die Maßnahme knüpft an die seit dem 15. Jahrhundert bestehende Vertreibungspolitik an und steht im Zusammenhang mit dem Bestreben, die traditionelle katholische Ordnung im Herzogtum wiederherzustellen. Während des Spanischen Erbfolgekriegs sind einzelne jüdische Hoffaktoren und Händler aus wirtschaftlichen Gründen zeitweise geduldet gewesen. Die Ausweisung betrifft Einzelpersonen wie Hoffaktoren, Kaufleute und ihre Familien. Eine jüdische Gemeinde gibt es zu diesem Zeitpunkt nicht.

10. April 1715 – Max Emanuel zieht in aller Stille durch das Neuhauser Tor

München * Kurfürst Max Emanuel zieht nachts um 23 Uhr mit seiner Familie in aller Stille durch das Neuhauser Tor. Freudenbezeugungen sind zuvor verboten worden. Der erneut in seine Herrschaftsrechte eingesetzte Kurfürst Max Emanuel trifft damit wieder mit seiner Familie zusammen. Er hat Großes mit seinen Söhnen vor und in seinem Exil beschlossen, dass drei seiner fünf Söhne in der Reichskirche untergebracht werden sollen: Philipp Moritz, Clemens August und Johann Theodor.



1719 – Herzog Ferdinand Maria Innocenz heiratet Maria Anna Carolina von Neuburg

München * Herzog Ferdinand Maria Innocenz ehelicht die Tochter des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg, Maria Anna Carolina. Ihr gemeinsamer Sohn, Clemens Franz, ist neben dem Kurfürsten Max III. Joseph der einzige Vertreter der letzten baierisch-wittelsbachischen Generation.

15. Mai 1724 – Die Wittelsbachische Hausunion wird gegründet

München - Köln - Trier - Pfalz * Die Kurfürsten von Baiern, Köln, Trier und der Pfalz schließen sich zur Wittelsbachischen Hausunion zusammen. Mit vier Kurstimmen und einem Heer von 30.000 Mann verfügen die verbündeten Fürsten über eine ansehnliche politische und militärische Macht.

25. Juli 1725 – Papst Benedikt XIII. adelt die Michaels-Bruderschaft

Rom - Berg am Laim * Papst Benedikt XIII. erhebt die St.-Michaels-Bruderschaft zur kurkölnischen Hof- und Erzbruderschaft. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet Violante Beatrice, eine Tante von Kurfürst Clemens August. Die jüngere Schwester seines Vaters Max Emanuel und Gemahlin des Gran Principe Ferdinando de' Medici setzt sich bei einer päpstlichen Audienz für die Michaels-Bruderschaft ein. Sie hebt deren große Wirksamkeit hervor, die nach damaligem Verständnis „angetrieben vom katholischen Eifer den lutherischen Unglauben auszurotten“ bestrebt ist. Mit dieser Erhebung gewinnt Berg am Laim überregionale Bedeutung und entwickelt sich zum Verwaltungszentrum eines Netzwerks von mehr als fünfzig Bruderschaftsfilialen in Kurbaiern sowie in den rheinisch-niederdeutschen und habsburgischen Ländern.

28. April 1738 – Papst Clemens XII. verbietet die Freimaurer

Vatikan * Papst Clemens XII. ist ein hochbegabter Jurist und Finanzexperte, der - blind und Krank - die katholische Welt mit einem eisernen Willen vom Bett aus regiert. Er erlässt die Verdammungsbulle „In eminenti apostolatus specula“, die den Freimaurern aus ihrer Geheimniskrämerei einen Strick dreht. „Wenn sie nichts Böses täten, würden sie nicht so sehr das Licht hassen“, argumentiert der greise Papst. Die Zugehörigkeit zur Freimaurerei wird bei Strafe der Exkommunikation verfolgt. Während man in Spanien, Portugal und Polen



Logenbrüder foltert und hinrichtet, bekleiden in Frankreich viele Priester hohe freimaurerische Ämter. In Deutschland gehören Domherren, Äbte und Kardinäle den Logen an, darunter der Kölner Kurfürst und Fürsterzbischof Clemens August.

1740 – Kurfürst Clemens August gründet den Mopsorden

Köln * Der Kölner Kurfürst und Fürsterzbischof Clemens August gründet - nach dem päpstlichen Verbot der Freimaurer - als Ersatz den Mopsorden. Es handelt sich dabei um einen für Männer und Frauen gleichsam zugänglichen Orden, der vermutlich auch am Münchner Hof Verbreitung findet. Um den Papst nicht erneut zu erzürnen, ersetzt man den Eid der Freimaurer durch das Ehrenwort der Geheimhaltung und nimmt - am Anfang - nur Katholiken in den Logen auf. Um die ganze Angelegenheit als harmlos und ungefährlich hinzustellen, befürwortet man den Zutritt der Damen. Dabei ist gerade dies eine fast revolutionäre Tat, da den Möpsinnen alle Grade der Loge offen stehen und die Ämter paritätisch besetzt werden. Der Name Mopsorden geht auf die im 18. Jahrhundert vorhandene Begeisterung für die gleichnamigen Hunde zurück. Zugleich steht die französische Bezeichnung für die Ehefrau eines Freimaurers Pate: Mopse. Das Brauchtum ist von „einer gewissen galanten Laszivität, wie sie dem Geschmacke des Rokoko entsprach“. Der Zirkel in der Mopsloge soll Folgendes lehren: „Gleich, wie alle Durchschnitte des Kreises durch seinen Mittelpunkt gehen, müssen alle Handlungen eines Mopses aus einer Quelle gehen, nämlich der Liebe.“

20. Januar 1745 – Kaiser Carl VII. Albrecht stirbt in München

München * Kaiser Carl VII. Albrecht [= Kurfürst Carl Albrecht] stirbt in München. Er wird in der Fürstengruft der Theatinerkirche beigesetzt. Der Kaiser hinterlässt seinem 17-jährigen, politisch vollkommen unerfahrenen Sohn, Max III. Joseph, den Krieg gegen Österreich und durch seine unglückliche Großmachtpolitik total zerrüttete Staatsverhältnisse.

13. Juni 1763 – Wolfgang Amadeus Mozart kommt zum zweiten Mal nach München

Schloss Nymphenburg * Der siebenjährige Wolfgang Amadeus Mozart kommt zum zweiten Mal nach München. Es ist die erste Station einer dreijährigen Konzertreise der Mozarts, deren Hauptziele die Höfe von Paris und London sein werden. Die kurfürstliche Familie empfängt die Mozarts im Schloss Nymphenburg. Nannerl schreibt darüber: „Zu münchen hab ich gesehen das ninfenburg, daß schlosse und den garten und die vier schlösser, nemlich amalienburg,



badenburg, bagotenburg und die ermitage. das amalienburg ist das schönste, worinen das schöne bett ist und die küchel, wo die kurfürstin selbst gekocht hat. badenburg ist das gröste, wo ein sall ist von lauter spiegeln, das bad von marmor. bagotenburg ist daß kleinste, wo die maueren von meolika ist. und die ermitage ist das Sitzamste, wo die capel von muschel ist.“

21. August 1773 – Papst Clemens XIV. hebt den Jesuitenorden auf

Rom-Vatikan * Papst Clemens XIV. hebt - auf Drängen mehrerer katholischer Monarchien - den Jesuitenorden auf.

1. Mai 1776 – Johann Adam Weishaupt gründet den Geheimbund der Illuminaten

Ingolstadt * Der Ingolstädter Professor für Kirchenrecht und praktische Philosophie, Johann Adam Weishaupt, gründet den Geheimbund der Illuminaten, dem ein Großteil der baierischen Beamtschaft, zahlreiche Mitglieder der Landstände und Geistliche angehören und dessen Ziel die Errichtung eines fürsten- und religionslosen Weltstaates ist. Die Vereinigung hat von den Freimaurern wesentliche aufklärerische Grundpositionen, Organisationsformen und Rituale übernommen. Weishaupts Motive bewegen sich durchaus in die Richtung eines gesellschaftspolitischen Umsturzes. Auch Maximilian Joseph von Montgelas gehört den Illuminaten unter dem Ordensnamen „Musäus“ an. Obwohl der Freiherr zum „Illuminatus maior“ aufsteigt, spielt er innerhalb des Geheimbundes nie eine größere Rolle.

4. Juli 1776 – Die europäische Aufklärung will den Menschen befreien

München * Freiherr Maximilian von Montgelas erfährt seine politische Prägung in der Zeit der Aufklärung, die der Philosoph Immanuel Kant als den Ausgang des Menschen aus seiner Unmündigkeit beschreibt. Die europäische Aufklärung will den Menschen emanzipieren und ihn von den geistigen und gesellschaftlichen, den kirchlichen und staatlichen Zwängen befreien. Ihre Philosophen und Publizisten sprechen dem Menschen eine gottgegebene Würde und natürliche Rechte zu: So auch das Recht, kraft seiner Vernunft und Dank seiner Erfahrung sein Leben zu gestalten. Außerdem soll der freie Mensch sich mit seinesgleichen zusammentun und die alten Gewalten - Monarchie und Aristokratie - in die Schranken weisen, wenn nicht sogar beseitigen. Die befreiten Menschen sollen eine neue Gesellschaft bilden und einen neuen Staat gründen, welcher die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen ermöglicht und somit dem Fortschritt Aller dient. In Amerika werden diese Gedanken in Taten umgesetzt, als sich am 4.



Juli 1776 die dreizehn englischen Kolonien zu „freien und unabhängigen Staaten“ erklären. Die Grundlage bildete die Erkenntnis, dass alle Menschen gleich geschaffen, sowie von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet worden sind. Dazu gehört Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Freie und gleiche Menschen wählen sich eine Regierung, die, wenn sie nicht mehr ihre Zustimmung hat, durch eine andere ersetzt werden muss.

13. Juli 1776 – Caroline Friederike Wilhelmine von Baden wird in Karlsruhe geboren

Karlsruhe * Caroline Friederike Wilhelmine von Baden wird in Karlsruhe geboren.

30. September 1777 – Die fehlende Vakatur verhindert Mozarts Anstellung in München

München-Graggenau * Wolfgang Amadeus Mozart antichambriert mit Kurfürst Max III. Joseph in der Residenz. Den Verlauf des Gesprächs schreibt Wolfgang Amadé an seinen Vater: „Als der Kurfürst an mich herankam, sagte ich: „Euer Kurfürstliche Durchlaucht erlauben, daß ich mich untertänigst zu Füßen lege und meine Dienste antragen darf“ – „Ja, völlig weg von Salzburg? – „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht“ – „Ja, warum denn, habts enck z'kriegt?“ – „Ei, beileibe, Eurer Durchlaucht: ich habe nur um eine Reise gebeten, er [der Salzburger Fürstbischof] hat sie mir abgeschlagen, mithin war ich gezwungen, diesen Schritt zu machen; obwohl ich schon lange im Sinn hatte, wegzugehen, denn Salzburg ist kein Ort für mich.“ - „Mein Gott, ein junger Mensch! Aber der Vater ist noch in Salzburg?“ - „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht. Ich bin schon dreimal in Italien gewesen, habe drei Opern geschrieben, bin Mitglied der Akademie in Bologna, habe müssen eine Probe ausstehen, wo viele Maestri 4 bis 5 Stunden gearbeitet und geschwitzt haben, ich habe es in einer Stund verfertigt: das mag zum Zeugnis dienen, daß ich im Stande bin, in einem Hofe zu dienen.“ – „Ja, mein liebes Kind, es ist keine Vakatur da. Mir ist es leid, wenn nur eine Vakatur da wäre“ – „Ich versichere Euer Durchlaucht, ich würde München gewiß Ehre machen“ – „Ja, das nutzt alles nichts. Es ist keine Vakatur da“ - Dies sagte er gehend. Nun empfahl ich mich zu höchsten Gnaden.“ Gerade weil der Kurfürst so musikverständlich war, müssen andere Gründe als die fehlende Planstelle der Anstellung Mozarts im Wege gestanden haben. Hätte Baierns Kurfürst Max III. Joseph die Anstellung Wolfgang Amadeus Mozarts wirklich gewollt, so hätte er die Planstelle für den Hofmusiker auch durchgesetzt und Mittel und Wege der Finanzierung gefunden. Es trifft freilich zu, dass im Bereich der Hofmusik damals die Ämter des Kapellmeisters, des Kammerkompositeurs und der Konzertmeister besetzt waren. Und dennoch war die Aussage mit der fehlenden Vakatur eine typische Sachzwang-Argumentation. Guten Willen vorausgesetzt, hätte der bayerische Herrscher den Komponisten aus seiner Kabinettskasse bezahlen können, wie er es schon mehrmals bei



bedeutenden Sängerinnen und Sängern machte. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, Mozart den Auftrag für eine Oper zu erteilen. Es scheint naheliegend, dass Mozarts Musik nicht dem kurfürstlichen Geschmack entsprochen hat. Kurfürst Max III. Joseph war ein überzeugter Anhänger der älteren neapolitanischen Virtuosenoper. Mozarts Musik dürfte ihm zu wenig traditionell, zu reich, zu vielschichtig, kurz - zu modern gewesen sein. Seine eigenen, etwas altväterlichen Kompositionen scheinen dies zu bestätigen. Die Ursachen liegen aber zweifellos am Salzburger Bischofshof. Denn wer, wie Mozart, gegen den Bischof von Salzburg aufmümpfige Reden führt und es nicht versteht sich den hergebrachten ständischen Normen und hierarchischen Strukturen zu unterwerfen, für den ist auch am bayerischen Hof kein Platz. Da kommt Kurfürst Max III. Joseph die Argumentation, dass er jeden ausgegebenen Gulden seinen Untertanen vom Mund absparen muss, nur gelegen.

4. Oktober 1777 – Weinwirt Franz Joseph Albert will Mozart an München binden

München-Kreuzviertel * Im Weingasthof Zum schwarzen Adler kommen unter Wolfgang Amadeus Mozarts Leitung mehrere Werke zur Aufführung. Mit einem vorgetragenen Violinsolo beeindruckt Mozart ganz besonders: „Da schaute alles groß drein, ich spielte, als wenn ich der größte Geiger in ganz Europa wäre.“ Mozart und Albert sind zufrieden. Der Musik liebende Weinwirt Franz Joseph Albert hat schon lange erkannt, welcher Gewinn Mozart für München wäre und entwickelt ein interessantes Projekt, das er dem stellenlosen Musiker unterbreitet: Er solle in München bleiben und von guten Freunden monatlich mit 50 Gulden unterstützt werden. Wenn er für Kompositionen vom Hofintendanten Graf Joseph Anton von Seebach nur 200 Gulden bekäme, so wären das 800 Gulden im Jahr. Wolfgang Amadé ist begeistert, nur sein Vater nicht einverstanden, da er seinen Sohn in einer gesicherten Stellung wissen will.

1778 – Mit Kurfürst Carl Theodor ändert sich die Judenpolitik

München * Mit der Übernahme der Regierung durch Kurfürst Carl Theodor ändert sich die bayerische Judenpolitik. In den folgenden Jahren wird der Zuzug von Juden nach München toleriert.

1781 – Kurfürst Carl Theodor lässt vaterländische Stücke verbieten

München * Der pfalz-bayerische Kurfürst Carl Theodor lässt einige vaterländische Stücke aus politischen Gründen verbieten. Ein Verbot folgt dem anderen. Dabei spielen die



Vorstadttheater gerade diese Volksstücke mit Vorliebe. Die Gründe für diese restriktiven Maßnahmen der Regierung liegen zum einen in der Unsittlichkeit der Stücke, zum anderen im Bestreben der Obrigkeit, angebliche öffentliche Unruheherde zu unterbinden.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht, bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

7. Oktober 1781 – Benjamin Thompson reist nach New York

New York - Südkarolina * Benjamin Thompson reist mit dem Schiff nach New York. Widrige Winde bringen ihn aber nach Südkarolina, wo er erst am 29. Dezember ankommt.

13. Oktober 1781 – Katholisches Glaubensmonopol in Österreich aufgehoben

Wien * Kaiser Joseph II. hebt in Österreich mit einem Toleranzpatent das Glaubensmonopol der katholischen Kirche auf.



1785 – Ignaz Mayer heiratet Chaila Seligmann

München * Ignaz Mayer heiratet Chaila oder Caroline Seligmann. Ihr Vater ist der im Jahr 1814 erste in den Adelsstand erhobene Jude in Baiern, der dann Leonhard Freiherr von Eichthal heißt. Ursprünglich hieß er Aron Elias Seligmann, war der Tabak- und Salzhändler, zugleich der bedeutendste Hof- und Heereslieferant und außerdem Hauptgläubiger der immer finanzschwachen Kurpfalz. In den Napoleonischen Kriegen avanciert er zum einzigen Heereslieferanten der bayerischen Truppen, der die enormen Kosten für das Militär mit eigenen Anleihen finanziert und dafür ansehnliche Provisionen erhält.

1785 – Planungen, die Au als Carlsvorstadt nach München einzugemeinden

München - Au * Um die Auer der polizeilichen und wirtschaftlichen Kontrolle der Stadt zu unterwerfen entsteht der Plan die Au als Carlsvorstadt nach München einzugemeinden.

18. Juni 1785 – Die Mitgliedschaft bei den Illuminaten ist unvereinbar mit dem Glauben

Rom-Vatikan - Freising * Papst Pius VI. erklärt erstmals in einem Brief an den Bischof von Freising, dass die Mitgliedschaft bei den Illuminaten unvereinbar mit dem katholischen Glauben ist. Diese Auffassung unterstreicht er in einem weiteren Brief vom 12. November 1785 an den selben Empfänger.

1786 – Calvinistischen Seide-Fachkräfte in Baiern unerwünscht

Königreich Preußen * Im Königreich Preußen werden 14.000 Pfund Seide gewonnen. Kurfürst Carl Theodor will da nicht Abseits stehen, doch ist für Baiern die Aufnahme von nicht-katholischen Personen, noch dazu Calvinisten, einfach unvorstellbar und kommt nicht in Frage. Auch dann nicht, wenn die Fachleute im eigenen Land fehlen.

24. März 1789 – Platzsuche für den geplanten Militärgarten

München-Englischer Garten * Kurfürst Carl Theodor fordert den Münchner Magistrat auf, für die Verwirklichung eines Militärgartens einen geschützten Platz ausfindig zu machen. Da es der Stadtverwaltung mit der Durchführung des von Thompson vorgelegten Planes nicht eilig ist,



schreitet der Minister selbst zur Tat. Er hält die Gegend um den Hirschanger vor dem Schwabinger Tor, ein bisher lediglich zur kurfürstlichen Jagd genutztes Stück Land, das zum Teil außerhalb des Münchner Burgfriedens liegt und damit dem Einfluss und der Polizeigewalt des Münchner Magistrats entzogen ist, als am besten geeignet.

14. Juli 1789 – Der Sturm auf die Bastille fördert den Englischen Garten

Paris * Mit dem Sturm auf die Bastille beginnt in Paris die Französische Revolution. Durch dieses Ereignis wird das Militärgarten-Projekt in München [= Englischer Garten] zu einem Politikum, das in aller Eile realisiert werden muss.

1790 – Der zwei Kilometer lange Isardamm ist fertig gestellt

München-Englischer Garten - Lehel * Der vom Geometer Adrian von Riedl geplante, etwa 2 Kilometer lange Isardamm ist fertig gestellt. Er schützt den Englischen Garten nicht nur vor Hochwasser, sondern ermöglicht auch die Entwässerung des Parkgeländes.

28. Juli 1790 – Der Magistrat greift die verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn an

München * Der Magistrat, den man bei der Formulierung der „allgemeinen Dank- und Huldigungsadresse der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten“ übergangen hat, sieht sich in seiner verfassungsrechtlichen Position als Sprecher der Bürger verletzt und distanziert sich von dem ganzen Vorgang. Der Magistrat verbreitet eine Rechtfertigungsschrift, in welcher er die Intrige Sir Benjamin Thompsons aufdeckt und eine „Verbindung zwischen einer verfehlten Regierungspolitik und den revolutionären Vorgängen in Frankreich“ herstellt.

31. Juli 1790 – Kurfürst Carl Theodor setzt den Magistrat ab

München * Kurfürst Carl Theodor empfindet die Rechtfertigungsschrift des Magistrats vom 28. Juli und die darin enthaltenen Angriffe auf die „verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn“ als Majestätsbeleidigung und Hochverrat. Er lässt ein Exempel statuieren, den gesamten Inneren- und Äußeren Rat vor eine kurfürstliche Spezialkommission bringen und einzeln verhören. Bis zur nächsten Stadtratswahl überträgt er die Geschäfte einer kurfürstlichen Stadtadministrationskommission.



4. November 1790 – Mozarts Oper „Entführung aus dem Serail“ wird im Kaisersaal aufgeführt

München-Gruggenau * Wolfgang Amadeus Mozarts Oper „Entführung aus dem Serail“ wird auf Einladung des Kurfürsten Carl Theodor in einer festlichen Hofakademie im Kaisersaal der Residenz aufgeführt. Der Musiker und Komponist freut sich, wie „stark das Gereiß“ um ihn ist. Anwesend sind auch König Ferdinand IV. von Neapel und Sizilien mit seiner Gemahlin Maria Caroline von Österreich, einer Schwester des neugekrönten Kaisers Leopold II..

3. Dezember 1794 – Die Altgesellen solidarisieren sich

München * Die Altgesellen von 21 Zünften fordern die Zurücknahme des Urteilsspruchs gegen die verhafteten und zum Militärdienst verurteilten Schlossergesellen.

12. Januar 1796 – Eine Polizeioberdirektion für München und die Au wird eingerichtet

München - Au * In einem Mandat macht Kurfürst Carl Theodor deutlich, dass er Ereignisse wie im vergangenen Herbst (23. September 1795) nicht mehr tolerieren wird. Es wird eine Polizeioberdirektion für München und die Au eingerichtet. Neben der Verhaftung von Verbrechern hat die Polizeioberdirektion die Aufgabe „alle tumultuarischen Aufläufe, Rumoren, und dergleichen sogleich mit aller Thätigkeit abzustellen, [...] vorzüglich aber auch den für die allgemeine Ruhe und Sicherheit verdächtigen, geheimen, oder öffentlichen Zusammenkünften mit aller Wachsamkeit nachzuspüren, und selbe gleich bey ihrem ersten Entstehen mit allem Ernste, jedoch auch mit der hiebey benöthigten Klugheit und Vorsichtigkeit zu zernichten“. Zu diesem Zweck soll die Polizeioberdirektion regelmäßige Kontrollstreifen und Hausdurchsuchungen in München und der Au durchführen. 32 Mann Polizeiwache stehen ihr dafür zur Verfügung.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner



Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbaiern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Oberaufsicht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein bayerisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

17. Oktober 1796 – Graf Rumford wird Polizeiminister

München * Graf Rumford legt das Oberkommando über die Stadt nieder und wird Polizeiminister.

9. März 1797 – Herzog Max Joseph heiratet Caroline Friederike Wilhelmine von Baden

Karlsruhe * Herzog Max Joseph, der spätere bayerische König, heiratet in Karlsruhe Caroline Friederike Wilhelmine von Baden.

1798 – Die erste große Industrieausstellung findet in Paris statt

Paris * Die erste große Industrieausstellung findet in Paris statt. Bewusst stellt man einen Bezug zur Französischen Revolution von 1789 her und will die engen Zusammenhänge zwischen der



politisch-gesellschaftlichen und technisch-wirtschaftlichen Revolution darstellen und zeigen, zu welchen Leistungen der „befreite menschliche Erfindungsgeist“ fähig sei.

27. Januar 1798 – Neuorganisation des gesamten Polizeiwesens in München

München * Die Polizeioberdirektion wird wieder aufgehoben und die Neuorganisation des gesamten Polizeiwesens der Haupt- und Residenzstadt an Sir Benjamin Thompson als Polizeidirektor übertragen.

27. Dezember 1798 – Das Hundeverbot in den Kirchen wird erneuert

München * In einer Polizei-Erinnerung wird erneut verboten, Hunde in die Kirche mitzubringen. Begründet wird das Verbot mit der schuldigen Ehrerbietung in den Gott geheiligten Häusern.

12. Mai 1799 – Der erste evangelische Gottesdienst in München

Schloss Nymphenburg * Kabinettsprediger Ludwig Friedrich Schmidt hält den ersten evangelischen Gottesdienst in München im Schloss Nymphenburg. Er ist mit der jungen Kurfürstin Friederike Wilhelmine Caroline Prinzessin von Baden nach München gekommen.

8. August 1799 – Die Kurfürstin-Witwe Maria Leopoldine muss München verlassen

Laibach * Die Kurfürstin-Witwe Maria Leopoldine wird „auf einige Zeit ins Friaulische versetzt“. Der Grund: Die Leidenschaft zu dem Hof-Musikanten Franz Eck „wird immer größer und bedenklicher“. Dem Violisten im Hoforchester wird ein schlechter Ruf nachgesagt. Maria Leopoldine wird in Laibach einen unehelichen Sohn zur Welt bringen.

1800 – Die Wiedenzulassung des Templer-Ordens in Frankreich

Paris * Napoléon Bonaparte gestattet die Wiedenzulassung des Templer-Ordens in Frankreich. Die katholische Kirche weigert sich aber, den Orden offiziell wieder anzuerkennen.

26. April 1800 – Ausnahmeprivilegien für Bürgersöhne bleiben auch weiterhin erhalten



München * Angesichts der englischen Subsidienzahlungen verbreitet sich in München das Gerücht, dass zur Erreichung der geforderten militärischen Mannschaftszahlen nun auch Bürgersöhne „ausgehoben“ werden. Polizeidirektor Anton Baumgartner erklärt, dass die Ausnahmeprivilegien für Bürgersöhne auch weiterhin erhalten bleiben.

3. Juli 1800 – Dankadresse von der baierischen Nation an Max Joseph IV.

München * Nach der Flucht des Kurfürsten Max IV. Joseph findet sich in einer weit verbreiteten Broschüre mit dem Titel: „Dankadresse von der baierischen Nation an Max Joseph IV.“ eine spöttische Kommentierung dieser Situation. Darin wird als größte Wohltat des Kurfürsten seine „Flucht aus München“ gepriesen, da er dadurch „die Stadt und das ganze Land der französischen Großmut preisgegeben und die Untertanen vollends überzeugt habe, dass sie sich auch ohne Fürsten und Militär selbst zu verteidigen, zu regieren und die Gefahren, in der sie ihr vielgeliebter Regent versetzt hat, mit männlicher Klugheit abzuwenden wissen“. Der Text will die Baiern in Stadt und Land davon überzeugen, dass die Nation reif ist für eine republikanische Staatsform nach französischem Muster und dass der Kurfürst als Oberhaupt des Staatswesens absolut entbehrlich sei. Freilich gibt es auch Stimmen gegen die Härten, die die französischen Einquartierungen mit sich bringen. Doch es herrscht eine grundsätzliche Sympathie für die Franzosen und das republikanische Frankreich. Die Verantwortung für die unerquickliche Lage lastet man jedenfalls weniger den französischen Besatzungstruppen, als vielmehr dem geflüchteten Kurfürsten Max IV. Joseph und seiner verfehlten Politik an, mit der er Baiern im kaiserlichen Lager festhält. Selbst regierungstreue Münchner sehen sich durch die republikanischen Soldaten immer noch besser behandelt als durch die verbündeten Österreicher.

4. August 1800 – Eine republikanische Schrift an die Bevölkerung

München * Eine Anfang August erschienene Schrift wendet sich an die Bewohner Baierns, Schwabens, Frankens, Tyrols und Salzburgs und fordert dazu auf, „daß wir diesem Unwesen einmal ein Ende machen und von dem alten verderblichen Reichsverbande uns loslösen, uns nach dem Drange aller politisch- und natürlichen Verhältnisse in einen freien, mächtigen Staatskörper [...] zusammenschließen [...] und uns so eine eigene, auf die natürlichen Rechte der Menschheit, auf die reine Religion, und den allgemeinen Wohlstand gegründete Konstitution geben“. Alle Soldaten aus der Koalitionsarmee sollen zurückgerufen werden und anschließend Vertreter aus den Gemeinden und Distrikten „zu einer allgemeinen süddeutschen Nationalversammlung oder süddeutschem Landtage“ gewählt werden.



10. August 1800 – Weitere Flugschriften werden baierweit verteilt

München * Eine Flugschrift mit dem Titel „Wahrer Überblick der Geschichte der baierischen Nation, oder das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend“ wirft Kurfürst Max IV. Joseph vor, „durch seinen Menschenverkauf, durch seine Verschwendung, durch die immerwährende Aushebung und gänzliche Entvölkerung des Landes, durch die volle Verwirrung, die er stiftete, alle Achtung, alles Zutrauen verloren“ zu haben. Gleichzeitig formuliert die Schrift ein in die Zukunft gerichtetes politisches Programm einer Republik in Süddeutschland: „Baiern, vereint mit Schwaben, wird das österreichische Joch abschütteln [...] und [...] vereinigt mit einem Teile Frankens [...] sich eine auf Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit gegründete Verfassung geben“. Zur Umsetzung dieses Zieles erhofft sich die „Flugschrift“ die Unterstützung der „Republik Frankreich“. Diese Flugschriften finden nicht nur in der Stadt ihre Leser. Da sie auf der Schranne meist heimlich in die Säcke gesteckt wird, verbreitet sich der revolutionäre Inhalt auch auf dem Land. Durch die bloße Anwesenheit der Franzosen wagen sich die Zensurbehörden nicht, entschlossen gegen die Flugschriften vorzugehen.

15. August 1800 – Die Münchner Patrioten wenden sich an General Decaën

München * Eine Delegation der Patrioten wendet sich an General Charles Matthieu Isidore Decaën und bittet ihn um Unterstützung für einen Aufstand gegen den Kurfürsten und seiner Regierung. Der General reagiert reserviert, da die französische Regierung keinen Aufstand unterstützen will, sondern vielmehr einen allgemeinen Frieden anstrebt. Er gibt zu Bedenken, dass eine Revolution zur Beseitigung von Missständen ein unabwägbares Risiko darstellt. Dagegen würde der weniger gewaltsame Weg von Reformen größere Erfolgsaussichten bieten. Bei einer Revolution wüsste man nie, was als Ergebnis herauskomme.

Außerdem sei Baiern zu schwach, um alleine gegenüber Preußen und Österreich eine Veränderung seiner Staatsform durchzuführen. Dass General Decaën mit seinen Aussagen strikt der französischen Konsulatsregierung Napoléons folgt, ist den Revolutionsführern, die sich selbst Münchner Jakobiner nennen, in keinsten Weise bewusst. Sie sehen in den französischen Generälen noch immer die Repräsentanten der Revolution. Doch Frankreich hat sich schon längst von den politischen Zielen des Nationalkonvents entfernt, dem es im Jahr 1792 noch um die Verbreitung der revolutionären Ziele und um die Befreiung der unterdrückten Nationen gegangen ist. Im Gegenteil, Frankreich will inzwischen die Entstehung einer großen süddeutschen Republik mit allen Mitteln verhindern und stattdessen zu separaten Bündnissen mit den einzelnen deutschen Fürsten gelangen.



20. August 1800 – Der Plan eines republikanischen Umsturzes ist gescheitert

München * Als die Münchner Bürger-Delegation Moreau nochmal aufsuchen will, lässt er sie nicht mehr vor. Verärgert lässt ihnen der französische Oberbefehlshaber ausrichten, er würde sie, falls sie ihn nochmal belästigen sollten, die Treppe hinunterwerfen lassen. Schroffer kann die Abfuhr nicht ausfallen. Die französische Besatzungstruppe hat kein Interesse an einer Kooperation mit den Rebellen. Gegenüber dem Münchner Bürgerwehr-Kommandanten Felix Joseph Lipowsky ruft Moreau aus: „Mein Gott! Man weiß nicht was man will! Eine Republik kostet viel Blut, wir haben sie“. Damit ist der Plan eines republikanischen Umsturzes gescheitert. Scheinbar ist die Unzufriedenheit über die kurfürstliche Politik doch nicht so stark und so verbreitet, dass sie eine Aufstandsbewegung wirklich getragen hätte.

10. November 1800 – Die Amberger Verordnung beendet Baierns ausschließliche Katholizität

Amberg * In der Amberger Verordnung schreibt Kurfürst Max IV. Joseph, dass die Meinung, wonach die katholische Religionszugehörigkeit eine wesentliche Bedingung der Ansässigmachung in Baiern sei, sich als nachteilig für die Industrie und Kultur im Land erwiesen habe und sich diese weder aus der Reichs- noch in der Landesverfassung begründen lasse. Allerdings veröffentlicht er die Verordnung nicht in der üblichen Art, sodass der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt dem Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim das Münchner Bürgerrecht verweigert und so die Übernahme der Weingastwirtsgerechtsame der Eheleute Rasp verhindert.

3. Dezember 1800 – Falsche Siegesmeldungen aus Hohenlinden

München * Da sich in München zunächst die Nachricht verbreitet, die Österreicher hätten in der Schlacht in Hohenlinden gewonnen, macht sich die Angst breit, nun könnten die zurückgebliebenen französischen Truppenteile Verteidigungsmaßnahmen ergreifen, die sich für die Stadt als gefährlich erweisen würden. Um ihn davon abzubringen, bietet man dem Platzkommandanten Briant 100 Luisdors an. Briant lehnte das Ansinnen ab, weil diese Summe für einen Platzkommandanten zu „unwürdig“ sei, mit 200 Luisdors wäre er allerdings schon einverstanden gewesen. Der Magistrat lässt ihm daraufhin den Betrag überreichen. Erst später verbreitet sich die Siegesmeldung der Franzosen. Anschließend ziehen sich die Österreicher hinter ihre Grenze zurück. Die Baiern haben dagegen die Franzosen als Besatzungsmacht im Land und müssen sechs Millionen Gulden Kontribution, die Staatseinnahmen eines Jahres, zahlen. Die Landschaft verlangt daraufhin, dass das Kurfürstentum Baiern kein Bündnis gegen



Frankreich mehr eingehen dürfe. Ein politisches Zusammengehen mit Österreich ist somit für die nächsten Jahre ausgeschlossen.

9. Februar 1801 – Linksrheinische Gebietsabtretungen an Frankreich

Lunéville * Im Friedensvertrag von Lunéville ist auch abschließend festgelegt worden, dass die linksrheinischen Gebiete an Frankreich abgetreten werden müssen. Napoleon Bonaparte erreicht damit ein Ziel jahrhundertelanger französischer Politik. Pfalzbaiern muss neben den bereits verloren gegangenen Herzogtümern Zweibrücken und Jülich sowie der linksrheinischen Kurpfalz nun auch noch die rechtsrheinische Kurpfalz um Mannheim und Heidelberg an Baden abgeben. Das bedeutete einen Verlust von 200 Quadratmeilen und 730.000 Einwohnern. Den von den Landverlusten betroffenen Fürsten wird allerdings ein Ausgleich zugestanden, der jedoch „aus dem Schoß des Reiches“ kommen muss. Und weil dieses nur aus säkularisiertem Kirchenbesitz und aus den mediatisierten Reichsständen erfolgen kann, bedeutet das in der Konsequenz gleichzeitig das Ende des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

25. August 1801 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt die Reform Baierns in Angriff

München * Mit tatkräftiger Unterstützung seines Ministers Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas nimmt Kurfürst Max IV. Joseph eine Reform seines Landes in Angriff. Zur dauerhaften Stabilisierung des Staates ist eine Umverteilung von Rechten, Pflichten und Chancen notwendig. Zu dieser Revolution von oben gehört auch die revolutionäre Gleichbehandlung aller Baiern, mit dem Anspruch des Herrschers, „allen Untertanen, Reichen und Armen, Witwen und Waisen, Geistlichen und Weltlichen, gleiches Recht und Schirm zu verschaffen“. Durch diese Reformen kann der Baiernregent einen Großteil der Kritik, die zu Beginn seiner Regierung die öffentliche Debatte geprägt hatte, den Boden entziehen. Vieles von dem wird beseitigt, was unter der Regentschaft des Kurfürsten Carl Theodor als willkürlich und korrupt angegriffen worden ist. Gleichzeitig lässt er energisch eingreifen und setzt sich mit Militärgewalt durch, wenn seiner Politik offene Auflehnung entgegen schlägt. Beides, die umfangreichen und weitreichenden Reformen sowie das energische und harte Durchgreifen, lassen die heftige Kritik der Anfangsjahre und jedes Auflehn gegen seine Politik allmählich verstummen. Durch sein leutseliges Verhalten kann Kurfürst Max IV. Joseph sogar die Zuneigung der Münchnerinnen und Münchner erringen und sich so zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten der Wittelsbacher hocharbeiten. Schon bald gehören die anfänglichen Differenzen zwischen dem Herrscher und dem bayerischen Volk der Vergangenheit an.



17. März 1802 – Aufforderung zur Gründung einer Kleinkinderbewahranstalt

München - München-Lehel - Au * Die Polizeidirektion wird mit der Gründung einer Einrichtung beauftragt, die dann als Kleinkinderbewahranstalt und heute - in der Weiterentwicklung - als Kindergarten oder Kinderhort bezeichnet wird. Im Focus stehen „unbemittelte Eltern, die sich außer Haus begeben müssen, um sich vom täglichen Handlohn zu ernähren“. Denn diese „müssen häufig ihre kleinen Kinder einsperren oder unbesorgten Nachbarn anvertrauen, sie auch gar frei herumlaufen lassen, wodurch Unglücksfälle entstehen und die sittliche Erziehung benachteiligt wird“. Eine solche Einrichtung soll in der Stadt und im Lehel eingerichtet werden. Auch das Gericht ob der Au und das Hofmarkgericht Haidhausen können Vorschläge einreichen.

November 1802 – Die Gebäude des Franziskanerklosters werden auf Abbruch versteigert.

München-Graggenau * Die Gebäude des Franziskanerklosters werden an die Meistbietenden auf Abbruch versteigert. Die Franziskanerkirche erwirbt der Hutmacher Johann Giglberger um 1.152 Gulden zur sofortigen Demolierung.

1803 – Die profanierte Klosterkirche am Lilienberg dient als Eisenfronfeste

München - Au * Mit der Verstaatlichung des Münchner Gerichtswesens und der Polizei gibt die Stadt ihre Fronfeste im Rathaus und die Haftstube im Rathhausturm an das nunmehr staatliche Stadtgericht ab. Die profanierte Klosterkirche am Lilienberg und der nördlich daran anschließende Seitenflügel dient als Eisenfronfeste, als Strafvollzugsanstalt.

10. Januar 1803 – Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung

München-Kreuzviertel * Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung von Katholiken, Lutheraner und Reformierten. Aus Anlass der Aufnahme fränkischer und schwäbischer Gebiete in den immer größer werdenden baierischen Staat kommt es zu nachstehenden Bestimmungen: „Bei künftiger Besetzung der Staatsämter werden Wir nur auf die Würdigsten, ohne Unterschied der im deutschen Reiche eingeführten drei christlichen Religionen [gemeint sind die Katholiken, Lutheraner und Reformierten] den landesväterlichen Bedacht nehmen. Keinem unserer Untertanen, von welcher Konfession er sei, soll je etwas zugemutet werden dürfen, welches seiner Religions- oder Gewissensfreiheit entgegen wäre.“ Doch der Mann, der die positive



Entwicklung der evangelischen Kirche in Bayern bremsen wird, steht in der Person des Kronprinzen Ludwig I. schon bereit.

24. April 1803 – Katholische Traditionen werden als Unfug verboten

München * Die „zweckwidrigen Ceremonien am Himmelfahrtstag und Pfingstsonntag“ werden verboten. Gemeint sind das Aufziehen einer Christus-Figur und das Herablassen einer weißen Taube als heiliger Geist.

9. Mai 1803 – Kurfürst Max IV. Joseph kauft von Stephan von Stengel Schloss Biederstein

Schwabing * Kurfürst Max IV. Joseph kauft von Stephan von Stengel um 18.000 Gulden den Edelsitz Biederstein. In der Folge wird das Schloss durch den Hofbaumeister Franz Thurn aufgestockt und um zwei Seitenflügel zu einem „Feensitz“ erweitert. Die Umgebung wird durch Friedrich Ludwig Sckell im englischen Stil zu einem Landschaftsgarten umgestaltet.

18. Mai 1803 – Mischehen zwischen Katholiken und Protestanten werden erlaubt

München * Kurfürst Max IV. Joseph erlaubt sogenannte Mischehen zwischen Katholiken und Protestanten.

23. Mai 1803 – England erklärt Frankreich den Krieg

London - Paris * Großbritannien erklärt Frankreich den Krieg. Die Kriegserklärung geht zwar von England aus, aber Napoleons Hegemonialpolitik hat stark zum Ausbruch des Krieges beigetragen.

August 1803 – Eine royalistische Verschwörung gegen Napoleon wird aufgedeckt

Paris * Von der französischen Geheimpolizei wird eine royalistische Verschwörung aufgedeckt, die angeblich die Ermordung Napoleon Bonapartes und die Einsetzung von General Jean-Victor-Marie Moreau zum neuen Herrscher zum Ziel hat. Dieser wird aber zu Unrecht beschuldigt.



30. Januar 1804 – Kurfürstin Caroline erhält Schloss Biederstein zum Geschenk

Schwabing * Das Schloss Biederstein kommt von Kurfürst Max IV. Joseph als Schenkung „in die Hände unserer vielgeliebten Frauen Gemahlin“ Caroline.

1805 – Adrian von Riedl wird mit 59 Jahren in den Ruhestand versetzt

München * Adrian von Riedl wird mit 59 Jahren in den Ruhestand versetzt. Trotz seines grünen Paradieses am Rande des Englischen Gartens behagt ihm die Ruhe nicht, weshalb er den Bau einer Mühle plant. Der an seinem Grundstück vorbeifließende Eisbach mit einem Wasserdurchlauf von 22 Kubikmetern pro Sekunde erscheint ihm dafür ideal.

17. Juni 1805 – Ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München

München * Das „Regulativ über die Verhältnisse der hiesigen Judenschaft“ ist ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München. Es stellt erstmals eine staatlich geregelte Eingliederung der Juden in das bürgerliche Leben dar, bleibt aber von starken Einschränkungen geprägt. Das Regulativ erlaubt jüdischen Familien die offizielle Niederlassung in München, begrenzt ihre Zahl jedoch streng durch eine Judenmatrikel. Anfangs dürfen nur 32 Familien und fünf Witwen dauerhaft in der Stadt leben. Auch Eheschließungen stehen unter staatlicher Kontrolle und sind nur mit polizeilicher Genehmigung sowie ausreichendem Vermögen möglich. Zugleich bringt das Regulativ einige Verbesserungen: Juden werden von diskriminierenden Sonderabgaben wie Leib- und Pflasterzöllen befreit, durften ihre Religion privat ausüben und einen eigenen Friedhof anlegen. Öffentliche Synagogen bleiben allerdings weiterhin verboten. Zudem erhalten jüdische Händler mehr Möglichkeiten zur Teilnahme am Wirtschaftsleben, allerdings unter staatlicher Aufsicht. Historisch markiert das Regulativ den Übergang von der bloßen Duldung einzelner Juden hin zu einer staatlich anerkannten, aber streng kontrollierten jüdischen Gemeinde. Es ist damit sowohl ein erster Schritt zur Emanzipation als auch ein Instrument staatlicher Kontrolle. Gleichzeitig bildet es eine wichtige Grundlage für die spätere Entwicklung der jüdischen Gemeinde Münchens und gilt als Vorläufer des Bayerischen Judenedikts von 1813.

28. September 1805 – Kurfürst Max IV. Joseph ratifiziert den Geheimvertrag

Würzburg * Während Napoleon den Vertrag von Bogenhausen sofort nach Erhalt unterzeichnet hat, lässt Kurfürst Max IV. Joseph kostbare Zeit verstreichen. Das lag eventuell auch an der



Kurfürstin Karoline, die sich für eine Allianz mit Österreich ausgesprochen hatte. Erst nachdem sich das französische Heer mit den bayerischen Truppen vereinigt hat, unterschreibt der bayerische Kurfürst den Vertrag. Dabei datiert er ihn vorsichtshalber auf den 24. September zurück. Bayern ist damit Kriegspartei an der Seite Napoleon Bonapartes gegen Kaiser Franz II., dessen Truppen bereits das südliche Bayern besetzt haben.

10. Oktober 1805 – Der Kurfürst rechtfertigt den Bündniswechsel

Würzburg * Kurfürst Max IV. Joseph gibt einen Aufruf „an sein Volk“ heraus, in dem er sich für sein Bündnis mit Napoleon rechtfertigt. Um den politisch umwälzenden Schritt ins französische Lager darzustellen, muss er eine überzeugende Begründung liefern. Also wird Österreich zum „Erbfeind“ erklärt, der Bayerns Unabhängigkeit bedrohte und dessen Truppen plündernd durchs Land zogen, während „Frankreich [...] zu allen Zeiten Bayerns Unabhängigkeit schützte“. Das Bündnis scheint damit als die einzige und alternativlose Konsequenz, um Bayern zu retten: „Der Kaiser der Franzosen, Bayerns natürlicher Bundesgenosse, eilte mit seinen tapferen Kriegen herbei, um euch zu rächen, [...], und bald, bald naht der Tag der Rettung.“ Der Aufruf endete siegesgewiss mit den Worten: „Unsere gute Sache steht unter dem Schutze eines gerechten Gottes und [...] unter der eigenen Anführung eines unüberwindlichen Helden.“

24. November 1805 – Auch die kurfürstliche Familie kommt wieder in München an

München * Die kurfürstliche Familie trifft wieder in München ein.

5. Dezember 1805 – Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein

München * Frankreichs Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein. Sie bezieht die Steinzimmer der Residenz und bemüht sich im Interesse der Bündnispolitik Frankreichs erfolgreich um die Sympathien des kurfürstlichen Hofes und der Bevölkerung der Landeshauptstadt. Die kaiserliche Gefolgschaft erregt gerade aufgrund ihrer prächtigen Ausstattung großes Aufsehen. Wegen des ungünstigen Münchner Wetters erkrankten in den darauf folgenden Tagen viele der kaiserliche Hofdamen.

20. Dezember 1805 – Karoline Murat trifft in München ein



München * Karoline Murat, die Schwester Napoleons, kommt in München an.

1. Januar 1806 – Baiern wird extrem emotionslos zum Königreich erhoben

Königreich Baiern - München-Grägenau * Das Kurfürstentum Baiern wird von Napoleon Bonaparte zum Königreich erhoben. Aus Kurfürst Max IV. Joseph wird König Max I. Joseph. Die Rangerhöhung Baierns wird extrem emotionslos vollzogen. Der nur wenige Minuten dauernde Akt der Königserhebung findet um 10 Uhr, in den Appartements der Kurfürstin Karoline in der Münchner Residenz statt. Obwohl Napoleon Bonaparte am Abend des Vortages in München eingetroffen ist, nimmt er nicht an der Zeremonie teil. Auch der leitende Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ist aus uns nicht bekannten Gründen abwesend. Anwesend sind neben dem König und dem Kronprinzen Ludwig der Minister für geistliche Angelegenheiten, Heinrich Theodor Graf Topor Morawitzky, der Justizminister Johann Friedrich Freiherr von Hertling und Abbé Pierre de Salabert. Dazu kommen die Chefs der Königlichen Hofämter, der Obersthofmeister Clemens Anton Graf von Toerring-Seefeld, der Oberstkämmerer Maximilian Emanuel Freiherr von Rechberg und Rothenlöwen, der Oberstmarschall Ludwig Joseph Freiherr von Gohren und schließlich der Oberstallmeister Carl Ludwig Freiherr von Kesling. Dieser Männerrunde erklärt Max Joseph, er habe sich „durch die vielen Beweise von Treue und Anhänglichkeit der Baiern an ihren Fürsten und Vaterland bewogen befunden, Baierns Unabhängigkeit zu begründen, indem Allerhöchst Sie in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es durch die Vorsehung Gottes dahin gediehen, dass das Ansehen und die Würde des Herrschers in Baiern seinen alten Glanz und vorige Höhe zur Wohlfahrt des Volkes und zum Flore des Landes wieder erreicht, den dem Regenten Baierns angestammten Titel eines Königs von Baiern anzunehmen und öffentlich proklamieren zu lassen“. Er fügt noch hinzu, dass künftig alle direkten Abkömmlinge den Titel Königliche Hoheit führen werden. Daraufhin bringen die Anwesenden ihre Glückwünsche und Huldigungen zum Ausdruck.

1. Januar 1806 – Das frischgebackene Königspaar besucht ein Hofkonzert

München-Grägenau * Am Abend des Krönungstages besuchen Napoleon und seine Gemahlin Joséphine gemeinsam mit dem frischgebackenen Königspaar ein Hofkonzert. Weitere Feierlichkeiten unter Anwesenheit des französischen Kaiserpaares folgen in den nächsten Tagen.

1. Januar 1806 – Eine Hochzeit als Preis für die Rangerhöhung zum Königreich



München - Paris * Der Preis für das Bündnis zwischen Bayern und Frankreich sowie die Erhebung in die Königswürde ist die Verheiratung der bayerischen Prinzessin Auguste Amalie mit dem Stiefsohn Napoleons, Eugène Beauharnais. Mit der Münchner Hochzeit will sich Napoleon den Eintritt in eines der ältesten europäischen Adelshäuser ermöglichen. Die mündliche Zusage für die Eheschließung hat Kurfürst Max IV. Joseph - im Beisein des Kurprinzen Ludwig - Napoleon Bonaparte bereits am 8. November 1805 in Linz gegeben. Er hat dies dann aber mehrfach vor seiner Ehefrau vertuscht und abgestritten, da man den bayerischen Kurfürsten eindringlich darüber aufgeklärt hat, dass eine Weigerung zum Verlust Bayerns zugunsten eines „Napoleoniden“ führen würde. Die Auffassung vertrat sowohl Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas, als auch der Gesandte im Hauptquartier Napoleons, Karl Ernst Freiherr von Gravenreuth. Die Situation scheint aussichtslos. Kurfürstin Karoline, mit ihrer antifranzösischen Haltung, Prinzessin Auguste Amalie und Kurprinz Ludwig hoffen noch immer, dass sich die Heirat abwenden lassen würde. Das auch schon deshalb, weil sich Auguste Amalie mit dem Erbprinzen Karl von Baden verlobt glaubt.

1. Januar 1806 – Straßenbenennungen nach der Rangerhöhung

München * Die Erhebung Bayerns zum Königreich ist alleine schon Grund genug, weshalb München nun einen Königsplatz, eine Königsstraße, eine Königinstraße und sogar einen Platz und eine Straße für den Kronprinzen Ludwig I. braucht.

3. Januar 1806 – Die erste Münchner Ziviltrauung

München-Angerviertel * Münchens erste Ziviltrauung wird im Kleinen Rathaus geschlossen, als sich der Stabsarzt Dr. Anderl und die Buchhalterstochter Caroline Leutner ihr Ja-Wort geben. Im Kleinen Rathaus befindet sich das erste und lange Zeit einzige Münchner Standesamt.

13. Januar 1806 – Zivilhochzeit zwischen Eugène de Beauharnais und Auguste Amalie

München-Graggenau * In der Grünen Galerie der Münchner Residenz findet die nach französischem Recht geforderte Ziviltrauung der Brautleute Eugène Beauharnais und Auguste Amalie, der ältesten Tochter des bayerischen Königs, statt. Karoline Murat, die Schwester Napoleons, bleibt, obwohl sie sich ja schon seit dem 20. Dezember in der Münchner Residenz aufhält, demonstrativ der Eheschließung fern. Sie gönnt der Familie Beauharnais die Verbindung mit dem Hause Wittelsbach nicht.



1807 – Franz Xaver Zacherl führt seine Brauerei zum Erfolg

Vorstadt Au * Franz Xaver Zacherl gelingt es, sein Unternehmen innerhalb kürzester Zeit so voranzubringen, dass es schon im Sudjahr 1806/07 mit einem Malzverbrauch von 2.107 Scheffel, das entspricht 4.677 Hektoliter, unter den 52 bürgerlichen Brauereien Münchens die zweite Rangstelle nach der Hackerbrauerei seines Schwagers Joseph Pschorr einnimmt.

3. April 1807 – Mandat zur Neuorganisation des Bürgermilitärs

München * Das „Mandat über die Uniformierung und Organisation des bürgerlichen Militärs in den Städten, Flecken und Märkten des Königreichs“ wird erlassen. Es bildet eine allgemein verbindliche Rechtsgrundlage für den Wach- und Sicherheitsdienst des Bürgermilitärs, denn bisher hatten die Bürger diese Aufgabe ja freiwillig erfüllt. Wichtigster Punkt für den Staat ist die neue allgemeine Musterungspflicht aller Bürger zum Bürgermilitär. Untaugliche müssen eine Wehersatzgebühr bezahlen. Als Gegenleistung gesteht der Staat den Offiziers- und Unteroffizierskorps der einzelnen Waffengattungen des Bürgermilitärs ihre Ergänzung und Beförderung zu höheren Chargen zu. Über die Aufgabe des Bürgermilitärs sagt das Mandat folgendes: „[...] Nie kehrt der Bürger seine Waffen gegen den äusseren Feind. Seine Bestimmung bleibt ausschliessend, den friedlichen, rechtlichen Einwohner zu beschützen, und die Wirkungen des Gesetzes gegen polizeiliche Vergehungen und das Verbrechen zu unterstützen. Er übernimmt demnach bei dem Abzuge der Feldregimenter aus den Garnisonen den Dienst daselbst, besorgt denselben in jenen Städten, wo keine gewöhnliche Garnison liegt, für beständig, um durch auszusendende Sicherheits-Patrouillen die Umgebungen vor allem, der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gefährlichen Gesindel rein zu halten.“ Das unmittelbare Kommando über das lokale Bürgermilitär hat der jeweils ranghöchste beziehungsweise rangälteste Bürgeroffizier. Dieser untersteht wiederum in einer Garnisonsstadt der militärischen Stadtkommandantschaft, ansonsten dem zivilen Landrichter oder Polizeidirektor. Der Vorschlag für ein Pferderennen aus Anlass der Kronprinzenhochzeit (1810) kommt aus den Reihen der Königlich-Baierischen Nationalgarde III. Klasse. Diese entwickelte sich aus dem Städtischen Wehrwesen. Dieses Münchner Bürgermilitär gehört nicht im eigentlichen Sinne zur Münchner Garnison. Die traditionelle Abgrenzung von Armee und Bürgertum beziehungsweise von Garnison und Bürgerwehr bleibt bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen.



22. Februar 1808 – Die Armenpflege wird zur Staatsaufgabe

Königreich Bayern * Die Armenpflege wird zur Staatsaufgabe, zur „Staatsanstalt der Wohltätigkeit“. Man unterscheidet in „volle Armut“ und „partielle Armut“, womit zugleich der Umfang der Unterstützung festgelegt wird. Verwaltet wird das Armenwesen von der unteren Polizeibehörde. Finanziert wird das Armenwesen im Bedarfsfall durch eine Armensteuer, die im Kommunalbezirk erhoben wird. Die Gemeindeangehörigen müssen die notwendigen Mittel aufbringen, haben aber bei der Verwendung der Gelder kein Mitspracherecht und damit keine Mitwirkungsrechte.

1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Bayern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Bayern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Bayern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Bayern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbayern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Bayern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und Ritter eher einem Fleckerlteppich. Bayern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben. Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern. Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden. Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volksheer und eine Bürgermiliz vor. Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“. Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche



Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten. Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Baiern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens. Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert. Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande. Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten der Verfassung abgeschafft. Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Dazu sollten in jedem der acht Kreise, von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet. Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

12. Juli 1808 – Staatliche Vorschriften zur Verehelichung

München - Königreich Baiern * In einer erlassenen Verordnung zur Beförderung der Heiraten auf dem Lande wird die Verehelichung von der Bewilligung der ordentlichen Polizeibehörde des Ortes abhängig gemacht, wo die Heiratenden mit hinreichender Aussicht auf ihre Nahrung den Wohnsitz nehmen. Damit wird den Gemeinden auch in Fragen der Verehelichung die Mitwirkung entzogen. Zusätzliche Haftungsbestimmungen gegenüber den entscheidenden Beamten schränken die Wirksamkeit der Verordnung stark ein. Sollte sich die Familie doch nicht selbst ernähren können, fällt der Unterhalt der genehmigenden Behörde zur Last. Wenn Geistliche eine Eheschließung ohne die vorherige staatliche Heiratsbewilligung vornehmen, haften sie für Schäden und Kosten, welche hieraus irgendeiner Gemeinde zuwachsen. Eheschließungen außerhalb Baierns werden für ungültig erachtet und sind strafbar.

30. August 1808 – Prinzessin Ludovica Wilhelmine wird in München geboren

München * Prinzessin Ludovica Wilhelmine, die spätere Herzogin in Bayern und Mutter der österreichischen Kaiserin Elisabeth „Sisi“, wird als Tochter des bayerischen Königs Max I. Joseph



und dessen zweiter Ehefrau Caroline von Baden in München geboren.

13. September 1808 – Adrian von Riedl erbittet den Bau einer Mühle mit vier Gängen

München-Englischer Garten - Tivoli * Adrian von Riedl erbittet bei Kurfürst Max IV. Joseph den Bau einer Mühle mit vier Gängen. Sie soll auf seinen Wiesen unterhalb der Bogenhausener Brücke, zwischen Isardamm und Schwabinger Bach entstehen. Zum Betrieb der Mahlmühle will er „mittels eines Kanals durch seine Wiesen das Wasser aus dem Eisbach hereinleiten und unterhalb der Mühle wieder in denselben einlassen“.

24. September 1808 – Die Regierung steht Adrian von Riedls Mühlenplanungen positiv gegenüber

München-Englischer Garten - Tivoli * Die Königliche Regierung steht Adrian von Riedls Mühlenplanungen positiv gegenüber, da damit die anliegenden Dörfer Schwabing, Bogenhausen und Föhring eine Mahlmöglichkeit erhalten würden. Bisher mussten die Bewohner dieser Dörfer zwei bis drei Stunden zur nächsten Mühle fahren. Doch die Kgl. General Direction des Wasser-, Brücken- und Straßenbaus hat Bedenken, dass dadurch der Eisbach zurückgestaut und damit die Geschwindigkeit des Baches und somit der Abfluss des Eises vermindert werden würde. Der Eisbach nimmt nämlich im Winter die Schneemassen der Münchner Straßen auf. Daher der Name. Doch zuletzt wird Riedl der Mühlenbau mit der Auflage genehmigt, dass er das Abseilen von seinem Grundbaum bis aufwärts zur Bogenhausener Brücke auf eigene Kosten zu besorgen hätte. Damit wird Adrian von Riedl zum Gründer der Neumühle am Eisbach.

1809 – Weinmüllers Gesuch um Errichtung eines Theaters

München * Johann Weinmüller reicht ein Gesuch für ein Theater in fester Bauweise in der Maxvorstadt ein. Die Münchner Polizeidirektion lässt sich aber nur zu einem Bau vor dem Isartor überreden. Es wird daraufhin eine provisorische hölzerne Hütte errichtet. Das Publikum des Theaters in der Bretterbude besteht zunächst aus Bürgern der unteren Einkommensschichten.

1809 – Die freiwillige Bürgerwehr wird in die Nationalgarde eingegliedert

München * Durch eine Neuorganisation des Militärs wird die bisher freiwillige Bürgerwehr nach



französischem Vorbild in die dreigliedrige Nationalgarde eingegliedert. Die Nationalgarde I. Klasse bildet das Stehende Heer, die II. Klasse wird zur Landesverteidigung innerhalb des Königreichs verpflichtet. Die Nationalgarde III. Klasse ist die ehemalige Bürgerwehr. Sie untersteht jetzt den staatlichen Behörden für polizeiliche Aufgaben. Seit dem Spätmittelalter hatte die Bürgerwehr in zunehmenden Maße repräsentative Funktionen bei festlichen Anlässen der Städte und des Fürstenhauses wahrgenommen. Die vornehmsten Aufgaben - Ehrengeleit und Ehrenwache für höchste Herrschaften blieb der Bürger-Kavallerie vorbehalten. Eine Kavallerie-Division gibt es - neben dem Invanterie-Regiment und der Artillerie-Kompanie - auch in München. Sie wird unter ihrem Major Andreas von Dall'Armi das Pferderennen aus Anlass der Hochzeit von Kronprinz Ludwig I. und Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen austragen. Eine „Schicki-Micki-Armee“.

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die baierische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine baierischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Baiern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die baierische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit baierischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum baierischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Baiern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbaiern gemacht wurden.

9. März 1809 – Adrian von Riedl verkauft die Neumühle an den Müller Schöttl

München-Englischer Garten * Adrian von Riedl verkauft die sich im Rohbau befindliche Neumühle zu einem Schleuderpreis von 1.200 Gulden an den Münchner Bäcker und Müller Johann Jakob Schöttl. Auch der Mühlkanal ist bereits gegraben.



18. März 1809 – Adrian von Riedl stirbt

München * Adrian von Riedl stirbt neun Tage nach seinem Verkauf der Neumühle.

1810 – Freiherr Adam von Aretin verkauft sein Grundstück an Raphael Kaula

München-Englischer Garten * Freiherr Adam von Aretin verkauft sein Grundstück am Ostrand des Englischen Gartens an den Großhändler und Bankier Raphael Kaula. In der Folgezeit lässt Kaula kleinere Gebäude seines Vorbesitzers Aretin abreißen und durch das elegantere Kaula-Schlössl ersetzen. Nach seiner Erhebung in den Adelsstand heißt das Kaula-Schlössl nun Murat-Schlössl. Seine im Jahr 1812 als jüngstes Kind geborene Tochter Nanette wächst zu einer so auffallenden Schönheit heran, dass sie unter dem Titel „Münchens schönste Jüdin“ weithin bekannt ist.

1810 – Anton Gruber's Belustigung Zum lustigen Dörflein auf der Isarinsel

München-Lehel * Als Anton Gruber, ein Münchner Gastwirt und Schnürleibmacher erfährt, dass die Isarinsel zu kaufen sei, kratzt er seine Reserven zusammen, nimmt einen Kredit auf und erwirbt das Eiland um 1.033 Gulden. Von der Polizey-Direktion erhält er die Konzession zum Bierausschank. Nun baut er einige Holzhütten, nennt den Platz Zum lustigen Dörflein und verabreicht während der Sommermonate frisches Bier und Bratwürst. Der Zuspruch der Münchner ist bald so groß, dass Anton Gruber seine Insel-Gaststätte das ganze Jahr bewirtschaftet.

1810 – Joseph Sulzbeck und seine Kapelle

München * Drei weitere Musiker gesellen sich zu Joseph Sulzbeck hinzu. Es sind dies der Flötist Straubinger, der Violinspieler und Sänger Huber, genannt „Canape“, und der Harfenzupfer Bacherl. Ein Programm hat die erste Münchner Volkssängergruppe nicht. Ihre Mitglieder spielen und singen, was ihnen gerade einfällt oder was gefordert wird. Sie haben kein festes Engagement und leben alleine von den Trinkgeldern, die sie beim Einsammeln, beim „Schuberln“ oder „Abwackeln“ mit dem Teller, erhalten.

13. Oktober 1810 – Am Abend gibt es die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung



München * An diesem Abend ist die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung, die die Bevölkerung in großen Scharen herbeilockt. Es gibt dabei natürlich deutliche Unterschiede. Denn während „die angesehenen Bürger, d.h. welche zur Nationalgarde gehörten, [...] mit ihren Familien in vier großen Gasthäusern, bei 6.000 an der Zahl, auf königliche Kosten zum Tanz und Abendessen versammelt“ sind, hat man für „die herbeygeströmten Volkshaufen“ am Schrammelnplatz, dem heutigen Marienplatz, am Promenadeplatz, in der Neuhauser Gasse und am Anger „Tische und Bänke hergerichtet, wo man ihnen zu essen und trinken bot“. Aktenbelegen zufolge werden an diesem Abend 32.065 Laibln Semmelbrod, 3.992 Pfund Schweizerkäse über 80 Zentner gebratenes Schafffleisch, 8.120 Cervelat-Würste und 13.300 Paar geselchte Würste ausgegeben. Brauknechte verzapften rund 232 Hektoliter Bier. Aus sieben Fässern werden knapp vier Hektoliter österreichischer Weißwein ausgeschenkt. 150 Musikanten sorgen für Stimmung und in zwei Volkstheatern wurden Vorstellungen zu freiem Eintritt gegeben. Sogar die Münchner Gefängnisinsassen erhalten eine - von der Israelitischen Gemeinde finanzierte - Ausspeisung.

13. Oktober 1810 – Das einfache Volk und die bessere Gesellschaft feiern

München * Nicht das einfache Volk benimmt sich während der Hochzeitsparty in der Innenstadt schlecht, sondern die bessere Gesellschaft. Das belegt ein Geheimprotokoll des damaligen Vizedirektors der Münchner Polizei, Markus von Stetten. Im einfachen Volk kommt es weder zu Ausschreitungen noch zu Raufereien oder grobem Unfug. Er notiert lediglich: „[...] dem Bacchus und der Liebe wurde in der letzten Nacht treulich geopfert [...]“ und berichtet weiter von Bierleichen, die im Polizeigebäude gestapelt werden und auch am Abend des nächsten Tages ihren Rausch noch nicht ausgeschlafen haben. Von Stetten: „Doch dies gehört zu dem Ganzen und ist ein wesentlicher Teil eines Volksfestes.“ Er stoppt den Ausschank von Bier und Wein, als er merkt, dass die Menge auf den Festplätzen der Stadt nur noch lallt und wankt. Dann widmete sich der Polizeivize der Münchner Gesellschaft, die in der Hofoper feiert. Dort kommt es zu Schlachten am kalten Buffet, Herren in staatlichen Spitzenpositionen sitzen mit hochrotem Kopf inmitten von geleerten Flaschen. Ein Offizier schlägt eine Garderobenfrau nieder, ein Geheimer Rat gibt eine Portion Eis zurück, als er hört, dass er sie selbst bezahlen muss. Nach dem Fest wird ein Haufen Silber vermisst. Mehrere Besucher schickt man volltrunken aus der Oper, eine Dame bleibt bewusstlos auf der Straße liegen. „Ein Fall, der sich unter Frauen bei einem Volksfeste nicht ereignete.“

3. November 1810 – Eine Verordnung über die neuen Posttarife



München * Eine Verordnung über die neuen Posttarife bringt keine wesentlichen Fortschritte gegenüber dem alten System. Die Berechnung der Brieffaxe erfolgt nach dem Gewicht des Briefes und der Entfernung des Bestimmungsortes. Der billigste Brief kostet drei Kreuzer. Er darf nicht mehr wiegen als ein halbes baierisches Lot [8,75 Gramm] und der Bestimmungsort darf nicht weiter als sechs Meilen entfernt sein. Für den Briefe schreibenden „Untertanen“ bedeutet die Übernahme der Posthoheit durch die souverän gewordenen Einzelstaaten einen Rückschritt gegenüber dem unter dem Schutz des Reiches entwickelten europäischen System der Thurn und Taxis, da es auf der Grundfläche des aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nun nicht weniger als 43 verschiedene Postanstalten gibt. Da auch auf dem Wiener Kongress nichts für die Wiederherstellung der Posteinheit und die Verbesserung der Postbedingungen unternommen worden war, muss jedes Land seine Postangelegenheiten in eigener Zuständigkeit ordnen. Den Vorschlag Bayerns, zumindest das Portosystem für das Gebiet des Deutschen Bundes zu vereinheitlichen und das Porto - nach baierischem Muster - zu verbilligen, lehnen die anderen Länder aber kategorisch ab. Im Königreich Baiern, in dem zahlreiche fränkische und schwäbische ehemalige reichsunmittelbare Gebiete aufgegangen sind, kommt der Post eine wichtige Rolle bei der Aufgabe zu, die neubayerische Bevölkerung zu integrieren. Ein funktionierendes Post- und Verkehrswesen ist dabei ein wichtiges Mittel der bayerischen Regierungspolitik. Es sollen damit die Vorteile des neuen und größeren Wirtschaftsraumes demonstriert werden und den vom neuen Staatsverband eher weniger begeisterten Neubürgern das Königreich attraktiver machen.

2. April 1812 – Lohe und Obere Falkenau kommen nach Obergiesing

Untergiesing * Im Zuge ihrer Proteste erreichen die Bewohner der Lohe und der Oberen Falkenau gegen den erklärten Willen des Landgerichts München die formelle und zwei Jahre später, 1814, die politische Vereinigung mit Obergiesing, zu der sie kirchlich bereits seit 1809 gehören. Das alte Untergiesing oder besser Nieder-Giesing auf dem heutigen Nockherberg und an der Ruhestraße wird in die Au eingemeindet. Bis dahin ist Niedergiesing ein selbstständiger Weiler mit drei großen Bauernhöfen und Herbergen in der Falkenau und an der Nockherstraße, die in früher Zeit „Bei den Jägerhäusln“ genannt wurden.

1813 – In München gibt es acht von der Polizei anerkannte Bordelle

München * In München gibt es acht von der Polizei anerkannte Bordelle.



22. Mai 1813 – Richard Wagner wird in Leipzig geboren

Leipzig * Wilhelm Richard Wagner wird als jüngstes von neun Kindern des Polizeiaktuars, einem Schriftführer im Polizeipräsidium, und Laienschauspielers Carl Friedrich Wilhelm Wagner und dessen Ehefrau Johanna Rosine in Leipzig geboren.

10. Juni 1813 – Im Königreich Baiern tritt das Judenedikt in Kraft

München - Königreich Baiern * Das sogenannte „Baierische Judenedikt“ regelt erstmals einheitlich die „Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Baiern“. Es stellt einen wichtigen Schritt zur rechtlichen Eingliederung der Juden in den bayerischen Staat dar, enthält jedoch zugleich zahlreiche Einschränkungen. Einerseits bringt das Edikt Verbesserungen: Juden erhalten mehr bürgerliche Rechte, dürfen Grundbesitz erwerben und werden stärker in das staatliche Leben integriert. Das Edikt schafft zusätzlich die rechtliche Grundlage für die Bildung jüdischer Kultusgemeinden sowie für die Einrichtung von Gotteshäusern und Friedhöfen. Damit wird jüdisches Gemeindeleben offiziell anerkannt und gefestigt. Andererseits bleibt das Edikt stark von staatlicher Kontrolle geprägt. Besonders bedeutend war das sogenannte Matrikelgesetz. Für jede Gemeinde wird eine feste Höchstzahl jüdischer Familien festgelegt. Nur wer eine Matrikelstelle besitzt, darf sich dauerhaft niederlassen, heiraten und eine Familie gründen. Viele junge Juden konnten deshalb keine eigene Familie in ihrer Heimat gründen und sind zur Auswanderung gezwungen, häufig nach Nordamerika. Außerdem begünstigt das System wohlhabendere Familien, die leichter Matrikelstellen sichern können. Das Judenedikt ist einerseits ein Schritt zur rechtlichen Konsolidierung und Emanzipation der jüdischen Bevölkerung, andererseits aber auch ein Instrument zur Begrenzung und Kontrolle jüdischen Lebens in Baiern.

1814 – Die Polizei duldet sechs Bordelle mit vier bis acht Luxusdirnen

München * Die Polizei duldet sechs Bordelle mit vier bis acht Luxusdirnen, obwohl sie gesetzlich nicht erlaubt sind

27. Februar 1814 – Die Kämpfe um Bar-sur-Aube gehen weiter

Bar sur Aube * Die Kämpfe um Bar-sur-Aube gehen weiter. Die Bayern greifen die Stadt entschlossen an, können eines der Stadttore erstürmen und aufbrechen und dringen in die Stadt



ein. Ein heftiger Häuserkampf entbrennt, bei dem die Einwohner der Stadt auf der Seite ihrer Truppen mitkämpfen. Als sich aber die französischen Truppen außerhalb der Stadt über die Aube zurückziehen, beginnt auch die französische Besatzung der Stadt ihren Rückzug über den Fluss. Die Bayern können nun Bar-sur-Aube im Sturm erobern und die in der Stadt feststehenden französischen Soldaten gefangen nehmen. Der Name dieses Schlachtortes findet sich seit 1826 in der Barer Straße wieder. Diese hieß zuvor Carolinenstraße beziehungsweise ab dem Carolinenplatz Wilhelminenstraße.

18. September 1814 – Der Wiener Kongress regelt die Neuordnung Europas

Wien * Der Wiener Kongress beginnt. Er tagt bis zum 9. Juni 1815. Im Mittelpunkt der vom österreichischen Staatskanzler Fürst Clemens Metternich geleiteten und unter starkem Einfluss des Zaren Alexander I. und England stehenden Verhandlungen steht die Neuordnung Europas nach den Befreiungskriegen und dem Zusammenbruch des napoleonischen Herrschaftssystems. Ein wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung der europäischen Politik ist die Schaffung einer neuen Friedensordnung, die der Wiener Kongress vornehmlich dadurch umzusetzen versucht, indem er die Macht zwischen den Großmächten ins Gleichgewicht bringen will. Für die Königreiche, darunter Bayern, sowie die Großherzogtümer, Herzogtümer und Grafschaften des Rheinbundes ist vordringlich, dass nach ihrem Wechsel zur antinapoleonischen Allianz die Eigenstaatlichkeit und Souveränität ihrer bestehenden Staaten vertraglich festgeschrieben wird.

31. Oktober 1814 – Prostitution rund um die Isarinseln

München * Der Münchner Polizeidirektor von Stetten vermerkt in seinem Rapport: „[...] Man mag ein Wirtshaus betreten, welches man wolle, so werden in demselben Husaren getroffen und in der Regel nicht alleine, sondern in der Gesellschaft ihrer Schönen, welche nicht neben, sondern auf ihnen sitzen. Gewöhnlich sind diese Damen aus der Vorstadt Au oder aus Haidhausen oder Dienstmägde.“

26. Dezember 1814 – Caroline Gräfin von Arco wird geboren

Schloss Stepperg * Caroline Gräfin von Arco wird als drittes Kind der Kurfürsten-Witwe Maria Leopoldine auf Schloss Stepperg geboren. Das Kind stirbt bereits am 18. Januar 1815 an Schleimfieber.



8. Juni 1815 – Auf dem Wiener Kongress wird der Deutsche Bund gegründet

Wien * Auf dem Wiener Kongress wird der Deutsche Bund gegründet. Der Zusammenschluss aller souveränen deutschen Fürsten und Freien Städte tritt an die Stelle des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. In der Bundesakte wird der Deutsche Bund als Staatenbund organisiert. Ohne Zentralgewalt, unter der Präsidialmacht Österreichs, ohne Gerichtshof und ohne gewähltes Parlament. Die Bundesversammlung, inoffiziell auch Bundestag genannt, ist eine Gesandtenversammlung. Darin ist sie dem alten Reichstag ähnlich, wie auch das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation ein Staatenbund war. Der Artikel 13 der Deutschen Bundesakte bestimmt für alle Mitgliedsstaaten eine landständische Verfassung. Doch diesem Auftrag kommt das Königreich Bayern nur unvollständig nach, da die Verwirklichung eindeutig ein Rückschritt gegenüber der Konstitution gewesen wäre. Denn in einer landständischen Verfassung hätte sich die Landschaft wieder aus dem landständischen Adel, den landsässigen Prälaten und den Vertretern der Städte und Märkte zusammengesetzt. Wieder hätte lediglich die Geburt, der Besitz und das Amt die Grundlage zur Beteiligung an der politischen Willensbildung gebildet. Weder eine Wahl, noch eine Legislaturperiode ist vorgesehen. Dieses ist schlicht systemfremd.

1816 – Debatte über den Bauplatz der Münchner Synagoge

München * Bei der Suche nach einem geeigneten Bauplatz für die Synagoge bevorzugten die Behörden zunächst einen Neubau außerhalb des Stadtzentrums. Ihr Vorschlag, die Synagoge „nahe dem Theater am Isartor“ zu errichten, stößt bei der Kultusgemeinde jedoch auf wenig Zustimmung. Das Grundstück wird nicht nur wegen seiner abgelegenen Lage abgelehnt; auch die unmittelbare Nähe zum Theater sowie zu mehreren Schlachthöfen erscheint der Gemeinde für eine religiöse Einrichtung als unangemessen und unwürdig. Stattdessen bringt die Gemeinde ein brachliegendes Grundstück ins Gespräch, das sich im Besitz der Stadt befindet und hinter dem Polizeigebäude an der Lederergasse liegt. Der Stadtmagistrat wird daraufhin um die Überlassung dieses Grundstücks gebeten.

1816 – Simon und Julie von Eichthal konvertieren zum katholischen Glauben

Berg am Laim * Simon von Eichthal und dessen Ehefrau Julie konvertieren in einer feierlichen Messe in der Berg am Laimer „Michaelskirche“ zum katholischen Glauben.



1816 – Die Konkordats-Verhandlungen werden wieder aufgenommen

München - Rom-Vatikan * Die Konkordats-Verhandlungen zwischen dem Königreich Baiern und dem Heiligen Stuhl werden wieder aufgenommen. Bischof Johann Casimir Häffelin führt als bayerischer Gesandter die Gespräche in Rom. Und obwohl er als ein „Mann der katholischen Aufklärung“ gilt, kommt er der römischen Kurie so weit entgegen, sodass die Regierung in München mehrere Konkordats-Entwürfe ablehnen muss.

28. November 1816 – Bettelpolizeiliche Bestimmungen werden erlassen

München - Königreich Baiern * Bettelpolizeiliche Bestimmungen werden in einer Verordnung über Bettler und Landstreicher erlassen.

Februar 1817 – Polizei fordert zentrale Kontrolle jüdischer Gottesdienste

München * Der Polizeidirektion sind die jüdischen Gottesdienste in privaten Betsälen verdächtig, weshalb sie diese als „Geheimversammlungen“ oder „Winkelzusammenkünfte“ verdächtigten Gottesdienste dauerhaft unterbinden will. Gottesdienste sollen künftig nur noch in einer offiziellen „Schule“ stattfinden dürfen. Alle Nebenschulen und heimlichen Zusammenkünfte sind einzustellen. Damit will die Polizei eine bessere Kontrolle der jüdischen Gemeinden gewährleisten.

2. Februar 1817 – Montgelas nutzt den Edel-sitz Stepperg bis zu seinem Tod

Bogenhausen * Nach seiner Entlassung als Minister nutzt Graf Maximilian Joseph von Montgelas den Edel-sitz Stepperg bis zu seinem Tod am 14. Juni 1838 weiterhin als Sommerresidenz - ein Ort, an dem sich private, öffentliche, wirtschaftliche und politische Interessen oftmals verbinden.

Juli 1817 – Montgelas lässt sich ein Palais am Karolinenplatz 2 bauen

München-Maxvorstadt * Nach seiner Pensionierung lässt sich Graf Maximilian Joseph von Montgelas ein Palais am Karolinenplatz 2 nach den Plänen von Jean Baptiste Métivier erbauen.

24. Oktober 1817 – König Max I. Joseph unterzeichnet das Konkordat mit dem Vatikan



München * Die Regierung legt den Konkordatsentwurf König Max I. Joseph zur Unterschrift vor. Neben dem Verzicht auf Kontrollrechte über die Kirche wird der Staat zum Unterhalt der Bischöfe sowie der Domkapitel und zur Wiederherstellung einiger Klöster für Unterricht, Seelsorge und Krankenpflege verpflichtet. Weil die religiöse Toleranz und Parität gefährdet scheint, das Konkordat die bayerischen Protestanten eindeutig zurückgesetzt hat und gleichzeitig die herausgehobene Stellung der katholischen Kirche im Staat auf ein göttliches Gesetz beruft, ergeht für die neue Verfassung ein neues Religionsedikt, welches den Vertrag mit dem Heiligen Stuhl stark relativiert. Durch einen politisch-juristischen Kunstgriff erhält das Religionsedikt Verfassungsrang, während das Konkordat nur ein Staatsgesetz ist und sich somit unterordnen muss.

17. Mai 1818 – München wird zu einer eigenständigen politischen Gemeinde

München * Nach dem Gemeindeedikt von 1818 wird München in den Grenzen des Burgfriedens zu einer eigenständigen politischen Gemeinde.

26. Mai 1818 – Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung

München * Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung. Baiern ist damit unter den großen deutschen Staaten der erste Verfassungsstaat. Baden erreicht diesen Status drei Monate und Württemberg ein Jahre später. Der König vereinigt alle Rechte der Staatsgewalt in seiner Person, unterliegt aber in der Ausübung seiner Rechte einigen Beschränkungen. Es gibt ein Zweikammersystem. Die Erste Kammer sind die Reichsräte, die Zweite Kammer setzt sich zusammen zu je einem Achtel aus adeligen Gutsbesitzern und Geistlichen, ein Viertel kommt von Städten und Märkten, die restliche Hälfte sind Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Es gibt eine Legislaturperiode und außerdem werden die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung gewählt. Dennoch ist der Weg zu demokratischen Strukturen noch sehr, sehr weit! Die adeligen Gutsbesitzer stellen ein Achtel, die katholischen und evangelischen Geistlichen ebenfalls ein Achtel, die Städte, Märkte und Gemeinden ein Viertel und die übrigen Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit die Hälfte. Dazu kommen zusätzlich drei Vertreter der Universitäten. Es gibt keinen Parlamentarismus, die Mehrheitsverhältnisse in der Abgeordnetenversammlung haben keinen Einfluss auf die Arbeit des Ministerrats, die Abgeordneten haben kein Initiativrecht, dürfen also selbst keine Gesetzesentwürfe einbringen und dürfen nicht über ihren Zusammentritt selbstständig entscheiden. Im Vergleich zu den Vorgaben der Deutschen Bundesakte ist die Bayerische Verfassung jedoch sehr modern ausgefallen. Sie legt das Fundament für das System einer konstitutionellen Monarchie. Erneut



ist das neue Staatsgrundgesetz aber keine Vertragskonstruktion zwischen dem Fürsten und dem Volk, sondern ein einseitiger verfassungsgebender Akt des Königs. Man nennt das auch eine oktroyierte Verfassung, die vom König in freier Selbstbeschränkung erlassen wird und somit nicht das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen Fürst und Volksvertretung darstellt. Im Gegenteil, der Bayernkönig begründet seine Herrschermacht mit der Verfassung nicht, sondern unterwirft sich vielmehr nur in bestimmten Punkten seinen selbst erlassenen Beschränkungen.

17. Juni 1818 – König Max I. Joseph verkündet ein Religionsedikt

München * König Max I. Joseph verkündet ein Religionsedikt, durch das das Konkordat vom 24. Oktober 1817 stark relativiert wird. Während das Religionsedikt Verfassungsrang erhält, wird das Konkordat diesem als einfaches Staatsgesetz untergeordnet. Diese Maßnahme ist erforderlich geworden, weil das Konkordat für die katholische Kirche eine von Gott gegebene hervorgehobene Stellung proklamiert und damit die religiöse Toleranz und Gleichwertigkeit gefährdet hatte.

1819 – Leonhard von Eichthal konvertiert zum katholischen Glauben

München * Leonhard von Eichthal hat Größeres vor. Deshalb konvertiert er zum katholischen Glauben, da nun seine sieben Kinder in den bayerischen Adel einheiraten können. Er nutzt diese politischen Verbindungen, um sein Geld in den Aufbau des bayerischen Eisenbahnnetzes zu investieren. Gleichzeitig bringt er große Grundstücke in seine Hand, die als potenzieller Baugrund gelten.

21. Oktober 1819 – Baron Aron Elias von Eichthal konvertiert zum katholischen Glauben

München-Au * Baron Aron Elias von Eichthal konvertiert - wie zuvor schon seine Söhne Simon, Bernhard und Arnold - zum Katholizismus. Er lässt sich in der Auer Carl-Borromäus-Kirche [?] taufen und nimmt zusätzlich den Namen Leonhard an. Seine Ehefrau Hindele/Henriette, eine geborene Levi, lässt sich hingegen nicht taufen. Ihre gemeinsamen Kinder können nun auch in den bayerischen Adel einheiraten.

31. Mai 1820 – Beschwerden über das Exerzieren auf dem Max-Joseph-Platz



München-Graggenau * Drei Hausbesitzer beschwerten sich bei der Kgl. Polizeidirektion München über das Exerzieren der Artillerie auf dem Max-Joseph-Platz, da wegen des „quälenden Geschreies der Soldaten“ schon einige gute Mieter gekündigt haben.

1821 – Johann Jakob Schöttl übergibt die Neumühle an seinen Sohn

München-Englischer Garten - Tivoli * Johann Jakob Schöttl übergibt die Neumühle an seinen gleichnamigen Sohn.

17. Februar 1821 – Lola Montez wird als Elizabeth Rosanna Gilbert in Irland geboren

Grange * Die „Spanische Tänzerin“ Lola Montez wird als Elizabeth Rosanna Gilbert in Grange, einem irischen Dorf im Nordwesten der Insel geboren. Ihre Mutter war das uneheliche Kind des angesehenen Landadeligen Charles Silver Olivier und seiner langjährigen Mätresse Mary Green. Edward Gilbert heiratet die Mutter der später als Lola Montez berühmt gewordenen Tänzerin.

15. September 1821 – Die Tegernseer Erklärung beendet einen langwierigen Streit

Tegernsee * Mit der Tegernseer Erklärung wird ein langwieriger Streit zwischen der bayerischen Regierung und der katholischen Kirche ein Ende gesetzt. König Max I. Joseph erklärt darin, dass das Konkordat als Staatsgesetz angesehen und vollzogen werden wird.

5. November 1821 – Lothar Anselm Freiherr von Gebstättel ergreift Besitz

München-Kreuzviertel - Freising * Bischof Lothar Anselm Freiherr von Gebstättel ergreift feierlich Besitz von der Metropolitankirche Zu Unserer Lieben Frau, von seinem Erzbistum, aber auch von seiner Erzbischöflichen Residenz, dem Palais Holnstein.

1822 – Bernbrunn bringt den Staberl auf die Bühne

München-Angerviertel * Der aus dem Weinmüller-Ensemble Schauspieler Carl Andreas von Bernbrunn, ein Darsteller aus Wien, übernimmt das Königliche Theater am Isartor. Der aus der österreichischen Hauptstadt kommende Akteur bringt den Wiener „Staberl“ auf die Bühne.



Der „Staberl“ ist in den Alt-Wiener Volkstheatern eine lustige Person, gekleidet mit einem roten Rock, grauem Hut, blaue Weste, Schnürstiefel á la Tyrolienne und mit einem dünnen, wegstehenden Zopf. Ursprünglich ist der „Staberl“ ein Wiener Bürger des Mittelstands mit dem Beruf eines Parapluimachers [= Schirmmacher], der sich in fremdartigen Verhältnissen ungelenk benimmt, sich aber durch Mutterwitz immer zu helfen weiß. Er wird folgendermaßen beschrieben: Er sei ein „lockerer Zeisig, der überall zu Hause ist und Dummheit mit Verschmitztheit vereint“. Theaterstücke mit dieser Figur im Zentrum nannte man „Staberliaden“. Staberl ist auch mit den Darstellern Johann Nestroy und vor allem mit Carl Andreas von Bernbrunn, dem späteren Carl Carl verbunden, der schon in seiner Münchner Zeit Stücke für den „Staberl“ schreibt.

29. Juni 1822 – Ein Luxusbad im Brunnthal

Bogenhausen * Die Münchner strömen nach Bad Brunnthal, sodass Dumenyls Nachfolger das Anwesen beträchtlich erweitern kann und das Badeschloss aus einem gemauertem Gebäude mit 17 Zimmern, einem Speisesaal, Küchen, Keller und einem Pferdestall besteht. Anlässlich der Wiederöffnung der Badeanstalt gibt der neue Besitzer in der Münchener Politischen Zeitung bekannt, „dass in jedem Zimmer eine kupferne und blecherne Badewanne stehe, dass jeder das warme und kalte Wasser in dem Bad selbst einlaufen lassen könne, dass in jedem Badzimmer 1 Leibtuch in der Wanne, 1 Einschlagtuch statt dem Bademantel, 1 Handtuch und 1 Bodentuch, nebst Seife, sich befinde, und dass die Titl. Badegäste auf Verlangen mit Coffee, Chocolate, Wein, Bier und Liqueurs, dann Schinken, Käs und Butter, gegen billige Preise, bedient werden“.

1824 – Politisches und gesellschaftliches Engagement

München - Vorstadt Au * Franz Xaver Zacherl ist seit der Gründung des Polytechnischen Vereins ein engagiertes Mitglied. Für die Vorstadt Au arbeitete er zunächst als Gemeindebevollmächtigter, dann zwölf Jahre lang als Magistratsrat.

6. August 1824 – Die Zahl der auf dem Oktoberfest zugelassenen Bierwirte wird festgelegt

München-Theresienwiese * In einer gemeinsamen Bekanntmachung der Polizeidirektion, des Landgerichts und des Magistrats der Stadt München wird die Zahl der auf dem Oktoberfest zugelassenen einheimischen (hiesigen) Bierwirte und Brauer auf 18 festgelegt. Im Losverfahren werden in einem Jahr die ersten 18, im nächsten Jahr die zweiten 18 Bewerber berücksichtigt. Zudem sind auch vier Wirte aus dem umliegenden Landgericht



München zugelassen. Ihr Standort ist auf der Theresienhöhe.

11. September 1825 – Das Gesetz über das Gewerbewesen

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Als drittes Gesetz wird zu den Bestimmungen über Heimat, Ansässigmachung und Verehelichung noch das Gesetz über das Gewerbewesen beschlossen, um „die Hindernisse des Kunstfleißes zu beseitigen“ und „die Ausbildung in den Gewerben zu befördern“. Während die Fabrikbesitzer die völlige Gewerbefreiheit fordern, wollen die Vertreter des Handwerks letztlich die bestehende Zunftverfassung behalten und sogar noch erweitern. Die Ständeversammlung beschließt einen Kompromiss, in dem ein Konzessionssystem im Mittelpunkt steht. Danach ist die Ausübung eines Gewerbes von der Erteilung einer Gewerbekonzession abhängig. Diese wird von der staatlichen Polizeibehörde erstellt. Sie darf nicht versagt werden, wenn der Bewerber die erforderlichen Fähigkeiten besitzt und der Unterhalt der anderen Gewerbetreibenden durch die Erteilung der Konzession nicht gefährdet wird. Die bestehenden Realrechte, worunter man die Verkäuflichkeit und Vererbbarkeit des Handwerks versteht, bleiben von dieser Reform ebenso wie die radizierten Gewerbe unberührt.

Oktober 1825 – Sanktionskatalog für Wiesnwirte

München-Theresienwiese * Nach einem Erlass der Polizeidirektion wird „jeder Wirt, der als Folge einer polizeilichen Übertretung bestraft wird“, zum Beispiel bei „Nichteinhaltung der Polizeistunde, Unsauberkeit“ oder „nicht anständiger Bierpreis“ mit dem Verlust der Ausübung seiner Wirtschaft auf der Theresienwiese bestraft.

29. Oktober 1825 – Die Königin-Witwe Caroline lebt im neuen Schloss Biederstein

Schwabing * König Ludwig I. teilt - ohne vorher mit der Betroffenen gesprochen zu haben - dem Magistrat von München mit, dass die Königin-Witwe Caroline künftig in Würzburg leben wird. Die Königin-Witwe wehrt sich dagegen und lebt bis zu ihrem Tod mit ihrem Hofstaat im neuen Schloss Biederstein.

1826 – Der Schwabinger Wirt Johann Gradl kauft die „Neumühle“



München-Englischer Garten - Tivoli * Johann Jakob Schöttl junior verkauft die „Neumühle“ an den Schwabinger Wirt Johann Gradl.

März 1826 – Straßen nach siegreichen Schlachten gegen Napoleon umbenannt

München * König Ludwig I. lässt Straßen in München nach siegreichen Schlachten gegen Napoleon umbenennen. Aus der Karolinenstraße bzw. Wilhelminenstraße wird die Barer Straße, aus der Ludwigstraße die Arcisstraße, die die heutige Katharina-von-Bora-Straße mit einschließt, die vor 1826 den Namen Amalienstraße trägt. Die Königsstraße, die ab dem Königsplatz Kronprinzenstraße heißt und aus dem ehemaligen Fürstenweg nach Nymphenburg entstanden sind, wird zur Briener Straße. Diese Straßennamen erinnern an die in Frankreich gelegenen Orte Brienne-La-Rothière, Arcis sur Aube sowie Bar sur Aube, bei denen das V. Armeekorps unter General Carl Philipp Wrede im Februar und März 1814 siegreich aus den Napoleonischen Befreiungskriegen hervorging.

1827 – Eine Ausflugswirtschaft im Schloss Neuberghausen

Bogenhausen * Im aus dem Edelsitz Neuberghausen hervorgegangene „Hompeschschlössl“ oder „Villa Hompesch“ wird eine Gastwirtschaft eingerichtet, die die „Wirtin vom Tivoli“ Maria Buchmayer kauft, betreibt und zu einem bekannten Vergnügungsort macht. Zusammen mit der Mengerschwaige und der Waldwirtschaft Großhesselohe ist Neuberghausen das beliebteste Ausflugsziel der Münchner. Auch deshalb, weil es früher wesentlich billiger ist, seinen Bierdurst in den Ausflugslokalen zu stillen. Das kommt daher, weil außerhalb Münchens für den Bierausschank viel weniger Steuern bezahlt werden müssen.

April 1828 – Das Monturdepot in der Alten Isarkaserne

München-Isarvorstadt * Als Folge der Kirchenpolitik von König Ludwigs I. wird im Frühjahr 1828 das Monturdepot der bayerischen Armee, das zuvor im säkularisierten Damenstift St. Stephan in Augsburg untergebracht war, in die Alte Isarkaserne verlegt.

17. November 1828 – König Ludwig I. vergeht die Lust am Liberalismus

München-Kreuzviertel * Die erste Stände-Versammlungen unter der Leitung von König Ludwig I.



findet in der Zeit vom 17. November 1827 bis 18. August 1828 statt. Der bayerische Monarch ist gemeinsam mit seinem Leitenden Minister Georg Friedrich Freiherr von Zentner mit großen Erwartungen an dieses Zusammentreffen herangetreten. Die königlich angeordnete prunkvolle Eröffnung der Stände-Versammlung soll eine neue Ära einleiten. Der Hinweis in Ludwigs Thronrede erweckt liberale Hoffnungen, auch wenn der König betont, dass ihm die Religion das Wichtigste sei. Das Einbringen von 39 Gesetzentwürfen in beide Kammern durch König Ludwig I. schürt die hohen Erwartungen zusätzlich. Doch die Ernüchterung tritt auf beiden Seiten sehr schnell ein. Die Mandatsträger der beiden Kammern wollen sich nicht als bloße Erfüllungsgehilfen königlicher Politik verstanden wissen. Und der autokratische und ungeduldige Monarch zeigt sich enttäuscht von dem vielfältigen parlamentarischen Widerstand, den er nicht nach seinem Willen brechen kann. Deshalb vergeht ihm schlagartig die Lust am Liberalismus und an den Reformen.

Kaum hatte er die politische Verantwortung übernommen, soll sich bei ihm eine lebenslang anhaltende Entfremdung gegenüber der Verfassung einstellen.

1829 – König Ludwig I. lässt Nanette Kaula für die Schönheiten-Galerie malen

München * König Ludwig I. lässt Nanette Kaula als 17-jährige für die Schönheiten-Galerie malen. Sie trägt einen goldenen Pfeil in ihren dunklen Haaren.

1829 – Der jüdische Mitbürger Raphael Kaula wird in den Adelsstand erhoben

München * Der jüdische Mitbürger Raphael Kaula wird er mit dem Ritterkreuz des Ordens der Bayerischen Krone dekoriert und wird damit als Baron de Murat in den Adelsstand erhoben.

1830 – Der Schwabinger Wirt Georg Ferstl kauft das Murat-Schlössl

München-Englischer Garten - Tivoli * Der Schwabinger Wirt Georg Ferstl kauft das Murat-Schlössl und eröffnet darin seine Gaststätte Zum Tivoli. Dort gibt es auch eine einfache Badeanstalt. Im Winter wird die Wiese durch Spritzen zur beliebten Eislaufbahn. Außerdem gibt es einen Kaffeepavillon und ein Kinderkarussell. Damit wird Georg Ferstl Tivoli ein beliebtes Ausflugslokal der Münchner. Es besteht bis zum Jahr 1923. Bald heißt auch die ganze Gegend ums Wirtshaus Am Tivoli.



1830 – Die Biereinfuhr nach München beträgt 8.659 Hektoliter

München * Die Biereinfuhr nach München beträgt 8.659 Hektoliter.

27. Juli 1830 – In Frankreich kommt es zur Juli-Revolution

Paris * Zwischen dem 27. und dem 29. Juli 1830 kommt es in Frankreich zur sogenannten „Julirevolution“, bei der der restaurative Bourbonenkönig Karl X. gestürzt und durch den liberalen Bürgerkönig Louis-Philippe ersetzt wird. Da diese liberale Bewegung in ganz Europa Auftrieb erhält und es in mehreren Staaten des Deutschen Bundes wie dem Königreich Sachsen, dem Königreich Hannover, dem Großfürstentum Hessen-Kassel und dem Herzogtum Braunschweig zu Unruhen und neuen Verfassungen kommt, erhöht sich beim bayerischen König - völlig berechtigt - auch die Angst vor einem Umsturz, weshalb seine Politik - spätestens jetzt - extrem konservative Züge annimmt. In König Ludwigs I. Regierungszeit gibt es fast 1.000 politische Prozesse.

30. Dezember 1830 – Schließung der Universität wieder zurückgenommen

München-Kreuzviertel * König Ludwig I. muss die am Tag zuvor angeordnete Schließung der Universität auf Bitten der Bürgerschaft wieder zurücknehmen. Die Ausschreitungen waren vollkommen unpolitisch motiviert.

1831 – Über Russland und Polen gelangt die Cholera nach Preußen

Preußen * Über Russland und Polen gelangt die Cholera nach Preußen und von dort nach England. Kuriose Vorschläge zur Bekämpfung der Seuche tauchen auf. So schreibt die Freiin Caroline von Maiern in einer in Nürnberg erschienenen Flugschrift „Entdeckung des Geheimnisses der Cholera“ folgendes: „Von Polizei wegen sollte Männern ein anderes Zeichen ihres Grußes bewilligt werden, als auf offener Straße ihre Hüte und Mützen abzuziehen, weil das Choleragift sehr leicht dem Haare sich mitteilt. Und ferner sollte die Polizei das Tabakrauchen auf offener Straße erlauben, um das Miasma [„Choleradunst“] auch durch den Rauchtobak zu verscheuchen“. Eine andere Schrift, die auch in München auftaucht, will Händler, „welche aus angesteckten Ländern kommen“, in eine vierzigtägige Quarantäne stecken. Mitgeführte Papiere sollten geräuchert, Nahrungsmittel in Essig getaucht werden. Auch Geld sollte nicht aus der fremden Hand genommen werden. Es sollte ebenfalls zuvor in Essig gelegt werden. Die Schrift



endet mit der Drohung: „Diejenigen, welche gegenwärtigen Vorschriften keinen Glauben schenken, werden sich der Gefahr aussetzen, ihren Unglauben mit dem Leben zu büßen“.

28. Januar 1831 – König Ludwig I. erlässt eine Pressezensur

München * König Ludwig I. schränkt die Pressefreiheit durch starke Zensurbestimmungen für die innenpolitische Berichterstattung in der Tages- und Wochenpresse ein. Zuvor hatte er drei aus dem Ausland stammende Publizisten des Landes verweisen lassen. Die Maßnahmen führen zu einer politischen Entrüstung der liberal eingestellten Bevölkerung, die in der Pressefreiheit ein extrem schützenswertes Gut sieht.

12. Juni 1831 – König Ludwig I. muss die von ihm eingeführte Zensur zurücknehmen

München * König Ludwig I. muss die von ihm am 28. Januar eingeführte Zensur für periodisch erscheinende Blätter auf dem Gebiet der Innenpolitik wieder zurücknehmen.

1. November 1831 – Prinz Carl lehnt die griechische Königskrone ab

München * Die Griechen und die griechischen Schutzmächte Großbritannien, Frankreich und Russland erhoffen sich durch einen über den Parteien stehenden, neutralen „christlichen erblichen Fürsten“ das Land stabilisieren zu können. Da England, Frankreich und Russland um die Einflussnahme in Griechenland konkurrieren, soll der künftige Herrscher jedoch einem politisch eher unbedeutendem Fürstenhaus entstammen. Eine Wahl fällt auf den bayerischen Prinzen Carl, dem jüngeren Bruder König Ludwigs I.. Als ihm über die französische Regierung - vom Bruder nachhaltig unterstützt - die griechische Königskrone angetragen wird, macht dieser aber keinen Hehl daraus, dass ihm an Politik und Macht nichts liegt und er in Hinblick auf die Krone keinerlei Ehrgeiz entwickelt. Prinz Carl widmet sich lieber seiner militärischen Karriere und seiner Familie. Ohne auch nur nachzudenken, lehnt er deshalb das Angebot umgehend ab. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Lage Griechenlands ist desolat. Das Land ist ausgeblutet und wirtschaftlich kaum entwickelt.

1832 – Bier als politischer Zündstoff

Paris * In dem Jahr, in dem in der Pfalz das Hambacher Fest stattfindet, beschreibt eine Pariser



Zeitung die politische Haltung der Bayern mit einem Seitenhieb auf ihre Liebe zum Bier: „Die Bayern sind ein derbes, aber gutmütiges Volk. Sie ließen eher Holz auf sich spalten, als dass sie zu einem Aufstand zu bringen wären. Doch man nehme oder verkümmere ihnen ihr Bier, und sie werden wilder revolutionieren als irgendein Volk.“

1832 – Die Post wird dem Ministerium des Königlichen Hauses unterstellt

München * Die Post wird wieder dem Ministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren unterstellt. Aus Angst vor einer Revolution in Frankreich findet im Jahr 1830 die „Julirevolution“ statt - will der Bayernherrscher die politische Kontrolle über die Post ausüben. Daran scheitert auch eine Privatisierung der Post, für die das Haus Thurn und Taxis ein entsprechend großzügiges Angebot offeriert hatte.

20. April 1832 – Einladung für ein Volksfest auf dem Hambacher Schloss

Neustadt * 32 Neustadter Bürger laden zu einem Volksfest ein, das der „politischen Diskussion über die Gestaltung eines demokratischen Nationalstaats und über die Mittel zu seiner Durchsetzung“ gewidmet ist. Der Kreis der Einladenden für das „Volksfest auf dem Hambacher Schloss“ setzt sich überwiegend aus wohlhabenden Geschäftsleuten und Gutsbesitzern zusammen. Als äußeres Zeichen dafür, dass das Fest einem künftigen und nicht bereits erreichten politischen Ziel gilt, wird es vom bayerischen Verfassungstag am 26. auf den 27. Mai verschoben. Das ist zudem ein Sonntag und damit für die arbeitende Bevölkerung ein wesentlich günstigerer Termin. Ausdrücklich werden auch die Frauen zu dieser politischen Versammlung aufgerufen.

8. Mai 1832 – Die Rheinbayerische Kreisregierung verbietet das Hambacher Fest

Hambach * Die Rheinbayerische Kreisregierung unter der Leitung von Ferdinand Freyherr von Adrian-Werburg verbietet das Hambacher Fest. Begründet wird das Verbot mit der Ungesetzlichkeit des Versammlungszwecks, der politischen Diskussion und dem Bestreben der Auflösung der bestehenden Ordnung.

27. Mai 1832 – Kritische Töne auf dem Hambacher Fest gegen die Regierung



Hambach * Auf dem Hambacher Fest demonstrieren rund 30.000 Menschen aus Süddeutschland in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die Einheit Deutschlands, für eine föderative deutsche Republik und für eine Allianz der demokratischen Bewegungen Europas. Offenbar sind viele Frauen dem Aufruf gefolgt, der sich ja auch ausdrücklich an die „deutschen Frauen und Jungfrauen“ gewendet hat, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler [...] ist“. Die Festteilnehmer tragen Fahnen mit politischen Aufschriften mit, die auf die Themen der Veranstaltung aufmerksam machen. In mehr als zwanzig Reden beschreibt man die augenblickliche politische Lage und beschreibt - in einer heute ungewohnt pathetischen Sprache - die künftige Gestaltung Deutschlands. Die Forderung nach Einheit meint die staatliche Einheit der deutschen Kulturnation, die auf der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen historischen Vergangenheit beruht. Die Forderung nach Freiheit meint die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die Forderung nach Gleichheit richtet sich gegen die mittelalterliche „Ständeordnung“, die die Menschen in Adel, Klerus und den dritten Stand, welcher über keinerlei politischen Rechte verfügt, einteilt. Gleichheit meint aber auch eine Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Bindung an den Geburtsstand. Gegen dieses absolutistische System setzen die Hambacher die Volkssouveränität als den obersten Wert der Staatsverfassung. Die Macht im Staate soll vom Volk ausgehen, gesetzlich festgelegt und kontrollierbar sein, damit Willkürakte verhindert werden und der Einzelne mit Hilfe der Gesetze in seinen Eigentums- und Freiheitsrechten geschützt ist. Anstelle der dem Fürsten verantwortlichen Heere fordern die Hambacher eine allgemeine Bürgerbewaffnung. Die Frau wird als gleichberechtigte Partnerin des Mannes gesehen. Sie ist „nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers“, deren Aufgabe es ist, frühzeitig ein politisches Verantwortungsbewusstsein in den Kindern zu wecken. Überhaupt sehen die in Hambach Versammelten in der politischen Bildungsarbeit ein bedeutendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das soll in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess in der Presse und auf Volksversammlungen gefördert werden, damit sich die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität in der Bevölkerung festsetzen und so allmählich gewaltlos verwirklicht werden können.

15. Juni 1832 – Dr. Johann Georg August Wirth stellt sich in Homburg der Polizei

Homburg * Der Jurist und Publizist Dr. Johann Georg August Wirth, einer der Wortführer des Hambacher Festes, stellt sich in Homburg selbst der Polizei.

28. Juni 1832 – Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede unterdrückt die



Hambach * Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede verordnet in 16 Paragraphen detaillierte Maßnahmen, mit denen die oppositionelle Volksbewegung unterdrückt werden soll. Im Einzelnen verbietet er öffentliche Versammlungen, politische Vereine und Verbindungen sowie das Tragen von schwarz-rot-goldenen Abzeichen und Fahnen. Er befiehlt die Entfernung der Freiheitsbäume und kündigt die Bestrafung der Verfasser und Verbreiter unzensurierter politischer Flugschriften an. Für den Fall, dass die angeordneten Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung unzureichend sein sollten, kündigt Wrede die Verhängung des Kriegszustandes an. Im weiteren Verlauf kommt es zu 142 Gerichtsprozessen, in denen sogar sieben Todesstrafen ausgesprochen werden. Diese werden allerdings in lebenslange Haft umgewandelt.

21. März 1833 – König Ludwig I. steht dem Haberfeldtreiben positiv gegenüber

München * König Ludwig I. steht dem Haberfeldtreiben positiv gegenüber. Für ihn ist es kein Politikum, denn: „Bey dem alten Brauch des Haberfeldtreibens soll es gelassen, die dagegen gegebenen Verordnungen aufgehoben werden [...]. Ohne meine Genehmigung soll keine Verordnung gegen einen alten Brauch gemacht werden“.

29. Juli 1833 – Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes endet mit Freispruch

Landau/Pfalz * Der Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes findet in Landau statt. Er dauert bis zum 16. August und endet mit dem Freispruch der Angeklagten. König Ludwig I. versucht die Freilassung des Juristen und Publizisten Dr. Johann Georg August Wirth sowie des Juristen Dr. Philipp Jakob Siebenpfeiffer zu verhindern, indem er aufgrund napoleonischer Gesetze eine „Präventivhaft“ anordnet. Aus seiner Sicht sind von den Beiden „staatsgefährdende Aktivitäten“ zu befürchten. Wegen kleinerer Vergehen (Beamtenbeleidigung) werden sie vor ein Zuchtpolizeigericht gestellt und zur Höchststrafe von zwei Jahren verurteilt.

25. August 1833 – Die evangelische Matthäuskirche wird eingeweiht

München-Ludwigsvorstadt * An König Ludwigs I. Geburtstag wird die evangelische Matthäuskirche in Anwesenheit der Königinmutter Caroline eingeweiht. Der katholische König selbst bleibt der Zeremonie allerdings fern.



1. September 1833 – Leo von Klenze legt die Grundzüge seiner Planungen vor

München-Graggenau * Leo von Klenze legt dem König die Grundzüge seiner Planungen für den Platz vor der Oper in Form von zwei Baulinienalternativen vor. Die eine führt zu einer symmetrischen Platzgestalt, indem der Königsbau und die geplante neue Fassade der Hauptpost zwei gleich große Flächen beidseitig der Mittelachse begrenzen, die ihrerseits durch die Längsachse des Nationaltheaters und den geplanten Aufstellungsort des Max-Joseph-Denkmal festgelegt ist. Diese Symmetrie ist allerdings nur um den Preis einer „ganz in die Karikatur fallende Breite“ des Postgebäudes von etwa vier Metern zu erreichen. Der zweite Vorschlag rückt die Bauflucht weiter in den Platz, ausgerichtet auf die Südecke der Perusagasse, was erheblichen Gewinn an Raumtiefe für das Postgebäude bedeuten würde. König Ludwig I. entscheidet sich für die erste Lösung, da im anderen Falle das Denkmal für seinen Vater aus der Platzmitte geraten würde. Mit der Hauptpost soll ein markantes Beispiel für die hauptsächlich auf Stadtverschönerung ausgerichtete Baupolitik Ludwigs I. entstehen. Es ist aber zugleich ein Musterbeispiel dieser höchst fragwürdigen Baupolitik. Um seine Planungen verwirklichen zu können, braucht der König öffentliche und private Investoren, die seine gestalterischen Ideen unter Vernachlässigung von wirtschaftlichen und funktionalen Überlegungen akzeptieren. Private Bauherren lassen sich unter solchen Bedingungen kaum noch finden. Das haben nicht zuletzt die Erfahrungen in der Ludwigstraße gezeigt. Doch auch die Veranlassung öffentlicher Bauaufträge gestaltet sich zunehmend schwierig. Die staatlichen Aufwendungen für königliche Luxusbauten geraten immer stärker in die Kritik. Insbesondere im Umgang mit der Ständeversammlung, die die Ausgaben bewilligen oder, wie bei der Hauptpost, im Hinblick auf weitere Bauaufgaben zumindest akzeptieren soll, findet Ludwig eigene Wege. Im Fall des Postgebäudes ist dies eine Mischung aus Täuschungsmanövern, neoabsolutistischer Herrscherwillkür sowie einer Instrumentalisierung von teils opportunistischen, teils ahnungslosen Beteiligten. Denn letztlich werden bei den äußerst komplizierten und kaum durchschaubaren Vorgängen, bei denen man auch den Einsatz eines Strohmannes und die bewusste Verfälschung und Verschleierung wichtiger Tatsachen nicht scheut, nahezu alle mit den Plänen befassten Instanzen, von der Postadministration über das Ministerium des Königlichen Hauses, des Innen-, Außen- und Finanzministeriums und der Ständevertretung, in unterschiedlicher Form und in jeweils anderen Punkten getäuscht und ausgenutzt.

18. Oktober 1833 – Der Grundstein für den Obelisk auf dem Carolinenplatz wird gelegt

München-Maxvorstadt * Der Grundstein für den Obelisk auf dem Carolinenplatz wird gelegt. Er ist ein Denkmal für die im Russlandfeldzug Napoleons umgekommenen bayerischen Soldaten.



1834 – Wiedereinführung der Fornikationsstrafe gefordert

München * Die Wiedereinführung der Fornikationsstrafe [= Bestrafung der einfachen Unzucht] wird in der Ständeversammlung von katholischen und evangelischen Abgeordneten in einer gemeinsamen Eingabe gefordert. Es kommt zu keiner Verschärfung des Strafrechts, weil man eine Erhöhung der Abtreibungs- und Kindermorddelikte befürchtet.

31. Juli 1834 – König Ludwig I. ändert seine positive Haltung zum Haberfeldtreiben

München * König Ludwig I. gibt seine wohlwollende Haltung gegenüber dem Brauch des Haberfeldtreibens auf und erteilt den Befehl: „Seine Majestät der König haben zu genehmigen geruht, daß die alte Sitte des Haberfeldtreibens in jenen Gemeinden, in welchen selbes zur Verübung von Exzessen irgendeiner Art, d.h. als Spottung vor die Häuser der Mütter unehelicher Kinder mißbraucht wurde, oder künftig mißbraucht wird, verboten, und daß sodann die von einem solchen Verbote betroffenen Gemeinde für etwaige Zuwiderhandlungen in solidum [= ganzheitlich] verantwortlich erklärt und nach Lage der Sache durch die Kreisregierung selbst mit militärischer Exekution belegt werde.“

Februar 1836 – Johann Georg August Wirth gelingt die Flucht nach Weißenburg im Elsass

Hof - Weißenburg * Dr. Johann Georg August Wirth, einer der Wortführer des Hambacher Festes, begibt sich in seinen Heimatort Hof, wo er aber weiterhin unter Polizeiaufsicht steht. Ihm gelingt jedoch die Flucht nach Weißenburg im Elsass.

1837 – Der Bankier Christian August Erich kauft Johann Gradl die Neumühle ab

München-Englischer Garten - Tivoli * Der aus dem Hessischen stammende Großhändler und Banquiers Christian August Erich kauft Johann Gradl die Neumühle um 41.000 Gulden ab. Erich war unter anderem Mitinhaber einer Walzmühle in Frauenfeld im Schweizer Kanton Thurgau.

1837 – Ein Statutenentwurf zur Errichtung einer Walz-Getreidemühle

München-Englischer Garten - Tivoli * Christian August Erich legt König Ludwig I. einen Statutenentwurf zur Errichtung einer Walz-Getreidemühle vor, die von einer Aktiengesellschaft



betrieben werden, an der sich vornehmlich die ansässigen Müller beteiligen sollten.

14. Juni 1838 – Graf Maximilian Joseph von Montgelas stirbt

München-Maxvorstadt * Graf Maximilian Joseph von Montgelas stirbt in seinem Haus am Karolinenplatz 2.

14. August 1838 – König Ludwig I. erlässt die Kniebeugeverordnung

München * Als ein Beispiel der rückwärtsgewandten antikatholischen Maßnahmen kann die Kniebeugeverordnung für die Bayerische Armee gelten. Die Vorschrift über die Kniebeuge war vom damaligen Kurfürsten Max IV. Joseph im Jahr 1803 abgeschafft worden, nachdem Bayern kein ausgesprochen katholisches Land mehr war und Katholiken und Protestanten in der gleichen Armee dienten. Wenn also der Priester den Segen gab, knieten sich die Katholiken hin, während die Protestanten gemäß ihrer Glaubensauffassung stehen blieben. Nun befiehlt aber König Ludwig I., dass Alle niederzuknien haben.

8. Oktober 1838 – König Ludwig I. genehmigt die Gründung einer Walz-Getreidemühle zu Tivoli

München-Englischer Garten - Tivoli * König Ludwig I. genehmigt die Gründung einer Walz-Getreidemühle zu Tivoli. Am Namen wird noch gefeilt und so wird aus der Neumühle die Königlich bayerische privilegierte Ludwigs-Walzmühle in München. Von den damals 13 ansässigen Münchner Müllermeistern wird nur Anton Huber von der Hofpfistermühle Aktionär. Die übrigen bekämpften Christian August Erich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Argumenten.

1839 – Christian August Ernst kauft die Gaststätte Zum Tivoli

München-Englischer Garten - Tivoli * Christian August Ernst kauft die Gaststätte Zum Tivoli und verpachtet sie an den bisherigen Besitzer.

9. September 1839 – Vorschriften für Kinderarbeit in Fabriken in Preußen

Berlin - Königreich Preußen * Das „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in



Fabriken“ in Preußen tritt in Kraft. Danach dürfen Kinder unter 17 Jahren erst dann arbeiten, wenn sie nachweisen können, dass sie eine dreijährige Schulbildung genossen haben. Unternehmer umgehen diesen Punkt jedoch leicht, wenn sie eine Fabriksschule führen. Diese sind dann aber mehr Alibischulen. Kinder unter 17 dürfen nicht mehr als zehn Stunden täglich arbeiten. Die Ortspolizei kann jedoch die Arbeitszeit für maximal einen Monat erhöhen. Zwei Pausen von mindestens 15 Minuten und eine einstündige Mittagspause müssen eingeräumt werden. Sonntags- und Feiertagsarbeiten sowie die Nachtschicht ist für Kinder völlig verboten. Fabrikbesitzer haben Buch über die Kinder in ihren Unternehmen zu führen. Nichteinhaltung der Vorschriften werden mit Geldstrafen geahndet. Die Vorgaben gelten nicht für Arbeiterkinder in der Landwirtschaft. An das Gesetz zum Schutze der Fabrikkinder halten sich allerdings die wenigsten Unternehmer. Das liegt zum einen an den noch nicht vorhandenen Gewerkschaften, die sich für die Fabrikkinder einsetzen, zum anderen an der fehlenden Kontrolle. Selbst die Geldstrafen sind so niedrig, dass sie nicht ernstgenommen werden.

28. Dezember 1839 – Die Stände-Versammlung und die konservative Politik

München-Kreuzviertel * Die Stände-Versammlung dauert vom 28. Dezember 1839 bis 15. April 1840. Die Reichsräte und die Abgeordneten haben sich nun auch mit dem politischen Kurswechsel in der ludovizianischen Innenpolitik durch den konservativen Innenminister Karl August von Abel auseinanderzusetzen.

1840 – Steigende Bierpreise und wachsender Unmut

Königreich Bayern * Infolge der schleichenden Geldentwertung steigt auch der Bierpreis kontinuierlich an. Eine Mass kostet inzwischen fünf bis sechs Kreuzer, also 20 bis 24 Pfennige. Die Münchner Bevölkerung beklagt die wiederholten Preiserhöhungen schon seit Langem. Zu offenem Widerstand kommt es jedoch erst in den 1840er-Jahren. Die politische Stimmung im Königreich Bayern wird zunehmend unruhig, und das Revolutionsjahr 1848 wirft bereits seine Schatten voraus.

13. November 1841 – Königin Caroline von Bayern stirbt

München - München-Kreuzviertel * Königin Caroline von Bayern stirbt. König Ludwig I. verbietet die Aufbahrung der Toten in der evangelischen Kirche. Sie wird stattdessen in die Herzog-Maxburg gebracht. Schloss Biederstein erbt ihre jüngste Tochter, die Herzogin



Ludovika in Bayern.

18. November 1841 – Das Portal der Theatinerkirche bleibt geschlossen

München-Kreuzviertel * Der Sarg der evangelischen Königin Caroline wird in einem feierlichen Zug von der Herzog-Maxburg zur Theatinerkirche geleitet. Sechzehn evangelische Geistliche gehen vor dem Sarg, dahinter König Ludwig I. und weitere hohe monarchische Würdenträger. An der Theatinerkirche angekommen, bleibt das Kirchenportal geschlossen. Trotz schlechten Wetters muss die Aussegnung vor der Kirche vorgenommen werden. Erst dann können die sterblichen Überreste der Königin an die Priester des Kollegiatsstifts von Sankt Cajetan übergeben werden. Die katholischen Priester sind in gewöhnlicher Straßenkleidung erschienen, die Kirche ist dem Anlass entsprechend nicht ausgeschmückt, keine brennenden Kerzen, keine Orgelmusik, kein Gesang. Die evangelischen Geistlichen dürfen die Theatinerkirche nicht betreten. Der Sarg wird ohne Gebet und Segen in der Gruft abgestellt. Angeordnet hat diese Maßnahmen gegen die Häretikerin der Erzbischof von München-Freising, Lothar Anselm Freiherr von Gebsattel.

19. November 1841 – Ein Trauergottesdienst für Königin Caroline in der Theatinerkirche

München-Kreuzviertel * Der Trauergottesdienst für die verstorbene evangelische Königin Caroline findet in der noch immer ungeschmückten Theatinerkirche statt. Erzbischof Lothar Anselm Freiherr von Gebsattel untersagt auch hier Gebete, Gesang, Kerzen und geistliches Ornat.

1. Januar 1842 – Die Rheinische Zeitung erscheint erstmals

Köln * Die von liberalen Bürgern in Köln gegründete Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe erscheint erstmals. Karl Marx wird ab 15. Oktober 1842 die Redaktion übernehmen.

14. Februar 1842 – Königin Carolines Herz wird in der Theatinerkirche beigesetzt

München-Kreuzviertel * Das Herz der ersten bayerischen Königin Caroline wird in einer goldenen Urne in der Theatinerkirche beigesetzt. Üblicherweise werden die Herzen der Wittelsbacher in der Altöttinger Gnadenkapelle untergebracht. Nicht aber die Herzen der evangelischen Familienmitglieder. Bei diesem feierlichen Trauerakt sind die katholischen



Geistlichen in liturgische Kleider gehüllt. Den evangelischen Geistlichen wird aber erneut der Zutritt in die Kirche verweigert. Dies geschieht allerdings mit dem ausdrücklichen Einverständnis von König Ludwig I..

12. Oktober 1842 – In der Allerheiligen-Hofkirche heiraten Max II. und Marie Friederike

München-Graggenau * In der Allerheiligen-Hofkirche findet die Hochzeit des Kronprinzen Max II. und Prinzessin Marie Friederike nach katholischem Ritus statt. Die Trauung ist auf den Hochzeitstag König Ludwigs I. gelegt worden. Der Tag war zugleich der Namenstag von König Max I. Joseph.

15. Oktober 1842 – Karl Marx übernimmt die Redaktion der Rheinischen Zeitung

Köln * Karl Marx übernimmt die Redaktion der Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe, die seither einen noch radikaleren oppositionellen Standpunkt vertritt.

16. Oktober 1842 – Ein Festzug mit Brautpaaren bewegt sich auf die Theresienwiese

München - München-Theresienwiese * An diesem Sonntag versammeln sich 35 Brautpaare, die aus den acht Regierungsbezirken des Königreichs Bayern stammen, samt ihren Eltern oder deren Stellvertreter, mit den Trauzeugen und der sonst an jedem Ort üblichen Begleitung eines Brautzeuges. Sie werden in der katholischen Michaelskirche beziehungsweise der evangelischen Matthäus-Kirche verehelicht. Nach einem gemeinsamen Mittagssmahl im Saal des Alten Rathauses bewegt sich der etwa 400 Personen umfassende und in den unterschiedlichen Trachten gekleidete „Hochzeiter“-Zug zur Theresienwiese, in die die 24 katholischen und elf protestantischen Brautpaare in bayerischer Tracht einbezogen werden. Das Kronprinzenpaar eröffnet das Oktoberfest. Danach wohnen die Brautpaare gemeinsam mit der Herrscherfamilie dem Hauptpferderennen und der Preisverleihung des Landwirtschaftsfestes bei.

12. Juni 1843 – In der Morning Post manipuliert Lola Montez erstmals ihren Lebenslauf

London * In der Morning Post manipuliert Elizabeth Rosanna James alias Lola Montez erstmals ihren Lebenslauf, indem sie schreibt: „Ich stamme aus Sevilla und wurde im Jahr 1833, als ich



zehn Jahre alt war, zu einer katholischen Lady nach Bath geschickt, wo ich sieben Monate blieb und dann zu meinen Eltern nach Spanien zurückgeschickt wurde. Seit dieser Zeit bis zum letzten 14. April, als ich in London ankam, habe ich nie einen Fuß in dieses Land gesetzt und habe London auch nie zuvor in meinem Leben gesehen."

29. Februar 1844 – Lola Montez hat mit Franz Liszt in Dresden eine kurze Liaison

Dresden - Paris * Lola Montez taucht in Dresden auf, wo sie mit dem Klaviervirtuosen Franz Liszt, dem damals „umschwärmtesten Mann“, eine kurze Liaison hat. Nach einem Ohrfeigenduell mit einem italienischen Tenor ist Lola auf der Flucht nach Paris, wo die „Spanische Tänzerin“ an der weltberühmten Oper durchfällt und erneut Zweifel an ihrer Herkunft hochkommen. Ein Kritiker schreibt: „Mlle. Lola hat kleine Füße und schöne Beine. Aber wie sie sie nutzt, ist eine andere Angelegenheit. Es muss zugestanden werden, dass die Neugierde, die durch Lola Montez' Pferdepeitschen-Unterhaltungen mit der preußischen Polizei erregt wurde, nicht befriedigt worden ist."

23. April 1844 – Der Münchner Bierkrawall von 1844

München * Nur ein Jahr nach den Ausschreitungen von 1843 erhebt sich die biertrinkende Bevölkerung erneut. Dieses Mal kommt es zu einem schweren Krawall, bei dem Menschen verletzt und zahlreiche Einrichtungen beschädigt werden. Mit dem Beginn des sommerlichen Brauverbots am Georgstag gibt die Obrigkeit den Preis für das Sommerbier bekannt. Da dessen Herstellung aufwendiger ist und das Bier einen höheren Alkoholgehalt besitzt als das Winterbier, liegt auch sein Preis höher. Mit dem Beginn des Sommerbierausschanks steigt der Preis um einen halben Kreuzer beziehungsweise zwei Pfennige. Eine Maß kostet nun sechseinhalb statt sechs Kreuzer - oder 26 statt 24 Pfennige. Die Erhöhung entspricht etwa dem damaligen Preis einer Semmel. Auf den ersten Blick erscheint der Aufschlag moderat, zumal die Verbraucher dafür ein gehaltvolleres Bier erhalten. Dennoch löst er heftigen Widerstand aus. Der Zorn der Aufständischen richtet sich weniger gegen den König und die königliche Regierung, die den Bierpreis festsetzen, als gegen die Brauereien und deren Einrichtungen. In der Bevölkerung gelten die Brauer zunehmend als rücksichtslose Unternehmer, die technische Neuerungen vor allem zur Vergrößerung ihres Gewinns einsetzen. Viele Biertrinker haben den Eindruck, mit jeder Maß zum wachsenden Wohlstand der Brauereibesitzer beizutragen. Diese Wahrnehmung mobilisiert offenbar mehr Menschen als manche politische Forderung oder Ideologie. Klagen über den Bierpreis sind in München weit verbreitet und keineswegs auf die unteren Bevölkerungsschichten beschränkt. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, der Fremde



werde, „wohin er sich auch fragend wendet“, stets auf Beschwerden über den hohen Bierpreis sowie über den vermeintlich unverhältnismäßigen Gewinn und die „unmäßige Bereicherung der Brauer auf Kosten des Publikums“ stoßen. Solche Klagen seien sogar „in den höheren Schichten der Bevölkerung, in den Gesellschaften der gebildeten Stände“ zu hören.

2. Mai 1844 – Die Unruhen greifen auf die Stadt über

München * Die Unruhen setzen sich unvermindert fort. Erneut nehmen sie ihren Ausgang beim „Maderbräu“ im Tal. Schon bald gehen auch beim Löwenbräu Fenster und Mobiliar zu Bruch. Anschließend ziehen die Aufständischen zu den Brauereien Pschorr und Augustiner. Zeitgenössischen Berichten zufolge werden während der mehrtägigen Unruhen insgesamt 33 Brauereien und Brauhäuser verwüstet. Die Obrigkeit ruft das Militär zu Hilfe. Ein Reiterregiment, das den Befehl zum Aufsitzen erhält, verweigert jedoch den Einsatz. Die in der Bevölkerung verhassten Polizisten und Gendarmen werden von den Aufständischen angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Das Militär hält sich zunächst zurück und sieht weitgehend untätig zu. Auf den Wachstationen ersetzen Soldaten die dort gewöhnlich eingesetzten Polizeikräfte. Wegen ihres besseren Verhältnisses zur Bevölkerung gelten sie als weniger feindselig, zeigen jedoch kaum Bereitschaft zum Einschreiten. Erst als die königliche Residenz angegriffen wird, greifen die Soldaten ein. Selbst dann gehen sie so zurückhaltend vor, dass sie die Randalierer kaum ernsthaft aufhalten. Die Tumulte dauern an. Mobiliar fliegt auf die Straßen, Bilderrahmen und Porträts wohlhabender Münchner Brauereibesitzer prallen gegen die Hauswände, Fensterstöcke und Türrahmen zersplittern. Gleichzeitig zapfen die Aufständischen das frische Sommerbier direkt aus den geöffneten Fässern und füllen damit kostenlos ihre Krüge. Erst der zunehmende Rausch lässt selbst die wildesten Teilnehmer vorübergehend ermüden.

2. Mai 1844 – Unruhen vor dem Nationaltheater

München-Graggenau * Am Abend des 2. Mai 1844 besucht König Ludwig I. gemeinsam mit der Hochzeitsgesellschaft das Theater. Nach dem ersten Akt versammelt sich eine Menschenmenge vor dem Gebäude und droht, es zu stürmen. Daraufhin verlassen zahlreiche Zuschauer ihre Plätze, um das Geschehen zu beobachten. Schließlich folgen auch der König und seine hochrangigen Gäste. Die französische Presse berichtet, Ludwig I. habe dem vor dem Theater stationierten Militär befohlen, auf die Menschenmenge zu schießen. Die Soldaten sollen diesen Befehl verweigert haben. In der deutschen Presse findet sich keine entsprechende Meldung, was sich möglicherweise mit der damals herrschenden Zensur erklären lässt. Ob sich der Vorfall tatsächlich so ereignet, bleibt ungewiss. Ausländische Zeitungen sind über die Ereignisse in



München nicht immer zuverlässig informiert, und weitere Belege für den angeblichen Schießbefehl fehlen. Fest steht jedoch, dass die Unruhen König Ludwig I. in eine äußerst bedrängte politische Lage bringen.

3. Mai 1844 – Zwischen Königsjubiläum und Bierrevolte

München-Grägenau * Am Vormittag des 3. Mai 1844 macht sich die Menge erneut daran, den Bockkeller zu verwüsten. Mitten in den Unruhen ereignet sich ein bemerkenswerter Stimmungswechsel, der auswärtige Beobachter in Erstaunen versetzt. Der preußische Gesandte von Küster berichtet einige Tage später: „Was nun aber am 3. Mai sich tat, gehört zu den großen Denkwürdigkeiten der Landeshauptstadt! Vorher noch hatte es die schlimmsten Ausschreitungen gegeben, dann rief der königliche Hochzeitszug stürmische Begeisterung hervor, und am Abend desselben Tages wurde weiterrandalisiert. Zwischen loderndem Kampfe gab es ebensolche Begeisterung für das Königshaus!“ Auch der Münchner Stadtchronist beschreibt diesen Gegensatz. Die Straßen entlang der Strecke des Hochzeitszuges sind festlich geschmückt. Immer wieder ertönen Hochrufe auf das Königshaus. Angesichts dieser Begeisterung erscheint es kaum vorstellbar, dass dieselbe Stadt nur wenige Stunden zuvor Schauplatz schwerer Ausschreitungen ist: „Der festliche Umzug ging somit ohne alle Störung vorbei, ja, er erinnerte vielmehr an die schönste Zeit wahrer Volksbegeisterung für das erlauchte Haus Wittelsbach.“ Noch am selben Nachmittag flammen die Unruhen wieder auf. Im Bockkeller zertrümmern die Aufständischen Krüge, Gläser, Bänke und Tische oder werfen sie in den nahen Kanal. In der Nacht werden auch die Hofpfisterei und das Königliche Hofbräuhaus mit Steinen beworfen. Fenster gehen zu Bruch, und weitere Schäden entstehen. Trotz der starken Präsenz von Militär und Polizei und obwohl München Sitz des Königshofes ist, dauern die Ausschreitungen mehrere Tage an. Verschont bleiben lediglich das Eberlbräu und das Menterbräu, die den Bierpreis nicht erhöht haben.

4. Mai 1844 – Polizeiliche Maßnahmen und Ende der Unruhen

München * Der Münchner Polizeidirektor versucht, die Unruhen mit einem Erlass einzudämmen: „Das Zechen in den Gasthäusern wird von 6 bis 11 Uhr vormittags gar nicht, und nachmittags nur so lange geduldet, als keine Exzesse verübt werden. Bei vorfallenden Exzessen werden die Gasthäuser durch die bewaffnete Macht geräumt, und die Gäste setzen sich der Gefahr der Arretierung aus.“ Damit untersagt die Polizei den vormittäglichen Ausschank und droht bei weiteren Ausschreitungen mit der gewaltsamen Räumung der Gasthäuser und der Festnahme der Gäste. Nicht nur schlecht bezahlte Tagelöhner und andere Angehörige der unteren



Bevölkerungsschichten wenden sich gegen die Preiserhöhung. Auch herbeigerufene Soldaten zeigen Verständnis für die Protestierenden und weigern sich teilweise, gegen die Aufständischen vorzugehen.

5. Mai 1844 – Eine vermeintlich „geordnete“ Revolte

München * Der Bierkrawall von 1844 erscheint in manchen zeitgenössischen Schilderungen beinahe als vergleichsweise geordneter Aufstand. Angesichts zweier Todesopfer lässt sich das Geschehen jedoch kaum als harmlose, aus dem Ruder gelaufene „Riesengaudi“ abtun. Aufseiten der Ordnungskräfte kommt ein Soldat der Schweren Reiterei ums Leben. Die Aufständischen betrauern einen Bürger, der nach den Worten eines Chronisten von einem Gendarmen „mehr gegen dessen Absicht im Gewirr und eigentlich ganz unschuldigerweise mit dem Bajonett erstochen ward“. Der bekannte Stenograf Franz Xaver Gabelsberger schildert den Ablauf in einem Brief an einen Verwandten. Seiner Darstellung zufolge richtet sich die Gewalt gezielt gegen den Besitz der Brauer, während anderes Privateigentum weitgehend verschont bleibt: „Die Revolte wegen dem Biere lief, wenn man so sagen darf, mit einer solchen Ordnung und echt bayerischer Besonnenheit ab, daß außer den Brauhäusern, auf welche der derbe Unwille der Volksmasse und des Militärs selbst gerichtet war, keines Menschen Eigentum beschädigt oder gefährdet war. In den Brauern gehörenden Häusern blieb allerdings kein Fenster bis in den dritten Stock hinauf, keine Türe, kein Laden, kein Tisch noch Stuhl, kein Ofen noch Uhr, kein Geschirr usw. mehr ganz. Es ging alles auf Kommando und in zehn Minuten war der Volkshaufen mit dem Haus fertig, die Gendarmen durften sich kaum in die Nähe wagen, und bis das Militär kam, waren sie gewöhnlich schon an jedem Platz fertig. Diese Geschichte ging schon vor acht Uhr abends an, und bis die Soldaten zum Zapfenstreich nach Hause kamen, war das meiste schon abgetan und viele hatten fleißig mitgewirkt. Dies wiederholte sich drey Tage lang, bis die Bekanntmachung angeschlagen wurde: Die hiesigen Bräuer haben sich erklärt, das Bier um sechs Kreuzer verleißen zu wollen! Auch das Brot, nachdem auch Bäckern die Fenster eingeworfen worden waren, wurde gleich um vieles größer. Und da das Volk nichts anderes wollte, als wohlfeileres Bier und Brot, wohl einsehend, daß die Teuerung nur eine wucherische und erkünstelte war, so ist seitdem nun wieder alles vollkommen ruhig!“ Gabelsbergers Brief macht deutlich, dass viele Zeitgenossen die Ausschreitungen nicht als politischen Umsturzversuch, sondern als gezielten Protest gegen die Verteuerung von Bier und Brot verstehen. Seine Schilderung von „Ordnung“ und „Besonnenheit“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Menschen sterben, zahlreiche weitere verletzt werden und erhebliche Sachschäden entstehen.



Oktober 1844 – Verurteilungen wegen des Bierkrawalls

München * Während der Ausschreitungen vom 1. bis zum 3. Mai nimmt die Polizei insgesamt 67 Personen fest. Im Oktober beginnen die Verfahren gegen die mutmaßlichen Ruhestörer. Entgegen den Erwartungen werden die meisten Verfahren eingestellt. Lediglich in zwei Fällen kommt es zu Verurteilungen. Ein Angeklagter muss 2.000 Gulden zahlen, andernfalls drohen ihm fünf Jahre Arbeitshaus. Gegen einen weiteren Angeklagten wird eine Zahlung von 300 Gulden verhängt, ersatzweise zwei Jahre Polizeiaufsicht. Trotz einer königlichen Rüge spricht das zuständige Oberappellationsgericht später noch einen der Angeklagten frei.

1. Oktober 1844 – König Ludwig I. senkt den Bierpreis im Hofbräuhaus

München * König Ludwig I. reagiert auf die angespannte Lage. Im königlichen Hofbräuhaus lässt er den Preis für das weniger gehaltvolle Winterbier auf fünf Kreuzer je Maß senken. Damit will er, wie es in der Begründung heißt, „der arbeitenden Klasse und dem Militär einen gesunden und wohlfeilen Trunk [...] bieten“. Die Preissenkung beruhigt die Lage zunächst, kann die wachsende politische und soziale Unzufriedenheit jedoch nicht dauerhaft beseitigen. Vier Jahre später gerät die Monarchie während der Revolution von 1848 erneut unter starken Druck. Am 20. März 1848 dankt Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Max II. ab.

Februar 1845 – Erste Forderungen nach einer Arbeitsvermittlung

München * Die ersten Diskussionen und Forderungen zur Einrichtung eines Anfrage-Bureaus für arbeitssuchende Dienstboten und Tagelöhner beginnen, als sich die Münchner Polizeidirektion an den Magistrat der Stadt wendet und mitteilt, dass die Königliche Regierung eine derartige Einrichtung erwägt, da der Bettel in der Stadt auffällig überhand nimmt.

April 1845 – Polizei fordert Stellenvermittlung – Ausbeutung bleibt bestehen

München * Die Untersuchungen der Polizeidirektion über die in der Stadt üblichen Methoden der Stellenvermittlung kommt zum Ergebnis, dass eine solche Erkundigungs-Anstalt nicht nur für Dienstboten und Tagelöhner, sondern generell für alle Dienst-Suchenden geschaffen werden soll. Man denkt dabei insbesondere an die wandernden Handwerker. Da die Idee der Erkundungs-Anstalt aber nicht weiterverfolgt wird, beschränkt man sich auf die in der Stadt agierenden gewerblichen Vermittlungsbüros. Doch dadurch können sich die ausbeuterischen



Methoden nur noch weiter entwickeln und ausweiten.

1. Dezember 1845 – Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Abel

München-Kreuzviertel * Die Stände-Versammlung wird für den 1. Dezember 1845 einberufen und tagt bis zum 24. Mai 1846. Die feierliche Eröffnung der Zusammenkunft der Volksvertreter findet, wie bereits beim vorhergegangenen Treffen des Jahres 1842, in der Residenz statt. König Ludwig I. sucht das Ständehaus in der Prannerstraße nicht mehr offiziell auf. Neun Abgeordnete werden ausgeschlossen, darunter acht Protestanten. Nun kocht der Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Karl August von Abel hoch. Die evangelischen Untertanen fühlen sich schon seit längerer Zeit zurückgesetzt und ungerecht behandelt.

1846 – Giovanni Maria Mastai Ferreti wird als Pius IX. zum Papst gewählt

Rom-Vatikan * Giovanni Maria Mastai Ferreti wird zum Papst gewählt. Er nimmt den Namen Pius IX. an. Seine Regentschaft wird bis 1878 dauern und ist geprägt vom Kampf der römisch-katholischen Kirche um Macht und Einfluss im Verhältnis zu den Staaten und zur eigenen Anhängerschaft.

Mai 1846 – Die befürchtete Eskalation bleibt aus

München * In den ersten Maitagen kommt es zwar zu einzelnen Ausschreitungen, doch die schweren Unruhen von 1844 wiederholen sich nicht. Der Preis für eine Mass Bier schwankt zwischen fünf und sechs Kreuzern. Selbst als sich neun der 29 Münchner Brauer für einen Preis von sieben Kreuzern entscheiden, bleibt die Lage weitgehend ruhig. Für die Zeitgenossen ist kaum vorstellbar, dass die Bierrevolution von 1844 als politisches Wetterleuchten einer weit größeren Krise gelten könnte. Vier Jahre später erfasst die Revolution von 1848 auch das Königreich Bayern und trägt zum Ende der Herrschaft Ludwigs I. bei. Am 20. März 1848 dankt der König zugunsten seines Sohnes Maximilian II. ab. Damit endet in Bayern eine politische Epoche.

8. Oktober 1846 – Der König und die Skandalnudel Lola Montez

München * Die spanische Tänzerin Lola Montez hat einen Termin bei König Ludwig I.. Dieser



fordert zur Audienz einen Bericht über das Vorleben der Tänzerin an, in dem er lesen kann:

„Dem allerhöchste Befehle vom 6. d.M. pflichtschuldige Folge leistend berichtet der treuehorsaamst Unterzeichnete Euer Koeniglichen Majestät allerdevotest, wie die spanische Tänzerin Lola Montez dadurch öffentlich Anstoß erregte, dass sie, den Mittheilungen mehrerer Zeitungen zufolge, in einem Gasthofe zu Berlin einem ihr gegenüber sitzenden Offizier, der ihr mit übergroßer Freundlichkeit zu begegnen bemüht war, ein Champagnerglas an den Kopf warf, dass sie ferner, ebenfalls Nachrichten zufolge, einem bei der Revue in Berlin sie zurechtweisenden Polizeicommissär mit der Reitgerte übers Gesicht hieb, worauf sie mit 14-tägigem Arrest bestraft wurde, und dass sie endlich in Warschau dem Publikum, das ihren Kunstleistungen den gewünschten Beifall nicht zollte, von der Bühne herab mit begleitendem Gestikulieren den hinteren Theil ihres Körpers zuwandte“?. Der König will sich von der Skandalnudel ein eigenes Bild machen. Bei dieser Audienz soll sich Lola Montez, „als der König einigen Zweifel über die Realität der ersichtlichen Wölbung ihres Busens andeutet“?, eine Schere genommen und sich damit „das Kleid vor der Brust aufgeschnitten“ haben. Der 60-jährige Bayernkönig ist augenblicklich Feuer und Flamme für die exotische Schönheit. Er engagiert die als erotisches Feuerwerk bekannte Tänzerin unverzüglich und erlässt eine Anweisung, dass die Tänzerin in den Zwischenaufzügen des Lustspiels „Der verschwundene Prinz“ spanische Tänze in spanischer Tracht darbieten soll.

Dezember 1846 – Lola Montez wird ausspioniert

München-Kreuzviertel * Der bayerische Finanzminister Karl Graf von Seinsheim lässt die Tänzerin Lola Montez im Gasthof zum Goldenen Hirschen ausspionieren. Er schleust dazu die Creszentia Ganser als Haushälterin in den Goldenen Hirschen ein. Ihr Auftrag ist, ein minutiöses Tagebuch über das „ausschweifende Nachtleben“ ihrer Arbeitgeberin zu führen. Mit ihren „schlüpfrigen Informationen“ soll genügend Beweismaterial gesammelt werden, um die Tänzerin vor das Münchner Stadtgericht zu zerren, um sie letztlich des Landes zu verweisen. Geleitet wird die gesamte Aktion vom Polizeidirektor Johann Nepomuk Freiherr von Pechmann. Doch der Plan wandelt sich ins Gegenteil.

24. Dezember 1846 – Freiherr von Pechmann wird nach Landshut versetzt

München * Als der König zu Weihnachten 1846 von dem Komplott gegen Lola Montez erfährt [Auspioniererei durch die Creszentia Ganser], nimmt er Lola in Schutz und wendet sich gegen die selbsternannten Sonderermittler. An Freiherr von Pechmann wird daraufhin ein Exempel statuiert und dieser umgehend als Landrichter nach Landshut versetzt.



Januar 1847 – Eine Schmähschrift am Regensburger Knorrkeller

Regensburg * Am Regensburger Knorrkeller findet die Polizei folgenden Reim: „Montez du große Hur‘ Bald schlagen wird dein Uhr Wo wir di außi hau’n Weil d’Münchner sich nöt trau’n. Pfuy Teufl Königshaus Mit unsrer Treu is aus Bringst uns in Schand und Spott Helf’ uns der liebe Gott. Ein Gebirgler“.

11. Februar 1847 – Auch Innenminister Karl August von Abel verweigert die Unterschrift

München * Innenminister Karl August von Abel soll das Indigenat [= Einbürgerung, Staatsangehörigkeit, Heimatrecht] für Lola Montez gegenzeichnen. Doch dieser versicherte sich der Solidarität seiner Justiz-, Finanz- und Kriegsminister-Kollegen und bittet in einem von ihm verfassten und gemeinsam unterzeichneten Memorandum um die „Entfernung der Unruhestifterin“ oder um Amtsenthebung. Der Inhalt des Memorandums, das Karl August von Abel in einem Akt mit der Aufschrift „Die unnennbare Weibsperson betr.“ aufbewahrt, wird in der Augsburger Allgemeinen Zeitung veröffentlicht.

13. März 1847 – Lola Montez wohnt jetzt in der Theresienstraße 8

München-Maxvorstadt * Lola Montez wohnt jetzt in der Theresienstraße 8, beim Maurerpolier Lüglein, zur Miete. Die Solotänzerin hatte bei einem Hausball dem Geschäftsführer des Gasthofs Zum Goldenen Hirschen in aller Öffentlichkeit eine Watschen verpasst. Deshalb erhält sie - nach fünf Monaten - ein Hausverbot. Das Zimmer dient ursprünglich nur als Zwischenlösung, bis das am 1. Dezember 1846 vom König angekaufte, neu gestaltete und standesgemäße Palais an der Barer Straße 7 bezugsfertig ist. Doch kann sie dieses Haus erst am 28. April 1847 beziehen.

16. Dezember 1847 – Die neue Regierung erreicht die Aufhebung der Zensur

München * Die neuernannte Regierung versucht umgehend innenpolitisch die Wogen zu glätten und erreicht die „Aufhebung der Zensur für die inneren Angelegenheiten“. Der Leitende Minister Ludwig zu Oettingen-Wallerstein sammelt inzwischen - natürlich ohne Wissen des Königs - Material für die „Entfernung der Lola Montez“. Das bedeutet allerdings, dass satirische Zeitschriften nun vermehrt Karikaturen von Lola und Ludwig veröffentlichen. Auch Schmähschriften kursieren in großer Menge. In der politischen Presse offenbart sich, dass die



Person des Königs nicht mehr unantastbar erscheint und Ludwig I. den Staat nicht mehr unangefochten repräsentiert.

1848 – Im Münchner Löschwesen herrschen primitivste Verhältnisse

München * Während in Bayern bereits 173 gut ausgebildete Feuerwehren vorhanden sind, herrschen in München die primitivsten Verhältnisse. Das Münchner Löschwesen besteht einerseits aus der städtischen Feuerwache, die durch städtische Arbeiter im Nebenamt gebildet wird, und andererseits aus den kgl. Feuer-Piquetts, die die königlichen und militärischen Liegenschaften schützen. Der Polizeidirektor ist gleichzeitig der Kommandant der Löschmannschaft.

1848 – Das Bauerntum als staatstragende Schicht

München * Nach der Revolution von 1848 betrachten die politischen Führungskräfte das Bauerntum als staatstragende Schicht und unterstützen und fördern dieses, während sie den Auswirkungen des Fabrikwesens - Proletarisierung der Arbeiter und Niedergang alter Handwerksbetriebe - sehr widersprüchlich gegenüberstehen. Und tatsächlich bildet das traditionell wirtschaftende Bauerntum und die dörfliche Sozialverfassung eine starke Abwehrfront gegen alle Einflüsse der Industrialisierung.

3. Februar 1848 – Ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei

München * Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 29. Januar 1848 verstorbenen Joseph von Görres führen an der Residenz vorbei. Es ist ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft. Wieder steht Ernst von Lasaulx, der Neffe von Joseph von Görres, im Mittelpunkt. Er will aus den Trauerfeierlichkeiten um den Verstorbenen eine Großdemonstration der Ultramontanen Partei inszenieren. Die Polizeidirektion versucht solche Selbstdarstellungen zu verhindern und verbietet zunächst einen geplanten Fackelzug. Dies auch aus Angst vor Krawallen verfeindeter Studentenverbindungen, deren eine das neu gegründete Korps Alemannia ist.

9. Februar 1848 – König Ludwig I. lässt die Universität schließen



München-Maxvorstadt * König Ludwig I. lässt wegen der öffentlichen Proteste der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft die Universität schließen und verfügt, dass alle Studenten umgehend München zu verlassen haben. ; Als der der Burschenschaft Alemannia zugehörige Eduard Graf von Hirschberg am Odeonsplatz von anderen Burschenschaftlern bedrängt wird, zieht der Graf sein Messer und fuchelt damit in der Luft herum. Dadurch eskaliert die Situation. Verletzt wird bei dieser Aktion jedenfalls niemand. ; Lola Montez mischt sich unter die Schaulustigen und sieht sich sofort einer bedrohlichen Verfolgungsjagd ausgesetzt. Sie kann gerade noch vor der aufgebrachten Menge in die Theatinerkirche flüchten, wo sie von ausgerückten Kürassieren in die Residenz esortiert werden muss. ; König Ludwig I. tobt und lässt daraufhin umgehend die Universität bis zum Wintersemester schließen. ; Außerdem verfügt er, dass alle nicht aus München stammenden Studenten innerhalb von 48 Stunden die Stadt zu verlassen haben. ; In München sind etwa 1.500 Studenten immatrikuliert. Rund die Hälfte davon zieht vor das Haus des Rektors Friedrich Wilhelm von Thiersch, der die Betroffenen mit den Worten beruhigt: „Sagen Sie überall, Sie seyen arme Studenten aus München, die man aus der Stadt gewiesen, aus Gründen, die Sie vor aller Welt aussprechen dürfen.“ ;

11. Februar 1848 – Lola Montez muss vor den aufgebrachten Münchnern fliehen

München-Maxvorstadt - Schloss Blumenburg * Am Morgen belagert eine aufgebrachte Menge das Palais Montez in der Barer Straße. Die ersten Steine fliegen, ein Eingreifen des Militärs wird als aussichtslos angesehen. Der Bayerische Innenminister Franz von Berks meint sogar: „Die Position an der Barer Straße ist unhaltbar“ und befürchtet, „die Gräfin könne eine Stunde nach dem Angriff eine Leiche sein.“ Auch der Polizeidirektor will für Lolas Sicherheit nicht mehr garantieren und erklärt ihr, sie müsse innerhalb einer Stunde die Stadt verlassen. Da bleibt nur die Flucht. Lola Montez entkommt in einer Kutsche, die sie im Eiltempo aus der Stadt bringt. Das Palais der Gräfin von Landsfeld wird danach gestürmt - eine Verwüstung der Villa aber verhindert. Lola Montez flieht - eskortiert und bewacht von einem Tross, den Graf von Arco-Stepperg anführt - über die Vorstadt Au nach Baiersbrunn. Dort verlassen sie ihre Bewacher. Nun begibt sie sich über Schleichwege über Großhesselohe nach Schloss Blumenburg. Der Wirt meldet das Versteck, weshalb die Polizei die sich auf der Flucht befindliche Gräfin von Landsfeld festnimmt, sie nach Pasing bringt und in den Zug nach Augsburg setzt.

25. Februar 1848 – Frankreichs Zweite Republik ausgerufen



Paris * In Paris wird eine provisorische französische Regierung eingesetzt und die Zweite Republik ausgerufen. Diese Revolutionsregierung besteht aus einem elfköpfigen Ministerrat, in dem Vertreter der Linken, der Liberalen und Demokraten sowie der konservativen Rechten vertreten sind. Die gemäßigt reformorientierte Regierung beschließt einige wichtige Entscheidungen, darunter die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien, die Abschaffung der Todesstrafe für politische Delikte, die Einführung der Pressefreiheit und des allgemeinen Wahlrechts sowie die Anerkennung des Rechts auf Arbeit.

27. Februar 1848 – Die Märzforderungen werden erstmals erstellt

Mannheim * Mit Bekanntwerden der Februarrevolution in Frankreich verstärken sich die politischen Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung am politischen Leben. Die Bevölkerung Mannheims reagiert als erste auf die Nachrichten aus Paris. An diesem Tag, einem Sonntag, kommen hier 2.500 Menschen zu einer Volksversammlung zusammen. Sie beratschlagen über eine Petition, die erstmals die vier Forderungen beinhaltet, die als Märzforderungen in alle künftigen Petitionen eingehen: Pressefreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte und ein nationales Parlament.

1. März 1848 – Die Mannheimer Petition wird den badischen Abgeordneten überreicht

Mannheim * Die Mannheimer Petition, versehen mit vielen Unterschriften, wird den Abgeordneten im badischen Parlament überreicht. Eine mehrere tausend Menschen starke Demonstration begleitet die Delegation, um ihren Willen zur Änderung der politischen Verhältnisse zu unterstreichen. Das Großherzogtum Baden ist auch der erste Staat, der die Märzforderungen umsetzt.

1. März 1848 – Das Ziel heißt: Überwindung der Restaurationspolitik

Deutschland * Innerhalb weniger Wochen greifen die revolutionären Vorgänge auch auf die übrigen Staaten des Deutschen Bundes über. Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution ist die Überwindung der Restaurationspolitik, die die Zeit seit dem Wiener Kongress geprägt hat. Einer der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration ist der österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Die Politik der Restauration wurde auf dem Wiener Kongress am 9. Juni 1815 von den meisten europäischen Staaten beschlossen. Sie sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse des Ancien



Régime in Europa wiederherstellen, wie sie vor der Französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutet die Vorherrschaft des Adels und die Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoleonische Neuordnung Europas, die mit dem Code civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden. Innenpolitisch wurden im Zuge der Restauration Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt, Zensurmaßnahmen verschärft und die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Vor allem die studentischen Burschenschaften sind zu dieser Zeit die Träger der Forderung nach nationaler Einigung und demokratischen Bürgerrechten. In manchen Ländern des Deutschen Bundes lenken die Fürsten rasch ein. Dort kommt es bald zur Errichtung von liberalen „Märzministerien“, die den Forderungen der Revolutionäre nachkommen, durch Einrichtung von Schwurgerichten, der Abschaffung der Pressezensur, und der Bauernbefreiung. Oft bleibt es jedoch bei bloßen Versprechungen.

3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.

6. März 1848 – Die Minister wollen eine Weiterentwicklung der Verfassung



München * König Ludwig I. kündigt in einer vom Leitenden Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein verfassten Proklamation Verbesserungen in all den von den Bürgern geforderten Punkten an. Auch die Minister halten die Forderungen für berechtigt und plädieren für eine Weiterentwicklung der Verfassung - und damit für mehr Rechte des Parlaments. Keiner tritt für die Beibehaltung der ludovizianischen Politik ein. Die weitreichenden Zugeständnisse des Königs kommen einer politischen Bankrotterklärung gleich.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

9. März 1848 – Das letzte Treffen von König Ludwig I. und Lola Montez

München-Graggenau * Lola Montez kommt in der Nacht zum 9. März 1848 - „wie ein Mann bekleidet“ - in Begleitung eines Baron Meller nach München und versteckt sich beim Tapezierer Krebs in der Wurzerstraße 12, der viele Arbeiten in Lola Montez' Palais ausgeführt hatte. Doch Polizisten dringen in das Haus ein, finden „die Gräfin unter einem Sofa versteckt“ und bringen sie ins Polizeipräsidium in der Weinstraße. Dort verleben Ludwig I. und Lola Montez drei gemeinsame Stunden. Danach schleust man sie unter größter Geheimhaltung aus der Stadt. Das Treffen auf der Polizeiwache ist die letzte Zusammenkunft des Liebespaares. Danach wird



Ludwig I. seine geliebte „Lolitta“ nie wieder sehen.

20. März 1848 – Die Hoffnungen und Ängste des neu ernannten Königs Max II.

München * Nach 23-jähriger Regierungszeit dankt Ludwig I. ab und überträgt das Herrscheramt an seinen Sohn Max II.. Sein Enkel Ludwig (II.) wird dadurch Kronprinz. Auch wenn sich Max II. nach Außen hin als Musterbild eines bürgerlichen, konstitutionellen Staatsoberhauptes darstellt, so plagt ihn zeitlebens die Furcht, dass ihm von seinem Volk ein ähnliches oder gar schlimmeres Schicksal bereitet werden könnte, wie seinem abgedankten Vater Ludwig I.. Die revolutionären Begleitumstände, die König Max II. auf den Thron verhalfen und seinen Vater vom selben stießen, haben den neuernannten Bayernherrscher geradezu traumatisch geprägt. Er fühlt sich, nachdem auch das Militär auf die Verfassung vereidigt worden ist, „schutzlos der Demokratie preisgegeben“. Doch nachdem sich die revolutionäre Situation wieder beruhigt hat, kann König Max II. seine politischen Visionen endlich in die Tat umsetzen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung. Greifbare Formen nehmen das „Athenäum-Projekt“ und der Bau des Prachtboulevards an.

4. Juni 1848 – Das Gesetz über die Abschaffung der Pressezensur

München-Kreuzviertel * Außerdem tritt das Gesetz über die Abschaffung der Pressezensur in Kraft. In dem vom König erlassenen Edikt über die Freiheit der Presse und des Buchhandels ist festgelegt worden, dass das Erscheinen von Presseerzeugnissen nicht „von obrigkeitlicher Prüfung und Genehmigung des Inhalts oder überhaupt von irgend einer obrigkeitlichen Erlaubnis abhängig“ sei. „Die Strafgerichtsbarkeit [steht] nicht den Polizeibehörden, sondern den Gerichten zu.“

4. Juni 1848 – Die ständischen Privilegien des Adels werden endgültig gebrochen

München-Kreuzviertel * Mit einem weiteren Reformgesetz werden auch die letzten Elemente der feudalen Grundherrschaft im Königreich Bayern beseitigt. Im I. Abschnitt des Gesetzes über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten hebt König Max II. die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf. Das Gesetz entzieht den Gutsherren die Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt ohne Entschädigung und überträgt diese Befugnisse auf den Staat. Damit sind die letzten Reste des



feudalen Staatsaufbaus abgeschafft worden. Dem Aufbau einer modernen einheitlichen Justizverwaltung steht nun nichts mehr im Weg.

17. Oktober 1848 – Der Oktoberaufstand von 1848 beginnt

München * Am frühen Morgen ziehen Menschenmengen durch die Münchner Straßen. Unter den Protestierenden befinden sich Soldaten, Handwerksgesellen, Jugendliche und Frauen. Sie verlangen, den Preis für eine Mass Bier auf vier Kreuzer zu senken. Schon bald gehen die ersten Fensterscheiben zu Bruch. In Wirtshäusern und Geschäften kommt es zu Verwüstungen. Der Bierpreis ist jedoch nicht die alleinige Ursache der Ausschreitungen vom 17. und 18. Oktober. Die Münchner Brauer bieten das Winterbier bereits für viereinhalb Kreuzer beziehungsweise 18 Pfennige je Mass an. Damit liegt ihr Preis zwei Pfennige unter dem amtlich festgesetzten Satz. Dennoch fordern die Aufständischen eine weitere Senkung auf vier Kreuzer. Der Protest bringt somit auch die allgemeine soziale und politische Unzufriedenheit des Revolutionsjahres zum Ausdruck.

17. Oktober 1848 – Die Polizei hält sich zurück

München * Am Nachmittag des 17. Oktober 1848 ziehen erneut Menschenmengen durch München. Mit Johlen und Pfeifen fordern sie, den Preis für das Winterbier auf vier Kreuzer je Maß zu senken. Als ihre Forderung ohne Reaktion bleibt, eskaliert die Lage erneut: Fensterscheiben gehen zu Bruch, und Steine fliegen in die Wohnräume der Brauereibesitzer. Die zahlenmäßig unterlegene Münchner Polizei greift nicht ein. Ein Beobachter begründet diese Entscheidung später: „Ich habe nämlich eingesehen, die Gendarmerie in ihrer geringen Stärke dem Publikum gegenüber nichts auszurichten vermag, und dass deren Erscheinen und Einschreiten die Wuth der Tumultanten nur vergrößern würde! Dieserhalb beließ man die Polizeitruppen in ihrem Hauptquartiere an der Weinstraße.“ Der Magistrat lässt sogar eine Kompanie Linieninfanterie vor der Polizeidirektion aufmarschieren, um das Gebäude und die dort versammelten Ordnungskräfte zu schützen. Später entsteht die Vermutung, der Regierung sei der Bierkrawall nicht ungelegen gekommen, weil er die Aufmerksamkeit von weitergehenden politischen Forderungen ablenkt. Ob die Behörden die Ausschreitungen tatsächlich aus diesem Grund dulden, lässt sich jedoch nicht belegen.

20. Oktober 1848 – Die Presse fordert eine Erklärung



München * Auch die Münchner Presse übt scharfe Kritik am Verhalten der Behörden und des Militärs. Eine Zeitung fragt: „Wie ist es möglich, daß in einer Haupt- und Residenzstadt mit 5.000 Mann regulären Militärs, mit einigen Tausenden Landwehrmännern ein Haufen Besoffener plündert, raubt und zertrümmert, wo und solange es ihnen gefällt? Warum hat der Offizier, welcher vor dem Pschorrbräu mit ungefähr dreissig Mann gestanden, als die Greuel in demselben verübt wurden, keinen Befehl zum Einschreiten gegeben? Warum hat man nicht gleich den Generalmarsch geblasen?“ Mit dem Generalmarsch hätten sämtliche in München stationierten Truppenteile alarmiert werden können. Die Fragen der Zeitung bringen das Unverständnis vieler Bürger über die Untätigkeit der militärischen und polizeilichen Führung zum Ausdruck. Warum die vorhandenen Kräfte nicht rechtzeitig eingreifen, bleibt umstritten.

27. November 1848 – Lola Montez reist nach London ab

London * „Die treue Lolitta“ [Montez] teilt ihrem „geliebten Louis“ mit, dass sie nach London in England abreisen werde.

20. Januar 1849 – Ein politisches Haberfeldtreiben gegen einen fortschrittlichen Lehrer

Holzolling * In der Nacht vom 20. zum 21. Januar 1849 wird auf einer Wiese außerhalb von Holzolling ein Haberfeldtreiben abgehalten. Die Treiben finden nun schon seit einiger Zeit aus Sicherheitsgründen außerhalb der dörflichen Siedlungen statt. Getrieben wird von 50 bis 60 Haberern. Es gilt mehreren Einwohnern des Dorfes, in der Hauptsache aber dem Lehrer Franz Xaver Bacherl. Der Grund für das Haberfeldtreiben ist bei Franz Xaver Bacherl nicht in einer Leichtfertigkeit zu finden, sondern ist politischer Natur und zeigt damit eine völlig neue Tendenz weg vom Sittlichkeitstreiben. Der Lehrer Franz Xaver Bacherl begeisterte sich für ein großes, geeinigtes Deutschland, hatte einen Arbeiterverein, angelehnt an den Münchner Märzverein gegründet, organisierte Versammlungen und hielt politische Reden. Als der Holzollinger Kooperator Haid gegen den Arbeiterverein von der Kanzel predigte, schrieb Bacherl über ihn einen Artikel in der revolutionsfreundlichen, radikal-demokratischen Zeitung „Gradaus mein deutsches Volk! * Volksblatt für uneingeschränkte Freiheit“. Daraus ergibt sich einerseits, dass das Haberfeldtreiben gegen Franz Xaver Bacherl von einem geistlichen Herrn forciert worden war, und dass andererseits die Haberer wenig sorgfältig über ihr Opfer recherchierten und wie hilflos sie im Grunde den neuen sozialen und politischen Entwicklungen gegenüber standen. Die Haberer werfen dem Lehrer vor: seinen schändlichen Artikel im „Gradaus“ und unterstellen ihm, er hätte einen „Lumpenverein“ gegründet, den Opferstock ausgeraubt und die Vorhänge aus dem Beichtstuhl gestohlen, um sich daraus einen Frack schneiden zu lassen.



14. Juli 1849 – Die Landtagswahlen sollen andere Mehrheiten ermöglichen

Königreich Bayern * Die für diesen Tag angesetzten Landtagswahlen werden von der Staatsregierung sorgfältig vorbereitet. Sie setzt dabei vor allem auf den Einfluss der kirchlichen Oberhirten und Pfarrer sowie auf das Engagement der(höheren) Beamtenschaft. Der Regierung genehme Vereine werden gefördert; nach den Wahlen jedoch alle politischen Vereine wieder verboten. Die Wahlkreise werden erstmals von der Regierung nach wahltaktischen Gesichtspunkten gebildet. Eine Praxis, die die Regierung von nun an bis zur Wahlrechtsreform von 1906 beibehalten wird. Mit den so gewonnenen neuen Mehrheitsverhältnissen kann König Max II. eine Politik der Reaktion verfolgen und versuchen, die Änderungen der Bayerischen Verfassung wieder rückgängig zu machen.

23. Juli 1849 – Preußischen Truppen nehmen Rastatt ein

Rastatt * Preußischen Truppen nehmen Rastatt ein. Damit endete zumindest symbolisch die Deutsche Revolution von 1848/49.

16. September 1849 – Der 77-jährige Bierbrauer Franz Xaver Zacherl stirbt

Vorstadt Au * Der 77-jährige Bierbrauer Franz Xaver Zacherl schneidet sich in der Badewanne die Pulsadern auf. Das der katholischen Trauergemeinde zu erklären, ist für den Pfarrer keine leichte Aufgabe. Wie gut, so der Geistliche, dass der Arzt bei der Obduktion sechs Unzen Wasser in der Gehirnhöhle gefunden hat.

9. November 1849 – Das bayerische Nationalgefühl des Volkes heben und kräftigen

München * König Max II. beauftragt seinen Innenminister Theodor von Zwehl ein „Gutachten patriotisch gesinnter Männer aus sämtlichen Kreisen des Königreichs und aus den verschiedenen Ständen“ einzuholen und „nichts zu unterlassen, was das Nationalgefühl des Bayern - für Bayern - zu heben und zu festigen vermag“. Mit diesem Programm will er die Monarchie in Bayern sichern. Ihm ist klar, dass fast die Hälfte seines Staatsgebiets und seiner Bevölkerung nicht das Geringste mit Bayern zu tun hatte. Die revolutionären Ereignisse haben gezeigt, dass besonders von Franken, das keinerlei geschichtlichen Bezug zu Bayern hatte, der stärkste Widerstand gegen die Monarchie ausging. Durch die Förderung von Tracht, Brauchtum und Geschichte, durch Geschichtszyklen und dynastische Feste, durch Denkmäler, Nationalhymne und den



Ausgleich der Religionen sowie durch gezielte Unterstützung aller konservativen, monarchiefreundlichen Institutionen und Vereinigungen, soll die gesamtbayerische Identitätsstiftung gesteuert werden. All diese Maßnahmen schlagen sich nicht zuletzt auch in Fragen der Architektur nieder. Denn zum Ziel zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung zählen auch die Bemühungen des Bayernregenten um einen neuen Baustil, bei dem programmatisch gotische und bäuerliche Architekturformen, also letztlich deutsche und bayerische Elemente verschmolzen werden sollen. Darüber hinaus verfolgt Max II. mit einem neuen, in Bayern erfundenen Baustil außenpolitische Ziele. Er will damit für Bayern eine Vorrangstellung unter den deutschen Mittelstaaten erreichen und so das Land als dritte Kraft zwischen Preußen und Österreich etablieren und zumindest in der Architektur und im Städtebau eine führende Rolle einnehmen. Daneben hätte er mit der Erfindung eines neuen Baustils auch seinen Vater, den dominierenden Kunstkönig, in dessen ureigenstem Gebiet übertroffen.

1850 – Der Münchner Malzverbrauch liegt bei 284.582 Hektoliter

München * Der Malzverbrauch aller Münchner Brauereien liegt bei 284.582 Hektoliter.

26. Februar 1850 – Der Vorläufer der Münchner Feuerwehr wird schon wieder aufgelöst

München * Da Turnvereine seit dem in diesem Jahr verabschiedeten Vereinsgesetz als politische Zusammenschlüsse gelten, wird der Vorläufer der Münchner Feuerwehr schon wieder aufgelöst. Ihr Vermögen, ihre Geräte und ihr gesamtes Inventar fallen der Stadt zu. Der alte Schlendrian geht weiter.

10. November 1850 – Erneut ein Haberfeldtreiben gegen den Pfarrer

Wöllkauer Anhöhe bei Irschenberg * Dem Nachfolger von Ignaz Kalm, Pfarrer Zänger, wird in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1850, gemeinsam mit dem Kooperator Bartl, dem Schulmeister Strahler und noch ein paar anderen Dorfbewohnern das Haberfeld getrieben. Der neue Pfarrer hatte zur Hebung des angekratzten Images von Kirche und Dorf einen katholischen Jungfernbund gegründet. Doch noch im gleichen Jahr hatten zwei junge Frauen „das theure Guth der Jungfrauenschaft“ verloren, ohne verheiratet zu sein. Die Haberer behaupten zudem, dass eine weitere Jungfer ein „Pfaffenkind“ ausgetragen hat. Während beim ersten Treiben vom 20./21. Januar 1849 die Beteiligten ungeschoren davon kamen, werden im zweiten Verfahren alle



dreißig Haberer verurteilt. Sie erhalten Zuchthausstrafen, die obligatorischen Rutenstreichungen und müssen zudem fünf Gulden Strafe zahlen.

29. November 1850 – Der Deutsche Bund soll wieder vollständig hergestellt werden

Olmütz * Österreich und Preußen verständigen sich in der Olmützer Punktation wieder auf eine Zusammenarbeit. Der Deutsche Bund soll wieder vollständig hergestellt werden. Preußen verzichtet auf seinen Führungsanspruch und muss seine Unionspolitik endgültig aufgeben.

2. Dezember 1851 – Staatspräsident Napoleon Bonaparte löst die Nationalversammlung auf

Paris * Kurz vor Ablauf seiner Amtszeit löst der französische Staatspräsident Charles Louis Napoleon Bonaparte die Nationalversammlung auf und lässt führende Oppositionspolitiker verhaften.

5. Dezember 1851 – Charles Louis Napoleon Bonaparte siegt

Paris * Die nach der Auflösung der Nationalversammlung und Verhaftung führender Oppositionspolitiker folgenden blutigen Kämpfe kann Charles Louis Napoleon Bonaparte am 5. Dezember schließlich für sich entscheiden.

1852 – Turbulenzen bei der Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft

München-Englischer Garten - Tivoli * Es kommt zum Zerwürfnis zwischen Christian August Ernst und der Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft wegen nicht ausbezahlter Dividenden.

1853 – Pepita de Olivia löst einen wahren „Pepita-Rummel“ aus

Deutschland * Die junge spanische Tänzerin Pepita de Olivia löst nach einigen Gastauftritten in Deutschland einen wahren „Pepita-Rummel“ aus.

24. Juli 1853 – Ein Sicherheitsbericht für München



München * Oberst Franz Freiherr von Hörmann zu Hörbach legt einen Sicherheitsbericht für München vor. Er trägt den Titel: „Erläuterungen zum Entwurfe der militärischen Dispositionen für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Haupt- und Residenzstadt München behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Es ist die Angst vor einer neuen Revolution, die König Max II. seine Armee auf einen Bürgerkrieg vorbereiten lässt. Um verbindliche Vorschläge auszuarbeiten, gründet er eine Special-Commissorium. Inhaltlich geht Oberst Hörmann von einem Bedrohungsszenario aus, wonach „der inländische Pöbel - durch auswärtiges Proletariat verstärkt - bei Tag und Nacht ohne Hindernis in die Stadt eindringen kann, theils um die größten Schätze des Staates und des Landes zu plündern, theils um die heillosen Umtriebe der machtlosen Umsturzpartei in Vollzug zu setzen“. Freiherr von Hörmann fügt noch eine interessante Einteilung der Tumulte in vier Klassen bei. Als Erste und harmloseste Klasse bezeichnete er darin „Tumulte ohne insurrektionäre politische Tendenz“, etwa die Studenten- und Handwerkertumulte oder die Münchner Bierkrawalle. Als nächste Kategorie folgen „Politische Tumulte durch demokratische Umtriebe der republikanisch gesinnten Umsturzpartei veranlaßt“. Als Beispiel führt er die Märzrevolution von 1848 an. Als dritte Klasse bezeichnet er „Tumulte mit kommunistischer Tendenz“. Der erkonservative Oberst verschließt dabei aber keineswegs die Augen vor der bitteren Armut vieler Zeitgenossen und fordert zur Vorbeugung eine effektive staatliche Sozialpolitik. Die Letzte und zugleich gefährlichste Form der Unruhe klassifiziert der Militarist die „Tumulte durch Theuerung, Mißwachs und Hungersnoth veranlaßt“. Sein konkreter Vorschlag beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Kasernen in der Innenstadt und weitere flankierende Maßnahmen, um die Hauptverteidigungspunkte zu schützen. Dazu zählen unter anderem - neben der Residenz - das Nationaltheater, das Postgebäude, die Münze und der Alte Hof.

16. Juli 1854 – Die Arbeitsbedingungen für Kinder in Fabriken wird verbessert

München - Königreich Bayern * Die Königlich Allerhöchste Verordnung, die sanitäts- und sittenpolizeiliche Fürsorge für jugendliche Arbeiter in den Fabriken betreffend wird erlassen. Diese zweite bayerische Kinderschutzverordnung erhöht immerhin das Mindestalter von Fabrikarbeitern auf zehn Jahre, gleichzeitig senkt sie die zulässige Höchstarbeitszeit von Kindern auf neun Stunden pro Tag. Nachtarbeit von schulpflichtigen Kindern ist nun ausdrücklich und uneingeschränkt verboten. Der den Kindern während der Arbeitszeit zu erteilende Schulunterricht wird auf drei Stunden am Tag erhöht. Die Verordnung erweitert somit den Kinderschutz in Bayern, bleibt aber erneut hinter den Bestimmungen eines ein Jahr zuvor in Preußen erlassenen Gesetzes zurück.



28. Oktober 1854 – Bestattung ohne den Ex-König Ludwig I.

München - Darmstadt * Der Ex-König Ludwig I. reist in Begleitung seiner Tochter, der Großherzogin Mathilde von Hessen, und seinem Sohn Adalbert mit dem Eilzug nach Darmstadt. Er will scheinbar bei der Bestattung seiner evangelischen Frau Therese in der Theatinerkirche einen möglichen Eklat ausweichen, wie er sich 1841 bei Königin Caroline ereignet hat.

8. Dezember 1854 – Papst Pius IX. verkündet das dritte Marianische Dogma

Vatikan * Papst Pius IX. verkündet das dritte Marianische Dogma, das besagt: „Maria hat unbefleckt empfangen.“ Es geht darum, dass bereits Maria ohne Erbsünde geboren worden ist.

Damit entscheidet das Oberhaupt der katholischen Kirche einen Jahrhunderte alten theologischen Streit. Doch nicht nur der Inhalt des Dogmas erregt Aufsehen, sondern auch die Tatsache, dass der Papst diese Entscheidung ohne ein Konzil und damit völlig eigenmächtig getroffen hat. Dogmen gelten in der katholischen Kirche als geoffenbarte Glaubenswahrheit und sind deshalb für alle Katholiken verbindliche und unumstößliche Glaubenssätze. Ignaz von Döllinger und viele deutsche Theologen sind entsetzt über dieses Dogma. Döllinger kann aber weder in der Heiligen Schrift noch in der Überlieferung der alten Kirche etwas auffinden, das diesen Glaubenssatz gerechtfertigen würde. Die Münchner theologische Fakultät rät dem Papst jedenfalls in einem Gutachten von diesem Schritt eindringlich ab. Ignaz von Döllinger hält sich dabei noch zurück.

Juli 1856 – Christian August Ernst muss zurücktreten

München-Tivoli * Christian August Ernst wird von der Generalversammlung der Aktionäre gezwungen, von der Leitung der Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft zurückzutreten und die Mühle verhältnismäßig günstig an die Gemeinschaft der Aktionäre zu verkaufen. Für die Mühle und das Ausflugslokal Tivoli erhält er 59.000 Gulden. Die Aktionäre wollen keinesfalls auf das Tivoli verzichten.

1857 – Spatenbräu steht mit dem Malz-Verbrauch an der Spitze

München * Im Braujahr 1856/57 steht „Spatenbräu“ mit einem Verbrauch von 18.417 Scheffel Malz an der Spitze in München. Die zwölf erfolgreichsten Münchner Brauereien haben einen



Malzverbrauch von zusammen 102.748 Scheffel. Das sind 228.100 Hektoliter.

1858 – Geplante Maßnahmen gegen Rebellen und gegen Aufruhr

München-Graggenau - München-Kreuzviertel * Eine von Kriegsminister von Manz vorgelegte Denkschrift will die Bürgerhäuser am Max-Joseph-Platz, zwischen der „Perusagasse ab nach Norden bis auf die Höhe des ludovicianischen Königsbaues abzureißen“, um den Rebellen keinen Unterschlupf und ein freies Schußfeld zu ermöglichen. Zwischen der Prannergasse [heutige Kardinal-Faulhaber-Straße] und der Theatinerstraße will er in den geschlossen bebauten Häuserblock eine Bresche schlagen, den gesamten Häuserblock zwischen der Perusagasse und der Schrammberggasse demolieren und auf der dadurch freiwerdenden Fläche eine Defensivkaserne errichten. Zum Glück haben sich all diese Planungen aus verschiedenen Gründen nicht realisieren lassen.

1859 – Bierboykott statt Straßenkrawall

München * Als der Münchner Magistrat den Schankpreis auf sechs Kreuzer je Mass festsetzt, reagiert die Bevölkerung mit einer neuen Form des Protests: Viele Menschen verzichten bewusst auf Bier. Die Münchner Stadtchronik berichtet: „Bei dem Eintritt des erhöhten Bierpreises ließ, wie wenn es allgemein verabredet gewesen wäre, der Bierkonsum mit einem Male auffallend nach. Die sonst am zahlreichsten besuchten Gastlokalitäten blieben spärlich besucht und waren sehr lange vor der Polizeistunde gänzlich leer. Es bildeten sich förmlich Bierenthaltungsvereine. [...] Arbeiter der großen, bei vierhundert Köpfe zählenden Maschinenfabrik von Maffei [verpflichteten sich] durch eigene Unterschriften, [bei] Eintritt des Feierabends kein Bier zu trinken, so lange die hohen Bierpreise bestünden.“ Der Boykott zeigt Wirkung. Mehrere Brauer und Wirte bieten ihr Bier schließlich unter dem amtlich festgelegten Preis an. Dennoch bleibt der Verbrauch deutlich niedriger als in den Vorjahren. Die Stadtchronik hält fest: „Aber dem ohngeachtet blieb die Bierkonsumtion im heurigen Winter gegen frühere Jahre bedeutend zurück, denn viele Hunderte hatten sich bereits daran gewöhnt, weniger Bier zu trinken.“ Anders als bei den früheren Bierkrawallen setzen die Münchner ihren Protest nun mit Konsumverzicht und wirtschaftlichem Druck durch.

1860 – Jeder Münchner - vom Säugling bis zum Greis - trinkt 535 Liter Bier

München * Die 18 Braun- und Weißbierbrauereien Münchens erzeugen 802.389 Hektoliter Bier.



Davon werden 6.775 Hektoliter exportiert. Bei einer Einwohnerzahl von rund 140.000 ergibt sich für dieses Jahr ein Pro-Kopf-Verbrauch von 535 Liter. Dieses durchschnittliche Quantum, das jeder Münchner zu sich nimmt [vom Säugling bis zum bettlägerigen Kranken], reduziert sich im Laufe der folgenden Jahre.

28. März 1862 – Richard Wagner auch in Sachsen amnestiert

Sachsen * Richard Wagner wird auch in Sachsen amnestiert. Damit ist er kein politischer Flüchtling mehr.

1863 – Joseph Anton von Maffei wird lebenslänglicher Reichsrat

München * Die Ernennung zum Adeligen lebenslänglichen Reichsrat der ersten Kammer des Landtags durch König Max II. ist der Höhepunkt der politischen Karriere von Joseph Anton von Maffei. Damit gehört er dem höchsten bayerischen Gremium an und sitzt an der Spitze der Entscheidungsträger. Dieses politische Engagement verschafft dem Geschäftsmann und dem gesamten Geldadel seiner Zeit einen massiven Informationsvorsprung. Mit diesem Insider-Wissen ist es vergleichsweise einfach, sein Geld in gewinnbringende Projekte und Immobiliengeschäfte zu investieren. Von der Karmelitenbrauerei in Regensburg über das Gut Weichs bei Ohlstadt zu einer Villa in Feldafing und einem weiteren Großanwesen in der Nähe von Iffeldorf, das Gut Staltach.

1864 – Papst Pius IX. erlässt eine Enzyklika aller zeitgenössischen Irrlehren

Rom-Vatikan * Papst Pius IX. erlässt - wieder ohne Konzil - die Enzyklika Quanta Cura, den sogenannten „Syllabus“, der eine Aufstellung von achtzig zeitgemäßen Irrlehren enthält. Dazu gehören nicht nur der Pantheismus, Naturalismus und Rationalismus, sondern vor allem der Sozialismus, Kommunismus sowie irrige Anschauungen über die Natur der Ehe und das Verhältnis von Staat und Kirche. Verurteilt wird auch der ungezügelter Fortschrittsglaube und der Liberalismus, der die Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die „Kurie“ sieht ihren Feind in der modernen Welt. Deshalb ist sie gegen die Glaubensfreiheit, Gewissens-, Kult-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Demokratie. Im Gegensatz dazu verlangt der Papst im „Syllabus“ die Oberhoheit der Kirche über die staatliche Gewalt. Auf Kritik an der römisch-katholischen Kirche und auf Individualismus antwortet sie mit dem Anspruch, dass nur sie selbst auf Erden die Sache Gottes „ausschließlich, alleinig und



entscheidend“ vertreten könne. Wer zu dieser Kirche nicht gehören will, der muss sie eben verlassen. Besonders in Deutschland entbrennt daraufhin eine Auseinandersetzung, in deren Folge es zum sogenannten Kulturkampf kommt.

1864 – Kostümverbot in Frankreich zum Schutz der Theater

Paris * Das Kostümverbot in Frankreich wird zum Schutz der Theater polizeilich überwacht.

21. April 1864 – Max Weber, der spätere Soziologe, wird in Erfurt geboren.

Erfurt * Max Weber, der spätere Soziologe, Ökonom, Jurist, Historiker und politische Analyst, wird - in großbürgerlichen Verhältnissen - in Erfurt geboren.

10. Juni 1865 – Richard Wagners Tristan und Isolde feiert Premiere

München-Graggenau * Im Hof- und Nationaltheater wird Richard Wagners „Tristan und Isolde“ uraufgeführt. Auch hier führt Hans von Bülow den Dirigentenstab. Die Oper ist ein weiterer Höhepunkt im Leben des Komponisten. Die Frankfurter Rundschau schreibt darüber: „Das schönste und erhabenste Werk, welches die Welt besitzt“. Dagegen meint Der Volksbote, eine bayerische Provinzzeitung: „Musik ein Tollsinn, Text ein Unsinn, das Ganze ein Irrsinn“. Doch der Märchenkönig ist wieder einmal begeistert. Wegen der „Schweinehunde-Affäre“ und den deshalb befürchteten Ausschreitungen befindet sich die Polizei im Zuschauerraum.

September 1865 – Richard Wagner mischt sich in die bayerische Politik ein

München * Richard Wagner mischt sich immer mehr in die bayerische Politik ein. Für König Ludwig II. verfasst er ein Pamphlet mit dem Titel „Was ist deutsch?“. In diesem fordert er die Gründung einer neuen politischen Zeitschrift und den Aufbau einer bayerischen Volksmiliz.

15. September 1865 – Die Schweiger-Theater müssen schließen

München-Isarvorstadt - München-Au * Am Ende bringt die politisch stärkere Konkurrenz die Schweiger-Theater zur Strecke. Als das Aktien-Volkstheater am Gärtnerplatz eröffnet wird,



müssen die Schweiger-Theater schließen.

8. Oktober 1865 – Bierkrawall auf dem Oktoberfest

München-Ludwigsvorstadt * Kurz nach der Freigabe des Bierpreises eskaliert auf dem Oktoberfest der Unmut über eine Preiserhöhung von nur einem Pfennig. Zwischen den Festbesuchern bricht eine große Schlägerei aus. Die Gendarmen greifen nicht ein. Aus Sorge vor weiteren Zusammenrottungen und einer möglichen Ausweitung der Unruhen ziehen sie sich in ihre Reviere zurück und überlassen das Geschehen zunächst sich selbst. Ob diese Entscheidung der Deeskalation dienen soll oder auf die Unsicherheit der Ordnungskräfte zurückzuführen ist, bleibt offen.

24. Dezember 1865 – Der amerikanische Ku-Klux-Klan wird gegründet

USA * Der amerikanische „Ku-Klux-Klan“ wird gegründet. Sein Ziel ist vor allem die Unterdrückung der Schwarzen. Es handelt sich um einen paramilitärischen Geheimbund im Süden der Vereinigten Staaten von Amerika, der seine politischen Ziele mit rücksichtslosem Terror durchsetzen will. Seine Gewalttaten richten sich zunächst gegen Schwarze und deren Beschützer sowie gegen die zahlreichen ehemaligen Nordstaatler, die vom Wiederaufbau des Südens profitieren wollen.

13. Juni 1866 – Die Pläne für ein Richard-Wagner-Festspielhaus

Zürich * Der Architekt Gottfried Semper richtet eine Anfrage an das Kabinett des bayerischen Königs, ob er die Pläne für das Richard-Wagner-Festspielhaus schicken soll, die „seit mehreren Monaten zur Vorlage fertig“ seien. Die schwierige politische Situation, die auch durch den bevorstehenden Krieg gegen Preußen entstanden ist, hat ihn zögern lassen. In den Folgewochen versucht Semper, die Planungen für den Monumentalbau möglichst schnell abschließen zu können.

23. August 1866 – Mit dem Frieden von Prag ist Österreich aus Deutschland hinausgedrängt

Prag - Wien - Berlin - München * Mit dem Frieden von Prag drängt Preußen Österreich aus Deutschland. Außerdem annektiert Preußen die umstrittenen Elbherzogtümer Holstein und



Lauenburg, das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau und das Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die Freie Stadt Frankfurt am Main. Geblieben ist ein Bundesstaat mit 15 Klein- und Mittelstaaten nördlich der Mainlinie, der politisch, wirtschaftlich und militärisch im Norddeutschen Bund von Preußen dominiert wird. Eine sonderbare staatsrechtliche Konstruktion, die keinen langen Bestand haben wird. Der Norddeutsche Bund erhält ein eigenes Parlament. Seine Verfassung nimmt bereits die des 1870/71 begründeten Deutschen Reiches vorweg.

1868 – Die Kiauschou-Bucht als Marine- und Handelsstützpunkt vorgeschlagen

Kiautschou-Bucht - China * Der Geograph und Geologe Ferdinand von Richthofen durchquert in den Jahren zwischen 1668 und 1872 als Forschungsreisender dreizehn der achtzehn chinesischen Provinzen und schlägt die Kiauschou-Bucht für einen deutschen Marine- und Handelsstützpunkt vor. Die sich in den 1890er-Jahren ändernde Kolonialpolitik bringt auch eine aktive Unterstützung der Tätigkeit der Missionare. Diese kümmern sich weder um die Gefühle der Bewohner und sehen in Konfuzius lediglich ein eingebildetes Symbol, das dem katholischen Glauben zu weichen hat.

1. Februar 1868 – Die Geburtsstunde des Städtischen Wehramtes

München * Die magistratische Aushebungsbehörde übernimmt die Aufgaben des polizeilichen Militärbüros in München. Das ist die Geburtsstunde des Städtischen Wehramtes, das zunächst den Namen Militärkonskriptionsbureau beibehält. Es bildet den Gegensatz zum Zivilkonskriptionsbureau, dem späteren Einwohneramt. Die Heeresergänzung ist seither die wichtigste Aufgabe der Gemeinde auf militärischem Gebiete.

19. Dezember 1868 – Die Polytechnische Schule wird eingeweiht

Maxvorstadt * Die Polytechnische Schule an der Arcisstraße wird eingeweiht.

1869 – Die Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft bittet um eine staatliche Finanzhilfe

München-Englischer Garten - Tivoli * Wegen Misswirtschaft und sinkenden Umsätzen muss die Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft um eine staatliche Finanzhilfe bitten. Diese wird nicht gewährt.



1. März 1869 – Der Münchner Ableger des ADV wird in der Nordendhalle gegründet

München * Der Münchner Ableger des seit 1863 bestehenden Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins - ADV wird in der Nordendhalle gegründet. Angekündigt ist eine Veranstaltung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Besprechung der Arbeiterfrage“. Tatsächlich ist es eine Gründungsversammlung. Siebzig Personen treten dem Vorgängerverein der SPD an diesem Tag bei. Der Verein wird aber ziemlich schnell wieder verboten, weil der Obrigkeit die politischen Debatten in Vereinen einfach suspekt sind.

29. August 1869 – Johann Valentin Fey heiratet Johanna Maria Schatte

München-Au - Herwigsdorf * Der 36-jährige Tapezierer Johann Valentin Fey heiratet die 24-jährige Köchin Johanna Maria Schatte aus Zittau in Herwigsdorf in Sachsen nach evangelischem Ritus. Sie möchten ganz bewusst der selben Zeremonie im erzkatholischen München entgegen.

1870 – Die Altkatholiken spalten sich von der römisch-katholischen Kirche ab

Rom-Vatikan - München * Das Erste Vatikanische Konzil beschäftigt sich mit der Lehrgewalt des Papstes, bei der die Mehrzahl der Bischöfe die „Unfehlbarkeit des Papstes“ in Glaubensfragen bejaht. Daraufhin spalten sich - unter Führung von Ignaz Döllinger - die Altkatholiken von der römisch-katholischen Kirche ab, da sie die Konzilsentscheidung nicht anerkennen wollen.

1870 – Jährlich kommen etwa 15.000 Saisonarbeiter aus der Gegend von Udine

Königreich Bayern * Die bayerischen Ziegeleibaronen holen jährlich etwa 15.000 Saisonarbeiter aus der Gegend von Udine und dem Friaul ins Land, da sie - so die offizielle Begründung - als „streng katholisch“ sowie „genügsam und anspruchsvoll“ gelten. Auch würden sie „am Montag früh stets vollständig zur Arbeit erscheinen, eine Eigenschaft, auf die man bei den einheimischen Arbeitern nicht bestimmt rechnen kann“. Wesentlich interessanter war für die „Loambarone“ allerdings, dass die italienischen Arbeitskräfte gegenüber ihren deutschen Kollegen erheblich billiger waren und dass sie das in Italien traditionelle Akkordanten-System von jeglicher sozialer Verantwortung gegenüber den Ziegeleiarbeitern entband. Die Anwerbung der Ziegelerbeiter, den Fornaciai, übernahmen die Akkordanten oder Capuzats. Das waren Friulaner, die mit den hiesigen Verhältnissen bestens vertraut und sprachkundig waren und so als



Bindeglied zwischen den Ziegeleibesitzern und den Arbeitern fungierten.

1870 – Der Zechmeister'sche Pferde-Omnibus ist wirtschaftlich erfolgreich

München * Die Strecke des Zechmeister'schen Pferde-Omnibus vom Zentralbahnhof zur Ludwigsbrücke wird in der Zeit von 8:00 Uhr bis 20:30 Uhr im 20-Minuten-Takt befahren. Auf Drängen der Polizei müssen die Linien beschildert und nummeriert werden, bei Dunkelheit farbige Lampen die Richtung anzeigen. Der Tarif beträgt nur mehr drei Kreuzer. Es gibt bunte Fahrscheine, die sogar schon mit einem Reklameaufdruck versehen sind. Da die Nachfrage inzwischen angestiegen ist, kann das Unternehmen auf einen wirtschaftlichen Erfolg hoffen. Das Zechmeister'sche Streckennetz wird in der Folgezeit ständig erweitert. Bei Unrentabilität werden Streckenabschnitte aber auch wieder eingestellt oder nur mehr zu besonderen Anlässen angefahren. So verkehrten bestimmte Sonderwagen nur während des Oktoberfestes oder fahren nach Nymphenburg.

11. April 1870 – Behördliche Nachforschungen zur Eheschließung

München-Au * Scheinbar haben die Eheleute Johann Valentin und Johanna Maria Fey ihre in Sachsen vollzogene Eheschließung nicht bei der Königl. Polizeidirektion München gemeldet, weshalb die Behörde Nachforschungen anstellt.

13. Juli 1870 – Der Preußenkanzler Otto von Bismarcks brüskiert Frankreich

Berlin * Der Preußische Kanzler Otto von Bismarck weis, dass die Deutsche Einigung nur durch den Druck von Außen vollendet werden kann. Diesen Druck von Außen liefert ihm der französische Kaiser Napoleon III., nachdem das spanische Parlament den vakanten Thron einem Mitglied des Haus Hohenzollern-Sigmaringen anbietet. In Frankreich kommen daraufhin Einkreisungsängste hoch, die sich in der scharfen Ablehnung des spanischen Vorhabens durch Kaiser Napoleon III. niederschlagen. Preußens König Wilhelm I. erklärt sich daraufhin öffentlich bereit, den französischen Wünschen nachzukommen und den Thron einem nicht-deutschen Kandidaten zu überlassen. Doch das ist für die französische Öffentlichkeit zu wenig. Sie fordert die Garantie, dass auch zukünftig die Kandidatur hohenzollerischer Prinzen ausgeschlossen wird. Mit dieser Forderung reist der französische Botschafter Benedetti nach Bad Ems, wo sich der Preußenkönig zur Kur aufhält. Wilhelm I. und Bismarck erkennen die isolierte Position der Franzosen, da weder England noch Russland Interesse an dem Vorgang zeigen. Schon deshalb



lehnt König Wilhelm I. die Forderung ab und informiert darüber seinen Kanzler in einer sachlich gehaltenen Depesche. Bismarck überarbeitet den Inhalt der Emser Depesche in scharfer Form und gibt den veränderten Text noch am selben Tag an die Presse weiter. Durch den brüskierten Ton der Depesche fühle sich Frankreich tief gedemütigt. Damit geht Otto von Bismarcks Rechnung auf.

16. Juli 1870 – Die englischen Sympathien gehören Preußen

London * In der Londoner Times kann gelesen werden: „Über das eine kann gegenwärtig kein Zweifel herrschen, dass aller Welt Sympathien sich jetzt dem angegriffenen Preußen zuwenden. Napoleon hat sich zu einer unpolitischen und verbrecherischen Tat hinreißen lassen, die Gedanken des ersten Kaiserreichs scheinen der Fluch des zweiten zu werden. [...] Wehe dem Kaiser, wenn seine Soldaten eine Schlappe oder gar eine Niederlage erleiden sollten.“

18. Juli 1870 – Die Unfehlbarkeit des Papstes wird beschlossen

Rom-Vatikan * Die Konzilsmehrheit beschließt auf dem Ersten Vatikanischen Konzil die „Unfehlbarkeit des Papstes“ in Fragen des Glaubens und des Lebens der Christen sowie seine oberste und alleinige Rechtsgewalt in der Kirche. Ignaz von Döllinger sieht durch das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit die apostolische Tradition verraten. Doch die Reaktion der römischen Kurie folgt umgehend. Alle Katholiken, die aus Gewissensgründen die neuen Glaubenssätze nicht annehmen und ihnen öffentlich widersprechen, werden exkommuniziert, also aus der sakramentalen Gemeinschaft der Kirche ausgeschlossen.

19. Juli 1870 – Frankreichs Kaiser Napoleon III. erklärt Preußen den Krieg

Paris - Berlin • Die französische Kriegserklärung trifft in Berlin ein. Kaiser Napoleon III. tritt die Flucht nach vorne an und erklärt - überstürzt und ohne außenpolitische Rückendeckung - Preußen den Krieg. „Nach Berlin!“ heißt der Schlachtruf und Marschall Leboeuf erklärt: „Frankreich ist bereit. Die preußische Armee existiert nicht. Ich kenne sie nicht!“ Da nun aber Preußen der angegriffene Staat ist, werden - für Frankreich völlig unerwartet - die süddeutschen Länder Bayern, Baden und Württemberg als Verbündete Preußens mit in den Krieg ziehen.



5. Dezember 1870 – Die Auflösung der Ludwigs-Walzmühle am Tivoli beschlossen

München-Englischer Garten - Tivoli * Weil im Gebäude der Ludwigs-Walzmühle am Tivoli inzwischen weder Tische noch Stühle vorhanden sind, findet die Generalversammlung der Königlich bayerischen Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft im Nebenzimmer des Gasthauses Zum Tivoli statt. Diese beschließt die Auflösung der Gesellschaft.

8. Dezember 1870 – Josef wird zum Patron der katholischen Kirche ernannt

Rom-Vatikan * Josef, der Nährvater Jesu, wird von Papst Pius IX. zum Patron der katholischen Kirche ernannt.

31. Dezember 1870 – Der Export Münchner Bieres liegt bei 150.903 Hektoliter

München * Der Export Münchner Bieres liegt bei 150.903 Hektoliter.

31. Dezember 1870 – Der Malzverbrauch aller Münchner Brauereien liegt bei 592.618 Hektoliter

München * Der Malzverbrauch aller Münchner Brauereien liegt bei 592.618 Hektoliter.

1871 – Die Alt-Katholiken erhalten für elf Jahre die Nikolaikirche am Gasteig

München-Haidhausen * Der Magistrat der Stadt München überlässt - gegen den geharnischten Protest der katholischen Kirche - den Alt-Katholiken die Nikolaikirche am Gasteig für insgesamt elf Jahre.

1871 – Ein vielfältiges Volksbildungswesen entwickelt sich

Königreich Bayern * Im Zeitraum von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges entwickelt sich in Bayern ein vielfältiges Volksbildungswesen, das von verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Richtungen getragen wird. Im Bereich des bürgerlich-liberalen Lagers entstehen Volksbildungsvereine, die als Vorläufer der Volkshochschulen angesehen werden können.



Januar 1871 – Dreißig Handwerksmeister gründen den Meisterverein in München e.G.

München * 30 Handwerksmeister, die alle aus dem Katholischen Gesellenverein hervorgingen, gründen im Januar 1871 einen Verein unter dem Namen Meisterverein in München e.G.. Als Ziele schreiben sie die „gegenseitige Unterstützung mit Rat und Tat im gewerblichen Leben“ in ihre Satzung. Außerdem wollen sie in monatlichen Zusammenkünften „Vorträge hören“ und „Erfahrungen austauschen“ sowie „sachgemäße Kassen“ gründen.

15. März 1871 – Gründung der Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp.

München-Englischer Garten - Tivoli * Frühere Aktionäre der Königlich bayerischen Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft gründen unter dem Namen Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp. - Commanditgesellschaft in Tivoli bei München eine neue Gesellschaft.

Mai 1871 – Die Münchner Pfingsterklrung wird verfasst und unterschrieben

München * In einer Zusammenkunft bei Ignaz von Döllinger unterschreiben dreißig Gegner der neuen Dogmen der römisch-katholischen Kirche die „Münchner Pfingsterklrung“, in der sie die gegen sie verhängten Maßregelungen als ungültig und unverbindlich erklären.

28. Mai 1871 – Die „Blutige Woche“ endet

Paris * Die „Blutige Woche“, in deren Verlauf grausame Rache an den aufständischen Frauen und Männer aus Paris geübt wird, endet auf dem Friedhof von Pre-Lachaise. Rund 30.000 Tote, mindestens 50.000 Verschwundene, fast 40.000 Verhaftete sind die Opfer. Die Mehrzahl der 13.000 Verurteilten werden nach Neukaledonien deportiert. So etwas, darüber sind sich die konservativen Politiker und Militärs - in Hinblick auf die deutsche Sozialdemokratie - einig, darf in Deutschland nie passieren. Die in Paris gemachten Erfahrungen münden später in das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen“, kurz gesagt, das „Sozialistengesetz“ vom 21. Oktober 1878.

September 1871 – Auf Anregung Döllingers tagt in München der erste Altkatholikenkongress

München * Auf Anregung Ignaz von Döllingers tagt in München der erste Altkatholikenkongress.



Der Gelehrte hat das Stichwort von der „alten katholischen Kirche“ geprägt und meint damit „alt“ im Sinne von „ursprünglich“. Döllinger warnt zwar eindringlich vor der sich anbahnenden Kirchenspaltung, doch ist die Gründung der Altkatholischen Kirche unumgänglich.

21. Februar 1872 – Ein Großbrand vernichtet die Kunstmühle von K. Kurlaender & Comp.

München-Englischer Garten - Tivoli * Ein Großbrand vernichtet die Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp.. Da die Gesellschaft gut versichert war, ist man eher „aufgebrannt“ statt abgebrannt.

25. Februar 1872 – Prinz Otto wird nach Schloss Nymphenburg gebracht

München-Graggenau - Schloss Nymphenburg * Prinz Otto wird - gegen seinen Willen - auf Anordnung seines Bruders König Ludwig II. aus der Residenz entfernt und nach Schloss Nymphenburg gebracht, wo er im südlichen Pavillon isoliert wird.

29. September 1872 – Erstmals wird auf der Wiesen das sogenannte Märzenbier ausgeschenkt

München-Theresienwiese - München-Au * Bis 1872 wird auf der Wiesen das sogenannte Sommerbier ausgeschenkt. Nachdem der Sommer dieses Jahres sehr heiß gewesen ist, gingen dem Leistbräu die Vorräte an Lagerbier aus. Michael Schottenhamel will auf dem Oktoberfest jedoch kein Winterbier ausschenken, weshalb er Sedlmayr's Märzenbier zum Ausschank bringt. Der Bierpreis liegt mit 12 Kreuzern 3 Kreuzer über dem üblichen Preis, was den Polizeipräsidenten wegen zu erwartender Bierkrawalle schlecht schlafen lässt. Michael Schottenhamel meint dazu nur: „Wann d'Münchner was richtig's krieg'n, na schaug'n sie's Geld net o!“ Und tatsächlich, das neue Münchner Bier findet einen derartigen positiven Anklang, dass bald alle Brauereien ein Märzenbier entwickeln.

Oktober 1872 – Das Märzen erobert das Oktoberfest

München * Nach dem außergewöhnlich heißen Sommer sind die Vorräte an Lager- und Sommerbier bereits vor Beginn des Oktoberfests nahezu aufgebraucht. Dem Wiesnwirt Michael Schottenhamel droht das Bier auszugehen. Als Ersatz bietet ihm Joseph Sedlmayr von der Franziskaner-Leistbrauerei ein neuartiges, bereits im März nach Wiener Art gebräutes Bier an:



das Märzen. Das bernstein- bis goldfarbene Bier besitzt eine Stammwürze von ungefähr 16 Prozent und ist dadurch kräftiger, malzbetonter und alkoholreicher als das bisher ausgeschenkte Sommerbier. Wegen des höheren Rohstoffeinsatzes kostet die Maß zwölf statt der üblichen neun Kreuzer. Brauer und Polizeibehörde befürchten angesichts der zurückliegenden Bierkrawalle neue Unruhen. Schottenhamel setzt jedoch auf seine Kenntnis des Münchner Publikums: „Wann d'Münchner was Richtigs kriag'n, na schaug'n s'Geld net an.“ Die Ausschankgenehmigung wird zunächst nur unter der Bedingung erteilt, dass Schottenhamel für mögliche Folgen selbst einsteht. Doch die Befürchtungen erfüllen sich nicht: Das kräftige, malzaromatische Märzen findet bei den Gästen großen Anklang. Trotz des höheren Preises wird es zum Verkaufserfolg und entwickelt sich in den folgenden Jahren zum klassischen Oktoberfestbier.

14. Oktober 1872 – Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt zieht in die Ludwigstraße

München-Maxvorstadt * Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern hat im Gebäude des Damenstifts an der Ludwigstraße ihre neue Unterkunft gefunden. Die Lehramtsaspirantinnen müssen eine höhere Erziehungs- und Unterrichtsanstalt besuchen und anschließend eine zweijährige Fachausbildung durchlaufen, werden aber nicht in den gleichen Fächern ausgebildet wie die Männer. Behörden und Lehrer sehen die Frau in der Schule - zwar als einen hübschen, aber dennoch - als Ärgernis erregenden Fremdkörper an. Kritiker betonen, dass der Körper der Lehrerinnen „den Anstrengungen des Schulberufs weniger gewachsen ist als der der Männer. Wir Deutsche aber, die dem konzentrischen Drucke aller Völker Europas ausgesetzt sind, können die Verweiblichung am allerwenigsten brauchen. Wir können uns in unserer Stellung nur halten aufgrund jener harten Männertugenden, die das schönste Erbe des deutschen Volkes sind.“ Die Lehrerinnen werden von ihrem männlichen Kollegen verteufelt, obwohl ihr Lohn sowieso schon geringer als der ihrer männlichen Kollegen ist. Außerdem haben die meisten weiblichen Lehrkräfte keine feste Anstellung und kommen über die untersten Stufen der Hierarchie nicht hinaus. Hinzu kommt noch ein strenges Zölibat, ein Heiratsverbot. Das verordnete Eheverbot für die Lehrerinnen ist ein wirksames Mittel, die Quote der weiblichen Lehrkräfte niedrig zu halten. Die Unvereinbarkeit zwischen Ehe und Lehrberuf wird begründet und verteidigt. So kommt der Bayerische Landtag zur Erkenntnis, dass das Eheverbot „einem dem Interesse der Schule schädlichen Widerstreit zwischen den Pflichten einer Frau als Lehrerin und als Ehefrau“ zuvorkomme.

29. November 1872 – Die Aktiengesellschaft Kunstmühle Tivoli wird gegründet

München-Englischer Garten - Tivoli * Nahezu alle Gründer der Kommanditgesellschaft



Kunstmühle Tivoli von K. Kurlaender & Comp. gründen eine neue Aktiengesellschaft. Diese firmiert jetzt endgültig unter dem Namen Kunstmühle Tivoli.

1873 – Umbenennung in „Kunstmühle Tivoli Aktiengesellschaft“

München-Englischer Garten - Tivoli * Die „Königlich Bayerische privilegierte Ludwigs-Walzmühl-Gesellschaft“ wird in „Kunstmühle Tivoli Aktiengesellschaft“ umbenannt. Damit hat sich der Name des „Ausflugslokals Tivoli“ endgültig auf die ehemalige „Neumühle“ übertragen.

21. Februar 1873 – Die Kunstmühle Tivoli A.G. wird ins Handelsregister eingetragen

München-Englischer Garten - Tivoli * Die Kunstmühle Tivoli A.G. wird mit ihrer Rechtsnachfolgerin Tivoli Handels- und Grundstücks-Aktiengesellschaft, München ins Handelsregister eingetragen. Dieses Datum gilt als Geburtstag der Kunstmühle Tivoli.

9. Mai 1873 – Der Beginn des modernen politischen Antisemitismus

Deutsches Reich * Die durch den Gründerkrach ausgelöste schwere Wirtschaftskrise führt dazu, dass viele Menschen nach Schuldigen suchen. Antisemiten behaupten nun, Juden seien für wirtschaftliche Probleme verantwortlich: jüdische Bankiers und Unternehmer sind für den Börsenboom verantwortlich, Juden kontrollieren die Wirtschaft, Juden profitieren auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Für diese Behauptungen gab es keine sachliche Grundlage. Dennoch finden sie in der Krisenzeit bei manchen Menschen Anklang. Bis dahin waren Vorurteile gegenüber Juden meist religiös begründet gewesen. Nun ist etwas Neues entstanden: Juden werden als angeblich fremde „Rasse“ dargestellt. Ihre vollständige Integration wird infrage gestellt. Antisemitismus wird zu einem politischen Programm.

Oktober 1873 – Die erste „Velociped-Wettfahrt“ in der Landeshauptstadt München

München * An einem nebeligen Herbsttag treten dreizehn Mitglieder des „Münchner Velociped-Klubs“ zur ersten „Velociped-Wettfahrt“ der Landeshauptstadt an. Die Herren müssen schon hart gegen sich selbst sein, denn sehr leicht und bequem lassen sich die Maschinen aus Holz mit ihren eisenbeschlagenen Rädern nicht fortbewegen. Die Strecke



beträgt circa neun Kilometer und beginnt am Sendlingertorplatz. Der Sieger benötigt 42 Minuten.

Er hatte Glück, da sein wichtigster Konkurrent unterwegs durch „eine unfreiwillig wichtige Besprechung mit einem Gensdarm“ an der Weiterfahrt gehindert wurde.

22. Oktober 1873 – In Wien das Dreikaiserabkommen geschlossen

Paris - Berlin - Wien - Petersburg * Zur Isolierung Frankreichs wird in Wien das Dreikaiserabkommen zwischen Deutschland, Österreich und Russland abgeschlossen.

1874 – Die Kunstmühle Tivoli wird neu erbaut

München-Englischer Garten - Tivoli * Die Kunstmühle Tivoli wird neu erbaut und im Jahr darauf bereits erweitert.

1874 – Der Sozialdemokratische Verein wird aufgelöst

München * Auf Betreiben des Münchner Polizeidirektors Max Freiherr von Feilitzsch wird der Sozialdemokratische Verein aufgelöst. Von 1875 bis 1878 werden 568 Verfahren wegen „geheimer Verbindung und verbotener Affiliation“ eingeleitet.

Februar 1874 – Die Kgl. Polizeibehörde lehnt die Pferdestraßenbahn ab

München * Es dauert über ein Jahr, bis sich die Kgl. Polizeidirektion als genehmigende Aufsichtsbehörde zum Aufbau einer schienengebundenen Pferdestraßenbahn äußert. Sie lehnt die Pferdeeisenbahnlinie aus verkehrstechnischen Gründen ab, da sich in der Innenstadt „eine große Zahl von Industriellen niedergelassen habe, denen Tag für Tag große Quantitäten Waren auf umfangreichen Transportmitteln zugeführt werden, da ferner die Straßenkörper noch zu speziellen Verrichtungen, wie Holzmachen, Entleerung von Abortgruben, Beladen von Möbelwagen, ununterbrochen in Anspruch genommen werden müssen“.

21. Juli 1874 – Solidarität zwingt den Wirt zum Einlenken

München-Au * Der Bierboykott zeigt Wirkung. Der Wirt „Zum Bereiter Anger“ bietet den Arbeitern



der Lederfabrik Seiler und Bromberger den Liter Bier zunächst für acht Kreuzer an. Alle übrigen Gäste sollen weiterhin neun Kreuzer bezahlen. Die Arbeiter lehnen diesen Preisnachlass für ihre eigene Gruppe ab. Sie erklären, den Boykott fortzusetzen, solange der niedrigere Preis nicht für sämtliche Gäste gilt. Daraufhin gibt der Wirt nach und senkt den Bierpreis allgemein auf acht Kreuzer. Die „Süddeutsche Volksstimme“ würdigt am 21. Juli 1874 die solidarische Haltung: „Die Arbeiter erklärten jedoch, unter diesen Umständen den Streik aufrecht erhalten zu müssen. Der Wirt gab nun nach und verkauft jetzt durchgängig das Bier nur um 8 kr. Es ist sehr zu wünschen, dass andere Stände von diesem Gemeinsinn der Arbeiter lernen, statt wie bisher über diese loszuziehen.“ Der Vorgang macht deutlich, dass es den Arbeitern nicht nur um einen persönlichen Preisvorteil geht. Ihr gemeinsames Vorgehen soll eine Preissenkung für alle Gäste erreichen.

12. Oktober 1874 – Königin-Mutter Marie konvertiert zum römisch-katholischen Glauben

Waltenhofen * Die Königin-Mutter Marie tritt in Waltenhofen zum römisch-katholischen Glauben über.

1875 – Ein Probesud beim Spatenbräu mit dem neuen Wasser vom Taubenberg

München-Ludwigsvorstadt * 100 Hektoliter Wasser werden vom Taubenberg nach München gebracht und beim Spatenbräu ein Probesud angesetzt. Das gebraute Bier entspricht den Vorstellungen und den Qualitätsanforderungen der Brauer und der Verbraucher.

3. Mai 1875 – Münchens Gassen werden zu Straßen

München * Die Polizeidirektion erlässt eine neue Bezirks- und Distriktseinteilung, mit der Aufzählung sämtlicher Straßen, die zu dem jeweiligen Bezirk gehören. Alle bisherigen Gassen heißen seitdem Straße. Nur die Preysinggasse wird vergessen und dafür im Jahr darauf zur Straße. Inzwischen ist aus der Preysingstraße die Viscardigasse geworden. Andere Straßen nennt man später wieder in Gasse um. Es sind dies die Dürnbräugasse, die Albertgasse und die Filserbräugasse.

16. Juli 1875 – Karl Falks Ausbauarbeiten werden von der Baupolizei abgenommen



München-Au * Der Anbau für das Wohnhaus des bürgerlichen Tapezierermeisters Karl Falk an der Entenbachstraße 63 wird von der Baupolizei abschließend besichtigt. Mit der Umbaumaßnahme ergibt sich ein Raumgewinn von zwei größeren Zimmern pro Etage, die als Wohnungen vermietet werden. Der Eingang ist auf die Rückseite verlegt worden. Das Dach ist zur Hofseite hin abgewalmt.

März 1877 – Polizeidirektion beendet Ausschank bereits um 18 Uhr

München-Au * Nach erheblichen Störungen und Pöbeleien verschärft die Polizeidirektion die Vorschriften erneut. Gruppen betrunkenen Randalierer, in zeitgenössischen Berichten abwertend als „Strizzi“ bezeichnet, sorgen wiederholt für Unruhe. Daraufhin darf das Salvatorbier nur noch bis 18 Uhr ausgeschenkt werden. Doch selbst diese drastische Verkürzung bringt keine dauerhafte Besserung. Die Menschenmengen, der hohe Alkoholkonsum und die wiederkehrenden Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Besuchergruppen bleiben ein erhebliches Sicherheitsrisiko.

März 1877 – Warnungen vor Gewalt auf dem Salvatorkeller

München-Au * Schon Jahre vor der späteren „Salvatorschlacht“ fürchten Polizei und Presse einen größeren Gewaltausbruch auf dem Salvatorkeller. Während der Starkbierzeit kommt es dort immer wieder zu Trunkenheit, Streit und handfesten Auseinandersetzungen. Das „Dillinger Tag- und Anzeigenblatt“ zeichnet im Frühjahr 1877 ein drastisches Bild: „Alle Jahre wiederholen sich zur Schande Münchens und zur Belästigung der Einwohner dieselben widerlichen Erscheinungen in Folge des Salvatorgenusses. Auf dem Keller selbst gibt es viehische Szenen, deren viele zu beschreiben der Anstand verbietet. Da wird gebrüllt, gerauscht, gestochen, mit Masskrügen geworfen usw.“ Der Bericht macht deutlich, dass die Ausschreitungen von 1888 nicht völlig überraschend kommen. Bereits mehr als ein Jahrzehnt zuvor gilt der Salvatorkeller während der Starkbierzeit als möglicher Schauplatz schwerer Gewalttaten.

1878 – Der Velo-Club lädt den Polizeidirektor zum Faschingsball ein

München * Um die polizeilichen Unfreundlichkeiten und Schikanen gegenüber den Radfahrern abzumildern, lädt der Münchner Velo-Club den königlichen Polizeidirektor zum Faschingsball ein. Durch gutes Zureden - bei Kaviar und Champagner - erreichen die „Radlnarrischen“ schließlich eine bessere Grundstimmung der Polizei gegenüber ihren Interessen.



1878 – Das katholische Stadtpfarramt lehnt die Leichenverbrennung ab

Gotha * In Gotha entsteht Deutschlands erste Leichenverbrennungsanlage. Der Münchner Magistrat befragt daraufhin die drei Religionsgemeinschaften über Einwände gegen die Feuerbestattung. Während die Israelitische Kultusgemeinde keinerlei Einwand sieht und das protestantische Stadtpfarramt Änderungen des Ritus für unnötig erachtet, lehnt das katholische Stadtpfarramt die Leichenverbrennung kategorisch ab. Fürsprecher findet diese Bestattungsform bei den Sozialdemokraten. Sie fordern eine allgemeine Einführung der Feuerbestattung als einzige Möglichkeit, Chancengleichheit zu gewähren, da mit der Leichenverbrennung endlich die Klassenbegräbnisse hinfällig werden würden.

1878 – Die Heilig-Kreuz-Kirche besitzt zwei bemerkenswerte Nebenaltäre

München-Obergiesing * Die Heilig-Kreuz-Kirche besitzt zwei bemerkenswerte Nebenaltäre: den Marienaltar und den Josephsaltar. Das Programm des Marienaltars wird im Rahmen einer Altarstiftung zum Tode des Papstes Pius IX. festgelegt. Es geht hierbei um den Kampf der katholischen Kirche um Macht und Einfluss im Verhältnis zu den Staaten und zur eigenen Anhängerschaft.

1878 – Jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ muss polizeilich genehmigt werden

Berlin * In einer Reichspolizeiverordnung wird festgelegt, dass jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ polizeilich genehmigt werden muss, dass diese Genehmigung nur für ein bestimmtes Lokal gilt und dass die Erlaubnis zudem zurückgezogen werden kann. Außerdem wird die Aufführung von Dramen, Lustspielen, Possen, Opern, Operetten, Sing- und Liederspielen, Tänzen und Balletts als unzulässig erklärt. Nur Gesangs- und Deklamationsstücke mit einer Besetzung von höchstens zwei Personen sind erlaubt. Die vortragenden Personen dürfen aber nur in bürgerlicher Kleidung (Gesellschaftsanzug) auf der Bühne erscheinen. Alle Vorträge im Kostüm sind verboten. Als Ausnahme wird der Auftritt im „wirklichen Nationalkostüm“ (Tracht) genehmigt. Auch Kulissen, Vorhänge und jede Art von Requisiten werden von der Bühne verbannt. Außerdem durften die vorgetragenen Gesangs- und Deklamationsstücke in Inhalt und Vortragsweise nicht gegen die Religion, die Sittlichkeit, die staatlichen Einrichtungen, den öffentlichen Anstand und die öffentliche Ordnung verstoßen. Die Vorträge dürfen frühestens um 18 Uhr beginnen und müssen spätestens um 23 Uhr beendet sein.



5. Oktober 1878 – Das Kil's Colosseum erhält die Konzession für Singspielhallen

München-Isarvorstadt * Die Singspielhalle Kil's Colosseum erhält die Konzession für Singspielhallen und Café chantants. Sie wird in Bezug zum Bayerischen Polizei-Strafgesetzbuch vom 16. Dezember 1871 gestellt, in dem festgelegt ist: „das sogenannte Chansonetten-Kostüm selbst in der abgeschwächten Form des kurzen ausgeschnittenen Kleides mit kurzen Ärmeln und mit Trikot ist verboten. Die Chansonetten und Coupletsängerinnen dürfen nur in langem Gesellschaftskleide auftreten. Nur das National-Costüm von echten National-Sängern ist von den Bestimmungen [...] ausgenommen“.

21. Oktober 1878 – Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

Berlin - Deutsches Reich - München-Au * Da die Zahl der Anhänger der sozialistischen Arbeiterbewegung ständig wächst und von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt, setzt Reichskanzler Otto von Bismarck das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Kraft. Davon unabhängig fördern die Bischöfe die katholischen Werktätigen finanziell und ideell mit der Organisation von Arbeitervereinen, darunter den Katholischen Arbeiterbund und dem Kolpingverein. Auch die Josephshäuser in der Hochstraße zeugen von diesen Aktivitäten. Während es den sozialdemokratischen Arbeitervertretungen um eine harte Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Unternehmern und dem Staat geht, ist das oberste Ziel der katholischen Arbeitervereine die „christliche Lebensführung der Arbeiterfamilien“ und die Förderung sowie den Erhalt von „Religion und Sittlichkeit bei den Arbeitern“.

1879 – Friedrich Fabri stellt die Frage nach deutschen Kolonien

Deutsches Reich * Friedrich Fabri, ein aus Franken stammender Missionsleiter, Expansionspublizist, Kolonial- und Sozialpolitiker, veröffentlicht eine aufsehenerregende Broschüre, in der er die Frage stellt: „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ Fabri gilt gemeinhin als Vater der deutschen Kolonialbewegung. Er sieht in der Überbevölkerung, der Überproduktion und dem Kapitalüberschuss die eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen des Kaiserreichs. Friedrich Fabris Krisentherapie besteht aus einer Exportoffensive an Waren, Kapital und Menschen. Durch eine „gelenkte Auswanderung“ und gegebenenfalls auch der Deportation der Kräfte aus der sich emanzipierenden sozialistischen Arbeiterschaft, die an ihren systemverändernden Absichten festhielten, könnte auch die Soziale Frage nach Übersee exportiert werden. Friedrich Fabri stilisierte damit die Frage nach deutschen Kolonien zu einer deutschen



Überlebensfrage hoch.

1879 – Eine Beschreibung Untergiesings

München-Untergiesing * Im Münchner Fremdenblatt sind - 25 Jahre nach der Eingemeindung - über Giesing folgende Zeilen zu lesen: „[...] Viel berechtigter wäre der Ausspruch: Die neue Wittelsbacherbrücke sei über die Isar gebaut, um bei ihrem prächtigen Anblick zu vergessen, welche Enttäuschung folgt, wenn man sie überschritten hat und sich einer Vorstadt nähert. Da wir einmal auf dem Wege sind, wollen wir uns auf dem Schyrenplatz, so genannt zum Andenken der Wittelsbacher Ahnen, weiter wagen; denn es ist Schönwetter und die Police der Unfallversicherung in unserer Tasche. Die Stadt hat aufgehört und liegt hinter uns - das Dorf beginnt, und zwar ein schmutziges Dorf. Lassen wir den Tummelplatz des Rieser und niederbayerischen Federviehs (den Weideplatz der Martinsvögel, die jedoch hier zu jeder Zeit vertilgt werden, wenn sie nur 'gansln'), links liegen und haben wir die blauweiße Tafel passiert, auf der geschrieben steht Gänsemarkt, so kommen wir rechts vor dem Eingang in das eigentliche Giesing, an eine eigentümliche Fallgrube. Auf unser Befragen hin wurde uns mitgeteilt, das sie die Universalabtrittsgrube der Adjazenten [= Anwohner] weit herum bilde, die in ihren Häusern des allernötigsten Rückzugsortes entbehren, der für alle zivilisierten Völker der notwendigste ist. Gleich neben der Kommunegrube arbeitet die Wasserversorgungsanstalt, welche die Vorstadt mit filtriertem Isarwasser beglückt. Und wieder nur einen Schritt weiter kommen wir an eine Pfütze, an ein Stinkwasser, das von Zeit zu Zeit ein ärgeres Parfüm ausströmt, als alle Böcke von Bar el Maserim - und wahrhaftig diese stinken arg. Giesing hat eine Gemeinschaft mit allen orientalischen Städten, nämlich: man soll sie von weitem anschauen, aber nicht hineingehen. [...]

Links ein eingeplinkter Garten, rechts Holzhütten, in deren Vergleich die Troglodyten [= Höhlenbewohner] noch besser logiert haben, schließen eine Straße ein, zu deren Herstellung respektive Erweiterung schon längst hätte energisch vorgegangen werden müssen - wenn eben Giesing kein Stiefkind der Stadt wäre. Einstimmig muß man von den Giesingern hören: „Wir sind nur gut genug, Steuern und Abgaben zu bezahlen, im übrigen schert sich kein Mensch um uns“. [...] In dem ganzen zur Stadt gehörigen Giesing ist mit Ausnahme der Tegernseer Landstraße kein Trottoir; bei jedem Regen stehen die Tümpel in den Straßen, die nach längerer Zeit die Luft verpesten und die Gesundheit schädigen. Während in den übrigen Vorstädten die Nacht hindurch die bestimmten Gaslaternen noch Licht haben, ist diese Wohltat für die Giesinger nicht gegeben; um 1 Uhr nachts sind alle Lichter gelöscht - um diese Zeit hat eben der Giesinger nichts mehr auf der Straße zu suchen!“

Juli 1879 – Der Kampf für städtische Arbeitsvermittler



München * Die Polizeidirektion erlässt Vorschriften für private Stellenvermittler und Vermittlungsbüros der gewerblichen Verbände und Innungen, um arbeitsuchende Menschen vor schlimmer Ausbeutung zu schützen. Es geht um überzogene Gebühren bei un-gewissen Erfolgen. Nach einem Bericht des Münchener Gewerkschaftsvereins aus demselben Jahr liegen die Einschreibengebühren für die privaten Arbeitsvermittler zwischen 50 Pfennigen und einer Mark. Nach der Vermittlung eines Arbeitsplatzes ist eine entsprechende Gebühr fällig, die sich nach dem zu erwartenden Lohn ausrichtet. Sie beträgt, bei einem Monatsverdienst von 10 bis 50 Mark, die Hälfte bis zu einem doppelten Monatslohn. Die Vermittlungsgebühr zahlt zuerst der Arbeitgeber, der sie dann zumeist dem Arbeitnehmer vom Lohn abzieht. Besonders häufig werden die im Stadtleben noch unerfahrenen Mädchen vom Land ausgenutzt, indem man ihnen Unterkunft und Verpflegung zu überhöhten Preisen anbot. Sie müssen häufig ihre Dienstbücher und Zeugnisse dem Arbeitsvermittler aushändigen, womit sie den unseriösen Stellenvermittlern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Die Mädchen vom Land können sich dadurch weder auf eigene Faust eine Arbeit suchen, noch andere Jobvermittler beauftragen. Erst wenn ein Arbeitsverhältnis mit einem neuen Arbeitgeber geschlossen worden ist, erhalten sie ihre Unterlagen wieder zurück. Da die polizeilich erlassenen Vorschriften auch in den folgenden Jahren keine Wirkung zeigen, ist die Einrichtung von zentralen städtischen oder staatlichen Arbeitsvermittlungen ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften, deren Einsatz die Münchner Stadtverwaltung letztlich zu einem fortschrittlichen Handeln bewegen wird.

26. September 1879 – Wilhelm Marr gründet die Antisemitenliga

Hamburg * Der Journalist Wilhelm Marr gründet die Antisemitenliga. Sie ist die erste Organisation, die den Begriff „Antisemitismus“ ausdrücklich als politisches Programm verwendet.

1880 – Die Franziskaner-Brauerei liegt an dritter Stelle beim Bierausstoß

München-Au * Mit einem Bierausstoß von 360.000 Hektolitern liegt die Franziskaner-Brauerei an dritter Stelle in München. Acht Dampfmaschinen erzeugen eine Leistung von 800 PS. Fünf Kälteerzeugungsmaschinen ersetzen täglich 4.000 Zentner Eis und diesen zur Kühlung der Lagerkeller.

1880 – Es kommt zum Konflikt mit Edouard Otlet

München * Die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ stellt einen deutschen



Geschäftsführer ein. Doch die weitere Handlungsweise des Stadtmagistrats ist maßgeblich gesteuert von seiner Verärgerung über Otlets Geschäftsgebaren, aber auch von dem im gesamten Deutschen Reich aufkeimenden Nationalismus und der ständig wachsenden Erbfeindschafts-Hysterie gegenüber Frankreich. Hinzu kommt aber auch, dass die Münchner Stadträte nicht nur den Erfolg des Unternehmens erkannt haben, sondern darüber hinaus auch die sozialpolitische und stadtplanerische Bedeutung der Straßenbahn. Es kommt zum Konflikt mit Edouard Otlet mit der Folge, dass der Magistrat der belgisch-französischen Gesellschaft die Konzession versagt.

12. November 1880 – Öffentlicher Protest gegen den Antisemitismus

Deutsches Reich * 75 bedeutende Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker veröffentlichen die „Notabeln-Erklärung“ gegen den Antisemitismus. Sie verteidigen die Gleichberechtigung der Juden.

31. Dezember 1880 – Der Export Münchner Bieres liegt bei 254.450 Hektoliter

München * Der Export Münchner Bieres liegt bei 254.450 Hektoliter.

Mai 1881 – Das Bürgerliche Brauhaus wächst rasant

München-Haidhausen * Die Bürgerliche Brauhaus AG erlebt bereits in ihrem ersten Geschäftsjahr einen bemerkenswerten Aufschwung. Die vorhandenen Kapazitäten reichen schon bald nicht mehr aus, sodass das Gärhaus und die Lagerkeller erweitert werden müssen. Im Braujahr 1880/81 erreicht die Brauerei einen Bierausstoß von rund 28.000 Hektolitern. In den folgenden Jahrzehnten setzt sich das starke Wachstum fort: Bis 1905 steigt die jährliche Produktion auf rund 230.000 Hektoliter – mehr als das Achtfache der ursprünglichen Menge. Damit entwickelt sich das aus dem Zengerbräu hervorgegangene Bürgerliche Brauhaus innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer bedeutenden Münchner Großbrauerei.

21. Mai 1881 – „Das Münchener Aquarium“, Münchens erstes Panoptikum, wird eröffnet

München-Hackenviertel * Mit dem „Münchener Aquarium“ öffnet das erste stationäre „Panoptikum“ Münchens. Das Etablissement befindet sich am Färbergraben 24 und wird von



Johann Baptist Gassner geführt. Vom Vestibül führen Treppen in die einzelnen Sammlungen. Die namensgebende Attraktion - das Aquarium - befindet sich im Untergeschoss des Anwesens. Der Raum ist als Tropfstein-Grotte gestaltet und kühl, „wie wenn man zur Sommerzeit in des Tannenwaldes Schatten tritt“. Im Vorderteil befinden sich die Süßwasserbecken, im Mittelbau folgen die Meerwasser-Aquarien. Im Kontrast zum Unterwassererlebnis des Aquariums bietet dem Besucher der Ausstellungssaal im Erdgeschoss ein ganz anderes Ambiente. Der Saal ist salonartig mit Kronleuchtern eingerichtet. An der Wand entlang und zwischen den Fenstern sind Affen- und Vogelkäfige aufgestellt, die jeder für sich in Architektur und Dekoration ein separates Schauereignis bieten. In einem mit Maschendraht verkleideten Rundtempel sind auf einem dekorativen blätterlosen Baum exotische Vögel zu besichtigen. Im großen Saal im ersten Obergeschoss sind „raffinierte und spektakuläre Produkte menschlicher Kunstfertigkeit“ untergebracht. Das Angebot reicht von alten chinesischen Skulpturen, historischen Waffen, ausgestopften Tieren, Spieluhren bis hin zu mechanischen und automatischen Maschinen. Eine besondere Attraktion ist ein Telefon, das in Zeitungsinseraten von J. B. Gassner extra beworben wird. Ein weiterer Höhepunkt der Ausstellung ist ein elektrisches Harmonium, das verschiedene, über den Raum verteilte Instrumente und Geräuschquellen in Gang setzen kann. Gassner will damit „Eine Reise um die Welt“ inszenieren. Und gefühlt dann noch Hunderte andere Ausstellungsstücke, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. In der zweiten Etage befindet sich zur Unterhaltung und zum Zeitvertreib das Panoptikum. Neben anderen Ausstellungsstücken wie den Zauberspiegeln, sind hier humorvolle, aber auch märchenhafte Szenen mit Wachfiguren aufgebaut. So beispielsweise das „Rotkäppchen und der böse Wolf“, „Drei Polizeiwidrige Gestalten“ oder „Die Klatschweiber“. Hier sind zwei Frauen wegen „Klatschereien“ in eine Geige gelegt worden. Damit sie sich gegenseitig nicht kratzen konnten, werden ihre Hände in besondere Löcher gesteckt und mit einem Schloss versperrt. Zum Abschluss gibt es noch eine Sammlung von „Totenmasken berühmter Persönlichkeiten“ zu sehen. Das Angebot reicht von Napoleon I. bis Martin Luther, von Isaac Newton bis Ludwig van Beethoven. Im Erdgeschoss ist das Restaurant untergebracht, in dem man „noch ein Stündchen in trautem Gespräch bei einem Glas Spatenbier das Gesehene am Geistesauge vorbeiziehen lassen.“ Hier befindet sich auch der Ausgang. Zurück in die Sammlung ist nicht mehr möglich.

25. September 1881 – Metzgermeister Johann Rössler brät einen ganzen Ochsen

München-Theresienwiese * Der Metzgermeister Johann Rössler kommt mit einem selbst entworfenen Apparat aufs Oktoberfest. In einem Plakat beschreibt er die neue Attraktion: „Auf der Theresienwiese. Seltene Volksbelustigung! Das Braten eines ganzen Ochsen. Sonntag, den 25. September 1881 wird ein ganzer Ochse auf einer eigens dazu construirten Maschine am



Spiess gebraten. Anfang der Zubereitung Früh 8 Uhr. Beginn des Bratens 9 Uhr. Das Garsein wird auf Abends halb 5 Uhr festgesetzt und wird durch drei Böllerschüsse bekannt gegeben. Preis per Portion 50 Pfg. Entrée 50 Pfg. Von 2 Uhr an Musik-Produktion. Ausschank von gutem, alten Hacker-Bier. Die Maschine steht von Montag, den 26. September an gegen Entrée von 10 Pfg. ausgestellt, Wozu ergebenst einladen die Unternehmer J. Rössler & A. Schibanek.“ Die Ochsenbraterei wird in den Polizeiberichten als „Schaustellung“ und nicht als gastronomischer Betrieb geführt.

29. Dezember 1881 – Die Feuerländer-Völkerschau wird unter Auflagen genehmigt

München-Lehel * Die Polizeidirektion München erteilt das „Erlaubnisschreiben“ für die öffentliche Vorstellung von vier Feuerländer mit vier Frauen und zwei Kindern im Alter von zwei bis drei Jahren bei gleichzeitiger Erhebung von Eintrittsgeldern. An Gebühren entstehen einmalig drei Mark sowie pro Tag 1,80 Mark, insgesamt 71,80 Mark, die an den Armenfonds zu entrichten sind. Es ist alles zu vermeiden, was gegen „öffentlichen Anstand, Schicklichkeit und Sittlichkeit verstößt oder feuergefährlich sein könnte“.

1882 – Die protestantische Schule an der Herrnstraße

München-Graggenau * Für die evangelischen Schulkinder des Münchner Ostens ist die protestantische Schule an der Herrnstraße zuständig. Lediglich den Kindern des ersten und des zweiten Schuljahres ist es wegen der Länge und Gefährlichkeit des Schulweges gestattet, die entsprechenden Klassen in einer katholischen Schule zu besuchen. Von diesem Entgegenkommen machen jedoch nur wenige Schüler Gebrauch, da die Mehrzahl der Eltern befürchtet, ihre Kinder würden von dem „katholischen Geist dieser Klassen“ negativ beeinflusst werden und nehmen deshalb lieber den Weg in die Stadt in Kauf.

18. Februar 1882 – Der Niedergang des „Münchener Aquariums“ beginnt

18. Februar 1882: München-Hackenviertel * Der Niedergang des „Münchener Aquariums“ beginnt, als bei der Polizeidirektion Anzeige erstattet wird, dass seit geraumer Zeit eine Brillenschlange aus ihrem Terrarium entwichen sei. Die Polizeibehörde lässt das Gebäude umgehend schließen und ordnet die Räumung und Durchsuchung des Hauses an.



1883 – Die Allotria schafft neue Perspektiven

München-Kreuzviertel * Die Künstlergesellschaft Allotria findet auf der Suche nach einem geeigneten Treffpunkt einen Ort an der ehemaligen Stadtmauer. Dort steht das historische Hofbrunnenhaus „Beim Leinfelder“, ein Relikt der früheren Hofleinwandkammer. Der Architekt und Kunsthandwerker Lorenz Gedon entwirft ein Vereinshaus, das ganz auf die Bedürfnisse der Künstler zugeschnitten ist – mit Ateliers, Gesellschaftsräumen und Raum für das gesellige Vereinsleben. Durch die Initiative des langjährigen Allotria-Präsidenten und Malerfürsten Franz von Lenbach gewinnt auch das Projekt eines Münchner Künstlerhauses entscheidend an Dynamik. Die Stadt München und das Königshaus überlassen der Künstlerhauskommission ihre Grundstücke am Maximiliansplatz zu einem symbolischen Kaufpreis. Darüber hinaus stellt die Stadt einen Zuschuss zu den Baukosten bereit und schafft damit die finanzielle Grundlage für die weitere Planung.

1883 – Die Giesinger Kunstmühle wird zur zweitgrößten Mühle Münchens

München-Untergiesing * Die Kunstmühle Bavaria AG baut die Giesinger Kunstmühle zur zweitgrößten Mühle Münchens und der größten Mahlmühle östlich der Isar um. Nur die Tivoli-Mühle am Englischen Garten ist auf Münchner Gebiet noch größer. Damit gilt die Mühle als Handelsmühle. Zuvor war sie jahrhundertlang eine sogenannte Bachmühle.

März 1883 – Frühes Ausschankende und Musikverbot

München-Au * Da die bisherigen Maßnahmen keine dauerhafte Besserung bringen, verschärfen die Behörden erneut die Vorschriften für den Salvatörausschank. Die Bierausgabe muss nun bereits um 19.30 Uhr enden. Für den Eröffnungstag gilt außerdem ein vollständiges Musikverbot. Dahinter steht die Überlegung, dass ohne die beliebte „Salvatomusik“ auch das begleitende Johlen, Pfeifen und Singen abnimmt. Tatsächlich unterbleibt dadurch weitgehend das rhythmische und ohrenbetäubende Schlagen mit Bierkrügen und Stöcken. Die Stimmung heizt sich deutlich weniger auf. Der Vorschlag, das Musikverbot auf sämtliche Sonn- und Feiertage auszudehnen, findet bei der Polizeidirektion jedoch keine Zustimmung. Dagegen sprechen auch die wirtschaftlichen Interessen der Brauerei: Sie befürchtet, dass eine gedämpfte Stimmung die Trinkfreude und damit den Bierumsatz vermindert.



1. Juli 1883 – Jeder muss sich um eine Konzession bemühen

München * Mit dem Ergänzungsparagraphen 33a der Gewerbeordnung müssen Personen, die „gewerbsmäßig Singspiele, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen oder theatralische Vorstellungen“ öffentlich veranstalteten, „ohne Rücksicht auf die etwa bereits erwirkte Erlaubnis zum Betriebe des Gewerbes“, um eine gesonderte Erlaubnis dafür nachzusuchen. Das bedeutete, dass nicht nur der Besitzer und damit Betreiber der Singspielhalle, sondern auch der Direktor der Singspielhalle und der Direktor der Volkssänger-Gesellschaft eine Konzession benötigt. Außerdem muss jeder Unterhaltungskünstler für jede Stadt, in der er auftritt, eine ortspolizeiliche Erlaubnis vorweisen.

1. August 1883 – Die Wasserleitung aus dem Mangfallgebiet wird eingeweiht

Mangfalltal - München * Die Wasserleitung aus dem Mangfallgebiet wird - mit den üblichen Gottesdiensten in der katholischen Frauenkirche, der evangelischen Matthäuskirche und in der Synagoge - offiziell eingeweiht.

November 1883 – Die Bedeutung des Isarquais für München

München-Lehel * Ein Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ befasst sich mit der Bedeutung des Isarquais für München. Der Verfasser betont darin die städtebaulich „unvergleichlich günstige Lage des Mariannenplatzes“, der sogar als Bauplatz für den Justizpalast in Erwägung gezogen worden ist. Der evangelischen Kirchenverwaltung erscheint der Bauplatz als sehr teuer, weshalb sie noch das Gelände der „I. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung“ am Isartorplatz ins Gespräch bringt. Die Lokalbaukommission schlägt ihrerseits noch Standorte auf der südlichen beziehungsweise nördlichen Kohleninsel vor. Schließlich einigt man sich doch auf den Mariannenplatz als Standort für die Lukaskirche. Das Gotteshaus sollte eigentlich die protestantische Kirche für den Münchner Osten werden, doch bereits 1889 wurde am Preysingplatz in Haidhausen die Johanneskirche als evangelische Notkirche erbaut. Nun haben die Protestanten auch ihren Sammelpunkt jenseits der Isar. Doch das war bestimmt kein Zufall, denn der Architekt beider Kirchen ist Albert Schmidt, der gleichzeitig - heute kaum vorstellbar - den acht Mitgliedern der protestantischen Kirchenverwaltung in München angehörte. „Der soziale Status der protestantischen Gemeindemitglieder lag deutlich über dem Durchschnitt. Viele gehörten der geistigen und finanziellen Oberschicht an“, weshalb die Gruppierung sehr selbstbewusst auftrat,



was im fundamental katholischen Bayern ganz bestimmt auch nötig war [und ist?].

1884 – „Propaganda- und Reklamefahrten

München * In der Münchner Presse erscheint die nachstehende Nachricht: „Dem die Maximilianstraße in München entlang prominierenden Publico bot sich gestern, Sonntag mittag um 12 Uhr, ein ebenso viel Entrüstung als Ärgernis erregendes Bild dar. Auf einem doppelsitzigen Veloziped bewegte sich ein Pärchen in rascher Fahrt durch die Straßen. Das Pärchen bestand aus einem Mannsbilde und einer - Donna, letztere in einem geblühten leinenen Rock, durch den die stampfenden, das Vehikel in Bewegung setzenden Beine sich jedem, so er darauf erpicht war, leicht präsentierten. Ohne Scham, stolz wie eine Amazone, ließ die holde Donna sich männiglich mustern, ihre Fahrt ungeniert fortsetzend. Wir fragen nun: Ist dies die neueste Art von Velozipedsport? Darf auf solche Art dem öffentlichen Sittlichkeitsgefühl ungestraft ein Faustschlag ins Gesicht versetzt werden? Endlich: Wo bleibt die Polizei, die hier ein erfolgreiches Feld für ihre Tätigkeit finden dürfte?“ Die beschriebene Dame ist die Ehefrau von Josef Stanigel, des Inhabers der Ersten Münchner Velozipedfabrik, in der ab dem Jahr 1883 Fahrräder gekauft werden konnten. Gemeinsam mit seiner Frau unternimmt Josef Stanigel Propaganda- und Reklamefahrten durch München und zu den umliegenden Bierkellern. Er trägt dabei einen karierten Anzug, sie eine Pumphose und eine Jacke mit weiten Ärmeln. „Ja schamts eich denn net, so Maschkera z'gehn?“, werden die Radler beschimpft. Für die „damische Radlerin“ gibt es noch stärkere Sprüche: „A so a ausgschaamte Person, de soll doch bei de Kinder dahoam bleibn! Vom Radl sollt ma's obehau'n!“

28. Oktober 1884 – Über das Kolonialfieber die Reichstagswahlen beeinflussen

Berlin * Reichskanzler Otto von Bismarck ändert seine Einstellung gegenüber der Kolonialpolitik in Hinblick auf die Reichstagswahlen aus innenpolitischen Gründen. Über das Kolonialfieber will Bismarck die am 28. Oktober angesetzten Reichstagswahlen zugunsten der regierungsfreundlichen Parteien zu beeinflussen, da die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie offen zu ihrer Kolonialgegnerschaft steht. Und tatsächlich verliert das linksliberale Lager, bestehend aus der Deutschen Fortschrittspartei, der Liberalen Vereinigung, der Deutschen Freisinnigen Partei und der Deutschen Volkspartei 41 Sitze im Reichstag und fällt von 115 auf 74 Mandate zurück. Unabhängig davon können die Sozialdemokraten - trotz der Behinderungen durch das Sozialistengesetz - ihre Mandate von 12 auf 24 verdoppeln.



März 1885 – Auch Löwenbräu verbietet das Zylinder-Eintreiben

München-Maxvorstadt * Dieses sogenannte „Zylinder-Eintreiben“ scheint verbreitet zu sein. Bereits 1885 warnt ein Plakat im Löwenbräukeller: „Zylinder-Eintreiben, Bierfilzlwerfen, Pfeifen durch die Finger sowie Klopfen mit Spazierstöcken auf die Tischplatte ist polizeilich verboten!“

1886 – Die katholische Kirche droht mit der Exkommunikation

München * Die katholische Kirche droht ihren Mitgliedern mit der Exkommunikation, wenn sie ihre Leiche verbrennen lassen oder in einen entsprechenden Verein eintreten würden.

1. Mai 1886 – Am Haymarket in Chicago kommt es zu blutigen Straßenkämpfen

Chicago * Am Haymarket in Chicago kommt es zu blutigen Straßenkämpfen mit der Polizei. In der Folge werden acht Gewerkschaftsführer verhaftet und nach einer konstruierten Anklage zum Tode verurteilt. Vier davon werden auch hingerichtet.

1887 – Forderungen nach protestantischen Schulen und Kirchen

München-Haidhausen - München-Au - München-Giesing * Die protestantischen Bewohner der Vorstädte Haidhausen, Au und Giesing fordern neben der Errichtung einer Notkirche die Einrichtung von evangelischen Klassen. Es war nämlich zu dieser Zeit den evangelischen Kindern nicht erlaubt, in Haidhausen die Schule zu besuchen; sie mussten in die protestantische Schule an der Herrnstraße im Tal ausweichen. Nur Erst- und Zweitklässlern gestattete man - wegen der Länge des Schulwegs - den Besuch der Haidhauser Schule an der Kirchenstraße. Doch die meisten protestantischen Eltern machten aus Angst vor „dem katholischen Geist dieser Klassen“ keinen Gebrauch davon.

September 1887 – Der Steyrer Hans zieht mit festlich geschmückten Wagen zur Wiesen

München-Theresienwiese * Der Steyrer Hans zieht mit festlich geschmückten Wagen zur Theresienwiese. Er selbst fährt mit seiner Familie im Vierspänner, es folgen sieben Zweispanner, beladen mit Musikanten sowie Schank- und Bedienungspersonal. Der Aufzug beginnt am Restaurant Steyrer Hans in der Tegernseer Landstraße in Obergiesing. Nach einem Umtrunk



im Schneider Weißen im Tal wird Steyrers Wiesneinzug von der Polizei gestoppt. Ein Gerichtsverfahren endet mit einer Geldbuße wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, was jedoch die Sympathie für den bayerischen Kraft-Athleten bei der Bevölkerung vermehrt. Das wiederum wirkt sich positiv aufs Geschäft aus. Damit ist der Steyrer Hans der Erfinder des Einzugs der Wiesnwirte.

11. März 1888 – Salvatorausschank ohne Musik und Gesang

München-Au * Zwei Tage nach dem Tod Kaiser Wilhelms I. beginnt auf dem Salvatorkeller der diesjährige Starkbierausschank. Wegen der reichsweiten Staatstrauer untersagt die Polizeidirektion jede musikalische Begleitung und jeden Gesang. Das Verbot soll die gebotene Trauer wahren und zugleich verhindern, dass sich die Stimmung unter den zahlreichen Gästen durch Musik, gemeinsames Singen und rhythmisches Krügepoltern aufheizt. Der Ausschank selbst darf jedoch stattfinden.

25. März 1888 – Ein Zylinder löst die erste Schlägerei aus

München-Au * Eine der beiden Auseinandersetzungen beginnt nach zeitgenössischen Berichten mit einem Zylinderhut. Ein von mehreren Freunden begleiteter Besucher betritt den Salvatorkeller mit der auffälligen Kopfbedeckung. In dem von Arbeitern, Handwerksgesellen und Soldaten geprägten Umfeld gilt der Zylinder als provozierendes Zeichen bürgerlicher Vornehmheit. Eine Gruppe von Männern, in den Berichten abwertend als „Strizzis“ bezeichnet, drückt dem Besucher den Zylinder auf dem Kopf zusammen. Dieses sogenannte „Zylinder-Eintreiben“ [= Zusammendrücken] scheint damals verbreitet zu sein. Bereits 1885 warnt ein Plakat im Löwenbräukeller: „Zylinder-Eintreiben, Bierfilzlwerfen, Pfeifen durch die Finger sowie Klopfen mit Spazierstöcken auf die Tischplatte ist polizeilich verboten!“ Der angegriffene Zylinderträger schlägt daraufhin einem völlig unbeteiligten Gast einen Masskrug auf den Kopf. Der Getroffene bricht blutüberströmt zusammen. Weitere Besucher greifen nun ebenfalls Männer mit Zylindern und zusammenklappbaren Chapeau-claque-Hüten an. Aus dem zunächst begrenzten Streit entsteht innerhalb kürzester Zeit eine größere Schlägerei, die sich mit einer zweiten Auseinandersetzung im überfüllten Salvatorkeller verbindet.

25. März 1888 – Rekruten greifen ihren Vorgesetzten an

München-Au * Gleichzeitig entsteht an anderer Stelle ein zweiter Konflikt. Angetrunkene Rekruten



des Infanterie-Leib-Regiments entdecken unter den Gästen einen verhassten Sergeanten. Der Vorgesetzte gilt in der Kaserne als „Leuteschinder“. Die Rekruten nutzen die Gelegenheit zu einer spontanen Racheaktion und verprügeln ihn. Freunde des Sergeanten greifen ein und kommen ihm zu Hilfe. Die Auseinandersetzung weitet sich rasch über die Kellerhalle und den Biergarten aus. Schließlich gilt die Parole „Jeder gegen jeden“. Maßkrüge fliegen durch die Luft, während die Beteiligten mit Fäusten und „Hackelstegga“, Spazierstöcken mit gebogenem Griff, aufeinander einschlagen. Zahlreiche Gäste suchen unter den Tischen Schutz; dennoch werden viele Menschen verletzt. Zu Beginn des Tumults stehen dem Saalschutz lediglich ein Gendarmeriewachtmeister und wenige Ordnungskräfte zur Seite. Gegen die gewaltbereite Menge sind sie machtlos. Sie alarmieren weitere Gendarmen sowie die Wache des nahe gelegenen Zuchthauses und die dort einquartierten Infanteristen. Doch auch die eintreffenden Soldaten können die Schlägerei zunächst nicht beenden. Die beiden gleichzeitig entstandenen Konflikte haben sich inzwischen zu einer unübersichtlichen Massenschlacht verbunden, die den gesamten Salvatorkeller erfasst.

15. Juni 1888 – Wilhelm II. von Preußen wird Deutscher Kaiser

Berlin * Wilhelm II. von Preußen wird Deutscher Kaiser und übernimmt damit die Macht im Deutschen Reich. Die Kolonialbewegung ist inzwischen zu einem ernstzunehmenden Faktor in der deutschen Innenpolitik herangewachsen. In den Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik entwickelt sich ein Großmachtstreben.

September 1888 – Der Wiesnwirt Steyrer Hans muss eine Strafe von 100 Mark zahlen

München-Theresienwiese * Als sich der Wiesnwirt Steyrer Hans nicht an das polizeiliche Verbot hält und erneut mit seiner Belegschaft in festlich geschmückten Wagen zum Oktoberfest fährt, muss er eine Strafe von 100 Mark zahlen.

1889 – Sebastian Kneipp legt sich mit den Bohnenkaffee-Herstellern an

Bad Wörishofen * Sebastian Kneipp, katholischer Pfarrer und Erfinder der Kneipp-Wasser-Kuren, legt sich mit den Bohnenkaffee-Herstellern an. Deren Produkte prangert Kneipp als giftig an, während er den Malzkaffee in den siebten Himmel lobt.



März 1889 – Mehr Polizei, elektrisches Licht und ein Zylinderverbot

München-Au * Die Verantwortlichen ziehen Konsequenzen aus der Salvatorschlacht des Vorjahres. Während der Starkbiersaison wird der Ordnungs- und Überwachungsdienst auf dem Nockherberg deutlich verstärkt. Elektrische Lampen sorgen zudem für eine bessere Ausleuchtung des Salvatorkellers und sollen den Sicherheitskräften die Kontrolle der dicht gedrängten Menge erleichtern. Auch Zylinderhüte sind fortan verboten, da sie 1888 einen der ersten Konflikte ausgelöst hatten. Wer mit einem Zylinder erscheint, muss ihn nach zeitgenössischen Berichten am Eingang abgeben und gegen einen Papierhut eintauschen. Damit soll das sogenannte „Zylinder-Eintreiben“ [= Zusammendrücken] verhindert und ein möglicher Anlass für neue Schlägereien beseitigt werden.

23. September 1889 – In München findet der erste Bayerische Katholikentag statt

München • In München findet der erste Bayerische Katholikentag statt.

1890 – Probleme der Abfallbeseitigung

München * Im Verwaltungsbericht „Über den Stand der Gemeindeangelegenheiten der königlichen Haupt- und Residenzstadt München“ werden die Zweifel an den bisherigen Methoden der Abfallsammlung deutlich formuliert. Im Abschnitt Reinlichkeitspolizei heißt es: „Die innerhalb eines Anwesens sich ansammelnden Abfälle, insbesondere der sogenannte Hauskehricht (Kehricht, Asche, Küchenabfälle), sind in München bisher zumeist in Gruben aufgespeichert worden, welche jährlich mindestens einmal geleert werden mußten. In diesem Kehricht befinden sich fäulniserregende Stoffe, welche die Träger von Krankheiten sein können. Dies ist für die Gesundheit umso nachteiliger, als erfahrungsgemäß die Verschlüsse jener Gruben schlechte sind, ein oftmaliges Öffnen derselben nicht vermieden werden kann, ja dieselben häufig wegen Überfüllung überhaupt offen stehen bleiben. Die Sorge für die Gesundheit der Stadt verlangt eine rasche Entfernung dieser Stoffe [...] aus den genannten Anwesen. Desgleichen verlangt die Gesundheitspflege, daß bis zu dem Zeitpunkt ihrer Entfernung die Stoffe in gut verschließbaren Behältern aufbewahrt bleiben. Der Transport der Abfälle muß in gesicherter Weise stattfinden, sodaß weder sanitäre Gefahr entsteht, noch die Reinlichkeit verletzt wird“.



1890 – Der Malzverbrauch aller Münchner Brauereien

München * Der Malzverbrauch aller Münchner Brauereien liegt bei 1.222.838 Hektoliter.

10. Januar 1890 – Ignaz von Döllinger stirbt

München * Ignaz von Döllinger stirbt - exkommuniziert und unversöhnt mit der römisch-katholischen Kirche.

15. März 1890 – Die Altkatholiken verlieren die Rechte einer öffentlichen Korporation

München * Der bayerische Ministerpräsident Johann von Lutz stellt die Trennung der Altkatholiken von der Katholischen Kirche fest. Die Altkatholiken verlieren dadurch die Rechte einer öffentlichen Korporation.

31. Dezember 1890 – Der Bierverbrauch pro Kopf der Münchner beträgt 339 Liter

München * Der Export Münchner Bieres liegt bei 1.277.595 Hektoliter. Der Bierverbrauch pro Kopf der Münchner Bevölkerung beträgt 339 Liter.

1891 – Der Verband der süddeutschen katholischen Arbeitervereine

München * Der Verband der süddeutschen katholischen Arbeitervereine wird in München gegründet.

1891 – Deutschland will seinen Kolonialbesitz ausweiten

Berlin * Neben der Deutschen Kolonialgesellschaft zählt bald auch der im Jahr 1891 gegründete, extrem nationalistische Alldeutsche Verband, dessen Programm stark von rassistischem und antisemitischem Gedankengut geprägt ist. Nun versucht Deutschland durch den Erwerb weiterer Handelsvertretungen seinen Kolonialbesitz auszuweiten. Im Vordergrund stehen jetzt aber Fragen des nationalen Prestiges und der Selbstbehauptung in einer sozialdarwinistisch verstandenen Konkurrenz der Großmächte. Denn Deutschland als



kolonialpolitischer Nachzügler muss den ihm zustehenden Anteil jetzt einfordern.

1891 – Der Reichstag bewilligt finanzielle Mittel für Strafaktionen

Kamerun * Um den Widerstand der in Kamerun lebenden Völker zu brechen, bewilligt der Reichstag finanzielle Mittel zum Aufbau einer bewaffneten Streitmacht, die die Interessen der deutschen Handelsgesellschaften durchsetzen sollen. Die Polizeitruppe für Kamerun wird vom Premierleutnant Hans Dominik geleitet. Er erhält mit seinen Kriegszügen und den nachfolgenden Straf- und Säuberungsaktionen den Namenszusatz „Schrecken von Kamerun“. Dominiks Grundsatz lautet: „Die Neger müssen wissen, dass ich der Herr bin und der Stärkere; so lange sie das nicht glauben, müssen sie es eben fühlen, und zwar hart und unerbittlich, so dass ihnen für alle Zeiten das Auflehnen vergeht; ist das erreicht, dann kann man sie mit großer Freundlichkeit und Milde behandeln.“

1. Juli 1891 – Georg von Vollmar (SPD) hält seine sogenannten Eldorado-Reden

München * Der bayerische Sozialdemokrat Georg Heinrich von Vollmar hält am 1. und am 6. Juli seine sogenannten „Eldorado-Reden“ [so genannt nach dem Lokal]. Nach dem Auslaufen der „Sozialistengesetze“ - so Vollmar - könne man „den Weg der Verhandlungen betreten und versuchen, auf der Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirtschaftlich und politischer Art herbeizuführen“. Die Idee, eine gewaltsame soziale Revolution sei unvermeidlich, ist damit ebenso aufgegeben wie die Theorie von Karl Marx. Außerhalb Bayerns werden Vollmars Ansichten nur wenig akzeptiert.

8. Dezember 1891 – Der Katholische Arbeiterverein München-Au-Giesing wird gegründet

München-Au * Im Falkenhof in der Au wird der Katholische Arbeiterverein München-Au-Giesing gegründet.

März 1892 – Zahlreiche Behörden ziehen in die Alte Isarkaserne

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Die Garnisonsverwaltung zieht von der Alten Isarkaserne auf der Kohleninsel nach Neuhausen. Damit beginnt die Übergabe des Geländes an die Stadt München. Diese quartiert in der ehemaligen Kaserne zahlreiche Behörden ein: die



städtische Desinfektionsanstalt, die Inspektion für Blitzableiteranlagen, das polizeiliche Krankenträgerinstitut, den Sanitätsverband, die Lehrwerkstätten des Volksbildungsvereins und die Berufsschule für Friseure.

12. März 1892 – Denkmal für den 70er-Krieg in der Feldherrnhalle

München-Graggenau * Aus Anlass des 71. Geburtstags des Prinzregenten Luitpold wird ein Mahnmal an der Rückwand der Feldherrnhalle beauftragt und vom Erzgießer Ferdinand von Miller ausgeführt. Die auf einem hohen Sockel stehende Figurengruppe aus Bronze symbolisiert Krieg und Frieden. Ein Krieger, der mit der linken Hand triumphierend die Fahne schwingt, schützt mit seinem rechten Arm und einem Schild eine Frauengestalt - den Frieden. Sie trägt in ihren Händen einen Palmzweig und einen Lorbeerkranz, die Zeichen des Friedens und des Sieges. Den Bezug zu Bayern stellte ein liegender Löwe her. Die Sockelinschrift lautet: „Dem treuen tapferen bayerischen Heere in Dankbarkeit und Anerkennung / Luitpold Regent von Bayern / 1892.“ Die Enthüllungsfeierlichkeiten finden ausschließlich im militärischen Rahmen statt, Zivilpersonen werden nicht eingeladen. Ebenfalls anwesend sind freilich die Vorstandschaften der Münchner Veteranen- und Kriegervereine. Der eigentlichen Enthüllung folgte eine Geschützsalve von 36 Kanonenschüssen und eine Ansprache des bayerischen Kriegsministers. Pazifistisch eingestellte Münchner deuteten das Standbild so um: „De Fahna könnt's ham, aba des Madl lasst's ma!“ - oder eher militärverachtend: „Raffa bis d'Fetzn fliagn, d'Fahna auf'd Höh, abas Mensch ned aus'm Arm lassen!“

1893 – Alois Wolfmüller beschäftigt sich intensiv mit den Motorproblemen

Landsberg * Alois Wolfmüller beschäftigt sich in seiner Geburtsstadt Landsberg intensiv mit den Motorproblemen. Beim Lesen der Zeitschrift Radfahr-Humor und Radfahr-Chronik wird der Ingenieur auf den Münchner Chefredakteur und Sportjournalisten, aufmerksam. Es kommt zu einer geschäftlichen Vereinbarung zwischen Alois Wolfmüller und Heinrich Hildebrand. Unter Mithilfe seines Jugendfreundes aus Landsberg, des Ingenieurs Hans Geisenhof, entstehen die ersten Modelle. Die Tüftler mieten dafür den Stadel des Unterzethmayrhofes in der Münchner Straße 133 in Unterföhring an und bringen dort den neuartigen Motor zum Laufen. Doch bei den ersten Fahrversuchen „zeigte das Vehikel eine Neigung zum Krebsgang“, wie es Alois Wolfmüller ausdrückt. Das heißt, dass das Gefährt rückwärts läuft. Als er wenige Tage später vorwärts lief, ist die Beschleunigung so groß, dass der Motor abgestellt werden muss und danach einfach nicht mehr anspringen will. Die Zündung ist eines der noch nicht gelösten Probleme. Die Polizei untersagt zeitweise alle Fahrversuche, da wegen „der großen Schnelligkeit die Leute auf dem



Trottoir (...) einen Nervenschock bekommen“ könnten. Alois Wolfmüllers Ansuchen, sein Motorrad auf dem Hauptplatz in Landsberg erproben und vorführen zu dürfen, wird abgelehnt, da man alles absperren und sämtliche Vierbeiner, vor allem Pferde und Kühe, aus der Stadt verbannen müsste, da keines dieser Tiere je ein mit einem Verbrennungsmotor angetriebenes Fahrzeug gehört, gerochen oder gesehen habe. Nachdem das Motorrad seine erste Einhundert-Kilometer-Strecke bestanden hat, reichen die Konstrukteure das Patent für ihr Zweirad mit Petroleum- oder Benzinmotorbetrieb ein.

August 1893 – Der Wachsplastiker Emil Eduard Hammer beantragt ein Panoptikum

München * Der Wachsplastiker Emil Eduard Hammer stellt bei der Königlich Bayerischen Polizeidirektion München ein „Gesuch um die ortspolizeiliche Erlaubnis zur Einrichtung und Betrieb eines Panoptikums“. Noch im selben Monat erhält er die Genehmigung.

3. August 1893 – Fahrradkarten werden ausgegeben

München * Fahrradkarten werden ausgegeben. Radfahrer müssen am Lenker ein Nummernschild anbringen. Kinder unter dreizehn Jahren dürfen überhaupt nicht radeln, Jugendliche zwischen dreizehn und achtzehn Jahren sowie Frauen dürfen nur dann den Radschein erwerben, wenn der Vater, der Vormund oder der Ehemann bei der Polizei seine schriftliche Einverständniserklärung abgegeben hat. Im Nebenraum eines Wirtshauses können sie dann den Betrieb des Fahrzeugs erlernen und sich anschließend einer Prüfung unterziehen.

14. August 1893 – In Paris findet die weltweit erste Fahrprüfung statt

Paris * Paris führt mit dem „certificat de capacité“ die weltweit erste verpflichtende Befähigungsprüfung für Kraftfahrer ein. Polizeipräfekt Louis Lépine erlässt eine Verordnung, die erstmals eine amtliche Befähigungsprüfung für Kraftfahrer vorschreibt. Deshalb gilt dieses Datum als Geburtsstunde der Fahrprüfung. Der historische Hintergrund: Automobile waren noch selten, teilten sich die Straßen aber bereits mit Fußgängern, Pferden und Kutschen. Wer im Pariser Polizeibezirk ein Motorfahrzeug führen wollte, benötigte fortan ein „certificat de capacité“, den Vorläufer des Führerscheins. Ein Ingenieur der Bergbauverwaltung prüfte, ob der Bewerber anfahren, lenken und anhalten konnte. Auch grundlegende Kenntnisse zur Behebung technischer Störungen wurden verlangt. Eine moderne Theorieprüfung, Fahrschule oder einheitliche Prüfungsstrecke gab es noch nicht. Zugelassen waren zunächst nur Männer ab 21 Jahren.



Frauen erhielten ab 1897 Zugang. Gleichzeitig galten frühe Tempolimits: 12 km/h in Ortschaften und 20 km/h außerhalb. Die Regelung betraf zunächst nur Paris und Umgebung; 1899 wurde das System auf ganz Frankreich ausgeweitet.

5. Dezember 1893 – Nur 19.292 Münchner haben das Wahlrecht für die Stadtratswahl

München * Kommunalwahl: Von den rund 380.800 Einwohner Münchens haben gerade einmal 19.292 das Wahlrecht für die Stadtratswahl. Die Wahlberechtigten setzen sich vor allem Haus- und Grundbesitzern, selbstständigen Handwerkern, Geschäftsleuten und Industriellen zusammen. Nur der darf wählen, der das (gebührenpflichtige) Bürgerrecht besitzt. Voraussetzung dafür sind unter anderem der Besitz des Heimatrechts, ein ständiger Wohnsitz in München, die Entrichtung von Steuern sowie Unbescholtenheit und Volljährigkeit. Tagelöhner, Handwerksgesellen, kleine Gewerbetreibende und Frauen sind vom politischen Leben nahezu ausgeschlossen. Trotzdem kann Georg Birk als erster Sozialdemokrat in das Gemeinderat einziehen.

10. März 1894 – Das Internationale Handels-Panoptikum wird eröffnet

München-Hackenviertel * Der Schausteller Carl Gabriel eröffnet gemeinsam mit dem Wachsplastiker Emil Eduard Hammer im ehemaligen Vogl'schen Kaufhaus in der Neuhauser Straße 1/Ecke Färbergraben das „I. Internationale Handels-Panoptikum“. Es ist das größte und bedeutendste Panoptikum Münchens und wird als „ein Bedürfnis der werdenden Großstadt“ bezeichnet. Es gibt rund 2.000 Exponate zu betrachten, davon etwa 500 Wachsfiguren und Wachspräparate. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig, Kinder und Soldaten zahlen die Hälfte. Das Panoptikum ist täglich von 8 bis 21 Uhr geöffnet. Als besondere Attraktion befindet sich in der dritten Etage das Anatomische Museum und ein Extrakabinett mit über 600 Exponaten. Das Extrakabinett dürfen nur Personen über 18 Jahren betreten. Personen beiderlei Geschlechts ist die gemeinsame Besichtigung polizeilich verboten. Am Dienstag und Freitag ist die Anatomische Abteilung ab 14 Uhr nur für Damen geöffnet. Im Keller befindet sich die Inquisitionsabteilung mit einer Sammlung von Folterwerkzeugen, deren Anwendung an lebensgroßen Wachsfiguren dargestellt werden. In der angeschlossenen Verbrecher-Galerie werden hauptsächlich zeitgenössische Massenmörder als Wachsimitate gezeigt.



Mai 1894 – Kaiser Wilhelm II. tritt Adolf Friedrich von Schacks Erbe an

München-Maxvorstadt * Kaiser Wilhelm II. tritt Adolf Friedrich von Schacks Erbe an. Der Nachlass soll aber in München bleiben. Das ist keineswegs so großzügig wie es den Anschein hat, sondern beruht auf politischem Kalkül. Der Kaiser will mit der Verlegung der Schack-Galerie nach Berlin das seit der Reichsgründung angespannte Verhältnis zwischen Preußen und Bayern nicht noch mehr belasten. Selbstverständlich ist jedoch, dass vor der Galerie in der Briener Straße - und später an der Prinzregentenstraße - das kaiserliche Hoheitszeichen - der Reichsadler - auf hohen Standarten aufgerichtet wird.

1895 – Konrad Drexlers „Schlierseer Bauerntheater“ auf USA-Tournee

New York * Konrad Drexlers „Schlierseer Bauerntheater“ gastiert während seiner USA-Tournee auch an der Metropolitan Opera in New York.

1895 – Das Maffei-Kraftwerk am Eisbach wird erbaut

München-Englischer Garten - Hirschau * Das Maffei-Kraftwerk am Eisbach, das heutige Tivoli-Kraftwerk, wird zur Stromerzeugung für das Maffei-Lokomotivenwerk erbaut. Es dient der Firma zur Deckung des eigenen Strombedarfs.

1895 – So etwas „Unanständiges“ wie die Brunnengruppe Satyrherme & Knabe

München-Ludwigsvorstadt * Nach Auffassung des Münchner Magistrats kann man so etwas „Unanständiges“ wie die Brunnengruppe Satyrherme & Knabe des Bildhauers Matthias Gasteiger unmöglich an einem viel besuchten Platz aufstellen, weshalb der Brunnen in die Nähe des Toilettenhäuschens in der Stachusgrünanlage zur Aufstellung kommt. Aber so gut kann man das Brunnenbüberl gar nicht verstecken, dass sich nicht doch Moralapostel und Sittlichkeitsvereine über diese „Sauerei“ ereifern. Es kommt zum Skandal, in deren Folge der Münchner Polizeipräsident bei Matthias Gasteiger vorspricht, um ihm „allen Ernstes zu erklären, daß das Bildwerk höchst anstößig sei und dass das Interesse der Aufrechterhaltung der Moral und guten Sitten unbedingt erfordere, dass 'etwas' geschehen muss“. Matthias Gasteiger unternimmt nichts. Er will keinesfalls ein Feigenblatt an seinem Büberl akzeptieren.

27. September 1895 – Ein Militärverbot für die Bierbude Nr. 3



München-Theresienwiese * Von der Polizei-Kommandantur wird über die Bierbude Nr. 3 ein Militärverbot verhängt. Der Grund ist die Erklärung des Budeninhabers, er werde dem sozialistischen Gewerkschaftsverein für jeden auf der Festwiese gezapften Hektoliter eine Mark spenden.

1896 – Die Unionsbrauerei vervielfacht ihre Produktion

München-Haidhausen * Die Unionsbrauerei Schülein & Cie modernisiert ihren Betrieb umfassend. Die Investitionen zeigen rasch Wirkung: Innerhalb von zehn Jahren steigt der Bierausstoß von rund 16.000 Hektolitern auf das Fünzfache. Damit entwickelt sich die Brauerei zu einem der erfolgreichsten Braubetriebe Münchens.

Juli 1896 – Der Turnverein Haidhausen ist schon bald am Ende

München-Haidhausen * Schon seit der Mitte der 1890er-Jahre treffen sich Haidhauser Arbeiter zu sportlichen Übungen im Turnverein Haidhausen. Doch nur wenige Monate später ist der Verein finanziell schon wieder am Ende und muss Ende 1896 aufgelöst werden. Um vor allem die finanziellen Probleme des Vereins in den Griff zu bekommen, nehmen Mitglieder des aufgelösten Vereins Kontakt mit der SPD und den Gewerkschaften auf. Nachdem den Arbeitersportlern Unterstützung zugesagt worden ist, kann eine zweite Gründung erfolgen. Ein solches Wohlwollen war zu dieser Zeit keineswegs selbstverständlich, da viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre den Sportvereinen ablehnend gegenüberstehen und diese als „Klimbim-Vereine“ abqualifizieren. In Gewerkschaftsversammlungen werden alle Debatten über Sportvereine abgelehnt, da man fürchtet, dass deren Mitglieder über ihr sportliches Engagement die politische Arbeit total vergessen könnten.

11. September 1896 – Der Kunstaustall der Schwanthaler Bagage

München-Ludwigsvorstadt * Gut zwei Wochen vor der Eröffnung des Deutschen Theaters und der Schwanthaler Passage steht das Unternehmen am Rande des Bankrotts. Eine Gläubigerversammlung mit rund 120 Handwerkern und Lieferanten mahnt ihre ausstehenden Zahlungen an. Theaterdirektor Alexander Bluhm schafft es gerade noch, die Gläubiger zu einem Stillhaltabkommen zu überreden und sie für sechs Monate von Pfändungen abzuhalten. Denn wenn der Theaterbetrieb erst einmal laufen würde, so argumentiert der optimistische Theaterdirektor, dann wären auch alle finanziellen Probleme gelöst. Doch nur wenige Stunden



vor der Premiere muss er eine größere Summe Geld auftreiben, weil der Lieferant der roten Teppiche im Foyer ansonsten mit einem Skandal droht. Zum Glück gibt es aber im Hintergrund noch den reichen Kommerzienrat Friedrich Haenle, der für sechzig Prozent aller offen stehenden Forderungen eintreten will. Dieses Angebot führt allerdings in der Familie des Unternehmers zu Überlegungen, den Patriarchen „entmündigen“ zu lassen, um dadurch weiteres Unheil zu verhindern. Aber nicht nur die verschwenderische Ausgestaltung der Schwanthaler Passage bringt die Unternehmung an den Rand des Desasters. Theaterdirektor Alexander Bluhm hat auch beim Künstlerpersonal kräftig hingelangt. Neben dem üppig besetzten Schauspieler-Ensemble leistet er sich ein mit fünfzig Musikern besetztes Orchester und ein stattliches Ballett: 36 Tänzerinnen, 16 Tänzer, 48 Figuranten und 60 Komparsen gehören zum festengagierten Stammpersonal. Weil aber Direktor Bluhm schon zwei Monate vor der Premiere kein Geld mehr für Gagen besitzt, müssen die Proben abgesagt werden. In München machen die Probleme des neuen Theaters schnell die Runde. Für die hiesigen Lästermäuler wird aus der Schwanthaler Passage ganz schnell die „Schwanthaler Blamage“, während man die Betreiber des Etablissements als „Schwanthaler Bagage“ verhöhnt. Die erzkonservative Zeitung Das Bayerische Vaterland blickt sowieso mit Schaudern auf die Programmankündigung des Unterhaltungstempels an der Schwanthalerstraße und sieht schon dadurch die „moralischen Grundsätze des christlichen Abendlands“ als gefährdet an. Die Zeitung befürchtet, dass es sich bei dem neuen Theater um ein „Institut für moralische Schweinezüchterei“, ja sogar um einen „Kunstaustall“ handelt. Neben der veröffentlichten Meinung bereiten aber auch die genehmigenden staatlichen Behörden dem Theaterdirektor Alexander Bluhm große Probleme, indem sie ihm zunächst „die ortspolizeiliche Productionsbewilligung für theatralische Vorstellungen“ verweigern. Im Hintergrund agiert hier der einflussreiche Münchner Hoftheaterdirektor Ritter Ernst von Possart, der in dem neuen Theater in der Schwanthaler Passage eine „dauernde schwere Schädigung der materiellen Interessen der königlichen Hofbühne“ sieht. Aber nicht nur die Angst vor einer unliebsamen Konkurrenz, die den Hoftheatern die Zuschauer abspenstig machen könnten, sondern auch eine tief empfundene Abneigung gegen alles Moderne bringen Ritter Ernst von Possart gegen das neue Theater in Rage. Der den Traditionalisten angehörende Hoftheaterintendant pflegt auf seinen Hofbühnen einen antiquierten, stark verstaubten Stil, der kaum mit dem zeitgenössischen Theater der Naturalisten zu vereinbaren ist.

1897 – Das Ende des Rügebrauchs vor Gericht

Miesbach * Insgesamt 98 Verdächtige des Haberfeldtreibens vom 7./8. Oktober 1893 in Miesbach werden angeklagt. 95 Angeklagte werden wegen Landfriedensbruch zu



Gefängnisstrafen von neun Monaten bis zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Der Polizei- und Justizerfolg bringt das Ende des Rügebrauchs. Zwischen 1901 und 1922 werden nur noch vier Haberfeldtreiben gezählt.

1897 – Der Malzverbrauch aller Münchner Brauereien liegt bei 1.434.283 Hektoliter

München * Der Malzverbrauch aller Münchner Brauereien liegt bei 1.434.283 Hektoliter.

6. Dezember 1897 – Kolonien für die zu spät gekommene Nation

Berlin * Der spätere deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow fordert „einen Platz an der Sonne“ für die angeblich „zu spät gekommene Nation“, wobei neben dem Besitz von Kolonien ein Mitspracherecht in allen kolonialen Angelegenheiten gemeint ist.

31. Dezember 1897 – Die Biereinfuhr nach München beträgt 9.295 Hektoliter

München * Die Biereinfuhr nach München beträgt 9.295 Hektoliter. Sie hat sich seit 1830 nur um 636 Hektoliter erhöht.

31. Dezember 1897 – Der Bierverbrauch in München beträgt 1,7 Millionen Hektoliter

München * Der Export Münchner Bieres liegt bei 1,5 Millionen Hektoliter. Der Bierverbrauch in München beträgt 1,7 Millionen Hektoliter.

1898 – Die Feuerwehr und die Vergnügungsetablissemments

München * In der Feuerdienstordnung der königlichen Polizei-Direktion München wird die „Vorgehensanweisung für Vergnügungsetablissemments“ festgeschrieben.

1898 – Die hohe sozialpolitische Bedeutung der Herbergen

München-Au * Dr. Joseph Freudenberger schreibt über die hohe sozialpolitische Bedeutung der



Herbergen: Es ist „nicht zu verkennen, daß sie gegen die sozialistischen Irrlehren vielfach feht, die ja bekanntlich darauf hinausgehen, Unzufriedenheit und Haß zu säen, und den diesen Gefühlen Verfallenen zum Kampfe gegen die Besitzenden aufzustacheln, wogegen jeder, der einen, wenn auch noch so kleinen Besitz hat, veranlaßt und verpflichtet ist, für Erhaltung der bestehenden Verhältnisse einzutreten. Nimmt man ihm aber diesen Besitz, fertigt man ihn und seine Ansprüche mit einer schnöden Summe Geldes ab, so wirft man ihn der Umsturzpartei [gemeint waren damit die Sozialdemokraten] förmlich in die Hände.“

September 1898 – Eine Hauskapelle schafft Bierzeltstimmung

München-Ludwigsvorstadt * Für seine Riesenhalle engagiert Georg Lang eine eigene, 30-köpfige Blaskapelle. Die Musiker treten in Oberländer Tracht auf und werden als „Langs Original Oberlander“ bekannt. Ihr Repertoire umfasst ein breites Spektrum beliebter Unterhaltungs- und Stimmungsmusik. Die Polizeibehörde erhebt gegen die vom Festwirt bezahlte Hauskapelle keine Einwände. Da die Musiker ein festes Honorar erhalten, entfällt das bis dahin übliche und häufig als störend empfundene Einsammeln von Geld mit dem Teller. Lang greift damit eine zeitgenössische Mode auf: In Bierpalästen, Singspielhallen und Volkssängerlokalen sind Kapellen in Oberländer oder Dachauer Tracht bereits gang und gäbe. Auf dem Oktoberfest verbindet er die Musik gezielt mit der Bewirtung. Die ausgelassene Stimmung soll die Gäste länger im Zelt halten und zugleich den Bierumsatz steigern.

September 1898 – Eine Hauskapelle schafft Bierzeltstimmung

München-Ludwigsvorstadt * Für seine Riesenhalle engagiert Georg Lang eine eigene, 30-köpfige Blaskapelle. Die Musiker treten in Oberländer Tracht auf und werden als „Langs Original Oberlander“ bekannt. Ihr Repertoire umfasst ein breites Spektrum beliebter Unterhaltungs- und Stimmungsmusik. Die Polizeibehörde erhebt gegen die vom Festwirt bezahlte Hauskapelle keine Einwände. Da die Musiker ein festes Honorar erhalten, entfällt das bis dahin übliche und häufig als störend empfundene Einsammeln von Geld mit dem Teller. Lang greift damit eine zeitgenössische Mode auf: In Bierpalästen, Singspielhallen und Volkssängerlokalen sind Kapellen in Oberländer oder Dachauer Tracht bereits gang und gäbe. Auf dem Oktoberfest verbindet er die Musik gezielt mit der Bewirtung. Die ausgelassene Stimmung soll die Gäste länger im Zelt halten und zugleich den Bierumsatz steigern.

10. September 1898 – Die österreichische Kaiserin Elisabeth wird in Genf ermordet



Genf * Die österreichische Kaiserin und Apostolische Königin von Ungarn, Elisabeth [Sisi], wird in Genf ermordet. Gegen 13:30 Uhr stößt ihr der 25-jährige italienische Anarchist Luigi Lucheni eine scharf geschliffene Feile ins Herz. Kaiserin Elisabeth war zur falschen Zeit am falschen Ort, denn Ihr Mörder hat es ursprünglich nicht auf sie abgesehen, sondern auf den französischen Thronanwärter, den Prinzen Henri Philippe d'Orléans. Da das auserkorene Opfer aber kurzfristig seine Reisepläne änderte, ermordet Lucheni kurzerhand die 60-jährige Elisabeth, die im Hotel Beau Rivage abgestiegen war. Sisi bemerkt den Einstich nicht, kann ihre Vorhaben zunächst weiter verfolgen, bricht dann aber zusammen und stirbt um 14:40 Uhr.

1899 – Schon einer der ersten Filme verursacht einen Skandal

München-Hackenviertel * Schon einer der ersten im Internationalen Handels-Panoptikum gezeigten Filme verursacht einen Skandal. Er heißt „Endlich allein“ und zeigt ein Brautpaar am Hochzeitstag. Die Schlusszene wird umgehend zensiert. Auch in den folgenden Jahren sorgen Filme wie „Im Bad einer Pariserin“ oder „Im Chambre séparée“ für Aufregung. Die Neue Bayerische Zeitung schreibt über das neue Medium Kino: „Es scheinen für dieses Etablissement überhaupt nur Nacktheiten als sehenswert und interessant zu existieren. Wir enthalten uns jeglicher weiterer Ausführungen und stellen nur die ergebene Anfrage: Wo bleibt die Münchner Sittenpolizei? Schläft sie oder existiert sie nicht mehr?“ Freilich werden neben solchen Filmen auch regelmäßig Aufnahmen von den verschiedenen und aktuellen Kriegsschauplätzen gezeigt.

1899 – Ludwig Thoma polemisiert im Simplicissimus gegen politisierende Frauen

München * Ludwig Thoma polemisiert im Simplicissimus gegen politisierende Frauen mit den Worten: „Sie taugen nichts im Hause, nichts im Bett.“ Die Frauenrechtlerin Rosa Luxemburg ist für ihn eine „gebildete, blutlose Emanze“, die „sicherlich - was gilt die Wette? - mehr als ein Loch in ihren woll'nen Strümpfen“ hat.

März 1900 – Antisemitische Ausschreitungen bei einer politischen Versammlung

München-Hackenviertel * Bei einer Veranstaltung des Liberalen Demokratischen Vereins im Münchner Kreuzbräu kommt es zu schweren Störungen und einer Massenschlägerei. Der Wiener Gemeinderat Lucian Brunner soll dort im Auftrag des Historikers und Pazifisten Ludwig Quidde einen Vortrag halten. Anhänger der Christlich-Sozialen Vereinigung versuchen jedoch, die Veranstaltung zu verhindern. Als Ludwig Quidde das Rednerpult betritt, wird er mit lautem



Gejohle, Pfeifkonzerten und antisemitischen Rufen empfangen. Vor dem Veranstaltungsort bringen die Störer zudem ein Plakat mit der Aufschrift „Hier werden wegen Kohlemangels Juden verbrannt“ an. Der Vorfall verdeutlicht die zunehmende öffentliche Präsenz und Radikalisierung antisemitischer Agitation in München zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

5. März 1901 – Mathias Kneißl wird niedergeschossen und gefangen genommen

Geisenhofen bei Aufkirchen * Der „Räuber“ Mathias Kneißl wird im Aumacher-anwesen in Geisenhofen bei Aufkirchen von einem aus sechzig Mann bestehenden Polizeiaufgebot aufgespürt, niedergeschossen und gefangen genommen. Weil die Todesstrafe nur an gesunden Personen vollzogen werden darf, lästern die Bayern: „An Kneißl Hias hams zerst zuagracht, dann hamsn hergricht und erst dann hamsn higricht.“

6. Juni 1901 – Der Kirchenbauverein fordert ein evangelisches Schulhaus

München-Haidhausen * In Haidhausen gibt es vier evangelische Knaben- und fünf evangelische Mädchenklassen. Da aber die protestantischen Klassen in der Unterbringung gegenüber den katholischen Klassen wesentlich benachteiligt sind, fordert der evangelische Kirchenbauverein die Erbauung eines evangelischen Schulhauses in Haidhausen.

29. September 1901 – Prinzregent Luitpold übergibt der Stadt München die Luitpoldbrücke

München-Haidhausen * Prinzregent Luitpold übergibt der Stadt München die Luitpoldbrücke. Sie ist im frühen 20. Jahrhundert nur für Spaziergänger, Luxuskarossen und Kinderwagen zugelassen, Fuhrwerke werden auf die kleinere, aber bewährte Maximiliansbrücke verwiesen. An den Brückenzufahrten sind allegorischen Muschelkalk-Liegefiguren der vier Stammesgebiete Bayerns angebracht. Der Jäger mit Bogen an der Westseite symbolisiert Altbayern, die junge Frau mit dem Früchtekorb und den Trauben auf der anderen Seite die Pfalz. Der sich an der Ostseite befindende Fischer mit dem Netz verkörpert Franken, das ihm auf der gegenüberliegenden Seite angebrachte liegende Mädchen mit dem Wappenschild steht für Schwaben.

1902 – Protestantischen Klassen werden in die Wörthschule verlegt



München-Haidhausen * Protestantischen Klassen werden in die Wörthschule verlegt und dafür kleinere katholische Klassen der Wörthschule in den von den evangelischen Kindern verlassenen Schulräumen an der Kirchenstraße übersiedelt.

1902 – Die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn“

Leipzig * Der Publizist Theodor Fritsch, der seine politischen Aktivitäten auf den Mittelstand konzentriert, gibt die Zeitschrift „Hammer, Blätter für deutschen Sinn“ heraus. Schon 1887 hatte er einen Antisemiten-Katechismus verfasst, der anno 1907 neu überarbeitet unter dem Titel Handbuch der Judenfrage neu erschienen war. Sein Leipziger Hammerverlag verlegt nicht nur zahlreiche völkische Bücher und Zeitschriften, wie die Antisemitische Correspondenz, die Deutschsozialen Blätter sowie den bereits erwähnten Hammer, Blätter für deutschen Sinn, sondern auch den Deutschen Müller, eine damals bekannte Wirtschaftszeitung. Schon vor dem Ersten Weltkrieg erzielen die Produkte des Hammerverlags Aufmerksamkeit und hohe Auflagen.

Januar 1903 – Keine neue Chance für Emil Eduard Hammer

München-Hackenviertel - München-Ludwigsvorstadt * Der Versuch des Wachsplastikers und ehemaligen Betreibers des Internationalen Handels-Panoptikums in der Neuhauser Straße 1, Emil Eduard Hammer, sein Unternehmen in einem Neubau an der Bayerstraße 13/15 fortzuführen, wird aus feuerpolizeilichen Gründen untersagt.

1904 – Das Ausflugslokal Tivoli wird als „Ort der Mode“ beschrieben

München-Englischer Garten - Tivoli * Das am Ostrand des Englischen Garten gelegene Ausflugslokal Tivoli wird als „Ort der Mode“ beschrieben. „An schönen Sommerabenden war es mit zahlreichen Menschen angefüllt, die besonders dem Tanzvergnügen huldigten. An Werktagen fanden sich bis in unsere Zeit noch Beamte aus den höchsten Kreisen dort ein“.

1904 – Der Kocherlball wird aus Mangel an Sittlichkeit polizeilich verboten

München-Englischer Garten - Lehel * Der sogenannte Kocherlball am Chinesischen Turm im Englischen Garten wird aus „Mangel an Sittlichkeit“ polizeilich verboten. Bis dahin vergnügten sich sonntags ab fünf Uhr früh die Dienstboten.



1905 – Aufstieg zu einer der größten Münchner Aktienbrauereien

München-Haidhausen * Die Bürgerbräu AG steigert ihren jährlichen Bierausstoß auf rund 230.000 Hektoliter und entwickelt sich zu einer der größten Münchner Aktienbrauereien. Bald nimmt sie unter den Aktienbrauereien der Stadt den zweiten Rang ein. Einen wesentlichen Anteil am Erfolg hat das Exportgeschäft. Rund die Hälfte der Bierproduktion geht ins Ausland. Damit verfolgt die Bürgerbräu AG ähnlich wie die Löwenbräu AG eine ausgeprägt internationale Absatzstrategie. Um ihre wachsenden Absatzmärkte zu bedienen, unterhält die Brauerei um die Jahrhundertwende neben München bereits Flaschenabfüllstationen in Verona, Frankfurt am Main und Hamburg. Der ehemalige Zengerbräu hat sich damit innerhalb weniger Jahrzehnte von einer traditionellen Münchner Brauerei zu einem überregional und international tätigen Großunternehmen entwickelt.

1905 – Paul Nicolaus Cossmann konvertiert zum katholischen Glauben

München * Paul Nicolaus Cossmann konvertiert vom jüdischen zum katholischen Glauben. Während des Ersten Weltkriegs tauscht er seine liberalen Ideen gegen einen skrupellosen Nationalismus ein. In den „Süddeutschen Monatsheften“ wird er später verbissen die „Dolchstoß“-Theorie propagieren.

3. Februar 1905 – Solidaritätskundgebung für die Opfer der ersten Russischen Revolution

München-Au * Im Münchner-Kindl-Keller findet eine Solidaritätskundgebung zu Gunsten der Opfer der ersten Russischen Revolution statt.

15. März 1905 – Das Deutsche Reich will Marokkos Wirtschaftsinteressen verteidigen

Berlin * Reichskanzler Bernhard von Bülow gibt im Reichstag bekannt, dass das Deutsche Reich Schritte zur Verteidigung der Wirtschaftsinteressen in Marokko unternommen wird. Dabei hatte Deutschland bis dahin niemals Einwände gegen die von Frankreich ausgeübte Kontrolle des Militärs, der Polizei, der Verwaltung, der Banken und des Handels in Marokko erhoben.

Juni 1905 – Polemik der „Münchener Bier-Chronik“ gegen die Unionsbrauerei



München-Haidhausen * Die wöchentlich erscheinende „Münchener Bier-Chronik“, eine Fach- und Werbezeitschrift der Münchner Brauereien, berichtet über das Brauwesen, wirtschaftliche Entwicklungen sowie die Münchner Bierkultur. Im Juni 1905 greift sie einen Rechtsstreit zwischen der Unionsbrauerei und einem Münchner Wirt auf. Anlass ist die Klage der Unionsbrauerei gegen den Wirt eines Gasthauses, das den geschützten Namen „Schützenlisl“ führt, obwohl dort Bier von Löwenbräu ausgeschenkt wird. Die Darstellung der Schützenlisl ist als Schutzmarke der Münchner Kindl Brauerei eingetragen und befindet sich nach deren Fusion im rechtlichen Besitz der Unionsbrauerei. Da der Wirt kein Bier der Unionsbrauerei ausschenken kann oder will, muss er den Namen seines Gasthauses ändern. Die „Münchener Bier-Chronik“ nutzt den Fall für eine polemische Attacke auf die Unionsbrauerei und kommentiert: „Dieses Beispiel diene den anderen Herren Brauereibesitzern zum Spiegel, wie ‚kollegialisch‘ die Unionsbrauerei auf die Hektoliterjagd geht.“ Anschließend schlägt die Berichterstattung in offenen Antisemitismus um. Die Zeitung behauptet, eine „jüdische Schützenlisl“ sei ohnehin nicht mehr von Interesse, „denn sobald das Weibsbild einmal ‚jüdisch‘ geworden, beschnüffelt sie kein rädiger Hund mehr, viel weniger ein echter Bajuware.“ Die diffamierenden und antisemitischen Angriffe der „Münchener Bier-Chronik“ führen wenig später zum sogenannten „Dividendenwasser-Prozess“, in dem sich Joseph Schülein erfolgreich gegen die Zeitung zur Wehr setzt.

August 1905 – „Des is ja bloß a luthrischer Komödiant“

München-Au * Johann Royes besucht seine 24-jährige Tochter Gisela, die spätere Ehefrau von Karl Valentin, in der Au. Dabei bemerkt er die unübersehbare Schwangerschaft seiner Tochter. Sie erhält von dem „frommen Katholiken“ eine saftige Watschn, nachdem er erfahren hat, dass der Vater des Kindes „bloß a luthrischer Komödiant“ sei. Also ein Taugenichts und Habenichts.

1906 – München hat die geringste Straßenbahn-Verkehrsdichte

München * Die Zeit der Münchner Trambahn Aktiengesellschaft nähert sich langsam ihrem Ende, da die Stadt - aufgrund der sich abzeichnenden veränderten politischen Verhältnisse - eine Verlängerung des Vertrages ablehnt. Das aber auch deshalb, weil München im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten die geringste Straßenbahn-Verkehrsdichte aufweist. So treffen hier im Jahr 1904 auf 10.000 Einwohner lediglich 0,97 Kilometer Tramstrecke, während es in Hamburg 1,89 und in Dresden sogar 3,09 Kilometer sind.



7. April 1906 – Die Internationale Konferenz im spanischen Algeciras endet

Algeciras * Die Internationale Konferenz im spanischen Algeciras endet. Auf der Konferenz wird zwar die Souveränität Marokkos formell anerkannt. Doch die Polizei in den marokkanischen Häfen und das Bankwesen darf Frankreich gemeinsam mit Spanien verwalten. Deutschland erhält keinen Zugriff auf diese Kontrollen Marokkos. Damit hat Frankreich sein Hauptziel erreicht, während das Deutsche Reich aufgrund seines aggressiven Vorgehens immer mehr an Ansehen verliert und zusehends in die außenpolitische Isolierung treibt. Auch für die sich bildende marokkanische Unabhängigkeitsbewegung stellte das Konferenzergebnis eine Niederlage dar.

25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einem konservativen Richtungsumschwung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD herbe Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38 Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen. Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem „Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

21. April 1907 – Carl Gabriel eröffnet in der Dachauer Straße 16 sein erstes Münchner Kino

München-Maxvorstadt * Carl Gabriel eröffnet in der Dachauer Straße 16 sein erstes Münchner Kino unter dem weltmännischen Namen „The American Bio-Cie./Carl Gabriel's Theater lebender



Bilder“ mit 145 Plätzen. Es ist Münchens viertes Kino. Es werden Stummfilme gezeigt, die von einem mehr oder weniger talentiertem Klavierspieler und einem Explikateur, einen Filmerklärer, begleitet werden. An den Lehnen der Vordersitze sind Drahtgestelle angebracht, in denen man seinen Masskrug abstellen kann. Statt Popkorn und Eis - wie heute - werden Schokolade und Wurstsemmeln verkauft. Nach 19 Uhr geht fast niemand mehr ins Kino, denn: „Der Münchner geht im Gegensatz zum Berliner, soweit er es ermöglichen kann, lieber Nachmittags ins Kino, weil er den Abend gern im Bierrestaurant verbringt.“Trotzdem suchen die „Gebildeten“ das Kino erst im Schutz der Dunkelheit auf. Etwaige Bekannte begrüßen sich - wenn überhaupt - mit einem verlegenem Lächeln. Es gibt Logen mit einem Loch im Vorhang, von dem aus man zwar alles sehen kann, selbst aber nicht gesehen wird. Die Münchner Polizei besucht im Auftrag der Obrigkeit regelmäßig die Kinematographen. Sie muss sicherstellen, dass im dunklen Kinosaal alles „sittlich“ und „mit rechten Dingen“ zugeht.

1908 – Jedem Katholiken wird die Feuerbestattung verboten

München * Das katholische Stadtpfarramt bekräftigt noch einmal ihre Haltung und verbietet jedem Katholiken die Feuerbestattung.

1908 – Die Stimmabgabe bei politischen Wahlen ist an Besitz gebunden

Berg am Laim * Bis zur Änderung des Kommunalwahlrechts ist die Stimmabgabe bei politischen Wahlen weitgehend an Besitz gebunden. Von den 2.200 Berg am Laimer Gemeindebewohnern dürfen nur 50 männliche Gemeindebürger wählen. Kein Wunder also, dass nahezu alle Bürgermeister betuchte Ziegeleibesitzer sind und sich auch der Gemeinderat zu etwa einem Drittel aus diesem Berufsstand rekrutiert.

Februar 1909 – Lion Feuchtwanger und der Phoebus-Skandal

München-Maxvorstadt * Lion Feuchtwanger organisiert als Vorsitzender der Phoebus-Gruppe zum Ausklang der Faschingssaison im Löwenbräukeller einen aufwändigen Ball. Weil sich der Sponsor der Veranstaltung als Betrüger herausstellt, kommt es zum Eklat. Handwerker und Arbeiter reißen noch während des Faschingballs die Dekoration herunter und fordern ihre Löhne und die unbezahlten Rechnungen ein. Feuchtwanger und seine Mitstreiter holen ein Großaufgebot der Polizei, was alles nur noch schlimmer macht. Denn jetzt verlassen die Gäste



den Löwenbräukeller und fordern ihr Eintrittsgeld zurück. Der Phoebus-Skandal ist geboren. Kurt Eisner, der spätere Revolutionär und Ministerpräsident des Freistaates Bayern ist zu diesem Zeitpunkt Redakteur der SPD-Zeitung Münchener Post, bezeichnet den Phoebus-Vorstand als „Margarine-Barönchen“. Sein Ball hätte so viel „mit Apollon zu tun, wie Herr Lion Feuchtwanger mit der Literatur oder sein Vater mit der Naturbutter“.

1910 – Die katholischen Lehrerinnenvereine sprechen sich für das Zölibat aus

München * Die katholischen Lehrerinnenvereine vertreten die Auffassung, dass die Ehe die Entfaltung der Kräfte in Erziehung und Unterricht verhindert. Mit dieser Zölibat-Diskussion blamieren sich die deutschen Lehrervereinigungen europaweit, denn fast überall lehren dort verheiratete Frauen an den Schulen.

1910 – Dienst und Ehe schließen sich für die Vermittlungskräfte aus

München - Berlin * Dienst und Ehe schließen sich für die Vermittlungskräfte aus. In einem Weisungsbuch heißt es: „Das weibliche Postpersonal bedarf zur Eingehung einer Ehe der Erlaubnis der zuständigen Dienstbehörde. Da sich aber aus der Verwendung von verheirateten Beamtinnen [...] Schwierigkeiten verschiedener Art ergeben können, kann dem unterstellten weiblichen Personal [...] die Erlaubnis zur Eingehung einer Ehe nicht erteilt werden“.

1. Mai 1910 – Die erste polizeilich genehmigte Münchner Maikundgebung

München-Theresienwiese * Auf der Theresienwiese findet die erste polizeilich genehmigte Maikundgebung statt.

1911 – Die katholische Kirche verlegt Heiligenfeste und Patrozinien auf Sonntag

Königreich Bayern * Auf Drängen der bayerischen Industrie verlegt die katholische Kirche zwei Heiligenfeste und sämtliche Patrozinien der Kirchen- und Ortspatrone auf Sonntage; drei Marienfeiertage werden sogar ganz gestrichen.

1911 – Der Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik



Berlin * Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik so: „Ein vorwärtstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg“.

1911 – „Der Wittiber“ von Ludwig Thoma kommt in die Buchläden

München * Der neue Roman „Der Wittiber“ von Ludwig Thoma kommt in die Buchläden. Es geht darin um einen Landwirt, der nach dem Tod seiner Frau zum Alkoholiker wird.

Mai 1911 – Bischof Faulhaber löst sämtliche Simultankirchen auf

Speyer * Kurz nachdem Michael Faulhaber zum Bischof ernannt worden ist, löst er im Bistum Speyer sämtliche Simultankirchen auf. Das sind Gebetshäuser, in denen seit langer Zeit Katholiken und Protestanten - zu verschiedenen Zeitpunkten - ihre Andachten abhalten.

1. Juli 1911 – Das Kanonenboot Panther vor Agadir löst die Zweite Marokkokrise aus

Agadir * Das Kanonenboot Panther kreuzt in den Gewässern vor der marokkanischen Hafenstadt Agadir auf. Frankreich und die anderen Großmächte sind total überrascht und natürlich nicht darauf vorbereitet. Frankreich fühlt sich erpresst. Und auch die englische Regierung erklärt, dass sie eine Schwächung ihres Bündnispartners zugunsten Deutschlands keines Falls akzeptieren wird. Damit wird die Zweite Marokkokrise zwischen Deutschland und Frankreich ausgelöst. Es kommt zu zähen Verhandlungen, in denen Frankreich einen Zipfel Togos an Deutschland abtreten muss, den sogenannten „Entenschnabel“. Deutschland erklärt dafür im Gegenzug sein Desinteresse an der französischen Marokkopolitik. Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formulierte es so: „Ein vorwärtstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg.“

23. Oktober 1911 – Italienischen Truppen gehen gegen die arabische Bevölkerung vor

Tripolis * Die italienischen Besatzungstruppen gehen in einem Pogrom gegen die arabische Bevölkerung vor und erschießen dabei innerhalb von fünf Tagen wahllos tausende Araber, verbrennen deren Hütten und beschlagnahmen das Vieh. Auch in den folgenden Wochen



führte die Besatzungsmacht Massenhinrichtungen auf öffentlichen Plätzen durch und deportierte etwa 4.000 Araber auf Strafinselfn.

1. November 1911 – Die ersten Zwei-Kilo-Bomben auf lebende Ziele

Tripolis * Der italienische Leutnant Giulio Cavotti lässt über zwei Oasen bei Tripolis die ersten Zwei-Kilo-Bomben auf lebende Ziele abwerfen. Der Angriff dient keinem militärischen Zweck, sondern geschieht im Rahmen der Vergeltungsaktionen gegen die arabische Bevölkerung.

1912 – Ein Kinogründungs-Boom setzt ein

München * Mit dem Wegfall einer restriktiven, die Gewerbeordnung beschränkende Polizeiorfnung setzt ein Kinogründungs-Boom ein.

8. Januar 1912 – Pater Rupert Mayer kommt nach München

München * Pater Rupert Mayer kommt nach München. Er ist Seelsorger für katholische Zuwanderer und arbeitet in den Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereinen mit.

2. Februar 1912 – „Lichtmess“ ist letztmals ein offizieller Feiertag

München * Zum letzten Mal wird „Lichtmess“ als offizieller Feiertag begangen. Wenige Monate später wird eine Neuordnung der Feiertage den Wegfall mehrerer katholischer Traditionstage mit sich bringen. Neben Lichtmess fallen auch Mariä Verkündigung [25. März] und Mariä Geburt [8. September] der Reform zum Opfer.

4. August 1912 – Haidhausens erstes Kino öffnet am Orleansplatz

München-Haidhausen * Haidhausens erstes Kino eröffnet als Erstes Münchner Lichtspielhaus am Orleansplatz. Es wird 1919 erweitert und als Zwecks Lichtspielhaus am Orleansplatz wieder eröffnet. Mehrere Namensänderungen folgen. Ab 1930 heißt es schlicht OLI. 1970 schließt das Kino für immer seine Pforten.



September 1912 – Unter dem Titel „Tripolis“ zeigt Carl Gabriel eine Völkerschau

München-Theresienwiese * Unter dem Titel „Tripolis“ zeigt Carl Gabriel eine Völkerschau auf dem Oktoberfest.

12. Dezember 1912 – Prinzregent Luitpold stirbt - Ludwig III. wird Prinzregent

München-Graggenau * Der 91-jährige Prinzregent Luitpold stirbt. Er wird von der Kritik - wegen seines Desinteresses in politischen und wirtschaftlichen Fragen - schlicht für unfähig gehalten. Luitpolds 67jähriger Sohn Prinz Ludwig III. tritt seine Nachfolge als Prinzregent an. Der letzte bayerische Monarch „von Gottes Gnaden“ wird jedoch die Herzen seiner Untertanen nie erreichen.

1913 – Der Film „Die lustigen Vagabunden“ entsteht

München * Der Film „Die lustigen Vagabunden“ entsteht. Karl Valentin spielt darin einen ziemlich vertrottelten Polizisten.

1913 – Faulhabers Kampf gegen die Geburtenkontrolle

Speyer * Der Bischof von Speyer, Michael von Faulhaber, bezeichnet die Empfängnisverhütung als „die eigentliche Todsünde unserer Zeit“. Er meint, dass sich „keine Religionsgemeinschaft [...] der Seuche des Geburtenrückgangs so kraftvoll erwehren [wird] wie die katholische Kirche“.

Mai 1913 – Unionsbräu - Münchens drittgrößte Brauerei

München-Haidhausen * Die Unionsbrauerei zählt zu den führenden Brauereien ihrer Zeit: Nach Löwenbräu und Spaten ist sie die drittgrößte Brauerei Münchens und belegt im Deutschen Reich den neunten Rang. Ihr Bierabsatz erreicht 317.410 Hektoliter.

September 1913 – Der Bayerische Kurier warnt vorm Oktoberfest-Besuch



München-Theresienwiese * Die Polizei warnt im Bayerischen Kurier vorm Oktoberfest-Besuch: „In den Buden wie außerhalb derselben drohen allerlei Gefahren, die sich in den Abendstunden steigern.“

29. September 1913 – Rosa Luxemburg ruft zum Widerstand gegen den Militärdienst auf

Frankfurt am Main-Bockenheim * Rosa Luxemburg ruft in Anbetracht der Kolonialpolitik und des Militarismus des Deutschen Kaiserreichs zum Widerstand gegen den Militärdienst auf. Sie wird vors Gericht gezerrt und am 14. April 1914 wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

30. Oktober 1913 – Verfassungsänderung zur Beendigung der Regentschaft

München-Kreuzviertel * Die Abgeordnetenversammlung beschließt ein verfassungsänderndes Gesetz mit 122 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten. Mit diesem Gesetz kann der „Regent die Regentschaft für beendet und den Thron für erledigt erklären“, wenn „wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs“ auch „nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht auf Regierungsfähigkeit“ besteht. Damit hat der Prinzregent die Möglichkeit, seinen noch lebenden geisteskranken Cousin, den legitimen König Otto I., zu entthronen. Prinzregent Ludwig III. wollte politisch eine Veränderung herbeiführen und konnte mit dem Zentrum und den Liberalen auf eine breite parlamentarische Mehrheit bauen. Doch eine schlichte Proklamation Ludwigs III. zum König wurde von den Abgeordneten als nicht ratsam erachtet, da auch der Prinzregent eine Übertragung der Krone durch den Landtag ablehnte. Schließlich wollte Ludwig III. kein „König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ sein.

3. November 1913 – Den ganzen Monarchismus lächerlich finden

Trier * Die politisch dem Zentrum nahestehende Zeitung Trierischer Volksfreund schreibt über die Monarchie: „In modernen Ländern entscheidet das Volk über die Regierungsform und bestimmt das Volk den Herrscher, der es regieren soll. [...] Kein Mensch glaubt heute mehr, dass es besondere Menschen gäbe, in die die Gnade Gottes hineingefahren wäre. [...] Als vernünftige Menschen müssen wir den ganzen Monarchismus lächerlich finden.“



17. November 1913 – Marie Therese, die erste Katholikin auf dem bayerischen Königsthron

Lindau * Die Lindauer Volkszeitung schreibt: „Die Gemahlin des Königs Ludwig III. von Bayern wird die erste katholische Königin sein. [...] Die hohe Frau, die weithin als das Vorbild einer christlichen Frau und Mutter schon lange erschien, verdient es wahrhaftig, eine Landesmutter zu sein, verehrt und geliebt von allen treuen Bayern.“

14. April 1914 – Rosa Luxemburg wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Frankfurt am Main * Rosa Luxemburg steht wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit in Frankfurt vor dem Landgericht. Sie wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Knast bleibt der gehbehinderten Frau, die Berufung gegen das Urteil einlegt, vorerst erspart.

25. Juli 1914 – Rege Diskussionen zur politischen Lage beherrschen das Geschehen

München * In München versammeln sich Menschenmassen, um auf Extra-Ausgaben der Zeitungen zu warten. Rege Diskussionen zur politischen Lage beherrschen das Geschehen. Spontane antiserbische und antirussische Kundgebungen folgen.

26. Juli 1914 – Betrunkene und fanatisierte Patrioten demolieren das Café Fahrig

München-Kreuzviertel * Am 25. Juli, nur wenige Stunden nachdem Serbien das Ultimatum für Österreich-Ungarns nicht ausreichend devot umgesetzt hat, berauschen sich im Café Fahrig, in der Neuhauser Straße, die Gäste an der Aussicht, dass jetzt Krieg droht. Die Menschen - im Café Fahrig und sonst wo - lassen Bayerns König Ludwig III. und Deutschlands Kaiser Wilhelm II. hochleben. Die Kapelle spielt die „Wacht am Rhein“, „Heil Dir im Siegerkranz“ und viele andere patriotische Lieder. Es wird viel gelacht, gefeiert, gesungen und natürlich getrunken. Weil der Sohn des Gaststättenhabers Franz Fahrig einen Streit unter Gästen schlichten will, lässt er die Musik kurz unterbrechen. Doch plötzlich fliegen Stühle durchs Lokal. Die Polizei wird angefordert und räumt das Café gegen zwei Uhr früh. Die sozialdemokratische Münchener Post schreibt über die Vorgänge: „Durch ungeschicktes Benehmen des Kapellmeisters wurde die betrunkene und fanatisierte Menge wild und demolierte das ganze Lokal“. Doch das ist noch nicht das Ende der Affäre. Wilde Gerüchte sind im Umlauf. Einer erzählt, eine serbische Kapelle hätte den Kaiser und das Reich geschmäht. Der andere hat Spione im Café Fahrig gesehen. Da ist es zu dem



Schritt, der Café-Inhaber Franz Fahrig steht mit dem Feind im Bunde nicht mehr weit. Die Volksseele kocht. Um kurz vor drei Uhr fliegt der erste Pflasterstein in eine der Fensterscheiben des Lokals. Am Morgen ist das Café Fahrig innen und außen verwüstet.

26. Juli 1914 – Die Angst vor ausländischen Spionen hat um sich gegriffen

München * Die „Spionitis“, die Angst vor ausländischen Spionen, hat um sich gegriffen. Die Polizei ruft - vergeblich - zur Zurückhaltung auf. Ausländisch aussehende oder ausländische Kleidung tragende Passanten werden zum Teil tätlich angegriffen. Ausländer verlassen fluchtartig die Stadt.

28. Juli 1914 – Der Eine ist zu alt, der Andere zu jung

Wien * Der bei Kriegsbeginn kurz vor seinem 84. Geburtstag stehende österreichisch-ungarische Kaiser Franz Joseph I. ist zu schnellen und grundsätzlichen Entscheidungen kaum noch in der Lage, auch wenn er versucht, täglich seine Akten pflichtbewusst und akribisch zu bearbeiten. Sein Thronfolger, Erzherzog Karl, ist gerade 27 Jahre alt und politisch wie militärisch noch ohne Erfahrung. Weil aber die Oberbefehlsgewalt von einem adeligen Mitglied des Erzhauses übernommen werden muss, fällt die Wahl auf der 58-jährigen Erzherzog Friedrich. Er besitzt allerdings nur wenige Eigenschaften, die ihn zum Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Armee befähigen. Erzherzog Friedrich wird als eher ängstlich beschrieben, der nur wenig persönliche Initiative entwickelt und sich hauptsächlich mit seiner Frau beratschlagt, welche Uniform er tragen soll.

30. Juli 1914 – Russland erklärt die Generalmobilmachung

Moskau * Zar Nikolaus II. wird von seinem Außenminister zur Generalmobilmachung überredet. Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten am Nachmittag: „Der russische Botschafter hat dem Grafen Berchtold die Mitteilung gemacht, dass die russische Regierung eine bindende Erklärung, die Neutralität zu wahren, nicht geben kann. Infolgedessen steht die allgemeine Mobilisierung der österreichischen Armee innerhalb der nächsten Tage zu erwarten.“ Damit ist der entscheidende Schritt zum Großen Krieg getan und ein Schuldiger gefunden. Denn zu diesem Zeitpunkt ging es nur noch um die Frage, welche Macht als Erste mobilmachen würde. Sämtliche nun folgenden politischen Aktivitäten der beteiligten Regierungen sind ausnahmslos darauf ausgerichtet, der jeweils anderen Seite die Schuld an der kommenden Katastrophe



zuzuschieben. Die Öffentlichkeit soll erkennen und davon überzeugt werden, dass man zu einem Verteidigungskrieg gezwungen worden ist. Und Russland hat damit - aus deutscher Sicht - eindeutig und zweifelsfrei seine Bereitschaft zum Krieg gezeigt.

August 1914 – Export im Zeichen des Krieges

München * Löwenbräu kann seinen Absatz zu Beginn des Ersten Weltkriegs durch Bierlieferungen an das Militär zunächst steigern. Der internationale Export ist dagegen stark von den politischen Beziehungen abhängig. Zölle und Frachtkosten, aber auch die Beliebtheit des Biers auf den jeweiligen Märkten bestimmen den Absatz. Im weiteren Verlauf des Krieges können die Brauereien nur noch befreundete oder neutrale Länder beliefern. Für den Großexporteur Löwenbräu hat das gravierende Folgen: Da das Unternehmen in den Jahren zuvor stark auf den Export gesetzt und den heimischen Markt vernachlässigt hat, bricht der Absatz deutlich ein.

1. August 1914 – Das herbeigesehnte und gefürchtete reinigende Gewitter ist da

München * Für viele Münchner und Deutsche ist nun endlich das teils herbeigesehnte, teils gefürchtete „reinigende Gewitter“ hereingebrochen. Denn für viele Zeitgenossen war der Krieg auf längere Sicht absolut unvermeidbar. Durch die offizielle Berichterstattung über die außenpolitischen Krisen und die angebliche feindliche Einkreisung des Deutschen Reiches war diese Erkenntnis plausibel gemacht geworden.

2. August 1914 – Die Fremden müssen die Stadt verlassen

München * Laut einer Anordnung haben „Alle Fremden, die sich über den Zweck ihres Aufenthalts nicht gehörig ausweisen können oder sich lästig machen, [...] auf Aufforderung der Distriktpolizeibehörden das Gebiet des Deutschen Reiches und zwar bis auf weiteres über Lindau binnen 24 Stunden zu verlassen“. Alle Angehörigen feindlicher Nationen - darunter die Künstler Wassily Kandinsky, Marianne Werefkin und Alexej von Jawlensky fliehen deshalb zunächst in die Schweiz. Doch auch Angehörige befreundeter Nationen verlassen die Stadt. So beispielsweise die Ziegeleiarbeiter in Berg am Laim und Oberföhring.



2. August 1914 – Am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten

München * Die Militärpflichtigen nutzen am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten. Denn an diesem 2. August hatten sowohl die Geschäfte, wie auch die Standesämter geöffnet. Im August 1914 heiraten rund vier Mal so viele Paare wie im April. Und auch die katholischen Kirchen sind voll. Man nutzte die Zeit zum Beichten und zur Kommunion.

3. August 1914 – Deutschland bringt ein Weißbuch heraus

Berlin * Als erste kriegführende Macht bringt Deutschland ein Weißbuch heraus. Darin enthalten sind Aktenstücke, die beweisen sollen, dass sich Deutschland bis zuletzt um den Frieden bemüht hat und damit die Burgfriedenspolitik gegen kritische Fragen erhärten kann. Das Weißbuch wird vom Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg dem Reichstag vorgelegt. Auch die anderen, am Krieg beteiligten Nationen bringen ähnliche Dokumentsammlungen in ihren Landesfarben heraus. Doch alle derartigen Publikationen erhalten neben Flüchtigkeitsfehlern auch gezielte Fälschungen.

4. August 1914 – Königin Marie Therese erlässt einen „landesmütterlichen“ Aufruf

München * Gleichzeitig richtet die Königin Marie Therese einen „landesmütterlichen“ Aufruf an die Frauen und Jungfrauen Bayerns!, damit auch diese ihren solidarischen Beitrag leisten: „Euch aber, denen es nicht vergönnt ist, mit Blut und Leben für des Vaterlandes Ehre einzutreten, bitte ich innigst, nach Kräften mitzuwirken zur Linderung der Not jener Braven, welche das feindliche Geschoss oder die Beschwerden des Krieges verwunden oder sich zu Boden werfen. So stellt euch denn, die ihr wohl alle liebe Angehörige bei der Armee wisst, in den Dienst des Roten Kreuzes, gleich Meinen Töchtern Hildegard, Helmtrud und Gundelinde. Draußen fließt Blut, herinnen fließen Tränen, am bittersten da, wo zur Sorge der Seele die Not des Leidens kommt. Auch hier muss und wird geholfen werden. Das Notwendige bereiten wir eben vor [...]. Soldaten, die ihr ins Feld zieht, Ich, die Königin, sage euch, euere tapferen Frauen und eure lieben Kinder sollen nicht Not leiden; schaut voraus gegen den Feind, euren Lieben gehört nun unsere Sorge.“

4. August 1914 – Durchhalteparolen von Bischof Michael von Faulhaber

München * Als an allen Fronten Katholiken auf Katholiken schießen und ihre Stoßgebete an den



gleichen Gott schicken, ist es Michael von Faulhaber, der mit „Durchhalteparolen“ und „Hurra-Patriotismus“ den deutschen Soldaten in den Schützengräben den „Kampfesmut“ vorbetet.

10. August 1914 – Auf den Johannisplatz zur Truppenaussegnung

München-Haidhausen * Erstmals marschieren in Haidhausen die Truppen auf dem Johannisplatz zur Truppenaussegnung auf, um vor dem Abmarsch noch den kirchlichen Segen zu erhalten. „Der Kommandeur hielt eine kernige Ansprache und bat zum Schluss um Gottes Beistand. Der Priester war unter dem Thronhimmel vor die Kirche getreten und erteilte, das Allerheiligste nach allen Seiten zeigend, den Segen. [...] In allen katholischen Gotteshäusern wurde der Hirtenbrief des Kardinals verlesen, darauf drei Gebete für das Vaterland und unsere Krieger gehalten“. Solche abendlichen und nächtlichen Aufmärsche mit kirchlichem Segen werden sich noch mehrmals wiederholen.

13. August 1914 – Der Vorabdruck des Romans „Der Untertan“ wird eingestellt

München * Die Zeitschrift „Zeit im Bild“ stellt den seit 1. Januar 1914 laufenden Vorabdruck des Romans von Heinrich Mann „Der Untertan“ ein. Begründung: „Im gegenwärtigen Augenblick kann ein großes öffentliches Organ nicht in satirischer Form an deutschen Verhältnissen üben“. Außerdem meint die Redaktion, „dürften wir bei der geringsten direkten Anspielung politischer Natur, etwa auf die Person des Kaisers, die ärgsten Zensurschwierigkeiten bekommen“.

15. August 1914 – Das ganze katholische Elsass soll an Bayern fallen

München * König Ludwig III. konfrontiert den preußischen Geschäftsträger in München mit der Klage, dass Bayern im Krieg von 1870/71 zu schlecht weggekommen sei. So etwas darf nie wieder passieren. Der Krieg darf keinesfalls zu einer einseitigen Vergrößerung Preußens führen, da dadurch das staatliche Gefüge des Reiches verschoben würde. Wenn Preußen durch Annexionen wächst, dann müssen auch die anderen größeren Bundesstaaten, insbesondere Bayern, einen Ausgleich erhalten. Danach entwickelt er sein Konzept: eine Aufteilung des Reichslandes Elsass-Lothringen, bei der das ganze katholische Elsass an Bayern fallen soll.



1915 – Lena Christ's Roman „Rumplhanni“ beschreibt den Kriegsbeginn

München * Lena Christ beschreibt in ihrem im Jahr 1916 erschienenen Roman „Rumplhanni“ den Kriegsbeginn auf dem Lande: „[...] Kein Platz ist mehr zum Sitzen; die Bauern haben den Herrgottswinkel und das Ofeneck ausgefüllt, und an den übrigen Tischen hocken die Jüngeren und die Dienstigen. Man redet vom Krieg. Und der eine meint: „Jano; s'Belgien ham mir scho. s'Frankreich ham mir aa scho glei; Paris kriagn man auf d'Woch und s'Rußland aufn Kirta. Bis Allerheiling ham mir nachher an Engländer umbracht, und z'Weihnachten sauf i mir mein Friedensrausch o.' - ‚Wenn dir der Italiener net 's Krüagl aus der Hand haut, deiweil!‘ meint der Meßmer von Niklasreuth; ‚woaßt, den Schlawiner tat i scheucha!‘ Aber, was!? Den Katzlmacha!‘ heißt's da; ‚den Polentafresser! Den Maronibruada möchst ferchten! Was willst denn! Was will denn der macha! Hat Ja grad oa Loch, wo er außi kann, der Italiener!‘ - ‚Und dees is zuapitschiert!‘ meint der Hauser. ‚Dees ham eahm d'Östeireicher a so verpappt, daß er a Jahr braucht, bis er si durchefrißt!‘ Und so wird weiter disputiert und politisiert, bis Jeder voll ist und jeder genug hat [...]“. Und solange die militärischen Erfolge Bestand haben, kann der sogenannte „Burgfrieden“ in der Arbeiterschaft auch weiterhin erhalten bleiben.

6. Juni 1915 – König Ludwig III. fordert einen deutschen Zugang vom Rhein zum Meer

Nürnberg * König Ludwig III. fordert in seiner sogenannten „Kanalrede“ - vor dem im Jahr 1891 gegründeten Bayerischen Kanalverein - als Kriegsziel für das Deutsche Reich einen „direkten Ausgang vom Rhein zum Meer“. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg befürchtet durch diese offen vorgetragene Annexionspolitik des bayerischen Königs eine Verärgerung des neutralen Holland, weshalb die Forderung in der Veröffentlichung der Bayerischen Staatszeitung abgeschwächt wird.

16. Juni 1915 – Ludwig III. über die Flaumacherei und Schlappeheit verärgert

München - Berlin * König Ludwig III. teilt Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg mit, er sei „scharf verstimmt“ über die „Flaumacherei und Schlappeheit“ der deutschen Außenpolitik. Man soll in Berlin keinesfalls seine Energie und Willenskraft in der Annexionsfrage unterschätzen.

19. Juni 1915 – SPD-Politiker veröffentlichen ein Manifest gegen den Krieg

Leipzig * Die SPD-Politiker Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky veröffentlichen in



der Leipziger Volkszeitung ein Manifest gegen den Krieg. Daraufhin wird das Erscheinen der Zeitung für mehrere Tage verboten.

20. Juni 1915 – Professoren und Intellektuelle verlangen eine neue Kriegszielpolitik

Berlin * In der sogenannten „Intellektuellen-Denkschrift“ verlangen zahlreiche Professoren und Intellektuelle - darunter 136 Bayern - eine Kriegszielpolitik, die dem Deutschen Reich Industriegebiete im Westen und Siedlungsland im Osten bringt.

14. Januar 1916 – Otto Rühle tritt aus der SPD-Fraktion aus

Berlin * Der SPD-Abgeordnete und Kriegsgegner Otto Rühle tritt aus Solidarität mit Karl Liebknecht - nach dessen Ausschluss - aus der SPD-Fraktion aus. Otto Rühle hatte ebenfalls am 20. März 1915 gegen die Kriegskredite gestimmt.

24. März 1916 – 18 SPD-ler aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen

Berlin * In der SPD kommt es im Zusammenhang mit einem Not-haushalt zum offenen Bruch in der Frage der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik. Hugo Haase hält im Reichstag eine Anti-Kriegs-Rede, in der er auch die durch die Regierung verschuldeten Zustände von Unterernährung und Hunger unter Teilen der Bevölkerung anklagt. Im Parlament kommt es zu einem Krawall. Der im Rahmen dieser Parlamentssitzung von der Regierung vorgestellte Notetat wird von jenen 18 SPD-Reichstagsabgeordneten, die bereits am 21. Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten, ebenfalls abgelehnt. Die anderen SPD-Abgeordneten bewilligen den Regierungsvorschlag. Mit der Begründung von Disziplin- und Treubruch werden die 18 Abgeordneten in einer anschließenden SPD-Fraktionssitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Abweichler bilden daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG als Fraktionsgemeinschaft. Sie betrachten sich weiterhin als Mitglieder der SPD. Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geht im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD hervor. Die USPD wird bei den revolutionären Ereignissen in Bayern die entscheidende Rolle spielen. Karl Liebknecht und Otto Rühle lehnen den Anschluss an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ab.



28. Juni 1916 – Karl Leibknecht erstinstanzlich verurteilt

Berlin * Karl Liebknecht wird unter Verlust seines Reichstagsmandats wegen Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Am ersten Prozesstag organisierten revolutionäre Obleute in den Betrieben in Berlin einen spontanen Solidaritätsstreik mit über 50.000 Beteiligten.

10. Juli 1916 – Rosa Luxemburg wird in Schutzhaft genommen

Berlin * Rosa Luxemburg wird nur wenige Monate nach ihrem Haftaufenthalt zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs in Sicherheitsverwahrung genommen. Zuerst sitzt sie im Polizeigefängnis am Alexanderplatz, dann im Frauengefängnis in der Barnimstraße 10 ein. Sie wird zweimal verlegt, zuerst in die Festung Wronke in der Provinz Posen, dann nach Breslau. Ihre Schutzhaft dauert bis zum 8. November 1918.

1917 – Max Weber auf Vortragsreisen

München * In München hielt Max Weber viele Vorträge, den berühmtesten anno 1917 vor dem studentischen Freikorps: „Politik als Beruf.“

1917 – Das „Café Perzl“ bringt immer Neuigkeiten auf den Markt

München-Graggenau * Constantin Pfrang, genannt „Stanzl“, feiert zusammen mit Hans Blädel im „Café Perzl“ am Marienplatz [heute: „Kaufhaus Ludwig Beck am Rathauseck“] große Erfolge. Das „Café Perzl“ bringt immer Neuigkeiten auf den Markt. Von der ersten in München spielenden „Damenkapelle“ bis zu „Schleier- und Charaktertänzerinnen“ - jedoch immer unter Überwachung der Polizei.

10. Januar 1917 – Die Entente-Mächte geben ihre Kriegsziele bekannt

Paris - London - Moskau * Die Entente-Mächte geben ihre Kriegsziele bekannt: Frankreich will die Zerschlagung des Deutschen Reichs und die Rückgabe von Elsaß-Lothringen. Großbritannien fordert die Einschränkung der weltpolitischen Stellung des Deutschen Reichs, die Aufteilung der deutschen Kolonien, die Zerstörung der Flotte und die Begrenzung des Außenhandels. Zudem drängt Großbritannien auf die Wiederherstellung der Eigenständigkeit



Belgiens, Serbiens und Montenegros.
Gebiete - die Wiedereingliederung Polens.

Russland fordert - neben der Räumung der besetzten

8. März 1917 – In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution

Petersburg * In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution. In den Putilow-Werken wird erneut gestreikt, die Streikenden demonstrieren für eine bessere Versorgung, vor allem mit Brot. Gegen 14 Uhr treten die Arbeiterinnen in der Fabrik Ayvas ebenfalls in den Ausstand. Sie demonstrieren gegen die Brotknappheit und für die Rückholung ihrer Männer von der Front. Den protestierenden Frauen schließen sich im Laufe des Tages rund 130.000 Arbeiter an. Dabei schlagen die Kundgebungen ins Politische um: „Weg mit der Monarchie! Schluss mit dem Krieg!“ steht auf den Transparenten. Die Lage in Petrograd gerät immer mehr außer Kontrolle. Es kommt zu den ersten schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und dem Militär. Sehr schnell gibt es in den Betrieben Wahlen zu Arbeiterräten. Eine Form der Selbstorganisation, die die Arbeiter schon im Jahr 1905 entwickelt hatten. Daraus entstehen in der Folge Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Land.

9. März 1917 – Die Petersburger Proteste münden in einen Generalstreik

Petersburg * In den folgenden Tagen münden die Proteste in einen Generalstreik, aber auch in Plünderungen und Ausschreitungen. Die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage, da sich die herbeigerufenen Soldaten mit den Demonstranten verbrüdern. Zar Nikolaus II. reagiert auf die Streiks, indem er dem Militär befiehlt, mit Waffengewalt gegen die aufbegehrende Menschenmenge vorzugehen. Am Nachmittag schießen Angehörige eines Garderegiments auf die „Aufrührer“. Sechzig Demonstranten sterben. Das bewirkt jedoch genau das Gegenteil, da nun auch an anderen Orten die Proteste beginnen. Ganze Regimenter wechseln die Seiten. An anderen Orten dagegen gingen Soldaten gegen die Polizei vor.

11. März 1917 – Die Abgeordneten der russischen Duma verweigern ihre Auflösung

Petersburg * Die Abgeordneten der russischen Duma [= russisches Parlament] weigern sich, die von Zar Nikolaus II. verfügte Auflösung der Duma durchzuführen. Soldaten der Petrograder Garnison solidarisieren sich mit den streikenden Arbeitern. Damit beginnt die sogenannte Februarrevolution.



27. März 1917 – Gefälschte Brotmarken

München * In München tauchen gefälschte Brotmarken auf. Die Polizei ermittelt, dass der 25-jährige Buchdrucker Hermann Wolleben die Brotmarken in einem Rückgebäude in der Schellingstraße die Zinkplatten hergestellt hatte. Gedruckt wurden die Marken in der Buchdruckerei Dammerhuber. Die gefälschten Lebensmittelmarken wurden im Mathäserbräu stückweise um 30 Pfennig verkauft.

31. März 1917 – Bayerische SPD gegen die drohende Parteispaltung

Nürnberg * Auf ihrer Landeskonzferenz in Nürnberg votiert die bayerische SPD gegen die Gründung von Sonderorganisationen, um den drohenden Bruch der Partei zu verhindern. „Wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, so werden sich die Kräfte der Arbeiterschaft aufreiben, die Feinde der Arbeiterklassen werden freie Bahn bekommen und Steuern und Industrieorganisationen, Arbeitergesetzgebungen und politische Einrichtungen ihren Wünschen vollkommen anpassen.“

9. April 1917 – Die deutsche Regierung forciert die Rückkehr Lenins nach Russland

Schweiz - Deutsches Reich - Russland * Mit Einverständnis und Unterstützung der deutschen Regierung durchquert Wladimir I. Lenin zusammen mit 30 „Revolutionären“ aus der Schweiz kommend im Zug das Deutsche Reich. Deutschland verspricht sich von Lenins Rückkehr eine Verschärfung der innenpolitischen Unruhen in Russland.

15. Mai 1917 – Reichskanzler Bethmann Hollweg zur aktuellen Kriegspolitik

Berlin * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg hält eine programmatische Rede zur gegenwärtigen Kriegspolitik, ohne jedoch auf die Frage der Kriegsziele einzugehen.

16. Mai 1917 – Die Münchner USPD wird gegründet

München * Der Verein Unabhängige Sozialdemokratie Stadt und Land wird bei der Polizeidirektion vereinsrechtlich angemeldet. Der Zweck der Neugründung wird beschrieben als „die Bestrebungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu



unterstützen, die nach ihren Organisationsgrundlinien in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem und zur Kriegspolitik der Reichsregierung steht“. Der Vorsitzende der Münchner USPD heißt Albert Winter sen.. Die neue Partei wird sofort von der Polizei überwacht. Die Münchner USPD hat am Anfang etwa 35 Mitglieder. Im Vergleich: Die MSPD zählt in München zum gleichen Zeitpunkt rund 15.000 Mitglieder.

11. Juli 1917 – Entlassung von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gefordert

Berlin * Die Oberste Heeresleitung - OHL, bestehend aus Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff, fordern die Entlassung von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg wegen dessen Kriegszielpolitik.

12. Juli 1917 – Zwei-Mark-Scheine mit Revolutionsparolen

München - Königreich Bayern * Die ersten Zwei-Mark-Scheine tauchen auf, auf denen mit Tintenstift - und damit unentfernbar - Nachrichten geschrieben sind: „Keinen Frieden ohne Revolution, Hoch die Revolution! Nieder mit dem Krieg! oder Macht es wie in Russland, dann haben wir Frieden!“ Da eine Anzeige bei der Polizei zum Einzug des Zahlungsmittels führt, wird er möglichst schnell weitergegeben.

13. Juli 1917 – Kronprinz Rupprecht: Ludendorff soll politisch gebändigt werden

Lille - München * Kronprinz Rupprecht berichtet seinem Vater, König Ludwig III., es sei „wahrhaft unglaublich, wie es in Berlin zugeht - der Kanzler ist wohl unhaltbar. Ludendorff muss aber unbedingt auf sein militärisches Fach beschränkt werden und darf sich nicht in alle Fragen der inneren und äußeren Politik mengen“. Er bittet seinen Vater zum Kaiser nach Berlin zu fahren, denn es steht „viel auf dem Spiel, um nicht zu sagen Alles!“. Kronprinz Rupprecht fürchtet die Einführung des Parlamentarismus auf Reichsebene am meisten, da das das Ende der Einzelstaaten bedeuten würde.

14. Juli 1917 – Die Reichstagsmehrheit verabschiedet eine Friedensresolution

Berlin * Die Reichstagsmehrheit bestehend aus SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei - FVP verabschiedet im Reichstag die vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger am 6. Juli



1917 geforderte Friedensresolution. In dieser treten sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ ein, mit dem „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ sind.

19. Juli 1917 – Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Georg Michaelis

Berlin * Der neu ernannte Reichskanzler Georg Michaelis kündigt in seiner Antrittsrede eine bessere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Reichstag an. Die am 14. Juli von der Reichstagsmehrheit verabschiedete Friedensresolution nimmt er nur so zur Kenntnis, „wie ich sie auffasse“. Das heißt, dass Macht- und Kriegszielpolitisch alles beim Alten bleibt.

1. August 1917 – Papst Benedikt XV. fordert einen Frieden ohne Annexionen

Vatikan * Papst Benedikt XV. richtet einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte: „Soll denn die zivilisierte Welt nur noch ein Leichenfeld sein?“, fragt der Papst in seiner Friedensnote. „Soll das ruhmreiche und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn fortgerissen, in den Abgrund rennen und Hand an sich selbst anlegen zum Selbstmord?“ Er ruft in seiner Friedensbotschaft zu einem Frieden ohne Annexionen auf, so „wie es jenem ziemt, der als der gemeinsame Vater alle seine Kinder mit der gleichen Liebe umgibt“. Doch sowohl die Entente wie auch die Mittelmächte glauben an ein Komplott und diffamieren Benedikt XV. als „Papst der Gegner“. Für die Franzosen wird er zum „pape boche“; der deutsche Generalquartiermeister Erich Ludendorff spricht dagegen nur noch vom „Franzosenpapst“. Wohl am enttäuschendsten sind für Papst Benedikt XV. aber die Reaktionen der Bischöfe in den kriegführenden Ländern. Die meisten haben sich schon 1914 dem allgemeinen Hurratriotismus angeschlossen. Statt sich nun hinter ihr übernationales Oberhaupt der katholischen Kirche zu versammeln, geben sie sich nationalistisch. Nur im kriegsmüden Italien findet der Vorschlag große Zustimmung.

20. August 1917 – Auf dem Marienplatz findet eine Frauendemonstration statt

München-Graggenau * Auf dem Marienplatz findet eine Frauendemonstration statt. Die Polizei kann die Rädelsführerin nicht festnehmen, weil sie ein Baby auf dem Arm trägt.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet



Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappeheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

22. Oktober 1917 – Reichskanzler Georg Michaelis wird das Vertrauen entzogen

Berlin * Die Mehrheitsparteien im Reichstag (Sozialdemokraten, Linksliberale und katholisches Zentrum) entziehen Reichskanzler Georg Michaelis das Vertrauen wegen seiner eigenwilligen Interpretation der Friedensresolution, seines scharfen Vorgehens gegen die USPD sowie wegen seiner Ablehnung einer Reform des Dreiklassenwahlrechts.

31. Oktober 1917 – Reichskanzler Georg Michaelis tritt zurück

Berlin * Reichskanzler Georg Michaelis tritt zurück, nachdem ihm am 22. Oktober 1917 die Mehrheitsparteien (Sozialdemokraten, Linksliberale und katholisches Zentrum) das Vertrauen entzogen hatten.

25. November 1917 – Der schnellste und sicherste Weg zum Frieden

München-Isarvorstadt * Kurt Eisner spricht auf einer USPD-Versammlung in den Kolosseum-Bierhallen vor rund 200 Anwesenden über seine Vorstellung der raschen Beendigung



des Krieges. Obwohl die Veranstaltung von der Polizei überwacht wird, ruft er zum Sturz der bestehenden Regierungen auf. Der schnellste und sicherste Weg zum Frieden ist nach seiner Auffassung die Übernahme der Macht durch das Proletariat. Nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch in den generischen Ländern.

13. Dezember 1917 – Gespräche in Berlin über den Massenstreik

München - Berlin * Kurt Eisner fährt für mehrere Tage in die Reichshauptstadt Berlin, um dort persönliche Angelegenheiten zu regeln. Er nutzt die Gelegenheit, um mit USPD-Abgeordneten Gespräche über die aktuelle politische Lage und über den Massenstreik zu führen. Doch die Berliner USPD-Funktionäre zögern und stellen ihm dar, dass die Massen für einen allgemeinen Streik nicht zu haben sind, weil sich trotz der erkennbaren Erregung über die Lebensbedingungen eine Erschöpfung eingestellt hat. Nach der Aufnahme der Gespräche über Waffenstillstandsvereinbarungen in Brest-Litowsk am 5. Dezember 1917 hofft die Bevölkerung nun auf Frieden, für den unter diesen Voraussetzungen keine besondere Anstrengung zur Herbeiführung mehr notwendig ist. Kurt Eisner widerspricht dieser Darstellung vehement und unterstellt den Parteifunktionären, dass ihnen selbst zu einer derartigen Aktion das notwendige Vertrauen fehle. Er sieht sehr wohl bei den Massen das lebhafteste Bedürfnis nach einer „idealistischen Aktion“.

18. Dezember 1917 – Der US-Senat schlägt die Einführung der Prohibition vor

Washington * In den USA schlägt der Senat unter dem erheblichen Druck der Enthaltensamkeitsbewegung die Einführung der Prohibition vor. Herstellung, Verkauf und Transport alkoholischer Getränke sollen dadurch verboten werden. Die Bestimmung wird am 16. Januar 1919 ratifiziert und tritt am 17. Januar 1920 in Kraft.

1. Januar 1918 – Die 600 Mitglieder der Münchner USPD

München * Die Münchner USPD weist nach polizeilichen Erhebungen gerade einmal eine Mitgliederstärke von maximal 600 Personen auf.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm



Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

15. Januar 1918 – In Wien beginnen Rüstungsarbeiter einen Streik

Wien * Der in den Wiener-Neustädter Daimler-Motorenwerken am Tag zuvor begonnene Streik weitet sich zur politischen Massenstreikbewegung in fast allen Industriegebieten des Habsburger Reichs bis nach Prag und Budapest aus. Bis zum 25. Jänner 1918 werden über 700.000 Arbeiter in den Ausstand treten. Es kommt zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes. Die Streikenden fordern nicht mehr nur eine bessere Lebensmittelversorgung, sondern auch ein demokratisches Wahlrecht, die sofortige Beendigung des Krieges und einen raschen



Friedensschluss ohne Annexionen in Brest-Litowsk. In Massenveranstaltungen werden Arbeiterräte - nach dem Vorbild der russischen Revolution - als ein konkretes Gegenmodell politischer Interessenvertretung gewählt. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks formuliert der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung, die vom Arbeiterrat akzeptiert werden.

20. Januar 1918 – Christliche Gewerkschafter wollen Streik unterbinden

München-Isarvorstadt * Den Gewerkschaftssekretär Wilhelm Bosbach vom Christlichen Metallarbeiterverband, der im Leo-Haus, Hauptstelle katholisch-sozialer Vereine in der Pestalozzistraße 1 sein Büro hat, erhält aus den Betrieben die Nachricht von Flugblättern und einem bevorstehenden Streik. Der christliche Gewerkschafter weist seine Vertrauensleute an, „dass diesen Bestrebungen entgegen getreten werden solle“.

21. Januar 1918 – 150 Teilnehmer am USPD-Diskussions-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Im Anschluss an die Vorstandssitzung findet der USPD-Diskussionsabend im Wirtshaus Zum Goldenen Anker in der Schillerstraße statt. Dort treffen - nach Polizeiberichten - rund 150 Personen zusammen, darunter 20 Frauen und 30 Soldaten. Damit erreicht der Diskussions-Stammtisch seine größte Breitenwirkung. Kurt Eisner verteilt aus Frankreich stammende Flugblätter, die sich mit dem Thema „Ist in Deutschland eine Revolution möglich?“ befassen. Er deutet an, dass ein Ausstand vorbereitet werde. Das Endziel des Streiks ist „die Monarchie zu stürzen und nicht nur den preußischen, sondern den gesamten Militarismus niederzuzwingen. Dazu gibt es nur ein Mittel: Die heiß ersehnte, unausbleibliche und bald zu erwartende Revolution.“

22. Januar 1918 – Erhard Auer warnt vor den unorganisierten Arbeiterinnen

München * In einem Gespräch mit dem Münchner Polizeipräsidenten versichert der Landessekretär der Bayerischen SPD, Erhard Auer, dass „die Unabhängigen in Bayern, besonders in München, nicht viel Boden“ haben. Bei den organisierten Arbeitern besteht somit keine Streikgefahr. Anders ist die Sache „bei den vielfach noch nicht organisierten weiblichen Arbeiterinnen“.



24. Januar 1918 – Der österreichisch-ungarische Präsident für einen Verständigungsfrieden

Wien * Für den österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Ottokar Graf von Czernin und zu Chucenitz ist ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson akzeptabel. Er erklärt dies in Hinblick auf die innenpolitische und militärische Lage seines Landes.

27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

27. Januar 1918 – Das Innenministerium erfährt von den vorbereiteten Streiks

München-Kreuzviertel * In der Nacht trifft beim bayerischen Innenministerium die Nachricht ein, dass am darauffolgenden Tag ein dreitägiger Generalstreik beginnen und der Streik innerhalb von drei Tagen in ganz Deutschland zum Durchbruch kommen soll. Kuriere reisen von Berlin mit der Eisenbahn in alle größeren Städte des Deutschen Reichs, um Flugblätter zu verteilen und mündliche Nachrichten zu überbringen. Vertrauensleute sollen in Kriegswirtschaftsbetrieben, insbesondere in Munitionsfabriken zur Arbeitsniederlegung auffordern. Demonstrationen mit Ansprachen sind geplant. In einer kurzfristig anberaumten Besprechung wird vereinbart, dass keine Gewalt gegen Arbeitseinstellungen angewandt werden soll, die Polizei soll Menschenansammlungen lediglich zerstreuen, bei „Zusammenstößen mit streikenden Arbeitern [muss] nach dreimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, scharf geschossen werden“.



27. Januar 1918 – Albert Winter beantragt eine öffentliche Veranstaltung der USPD

München * Der Schreinermeister und Münchner USPD-Vorsitzende Albert Winter sen. beantragt bei der Kgl. Polizeidirektion für den 5. Februar 1918 die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung der USPD.

28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen

München-Schwabing * In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des



Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massenstreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

29. Januar 1918 – Berhördliche Maßnahmen gegen den Streik

Berlin * In Berlin werden alle Versammlungen verboten. Die Polizei besetzt das Gewerkschaftshaus.

30. Januar 1918 – Kriegsminister Hellingrath verbietet die geplante USPD-Veranstaltung

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath verbietet die von Albert Winter sen. am 27. Januar beantragte öffentliche Versammlung der USPD am 5. Februar.

31. Januar 1918 – Szenen wie im Bürgerkrieg

Berlin * In Berlin spielen sich Szenen wie in einem Bürgerkrieg ab. Polizei und Militär durchbrechen Straßensperren, Schüsse fallen. Militante Arbeiter werfen Steine und bewaffnen sich mit Stöcken und Knüppeln. Sie werfen Straßenbahnen um und bauen Barrikaden. Es gibt viele Verletzte und mehrere Tote.

31. Januar 1918 – Polizei-Attacken gegen die streikenden Arbeiter

Berlin * Am Humboldtshain im Stadtviertel Gesundbrunnen wächst die Zahl der demonstrierenden Menschen immer stärker an. Dem Großaufgebot der berittenen Gendarmerie stellt sich eine Menschenmenge entgegen und ruft: „Schluss mit dem Völkermorden!“ Da ziehen die Polizisten ihren Säbel und sprengen nach Art einer Kavallerie-Attacke in die Menge



hinein. „Gellende Schreie und Protestrufe wurden laut. Stöhnend sank ein Arbeiter zu Boden. Daraufhin wurden die Berittenen umringt. Ein Reiter stürzte, andere wurden vom Pferd gerissen“, schreibt ein Augenzeuge.

1. Februar 1918 – Protestmarsch der Streikenden zum Polizeipräsidium

München-Schwabing * Am Vormittag treffen sich die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Geschützwerke, Teile der Belegschaft der Lokomotivfabrik Maffei sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger und des BMW-Werkes zur Auftaktveranstaltung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie in einem Protestmarsch zum Polizeipräsidium in der Ettstraße. Stand bisher die Friedensfrage im Mittelpunkt, so wird nach der Verhaftungsaktion die Freilassung der Gefangenen zur Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck hat die Versammlung eine vierköpfige Kommission gewählt, die beim Polizeipräsidenten die Freilassung der Inhaftierten erwirken soll. Da - nach Aussage des Polizeipräsidenten - die Polizei keine Einflussmöglichkeiten auf die gerichtlichen Entscheidungen hat, muss die Kommission ohne Ergebnis wieder abziehen.

2. Februar 1918 – Die Streikenden erarbeiten einen Forderungskatalog

München-Theresienwiese * Im Anschluss ziehen die Versammelten zur Theresienwiese, wo sich insgesamt 6.000 Streikende aus verschiedenen Betrieben einfinden. Ein Forderungskatalog wird erarbeitet, der dem der Berliner Arbeiter entspricht: Neben der Freilassung der inhaftierten Streikführer sind das die Umwandlung des politischen Systems in ein demokratisches, die Wiederherstellung der Koalitions-, der Presse- und der Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustands und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

2. Februar 1918 – Dr. Eugen Lerch hat die Scheidung eingereicht

München * Die Münchener Post berichtet, dass sich Dr. Eugen Lerch öffentlich von den politischen Aktivitäten seiner Ehefrau Sarah Sonja distanziert und er die Scheidung eingereicht hat.



4. Februar 1918 – Gegen Militärdiktatur und Regierungssozialisten

München-Au * Kurt Eisner beschreibt die Situation der Januar-Streiks in seinem Gefängnis-Tagebuch: „Wir hatten nicht nur die Militärdiktatur gegen uns, sondern auch die Regierungssozialisten, die die gesamte politische und gewerkschaftliche Organisation fest in Händen hielten, eine Camorra, die vor keinem Mittel zurückschreckten, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten. Wir waren nur ein kleines Häuflein, ohne die Autorität von Ämtern und Würden, ohne Geld, ohne Presse, ohne die Möglichkeit schriftlicher Propaganda“.

4. Februar 1918 – Die Streiks sind beendet, der Anlass bleibt

München * Die Streiks sind beendet. In den Fabriken wird wieder gearbeitet, doch der Anlass der Streiks ist geblieben. Die Christlichen Gewerkschaften lehnen in einer Stellungnahme grundsätzlich jeden politischen Streik ab.

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. [...] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationsstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

23. Februar 1918 – Veranstaltungsverbot für Josef Sontheimer

München * Josef Sontheimer wird von den Behörden jede Beteiligung an politischen Veranstaltungen verboten.



München * Die bayerischen Behördenvertreter unterscheiden zwischen den „hetzerischen Führern“, die lediglich ihre eigensüchtigen Ziele verfolgen, und den eigentlich „unpolitischen“ beziehungsweise „gutmütigen“ Anhängern, die es gilt, wieder auf den „rechten Weg“ zurückzuführen. Diese Theorie kann später ohne Probleme in die Dolchstoßlegende und die sie umgebenden Verschwörungstheorien integriert werden.

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath äußert sich zu den Führern der Januarstreiks:

„Das arbeitsscheue und verbrecherische Gesindel, das besonders die Großstädte als Schlupfwinkel für sein lichtscheues Treiben wählt, bildet in Zeiten politischer Hochspannung oder wirtschaftlichen Kämpfe eine gesteigerte Gefahr für die Sicherheit des Reiches, denn diese Elemente beteiligen sich erfahrungsgemäß in erster Linie an Unruhen und aufrührerischen Umtrieben. Die Säuberung der Großstädte und Industriebezirke von derartigen ordnungsfeindlichen Elementen gewinnt daher für die Bekämpfung künftiger Unruhen besondere Bedeutung“. Von hier aus ist es nicht mehr weit zur unseligen Rhetorik der „Schädlingsbekämpfung“.

München * Die Behörden untersagen Erich Mühsam jede Beteiligung an politischen Veranstaltungen.

München * Der Rechtsanwalt und USPD-Reichstagsabgeordnete Hugo Haase spricht bei der USPD-Versammlung im Lamplgarten vor 46 Anwesenden. Kurz darauf wird die Versammlung von der Polizei gestürmt und die Personalien der Anwesenden erfasst.

München-Stadelheim * Dr. phil. Sarah Sonja Lerch, eine Aktivistin während der Münchner



Januarstreiks, wird an diesem Karfreitag in einer Isolierzelle im Gefängnis Stadelheim in der Schlinge ihres Schals erhängt aufgefunden. Eine behördliche Untersuchung ihres Todes wird offensichtlich unterlassen.

1. April 1918 – Sarah Sonja Lerch wird beerdigt

München * Dr. phil. Sarah Sonja Lerch, geborene Rabinowitz, eine der Anführerinnen der Januarstreiks, wird am Ostermontag auf dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Garchingener Straße beerdigt. Ein Vertreter der USPD legt einen Kranz am Grab ab und erklärt, dass die Polizei einen Nachruf verboten hat. Josef Sontheimer ergreift daraufhin das Wort, wird aber sofort verhaftet und mit Handschellen gefesselt abgeführt. Frau Lerch war gemeinsam mit Kurt Eisner, Albert Winkler, Hans Unterleitner, Emilie und Babette Landauer und anderen wegen Landesverrats verhaftet worden. Die 35-jährige Sarah Sonja Lerch hat sich am 29. März 1918 im Gefängnis Stadelheim erhängt. Sie wird nicht die letzte Sozialdemokratin sein, die im Freitod die Erlösung aus offenbar nicht zu verändernden Verhältnissen sucht.

23. April 1918 – Erneut eine Reform zur Verhältniswahl abgelehnt

München-Kreuzviertel * Der Antrag der Sozialdemokraten und der Liberalen, die Kammer der Abgeordneten nach dem Verhältniswahlssystem wählen zu lassen, kommt für die bayerische Regierung zur Unzeit. Heinrich Held, der Führer der Zentrumsfraktion, lehnt den Vorschlag ab, da das Verhältniswahlrecht zwei Nachteile habe: Es zerstört die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ständen und ihren parlamentarischen Vertretern und das System wäre darauf ausgerichtet, dass die parlamentarische Kontrolle in den Händen professioneller Parteipolitiker zu liegen käme. Die Zentrumsfraktion will die Verhältniswahl nur in einigen großen Städten Bayerns, und nur auf der Grundlage der Volkszählung von 1910 zulassen. Auf 42.000 Einwohner sollte ein Abgeordneter gewählt werden. Die MSPD lehnt den Zentrums-Vorschlag als unzulänglich ab und will die Regelung auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnen. Sie fordert eine durchgreifende Neueinteilung der Wahlkreise, um so das fehlende Gleichgewicht zwischen Stadt und Land herzustellen. Die bayerische Regierung stellt sich auf die Seite des Zentrums, weshalb die Wahlrechtsreform erneut abgelehnt wird.

6. Juni 1918 – Die USPD bleibt im Parlament völlig isoliert

Berlin * Die USPD kann unter den herrschenden Ausnahmegesetzen fast nur noch den Reichstag



oder die einzelnen Landtage als Tribüne nutzen, um ihre Kritik an der Obersten Heeresleitung - OHL in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie bleibt mit ihrer Einsicht in die verheerenden Folgen der deutschen Politik auch im Parlament völlig isoliert (sie stimmt als einzige Fraktion gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk). Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase gibt sich jedenfalls diesbezüglich keinerlei Illusionen hin. In seiner Rede im Reichstag sagt er: „Wer etwa glaubte, daß durch Reden, und seien es die schärfsten Reden, die Regierung in eine andere Richtung gebracht werden könnte, irrt sich. Die Erfahrungen von fast vier Jahren müssten in dieser Beziehung aufklärend wirken. [...] Das Volk muss eingreifen, der Reichstag hat versagt und wird weiter versagen.“

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

18. Juni 1918 – Soldaten lassen sich nicht mehr alles gefallen

München * Die Zentralpolizeistelle meldet einen militärischen Vorfall. Ein ungeordneter Haufen zieht von der Kaserne zum Hauptbahnhof. Als ein Major einen Soldaten zur Ordnung ruft, schreit dieser ihn an: „Was wollt Ihr Himmel-Herrgottsakramenter, ist's nicht genug, dass wir für Euch ins Feld gehen, schikanieren wollt ihr einen auch noch, anpacken tu ich dich, bei der Fotze nehm ich dich, du Blindgänger.“ Die übrigen Soldaten zollen ihm daraufhin Beifall.

26. Juni 1918 – Das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss trifft sich im Reichstag und beschließt, auf eine politische Initiative zur Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann,



zu verzichten. Der Interfraktionelle Ausschuss ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei - SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP und der Zentrumspartei koordiniert. Die drei Parteien bilden seit der Reichstagswahl von 1912 die Mehrheit im Reichstag. Die Situation zeigt aber auch das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit.

8. Juli 1918 – Staatssekretär Kühlmann wird vom Kaiser entlassen

Berlin * Kaiser Wilhelm II. versetzt den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, in den einstweiligen Ruhestand. Damit hat die Politik gegenüber den Militärs erneut klein beigegeben. Ein Konflikt mit der Obersten Heeresleitung - OHL wird nicht eingegangen. Die Militärs brauchen die Reichstagsmehrheit nicht zu fürchten.

13. Juli 1918 – Die MSPD stimmt dem Etat zu

Berlin * Die MSPD-Fraktion stimmt im Reichstag erneut dem Etat zu, obwohl in allen innenpolitischen Fragen, vor allem bei der preußischen Wahlrechtsreform, jeglicher Fortschritt fehlt. Zur Entscheidung der MSPD-Fraktion für die neuen Kredite erklärt Friedrich Ebert in seiner Rede, dass Deutschland niemals „auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen“ eingehen wird, weshalb man „die Mittel bewilligen [muss], die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind“. Das Parlament geht danach in die Sommerpause.

26. Juli 1918 – Der Reichsfinanzhof in die Bogenhauser Ruine

Berlin * Das Gesetz zur Errichtung des Reichsfinanzhofs und die förmliche Bewerbung der Stadt München als Sitz dieses Gerichts bringt eine Wende in der Frage, was aus der „Bogenhausener Ruine“ werden soll. Dass der Reichsfinanzhof nach München kommt, ist keineswegs selbstverständlich - Berlin wäre als Reichshauptstadt der „natürliche“ Standort gewesen. Ausschlaggebend ist, dass die Entscheidung nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat, der Länderkammer des Kaiserreichs, liegt. Dieser bestimmt München zum Sitz des neuen Gerichts. Die Gründe für die Entscheidung zugunsten Münchens sind: Bayerische Eigeninteressen: Das Königreich drängt darauf, ein Reichsorgan auf seinem Territorium zu erhalten, nachdem Leipzig bereits das Reichsgericht und Berlin die meisten Reichsbehörden beherbergt. Als



zweitmächtigster Bundesstaat nach Preußen will Bayern nicht leer ausgehen. Föderaler Ausgleich: Die Standortwahl ist ein Zugeständnis an Bayern und Ausdruck der Anerkennung seiner Bedeutung im Reich. Politische Stabilität: Kurz vor Kriegsende soll Bayern als wichtiger Bundesstaat enger an das Reich gebunden werden. Praktische Voraussetzungen: München verfügt über die notwendige juristische und verwaltungstechnische Infrastruktur. Zudem steht mit dem „Fleischer-Schlössl“ ein geeignetes Gebäude zur Verfügung, das nach Ausbau als Dienstsitz des Reichsfinanzhofs genutzt werden konnte.

4. August 1918 – König Ludwig III. rudert zurück

München * Obwohl König Ludwig III. noch wenige Tage zuvor (28. Juli) „Voller Zuversicht“ in die Zukunft geschaut hatte, gesteht er am 4. August seinem Sohn Kronprinz Ruppert, dass er bisher zu optimistisch gewesen sei. Deshalb „werden wir unsere militärischen und politischen Ziele erheblich begrenzen müssen, wenn wir, was auch nach meiner Ansicht dringend anzustreben ist, in nicht zu ferner Zeit zu einem annehmbaren Frieden kommen wollen“.

14. August 1918 – Januarstreiks wollten Westoffensive verhindern

München * Die Zentralpolizeistelle für Bayern stellt in einem Bericht fest, dass die Januarstreiks nur darauf angelegt waren, „die Offensive im Westen zu verhindern“.

14. August 1918 – Wieder Demonstrationen wegen der Lebensmittelversorgung

München * Arbeiterinnen, Hausfrauen und Soldaten demonstrieren. Wieder stehen Kriegsinvaliden in den ersten Reihen. Auch das erschwert der Polizei einen massiveren Einsatz. Auf Kriegsinvaliden und Frauen mit Kindern im Arm kann man nicht so ohne Weiteres einprügeln.

17. August 1918 – Einweihung der Germanenloge im Hotel Vier Jahreszeiten

München-Graggenau * Am 17./18. August 1918 findet die Einweihung der Germanenloge im noblen Hotel Vier Jahreszeiten an der Maximilianstraße statt. Auf der Suche nach einer geeigneten Unterkunft war die Thule-Gesellschaft auf die gerade freigewordenen Sitzungszimmer des ehemaligen Marine-Offiziers-Club aufmerksam geworden. Die anvisierten Räumlichkeiten



bieten Platz für 300 Personen und haben eine für die Zwecke des Geheimordens gediegene Ausstrahlung. Nachdem die Bewerbung von der Hotelleitung akzeptiert wurde, konnten die gepflegten und herrschaftlich wirkenden Sitzungssäle mit den dazugehörigen Büros mit Hakenkreuzfahnen sowie Kranz und Schwertern dekoriert werden. Das Hakenkreuz, das auch den Briefkopf des Ordens ziert, symbolisiert den „Siegeszug des Ariers“ und steht für das Motto der Loge: „Denke daran, daß du ein Deutscher bist! Halte dein Blut rein!“. Mitglieder und Gäste begrüßen sich mit „Heil und Sieg“, aus dem wenig später das berüchtigte „Sieg Heil!“ wird.

18. August 1918 – Demonstrierende Verwundete, Kriegsinvaliden und Kriegsurlauber

München * In einem Schreiben des Innenministers Dr. Friedrich Ritter von Brettreich an den Kriegsminister Philipp von Hellingrath hebt dieser hervor: „Es ist wohl ohne weiteres klar, dass schon die bloße Anwesenheit Verwundeter das Einschreiten der Polizei [bei Aufläufen] erschwert und unter Umständen hindert. Ich brauche nur an den Fall zu denken, welche Folgen es haben könnte, wenn etwa ein Verwundeter überritten oder eine Beschädigung erleiden würde“. Der Kriegsminister hat jedoch keine Überwachungsmöglichkeiten. Verwundete, Kriegsinvaliden und Kriegsurlauber nehmen meist in Uniform an den zahlreichen Demonstrationen teil. Sie sind nicht kaserniert und so dem disziplinären Zugriff der Militärbehörden entzogen.

27. August 1918 – Max von Baden und seine programmatischen Vorstellungen

Karlsruhe - Lille * In einem privaten Brief an Kronprinz Rupprecht von Bayern legt Prinz Max von Baden sein politisches Motiv für eine eventuelle Kanzlerkandidatur offen. Er will die Demokratisierung des Reiches verhindern und fürchtet am meisten den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger, der - unterstützt durch die Reichstagsmehrheit - dem Kanzler „neue Majoritätsfesseln“ anlegen möchte. Um dies zu verhindern will der Prinz die politische Mehrheit im Reichstag „wieder in ihre wohlverdiente Ohnmacht zurück treiben“.

15. September 1918 – Prinz Max von Baden für eine autonome Staatspolitik

Karlsruhe - Lille * Prinz Max von Baden informiert Kronprinz Rupprecht, dass er für eine autonome Staatspolitik eintritt, deren Initiative mehr denn je dem freien Entschluss des Fürsten zufällt. Denn: „Wir stehen unmittelbar vor dem parlamentarischen Staatsstreich“.



19. September 1918 – Die Gründe, warum Kurt Eisner als Kandidat aufgestellt wurde

München * Die Zentralpolizeistelle Bayern berichtet dem Kriegsministerium: „Die Gründe, warum Eisner als Kandidat aufgestellt werden soll, sind folgende: 1.) Man will erreichen, dass Eisner für die Zeit des Wahlkampfes, nachdem er noch nicht verurteilt ist, freigesprochen werde. Die Wahlversammlungen könnten nach Ansicht der Vereinsmitglieder [der USPD] vom Generalkommando nicht verboten werden. Man werde Veranlassung nehmen, den Massen die Ziele der Unabhängigen klarzulegen; zu dem Zweck kämen als Redner von Berlin Leute, gegen welche die Polizei sich nicht vorzugehen traue, wie Haase, [Adolph] Hoffmann, Ledebour, von Nürnberg der Gauvorsitzende Baier. 2.) Man will gegen die Mehrheitssozialisten opponieren. Diesbezüglich sei eine Weisung aus Berlin da.“

22. September 1918 – Flugblätter zur Steigerung des Preußenhasses

München • Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet über Flugblätter, die die Überschrift „Preußenherzen hoch“ tragen. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um „überaus gefährliche Fälschungen“ handelt, die äußerst geschickt den in Bayern neu auflebenden Preußenhass in neue Höhen steigern und so die Geschlossenheit des deutschen Volkes sprengen soll. Hier einige Auszüge aus dem Flugblatt, das nur in Altbayern mit der Post verbreitet wird. Der Poststempel stammt aus Berlin: „In tieferster Stunde wenden wir uns an alle echten Preußen mit dem dringenden Mahnruf: Helft Preußen, helft Deutschland retten! [...] Vielmehr von innen als von außen droht unserem vielgeliebten Preußenlande toternte Gefahr. [...] Ein Süddeutscher Reichskanzler, ein Süddeutscher Vizekanzler, ein Süddeutscher Reichspräsident [...], alle wichtigen Ämter in der Hand von Bayern! Ist es da ein Wunder, wenn die Politik auf eine völlige Lahmlegung Preußens, der Kaiserkrone und der Heeresleitung gerichtet ist, und [...] Preußen und Deutschland an den Abgrund geführt hat? [...] Aus bayerisch-partikularistischem Hasse will man Preußens Macht zerstören um selbst in Preußen zu herrschen. [...] Auch die Heeresfront ist durch Bayern zerrissen worden. Die Disziplinlosigkeit im bayerischen Heere hat seit einem Jahr den größten Umfang angenommen. [...] Durch diese Handlungen haben preußische und andere Regimenter die größten Verluste erlitten. [...] Jetzt, wo das Vaterland wieder in der größten Gefahr schwebt, sind es wieder die Bayern, die versagen und die Gefahr vergrößern. [...].“

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung



veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.

27. September 1918 – Ludendorff plant die Handhabung der militärischen Niederlage

Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff beginnt die Handhabung der Niederlage zu planen: Die Armee muss gerettet werden - ihre Existenz und Ehre. Ein Waffenstillstandsgesuch muss von der Regierung ausgehen, nicht von der Obersten Heeresleitung. Es muss politisch motiviert sein, nicht militärisch. Das Waffenstillstandsgesuch sollte von jenen politischen Kräften ausgehen, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten sind - die Parteien der Reichstagsmehrheit (SPD, Fortschrittspartei und Zentrum). Diese Parteien müssten entweder in die Regierung aufgenommen werden oder selbst die Regierung bilden. Als Anreiz für diese unattraktive Aufgabe der Regierungsverantwortung müsste diesen Parteien der Übergang zur parlamentarischen Regierungsform angeboten werden. Das würde gleichzeitig die Chancen des Waffenstillstandsgesuchs verbessern.

1. Oktober 1918 – Die Münchener Post steigert ihre Auflage um 15.000 Exemplare

München - Königreich Bayern * Die SPD-Zeitung Münchener Post wird auf der ersten Seite Artikel unter der Überschrift „Fort mit dem Militarismus!“, „Ein Systemwechsel notwendig!“, „Eine neue Politik“ oder „Für ein neues freies Vaterland“ abdrucken. Alleine zwischen dem 1. und 15. Oktober 1918 kann die Zeitschrift damit ihre Auflage um 15.000 Exemplare steigern.

1. Oktober 1918 – Die OHL setzt Max von Baden als Reichskanzler durch



Spa - Berlin - Karlsruhe * Die Oberste Heeresleitung - OHL übernimmt wieder einmal die politische Führung und setzt bei Kaiser Wilhelm II. - der dagegen „schärfsten Widerspruch“ einlegt - Prinz Max von Baden als Kanzlerkandidat der Krone durch. Umgehend wird der Marschbefehl für den badischen Monarchen zur sofortigen Reise nach Berlin erstellt. Vorsorglich reist Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gleich mit.

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmitglied, kein Liberaler reißt das Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen, badischen Prinzen.

3. Oktober 1918 – Die Rechte der Einzelstaaten sollen garantiert werden

Berlin * Der Bundesrat tagt. Auf der Versammlung der fürstlichen Bevollmächtigten wird den verbündeten Regierungen erstmals reiner Wein über die politische und militärische Lage eingeschenkt. Die Anwesenden sind zwar über die „schrecklichen“ Tatsachen entsetzt. Aktiv in die Reichspolitik wollen sie sich aber nicht einbringen. Allerdings sollen die Rechte der Einzelstaaten vom Reichskanzler Max von Baden garantiert werden.

3. Oktober 1918 – Friedrich Ebert will in die Regierung - Philipp Scheidemann nicht

Berlin * Philipp Scheidemann, der Außenpolitische Sprecher der SPD im Reichstag und zweiter Mann in der SPD-Reichstagsfraktion plädiert gegen den Eintritt in ein „bankrotttes Unternehmen“.

Friedrich Ebert argumentiert in der Fraktionssitzung für die Beteiligung an der Regierung. Denn die Partei darf sich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass sie in einem Augenblick ihre Mitwirkung versagt hat, in dem man sie dringend von allen Seiten darum bat. „Wir müssen uns im Gegenteil



in die Bresche werfen“. Friedrich Ebert wird sich mit dieser Argumentation durchsetzen. Damit kann eine parlamentarisch verantwortliche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden gebildet werden. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten, den Liberalen und dem Zentrum verfügt der Reichskanzler über eine solide parlamentarische Mehrheit.

4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich

Deutsches Reich - Berlin * Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

5. Oktober 1918 – Das vorläufige Mindestprogramm der USPD-Parteiführung

Berlin * Die USPD-Parteiführung hat konkrete Vorstellungen, welche Maßnahmen in der



gegebenen, reichlich verfahrenen Lage ergriffen werden sollen. Außenpolitisch fordert sie die Räumung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete und die Abänderung der Diktatfriedensschlüsse im Osten. Innenpolitisch will sie die Amnestierung der politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustandes, bürgerliche Freiheitsrechte, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, demokratisches Wahlrecht in allen Bundesstaaten und die durchgreifende Parlamentarisierung der Verfassung. Diese Punkte werden dabei als vorläufiges Mindestprogramm verstanden.

5. Oktober 1918 – Die neue Regierung unterbreitet Vorschläge für einen Waffenstillstand

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt in seiner Jungfernrede im Reichstag den Inhalt seiner Friedensnote bekannt, in der er im Namen der deutschen Regierung den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bittet. Er spricht aber nicht nur über deutsche Friedensangebote, sondern gibt auch zu bedenken, dass es nur dann zu einem Friedensschluss kommen kann, wenn man Deutschland Friedensbedingungen zugesteht, die sich auch mit seiner Ehre vertragen. Sollten die Feinde des Reiches aber Deutschland diesen Frieden nicht zugestehen, wird der Krieg weitergehen. Er unterstreicht die These mit der Aussage, dass das Deutsche Reich - wenn nötig - zu einem „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit ist. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, dass dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, dass die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ In dieser Antrittsrede bekennt sich Reichskanzler Max von Baden aber auch ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie im Reich und in den Einzelstaaten, befürwortet die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 und nimmt das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vorbehaltlos an. Diese Aussagen stehen allerdings seinem ursprünglichen politischen Programm vollkommen entgegen.

6. Oktober 1918 – König Ludwig III. ermutigt das bayerische Heer zum weiteren Kampf

München * König Ludwig III. ermutigt das Bayerische Heer zum weiteren Kampf. In den katholischen Kirchen der Stadt werden außerordentliche Kriegsandachten für einen „baldigen und ehrenvollen Frieden“ abgehalten.

6. Oktober 1918 – Neue Pläne zur Fortführung des Krieges



Berlin * Die Aussage des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag lädt die nicht gerade geringe Zahl der Gegner eines Friedens à la Woodrow Wilson ein, neue Pläne zur Fortführung des Krieges zu schmieden. Mit seiner Feststellung, entweder einen ehrenhaften, für Deutschland annehmbaren Frieden oder den Endkampf auf Leben und Tod, schürt er auch die Hoffnung bei Bewohnern von Danzig, die dem Deutschen Reich verloren gehen könnten, wenn Wilsons Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Tat umgesetzt werden würde.

7. Oktober 1918 – Die Briefaffäre des Reichskanzlers Max von Baden

Berlin * Durch eine gezielte Indiskretion wird ein Privatbrief des Prinzen Max von Baden von Anfang Oktober 1918 bekannt, in dem er die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 als eine „Dummheit“ und „Gemeinheit“ bezeichnet und das Konzept einer Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems verunglimpft. Der Inhalt des Briefes entlarvt seine Reichstagsrede vom 5. Oktober als Heuchelei. Durch die Briefaffäre ist der Reichskanzler angezählt.

9. Oktober 1918 – Eine revolutionäre USPD-Versammlung

München-Isarvorstadt * Die USPD-Mitgliederversammlung wird im Restaurant Müllerbad in der Hans-Sachs-Straße von über 200 Personen besucht. Die Polizei berichtet darüber: „Die Stimmung der Versammlung muss als durchaus revolutionär bezeichnet werden und erinnerte im allgemeinen an die Zeit kurz vor Ausbruch des letzten Massenstreiks.“ Die im Reich inzwischen eingeleitete formale Parlamentarisierung beeindruckt bei den Unabhängigen niemanden mehr. Alfred Gärtner stellte fest: „Unsere ehemaligen Führer Scheidemann und Genossen sind in die bankrotte Firma eingetreten. [...] Es wird eine Zeit kommen, und die ist nicht mehr ferne, wo Männer wie Scheidemann ganz von der Bildfläche verschwinden müssen. Sie werden dann dort Unterschlupf finden, wohin sie gehören, nämlich in der bürgerlichen Partei, der sie die ganze Arbeiterschaft ausgeliefert haben. [...] Aber es wird nicht mehr lange dauern und die Kerker werden sich öffnen und alle unsere lieben Kämpfer werden wir dann in unseren Reihen begrüßen können.“

10. Oktober 1918 – Karl Harrer ruft einen nationalistischen Arbeiter-Ring ins Leben

München * Karl Harrer wird von der Thule-Gesellschaft beauftragt, Arbeiter für die völkische Politik zu gewinnen. Zu diesem Zweck ruft er einen Arbeiter-Ring ins Leben. Noch vor dem Sturz



der Monarchie in Bayern - gründen Harrer und Anton Drexler gemeinsam den Politischen Arbeiterzirkel, der sich - laut seiner erst am 24. März 1919 festgelegten Satzung - als „eine Vereinigung ausgewählter Persönlichkeiten zwecks Besprechung und Studium politischer Angelegenheiten“ versteht. Die vom Vorstand zu Mitgliedern des Zirkels ernannten Personen werden zum Stillschweigen über die Tätigkeit und die personelle Zusammensetzung der Gruppe verpflichtet, woraus alleine schon der Einfluss der exklusiven und elitären Thule-Gesellschaft erkennbar ist. Die dominierende Figur und der geistige Führer dieses Politischen Arbeiterzirkels, dem zum größten Teil Arbeitskollegen Drexlers angehören, ist demzufolge auch nicht Drexler, sondern Karl Harrer, der vor diesem zwar vorwiegend, aber nicht ausschließlich im Hotel Vier Jahreszeiten tagenden kleinen Kreis - besonders im Winter 1918/19 - auch ständig Vorträge zu verschiedenen aktuellen Themen hält.

12. Oktober 1918 – Im Zustande einer latenten Revolution

Berlin * Ministerpräsident Otto von Dandl trifft sich mit seinen Kollegen aus Sachsen, Württemberg, Baden und Mecklenburg in Berlin zu einem Gedankenaustausch. Die Anwesenden betrachten die politische Entwicklung „mit großer Sorge“. Man befinde sich sogar schon „im Zustande einer ‚latenten Revolution‘“. Es gibt Staatsstreichgelüste auf der extremen Rechten, als „noch gefährlicher“ wird eingeschätzt, das die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD zurzeit „außerordentliche Fortschritte“ macht. Die anwesenden Ministerpräsidenten erwarten allerdings die Lösung der Probleme nicht vom eigentlich zuständigen Reichskanzler Max von Baden, sondern setzen ihre Hoffnungen auf die Führer der Mehrheitssozialdemokratie.

12. Oktober 1918 – Erhard Auer zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt

München-Au * Der Landesparteitag der MSPD beginnt im Franziskaner-Keller an der Hochstraße. Er dauert bis zum 13. Oktober. Der Parteitag wählt Erhard Auer als Nachfolger für Georg von Vollmar zum Landesvorsitzenden. Auer interpretiert die innenpolitischen Vorgänge der vorangegangenen Tage, die Bildung einer Reichsregierung unter Beteiligung der MSPD, wie folgt: „Wir erleben die größte Revolution, die es je gegeben hat. Nur die Form ist heute eine andere, deswegen eine andere, weil durch die Disziplinierung der Arbeiterschaft – und das ist das Verdienst der Arbeiterbewegung – andere Formen möglich sind, weil es möglich ist, auf legalem Wege zu erreichen, wofür wir seit Jahrhunderten stritten.“



12. Oktober 1918 – USPD-Kritik an der Regierung mit MSPD-Beteiligung

Berlin * Ein Erlass legt die Amnestie der politischen Gefangenen in die Hand der einzelnen Landesfürsten. Diese Entscheidung stößt bei der USPD und in Teilen der MSPD auf starke Kritik. Auch an den geltenden Zensurbestimmungen ändert sich zunächst ebenfalls wenig. Als der USPD-Parteivorsitzende Hugo Haase daraufhin in einer öffentlichen Veranstaltung erklärt, dass noch immer „der alte reaktionäre Wind“ weht, wird die Versammlung aufgelöst. Auf die Vorwürfe, dass von einer Neuorientierung in der Innenpolitik noch nichts spürbar sei, reagierte die Regierung nicht.

14. Oktober 1918 – Ludendorff will den Kampf bis zum letzten Mann

Spa - Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff, der am 29. September einen Waffenstillstand binnen 24 Stunden gefordert hatte, plädiert nach dem Schreiben des US-Präsidenten Woodrow Wilson jetzt dafür, das deutsche Volk soll doch „um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern“. Kaum hat die neue parlamentarische Regierung die Verantwortung übernommen, spielt Ludendorff den entschlossenen Feldherrn, der sich gegen eine Politik wehrt, die ihn zur Beendigung des Kampfes zwingen will. Wieder ein Baustein zur Dolchstoßlegende.

17. Oktober 1918 – Drohungen und Drohbriefe an die königliche Familie

München * Prinzessin Wiltrud sieht der politischen Realität ganz bewusst ins Auge, als sie schreibt: „Die politische und militärische Lage ist seit einigen Wochen sehr beunruhigend für uns. [...] Unsere Truppen sollen nicht mehr recht kämpfen mögen. Wenn der Geist von 1914 noch in ihnen wäre, würden sie dem Feind besser standhalten können. Die 18-jährigen halten eben viel weniger aus als die Männer von dazumal. [...] Man muss jetzt mit allem rechnen, dass der Kaiser und der Kronprinz abdanken müssen, dass vielleicht Papa und der Kaiser Karl abdanken müssen, dass es Revolution gibt, dass die gekrönten Häupter nur eine Rolle der Repräsentation spielen dürfen wie König Georg von England. [...] Die Ungerechtigkeit wird diesmal wohl siegen. [...] Deutschland wird sich demokratisieren, Österreich im besten Falle Staatenbund werden. [...] Vielleicht ist die Demütigung Deutschlands zum Heil des Volkes, und wenn sich dies in dieser ersten Zeit fängt, dann kann aus der Rückkehr zur Einfachheit viel Gutes entstehen.“ Vorausgegangen war eine erlebte Situation. Als sie mit ihrem Vater durch die Maximilianstraße fährt, schreit ein Arbeiter: „Dank ab!“. Eine neben ihm stehende Frau hält dem



Rufer den Mund zu, um weitere Gefühlsausbrüche zu unterbinden.

18. Oktober 1918 – Die Magyaren kündigen die Realunion mit Österreich

Budapest * Die Magyaren kündigen die Auflösung der seit 1867 bestehenden Realunion und damit jede politische Verbindung mit Österreich an. Die Nationalitätenfragen Österreichs lassen sich jedoch nicht von denen Ungarns trennen: Die Kroaten im österreichischen Dalmatien wollen einen südslawischen Staat mit den Kroaten des ungarischen Kroatien gründen, die österreichischen Tschechen die Tschechoslowakei mit den ungarischen Slowaken.

24. Oktober 1918 – Schwere Vorwürfe Kurt Eisners gegen die MSPD

München * Kurt Eisner und seine USPD gehen in ihrer Werbung für die Wahl am 17. November mit der MSPD ins Gericht: „Diese Wahl soll und muss die große Abrechnung der Massen mit denen sein, die das Volk alle die Kriegsjahre hindurch getäuscht und verraten haben. In erster Linie mitverantwortlich für alles, was sich in diesen Zeiten Furchtbares ereignet hat, sind die Regierungssozialisten, die sich jetzt überbieten in schreiendem Radikalismus, um die Aufmerksamkeit von der eigenen Schuld und Mitschuld abzulenken. [...] Einer der belastetsten und gefährlichsten Regierungssozialisten, Herr Erhard Auer, der bereits ungezählte Ämter fest in der Hand hält, wagt es, trotz seiner Belastung mit der Schuld an der verwüstenden Kriegspolitik der herrschenden Klassen sich unter dem angemäßen Namen eines Sozialdemokraten um den Reichstagsitz in München zu bewerben.“

25. Oktober 1918 – Erhard Auer wettert gegen den preußischen Militarismus

München * Bei der Wählerversammlung zur Reichstagswahl wettert der SPD-Kandidat Erhard Auer gegen den preußischen Militarismus, der mit aller Gründlichkeit abgeschafft werden müsse. Er warnt jedoch vor jeder Form der Gewaltanwendung zur Veränderung des politischen Systems.

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. kontert Ernst Ludendorffs Rücktrittsdrohung

Berlin * Kaiser Wilhelm II. entlässt den Generalquartiermeister Ernst Ludendorff im Schloss Bellevue nach dessen Rücktrittsdrohung mit den Worten: „Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinetwegen“. Dies geschieht auch aufgrund seiner Verärgerung über Ludendorffs



politisches Manöver gegen den Reichskanzler Max von Baden und seinem eigenmächtigen Armeebefehl vom 24. Oktober. Das Rücktrittsgesuch des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg ignoriert Kaiser Wilhelm II. und bittet ihn sogar in der Obersten Heeresleitung - OHL im Amt zu bleiben. Sein Rückhalt in der Bevölkerung ist noch so groß, dass man seine Entlassung fürchtet. Hindenburg entspricht dem Wunsch des Kaisers und lässt Ernst Ludendorff fallen wie die berühmte heiße Kartoffel. Der geschasste Generalquartiermeister fühlt sich derart verletzt und hintergangen, dass er sich sogar weigert, gemeinsam mit Hindenburg im Auto nach Spa zu fahren. Mit dem Rausschmiss Ludendorffs will der Kaiser aber auch gegenüber den USA glaubhaft machen, dass im Deutschen Reich neue Männer das Ruder übernommen haben.

28. Oktober 1918 – Neue politische Verhältnisse und der alte Kaiser

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten betonen in einem mit „Der Kaiser und die neue Zeit“ überschriebenen Leitartikel, dass die neuen politischen Verhältnisse „alle Grundlagen seiner Auffassung vom Herrscherberuf über den Haufen“ geworfen hätten. Daraus sollte jetzt die Folgerung gezogen werden. Sonst entsteht ein innerlich unwahrer Zustand, der über kurz oder lang zu Konflikten führen müsse. Das ist zwar noch eine sehr verklausulierte und versteckte politische Kritik an Wilhelm II., aber damit wird das sich selbst auferlegte Verbot, den Kaiser nicht anzugreifen oder zu demontieren, immer öfter durchbrochen.

28. Oktober 1918 – Die Proklamation an die bayerischen Bauern

München-Ludwigsvorstadt * Der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Karl Gandorfer, spricht in einer Versammlung im Mathäuserbräu und fordert die politische Mitbestimmung der Bevölkerung. In einer Proklamation an die bayerischen Bauern verlangt er eine Volksregierung in Bayern und die gänzliche Beseitigung der Reichsratskammer. Auf der Versammlung ist auch Kurt Eisner anwesend.

29. Oktober 1918 – Die Aussprache über die politische Lage wird abgesetzt

München-Kreuzviertel * Im letzten Augenblick wird in der Bayerischen Abgeordnetenversammlung die Aussprache über die politische Lage und die Rede des Ministerpräsidenten Otto von Dandl von der Tagesordnung abgesetzt und auf die folgende Woche verschoben. Man erwartet, dass König Ludwig III. das bisherige Ministerium auflösen wird, um so die Volksvertretung unmittelbar an der Regierung beteiligen zu können.



30. Oktober 1918 – Kurt Eisner spricht auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller

München-Maxvorstadt * Kurt Eisner spricht auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller zum Thema „Deutschland - eine soziale Republik“ und fordert eine politische Reinigung des Parlaments und die Beseitigung aller Monarchien.

30. Oktober 1918 – Das Osmanische Reich kapituliert

Lemnos * Das Osmanische Reich kapituliert. Die neue Regierung unter Ahmed Izzet Pascha schließt den Waffenstillstand von Moudros zwischen der Türkei und der Entente. Der Vertrag sieht nicht nur eine alliierte Besetzung der bisherigen arabischen Provinzen, sondern auch der Meerengen und großer Teile Anatoliens vor. Der Krieg im Nahen Osten ist damit beendet.

1. November 1918 – Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert

Spa - Berlin * Die nächste Gardinenpredigt erteilt Kaiser Wilhelm II. dem Reichskanzler Max von Baden per Telefon. Das Gespräch nimmt den badischen Prinzen so mit, „dass er in einen Zustand krankhafter Erregung geriet“. Der Reichskanzler ist auf allen Gebieten politisch gescheitert.

2. November 1918 – Der Auftakt der Revolution

München * Auf einer vom Liberalen Verein Frei München veranstalteten Volksversammlung ruft Kurt Eisner: „Es kommt nicht zur Reichstagswahl, vor dem 17. November kommt die Revolution.“ Der „struppige Prophet“ wird zwar wegen seines Aussehens belächelt, trotzdem gilt diese Versammlung als der Auftakt der Revolution. Kurt Eisner hat bereits vor seiner Haftentlassung die Strategie der Obersten Heeresleitung - OHL durchschaut, die mit der vorgeschobenen Parlamentarisierung lediglich die Verantwortung für den Ausgang des Krieges und den ungünstigen Friedensschluss auf das Parlament abwälzen wollte. Aus Eisners Sicht sollte nicht nur das verhasste System restlos verschwinden, sondern gleichzeitig mit ihm auch seine Repräsentanten. Gemeint sind jene, die für das vier Jahre dauernde sinnlose Morden die Verantwortung trugen. Schließlich befand sich die Mehrheit der führenden Militärs und Spitzenbeamten in Reich und Länder ebenso in Amt und Würden wie der deutsche Kaiser und die Landesfürsten. Sie aber waren die Symbole einer expansiven Außen- und einer undemokratischen Innenpolitik.



3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnten die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen niederzulegen, keine Demonstrationen zu veranstalten beziehungsweise hierzu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

4. November 1918 – Der Königliche Staatsrat kommt zu seiner letzten Sitzung zusammen

München-Graggenau * Der Königliche Staatsrat kommt zusammen, um über den Fortgang der Verfassungsreform zu beraten. König Ludwig III. ist - wie seine Berater - der Auffassung, dass den demokratischen Parteien Zugeständnisse gemacht werden müssen, weil alleine damit in dieser Situation dem Staatswohl und der Monarchie gedient werden könne. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich will etwaige Bedenken gegen die Notwendigkeit einer Parlamentarisierung „unter der Wucht der Ereignisse“ zurückgestellt wissen, da die Wellen einer revolutionären Bewegung jetzt auch auf Bayern übergegriffen hätten. Ministerpräsident Otto von Dandl will den demokratischen Parteien so weitgehende Zugeständnisse machen, weil in dieser Situation nur so dem Staatswohl und der Monarchie geholfen werden kann. Vordringlich sei es jetzt, dass unter dem Volk kein Zwiespalt herrsche und die öffentliche



Ruhe aufrecht erhalten werde. In der letzten von König Ludwig III. geleiteten Staatsratssitzung zieht der Monarch ein denkwürdiges politisches Resümee: „Wenn der Krieg ein so schlechtes Ende genommen hat, so können wir in Bayern unseren Schild hochhalten; er ist fleckenlos. Bayerns Heer hat sich ruhmreich geschlagen, Bayern trägt keine Schuld. Schuld trägt die unglückselige Politik, die schon vor dem Krieg seitens der Reichsleitung geführt worden ist, und noch mehr die Oberste Heeresleitung, die keinen Maßstab hatte für die Grenzen der eigenen Kräfte. [...] Nach mehr als vierjährigen unerhörten Leistungen und Opfern stehen wir vor einer Niederlage Deutschlands, die es seit Napoleon nicht mehr erlebt hat. Wir müssen Frieden schließen und zwar unter schlechten Bedingungen.“

4. November 1918 – Aufständische Matrosen übernehmen in Kiel die politische Macht

Kiel * Am Nachmittag treffen in Kiel Soldaten vom Generalkommando Altona ein, die den Matrosenaufstand niederschlagen sollen. Die Matrosen, die Heeressoldaten und die Marinesoldaten verbrüdern sich. Der Kommandant der Marinestation muss - aller Machtmittel entledigt - kapitulieren. Die Dockarbeiter treten in einen Streik. Die aufständischen Matrosen haben in Kiel die politische Macht übernommen.

5. November 1918 – Dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen folgen

Hamburg * Der eben aus der Haft entlassene und wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilte Wilhelm Dittmann fordert vor einer großen Menschenmenge in Hamburg, dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen zu folgen. Er verkündet: „Wir stehen vor entscheidenden Wendungen. Der Krieg hat zur Reife gebracht, was sonst noch Jahrzehnte erfordert hätte. Das Alte stürzt, und das Proletariat sieht sich über Nacht vor die Aufgabe gestellt, die politische Macht zu ergreifen. Alle Kleingeisterei und Angst vor der eigenen Unreife gilt es abzulegen.“

5. November 1918 – Die USPD will im Hackerkeller eine Wahlversammlung abhalten

München-Theresienwiese * Die USPD will im Hackerkeller eine Wahlversammlung abhalten. Der Andrang ist aber so groß, dass der Saal viel zu klein ist und die Versammlung - im Dunkeln - auf der Theresienwiese durchgeführt werden muss. Das geschieht, ohne dass eine Erlaubnis dafür eingeholt worden war. Kundgebungen unter freiem Himmel sind während des Kriegszustands generell verboten. Die Polizei lässt zwar Ausnahmen zu, doch diesmal werden die Vorschriften



einfach ignoriert - und die Behörden schreiten nicht ein. Als der Redner Kurt Eisner in den Versammlungssaal kommt, findet er nur noch leere Gläser vor. Er muss seine Wählerversammlung suchen und findet eine große dunkle Masse bei der Bavaria. Es sollen 20.000 Menschen gekommen sein. Kurt Eisner mahnt zur Geduld und warnt vor einem sofortigen Aufbruch, da Münchens Erhebung am lichten Tage erfolgen wird. „Nur noch kurze Zeit. Aber ich setze meinen Kopf zum Pfande, ehe 48 Stunden verstreichen, steht München auf!“

6. November 1918 – Erhard Auer spricht zum Thema: Was wollen wir Sozialdemokraten?

München-Au * Im Franziskanerkeller spricht der SPD-Reichstagskandidat Erhard Auer zum Thema „Was wollen wir Sozialdemokraten“ und fordert die Abdankung des Kaisers und des deutschen Kronprinzen, die Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung, die Änderung des Mannschaftsbeschwerdegesetzes, eine Arbeitslosenversicherung und den Achtstundentag. Die Anwendung von Gewalt lehnt er ab.

6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin - Spa * Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

6. November 1918 – Informationen, dass die USPD einen großen Schlag plant



München * Die Polizeidirektion informiert das Innenministerium, dass ihre Überwachungsmaßnahmen „mit Sicherheit“ festgestellt haben, dass die Münchner USPD nach der großen Friedenskundgebung am 7. November einen „großen Schlag plane“. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich weist daraufhin die Polizeidirektion an, „jede zulässige Maßnahme zur Unterbindung einer solchen Aktion vorzubereiten“. Gleichzeitig wird das Kriegsministerium informiert. Kriegsminister Philipp von Hellingrath versichert, dass in München genügend zuverlässige Truppen sind, die eventuelle Unruhen unterdrücken werden. Den Schutz der Haupt- und Residenzstadt sollen die in München stationierten Truppen übernehmen. Die Polizei wird mit uniformierten Schutzleuten die Residenz, die Preußische Gesandtschaft und die Polizeigebäude schützen. Die übrigen Polizisten sollen in Zivil die Stimmung in der Stadt erkunden.

7. November 1918 – Soldaten sprechen den Arbeitern Mut zu

München * Polizeibeamte in Zivil, die die Stimmung in der Stadt beobachten sollen, melden schon am Vormittag, dass Truppenteile, besonders Mannschaften an den Maschinengewehren, „unzuverlässig“ sein sollen. Vorübergehenden Arbeitern rufen die Soldaten zu, sie sollen ohne Sorge sein, da sie Schießbefehle verweigern würden.

7. November 1918 – Die Räte sollen den Ablauf des Umsturzes organisieren

München-Ludwigsvorstadt * Der Mathäserbräu wird aufgrund seiner zentralen Lage zwischen Hauptbahnhof, Wittelsbacher Palais, Landtagsgebäude, Außenministerium, Residenz und Polizeipräsidium als Hauptquartier der Revolutionsbewegung ausgewählt. Die Funktion der spontan entstandenen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte besteht zunächst darin, den Ablauf des Umsturzes zu organisieren und seinen Erfolg sicherzustellen. Die Räte fungieren als Organe der Revolution. Sie leiten umgehend Maßnahmen ein: Bewaffnete Soldaten patrouillieren auf Lastkraftwagen die Nacht hindurch und sollen - wenn nötig - die Ordnung aufrecht erhalten. Vor den wichtigen öffentlichen Gebäuden werden Wachen aufgestellt. Die Verkehrs- und Nachrichtenzentren werden übernommen. Die wichtigen Zeitungsredaktionen und Verlagshäuser werden besetzt, um Bekanntmachungen zu drucken und die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen.

7. November 1918 – Kein Soldat, kein Polizist hält auch nur einen einzigen Revolutionär zurück

München * Während der Bayerische Landtag über die Sicherung der Kartoffelversorgung in den



Stadten berät, hält kein Soldat oder Polizist auch nur einen einzigen Revolutionär zurück. Eisners Revolution hätte wohl auch dann niemand aufgehalten, wenn er in der Residenz einmarschiert wäre. Selbst das Militär steht zuletzt auf Seiten der Rebellen.

7. November 1918 – Um 15 Uhr beginnt die Kundgebung auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * Um 15 Uhr beginnt die politische Veranstaltung auf der Theresienwiese, an der sich etwa 40.000 Menschen beteiligen. Andere Quellen sprechen von über 100.000, sogar von 200.000 Teilnehmern.

7. November 1918 – Die Beamten haben dem Volkswohl zu dienen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Verkehrsbeamtenverein schreibt in Hinblick auf die Kieler Matrosenaufstände und der Anspielung des Bayerischen Kuriers auf die Beamten vom Vortag: „Die Beamten haben unbekümmert um die politischen Vorgänge dem Volkswohl zu dienen; sie haben durch rastlose, ununterbrochene Arbeit Handel und Wandel aufrechtzuerhalten und insbesondere alles zu vermeiden, was einer regelmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennmaterial usw. hinderlich wäre. Die Wandlung, die sich im Staate vollzieht, muss der Beamte über sich ergehen lassen. Nur dann dient er seinem Volke. Der werdende Volksstaat braucht unbeeinflusste Diener und die wird er in der derzeitigen Beamtenschaft finden“.

7. November 1918 – Noch ist in der Residenz alles ruhig

München-Grasgraben * In der Residenz läuft noch alles seinen gewohnten Gang. Die Töchter des Hauses besuchen am Vormittag die heilige Messe, während König Ludwig III. Audienz hält. Gegen Mittag verlassen die Bayern-Prinzessinnen Helmut und Wiltrud gemeinsam mit der Hofdame Bertha von Wulffen die Residenz, um im Englischen Garten spazieren zu gehen. Als sie sich bereits auf dem Rückweg befinden, treffen sie den König in Begleitung des Barons Bodmann. Ein aufgeregter Radfahrer kommt ihnen entgegen, der die Damen auffordert, wegen der vermehrt aufziehenden Demonstranten möglichst schnell zur Residenz zurückzukehren. Der als Radfahrer verkleidete Polizist will zudem wissen, wo sich der König in etwa aufhält. Es ist wohl dieser Polizist, der den König zur Rückkehr in die Residenz auffordert und nicht wie oft dargestellt, dass Arbeiter den König zum heimgehen auffordern, „weil Revolution ist“. So, als ob in Bayern so etwas wie eine Revolution an der Tagesordnung und der Beginn genau so



vorgegeben ist wie der Einzug der Wiesnwirte aufs Oktoberfest.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

7. November 1918 – Der Königliche Staatsrat drängt den König zur Flucht

München-Maxvorstadt * Um 19 Uhr erklärt Kriegsminister Philipp von Hellingrath, er sei machtlos, da ihm in der Stadt keine Truppen mehr zur Verfügung stehen. Er will noch versuchen, mit Truppen außerhalb Münchens in Verbindung zu treten. Ihr Fazit lautet: „Da nach den vorliegenden polizeilichen Meldungen damit gerechnet werden muss, dass die Revolutionäre in der Nacht außer den Ministerien auch die Residenz besetzen und den König sowie die kranke Königin behelligen und versuchen werden, den ersteren zur Abdankung zu zwingen, sind alle Minister der Ansicht, dass der König mit seiner nächsten Familie vorerst bis zur Klärung der Lage München verlasse.“ Ministerpräsident Otto von Dandl und Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich überbringen den Rat an König Ludwig III.. Dieser erklärt sich damit „ohne Weiteres einverstanden“.

7. November 1918 – Die wichtigsten Institutionen sind in den Händen der Aufständischen



München * Um 22 Uhr sind der Hauptbahnhof und kurz darauf die Post sowie das Telegraphenamt ebenso wie alle Ministerien, das Polizeipräsidium und die wichtigsten Zeitungsverlage kampflos in die Hände der Aufständischen gefallen.

8. November 1918 – Der Vorwärts rechnet mit Kurt Eisner ab

Berlin - München * Friedrich Stampfer, Chefredakteur beim Vorwärts in Berlin, rechnet mit seinem ehemaligen Kollegen ab und schreibt am 1. Dezember 1918 mit arroganter Überheblichkeit in der SPD-Zeitung Vorwärts einen Leitartikel über Kurt Eisner und die „Revolution in Bayern“. Darin heißt es: „Als am 8. November 1918 die Kunde kam, dass Eisner bayerischer Ministerpräsident geworden sei, erfüllte Heiterkeit die Redaktionsstuben, sie pflanzte sich fort in die Setzer- und Maschinensäle. Es war keiner unter uns, der Eisner von der alten Zeit her nicht liebte, keiner, der ihm übel wollte oder ihn missachtete. Dennoch: Heiterkeit überall, wohlwollende Heiterkeit. [...] Wozu wären wir ein befreites Volk, wenn es nicht erlaubt wäre, einem alten Freund offen und öffentlich zu sagen: Du hast in Deinem Leben schon viele Böcke geschossen, aber dass Du Dich von Deinen revolutionären Schwabinger Literaturfreunden zum Ministerpräsidenten machen liebst, das war Dein größter Bock. [...] Du lebst in einer Welt des holden Wahnsinns, wenn Du glaubst, Du eingewandeter Berliner Literat, der im öffentlichen Leben noch nie eine Rolle gespielt hat und den man in Bayern bis vor drei Wochen kaum kannte, Du könntest Dich auf das Vertrauen des bayerischen Volkes stützen. [...] Diese Ministerpräsidentschaft [...] steht zum Ernst unserer Zeit in erschütterndem Gegensatz. Kasperlekomödie des Lebens, frei nach Frank Wedekind, von Kurt Eisner, mit dem Dichter in der Titelrolle. München - Schwabinger Naturtheater. In fünf Minuten geht der Vorhang herunter und dann ist Schluss.“ Die preußische Sozialdemokratie fühlt sich Kurt Eisner gegenüber weit überlegen. Sie verhöhnt und verlacht ihn und sieht in ihm einen unqualifizierten Abenteurer und absoluten Dilettant, der offensichtlich nichts von Politik versteht und den Ernst der Lage völlig verkennt.

8. November 1918 – Die Polizei ist unzureichend und das Militär hat versagt

München * Zwischen Mitternacht und ein Uhr bittet Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich den Führer der Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, zu sich. Auer macht deutlich, dass er und seine Partei die „gewaltsame Niederschlagung der Revolution“ und die „Festnahme der Revolutionäre“ noch in der Umsturnnacht dulden werden. Danach können sie nur mehr versuchen - auf der Grundlage der neu geschaffenen Verhältnisse - an der Stabilisierung der inneren Ordnung mitzuwirken. Auf Auers Frage nach einer aus 500 Mann bestehenden zuverlässigen Truppe, erwidert von Brettreich, dass ihm keine ausreichenden Machtmittel zur



Verfügung stehen, um den Umsturz niederzuwerfen. Die Polizei ist unzureichend und das Militär hat gänzlich versagt.

8. November 1918 – Auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung rechnend

München - Freistaat Bayern * In dem von Kurt Eisner verfassten „Aufruf an die Bevölkerung Münchens“ heißt es: Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

8. November 1918 – Thomas Mann und die Revolutionäre

München-Bogenhausen * Thomas Mann hatte sich während des Krieges als kaisertreuer Anhänger einer elitären, nicht auf demokratischen, sondern oligarchischen Prinzipien [= Herrschaft von Wenigen] beruhenden Gesellschaftsordnung bekannt und zudem die deutsche Kriegspolitik verteidigt. Er schreibt in sein Tagebuch: „München, wie Bayern, regiert von jüdischen Literaten. Wie lange wird es sich das gefallen lassen? [...] Bei uns ist Mitregent ein schmieriger Literatschieber wie Herzog, der sich durch Jahre von einer Kino-Diva aushalten ließ, ein Geldmacher und Geschäftsmann im Geist, von der großstädtischen Scheißeleganz des Judenbengels, der nur in der Odeonbar zu Mittag aß, aber Ceoni's [Zahnarzt auch der Familie Mann] Rechnungen für die teilweise Ausbesserung seines Kloakengebisses nicht bezahlte. Das ist die Revolution! Es handelt sich so gut wie ausschließlich um Juden.“

8. November 1918 – Polizeipräsident Rudolf von Beckh unterwirft sich der Revolution

München-Kreuzviertel * Der Münchner Polizeipräsident Rudolf von Beckh gibt um 1:25 Uhr die Erklärung ab, dass er sich verpflichtet, „bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. [...]“

8. November 1918 – Frauenwahlrecht als Bestandteil eines demokratischen Beginns

München - Hamburg * Nachdem Kurt Eisner in München den Freistaat Bayern ausgerufen und das Frauenstimmrecht als Bestandteil eines demokratischen Beginns nannte, schreibt Anita Augsburg ihrer sich in Hamburg aufhaltenden Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann: „Nun



begann ein neues Leben! Zurückdenkend erscheinen die folgenden Monate wie ein schöner Traum, so wunderbar herrlich waren sie. [...] Endlich konnten Frauen aus dem vollen Schaffen. Frauenmitarbeit war auf allen politischen und sozialen Gebieten erwünscht.“

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische



Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

9. November 1918 – Der Kaiser ist über den Verrat empört

Spa * Als Kaiser Wilhelm II. im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung von den Vorgängen in Berlin erfährt, ist er empört über den „Verrat“ des Prinzen Max von Baden. Auf den dringenden Rat des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg sucht der Kaiser um politisches Asyl in den Niederlanden nach.

9. November 1918 – Eine 140 Mann starke Militärpolizei gebildet

München * Eine 140 Mann starke Militärpolizei, gestützt auf vorhandene Polizeikräfte, auf die Soldatenräte und die von diesen repräsentierten Truppenteile, wird zusammen gestellt.

9. November 1918 – Die Vereinigten Verkehrsverbände laden zur Versammlung ein

München - Freistaat Bayern * Der Ausschuss der Vereinigten Verkehrsverbände ruft per Kreistelegamm und in Zeitungsannoncen seine Mitglieder zu einer Massenveranstaltung in den Münchner Bavariakeller an der Theresienwiese ein. Die Einladung beginnt mit den Worten: „Die Stunde der Erlösung aus tiefster wirtschaftlicher Not ist auch für Euch angebrochen. Jetzt oder nie gilt es, Euch im Rahmen der jetzigen Regierungsgewalt die politische und soziale Machtstellung zu erkämpfen, auf die Ihr auf Grund Eurer Massen und Eurer für das deutsche Wirtschaftsleben ausschlaggebenden wichtigen Berufsarbeit Anspruch habt“.

9. November 1918 – Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit Heiterkeit und Sympathie zu

München-Bogenhausen * Thomas Mann, der die Revolutionäre am 7. November noch als „albernes Pack“ beschimpft hatte, notiert jetzt: „Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit ziemlicher Heiterkeit und Sympathie zu. Die Bereinigung und Erfrischung der politischen Atmosphäre ist schließlich gut und wohlätig.“

10. November 1918 – Josef Staimer ist neuer Polizeipräsident



München * Der Gauleiter des Fabrikarbeitsverbandes Nürnberg, Josef Staimer, wird an Stelle des Polizeipräsidenten Rudolf von Beckh mit der Führung der Münchner Polizei beauftragt.

10. November 1918 – Kronprinz Rupprecht kämpft mit allen Mitteln um seine Krone

Lille - München-Kreuzviertel * Ex-Kronprinz Rupprecht legt in einem forschem Telegramm bei der bayerischen Regierung „Verwahrung ein gegen die politische Umwälzung, die ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Gewalten und der Gesamtheit der bayerischen Staatsbürger in Heer und Heimat von einer Minderheit ins Werk gesetzt wurde. Das bayerische Volk und das seit Hunderten von Jahren mit ihm verbundene Fürstenhaus haben das Recht zu verlangen, dass über die Staatsform durch eine verfassungsgebende Nationalversammlung entschieden wird, die aus freien und allgemeinen Wahlen hervor geht. Dass den heimkehrenden Soldaten die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Stimme abzugeben, ist eine selbstverständliche Forderung. Die bayerischen Soldaten werden dann im Einvernehmen mit den bayerischen Staatsbürgern in der Heimat zu entscheiden haben, wie sie sich zur Frage weiterer Zusammenarbeit mit ihrem Fürstenhause stellen wollen.“ Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ignoriert diese papierene Ermahnung übrigens vollkommen zu Recht. Hier spielt der Monarch von Gottes Gnaden plötzlich den Vorbild-Demokraten. Denn dass sich Rupprecht auf eine noch ausstehende Entscheidung der frei gewählten Vertretung des souveränen Volkes beruft, ist frech. Bis dahin hätte schließlich die Dynastie Wittelsbach nicht im Traum daran gedacht, die Staatsform zum Gegenstand der Entscheidung einer Volksvertretung zu machen.

10. November 1918 – In Berlin herrscht gelöste Feierstimmung

Berlin * Die Revolutionären Obleute stellen fest, dass sich die Stimmung in den Betrieben über Nacht verändert hat. Es herrscht gelöste Feierstimmung, man ist versöhnlich und dankbar dafür, dass die Revolution so wenig Opfer gefordert hat. Die meisten Zeitgenossen sind vom vollständigen Sieg der Revolution überzeugt. Einen nachhaltigen reaktionären Rückschlag halten sie für unvorstellbar. Und tatsächlich ist der größte Teil der politisch und gesellschaftlich einflussreichen Kreise wie gelähmt. Das gilt auch für das vermögende und gebildete Bürgertum.

11. November 1918 – Matthias Erzberger unterzeichnet das Waffenstillstandsabkommen

Compiègne * Staatssekretär Matthias Erzberger, ein liberaler Politiker der katholischen Zentrumspartei, unterzeichnet für das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen im



französischen Compiègne. Einen großen Verhandlungsspielraum ließ die von Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Liste mit den Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung, nicht zu. Da der deutschen Delegation die Bedingungen als sehr hart erscheinen, sucht Erzberger Rücksprache mit dem neuen Reichskanzler Friedrich Ebert. Dieser weist den Leiter der Verhandlungskommission nach Rücksprache mit dem Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, Paul von Hindenburg, an, den „Waffenstillstand zu jedweden Bedingungen“ anzunehmen. Der Vertrag wird am 11. November zwischen 5:12 Uhr und 5:20 Uhr französischer Zeit unterzeichnet. Um 11 Uhr enden damit die kriegerischen Auseinandersetzungen. 188.000 bayerische Soldaten sind im Ersten Weltkrieg gefallen, mehrere Hunderttausend wurden verwundet.

11. November 1918 – Kurt Eisner startet eine unabhängige bayerische Außenpolitik

München - Bern * Nach der Bekanntgabe der harten Waffenstillstandsbedingungen startet Ministerpräsident Kurt Eisner in der Nacht zum 11. November eine eigenständige, vom Reich völlig unabhängige bayerische Außenpolitik. Über den Schweizer Bundesrat in Bern schickt er einen Appell der neuen bayerischen Regierung an die Regierungen der Siegermächte. Er ist zugleich ein Aufruf an die Proletarier aller Länder: „Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Erhebung alles und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. [...] In diesem Augenblicke stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. [...] Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist.“

11. November 1918 – Österreichs Kaiser Karl I. tritt zurück

Wien * Karl I., der schon eine Woche vorher von einzelnen Medien als „der ehemalige Kaiser“ bezeichnet worden war, wird von den republikanisch gesinnten deutsch-österreichischen Spitzenpolitikern und seiner letzten k.u.k. Regierung dazu bewogen, auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zu verzichten. Die förmliche Abdankung hatte er zuvor abgelehnt. Am selben Tag entlässt der Ex-Kaiser die funktionslos gewordene k.u.k. Regierung.



12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

12. November 1918 – Auflösung des Zentrums und Gründung der Bayerischen Volkspartei

Regensburg - Freistaat Bayern * Die Mitglieder des Zentrums lösen ihre Partei auf. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt gekommen, in dem man guten Gewissens alte Positionen aufgeben kann. Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer, Politiker des konservativen und katholischen Lagers, gründen in Regensburg die Bayerische Volkspartei - BVP und erklären: „Fürs erste weht über Deutschland und Bayern die rote Fahne, das musste wohl so kommen und so Gott will, wird es unserem engeren und weiteren Vaterlande am Ende doch zum Guten reichen.“

12. November 1918 – Ein Erzbischöflicher Hirtenbrief an die Landbevölkerung

München * In einem Hirtenbrief an die Landgemeinden vertritt der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber folgende Auffassung: „Ohne unsere Grundsätze zu verleugnen, ohne ein politisches Neubekenntnis abzulegen, fühlen wir uns doch im Gewissen verpflichtet, auf dem Boden der gegebenen Tatsachen an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und an der Sicherstellung der Volksernährung mitzuarbeiten, um noch größere Übel von unserem Volke fernzuhalten.“



14. November 1918 – Der Politische Rat geistiger Arbeiter wird ins Leben gerufen

München * Anhänger Kurt Eisners gründen den Politischen Rat geistiger Arbeiter. Vorsitzender wird der Schriftsteller Heinrich Mann. Der Politische Rat geistiger Arbeiter wird als Gegenstück zum Rat geistiger Arbeiter gebildet. Dessen Vorsitzender Lujo Brentano war Eisner gegenüber sehr kritisch eingestellt und hatte diesen - noch vor der Revolution - in einem Presseartikel wegen „Verunglimpfung der deutschen Wissenschaft“ massiv angegriffen.

15. November 1918 – Räte als Grundlage der neuen Demokratie

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner sieht in den Räten die Grundlage für sein Konzept einer neuen Demokratie. In seiner Regierungserklärung erklärt er, dass die Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtung noch vor der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung erreicht werden soll. Kurt Eisner will die Demokratisierung über eine Art Nebenparlament herbei führen, mit dem er auch bürgerliche Kreise zur Mitwirkung am Aufbau des neuen Staates gewinnen wollte. Dieses Nebenparlament sollte ihre Interessen sowohl gegenüber dem provisorischen Zentralparlament als auch gegenüber der Regierung einbringen können. „Ich habe vom ersten Tag der Revolution an in dem System der Räte die große Schule der Demokratie und des Sozialismus gesehen und glaube nicht, dass wir in Deutschland weiterkommen können, wenn wir nicht dieses System der Räte entwickeln [...] und dadurch das Volk mündig machen zur Entscheidung über sein Schicksal. Nicht die Politik des Wahlzettels tut es allein. [...] Das hindert nicht, dass auch die Politik des Wahlzettels notwendig ist, aber das Räteystem [...] soll den Wähler lesen, denken und entscheiden lehren, nicht in acht Tagen vor der Wahl, sondern tagaus, tagein.“

15. November 1918 – Die Bayerische Volkspartei akzeptiert die revolutionären Ereignisse

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP betrachtet „den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache“.

15. November 1918 – Kurt Eisner und die Demokratisierung Bayerns

München * In seinem Regierungsprogramm der Regierung des Volksstaates Bayern spricht Ministerpräsident Kurt Eisner auch das Thema Demokratisierung an: „In der inneren Politik



Bayern streben wir die rascheste Durchführung einer nicht nur formellen, sondern lebendig tätigen Demokratie an. Bevor noch die konstituierende Nationalversammlung, die so schnell wie möglich nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten einberufen werden soll, zusammentritt, muss diese Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der der öffentlichen Einrichtungen erreicht werden können. Wir suchen auch hier auf neuen Wegen zusammen vorwärts zu kommen.“

15. November 1918 – Thomas Mann empört sich über seinen Bruder Heinrich

München-Bogenhausen * Thomas Mann notiert in sein Tagebuch das Missfallen über seinen Bruder Heinrich, der kurz zuvor zum Vorsitzenden des Politischen Rates geistiger Arbeit gewählt worden war: „Heut im Morgenblatt Kundgebungen zweier verschiedener ‚Räte der geistigen Arbeiter‘, die eine, sehr vorläufig und allgemein gehalten, von einer Gruppe um Brentano, die andere, empörend hochnäsiger, fanatisch-politisch und ketzerrichterisch, von einer Gruppe um Heinrich und - [dem Münchner Journalisten] Friedenthal. Die Publikation regte mich sehr auf [...]. Würdelosigkeit und selbstverräterisches Elend im ganzen Lande.“

17. November 1918 – Der Politische Rat geistiger Arbeiter soll in den Nationalrat

München * Ministerpräsident Kurt Eisner sagt dem Politischen Rat geistiger Arbeiter eine Vertretung im Provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern zu.

18. November 1918 – Richtlinien für die Räte werden erarbeitet

München * Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte werden erarbeitet. Dabei treten die gegensätzlichen Vorstellungen des Ministerpräsidenten Kurt Eisner und des Innenministers Erhard Auer deutlich zu Tage. Im Entwurf des MSPD-Politikers Erhard Auer vom 18. November 1918 ist die Bildung von Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte nur im Bedarfsfalle vorgesehen. Die Räte sollen dann für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen. Eine Vollzugsgewalt steht ihnen nicht zu. Der Vollzug der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften soll den seitherigen Stellen und Behörden vorbehalten bleiben. Für Erhard Auer sind die Arbeiter- und Bauernräte hauptsächlich Hilfseinrichtungen und sind damit der Verwaltung eindeutig untergeordnet.



18. November 1918 – Hedwig Kämpfer fordert frauenrechtliche Schulungen

München * Hedwig Kämpfer von der USPD fordert auf einer großen Frauen-Versammlung „die frauenrechtlerische Schulung der proletarischen Frauen, besonders der Frauen innerhalb der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften“. Diese Forderung wird in Bayern bald verwirklicht. Frauen der radikalen Frauenbewegung und der politisch linksgerichteten schließen sich schon bald zum „Bund sozialistischer Frauen“ zusammen.

18. November 1918 – Im Wagnersaal findet die erste Frauenversammlung statt

München-Ludwigsvorstadt * Im Wagnersaal in der Sonnenstraße findet die erste Frauenversammlung statt. Lida Gustava Heymann fordert die Gründung eines eigenen Frauenrates. Er soll politisch noch unorientierte Frauen unterrichten und dafür Sorge tragen, dass Frauen Zugang zu allen Berufen und allen entscheidenden Positionen in Staat und Verwaltung erhalten können sowie gewährleisten, dass auf den Wahllisten der Parteien zur Nationalversammlung und zum Landtag eine entsprechende Anzahl von Frauen vertreten sind.

20. November 1918 – Pacelli begründet seine Ablehnung der Regierung Eisner

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., berichtet in seinem dritten analytisch-zusammenfassenden Bericht ausführlich an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri zur Deutung und Auswirkung der Revolution nach Rom. In diesem Brief begründet Nuntius Pacelli auch, warum er den Kontakt zur neuen bayerischen Regierung unter Kurt Eisner ablehnt: Die Entscheidung zum Kulturkampf statt zum pragmatischen Kompromiss. Das Entgegenkommen der neuen Regierung ist nur taktisch bis zur nächsten Wahl, danach beginnt die offene Kirchenfeindschaft. Ein diplomatischer Kontakt wird die Katholiken nur verwirren und demobilisieren, anstatt sie auf den Gegner einzuschwören. Die Regierung Eisner besteht aus Juden, Atheisten und Protestanten, alles Sozialisten. Mit solchen Leuten sind keine anständigen Beziehungen möglich. Eisner ist ein ostgalizischer Jude, der wegen politischer Verbrechen mehrfach bereits eingesperrt war.

20. November 1918 – Kurt Eisners Vorschlag für die Räte-Richtlinie

München * Zwei Tage nach Innenminister Erhard Auer legt auch Ministerpräsident Kurt Eisner seinen Entwurf für die Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte vor. Im Entwurf des



USPD-Politikers Eisner nehmen die Arbeiterräte - zumindest für eine Übergangszeit - eine zentrale Position im neugegründeten Staat ein. Gemeinsam mit den Soldaten- und Bauernräten sollen sie bis zur endgültige Regelung durch die zu wählende Nationalversammlung die „revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“. Eisner und die USPD wollen die Räte und das Parlament als gleichberechtigte Partner in einem demokratischen System. Sie dienen der politischen Willens- und Bewusstseinsbildung und schaffen die Voraussetzungen für die Tätigkeit des Parlaments: „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden; daraus dann sollen die Persönlichkeiten emporsteigen zu politischer und wirtschaftlicher Arbeit. [...] Die Räte sind die Grundmauer der Demokratie, die Nationalversammlung, der Landtag ist die Krönung des Gebäudes. Aber diese Krone würde genauso zusammen stürzen wie die monarchistischen Kronen, wenn sie sich nicht stützen auf die Kraft und den Willen jener Arbeiterräte.“ Die Arbeiterräte sollen „die Massen des Proletariats unmittelbar zur politischen Mitarbeit heranziehen“ und so dazu beitragen, dass „der neue demokratische und sozialistische Geist in Staat und Gesellschaft so tief Wurzeln fasst, dass die kommenden Wahlen die provisorische Ordnung der Dinge bestätigen und befestigen werden“. Im Falle, die Zentralregierung würde den Revolutionszustand ausrufen, sollten die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte umgehend alle notwendigen Maßnahmen einleiten, die zur Erhaltung und Sicherung der revolutionären Regierung erforderlich wären. Der Entwurf Kurt Eisners sieht für die Räte großzügige Kompetenzzuweisungen vor. Von Kontroll-, Vorschlags-, Beratungs- und Auskunftsrechten bis hin zur Fragen der Entlassung und Einstellung von Beamten.

21. November 1918 – Eduard Schmid fordert Reformen im Rathaus

München-Graggenau * Der Mehrheitssozialist Eduard Schmid fordert in der Magistratssitzung im Münchner Rathaus in einem Antrag eine Vereinfachung der Stadtverwaltung, eine schrittweise Reform, die der neuen politischen Lage angepasst ist, die sofortige Herstellung der „notwendigen Fühlung [...] mit den zuständigen Stellen des Volksstaates“. „Die Kommunalverbände sollen zunächst durch das Wirken des Arbeiter- und Soldatenrates nicht beeinflusst werden.“

21. November 1918 – Die Entente betrachtet Berlin mit größtem Misstrauen

München * Friedrich Wilhelm Foerster, der Professor der Pädagogik an der Münchner Universität, schreibt Kurt Eisner: „Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit größtem Misstrauen betrachtet, die Perspektive zu eröffnen, dass Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen will.“



21. November 1918 – Eisner fordert die sofortige Veröffentlichung der Kriegsakten

München - Berlin * In einem Telegramm fordert Kurt Eisner den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, auf, von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung der Urkunden über den Ursprung des Krieges zu verlangen. Außerdem erhebt der bayerische Ministerpräsident Anspruch auf Beteiligung Bayerns in der Waffenstillstands-Kommission. Kurt Eisner ist bestrebt, den Alliierten den Beweis zu erbringen, dass mit der deutschen Revolution nicht nur die alten Herrschaftsträger beseitigt wurden, sondern dass auch ein politischer Umdenkungsprozess eingesetzt hat.

24. November 1918 – Der Ex-König lässt seinem Ärger freien Lauf

Schloss Wildenwart * Ex-König Ludwig III. schreibt an seine Schwester Therese: Wir sind „der Übermacht unterlegen in Folge von Fehlern der Obersten Heeresleitung und der mangelnden Führung der äußeren Politik der Reichsleitung. Wir in Bayern müssen die Folgen mittragen, obwohl wir wahrlich nicht das Geringste dafür können. Die Revolution vom 7. November war zum mindesten sehr überflüssig, da es ein freieres Volk als das bayerische nicht gegeben hat.“ Sein eigenes Versagen als höchster Repräsentant des Königreichs Bayern schiebt er auf die Regierung, die nach seiner Auffassung „keinen Schuss Pulver wert“ gewesen sei. Die Regierung hat ihn „schmählich im Stich gelassen“. Und weil er schon mal ein Feindbild hat, schimpft er weiter über „die Hunde, mit der Gesellschaft habe ich gebrochen, von den Kerlen kommt mir keiner mehr, wenn ich zurück komme“.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigen Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die



neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

28. November 1918 – Das Bürgertum wird von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen

München * Ministerpräsident Kurt Eisner betont in der Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, dass „die Grundlage der politischen Macht bis zur endgültigen Nationalversammlung außer in der Regierung in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten“ besteht. Die anderen Bevölkerungskreise werden aufgrund ihrer fachlichen und sachlichen Voraussetzungen zwar gebraucht, aber politische Macht soll ihnen nicht eingeräumt werden. Das bedeutet, dass Eisner das Bürgertum - bis zur Neuwahl der Nationalversammlung - von der Mitbestimmung in der Politik ausschließen will.

29. November 1918 – In Preußen wird das Schulgebet abgeschafft

Berlin * Das Preußische Kultusministerium schafft das Schulgebet vor und nach dem Unterricht ab und verbietet alle religiös geprägten Feiern. Schüler dürfen nicht mehr zur Teilnahme an Gottesdiensten oder am Religionsunterricht verpflichtet werden. Religionslehre ist kein Prüfungsfach mehr. Dieser Erlass löst vor allem in den katholischen Reihen einen Sturm der Empörung aus.

30. November 1918 – Kurt Eisner distanziert sich vom Bolschewismus

München * Ministerpräsident Kurt Eisner distanziert sich sowohl im Ministerrat wie in der Öffentlichkeit mehrmals vom Bolschewismus. Vor den bayerischen Soldatenräten erläutert er, was ihn vom Bolschewismus unterscheidet: Die Ablehnung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Einsetzung von Gewalt gegen politische Gegner.

30. November 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner: Gegen Zentralismus, für Föderalismus

München * Ministerpräsident Kurt Eisner äußert sich vor den Soldatenräten für einen föderalistischen Staatsaufbau: „Meine Haltung hinsichtlich des Verhältnisses von Bayern zum Reiche ist ganz klar, nie geändert: Ich bin gegen den Zentralismus in der auswärtigen Politik, in



der inneren Politik, in der Parteipolitik, so lange ich lebe. Ich will die innere Kraft der Glieder, ob es sich nun um ein Parteiwesen handelt oder ob es sich um einen Staat handelt, das ist das selbe.“

30. November 1918 – Die freien Gewerkschaften lehnen die Bürgerwehr ab

München * Eine Besprechung zwischen dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und Vertretern der Christlichen Gewerkschaften und der Freien Gewerkschaften findet zum Thema Bürgerwehr statt. Gustav Schiefer, der stellvertretende Vorsitzende der Freien Gewerkschaften in München, wehrt sich vehement gegen die Pläne. Auch der anwesende Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer raten von einer Zustimmung ab.

1. Dezember 1918 – Prof. Foerster fürchtet die bayerische Entwicklung

München * Der sich in München aufhaltende bayerischen Gesandte in Bern, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, veröffentlicht eine Erklärung mit der Überschrift „Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen politischen Lage in Bayern“, in der er sich tief enttäuscht über die Entwicklung in München äußert. Er befürchtet eine Entwicklung zur Vorherrschaft durch die revolutionären Räte.

„Dass aber dadurch eine wahrhaft demokratische Vertretung der Interessen und Rechte aller Klassen noch nicht gesichert wird, ist ohne weiteres klar. Eisner will aber auch solche Gleichheit der Vertretung gar nicht. [...] Er hat jeden Glauben an das Bürgertum verloren. Und darum kämpft er verzweifelt gegen die Nationalversammlung.“

5. Dezember 1918 – Termin für die Landtagswahl auf 12. Januar 1919 festgelegt

München-Kreuzviertel * Im Ministerrat kommt es zu heftigen Diskussionen über die Terminfestsetzung zur Nationalratswahl. Kurt Eisner sieht in einem frühen Termin keinen Vorteil. „Die Massen scheuen sich davor und fürchten die Preisgabe der Errungenschaften.“ Dagegen fordern die MSPD-Minister einen möglichst frühen Wahltermin. Jeder Tag früher stellt für sie einen „Gewinn gegenüber dem Zentrum“ dar. Erhard Auer dringt deshalb auf den 12. Januar 1919. Innenminister Erhard Auer und Justizminister Johannes Timm geben unumwunden ihre Abneigung gegen die Räte zu und treten für die Umwandlung der Arbeiter- und Bauernräte in Arbeiter- und Landwirtschaftskammern ein und sprechen den Räten jede politische Funktion ab. Verkehrsminister Heinrich Ritter von Frauendorfer sieht in den Räten eine „nur notwendige Begleiterscheinung der Revolution“. Den Soldatenräten gibt man keine Zukunft.



6. Dezember 1918 – Die Verhaftung des Vollzugsrats verhindert

Berlin * Zur selben Zeit wird der Versuch unternommen, den Vollzugsrat zu verhaften. Er ist neben dem Rat der Volksbeauftragten das wichtigste Organ der Revolution. Weil sich die Betroffenen gegen die Verhaftung wehren und protestieren, kommt der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn mit Kräften der Sicherheitswehr dem Vollzugsrat zu Hilfe. Die Verhaftung scheitert - die Putschisten müssen erfolglos abziehen.

6. Dezember 1918 – Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Spartakusgruppe

Berlin * Die Spartakusgruppe hat für den 6. Dezember drei Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen beim Polizeipräsidium angemeldet. Die Protestveranstaltungen werden mit der Auflage genehmigt, dass keine Waffen mitgeführt werden. Die drei Versammlungen finden am späten Nachmittag in den Germania-, Sophien- und Andreas-Sälen statt. Die Redner üben harsche Kritik an der Regierung und protestieren gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Während der Versammlungen verbreitet sich die Nachricht von der mutmaßlichen Verhaftung des Vollzugsrats und von Friedrich Eberts Ausrufung zum Präsidenten. Entsprechend erregt beginnen gegen 16:30 Uhr die Demonstrationen.

6. Dezember 1918 – 14 Tote und über 30 Schwerverletzte

Berlin * Gegen 17:00 Uhr haben Ecke Invaliden- und Chausseestraße Soldaten mit Maschinengewehren Aufstellung genommen. Als ein Demonstrationszug der Spartakusgruppe vorbeizieht, eröffnen die Soldaten das Feuer. Der Polizeibericht vermerkt 14 Tote und über 30 mehr oder weniger schwer verletzte Demonstranten.

6. Dezember 1918 – Die antisemitischen Tendenzen des Bayerischen Kuriers

München * Der Bayerische Kurier, das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP, zeigt ganz eindeutig antisemitische Tendenzen: „Für die BVP spielt auch die Rassenzugehörigkeit keine Rolle. [Ihre Mitglieder] achten und ehren jeden ehrlichen Juden. [...] Was aber bekämpft werden muss, das sind die zahlreichen atheistischen Elemente eines gewissen internationalen Judentums mit vorwiegend russischer Färbung“. Die politischen Parolen der Bayerischen Volkspartei lauten: „Los von Berlin!“ und „Bayern den Bayern!“. Die letzte Aussage richtet sich nicht gegen Preußen, sondern vor allem gegen die Juden, die in der Regierung Eisner zahlreich



vertreten sind.

7. Dezember 1918 – Die USPD solidarisiert sich mit Spatakus

Berlin * Die undurchsichtigen Vorgänge und das Blutbad vom 6. Dezember steigert das Misstrauen der USPD gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten. Die Freiheit, das Berliner Parteiorgan der USPD, solidarisiert sich mit dem Streikaufruf von Spartakus mit folgenden Zeilen:

„Wir verstehen die Empörung und teilen die Gefühle unserer Genossen. Wir begrüßen ihre Initiative. Der Streik soll ein Protest sein gegen das ruchlose Vorgehen in der Chausseestraße, gegen gegenrevolutionäre Umtriebe und eine Sympathiebezeugung für die armen Opfer!“

7. Dezember 1918 – Blutige Auseinandersetzung gerade noch verhindert

Berlin * Für den Nachmittag hat die Berliner Spartakusgruppe zu einer Demonstration aufgerufen. Unter den Linden droht die Demonstration in eine blutige Auseinandersetzung verwickelt zu werden. Dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn gelingt es, die aufgezogenen Truppen mit ihren Maschinengewehren zum Abzug zu überreden.

8. Dezember 1918 – Die politisch-satirische Zeitung Rote Hand wird verboten

München * Die politisch-satirische Zeitung „Rote Hand“, Untertitel: „Führendes Organ für national-anarchistische Gschafthuberei“, erscheint erstmalig im Straßenhandel. Polizeipräsident Josef Staimer lässt den Druck einstellen und das weitere Erscheinen verbieten. Er begründet die Maßnahme mit der „Übertretung der Sonntagsruhe“.

9. Dezember 1918 – Die Delegierten der Arbeiterräte Bayerns treffen sich erstmalig

München-Kreuzviertel * Die Delegierten der Arbeiterräte Bayerns treffen sich am 9. und 10. Dezember 1918 erstmalig zu einer zweitägigen Tagung im Gebäude des Bayerischen Landtags. Sie beratschlagen über ihre Position zur politischen und wirtschaftlichen Lage Bayerns, die Aufgaben der Arbeiterräte-Organisation und wählen die 50 Vertreter der Arbeiterschaft zum provisorischen Nationalrat.

9. Dezember 1918 – Ein Eid auf die Republik und die provisorische Regierung



Berlin * Bei Verhandlungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat wird ein Kompromiss gefunden, der den am nächsten Tag einziehenden Frontsoldaten erlaubt, Munition mitzuführen, aber keine Maschinengewehre, keine schweren Waffen und keine Panzerfahrzeuge. Die Truppen müssen sich verpflichten, „ihre ganze Kraft in den Dienst der jetzigen provisorischen Regierung zu stellen“. Reichskanzler Ebert vereidigt einige dieser Einheiten - symbolisch für das gesamte Offizierskorps - auf die Republik und die provisorische Regierung.

10. Dezember 1918 – Antisemitismus im Buchloer Anzeigenblatt

Buchloe - München * Im Buchloer Anzeigenblatt erscheint ein antisemitischer Artikel. Dem Redakteur Cölestin Rabis schwebt sogar eine Endlösung vor. „Der Jude Eisner spielt Diktator und beschwindelt das Volk wie vordem unsere Diplomaten. [...] Politik ist und bleibt ein Geschäft, und Jude bleibt Jude. [...] Die Judenfrage ist ein Problem für sich, welches das deutsche Volk endlich einmal mit gerechter Strenge zu lösen hat, aufgefasst als Rassenfrage und nicht als Religionsproblem.“

12. Dezember 1918 – Räte als Schule der Demokratie

München-Ludwigsvorstadt * In einer Wahlkampfrede im Mathäuserbräu bringt Kurt Eisner seine inzwischen in allen Passagen durchdachte Einstellung zu den Räten zum Ausdruck: „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden, daraus dann sollen die Persönlichkeiten emporsteigen zu politischer und wirtschaftlicher Arbeit. Das ist der tiefste Sinn des Sozialismus: Selbstständigkeit der Gesamtheit. Die ‚Vertreter‘ der ‚Masse‘ - sie mögen noch so tüchtig sein, noch so nützliche Arbeit leisten, aber das sind schon die Leute, die emporgekommen sind. In den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, in der Stadt und auf dem Lande, da kann jeder lernen, politisch und wirtschaftlich tätig zu sein. Darum, Parteigenossen, stehe und falle ich mit diesem Gedanken, dass die demokratische Organisation der Massen selbst künftig die Grundlage aller Entwicklung sein muss. Dort wirkt Idealismus, dort ist freie öffentliche Tätigkeit möglich. Dort gibt es keine Führer und keine Angeführten, sondern dort lebt die Masse selbst.“

12. Dezember 1918 – Eisner: Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden

München * In einer Wahlrede vor den Unabhängigen erklärt Kurt Eisner: „Die Revolution war ja schon geplant im Januar“. Und weiter: „Sozialismus ist nur ein Wort und Sozialismus, das Wort,



erfüllt man mit Leben, indem man es verwirklicht; wie auch Demokratie nicht dekretiert werden kann von oben, wie die Freiheit nur in sich selbst und aus sich selbst reift. Ein Volk, das nicht frei ist, kann niemals die Freiheit gebrauchen lernen; erst wenn es frei ist, lernt es, frei zu sein. Nur so können wir sozialistische Politik treiben. Der Sozialismus wirkt, indem er sich verwirklicht. Er birgt eine Fülle schwerster Probleme. Aber das Ziel ist klar: wir müssen die menschliche Knechtschaft beseitigen. Wir müssen die Güter der Erde allen zuteil werden lassen. Es darf nicht mehr sozial Unterdrückte in der künftigen Gesellschaft geben. Wie immer die Gliederung und der Aufbau in der zukünftigen Gesellschaft sich vollziehen wird, welche wirtschaftlichen Formen wir finden werden, der Mensch darf nicht das Opfer seiner Verhältnisse werden, sondern der Mensch muß Herr über seine Verhältnisse werden. Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden, sondern Herr über die Technik. Der Mensch darf nicht mehr Objekt des Profits werden, sondern jeder, der arbeitet, muß mitbestimmen können an der Gestaltung dieser Arbeit. Wir haben es immer abgelehnt, einen Zukunftsstaat auszumalen. Einen Zukunftsstaat prophezeit man nicht, sondern man schafft ihn.“

14. Dezember 1918 – Der Politische Rat geistiger Arbeiter

München-Kreuzviertel * Der Politische Rat geistiger Arbeiter veranstaltet im Hotel Bayerischer Hof seine erste öffentliche Versammlung.

14. Dezember 1918 – Keine Kandidaten für einen bayerischen König

München - Vatikan * Uditore Lorenzo Schioppa informiert Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri, dass ihm zur Restauration des bayerischen Königtums die geeigneten Kandidaten fehlen: Ex-König Ludwig III. war in eine annexonistische Kriegspolitik verstrickt, Ex-Kronprinz Rupprecht kommt wegen seiner amourösen Galanerien mit belgischen Frauen an der Front nicht mehr in Frage. Alleine der Ex-Prinz Franz käme noch in Betracht.

16. Dezember 1918 – Die geistliche Schulaufsicht wird abgeschafft

München-Kreuzviertel * Der Ministerrat billigt die von Kultusminister Johannes Hoffmann vorgelegte „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“. Darin wird ab 1. Januar 1919 die geistliche Schulaufsicht abgeschafft und Übergangsregelungen für die Zeit bis dahin festgeschrieben. Die Ortsschulaufsicht geht vom Ortspfarrer auf den Bürgermeister über. Darüber hinaus wird ein freireligiöser Sittenunterricht eingeführt und der Zwang zur Teilnahme



am Religionsunterricht abgeschafft. Damit sind zentrale kulturpolitische Forderungen der Sozialdemokratie der letzten Jahrzehnte erfüllt.

16. Dezember 1918 – Gründungsziel: Ein Bund sozialistischer Frauen

München-Ludwigsvorstadt * Auf Einladung von Toni Pfülf und Nanette Katzenstein treffen sich Frauen, „die entweder schon auf dem Boden des Sozialismus stehen oder dieser Richtung zuneigen“. Das Ziel ist ein Bund sozialistischer Frauen die feministisch denken und die Interesse an der Gestaltung einer Frauen- und Friedenspolitik haben. Es gibt keine Satzung und kein Programm. Geblieben sind zwei Plakate und die von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann herausgegebene Zeitschrift „Die Frau im Staat“.

16. Dezember 1918 – In Berlin beginnt der Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte

Berlin * Der Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beginnt im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin. Der Reichsrätekongress dauert bis zum 20. Dezember.

Pro 200.000 Einwohner wird ein Arbeiterrat, pro 100.000 Soldaten ein Soldatenrat entsandt. Die SPD-Delegierten haben eine Zweidrittelmehrheit. Nur zwei von 490 Delegierten sind Frauen. 298 Delegierte sind Mitglieder der MSPD, 101 Delegierte gehören der USPD an. 25 bezeichnen sich als Demokraten, 26 Soldatenräte und 49 Arbeiterräte machen keine Angaben zu ihrer politischen Orientierung.

17. Dezember 1918 – Die Räte als Grundlage des Parlaments

München-Kreuzviertel * Auf der Sitzung des provisorischen Nationalrats antwortet Ministerpräsident Kurt Eisner auf den Liberalen Ludwig Quidde: „Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte müssen sich jetzt konsolidieren, sie müssen die Grundlage aller zukünftigen parlamentarischen Tätigkeit bilden: die Nationalversammlung kann nicht der Anfang sein, sie kann nur das Ende, das letzte Ergebnis der Tätigkeit der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bilden.“

18. Dezember 1918 – Die Protesterklärung der Bayerischen Bischofskonferenz

München * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber reagiert auf die „Verordnung,



betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918 überraschend pragmatisch und ist sogar bereit, die Schulaufsicht kampflos aufzugeben. Auf der Bayerischen Bischofskonferenz erstellen die Bischöfe allerdings eine gemeinsame Protesterklärung gegen die schulpolitischen Maßnahmen der Revolutionsregierung. Die Bischöfe beklagen darin die einseitige Verletzung des im Konkordat anerkannten Rechts und betonen die langjährige und treue Mitarbeit der Kirche im Erziehungswesen.

24. Dezember 1918 – Die Gerüchteküche kocht in München

München * In München verbreitet sich das Gerücht über einen geplanten Spartakisten-Putsch und dem Ausbruch von 16.000 Kriegsgefangenen aus dem Lager Lechfeld. Der Patrouillen- und Postdienst wird in den Straßen der Stadt verstärkt. Christmetten werden militärisch und polizeilich gesichert. Die Michaelskirche sagt den mitternächtlichen Gottesdienst ganz ab.

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschloss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem



Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

28. Dezember 1918 – Julius Lehmann wird verhaftet

München * Julius Lehmann, Mitglied der Thule-Gesellschaft, wird erstmals verhaftet. Bei einer Durchsuchung seines Verlags wird das inzwischen umfangreichste Waffenlager entdeckt. Da nützt ihm auch die gerade erteilte Bürgerwehr-Erlaubnis nichts. Er wird ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, anschließend ins Gefängnis Neudeck gebracht. Wie aus Briefen Lehmanns hervorgeht, vertreibt er sich hier die Zeit mit antisemitischer Literatur, die ihm von der Gefängnisleitung zur Verfügung gestellt wird.



30. Dezember 1918 – Verstaatlichung nur für Grundstoffindustrien und für Kraftwerke

München * Vor einer Versammlung von Räte delegierten führt Kurt Eisner zum Thema Sozialisierung folgendes aus: „Sie wissen, ich bin der Meinung, dass wir heute die ganze Industrie auf einmal sozialisieren können. [...] Man kann politische Gewalten stürzen, man kann aber keine wirtschaftliche Organisation durch Revolution aufbauen“. Eisner schlägt deshalb eine Verstaatlichung nur für gewisse Grundstoffindustrien und für Kraftwerke vor.

30. Dezember 1918 – Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten

Berlin * Die aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschiedenen USPD-Mitglieder Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth geben eine öffentliche Erklärung für den Grund ihres Ausscheidens ab: Darin erklären sie, dass sie diesen Schritt an dem Punkt unternahmen, „wo sie nicht mehr in der Lage waren, die Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten zu verhindern“.

30. Dezember 1918 – Die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen

München * In der gut besuchten Versammlung der Frauengruppe der Deutschen Volkspartei (Deutsche Demokratische Partei) sprechen die Referentinnen über die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen in freien Berufen und die Aufgabe der nun zur politischen Reife gelangten Lehrerin, die die „Jugend im staatsbürgerlichen Unterricht auf die Wichtigkeit des Wahlrechts vorbereiten soll“.

1919 – Dr. Fritz Gerlich ist als Marxistentöter bekannt

München * Aus zahlreichen Aufsätzen in den Süddeutschen Monatsheften, der Liberalen Korrespondenz sowie den Historisch-politischen Blättern entsteht Dr. Fritz Gerlichs Buch Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich. Außerdem kämpft er im Münchner Bürgerrat und im Bayerischen Heimatdienst sowie mit der Wochenzeitschrift Feurio gegen den gesamten marxistischen Sozialismus. Daneben beschafft er Geldmittel für die Gründung der Bayerischen Einwohnerwehr und für die Überwachung der Kommunistischen Partei. Dieses Engagement trägt zu seinem Ruf als „Marxistentöter“ bei.

1. Januar 1919 – Schießerei im Katholischen Gesellenhaus



München-Hackenviertel * Im Katholischen Gesellenhaus in der Brunnstraße kommt es in den frühen Morgenstunden zu einer Auseinandersetzung zwischen der aus Soldaten, Matrosen und Zivilpersonen bestehenden Tanzgesellschaft und dem Sicherheitsdienst. Im Verlauf fallen Schüsse, die die Militärpolizei und die Republikanische Schutztruppe mit Handgranaten beantworten. Zahlreiche Personen werden verletzt, davon sieben schwer.

1. Januar 1919 – Die Österreichische Gesandtschaft wird besetzt

München-Graggenau * Karl Mandel, der Vorsitzende des Bundes der Deutsch-Österreicher in München besetzt - unterstützt durch bayerische Polizei und Republikanische Schutztruppen - die Österreichische Gesandtschaft im Prinz-Carl-Palais und das Österreichische Generalkonsulat in der Schackstraße. Die Aktion des Redakteurs richtet sich gegen die angeblich „schlechte und säumige Behandlung österreichischer Staatsangehöriger“. Ministerpräsident Kurt Eisner lässt noch in der Nacht die besetzten Gebäude räumen.

3. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn hält an seinem Amt fest

Berlin * Die USPD-Mitglieder der preußischen Regierung erklären ihren Rücktritt. Damit bekleidet kein USPD-ler noch ein wichtiges Amt im Deutschen Reich beziehungsweise in Preußen. Die einzige Ausnahme ist der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, der an seinem Amt festhalten will.

3. Januar 1919 – Keine Weisungsberechtigung

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn [USPD] erklärt dem preußischen Innenminister Paul Hirsch [MSPD], dass er ihn nicht als weisungsberechtigt anerkennt.

4. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn wird abgesetzt

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD wird durch den Rat der Volksbeauftragten abgesetzt. Eichhorn verweigerte am 24. Dezember 1918 den Befehl des Reichskanzlers Friedrich Ebert und der zwei anderen MSPD-Volksbeauftragten, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die im Berliner Stadtschloss und im Marstall einquartierte Volksmarinedivision mit der ihm unterstellten Republikanischen Sicherheitswehr zu bekämpfen,



um den als Geisel genommenen Stadtkommandanten Otto Wels [MSPD] zu befreien. Für Ebert gilt Emil Eichhorn deshalb als unzuverlässig.

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist. Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der



Rheinpfalz ausüben.

5. Januar 1919 – Die Deutsche Arbeiterpartei - DAP wird gegründet

München-Hackenviertel * Eine Woche vor der bayerischen Landtagswahl wird im Fürstenfelder Hof, in der Fürstenfelder Straße 14, die Deutsche Arbeiterpartei - DAP durch den Werkzeugschlosser Anton Drexler und den Sportjournalisten Karl Harrer sowie 22 weiteren Anwesenden gegründet. Die Deutschen Arbeiterpartei - DAP geht aus dem Münchner Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden hervor, der am 7. März 1918 ebenfalls von Drexler gegründet worden war. Als Vorsitzender der neuen Partei wird Anton Drexler gewählt. Zu den ersten Mitgliedern der DAP zählen fast ausschließlich Arbeitskollegen Drexlers aus den Münchner Eisenbahnwerken. Die ersten Parteiversammlungen finden in Hinterzimmern kleiner Bierlokale statt. Der wenig begeisternde Redner Drexler hält zumeist kaum motivierende Reden, die oft in der Geräuschkulisse des Lokals untergehen. Während der Politische Arbeiterzirkel eindeutig eine Schöpfung der Thule-Gesellschaft ist, soll die Deutsche Arbeiterpartei - aus taktischen Erwägungen - als Gründung Anton Drexlers erscheinen. Vorbereitet wird die konstituierende Parteiversammlung von einem Dreier-Ausschuss, der sich aus Harrer, Drexler und Michael Lotter zusammengesetzt. An der eigentlichen Versammlung nimmt Harrer allerdings nicht teil. Umgekehrt werden Drexler und Lotter keine Mitglieder der Thule-Gesellschaft, verkehren aber als ständige Gäste in den Logenräumen im Hotel Vier Jahreszeiten, wo sie bald auch Personen wie Dietrich Eckart und Gottfried Feder kennenlernen.

In den von der Gründungsversammlung angenommenen Richtlinien der Deutschen Arbeiterpartei heißt es, dass die DAP eine aus „allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation“ ist. Die Deutsche Arbeiterpartei will „die Adelung des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zum Mittelstand gerechnet zu werden. Zwischen Arbeiter und Proletarier soll ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden. [...] Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen, sofern nicht rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein unmöglich macht. Die DAP sieht in der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. [...] Darum darf es nicht Sozialisierung, sondern Gewinnbeteiligung für den deutschen Arbeiter heißen. [...]“

Hier zeichnete sich deutlich eine eigentlich mittelständische Orientierung dieser pseudosozialistischen und antisemitischen Organisation ab. Die anfallende Parteiarbeit der zunächst auf München beschränkten winzigen Vereinigung wird im Wesentlichen von dem mit dem Politischen Arbeiterzirkel nicht identischen Arbeitsausschuss der DAP bewältigt, der in den Anfängen auch die Führung der Gesamtpartei inne hat und dem im Sommer 1919 neben Anton



Drexler und Karl Harrer weitere vier Personen angehören. Anton Drexler, der Vorsitzende der Deutschen Arbeiter Partei - DAP, bleibt es bis zum Juni 1921.

5. Januar 1919 – Erstmals dürfen Frauen bei der Landtagswahl in Baden wählen

Baden * Bei den Landtagswahlen in Baden sind erstmals auf deutschem Staatsgebiet Frauen wahlberechtigt. Die Frauen dürfen wählen und gewählt werden. Stärkste Partei wird das katholische Zentrum mit 36,6 Prozent, zweitstärkste Kraft wird die SPD mit 32,1 Prozent, die Deutsche Demokratische Partei - DDP erhält 22,8 Prozent der Stimmen. Kein einziger Kandidat der USPD wird gewählt.

7. Januar 1919 – Keine Demonstrationen sondern Putschversuche

München-Kreuzviertel * Vom Stadtkommandanten Oskar Dürr erfährt das kurzfristig zusammengetretene Kabinett: „Es handelt sich nicht um reine Demonstrationen, sondern um reine Putschversuche. Wir können keine Gewähr mehr bieten für die Sicherheit der Stadt. Die Polizei reicht nicht mehr aus, [...] die Truppen machen nicht mehr mit, wenn sie noch länger in solcher Spannung bleiben müssen.“

7. Januar 1919 – Die Republikanische Schutztruppe zerstreut die Demonstration

München * Am Abend kommt es in der Innenstadt immer wieder zu Menschenansammlungen. Um 22 Uhr will die Menge in die Residenz eindringen, wo sie Eisner versteckt glaubt. Doch der bayerische Ministerpräsident hält sich an diesem Tag in Weiden auf und bekommt die Vorgänge überhaupt nicht mit. Die Republikanische Schutztruppe kann die Demonstration zerstreuen. Gegen 23:30 Uhr verlangt eine rund 200 Mann starke Gruppe vor dem Polizeipräsidium die Freilassung verhafteter Soldaten und Matrosen. Die Menschenansammlung kann zum Abzug bewegt werden.

7. Januar 1919 – 3 Tote und 8 Verletzte nach einer Arbeitslosen-Demonstration

München-Kreuzviertel * Gegen 15:30 Uhr bewegt sich der Demonstrationszug zum Ministerium für Soziale Fürsorge am Promenadeplatz, wo eine Delegation Minister Hans Unterleitner ihre Forderung nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorträgt. Als gegen 17 Uhr noch immer



keine Zusagen vorliegen, überrennt die Menge die Wache und stürmt das Gebäude. Nun kann aber - trotz verschiedener Zusagen - die tobende Menge nicht mehr beruhigt werden. Um 18 Uhr rückt die Militärische Sicherheitswache und die Republikanische Schutztruppe mit scharfer Munition gegen die Demonstranten vor. Drei Tote und acht Schwerverletzte bleiben zurück.

10. Januar 1919 – Bremen wird Selbstständige Sozialistische Republik

Bremen * Die Hansestadt Bremen wird durch die Internationalen Kommunisten Deutschlands zur Selbstständigen Sozialistischen Republik, eine Räterepublik, erklärt. Die USPD ist zunächst bereit, gemeinsam mit den Kommunisten - unter Ausschluss der anderen politischen Kräfte - die Regierung zu übernehmen.

11. Januar 1919 – Waffengebrauch wird durch Trommelwirbel angekündigt

München * Einen Tag vor den Wahlen zum Bayerischen Landtag werden aufgrund der am Tag zuvor erfolgten Vorgänge vom Polizeipräsidenten Josef Staimer und vom Stadtkommandanten Oskar Dürr der Einsatz von Waffen gegen Demonstranten und Ansammlungen angedroht: „Waffengebrauch wird, soweit möglich, durch Trommelwirbel angekündigt.“ In einer Matrosenversammlung sprechen sich Ministerpräsident Kurt Eisner und Stadtkommandant Oskar Dürr „gegen den Terror der Straße“ aus. Die Mehrzahl der für die Tumulte Verantwortlichen bezeichnen sie als „Verbrecher“. Die geplanten Versammlungen auf der Theresienwiese werden abgesagt.

12. Januar 1919 – Landtagswahl in Württemberg

Württemberg * Auch bei den Landtagswahlen in Württemberg können Frauen erstmals ihr demokratisches Wahlrecht ausüben. Die Sitzverteilung für den württembergischen Landtag setzt sich wie folgt zusammen: die Sozialdemokratische Partei - SPD erhält 52 Sitze, die Deutsche Demokratische Partei - DDP bekommt 38 Abgeordnete, das katholische Zentrum kommt auf 31 Mandate, andere bürgerliche Parteien erringen insgesamt 25 Abgeordnetenplätze. Die USPD kann lediglich 4 Plätze für sich verzeichnen.

13. Januar 1919 – Razzia beim Soller und beim Metzgerbräu im Tal



München-Angerviertel * Beim Soller und im Metzgerbräu im Tal werden durch ein umfangreiches Polizeiaufgebot Razzien durchgeführt. 220 Personen werden verhaftet und ein Lastwagen mit aus Militärbeständen stammendem Hehlergut beschlagnahmt.

15. Januar 1919 – Die politische Säuberung der Reichshauptstadt beginnt

Berlin * In Berlin marschieren Freikorps und Truppen der Obersten Heeresleitung ein, die sich bisher nicht an den Kämpfen beteiligt haben. Damit beginnt die „Säuberung“ der Reichshauptstadt.

16. Januar 1919 – USA ratifizieren die Prohibition

USA * Die USA ratifizieren die gesetzlichen Grundlagen für die Prohibition. Ein Jahr später tritt das landesweite Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Transports alkoholischer Getränke in Kraft. Vor allem religiöse Gruppen und die Temperenzbewegung setzen sich für das Alkoholverbot ein. Sie betrachten Alkohol als Ursache zahlreicher gesellschaftlicher Probleme wie Armut, Gewalt und Kriminalität. Die Temperenzbewegung ist damit die treibende Kraft hinter der Einführung der Prohibition in den USA.

16. Januar 1919 – Erhard Auer erhebt den Anspruch aufs regieren

München * Der bayerische SPD-Vorsitzende Erhard Auer führt auf einer politischen Versammlung seiner Partei aus: „Eine Klasse kann herrschen, aber nicht regieren; regieren kann nur eine Organisation.“ Er meinte dabei wohl seine Partei.

18. Januar 1919 – Nuntius Pacelli soll noch nicht zurückkehren

München * Als Erzbischof Michael von Faulhaber von Lorenzo Schioppa, der rechten Hand des Nuntius Eugenio Pacelli, nach der Wahl der Nationalversammlung gefragt wird, ob der Nuntius aus der Schweiz wieder nach München zurückkehren könne, antwortet Faulhaber: „Nach Lage der Dinge wird Ministerpräsident Eisner sofort wieder versuchen, eine amtliche Verbindung mit Monsignore Pacelli zu gewinnen, und die bayerischen Bischöfe werden in dieser Verbindung eine Legitimierung der Revolutionsregierung und ein Ärgernis für das ganze Land erblicken. Die bayerischen Bischöfe haben sich nämlich damals geweigert, die früheren königlichen



Konkordatsrechte (z.B. bei Besetzung der Pfarreien) ohne weiteres auf die neue Regierung zu übertragen, und haben deshalb die Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Für die kirchenpolitische Lage in Bayern wäre es verhängnisvoll gewesen, wenn damals auch nur der Schein amtlicher Beziehungen zwischen dem auswärtigen Ministerium und der Nuntiatur entstanden wären.“

20. Januar 1919 – Entwurf der Weimarer Verfassung wird der Öffentlichkeit vorgestellt

Weimar * Hugo Preuß stellt seinen Entwurf der Weimarer Verfassung der Öffentlichkeit vor. Darin sollen die Rechte der Einzelstaaten stark beschnitten werden. Bayern würde die Militärhoheit, sein eigenes Post- und Telegraphenwesen sowie das Recht, direkte Steuern zu erlassen, verlieren. Das würde auch das Ende der bayerischen Außenpolitik bedeuten. Aus einem souveränen Einzelstaat soll ein Teilstaat des Deutschen Reichs werden.

27. Januar 1919 – Anton Graf Arco will gegen Kurt Eisner plakatieren

München * Anton Graf Arco auf Valley, der spätere Eisner-Mörder, will mit einem Aufruf die Bevölkerung aufrütteln: „Wer ist Bayerns Vertreter im Reich? Wer greift dem Willen des Bayernvolkes, der durch den Landtag vertreten wird, durch Staatsgrundgesetz? [sic!] Wer macht unser so geachtetes Volk durch kinderhafte politische Manöver im Deutschen Reich und im Ausland lächerlich? Kurt Eisner Ministerpräsident.“ Die Plakatierung des etwas verworrenen Pamphlets wird vom Polizeipräsidenten Josef Staimer verboten.

9. Februar 1919 – Die Militärpolizei sorgt für die Einhaltung der Polizeistunde

München * Die Militärpolizei sorgt für die Einhaltung der Polizeistunde, die durch die Tanzwut ständig übertreten wurde;

13. Februar 1919 – Reichskanzler Philipp Scheidemann stellt das Regierungsprogramm vor

Weimar * Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann stellt das Arbeitsprogramm der neuen Reichsregierung vor. Es beinhaltet: den sofortigen Friedensschluss, die Demokratisierung der Verwaltung, die Schaffung eines demokratischen Volksheeres, die öffentliche Kontrolle privatmonopolistischer Wirtschaftszweige, die Sozialisierung der Bergwerke



und der Energiebetriebe, die verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und soziale Verbesserungen.

13. Februar 1919 – Verhandlungen zur Sozialisierung der Bergbaubetriebe

Weimar - Essen * In Weimar beginnen die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Essener Neunerkommission, dem Bezirksbetriebsrat Halle, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Die Regierung weigert sich, den Betriebsräten außer sozialpolitischen Rechten weitere Funktionen im wirtschaftlichen und politischem Raum zuzugestehen. Der umfassende Kontrollanspruch der Arbeiterräte wird abgelehnt.

16. Februar 1919 – Das Faschingstreiben wird verboten

München * In Hinblick auf den anstehenden Fasching [2. bis 4. März] verbietet die Polizeidirektion sowohl das Faschingstreiben als auch den öffentlichen Verkauf von Faschingsartikeln.

16. Februar 1919 – Der Aldeutsche Verband tagt in Bamberg

Bamberg * Der rechtsextreme und antisemitische Aldeutsche Verband - ADV tagt in Bamberg. Der seit den 1890er-Jahren stark Einfluss auf die Politik nehmende Verband war in den letzten beiden Kriegsjahren in eine Art Winterschlaf gefallen. Jetzt erwacht er wieder zu alter Stärke. Bis Ende 1920 werden die Aldeutschen 110.000 Mitglieder haben, dreimal so viel wie vor dem Krieg.

18. Februar 1919 – Die Münchener Post fordert den Rücktritt Kurt Eisners

München * Die SPD-nahe Münchener Post fordert im Zusammenhang mit der Landeskonzferenz der Mehrheitssozialisten - SPD den Rücktritt Kurt Eisners. Begründung: „Seine sich auf das Räte-system stützende Politik muss zu den schwersten Konflikten mit dem bayerischen Volke führen.“

19. Februar 1919 – Gegen 16 Uhr beginnt der sogenannte Lotter-Putsch



München * Gegen 16 Uhr beginnt in München der sogenannte Lotter-Putsch, an dem sich rund 600 bewaffnete, überwiegend bayerische Soldaten beteiligen, die am 15. Februar aus Wilhelmshaven kommend hier eingetroffen sind. Die Putschisten unter Führung des Obermatrosen Conrad Lotter schlagen gleichzeitig an drei Stellen zu: Sie besetzen das Telegraphenamt am Hauptbahnhof, verhaften zur gleichen Zeit den Stadtkommandanten Oskar Dürr und den Polizeipräsidenten Josef Staimer in ihren Dienststellen und wollen in das vom Rätekongress besetzte Landtagsgebäude in der Prannerstraße eindringen. Außerdem wollen sie Kurt Eisner festnehmen und in die Tschechoslowakei abschieben. Während die putschenden Matrosen die beiden ersten Aktionen erfolgreich durchführen können, werden sie im Landtag von der Landtagswache mit Maschinengewehrfeuer vertrieben. Die Festnahme von Kurt Eisner verhindert der Landessoldatenrat Richard Scheid. Die Münchner Bevölkerung hält die Putschisten fälschlich für preußische Spartakisten. Es kommt am Bahnhofplatz zu einer kurzen Schießerei, bei dem der Straßenbahnfahrer Franz Stangl durch einen Kopfschuss ums Leben kommt. Gegen 17:30 Uhr ziehen sich die putschenden Matrosen zurück. Conrad Lotter wird verhaftet.

20. Februar 1919 – Anton Graf von Arco auf Valley legt seine Mordmotive schriftlich nieder

München * Einen Tag bevor Anton Graf von Arco auf Valley zur Waffe greift, legt er seine Motive schriftlich nieder: „Eisner strebt nach der Anarchie, er ist Bolschewist, er ist Jude, er fühlt nicht deutsch, er untergräbt jedes deutsche Gefühl, er ist ein Landesverräter. [...] Ich hasse den Bolschewismus, ich liebe mein Bayernvolk, ich bin ein treuer Monarchist und guter Katholik. Über alles achte ich die Ehre Bayerns.“ Arcos Zimmermädchen Walburga Kästele, die Arcos Wohnung in der Prinzregenten Straße 18 betreut, bestätigt die Entschlossenheit des jungen Grafen: „Gegen Abend des 20. Februar nach 6 Uhr sagte Arco ohne besondere Einleitung, als ich zu seiner Bedienung in seinem Zimmer war: Morgen erschieße ich den Eisner. Er sagte das ganz lustig und hat dazu gelacht. Ich glaubte ihm nicht und sagte, das getraue er sich doch nicht, worauf er erwiderte: Doch, doch, ich mache es, der muss weg er ist ein Bolschewik und Jude.“

20. Februar 1919 – Kurt Eisners Vorstellungen für eine künftige Regierung

München-Kreuzviertel * Das Kabinett-Eisner beschließt, dass die Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellt, sich aber bereit erklärt, die Geschäfte fortzuführen bis zur Wahl einer neuen Regierung. Für Kurt Eisner gibt es nur zwei Optionen: Eine sozialistische Regierung unter



Zuziehung des Bauernbundes, die auf eine starke Minderheit gestützt ist, oder die gemeinsame Opposition der beiden sozialistischen Parteien gegen ein rein bürgerliches Kabinett. Er ist schon deshalb gegen eine Koalition mit der klerikalen Bayerischen Volkspartei - BVP, weil sozialistische Kulturpolitik nur gegen diese Partei zu machen sei. Den gleichen Standpunkt vertritt er in Bezug auf die Regierungsbildung in der Nationalversammlung des Reiches. Er findet für seine politische Auffassung aber nur wenig Zustimmung. In Bayern will er seine Opposition auf die kraftvolle Mitarbeit der Arbeiterräte stützen, deren weitere Wirksamkeit durch die Verfassung gesichert werden soll.

20. Februar 1919 – Die Räte als Träger einer Zweiten Revolution

München * Kurt Eisner spricht in seiner Schlussansprache des Rätekongresses hoffnungsvoll von den Räten als Träger einer Zweiten Revolution: „Sie wird kein Plündern, kein Straßenkampf sein, sie ist die Sammlung der Massen in Stadt und Land, die ausführt, was die erste Revolution begonnen hat. [...] Das bayerische Volk hat sich den Landtag zusammengewählt, wie er nun einmal da ist. Es haben ja auch Kretinenanstalten dazu mitgewirkt! Die Mehrheit, die Bürgerlichen sollen nun bürgerliche Politik treiben. Wir werden sehen, ob sie regierungsfähig sind. Inzwischen sollen die Räte ihr Werk tun, die neue Demokratie aufzubauen.“

21. Februar 1919 – Ein Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners

München * In der Bevölkerung tritt ein jäher Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners ein. Eisner, der noch wenige Tage vor seiner Ermordung bespöttelt und als politisch gescheitert betrachtet wurde, ist nun auf einmal der „Märtyrer der Revolution“. Die erstaunliche Sympathie und Popularität, die der tote Ministerpräsident trotz aller vorausgegangenen Auseinandersetzungen um seine Person und seine Politik genießt, gründet vor allem darauf, dass man seine Ermordung als reaktionäres Komplott aufgefasst. Dem Toten wird in diesen Tagen als „Integrationsfigur des Proletariats“ eine fast kultische Verehrung entgegengebracht. Tausende von Münchnern besuchen den Schauplatz des Mordes. Noch an seinem Todestag wird an der Stelle, an der Kurt Eisner tödlich zusammengebrochen ist, ein Totenmal errichtet, in dessen Zentrum ein überlebensgroßes, von einem Trauerkranz gerahmtes und auf einer Gewehrpyramide befestigtes Fotoporträt Kurt Eisners imaginäre Gegenwart symbolisiert. Dieser provisorische Epitaph entwickelt sich zu einem von Soldaten bewachten sakralen Bezirk. Die darin niedergelegten Blumengebinde und Kränze verstärken den Eindruck eines grabähnlichen Erinnerungsmals. Es besteht in dieser Form bis zum April. In seinem Roman „Wir sind Gefangene“ beschreibt Oskar Maria Graf auch die Ereignisse in der Nähe des Attentatortes: „Alle



Menschen liefen mit verstörten Gesichtern stadteinwärts. Je weiter ich kam, desto aufgeregter wurde die dumpfe Hast. Vor dem Landtag ballte sich ein schwarzer Menschenknäuel, Soldaten und bewaffnete Zivilisten waren darunter. Ich stürmte weiter [...] an den Mordplatz. Da hatten sich Hunderte schweigend um die mit Sägspänen bedeckten Blutspuren Eisners zu einem Kreis gestaut. Fast niemand sagte ein lautes Wort, Frauen weinten leise und auch Männer. Etliche Soldaten traten in die Mitte und errichteten eine Gewehrpyramide. Viele legten Blumen auf den Platz, immer mehr und mehr.“

21. Februar 1919 – Die Öffentlichkeit reagiert politisch desorientiert

München * Die Öffentlichkeit, die das feige Attentat auf Kurt Eisner verabscheut, reagiert politisch desorientiert. Das wirkt sich in einem Zweifel an der Richtigkeit der Wiedereinführung des Parlamentarismus aus und führt zu einer raschen Wiederbelebung der Tätigkeit der Räte. Oskar Maria Graf beschreibt in „Wir sind Gefangene“ die Situation: „Ich sah Zitternde, ich sah Wutblasse und Blutgierige. Überall wiederholte sich das gleiche Schreien nach Rache. Die Massen kamen ins Treiben, der Strom floss durch die Stadt. Das war anders, ganz anders als am 7. November. Wenn jetzt einer aufgestanden wäre und hätte gerufen: ‚Schlachtet die Bürger! Zündet die Stadt an! Vernichtet alles!‘ es würde geschehen sein. Die tausend kleinen Stürme hatten sich vereinigt, und ein einziger dumpfer, dunkler, ungewisser Losbruch begann. Ich spürte es an mir am genauesten: Noch nie war ich so völlig Massentrieb gewesen wie jetzt, noch nie war ich so eins mit den Tausenden. Auf die Theresienwiese jagten die Züge. Unter der Bavaria redeten viele; Toller trug ein Gedicht vor. Die Frauen wurden ergriffen davon, die Männer schrieten nach Waffen. Dann wurde verkündet, im Zeughaus seien sie. Ein dichter Haufen zog dahin ab, ich lief mit dem Zug wieder in die Stadt. Voran marschierten Matrosen und Soldaten wie zum Sturm. Die roten Fahnen wehten. Die verschlossenen Türen des Deutschen Theaters wurden eingeschlagen, die Scheiben klirrten, es krachte, und alles peitschte in den Saal. ‚Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab in Permanenz!‘ brüllte ein Matrose.“

21. Februar 1919 – Die Nachricht von Eisners Ermordung verbreitet sich in Windeseile

München * Die Nachricht von Eisners Ermordung verbreitet sich in Windeseile. Von überall her strömen die Massen an den Tatort. Aus dem stark angefeindeten USPD-Politiker ist ein „Märtyrer der Revolution“ geworden, dem alle noch einmal huldigen wollen. Die Schriftstellerin Richarda Huch erinnert sich an die Schüsse: „Jedermann verdamnte und beklagte nun die verhängnisvolle Kugel des jungen Arco. Es war gerade, als ob sie nur gefallen, um der stockenden Revolution einen neuen Auftrieb zu geben.“ Dabei wäre mit dem Rücktritt Kurt Eisners und



der Konstituierenden Sitzung des Bayerischen Landtags vermutlich die Revolution in Bayern beendet gewesen. Eine gesetzmäßig gewählte Regierung - angeführt von den Mehrheitssozialisten und Demokraten - hätte ihr Amt übernommen. Da sich die neue Regierung rechtlich und politisch in einer starken Position befand, wäre sie nur unter ganz außergewöhnlich schwierigen Umständen zu stürzen gewesen. Doch mit der verbrecherischen Tat und der politischen Dummheit des Grafen Anton von Arco auf Valley wird die Zweite Revolution eingeleitet.

21. Februar 1919 – Ministerpräsident Kurt Eisner wird von Anron Graf Arco auf Valley ermordet

München-Kreuzviertel * Kurt Eisner verlässt an diesem föhnligen Vorfrühlingstag, kurz vor zehn Uhr, seinen Amtssitz im Montgelas-Palais und begibt sich von dort zum Landtagsgebäude an der Prannerstraße. In seiner Aktentasche befindet sich sein bereits unterschriebenes Schreiben vom Rücktritt als Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Er will dabei jedoch nicht seinen Rückzug aus der Politik signalisieren. Begleitet wird Eisner von seinem Sekretär Felix Fechenbach und dem Leiter des Ministerpräsidentenbüros, Bruno Merkle. Da Eisner in den vergangenen Tagen und Wochen mehrere Morddrohungen erhalten hatte, gehen zwei bewaffnete Ordonnanzen als Leibwächter voraus. Angesichts der drohenden Gefahr schlagen Eisners Begleiter einen Schleichweg zum Landtag vor. Das lehnt Eisner entschieden ab, denn: „Man kann einen Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.“ Kurz nachdem die Gruppe um Eisner in die damalige Promenadenstraße eingebogen ist, pirscht sich Anton Graf von Arco auf Valley an den Ministerpräsidenten heran und schießt ihm aus kürzester Entfernung zweimal in den Hinterkopf. Im Nacken und unter dem rechten Ohr getroffen bricht Kurt Eisner sofort tot zusammen.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten,



trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flüchen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...].“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich



mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen



zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen könnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

21. Februar 1919 – Josef Hofmiller: Kurt Eisner war Opfer der eigenen Politik

München-Haidhausen * Josef Hofmiller, nationalkonservativ gesinnter Gymnasiallehrer und Verfasser von Essays und Literaturkritiken, dazu Herausgeber der reaktionären Zeitschrift Süddeutsche Monatshefte, betrachtet Kurt Eisner in seinem Revolutionstagebuch als Opfer der eigenen Politik: „Eisner forderte durch sein ganzes Verhalten zu seiner gewaltsamen Entfernung heraus. Er erklärte bei jeder Gelegenheit, dass es ihm nicht einfalle, als Ministerpräsident zu gehen. Er hätte sicher noch die schwerste Opposition gemacht. Es war nicht möglich, mit ihm zu regieren; es wäre vermutlich nicht möglich gewesen, ohne ihn zu regieren, da er einen zwar kleinen, aber zu allem entschlossenen Anhang hinter sich hatte. Unzweckmäßig scheint mir, dass man ihn nicht früher beseitigte, und zwar auf vollkommen harmlose Weise. Der gegebene Augenblick wäre gewesen, als er von der Schweiz zurückkehrte. [...] Man hätte ihn z. B. zwischen Füßen und Murnau in irgendeine Jagdhütte des Ammergebirges bringen können, von ihm Verzicht auf sein Amt verlangen, ihn sodann über die Grenze schaffen, ihm seine Papiere usw. abnehmen. Inzwischen wären acht bis vierzehn Tage vergangen, der Landtag wäre eröffnet worden, und der Unruhestifter wäre ohne Blutvergießen erledigt gewesen. So wird sein gewaltsamer Tod einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Aber wäre dieser Bürgerkrieg nicht sowieso gekommen? Die Auseinandersetzung mit den Räten ist unvermeidlich. Es fragt sich jetzt nur, wer die Macht hat. Wer sie am Schluss haben wird, ist mir nicht zweifelhaft. Aber einstweilen kann es immerhin ein heftiges Durcheinander geben. Ich bedaure, dass wir heute nicht im ‚Union‘ zusammenkommen können, nachdem ich schon vor acht Tagen nicht dort war. [...] Ich habe den Tod Eisners vorausgesehen und vorausgesagt.“

22. Februar 1919 – Bewaffnete Kommunisten besetzen das Leo-Haus



München-Isarvorstadt * Bewaffnete Kommunisten besetzen am Vormittag die Hauptstelle der Katholisch-sozialen Vereine und die dazugehörige Druckerei im Leo-Haus an der Pestalozzistraße.

22. Februar 1919 – Gespräche zur Überwindung der Spaltung der Linken

München * Ernst Niekisch strebt die Wiederannäherung von USPD und SPD an, weshalb drei Mitglieder des Zentralrats - Niekisch, Sauber und Gandorfer - versuchen, durch Gespräche mit Delegierten der Münchner Ortsgruppen von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften die Spaltung der Linken zu überwinden und eine sozialistische Einheitsfront zu begründen. Die sechs Verhandlungsführer bezeichnen sich als „Kommission zur Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Parteien“. Sie erarbeiteten eine Vereinbarung als Grundlage für Verhandlungen unter den von ihnen vertretenen Interessengruppen. In der Präambel wird jeder politische Mord verurteilt, „gleich, von welcher Seite er verübt wird“, und ein Programm sozialistischer Einheit aufgestellt, das die Sicherung der Erfolge der Revolution gewährleisten und einen Bruder- und Bürgerkrieg vermeiden soll. Artikel 1 sieht vor, dass die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in der Bayerischen Verfassung anerkannt und verankert werden. Rätemitglieder sollen in Ausübung ihres Amtes Immunität genießen. Außerdem sollen sie den Ministerien beratend zur Seite stehen. Nach Artikel 2 sollen die im Amt verbliebenen Minister ihre Stellung behalten und mit anderen Parteigenossen ein sozialistisches Ministerium bilden, dem ein Mitglied des Bayerischen Bauernbundes als Landwirtschaftsminister beitreten soll. Artikel 3 lautet: „Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.“ Gemäß Artikel 4 soll das stehende Heer sofort aufgelöst und durch eine republikanische Schutzwehr, die aus Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der organisierten Landarbeiterschaft besteht, ersetzt werden. Nach Artikel 5 wird die Freiheit der Presse grundsätzlich wiederhergestellt, doch werden gleichzeitig - „bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse“ - erhebliche Einschränkungen der Pressefreiheit gefordert. Wie vorauszusehen war, geben die SPD-Führung und die Freien Gewerkschaften der Vereinbarung unverzüglich ihre Zustimmung. Anders die Münchner Räte. Sie zeigten sich über die hinter ihrem Rücken stattfindenden Gespräche empört. Eine zur Beratung des Programms einberufene Versammlung löste sich wegen des dritten Artikels in einem Tumult auf. Die Münchner Räte drohen unverhohlen, dass sie einem Zentralrat, der bereit ist, den Landtag anzuerkennen, die Bestätigung verweigern will. Damit besteht die geforderte und so hoch gelobte Einheitsfront nur noch auf dem Papier. Ernst Niekisch ist jetzt zwar quasi Regierungschef in Bayern. Doch den im Umbruch befindlichen Staat zu lenken, ist alles andere als einfach. Als zentrale Frage bleibt: Welches Regierungssystem - Parlamentarismus oder Räterepublik - soll künftig in Bayern



herrschen?

23. Februar 1919 – Tausende kondolieren Kurt Eisner am Ostfriedhof

München-Obergiesing * Der Leichnam von Kurt Eisner ist im Leichenschauhaus im Ostfriedhof aufgebahrt. Tausende Münchner kondolieren dem Verstorbenen.

24. Februar 1919 – Der Studentenausschuss verabscheut die politischen Morde

München * Der Studentenausschuss spricht „seine Entrüstung und den tiefsten Abscheu über die politischen Morde“ aus.

27. Februar 1919 – Versammlungen und Ansammlungen jeder Art verboten

München * Zum Schutze der Räterepublik wird verfügt, dass Versammlungen und Ansammlungen jeder Art verboten sind. Ab 19 Uhr müssen alle Nichtdiensttuenden und Zivilisten die Straßen verlassen haben. Die vom Stadtkommandanten Oskar Dürr und vom Polizeipräsidenten Josef Staimer unterzeichnete Anordnung wird in der Bayerischen Staatszeitung veröffentlicht.

28. Februar 1919 – Verhaftungen aus dem Sitzungssaal heraus

München-Kreuzviertel * Noch vor der Abstimmung werden die Delegierten Max Levien, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Franz Michael Cronauer und Wilhelm Reichart von der SPD-nahen und von Innenminister Erhard Auer errichteten Republikanischen Schutztruppe aus dem Sitzungssaal heraus verhaftet. Ernst Niekisch versucht verzweifelt Herr der Lage zu bleiben und erreicht, dass die Verhafteten wenige Minuten später wieder freigelassen werden. Die Verantwortung für die unübersichtliche Situation übernimmt schließlich der Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer.

28. Februar 1919 – Ein umfangreicher Kompromissantrag wird beraten

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag beraten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-,



Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude an der Prannerstraße einen Kompromissantrag. Darin wird festgelegt, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte den Provisorischen Nationalrat darstellt. In den nächsten Tagen sollen 250 Delegierte gewählt werden, die diesem Provisorischen Nationalrat künftig angehören. Im Anschluss daran soll ein Aktionsausschuss gewählt werden, der sich aus je sieben Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, je drei Vertretern von SPD, USPD, Revolutionärem Arbeiterrat und Bayerischem Bauernbund - BBB zusammensetzt. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom Provisorischen Nationalrat abgesetzt werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Zentralrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind. Außerdem soll in absehbarer Zeit das Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Das Staatsgrundgesetz soll zuvor aber noch in einigen Punkten abgeändert werden, in dem die Räte das Recht zur Gesetzesinitiative und ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse festgeschrieben erhalten. Bei Streitigkeiten hat das Volk das letzte Wort und entscheidet per Volksentscheid. Hans Unterleitner wirbt mit großem Engagement für den Kompromiss: „Die zweite Revolution ist eine Tatsache. Nun handelt es sich darum, sich klar zu sein, was die zweite Revolution will. [...] Wir haben die politische Macht erobert und lassen sie uns nicht mehr nehmen“. In seinen Ausführungen stellt er fest, dass die Beratungen mit den Bauernvertretern gezeigt haben, dass die Bauern einer Räterepublik jegliche Unterstützung verweigern. Ohne die Bauern kann jedoch so ein Experiment unmöglich funktionieren: „Wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, in Deutschland und in Bayern liegen eben die Verhältnisse anders wie in Russland“.

28. Februar 1919 – Die Sperrstunde wird auf 22 Uhr festgesetzt

München * In Theatern, Kinos und Konzertsälen dürfen wieder Veranstaltungen durchgeführt werden. Die Sperrstunde wird auf 22 Uhr festgesetzt. Ab 23 Uhr werden die Straßen vom Militär geräumt.

28. Februar 1919 – Alle Schusswaffen bis zum 3. März abgegeben werden

München * Laut einer Anordnung der Polizeidirektion müssen alle Schusswaffen bis zum 3. März abgegeben werden.

1. März 1919 – Eine von Martin Segitz (SPD) geführte Regierung wird gebildet



München-Kreuzviertel * Nachdem am Tag zuvor beschlossen worden ist, dass die Einberufung des Landtags auf unbestimmte Zeit verschoben wird, bestimmt der Rätekongress am Nachmittag des 1. März die neuen Minister. Der gemäßigte (!) Mehrheitssozialdemokrat Martin Segitz wird Ministerpräsident und leitet zudem noch das Außen- und Innenministerium, Ernst Niekisch [SPD] ist zuständig für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] für Justiz, Richard Scheid [SPD] für militärische Angelegenheiten, Joseph Simon [USPD] für Handel, Gewerbe und Industrie, Edgar Jaffé [USPD] für Finanzen, Hans Unterleitner [USPD] für soziale Angelegenheiten und Theodor Dirr [BBB] für Land- und Forstwirtschaft. Der parteilose Heinrich von Frauendorfer übernimmt das Verkehrsministerium. Nun müssen nur noch die betroffenen politischen Parteien ihren Mitgliedern die Annahme des Ministeramtes gestatten.

1. März 1919 – Thomas Mann notiert über die Räterepublik

München * Thomas Mann notiert in sein Tagebuch: „Die politische Lage scheint einigermaßen entspannt. Ein Kompromiss, gegen das Geschrei der Kommunisten, ist geschlossen, die Räte-Republik abgelehnt.“

2. März 1919 – Außerordentlicher Parteitag der USPD in Berlin

Berlin * Die USPD trifft sich in Berlin zu einem außerordentlichen Parteitag. Er dauert bis zum 6. März. Hugo Haase, der Parteivorsitzende der USPD, spricht der SPD den Willen ab, eine antikapitalistische Politik betreiben zu können und zu wollen.

3. März 1919 – Die Frist zur Abgabe aller Schusswaffen endet

München * Die polizeilich vorgegebene Frist zur Abgabe aller Schusswaffen endet an diesem Tag.

3. März 1919 – Den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand ausgeweitet

Berlin * Enttäuscht über die politische Entwicklung der Revolution von 1918/19, weiten Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD einen Generalstreik zu einem bewaffneten Aufstand aus. Ihre Ziele sind dieselben wie beim Spartakusaufstand im Januar 1919: Sturz der Reichsregierung, Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte und Errichtung einer



Räterepublik nach sowjetrussischem Vorbild. Zentrum der bürgerkriegsartigen Kämpfe ist die Innenstadt mit dem Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz sowie Lichtenberg.

3. März 1919 – Thomas Manns Sympathie für die Räterepublik

München * Die Tagebuchnotiz von Thomas Mann lautet für den heutigen Tag: „Für die ‚Räte‘, sofern sie sich die Mühsam vom Leibe halten, bin ich im Grunde auch. Den bloßen Parlamentarismus kann ich nicht wollen. Es kommt ja gerade darauf an, ‚etwas Neues in politics zu erfinden‘ und zwar etwas Deutsches.“

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrussland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.

3. März 1919 – In Berlin werden Polizeireviere gestürmt

Berlin * In Berlin werden Polizeireviere gestürmt und über 1.000 Gewehre und Maschinengewehre erbeutet. Fünf Polizeibeamte kommen ums Leben.

4. März 1919 – Die SPD verurteilt die Gewalt der Straße und die Streiks

Berlin * Die Führung der Sozialdemokraten verurteilt die Gewalt der Straße und die Streiks. Damit nimmt sie die selbe Haltung wie die politisch Rechte ein.

5. März 1919 – Der erste politische Aschermittwoch



Vilshofen * Der Bayerische Bauernbund - BBB lädt Mittags zu einer Volksversammlung, dem ersten Politischen Aschermittwoch, ein, nachdem am Vormittag eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten worden war. Der Bayerische Bauernbund ist im Bayerischen Landtag mit Abgeordneten vertreten. In der anstehenden Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und dem Zentralrat der Republik Bayern hat sich der BBB für die Verwirklichung eines Rätessystems ausgesprochen. Als Redner treten auf: Der Landtagsabgeordnete Joseph Klarhauser und der Delegierte des Arbeiter- und Bauernrats Leitner.

5. März 1919 – Die Schlacht am Alexanderplatz beginnt

Berlin * Am Nachmittag beginnt die Schlacht am Alexanderplatz. Sie dauert bis zum 6. März. Es geht bei diesem Feuergefecht um das Polizeipräsidium. Über die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung gibt es verschiedene, vollkommen unterschiedliche Aussagen. Tatsache ist, dass drei bewaffnete Truppen in der Nähe des Polizeipräsidiams am Alexanderplatz aufeinander treffen: die Regierungstruppen unter General Walther von Lüttwitz, die Republikanische Sicherheitswehr und die übrig gebliebenen Reste der Volksmarinedivision. Die Schuld für den Ausbruch der Kämpfe wird in den Zeitungen - je nach politischer Couleur - der jeweils anderen Seite zugewiesen. Die Schlacht endet, nachdem die regierungsnahen Truppen die Kontrolle über das Polizeipräsidium und dessen Umgebung übernehmen können. Dennoch müssen ein Toter und fünf Schwerverwundete hingenommen werden.

8. März 1919 – Wo die Bestialität anfängt, hört die Solidarität auf!

Berlin * Das SPD-Organ Vorwärts schreibt: „Wo die Bestialität anfängt, hört die Solidarität auf!“. Die Zeitungsredakteure sprechen dem politischen Gegner jede Menschlichkeit ab und liegen damit voll auf der Linie der Konservativen.

9. März 1919 – Ein angeblicher Massenmord der Spartakisten

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro meldet einen „gemeinen Massen- und Meuchelmord“ an sechzig Polizeibeamten und einigen Dutzend Regierungssoldaten, die von Spartakisten „wie Tiere abgeschlachtet“ worden sind. Der Mord an den „wehrlosen Gefangenen“ wird sofort und ungeprüft von den seriösen bürgerlichen Zeitungen übernommen. Der sogenannte „Lichtenberger Gefangenenmord“ ist sofort in aller Munde.



11. März 1919 – Hinweise für die Räte

München - Freistaat Bayern * Der Zentralrat gibt ein Schreiben an die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte heraus, in dem diese aufgefordert werden, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Lebensmitteln nur mit Hinzuziehung der Polizeibehörden durchzuführen. Beamtenabsetzungen durch örtliche Räte sind nicht erlaubt. Es müsse erst ein Antrag auf Entlassung an den Zentralrat gerichtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass „Missgriffe der Räte [...] die schlimmsten Feinde des Rätegedankens“ sind.

11. März 1919 – Abkehr von bürgerlicher Demokratie und Parlamentarismus

München * Die Münchner USPD beschließt auf ihrer Generalversammlung eine politische Kundgebung. In dieser erklärt sie die Abkehr von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Parlamentarismus. Sie sieht nur in den „aus der Revolution elementar erwachsenen Räten die Organisationsform, die notwendig ist, die Interessen aller produktiv Schaffenden in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu vertreten und die kapitalistische Ordnung in eine sozialistische umzugestalten“. Erforderlich dazu ist „die Eroberung der politischen Macht durch die Räte“.

16. März 1919 – Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt

München-Maxvorstadt * Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt. Der Schriftsteller Heinrich Mann und Minister Hans Unterleitner halten die Gedenkrede. Heinrich Mann sagt: „Der verewigte Kurt Eisner wird beispielhaft in unserer Mitte weilen, seinen Tod überdauernd gewiss durch seine Taten, aber noch mehr durch das, was er war. Wir danken ihm nicht einfach den Sturz eines verworfenen Regiments, sondern dass dieses Regiment, das selbst in seinen weniger schändlichen Zeiten nichts anderes gewesen war als geistlose Gewalt, unvermittelt und in sinnbildlicher Art abgelöst wurde von der Menschenart, die Geist will und Geist schafft“. Dann folgen die berühmten Worte des Schriftstellers: „Die hundert Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernunft, mehr Bewegung der Geister gebracht, als die fünfzig Jahre vorher. Sein Glaube an die Kraft des Gedankens, sich in Wirklichkeit zu verwandeln, ergriff selbst Ungläubige. In jeder Handlung sah er neben ihrer praktischen Wirkung ihr geistiges Gepräge. Achtstundentag, Demokratisierung des Heeres, eine befreite Schule, die wirtschaftliche Erfüllung der politischen Revolution: durch solche Taten dachte er, gleichwie in seinen Reden, die bis dahin verfemten Wahrheiten zu bezeugen. [...] In Bern, auf der Sozialistentagung, hatte, solange er sprach, Deutschland keinen Feind mehr. [...] Er ging aus einer Zeit des Wahnsinns



und Verfalles mit ungebrochener Vernunft hervor. Er liebte die Menschen, traute ihnen die Kraft zur Wahrhaftigkeit zu und erwartete daher noch so viel von ihnen, dass er sich hütete, alles auf einmal zu verlangen. [...] Der erste wahrhaft geistige Mensch an der Spitze eines deutschen Staates erschien jenen, die über die zusammengebrochene Macht nicht hinwegkamen, als Fremdling und als schlecht. Dass er am Quell der Macht doch lauter blieb, widerstrebte ihren Begriffen. Seine Güte, die um keinen Preis, nicht einmal um den seines eigenen Lebens, Blut vergießen wollte, ihnen war sie Schwäche. [...] Bewahren wir sein unversehrtes Bild! Solange er da war, hatte die Revolution einen Sammelpunkt, in dem sie einig und ihrer frohen Zukunft gewiss war.“

18. März 1919 – Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben

München-Kreuzviertel * Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben: Ministerpräsident Johannes Hoffmann [SPD] übernimmt das Ministerium des Äußeren sowie das Ministerium für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] wird Justizminister, Martin Segitz [SPD] übernimmt das Ministerium des Inneren, Staatsrat von Merkel übernimmt in Vertretung das Finanzministerium, Heinrich Ritter von Frauendorfer [Parteilos] leitet das Verkehrsministerium, Hans Unterleitner [USPD] steht an der Spitze des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Josef Simon [USPD] übernimmt das Ministerium für Handel und Gewerbe, Martin Steiner [Bayerischer Bauernbund] führt das Landwirtschaftsministerium und Ernst Schnepfenhorst [SPD] wird Minister für militärische Angelegenheiten. Dem neuen Ministerrat werden besondere Vollmachten übertragen. Nach der Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten vertagt sich der Landtag wieder. Ministerpräsident Johannes Hoffmann stellt in seiner Regierungserklärung fest, dass für ihn nur ein uneingeschränkter Parlamentarismus als Regierungsform in Frage kommt. Die Soldatenräte werden bald verschwinden, die Arbeiterräte zu Arbeiterkammern umgewandelt werden. Den Räten sollen allenfalls wirtschaftliche, keinesfalls aber politische Bedeutung zukommen. Hoffmann erteilt jeglichen bayerischen Partikularismus-Gedanken eine klare Absage: Denn: Bayern steht fest zum Reich. Die Koalitionsregierung wird schon deshalb von Anfang an von der revolutionären Arbeiterschaft abgelehnt und kann auch im weiteren Verlauf kein Vertrauen gewinnen, weil sie sich gegen Zugeständnisse in der Rätefrage sperrt und von ihr auch keine ernsthafte Sozialisierungspolitik zu erwarten ist.

22. März 1919 – Thomas Manns Sympathie für Spartakismus und Kommunismus



München * Der Schriftsteller Thomas Mann vertraut seinem Tagebuch an: „Fortschritte des Bolschewismus in Italien und Ungarn, deutlich als Folge der gottverlassenen Entente politik. Wiederholte deutsche Versicherungen, daß man einen unmöglichen Frieden nicht unterzeichnen werde. [...] Meine Teilnahme wächst für das, was am Spartacismus, Kommunismus, Bolschewismus gesund, menschlich, national, anti-ententistisch, anti-politisch ist. Das Gerücht über meinen ‚Anschluß an die U.S.P.‘ ist nicht sinnlos“.

23. März 1919 – Einführung der Betriebsräte auf SPD-Konferenz beschlossen

Weimar * Die SPD-Parteikonferenz beschließt die Einführung der Betriebsräte: „Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlass wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlass solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen.“

24. März 1919 – Witten: Elf Tote bei Zusammenstößen von Demonstranten und Polizei

Witten * Im rheinisch-westfälischen Witten kommt es am 24. und 25. März zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei. Das Ergebnis sind elf Tote und viele Verwundete. Die Unruhen lösen eine neue große Streikwelle in der Region aus.

25. März 1919 – Die Idee der Sozialistischen Räterepublik wieder populär

München * Unter der großstädtischen Arbeiterschaft wird die Idee der Sozialistischen Räterepublik wieder enorm populär. Man sieht in ihr das Allheilmittel gegen die unerträglich scheinenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten.



30. März 1919 – Essen: Unbefristeten Generalstreik beschlossen

Essen * Die Schachtdelegiertenkonferenz beschließt in Essen einen unbefristeten Generalstreik. Die Forderungen sind ebenfalls politisch motiviert. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht und die Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und ganz Deutschland.

3. April 1919 – Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern

München - Berlin * Ministerpräsident Johannes Hoffmann fährt mit dem Nachtzug nach Berlin, um Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern einzuholen.

Reichskanzler Philipp Scheidemann weist Hoffmann an, in der Rätefrage keine Kompromisse zu dulden. Falls es die Zustände in München nicht erlauben, solle er den Landtag in eine ruhigere Stadt in Nordbayern verlegen. Reichswehrminister Gustav Noske bietet Hoffmann die militärische Hilfe der Reichswehr an, verlangt aber im Gegenzug den Verzicht Bayerns auf seine militärischen Sonderrechte und die bedingungslose Anerkennung des neuen Reichswehrgesetzes. Johannes Hoffmann lehnt ab. Er will selbst für Ordnung sorgen durch die Gründung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr. Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zeitpunkt noch die Souveränität und ist damit noch im Besitz der Reservatrechte über das Militär, die Post und die Bahn.

3. April 1919 – Den Gesichtsverlust mit übertriebenen Aktivismus besiegen

München * Da es Ministerpräsident Johannes Hoffmann am 27. März nicht gelungen ist, die Berufung des Wirtschaftssozialisten Otto Neuraths zum Leiter des Zentralwirtschaftsamtes zu verhindern, hat er einen herben Gesichtsverlust erlitten. Diesen versucht er jetzt durch übertriebenen Aktivismus in anderen politischen Bereichen wettzumachen.

3. April 1919 – Johannes Hoffmann beruft den Landtag für den 8. April ein

München * Am Abend gibt Ministerpräsident Johannes Hoffmann völlig überraschend bekannt, dass der Landtag - entgegen bestehender Absprachen - am kommenden Dienstag, dem 8. April, wieder eine Sitzung abhalten würde. Die angekündigte Einberufung des Parlaments ist eine politische Machtdemonstration Hoffmanns. Anschließend reist das bayerische



Regierungsoberhaupt nach Berlin. Unterstützt wird der SPD-Ministerpräsident von den bürgerlichen Parteien, die im Landtag das einzige Instrument sehen, politisch doch noch in Erscheinung zu treten.

4. April 1919 – Beratungen zur Ausrufung einer Räterepublik

München-Kreuzviertel * Im Außenministerium im Palais Montgelas treffen sich etwa dreißig Personen, darunter Minister der Regierung Hoffmann, Stadtkommandant Oskar Dürr und Polizeipräsident Joseph Staimer, Gewerkschafter, Vertreter des Zentralrats und weitere. Es geht um die Frage der Ausrufung einer Räterepublik. Doch die Versammlung unter der Leitung von Ernst Niekisch trennte sich ohne gefasste Beschlüsse.

4. April 1919 – Thomas Mann und die Proletariatskultur

München * Der Schriftsteller Thomas Mann schreibt in sein Tagebuch: „In Augsburg Generalstreik und Forderung der Räterepublik sowie des Anschlusses an Russland und Ungarn. Hätte außenpolitisch gewiß nichts dagegen. Aber die Proletariatskultur!“

6. April 1919 – Der Nürnberger SPD-Parteitag spricht sich gegen die Räterepublik aus

Nürnberg - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann ist zum Landesparteitag der SPD nach Nürnberg gereist, um dort die Genossen gegen die Räterepublik zu mobilisieren. Die Reichs-SPD hat Otto Wels geschickt, um die bayerischen Genossen auf Kurs zu halten. Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, zählt die Gründe auf, die aus seiner Sicht unumgänglich für die Einführung der Räterepublik sind. Ministerpräsident Hoffmann verurteilt die Räterepublik aufs schärfste und sagt den Kommunisten und den Anarchisten den Kampf an. Durch seine Rücktrittsdrohung bringt er eine klare Mehrheit von 47 gegen 3 Stimmen - „aus politischen und wirtschaftlichen Gründen“ - gegen eine bayerische Räterepublik aus.

7. April 1919 – Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert reibungslos

München - Freistaat Bayern * Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert in den Behörden reibungslos, die Besetzung und Übernahme



der Zeitungsverlage geht überwiegend friedlich und widerstandslos vorstatten, Polizei und Militär verhalten sich ruhig und bekennen sich zur Räterepublik, KPD und SPD bleiben bei ihrer abwartenden Haltung und stellen sich den Ereignissen nicht entgegen.

7. April 1919 – Die neue Räteregierung wird gebildet

München * In der Räteregierung, also dem Rat der Volksbeauftragten, haben die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam führende Funktionen. Ihre geringe politische Erfahrung betrachten sie nicht als Mangel, da sie den herrschenden Konventionen der Politik ja sowieso ablehnend gegenüberstehen. Deshalb wird die Erste Räterepublik häufig auch abschätzend als Literatenrepublik bezeichnet. Das oberste Gremium der Räterepublik ist der Revolutionäre Zentralrat. Er ist den Volksbeauftragten übergeordnet. Der Rat der Volksbeauftragten wird jedoch nie zusammentreten. Oberster Repräsentant der Bayerischen Räterepublik ist zunächst Ernst Niekisch, der aber bereits nach einem Tag den Vorsitz des Revolutionären Zentralrats niederlegt. Ernst Toller wird ab dem 9. April sein Nachfolger. Toller zählt zum linken Flügel der USPD und ist deren Vorsitzender in München. Das Amt des Volksbeauftragten für Finanzen übernimmt Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Volksaufklärung wird der Anarchist Gustav Landauer. Volksbeauftragter für Äußeres wird Dr. Franz Lipp [USPD], Volksbeauftragter für Inneres wird Fritz Soldmann [USPD], Volksbeauftragter für Volkswohlfahrt, das ehemalige Ministerium für Soziale Fürsorge, wird August Hagemeyer [USPD], Volksbeauftragter für Justiz wird Konrad Kübler [BBB], Volksbeauftragter für Verkehr wird Gustav Paulukum [USPD], Volksbeauftragter für Land- und Forstwirtschaft wird der bisherige Minister Josef Steiner [BBB], Volksbeauftragter für Volkswirtschaft wird Edgar Jaffé [USPD], Volksbeauftragter für Militär wird Otto Killer [USPD]. Kommissar für das Ernährungswesen wird Johann Wutzlhofer [BBB] und Kommissar für das Wohnungswesen wird Dr. Arnold Wadler. Max Levien wird von von Erich Mühsam für das Amt als Volksbeauftragter für Militär vorgeschlagen, doch dieser sagt ab, da die KPD die Mitarbeit in der Räterepublik ablehnt. Damit wird weder die SPD noch die KPD bei der Ämterverteilung der Volksbeauftragten berücksichtigt. Mit der Ausrufung der Räterepublik wird der alte Zentralrat für „erledigt“ erklärt. Gustav Landauer teilt mit: „Der alte Zentralrat existiert nicht mehr“. Auch der Aktionsausschuss existiert nicht mehr, was allerdings nirgends offiziell erwähnt wird. Der Bayerische Landtag wird als „unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters“ für aufgelöst erklärt und die sofortige Gründung einer Roten Armee angekündigt.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung



München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Teile des Bürgertums sind für eine Räterepublik

München * Ein Teil des Bürgertums ist über die Friedensbedingungen der Alliierten so enttäuscht, dass sie nichts gegen die Installierung einer Räterepublik einzuwenden haben. Sie glauben, dass die sozialistischen Politiker das Land so schnell in den Ruin treiben würden, dass die Siegermächte keine Reparationsleistungen mehr aus Deutschland herausholen könnten.

7. April 1919 – Brüderliche Grüße nach Moskau

München * Der Volksbeauftragte für Äußeres, Dr. Franz Lipp, ein Stuttgarter Schriftsteller und Journalist, informiert die Regierungen von der Gründung der Räterepublik Bayern und übermittelt „brüderliche Grüße“ nach Moskau. Die lesenswerte Depesche lautet: „Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammen geschlossen, mit Bauernbund einig. Klerikal uns wohlgesinnt. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaftet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, der aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns von Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen, dabei triefen die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut. Wir erhalten Kohle und wir erhalten Lebensmittel in reichlichen Mengen aus der Schweiz und aus Italien. Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant: Ewigen Frieden 1795 Thesen 2 bis 5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges.“

9. April 1919 – Gemäßigte Linke wollen kommunistische Führer der Räterepublik verhaften



München * Führende Männer der gemäßigten politischen Linken planen, die kommunistischen Führer der Räterepublik und die Ausländer und Juden zu verhaften. Zusammen mit Carl Gandorfer, dem Polizeipräsidenten, Josef Staimer und Stadtkommandant Oskar Dürr will der Volksbeauftragte der Justiz, Konrad Kübler, gegen die Kommunisten gewaltsam vorgehen.

9. April 1919 – Erich Mühsam übernimmt kein Amt für die Räterepublik

München * Erich Mühsam teilt in einem öffentlichen Aufruf mit, dass er so lange kein öffentliches Amt für die Räterepublik übernehmen wird, bis die Einigung der Arbeiterschaft, symbolisiert durch die Mitarbeit der Kommunisten, Wirklichkeit geworden ist.

9. April 1919 – Betriebsobleute und Soldaten fordern die Abdankung des Zentralrats

München * Die KPD ruft eine Versammlung der Revolutionären Obleute in den Münchner-Kindl-Keller ein, den Rat Revolutionärer Betriebsobleute und Revolutionärer Soldatenvertreter. Eugen Leviné erklärt die Versammlung zum Träger der politischen Gewalt und den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt. Ein neuer, aus zwanzig Personen bestehender provisorischer Zentralrat wird gewählt. Um 23 Uhr wird ein Generalstreik ausgerufen und zur Entwaffnung der Polizei aufgerufen. Eine Abordnung wird mit der Aufforderung zum Rücktritt zum Revolutionären Zentralrat gesandt. Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer, die an der Versammlung teilnehmen, werden in Gewahrsam genommen.

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in



die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

10. April 1919 – Die Vossische Zeitung zum Verzicht der systemlosen Papiergeldwirtschaft

Berlin - München * Auf Silvio Gesells Vorschlag gegenüber dem Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, titelt die auf die Auflage schielende Vossische Zeitung in Berlin: „Abschaffung des Bargeldes in Bayern“. Darin heißt es: „Gesell, der mit einem Kern gesunder währungspolitischer Kritik utopische Ideen der Lösung aller Fragen durch seine sogenannte absolute Währung verband, wurde in Fachkreisen nicht ganz ernst genommen. Sein Auftauchen in der Münchener Räteregierung rief einiges Lächeln hervor, und das neueste Telegramm dürfte auch kaum den Reichsbankdirektorium Anlass zu sehr schwierigen Beratungen geben.“

10. April 1919 – Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten

München * Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten. Er erklärt zu der am Vorabend vom Rat der Revolutionären Betriebsobleute und vom Rat der Revolutionären Soldatenvertreter beschlossenen sofortigen Abdankung des Zentralrats und seiner eigenen Einsetzung als Träger der gesamten Gewalt, dass die Kommunisten aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen nicht in der Lage sind, die Herrschaft anzutreten und auf Dauer zu behaupten und der Bauernrat einer kommunistischen Räterepublik jede Unterstützung verweigern würde.

11. April 1919 – Gustav Landauer führt Sozialreformen im Bildungsbereich durch

München * Gustav Landauer, der Volksbeauftragte für Volksaufklärung, führt in der kurzen Zeit der (sozialistischen) Räterepublik Baiern einige Sozialreformen im Bildungsbereich



ein. Nachdem das Erziehungswesen durch die Regierung Eisner auf eine staatliche Grundlage gestellt worden war, führt Landauer folgende Neuerungen ein: Die Einheitsschule für alle Schüler vom 7. bis zum 13. Lebensjahr, die Handwerksschulen für die praktische Ausbildung, die Mittelschulen für die weiterführende geistige Ausbildung. Die Abschaffung der Prügelstrafe, die Aufhebung des Zölibats für Lehrerinnen und die Wahl von Schulräten, in die Lehrer, Eltern und Schüler gewählt werden. Die Kirche spielt in diesem Erziehungskonzept keine Rolle mehr. Ein neues Hochschulprogramm für die zweitgrößte deutsche Universität in München wird entwickelt. Der Lehrkörper und die Studenten sollen auf rechtsextremistische Aktivitäten überprüft werden.

11. April 1919 – Das Revolutionstribunal nimmt seine Tätigkeit auf

München-Maxvorstadt * Zwischen 10. und 12. April tritt das aus mehreren Gerichten bestehende Revolutionstribunal im Justizpalast zusammen und nimmt seine Tätigkeit auf. Es soll sowohl politische Straftäter als auch gewöhnliche Verbrecher ihrer Bestrafung zuführen.

11. April 1919 – Entwaffnung der Bourgeoisie angeordnet

München * Um 19 Uhr ordnet der Revolutionäre Zentralrat (Ernst Toller) die Entwaffnung der Bourgeoisie an. Die bürgerliche Bevölkerung muss innerhalb von 24 Stunden die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern. Toller veranlasst auch die Entwaffnung der Polizei. Er befürchtet, dass die Beamten, die bereits im Königreich ihren Dienst verrichtet haben, sich bei einer Gegenrevolution auf die Seite der Putschisten stellen werden.

12. April 1919 – Die BVP wehrt sich gegen land- und rassefremde Elemente

München * In einem von der Bayerischen Volkspartei - BVP veröffentlichten Aufruf lehnt sie „jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, [dass] endlich die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat“.

12. April 1919 – Gustav Landauer gibt einen zuversichtlichen Lagebericht ab

München-Maxvorstadt * Auf einer Sitzung des Revolutionären Zentralrats über die politische,



militärische und wirtschaftliche Situation der Räterepublik gibt Gustav Landauer einen zuversichtlichen Bericht über die derzeitige Lage ab.

13. April 1919 – Bewaffnete Soldaten dringen in das Erzbischöfliche Palais ein

München-Kreuzviertel * Fünf mit Handgranaten und Pistolen bewaffnete Soldaten, die sich als Beauftragte der Militärpolizei ausgeben, dringen an diesem Palmsonntag, um 1:30 Uhr, in das Erzbischöfliche Palais ein, um Michael von Faulhaber zu verhaften. Die Soldaten durchsuchen das ganze Gebäude, können den Bischof aber nicht finden, weil sich dieser bereits seit dem 11. April in Freising aufhält.

13. April 1919 – Die Verhaftungskommission des Zentralrats nimmt Geiseln

München * Zwischen 2 und 3 Uhr nimmt die Verhaftungskommission des Zentralrats Geiseln aus der Münchner Bürgerschaft und dem Adel fest. Die Festgenommenen werden in die Polizeidirektion gebracht. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Bahnhofskommandant Emil Aschenbrenner, der aber später von seinem Stellvertreter wieder befreit wird und sich danach umgehend zum Hauptbahnhof begibt.

13. April 1919 – Soldaten und demonstrierende Arbeiterschaft erklären sich solidarisch

München-Theresienwiese * Auf Massenversammlungen am Vormittag auf der Theresienwiese haben sich bereits Teile des 1. und 2. Infanterie-Leibregiments mit der demonstrierenden Arbeiterschaft solidarisch erklärt.

13. April 1919 – Die Zweite oder Kommunistische Räterepublik wird ausgerufen

München-Graggenau * Noch während der Kämpfe am Hauptbahnhof kommen im Hofbräuhaus die Betriebs- und Soldatenräte zusammen. Sie rufen die Zweite Räterepublik oder Kommunistische Räterepublik aus, erklären den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt und übertragen die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem 15-köpfigen Aktionsausschuss. Das Gremium, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten. Dieses wählt einen fünfköpfigen Vollzugsrat, dem unter dem Vorsitz von Eugen Leviné, KPD, Wilhelm Duske und Emil Maenner von der USPD sowie Willi Budich und Max



Levien von der KPD angehören. Stadtkommandant wird der 23-jährige Rudolf Egelhofer. Levinés Schritt widerspricht der Lagebeurteilung der Berliner KPD-Parteizentrale, die seit den Januarereignissen vor politischen Abenteuern warnt. es wird spätere parteiinterne Kontroversen zur Folge haben.

13. April 1919 – Johann Dosch wird neuer Polizeipräsident

München * Johann Dosch, ein steckbrieflich gesuchter Krimineller, wird neuer Polizeipräsident.

14. April 1919 – Polizeipräsident Johann Dosch nimmt Hausdurchsuchungen vor

München * Johann Dosch, der neue Polizeipräsident, nimmt mit acht Mitgliedern der Roten Armee auf eigene Faust Hausdurchsuchungen vor. Er beschlagnahmt dabei Gegenstände im Wert von rund 100.000 Mark.

15. April 1919 – Emil K. Maenner wird Volksbeauftragter für Finanzwesen

München * Emil K. Maenner, ein junger Bankangestellter, wird zum Nachfolger von Silvio Gesell als Volksbeauftragter für das Finanzwesen gedrängt. Ihm wird der Russe Towia Axelrod als politischer Kommissar für das Finanzwesen und als Stellvertreter zur Seite gestellt.

15. April 1919 – Hans Köberl wird Polizeipräsident

München * Der mit 21 Vorstrafen behaftete Hans Köberl, bisher stellvertretender Polizeipräsident, übernimmt von Johann Dosch das Amt des Polizeipräsidenten. Dosch wird nun sein Stellvertreter.

15. April 1919 – Von der Eichstätter Willibaldsburg ins Zuchthaus Ebrach

Eichstätt - Ebrach * Die von der Republikanischen Schutztruppe im Wittelsbacher Palais festgenommenen Personen, darunter der Münchner Arbeiterrat Erich Mühsam, werden von der



Eichstätter Willibaldsburg ins Zuchthaus Ebrach gebracht und dort in Isolierhaft verwahrt.

16. April 1919 – Die Räteregierung lehnt Gustav Landauers Kulturprogramm ab

München * Der Aktionsausschuss der Republik Baiern lehnt Gustav Landauers Kulturprogramm ab, weshalb sich dieser resigniert aus der Politik der kommunistischen Räteregierung zurückzieht.

16. April 1919 – Der Goldvorrat der Reichsbank wird beschlagnahmt

München * Auf Anordnung des Revolutionären Bankrats werden die Safes der Münchner Banken geöffnet. Der Gold- und Papiergeldvorrat der Reichsbank wird beschlagnahmt. Der Volksbeauftragte für das Finanzwesen, Emil K. Maenner, empfindet die Beschlagnahme der Stahlkammern in den Banken als „politischen Diebstahl“.

18. April 1919 – Ernst Niekisch geht zurück nach Augsburg

München - Augsburg * Ernst Niekisch zieht sich aus der Politik in München zurück und verlässt die bayerische Landeshauptstadt in Richtung seiner Heimatstadt Augsburg.

19. April 1919 – Fake News - Die Propaganda der Gegenrevolution

München - Berlin * Nach dem Palmsonntag-Putsch der regierungstreuen Truppen dominiert außerhalb Münchens die Propaganda der Konterrevolution. Der USPD-Politiker Felix Fechenbach liest Berliner Zeitungen und notiert in sein Tagebuch: „Es ist grauenvoll, was alles über München gelogen wird. Der Bahnhof zertrümmert, die Neuhauser Straße in Flammen, Massenmorde, Vermögensbeschlagnahme und die Erklärung der Frauen des Bürgertums zum Gemeineigentum. [...] Wahr ist von all diesen Nachrichten nicht ein Wort.“

19. April 1919 – Arbeiter übernehmen den Sicherheitsdienst

München * Karsamstag und Sechster Tag des Generalstreiks: Die Zivile Sicherheitswache, bestehend aus organisierten Arbeitern, übernehmen den



Sicherheitsdienst anstelle der suspendierten und entwaffneten Polizeiwachleute.

20. April 1919 – Regierungstruppen marschieren in Augsburg ein

Augsburg * Obwohl die Augsburger Räteregierung am 13. April durch die von der Bamberger Regierung verhängte Wirtschaftsblockade aufgegeben hat, marschieren an diesem 20. April Regierungstruppen in aller Frühe in Augsburg ein. Die Augsburger gelten bei den Regierenden als „politisch unzuverlässig“.

21. April 1919 – In Banken dürfen wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden

München * An diesem Ostermontag ordnen Emil K. Maenner, der Volksbeauftragte für Finanzen und Towia Axelrod, der als Politischer Kommissar dem Vollzugsrat angehört und zugleich Stellvertretender Volksbeauftragter für Finanzen ist, an, dass bei den Geldinstituten wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden dürfen.

22. April 1919 – Pfarrer Hans Meiser wird als Geisel verhaftet

München-Maxvorstadt * Am frühen Morgen wird Pfarrer Hans Meiser, der spätere Landesbischof der evangelischen Kirche, mit zwölf weiteren Personen als Geisel verhaftet und zunächst in die Guldeinschule, später auf die Polizeiwache in der Astallerstraße gebracht. Durch Bestechung eines Postens können die Geiseln Kontakt mit einem Mitglied des Vollzugsrats aufnehmen, der die Verhaftung als Eigenmächtigkeit der Soldaten erklärt und die Geiseln ab 18 Uhr wieder in die Freiheit entlässt. Bei Hans Meiser dauert die Entlassung am längsten, weil er als Geistlicher dem „System Kirche“ angehört, das gegen die Räterepublik eingestellt ist.

22. April 1919 – Der Dentist Johann Clemens Waldschmidt wird Polizeipräsident

München * Polizeipräsident Hans Köberl und sein Stellvertreter Johann Dosch werden abgesetzt und verhaftet. Neuer Chef im Polizeipräsidium wird der ebenfalls vorbestrafte Dentist Johann Clemens Waldschmidt.



22. April 1919 – In Sachsen entsteht eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft

Sachsen * Obwohl in Sachsen die sozialistischen Parteien die absolute Mehrheit im Landtag haben und dadurch prädestiniert scheinen, die Sozialisierung umzusetzen, entsteht nur eine „Landesstelle für Gemeinwirtschaft“, die den politischen Handlungsdruck verringern soll.

22. April 1919 – Die Demonstration des Proletariats mit einer großen Truppenschau

München * Um 11 Uhr beginnt an diesem neunten und letzten Tag des Generalstreiks die „Demonstration des Proletariats“ mit einer großen Truppenschau, die zugleich der Massenmobilisierung in München dient. Rund 12 bis 15.000 bewaffnete Angehörige der Roten Armee marschieren mit. Sie will so ihre Stärke darstellen. Um 15 Uhr finden in den größten Münchner Sälen elf Massenversammlungen statt, auf denen Mitglieder des Vollzugsrats Reden halten. Um 17 Uhr setzt sich ein großer Demonstrationzug in Bewegung, der von der Theresienwiese durch die Innenstadt bis zum Siegestor zieht und sich schließlich vor dem Wittelsbacher Palais auflöst.

23. April 1919 – Der Installateur Ferdinand Mairgünther wird Polizeipräsident

München * Polizeipräsident Johann Clemens Waldschmidt wird nach nur knapp einem Tag durch den Installateur Ferdinand Mairgünther, dem Schriftleiter der Münchener Roten Fahne, abgelöst.

25. April 1919 – Das Kuchenverbot bleibt auch weiterhin bestehen

München * Die Betriebsräte beschließen, dass Kleinkunstbühnen, Cafés und Weinlokale wieder bis zur Polizeistunde geöffnet haben dürfen. Bars und Animierkneipen müssen dagegen geschlossen bleiben. Auch das Kuchenverbot besteht weiterhin.

26. April 1919 – Die seit Längerem bestehenden Differenzen brechen auf

München-Graggenau * Im Hofbräuhaus, in dem sich täglich die Betriebs- und Kasernenräte treffen, treten die seit längerer Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen den Kommunisten, Eugen Leviné, Max Levien und Towia Axelrod einerseits, und den Unabhängigen Sozialdemokraten, Emil K. Maenner, Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer andererseits, offen



zutage. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Folge die drei Letztgenannten von ihren Ämtern zurücktreten. Der Volksbeauftragte für Finanzen, Emil K. Maenner, erklärt, dass er nicht mehr für Handlungen bereitsteht, die „politischem Diebstahl“ gleichkommen und keine Lust mehr hat, in einem „Marionettentheater“ zu sitzen. Der Kommandeur des Truppenabschnitts I (Dachau), Ernst Toller, betrachtet die jetzige Räteregierung als ein „Unheil für das werktätige Volk“, weil die führenden Männer nur zerstören, ohne das geringste aufzubauen. Deshalb kann er eine weitere Zusammenarbeit mit dem Vollzugsausschuss und dem Generalstab nicht mehr verantworten. Aus den gleichen Gründen will auch der Abschnittskommandant der Roten Armee in Dachau, Gustav Klingelhöfer, seine Ämter niederlegen. Der Bankrat stellt sich geschlossen hinter Emil K. Maenner und bezeichnet die Mitglieder des Vollzugsausschusses als „Hampelmänner“. Mit ähnlich harten Worten wird die „katastrophale Versorgungslage“ von den Anwesenden kritisiert, an der die Regierung Hoffmann nur zum Teil schuld ist. Nach einem weiteren Beschluss der Betriebsräte sollen die Münchner Tageszeitungen - unter Auflage einer Vorzensur - wieder erscheinen können. Während der Sitzung trifft die Nachricht ein, dass im Passamt fünfzig Pässe gestohlen worden sind. Zur Untersuchung des Vorgangs wird daraufhin eine Zehnerkommission gebildet.

28. April 1919 – Die Rote Armee ist zur Verteidigung der Diktatur gegründet worden

München * In der KPD-Zeitung Münchener Rote Fahne äußert sich der Chef der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, so: „Die Rote Armee wurde gegründet nicht als Instrument der Politik, sondern als Organ der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik gegen die Konterrevolution der weißen Garden. Entsprechend dieser Aufgabe erklärt das Oberkommando, dass es das revolutionäre Proletariat, koste es was es wolle, gegen die weiße Garde verteidigen wird und sich von keiner Seite, auch nicht von den Betriebsräten, zu einem Verrat an der sozialen Revolution wird zwingen lassen“.

28. April 1919 – Giesinger Kommunisten stürmen das Polizeipräsidium

München-Kreuzviertel * Am Abend stürmen achtzig bis einhundert Giesinger Kommunisten das Polizeipräsidium, entwenden und vernichten Material des Erkennungsdienstes und der Fahndungsabteilung und verwüsten das Gebäude. Wertgegenstände und Waffen werden gestohlen. Die Steckbriefsammlung, die Akten der Zigeuner-Nachrichtenstelle und die Einwohnerlisten türmen sich meterhoch in den Höfen des Präsidiums. Sie werden teilweise mit Benzin übergossen und angezündet.



28. April 1919 – Eugen Leviné und Max Levien rechtfertigen das Scheitern ihrer Politik

München-Au * Während das Hofbräuhaus von der Roten Armee belagert wird, findet im Münchner-Kindl-Keller eine Versammlung der Kommunisten statt. Darin versuchen Eugen Leviné und Max Levien das Scheitern ihrer Politik zu rechtfertigen. Dabei erklärt Levien: Es kommt nicht drauf an, „ein paar Tausend Bürgerlichen die Gurgel abzuschneiden“.

28. April 1919 – Die Diktatur der Roten Armee beginnt

München-Graggenau * Noch vor der Wahl wird das Hofbräuhaus von Einheiten der Roten Armee umstellt. Diese fordern die sofortige Beseitigung der Polizei und die Ausstattung des Oberkommandos der Roten Armee mit allen Vollmachten, „um den erfolgreichen Kampf gegen die Weiße Garde und besonders gegen die innere Reaktion führen zu können“. Aus der Diktatur der Betriebsräte ist eine Diktatur der Roten Armee geworden. Unter ihrem Oberkommandierenden Rudolf Egelhofer ist die Wahl des neuen Aktionsausschusses mehr oder weniger gegenstandslos geworden.

29. April 1919 – Die Verwüstungen im Polizeipräsidium gehen weiter

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium gehen die Plünderungen und Verwüstungen weiter. Die Aktenvernichtung im Polizeipräsidium wird von den konservativen und reaktionären Kräften als ein „besonderer Fall von Vandalismus“ bezeichnet und entsprechend politisch bewertet. Der von der Berliner KPD nach München geschickte Karl Retzlaw hat eine völlig andere Sicht auf die Vorgänge: „Doch sprachen wir es auch offen aus, dass es nicht Sache eines Revolutionärs sei, sich dem Henker auszuliefern. Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiiums zu vernichten. Das Prüfen der Akten würde eine Zeit von Monaten in Anspruch genommen haben, auch das Heraussuchen nur der politischen Akten würde zu lange dauern. Bedenken brauchten nicht zu bestehen, weil kulturell wertvolle Dokumente nicht in Polizeiakten zu finden sind. So war es am zweckmäßigsten, alles zu vernichten. Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier. Zwei Tage lang brannten die Akten auf dem zementierten Hof des Polizeipräsidiiums. Wohl an die hundert Helfer aus der Bevölkerung, der Partei und der Roten Armee warfen die Akten aus den Fenstern in die Flammen. Damit retteten wir Hunderten von politisch und antimilitärisch Verdächtigten aus der Zeit der Zusammenbruchsmonte 1918/19 Freiheit und Leben“.



1. Mai 1919 – Bürgerliche Kampfverbände werden gebildet

München * Bürgerliche Kampfverbände, bestehend aus bewaffneten Bürgern, Studenten, ehemaligen Soldaten und Polizisten sowie zahlreichen Freiwilligen, sammeln sich vor der Feldherrnhalle und besetzen schließlich die geräumte Residenz. Oskar Maria Graf schreibt über die sich nun, unter dem Schutz der militärischen Übermacht wieder zeigende und sich an der „Treibjagd auf verdächtige Zivilisten“ beteiligende Bürgerwehr: „Jetzt waren auf einmal wieder die verkrochenen Bürger da und liefen emsig mit umgehängten Gewehr und weißblauer Bürgerwehr-Armbinde hinter den Truppen her. Wahrhaft gierig suchten sie mit den Augen herum [...], rannten einen Menschen nach, schlugen plärrend auf ihn ein, spuckten, stießen wie wildgeworden und schlepten den Halbtotgeprügelten zu den Soldaten.“

2. Mai 1919 – Befreiungshelden als Frauenmörder

München-Giesing * Auch Frauen gehören zu den Opfern der Befreier. Oskar Maria Graf: „Gell, Weiber hast unter den Toten nicht gesehen? Nein, die hat man weggeräumt, dass es nicht so feig aussieht“, sagte er. „Frauenmörder“ haben keinen Platz im Bild der „Befreiungshelden“, und die Gegenpropaganda lässt auch von den politisch aktiven Frauen, die überleben, nur ein Zerrbild. Sie sind „Flintenweiber“ und „Kommunisten-Huren“, in jedem Fall aber vogelfrei.

2. Mai 1919 – Eine Denunziationswelle setzt ein

München * Eine Denunziationswelle setzt ein. Das für politische Straftaten zuständige Stand- und Volksgericht am Mariahilfplatz hat Hochkonjunktur. Da wird so manche offene Rechnung beglichen. Beispiel: Der Straßenbahnschaffner Alois Bosch gerät mit seinem Nachbarn in Streit. Daraufhin geht dieser zur Polizei und behauptet, Bosch hätte am 2. Mai auf heranrückende Truppen geschossen. Obwohl er seine Aussage später widerruft, wird der Straßenbahner wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee zu zwei Wochen Haft verurteilt. Wegen dieser Vorstrafe wird Bosch von seinem Arbeitgeber, der Stadt München, entlassen.

2. Mai 1919 – Im Polizeipräsidium beginnen die Aufräumarbeiten

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium an der Ettstraße beginnen die Aufräumarbeiten. Es dauert Wochen, bis die 800.000 zum Teil verbrannten Akten von den Beamten auf verwendbare Schriftstücke hin sortiert sind.



3. Mai 1919 – Die Truppen der Regierung Hoffmann kommen nicht als Feinde

München * Die SPD lässt folgende Erklärung in den Münchner Zeitungen veröffentlichen: „Jene wahnwitzige Politik des Terrors und der Gewalt, die München in Gegensatz stellte zum ganzen Land, die den Bürgerkrieg in Bayern entbrennen ließ, hat das schlimme Ende gefunden, das vorauszusehen war. [...] Die Truppen der sozialistischen Regierung Hoffmann kommen nicht als Feinde der Arbeiterschaft, nicht als ‚Weiße Garde‘, sondern als Schützer der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, ohne die ein Neuaufbau im sozialistischen Sinne nicht möglich ist. Arbeiter, helft den Soldaten bei ihrer schweren Aufgabe!“

5. Mai 1919 – Gräueltgeschichten in den Münchner Neuesten Nachrichten

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten liefern neue haarsträubende Details der Ermordung der Geiseln im Luitpold-Gymnasium und berufen sich dabei auf Informationen aus dem Polizeipräsidium. Demnach wurde im Luitpold-Gymnasium „ein männliches Geschlechtsteil“ und „Eingeweide“ gefunden. Später stellt sich zwar heraus, dass es sich um Fleischabfälle eines geschlachteten Schweins handelt, doch das interessiert niemanden mehr.

6. Mai 1919 – 21 Kolpinggesellen werden im Keller des Prinz-Georg-Palais ermordet

München-Maxvorstadt * Etwa dreißig Mitglieder des Katholischen Gesellenvereins Sankt-Joseph treffen sich in ihrem Vereinslokal, dem Maxkasino, in der Augustenstraße 41. Dem preußischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment war zuvor von einem Denunzianten mitgeteilt worden, dass dort am Abend eine Versammlung von Rotarmisten stattfindet. Noch während sich im Kasino die Vereinsmitglieder unterhalten, wird das „Spartakistennest“ von Regierungssoldaten beobachtet und 25 Teilnehmer sowie der Wirt kurz vor 21 Uhr verhaftet. Die Möglichkeit, gegenüber den Soldaten das Missverständnis aufzuklären und sich zu legitimieren, wird von diesen gewaltsam unterbunden. Erste Gewehrkolbenhiebe gegen die Arretierten und Zurechtweisungen sind die Folge. Mit dem Abmarsch zum Quartier des Alexander-Regiments beginnt der weitere Leidensweg für die Gefangenen, denn bald geht die Begleitmannschaft dazu über, die angeblichen Spartakisten nicht nur zu beschimpfen, sondern auch mit Pistolen und Gewehren auf sie einzuschlagen. Nun werden die 26 katholischen Gefangenen in das Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 gebracht. Im Hof beginnt das eigentliche Massaker. Sechs der Gesellen werden im hinteren Teil des Hofes gegen das Tor eines Schuppens gestoßen. Dann eröffnen die Soldaten mit Gewehren und Pistolen das Feuer, bis alle sechs tot sind. Die verbliebenen zwanzig Kolpinggesellen werden zum Eingang des



Kellers geführt. Dort erwischt es einen siebten Gefangenen. Er wird auf den Boden geworfen und mit einem gezielten Pistolenschuss ermordet. Die Übrigen werden jetzt zur Zielscheibe sadistischer Spiele ihrer Peiniger. Man stößt sie mit Flüchen und Beschimpfungen die Treppe zum Keller hinunter. Dort müssen sie sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen. Dann beginnen die Erschießungen. Auf grauenhafte Weise werden 14 Kolpinggesellen ermordet. Wer nicht durch die Schüsse stirbt, wird mit dem Bajonett erstochen. Manche Gefangene stellen sich tot oder sind bewusstlos. Nur durch das Eingreifen eines hohen Offiziers wird das Morden beendet. Nach dem Massaker werden 21 Tote in das Pathologische Institut gebracht. Unter den Erschossenen befinden sich zwei Brüderpaare, bei zwei weiteren wird jeweils einer getötet. Zwei Schwerverletzte werden in das Reservelazarett an der Zollstraße eingeliefert. Drei Opfer brauchen keine Krankenhausbehandlung. Alle Ermordeten sind eingeschriebene Mitglieder der konservativen Bayerischen Volkspartei - BVP. Der Fall wird deshalb vor Gericht ausführlich untersucht. Man ist jedoch von Regierungsseite geneigt, nichts mehr über den Vorfall an die Presse zu geben. Die Folge davon ist, dass die von den Militärbehörden erstellten unwahren Berichte überall, auch im Ausland, Verbreitung finden. Ansonsten achten die Zensurbehörden streng darauf, dass keine publikumswirksame Veröffentlichung über das blutige Geschehen unter die Leute kommen können. So wird beispielsweise die Sondernummer der Süddeutschen Illustrierten Kriminal-Zeitung vom November 1919, die darüber berichtet, sofort nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt.

10. Mai 1919 – Pater Rupert Mayer predigt beim Begräbnis der 21 Kolpinggesellen

München * Pater Rupert Mayer hält die Predigt beim Begräbnis der 21 Kolpinggesellen, die von den Weißen Truppen am 6. Mai bestialisch ermordet worden sind.

10. Mai 1919 – Die Polizeistunde wird auf 22 Uhr festgesetzt

München * Die Polizeistunde wird auf 22 Uhr festgesetzt. Zwischen 22 Uhr und 5 Uhr ist der Aufenthalt auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten.

11. Mai 1919 – Die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung Münchens

München * Das Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr. 4 - Gruko übernimmt die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung und Überwachung in München, nachdem die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann aufgrund der politischen



Situation nach Bamberg geflohen war.

14. Mai 1919 – Forderungen der bürgerlichen Parteien an die Regierung

München * Die bürgerlichen Parteien in München fordern von der Regierung: Die sofortige Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände; die Wiederaufnahme eines geregelten Polizeibetriebes; die Entwaffnung der Roten Armee; die Aufstellung einer Volkswehr; durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Verfassung; die Festnahme und Bestrafung der für die ungesetzlichen Zustände verantwortlichen Führer und die Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien landfremden Elemente. Da die Abgabe der Waffen und Munition nur zögerlich vonstatten geht, werden Belohnungen ausgesetzt.

14. Mai 1919 – Towia Axelrod wird im Achenal verhaftet

Tirol * Towia Axelrod, der politische Kommissar in der kommunistischen Räterepublik, wird im Achenal verhaftet und nach Bayern ausgeliefert. Er wird 15 Jahre Festungshaft erhalten.

21. Mai 1919 – Die Polizeistunde wird auf 23 Uhr festgelegt

München * Die Polizeistunde wird auf 23 Uhr festgelegt. Danach dürfen nur Personen mit besonderer Berechtigung die öffentlichen Straßen und Plätze betreten.

23. Mai 1919 – Adolf Hitler sagt gegen den Soldatenrat Georg Dufter aus

München * Das früheste nachweisbare Dokument aus Adolf Hitlers politischer Laufbahn ist ein Protokoll vom 23. Mai 1919, in dem der Gefreite vor einer militärischen Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge als Zeuge gehört und in dieser Funktion gegen den Soldatenrat Georg Dufter, der zugleich Mitglied der USPD ist, auftritt. Über Dufter, der die Propagandaabteilung des 2. Infanterieregiments geleitet hat, sagt Adolf Hitler im Standrechtlichen Vernehmungsbüro folgendes aus: „Dufter war einer der ärgsten und radikalsten Hetzer des Regiments und hat jederzeit für die Räterepublik Propaganda gemacht. In den öffentlichen Versammlungen des Regiments hat er jederzeit den radikalsten Standpunkt vertreten und für die Diktatur des Proletariats agitiert. Dass einzelne Teile des Regiments der roten Armee sich anschlossen, ist jedenfalls auf die Propagandatätigkeit des Dufter und des



Bataillonsrates Reiß zurückzuführen. Durch seine Hetzereien gegen die Regimentstruppen, die Duffer noch am 7. Mai belästigte, hat er bewirkt, dass auch Regimentsangehörige an diesem Nachmittage mit den Pionieren sich zu Feindseligkeiten gegen die Regierungstruppen hinreißen ließen.“

10. Juni 1919 – Die Verhandlungen über die Fürstenabfindung beginnen

München-Kreuzviertel * Aufgrund der politischen Wirren leitet die Kommission zur Fürstenabfindung erst jetzt Verhandlungen ein. Es geht dabei „um die finanzielle Auseinandersetzung des Königlichen Hauses mit dem Staat und zwar, wenn möglich, auf allen Gebieten, auf welchen finanzielle Berührungen bestehen“. Die Verhandlungen dauern vier Jahre an und werden mit dem festen Willen einer einvernehmlichen Lösung geführt.

15. Juni 1919 – Hitler absolviert einen Kurs für Propagandaleute

München * Hauptmann Karl Mayr, ein Förderer Adolf Hitlers, lässt neben der politischen Überwachung der damals über fünfzig Parteien und Organisationen in München durch Agenten und V-Leute - auch geeignete Soldaten als „antibolschewistisch geschulte Propagandaleute“ für die „Beeinflussung des Übergangsheeres“ ausbilden. Auf Vorschlag seiner Vorgesetzten absolviert Hitler im Juni 1919 den ersten Kurs an der Universität München, wo ihn besonders die nationalistischen und antisemitischen Schlagworte von Gottfried Feder und Karl von Bothmer beeindrucken.

11. August 1919 – In der Weimarer Republik wird das Eheverbot für Lehrerinnen aufgehoben

Weimar * Erst in der demokratischen Weimarer Republik darf die Lehrerin vom Hochzeitsmahl wieder an die Schultafel zurückkehren. Das Zölibat für Beamtinnen wird durch die Weimarer Verfassung aufgehoben.

17. September 1919 – Adolf Hitler wird Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei - DAP

München * Adolf Hitler wird in der Gaststätte Altes Rosenbad als Mitglied in die Deutsche Arbeiterpartei - DAP aufgenommen, zum Werbeobmann der Partei ernannt und gehört als siebtes Mitglied dem Arbeitsausschuss an. Vermutlich hat Hauptmann Karl Mayr dem Gefreiten Hitler zu



diesem Schritt geraten. Hauptmann Mayr, der Leiter der Nachrichtenabteilung Ib/P, der Propaganda- und Presseabteilung des Bayerischen Reichswehr Gruppenkommandos Nr. 4 - Gruko, unterstützt den Reichswehrsoldaten Hitler bei seiner weiteren politischen Agitation in der Deutschen Arbeiterpartei großzügig.

16. Oktober 1919 – Adolf Hitler hält im Hofbräukeller seine erste parteipolitische Rede

München-Haidhausen * Adolf Hitler hält im Hofbräukeller am Wiener Platz die erste parteipolitische Rede seines Lebens.

4. November 1919 – Husar Stefan Latosi zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

München * Der ehemalige Husar Stefan Latosi, der in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai blutbefleckt mit gestohlenen Uhren und Geldbörsen den Keller des Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 verlassen hatte, wird in einem abgetrennten Verfahren vom Verbrechen des Totschlags freigesprochen. Er erhält aber wegen schweren Diebstahls zehn Jahre Zuchthaus. Latosi hat die zuvor ermordeten Kolpinggesellen ausgeraubt.

25. November 1919 – Ludwig Siemer gründet den Volksbund für Kunst und Theater

München * Der Reiseunternehmer Ludwig Siemer gründet den Volksbund für Kunst und Theater, aus dem später die Theatergemeinde München hervorgehen wird. Siemer steht der katholischen Bewegung nahe und betrachtet die politische Linke als Gegner. Deshalb will er den sozialistischen Kräften auf dem Feld der Kultur etwas entgegensetzen. Er gründet eine Organisation für Schauspielfreunde, die „die Kunst im Theater und auf allen Gebieten der Kunst im Sinne volkstümlich-deutscher Kultur und christlicher Lebensauffassung fördern“ will.

21. Dezember 1919 – Karl Valentin bekommt einen Waffenschein

München * Karl Valentins Gesuch um Ausstellung eines Waffenscheins wird von der Polizeidirektion genehmigt.

1920 – Das Bayerische Volksschulgesetz führt das Zölibat wieder ein



München * Das Bayerische Volksschulgesetz führt die Unvereinbarkeit zwischen Ehe und Lehrberuf, also das Zölibat für Lehrerinnen, wieder ein.

13. Januar 1920 – 42 Tote bei Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz

Berlin * Etwa 100.000 Menschen protestieren vor dem Reichstagsgebäude gegen das Betriebsrätegesetz, das in zweiter Lesung diskutiert wird. Nach Handgreiflichkeiten schließt die preußische Sicherheitspolizei in die Menge. 42 Demonstranten sterben, 105 werden verletzt.

16. Januar 1920 – Graf Anton von Arco auf Valley zum Tode verurteilt

München * Da sich die Richter und der Verteidiger über die Wertung der Tat im Grunde einig sind, ergeht das Urteil gegen Graf Anton von Arco auf Valley bereits um 16.08 Uhr. Es wird vom Landgerichtsdirektor Georg Neithardt gesprochen und lautet: „[...] wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode und in die Kosten verurteilt.“ Es lässt sich einfach nicht umgehen anzuführen: „Der Angeklagte führte die Tötung nach einem wohlbedachten Plan mit Überlegung aus.“ Die Justiz öffnet sich aber gleich selbst die Tür für ihr weiteres Vorgehen. Am Ende des Urteils stehen die bemerkenswerten Zeilen: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte natürlich keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen, politisch unmündigen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühenden Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterland entsprang und ein Ausfluss seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem, edlem Mute in achtungsgebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand.“ Graf Arco nimmt sein Todesurteil mit vollkommener Ruhe zur Kenntnis und ruft in seinem Schlusswort die Zuhörer zum Aufbau einer nationalen Zukunft auf. Stürmischer Beifall erhebt sich im Sitzungssaal.

17. Januar 1920 – Der Soziologe Max Weber wird aus dem Hörsaal gejagt

München-Maxvorstadt * Als Anfang 1920 der nationalistische Eisner-Mörder, Anton Graf Arco-Valley, aufgrund eines Antrags der Münchner Studentenschaft begnadigt, und damit vor der Hinrichtung bewahrt wurde, tobten die Studenten vor Begeisterung. Professor Max Weber kommentiert dies so: „Die politischen Morde werden Schule machen. [...] Sie haben den Grafen Arco gefeiert, weil dieser, wie es auch meine Überzeugung ist, vor Gericht ritterlich und in jeder



Beziehung mannhaft aufgetreten ist. Seine Tat ging aus der Überzeugung hervor, dass Kurt Eisner Schande auf Schande über Deutschland gebracht hat. Dieser Meinung bin ich auch. Trotzdem ist es eine schlimme Schwäche, ihn zu begnadigen, solange das Gesetz gilt, und ich als Ministerpräsident hätte ihn erschießen lassen. Aber das Ministerium ist vor ihnen zurückgewichen." Nach diesen Ausführungen wird der Soziologe aus dem Hörsaal gejagt.

17. Januar 1920 – Prohibition tritt in den USA in Kraft

USA * In den USA tritt die Prohibition in Kraft. Das landesweite Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Transports alkoholischer Getränke gilt bis zum 5. Dezember 1933. Befürworter erwarten, dass das Alkoholverbot Kriminalität und Gewalt eindämmt, die Gesundheit der Bevölkerung verbessert, Familien stärkt sowie Armut und andere soziale Probleme verringert.

17. Januar 1920 – Prohibition erschwert den Export von Löwenbräu

München - USA * Die Prohibition in den USA schränkt die Exportmöglichkeiten von Löwenbräu nach Übersee erheblich ein. Das staatliche Alkoholverbot und hohe Einfuhrzölle erschweren den Absatz in den Vereinigten Staaten zusätzlich. Beträgt der Einfuhrzoll im Jahr 1913 noch 6,10 Dollar je Hektoliter, steigt er bis 1932 auf 27 Dollar beziehungsweise rund 113 Reichsmark.

2. Februar 1920 – Nummerierte Mitgliederlisten der Deutschen Arbeiterpartei

München * Erst ab jetzt hat die Deutsche Arbeiterpartei - DAP nummerierte Mitgliederlisten. Hitler erhält die Nummer 555, wobei man aus propagandistischen Gründen mit 501 zu zählen anfängt. Der auf Militärkosten ausgebildete Propagandamann ist innerhalb kürzester Zeit zum Parteifunktionär und Politiker geworden.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch beginnt

Berlin * Unter der Führung von General Walther von Lüttwitz wird - mit Unterstützung von General Erich Ludendorff - ein konterrevolutionärer Putsch gegen die nach der November-Revolution geschaffene Weimarer Republik versucht. Wolfgang Kapp, der Namensgeber des Putsches, spielt mit seiner Nationalen Vereinigung nur eine untergeordnete Rolle. Gründe für den Putsch sind die Republikfeindlichkeit der Anführer sowie die Frustration vieler



früherer Soldaten, die in etwa 120 Freikorps organisiert sind und weil die politischen Generäle nicht gewillt sind, auf die Instrumente ihrer politischen Macht zu verzichten. Der Putschversuch scheitert nach 100 Stunden.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch führt zum Rücktritt der bayerischen Regierung

Berlin * In Berlin findet der rechtsradikale Kapp-Putsch statt. Parallel dazu fordern in München der Regierungspräsident von Oberbayern Gustav von Kahr, Polizeipräsident Ernst Pöhner und Wehrkreiskommandant Arnold von Möhl den von der SPD gestellten bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann zum Rücktritt auf. Was in Berlin scheitert, gelingt in München. Gustav Ritter von Kahr bildet - unter Beteiligung der Bayerischen Volkspartei - BVP - eine rechtskonservative Regierung, die alle rechtsextremen Gruppierungen sowie militanten Verbände fördert und schützt. Ministerpräsident wird Gustav von Kahr, der zu dieser Zeit auch Adolf Hitler kennenlernt und den er als „Trommler“ für die nationale Sache einspannen will, um mit seiner Hilfe den Kommunismus und den Marxismus abzuwehren und um die „gestörte Ordnung“ in Deutschland wieder ins rechte Lot zu bringen. Die rechtsradikalen Verbände können umgekehrt von Bayern aus ihren ideellen Boden vorbereiten. Gustav von Kahr ist die Integrationsfigur all jener Kräfte in Bayern, die durch einen Staatsstreich die parlamentarische Demokratie abschaffen und die staatliche Unabhängigkeit Bayerns von Berlin vorbereiten wollen.

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig

München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.

16. März 1920 – Antisemitische Hetze und zunehmende Gewalt



München * Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärft sich das politische Klima in München deutlich. Antisemitische Ressentiments treten zunehmend offen zutage und werden auch von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens verbreitet. In seiner Regierungserklärung vom 16. März 1920 kündigt Ministerpräsident Gustav von Kahr Maßnahmen gegen die angebliche „Überfremdung durch Stammesfremde“ an und fordert die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“. Die Äußerungen richten sich insbesondere gegen die aus Osteuropa zugewanderten Juden, die verstärkt zum Ziel antisemitischer Hetze werden. Auch Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner fällt durch offen antisemitische Äußerungen auf und verharmlost Gewalt gegen Juden. Gleichzeitig gehen die Behörden nur unzureichend gegen antisemitische Übergriffe und gewaltbereite Gruppierungen vor. Für viele jüdische Münchnerinnen und Münchner verschlechtert sich die Lebenssituation erheblich. Angesichts der zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen verlassen zahlreiche jüdische Familien die Stadt.

31. März 1920 – Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen

München * Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen. Hauptmann Karl Mayr unterstützt ihn offenbar geistig-politisch als auch finanziell. Hitlers in der Münchner Revolutionszeit und Räteherrschaft radikalisierten Antisemitismus wird durch Mayr ebenfalls bestärkt.

Mai 1920 – Deutlich weniger Unionsbräu-Bier nach dem Krieg

München-Haidhausen * Der Bierausstoß der Unionsbrauerei liegt im Braujahr 1919/20 bei nur noch 176.000 Hektolitern – deutlich unter dem Niveau der Vorkriegszeit.

Mai 1920 – Krieg und Friedensschluss lassen den Bierabsatz einbrechen

München-Haidhausen * Der Erste Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen treffen das Bürgerliche Brauhaus schwer. Während die Brauerei im letzten Friedensjahr 1912/13 noch rund 219.000 Hektoliter Bier produziert, sinkt der Ausstoß im Braujahr 1919/20 auf nur noch 104.000 Hektoliter. Damit hat sich die Produktion innerhalb weniger Jahre mehr als halbiert. Besonders schwer wiegt der Verlust der einst bedeutenden Exportmärkte. Nach Kriegsende brechen die Absatzgebiete in Elsass-Lothringen, Frankreich, Belgien und Italien sowie in Übersee vollständig weg. Auch der Absatz in die Schweiz geht teilweise verloren. Für das zuvor stark exportorientierte Bürgerliche Brauhaus bedeutet diese Entwicklung einen tiefen wirtschaftlichen Einschnitt. Die Brauerei muss sich nach dem Krieg unter grundlegend veränderten politischen



und wirtschaftlichen Bedingungen neu behaupten.

31. Mai 1920 – Die Münchner Neuesten Nachrichten werden aufgekauft

München * Ein „Konsortium von Münchner und auswärtigen Vaterlandsfreunden“ kauft Bayerns einzige weltweit beachtete Tageszeitung auf: die Münchner Neuesten Nachrichten. Die Mehrheit hält die Gutehoffnungshütte. Sie will die Zeitung für die Propagierung ihrer Ziele benutzen und macht sie zu einem „Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik“. Das besondere Interesse der Redaktion gilt der Dolchstoß-Theorie, nach der das siegreiche deutsche Heer im Ersten Weltkrieg von den Umstürzern in der Heimat zur Kapitulation gezwungen worden sein soll. Diese „Schmach“ soll durch die Wiederaufrüstung getilgt und Deutschland zu einer Weltmacht gemacht werden. Finanziert durch die deutsche Schwerindustrie und einflussreiche politische Kreise spielen die Münchner Neuesten Nachrichten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der rechtsradikalen „Ordnungszelle Bayern“. Professor Paul Nicolaus Cossmann wird politischer Leiter der Zeitung.

14. Juni 1920 – Max Weber, der Soziologe, stirbt in München

München * Max Weber, der Soziologe, Ökonom, Jurist, Historiker und politische Analyst, stirbt in München an einer Lungenentzündung.

15. Juni 1920 – Fritz Gerlichs Buch „Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich“

München * Aus zahlreichen Aufsätzen in den Süddeutschen Monatsheften, der Liberalen Korrespondenz sowie den Historisch-politischen Blättern entsteht Dr. Fritz Gerlichs Buch „Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich“. Es wird im Bruckmann-Verlag verlegt. Gerlich rechnet darin den Kommunismus zu den Erlösungsreligionen und verurteilt den verbreiteten Antisemitismus.

4. November 1920 – Erzbischof Michael von Faulhaber soll Kardinal werden

München - Vatikan * Führende Politiker der Bayerischen Volkspartei richten ein Schreiben an die Regierung des Freistaats Bayern, in dem sie sich für die Ernennung des Erzbischofs von München und Freising zum Kardinal aussprechen. Ministerpräsident Gustav von Kahr übermittelt



das Schreiben nach Rom.

1921 – Das Reichsgericht erklärt bayerischen Alleingang für verfassungswidrig

Berlin - München * Das Reichsgericht erklärt den bayerischen Alleingang der Unvereinbarkeit zwischen Ehe und Lehrberuf, also das Zölibat für Lehrerinnen, für verfassungswidrig und beendet. Trotzdem kommt es in Bayern immer wieder zu Entlassungen verheirateter Frauen. Selbst Dienstwohnungen I. Ordnung können Lehrerinnen nicht erhalten, da sie den männlichen Lehramtsinhabern vorbehalten sind.

April 1921 – Die ausgeschlossenen Juden gründen die „Sektion Donauland“

Wien * Die von ihren arisierten Sektionen ausgeschlossenen Juden gründen die Sektion Donauland. Dieser gehören bald 4.000 Mitglieder an, von denen ein Fünftel Nicht-Juden sind und aus Solidarität beitreten.

26. August 1921 – Matthias Erzberger wird im Schwarzwald ermordet

Bad Griesbach im Schwarzwald * Der ehemalige Reichsminister der Finanzen, Matthias Erzberger, wird in Bad Griesbach im Schwarzwald ermordet. Die Attentäter sind Heinrich Tillessen und Heinrich Schütz, die der rechten Organisation Consul, dem Freikorps Oberland und dem Germanenorden angehören. Den Auftrag zu diesem politischen Fememord gab ihnen der Kapitänleutnant Manfred von Killinger im Monat des Anschlags.

18. Oktober 1921 – Ex-König Ludwig III. stirbt in seinem ungarischen Exil Sárvár

Sárvár * Der abgesetzte König Ludwig III. stirbt in seinem ungarischen Exil Sárvár an den Folgen einer Lungenentzündung. Der Tod und die Rückkehr der sterblichen Hülle des alten Königs wird von ultrakonservativen Kreisen zur politischen Demonstration hochstilisiert. Da für die Bayerische Staatsregierung ein Staatsbegräbnis nicht in Frage kommt, stellt sich Gustav von Kahr als Privatperson für die Organisation der Feierlichkeiten zur Verfügung. Kahr verfolgt zielgerichtet sein Anliegen, bei den Trauerzeremonien die „Kraft des monarchischen Gedankens“ herauszustellen. Die geplanten Beisetzungsfeierlichkeiten für den abgesetzten König sollen eine Antwort auf den Trauerzug für den Revolutionär Kurt Eisner werden, der sich am 26. Februar



1919 mit nahezu 100.000 Menschen durch die Straßen Münchens bewegt hatte. Es sollte eine „Trauerfeier werden, wie sie München und Deutschland noch nie gesehen haben, ein Akt treuer Huldigung, aber auch Abbitte für das dem König angetane große Unrecht“.

5. November 1921 – Trauerzeremonie für das Königspaar

München * Von der Ludwigskirche aus führt der Weg des Trauerzugs für das tote Ex-Königspaar - über den Karolinenplatz und Königsplatz - zur Frauenkirche. Am Trauerzug beteiligen sich 40.000 Personen, darunter eine große Anzahl staatlicher Beamte und Angestellte, die eigens aus den acht Regierungsbezirken herangekarrt worden sind. Der Trauerzug vermittelt den Eindruck, als wären die alten Zeiten wieder zurückgekehrt und als hätte sich seit der Thronbesteigung Ludwigs III. im Jahr 1912 nichts entscheidendes geändert. Der Prunk-Leichenwagen des Ex-Königs und der Wagen mit dem Sarg der Ex-Königin werden jeweils von sechs Pferden gezogen, die mit schwarzen, mit Kronen geschmückten Schabracken bedeckt sind. Zehntausende Zuschauer säumen den Weg. Da Münchens SPD-Bürgermeister Eduard Schmid verfügt hat, dass „die städtischen Ämter und Betriebe am Tag der Beisetzung grundsätzlich in vollem Umfange arbeiten“ müssen, müssen städtische Beamte für die Teilnahme am Trauerzug eigens einen Urlaubstag opfern.

5. November 1921 – Kardinal Faulhaber rechnet mit der Revolution ab

München-Kreuzviertel * Die Kirche - allen voran Kardinal Michael von Faulhaber - fühlt sich aufgefordert mit der Revolution abzurechnen. Der hohe katholische Kleriker steht als Garant für das Gottesgnadentum der angestammten Herrscher und für eine auf das christliche Herrschaftsverständnis gegründete Regierung. In seiner Trauerrede sagt Kardinal Faulhaber in Anspielung auf die Hunger- und Friedensdemonstrationen vor und die revolutionären Veranstaltungen nach Kriegsende, besonders aber auf die Beisetzungsfeierlichkeiten für den ermordeten ersten demokratischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner: „Die heutige Trauerfeier hebt sich durch die kirchliche Weihe himmelhoch hinauf über alles Trauertheater, das auf dem Straßenpflaster von München jemals gewesen ist.“ Ausführlich hebt Faulhaber hervor, dass Ludwig III. „kein König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ gewesen sei. Der monarchistische und antidemokratische Kirchenvertreter verurteilt die Revolution, indem er sagt: „Könige von Volkes Gnaden sind keine Gnade für das Volk, und wo das Volk sein eigener König ist, wird es über kurz oder lang sein eigener Totengräber“. Dieser Satz lässt den Kardinal am Ende des Zweiten Weltkrieges prophetisch erscheinen. Ein größerer zeitlicher Abstand zeigt aber die Untauglichkeit solcher Ängste erzeugender



Geschichtsverklärungen.

6. Dezember 1921 – Löwenbräu und Bürgerliches Brauhaus schließen sich zusammen

München * Die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs führen zu einer weitreichenden Neuordnung der Münchner Brauwirtschaft. Die Löwenbräu AG und das Bürgerliche Brauhaus München fusionieren. Beide Unternehmen leiden unter den Folgen des Krieges, dem Verlust wichtiger Exportmärkte, Rohstoff- und Brennstoffmangel sowie stark gestiegenen Produktionskosten. Besonders deutlich zeigt sich die Krise beim Bürgerlichen Brauhaus: Sein Bierausstoß ist von rund 219.000 Hektolitern im Braujahr 1912/13 auf nur noch 104.000 Hektoliter 1919/20 zurückgegangen. Die vor dem Krieg für einen wachsenden Absatz geschaffenen Produktionsanlagen sind damit nicht mehr ausgelastet. Durch den Zusammenschluss können die beiden Brauereien ihre Herstellung, Verwaltung und Vertriebsorganisation bündeln, vorhandene Kapazitäten besser nutzen und ihre Position auf dem Münchner wie auch auf dem überregionalen Biermarkt stärken. Am 6. Dezember 1921 wird der Fusionsvertrag unterzeichnet und am 28. Dezember 1921 zu außerordentlichen Generalversammlungen eingeladen, auf denen die Aktionäre beider Brauereien dem Vorhaben zustimmen sollen.

1922 – Die Inflation und die Straßenbahn

München * Die Inflation, die durch die Kriegsfinanzierungspolitik des Kaiserreichs verschuldet und von der Weimarer Republik zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit fortgeführt worden ist, bringt das Münchner Verkehrsunternehmen an den Rand des Erträglichen. Weitere Streckenausbauten und dringend notwendige Neubeschaffungen im Wagenpark können nicht realisiert werden. Die Anpassung der Tarife hechelte der Geldentwertung hinterher. Alleine im Jahr 1922 gibt es 13 Tarifierhöhungen. Kosten zwei Teilstrecken am 1. März noch 1,50 Mark, so erhöht sich der Preis bis zum 31. Dezember auf 70 Mark. Doch dann geht's erst richtig los.

1922 – Eine Beschreibung des „sprichwörtlichen Giesingers“

München-Giesing * Der München-Führer „Rund um die Frauentürme“ beschreibt den „sprichwörtlichen Giesinger“ so: „Hochgelegen, gesunde Luft, gesunde oder auch runde Bevölkerung. Im allgemeinen wie jeder Münchner gutmütig, ist der Giesinger in gereiztem Zustand in einer ziemlich gefährlichen Körper- und Geistestesteverfassung. Die Giesinger sind in der Regel nicht in politisch konservativen Parteien zu suchen, sondern von Natur aus



revolutionär“. In Giesing wohnen viele Arbeiter mit entsprechend ausgeprägtem Klassenbewusstsein. Weit über sechzig Prozent wählen „rote Parteien“. Demzufolge sind die Nazis lange Jahre hier völlig chancenlos.

13. März 1922 – Der Tierpark Hellabrunn soll aufgelöst werden

München-Giesing * Die Inflation hat sich ab 1919 immer mehr ausgeweitet. Die Stimmung in der Bevölkerung und Politik kippt. Ein Zoo gilt zunehmend als überflüssiger Luxus. Bereits während des Krieges hat sich die Versorgungslage stark verschlechtert. Für die meisten stehen ganz andere Probleme im Vordergrund als ein Besuch im Tierpark. Die Jahreshauptversammlung des Tierpark-Vereins beschließt deshalb, den Tierbestand zum 1. April aufzulösen und zu verkaufen, der Verein soll vorerst weiterbestehen.

27. August 1922 – Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet

München - München-Maxvorstadt * Der Deutsche Katholikentag in München wird eröffnet. Für die anreisenden Zehntausenden von Gläubigen wird ein großer Festgottesdienst auf dem Königsplatz abgehalten, bei dem sich die katholische Kirche mit eindrucksvollem Gepränge darstellt. Die Straßen der Stadt sind mit Fahnen geschmückt, nur das Schwarz-Rot-Gold der Weimarer Republik ist demonstrativ vergessen worden. Kardinal Michael von Faulhaber enthält sich bei dieser zur politischen Kundgebung umgestalteten Veranstaltung weder politischer noch demokratiefeindlicher Äußerungen und ruft in seiner Ansprache zum Kampf der Kirche gegen den Staat auf: „Wehe dem Staat, der seine Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der Gebote Gottes stellt, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht kennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volk, der Gesetze gibt, die die Ehescheidung erleichtern, die die uneheliche Mutterschaft in Schutz nehmen“. Diesem Satz folgt ein - von den dicht gedrängten Besuchern stürmisch bejubelter - rhetorischer Tiefschlag gegen die Republik und ihrer Gründer: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet“. Diese Worte wirken, wie Faulhaber später einmal recht zufrieden feststellt, wie eine Bombe. Der Kardinal versagt sich damit wieder einmal - mit seiner ganzen Autorität und in der Öffentlichkeit - der Weimarer Republik und bereitet damit - ohne das möglicherweise direkt zu beabsichtigen - Adolf Hitler den Weg. Schon damals stellt die sozialdemokratische Münchener Post unter der Überschrift „Wohin des Wegs, Herr Kardinal?“ fest: „Seine Ansichten sind ein Beweis für den Machthunger der römischen Kirche und ihres Klerus, die nicht mit dem Staat in Frieden und



Verträglichkeit zusammenleben, sondern ihn um jeden Preis beherrschen wollen.“ Die in Anwesenheit der Spitzen von Kirche, Staat und Gesellschaft gemachten Aussagen des Kardinals führen allerdings auch zu einem „weltweit hallenden Eklat“ und veranlasst die - konservative - Reichsregierung, sich bei Papst Pius XI. zu beschweren. Damit, dass sich ein Widerstand derjenigen Katholiken formiert, die im neuen Staat ehrlich mitarbeiten wollen, hat Faulhaber nicht gerechnet.

30. August 1922 – Konrad Adenauer widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber

München * Der Präsident des Katholikentages, der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, widerspricht Kardinal Michael von Faulhaber zwar erst drei Tage später, verwahrt sich aber immerhin öffentlich gegen diese Aussagen: „Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht. [...] Es verrät Mangel an historischem Blick, die heutige Verfassung verantwortlich zu machen für die heutigen Zustände“. Denn, so Adenauer weiter: „Wenn im Herbst der Wind die Blätter von den Bäumen fegt, so ist der Wind nur der Anstoß, denn die Blätter waren alt und müde, und wenn der Sturm Äste und Bäume bricht, so war der Sturm bloß der Anstoß, denn die Bäume und Äste waren alt, denn wären sie nicht morsch und lebensschwach gewesen, so hätten sie den Sturm überdauert.“ Und der Rheinländer setzte noch einen drauf, als er sagte: „Wie ich an das Walten einer Gerechtigkeit glaube, so glaube ich auch daran, daß etwas, was gut und stark ist, nicht untergehen kann“. Jetzt wird Kardinal Faulhaber richtig zornig. „Herr Oberbürgermeister“, herrscht der Münchner Erzbischof den späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wie einen Schuljungen an: „Sie haben unserem König nicht die schuldige Achtung erwiesen“. In einer Denkschrift hält Konrad Adenauer die Gefährlichkeit der Haltung und Auffassung des Kardinals in aller Deutlichkeit fest: „Die Haltung des Kardinals Faulhaber ist unverträglich mit den Interessen des deutschen Katholizismus. Er muß entweder eine grundsätzliche Schwenkung einnehmen oder dazu angehalten werden, sich jeder politischen Betätigung auf das Strikteste zu enthalten“.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seien morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche



Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“.

Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt.

In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

1923 – Das Ausflugslokal Tivoli schließt für immer seine Pforten

Englischer Garten - Tivoli * Das bei den Münchnern als Ausflugslokal beliebte Tivoli schließt für immer seine Pforten.

1923 – Mit der Personalabbauverordnung wird das Zölibat wieder eingeführt

Berlin * Mit der Personalabbauverordnung wird das Zölibat für Beamtinnen wieder eingeführt. Dort heißt es: „Das Dienstverhältnis verheirateter weiblicher Beamter und Lehrer [...] kann jederzeit gekündigt werden. [...] Dies gilt auch bei lebenslänglicher Anstellung“. Gleichzeitig wird eine Heiratsprämie, eine Abfindungssumme im Falle der Eheschließung, eingeführt. Die Beamtinnen verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch jeglichen Anspruch auf Pension.

1923 – Propagandamärsche der politischen Parteien durch Giesing

Obergiesing - Untergiesing * Ende 1922 häufen sich die Propagandamärsche der politischen Parteien durch Giesing. Rechte, linke und konservativ-katholische Parteien ziehen durch die Straßen und singen ihre Parteilieder. „So habe ich aus einem Lied der Nationalsozialisten gehört: ‚Der Tag der Abrechnung wird kommen‘. Dass solche Lieder in der Hochburg des Kommunismus, in Obergiesing, reizen, ist selbstverständlich“, schreibt Polizeikommissar Prebeck von der Polizeistation an der Tegernseer Landstraße.



26. September 1923 – Gustav Ritter von Kahr wird zum Generalstaatskommissar ernannt

München * Die bayerische Regierung ernennt Gustav Ritter von Kahr - aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung - zum Generalstaatskommissar, auf den die gesamte exekutive [= vollziehende] Gewalt übergeht. Er hat damit diktatorische Vollmachten.

Gustav von Kahr, Otto von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, und der Chef der Landespolizei, Hans Ritter von Seisser, regieren den Freistaat Bayern als Triumvirat und bereiten zusammen mit Rechtsradikalen in Norddeutschland den Staatsstreich in München und Berlin vor.

8. November 1923 – Adolf Hitler stürmt mit einem Stoßtrupp den Bürgerbräukeller

München-Haidhausen * Adolf Hitler stürmt mit einem bewaffneten Stoßtrupp den Bürgerbräukeller, in dem die Freie Vereinigung von Erwerbsständen zu einer Veranstaltung eingeladen hatte, und erklärte die „Nationale Revolution“ für „ausgebrochen“. Am nächsten Tag machen sich die Putschisten auf den Weg in die Innenstadt. An der Feldherrnhalle kommt es zu einer Schießerei mit der Landespolizei. Sechzehn Putschisten und vier Polizisten kommen dabei ums Leben.

9. November 1923 – Vorübergehender Rückgang antisemitischer Übergriffe

Freistaat Bayern * Nach dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches gehen die antijüdischen Übergriffe in München zunächst zurück. Die Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit auf die politische Radikalisierung im Freistaat Bayern und schaden dessen Ansehen weit über die Landesgrenzen hinaus. Angesichts dieses erheblichen Imageschadens bemühen sich die Behörden vorübergehend um eine stärkere öffentliche Ordnung, wodurch auch die Zahl antisemitischer Ausschreitungen zeitweise abnimmt.

29. März 1924 – Das Bayerische Konkordat - ein Staatsvertrag

München * Durch die Revolution und der damit verbundenen veränderten Staatsform wird dem Staatskirchentum das Fundament entzogen. Deshalb versucht die katholische Kirche seit dem Jahr 1920 vergeblich, einen Staatsvertrag - ein Konkordat - mit den Vertretern der Weimarer Republik zu schließen, mit dem ihre Stellung im Staat fest definiert wird. Nachdem sich dieser Weg so nicht realisieren lässt, beginnt der päpstliche



Nuntius in München, Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., gemeinsam mit Kardinal Michael von Faulhaber, mit dem republikanischen Freistaat Bayern ein Konkordat abzuschließen. Das bayerische Konkordat sichert der Kirche nach Außen den Schutz durch den Staat zu und gibt ihr gleichzeitig die völlige Unabhängigkeit nach Innen. Die Ernennung und Abberufung von Professoren an den theologischen Fakultäten der Universitäten und der Religionslehrer an den höheren Schulen obliegen nun allein den Bischöfen, die wiederum nur vom Papst ernannt werden. Der Religionsunterricht wird zum Hauptfach an den Schulen erklärt und die Bekenntnisschule zur Regelschule gemacht. Schulgebet und Schulgottesdienste werden staatsrechtlich abgesichert. Weiter wird festgelegt, dass der Freistaat Bayern feste Beträge an die Kirche abzutreten und bei finanziellen Notlagen die Kirche zu unterstützen hat. Der Steuerzahler finanziert die Gehälter und Wohnungen der Geistlichen, ihre Ruhestandsgelder, Gebäude usw. Die katholische Kirche in Bayern lässt sich ihre Ausgaben zu einem großen Teil vom Staat zahlen, ohne gleichzeitig dessen Kontrolle dulden zu müssen. Dazu wird die Kirchensteuer festgeschrieben. Das „bayerische Konkordat“ hat Vorbildfunktion für weitere Abkommen zwischen Staat und Kirche.

13. April 1924 – Anton Graf Arco-Valley wird aus der lebenslangen Haft entlassen

Landsberg am Lech * Anton Graf von Arco auf Valley verlässt die Festung Landsberg am Lech - bereits vier Jahre nach seiner Verurteilung zu lebenslanger Festungshaft - wieder als freier Mann. Er wird wegen Strafunterbrechung entlassen, ohne dass die sonst übliche Bewährungsfrist ausgesprochen wird. Ein lebenslanger Gefängnisaufenthalt war für Arco eh nie ernstlich in Betracht gezogen worden. Bei seiner Rückkehr nach Schloss Sankt Martin wird der Graf von der Bevölkerung jubelnd empfangen und die farbentragende katholische bayerische Studentenverbindung Rhaetia nimmt im Rahmen einer Festkneipe im Sommer 1925 den entlassenen Mörder in ihren Reihen auf. Anton von Arco ist durch seinen Mord am bayerischen Ministerpräsidenten zum Helden der nationalen Rechten aufgestiegen. Dass er dabei von den Leibwächtern schwer verletzt wurde, macht auch noch einen Märtyrer aus ihm.

7. Oktober 1924 – Karl Valentin darf eine Rundfunkempfangsanlage betreiben

München-Lehel * Karl Valentins Gesuch zur Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Rundfunkempfangsanlage in der Wohnung wird von der Polizeidirektion positiv beschieden.



31. Dezember 1924 – Der amerikanische Ku-Klux-Klan hat vier Millionen Mitglieder

USA * Der amerikanische Ku-Klux-Klan hat vier Millionen Mitglieder und verfolgt eine Politik weißer Vorherrschaft insbesondere gegenüber Afro-Amerikanern. Er vertritt aber auch einen militanten Antikatholizismus und Antisemitismus.

1925 – Protest gegen den Teilabriss der Bogenhausener Georgskirche

München-Bogenhausen * Die Georgskirche soll umgebaut und dazu das Gotteshaus teilweise abgerissen werden. Die Pläne lösen massive Proteste aus, an denen sich als prominente Mitstreiterin auch Liesl Karlstadt beteiligt. Die Nationalsozialisten stellen sich den gläubigen Katholiken als Bewahrer und Helfer der Kirche dar und so entscheidet man sich bald darauf für den Neubau der Kirche Heilig Blut. Inzwischen ist aber schon der nördliche Teil des Friedhofs zur Schaffung des Erweiterungsbaues aufgelassen worden.

1925 – Faulhabers Buch: „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen“

München * Erzbischof Michael von Faulhaber veröffentlicht ein Buch mit dem Titel: „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen“. Zunächst stellt er fest, dass „darüber zu urteilen, was katholisch ist oder was an das Wesen des Katholizismus greift, [...] Sache des kirchlichen Lehramtes“ ist. Im nächsten Satz gibt er sich als Träger dieses Lehramtes aus. Und dann beginnt er zu politisieren. Benito Mussolini, der im Oktober 1922 mit seinem „Marsch auf Rom“ die Macht in Italien an sich gerissen hatte und die Verfassung nach seinen Vorstellungen abänderte, wurde vom Kardinal hoch gelobt, da „das Oberhaupt des italienischen Faschismus [...] die Geister des Kulturkampfes [...] bis heute mit fester Hand [...] im Zaun gehalten“ habe. Gleich darauf lässt Faulhaber seine Bewunderung für den deutschen Faschistenführer folgen, wenn er schreibt: „Adolf Hitler wußte besser als die Diadochen seiner Bewegung, daß die deutsche Geschichte nicht erst 1870 und nicht erst 1517 begann, daß für die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes die Kraftquellen der christlichen Kultur unentbehrlich sind, daß mit Wotanskult und Romhaß das Werk der Wiederaufrichtung nicht geleistet werden kann. Als Mann des Volkes kannte er auch die Seele des süddeutschen Volkes besser als andere und wußte, daß mit seiner Bewegung, die in ihrer Kehrseite Kampf gegen Rom ist, die Seele des Volkes nicht erobert wird“. Das Buch erscheint wohlgerneht in dem Jahr, in dem die NSDAP neu gegründet worden ist, in dem Adolf Hitler für mehrere Jahre ein Auftrittsverbot erhalten hat, in dem der erste Band von Hitlers „Mein Kampf“ erscheint und in dem die berüchtigte Schutzstaffel - SS gegründet wird.



März 1925 – Faulhaber verweigert dem Reichspräsidenten Ebert das Trauergeläut

München-Kreuzviertel * Unversöhnlich zeigt sich Erzbischof Michael von Faulhaber gegenüber dem am 28. Februar 1925 verstorbenen, der SPD angehörenden Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Der Kardinal verweigert ihm ein Trauergeläut in seiner Diözese, weil der Verstorbene ja auf dem Boden einer Verfassung stand, die „auf eine Trennung von Staat und Kirche abzielte“. Außerdem war Friedrich Ebert als „Mitglied und Führer einer politisch grundsätzlich religions- und kirchenfeindlichen Partei, nicht durch die Wahl des deutschen Volkes ‚Reichspräsident‘ geworden“.

August 1925 – Die „Studentenverbindung Rhaetia“ nimmt den Eisner-Mörder auf

München * Die farbentragende katholische bayerische „Studentenverbindung Rhaetia“ nimmt im Rahmen einer Festkneipe den eben aus der Haft entlassenen Mörder Anton Graf von Arco auf Valley in ihren Reihen auf. Arco war durch seinen Mord am bayerischen Ministerpräsidenten zum Helden der nationalen Rechten aufgestiegen. Dass er dabei von den Leibwächtern schwer verletzt wurde, machte auch noch einen Märtyrer aus ihm.

1926 – Anton von Arco arbeitet bei der neu gegründeten Lufthansa

München * Da Anton von Arco nach dem Krieg seinen erlernten Beruf eines Leutnants nicht mehr ausüben kann, arbeitet er bei der neu gegründeten Lufthansa. Bald darauf verdient er sein Geld als Immobilienmakler und als Vortragsreisender, wo er seine politischen Ideen propagiert und von seinem Heldenstatus profitiert.

1926 – Josephine Baker mit einem Gürtel aus 16 Plüschbananen

Paris * Als Josephine Baker im Folies-Bergère mit einem Gürtel aus 16 Plüschbananen über die Bühne fegt, sind ihr die Pariser Männer endgültig verfallen. Ihr schlanker, biegsamer Körper, der exotische Charme, die Verheißung erotischer Abenteuer jenseits von Zivilisation und abendländischer Moral passt genau zu dem nach Amüsement und Ekstase lechzenden Geist der Zwanzigerjahre.

1926 – Die Altöttinger-Kapelle am Gasteig wird umfassend erneuert



München-Haidhausen * Die Altöttinger-Kapelle am Gasteig wird entfeuchtet, restauriert und umfassend erneuert. Aus dieser Zeit stammt auch der Umgang mit den 14 Kreuzwegstationen aus Majolika.

27. Juni 1926 – Der Grundstein für die Giesinger Martin-Luther-Kirche wird gelegt

München-Obergiesing * Der Grundstein für die Giesinger Martin-Luther-Kirche wird gelegt. Auf gleicher Höhe sollen sich hier zwei Kirchen einander gegenüberstehen: der katholische Kathedralbau der Heilig-Kreuz-Kirche und die evangelische Martin-Luther-Kirche. Die Kirche steht auf dem Grund des ehemaligen Lehner-Bauerhofs. Ihre bewusste Platzwahl solle die Präsenz der protestantischen Gemeinde in Giesing betonen.

1. Januar 1927 – Die evangelische Martin-Luther-Kirche wird eingeweiht

München-Obergiesing * Die Martin-Luther-Kirche ist fertig zur Einweihung. Natürlich erreichte diese Kirche nicht die Dimensionen der katholischen Heilig-Kreuz-Kirche, ist aber mit elf Metern Breite und 19 Metern Länge durchaus eine der größeren evangelischen Kirchen Münchens. Auf jeden Fall ist sie die höchstgelegene. Bereits am Tag der Einweihung reichen ihre 800 Plätze nicht mehr aus für die hereindrängenden Giesinger Protestanten. Anders als bei früheren Kirchenbauten ist hier ein Zentrum mit Kirche und großem Pfarrhaus entstanden. Trotz der hohen Kosten von 971.225 Mark kann man die Kirche noch mit reichem Bauschmuck und einer Orgel ausstatten. Außen, auf der Bronzetür des Hauptportals, sind die wichtigsten der 95 Thesen Luthers zu lesen; rechts und links davon stehen die Figuren der vier Evangelisten und der vier großen Propheten. Das Innere der Kirche ist mit Gemälden ausgestattet, die alle einem theologischen oder geschichtlichen Programm folgen.

1928 – Dr. Fritz Gerlich und der „Konnersreuther Kreis“

München * Dr. Fritz Gerlich bewegt sich verstärkt in katholischen Kreisen. Im „Konnersreuther Kreis“ finden sich konservative Katholiken zusammen, die die Weimarer Republik retten wollen und „gegen die immer schärfere Radikalisierung des deutschen politischen Lebens eine Zeitung zu schaffen, um der Gefahr dieser Entwicklung mit der Macht des Naturrechts und der Festigkeit der christlichen Grundsätze entgegenzutreten“.



Februar 1928 – Parlamentarischer Disput über Josephine Bakers Auftritt

Wien * Als Josephine Baker für Februar 1928 einen Auftritt im Wiener Ronacher ankündigt, gehen die Wogen hoch. Eine fast nackte, dunkelhäutige Frau ist für das Wien der 1920er-Jahre zu viel. Die konservativen und katholischen Kreise protestieren, organisieren Aufmärsche und warnen, dass „der schwarze Teufel kommt“. Tageszeitungen sprechen vom „Negerskandal“, Vertreter der katholischen Kirche organisieren Sondergottesdienste zur Buße gegen Bakers „schwere Verstöße gegen die Moral“, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - NSDAP - Wiens protestiert gegen ihre „obszönen“ Auftritte und fordert ein Auftrittsverbot. Es wird öffentlich und sogar im Parlament diskutiert, ob man ihren Auftritt nicht verbieten sollte. Ein christsozialer Abgeordneter meint, dass Josephine Baker eine Gefährdung der öffentlichen Moral sei. „Wir können keine pornografischen Tanzaufführungen zulassen.“ Worauf ein liberaler Abgeordneter kontert: „Gott hat die Menschen nackt erschaffen. Wenn wir Nacktheit verbieten, kommt das Blasphemie gleich.“

August 1928 – „Eine Stätte solider Trinkfestigkeit scheint der Ratskeller zu sein“

München-Graggenau * In der Stadtchronik ist zu lesen: „Eine Stätte solider Trinkfestigkeit scheint der Ratskeller zu sein; dort und in der Regieweinkellerei wurden im letzten Jahre 195.000 Flaschen Rot- und Weißweine und 5.000 Flaschen Schaumweine umgesetzt und hierfür 560.000 Mark eingenommen; 285.000 Mark wurden wieder für Weinankauf ausgegeben, einschließlich Fracht, Umsatzsteuer, Weinproben und Reisekosten; von dem Gesamtumsatze von 567.000 Mark werden 20.000 Mark an den Gemeindehaushalt abgeliefert“.

1929 – Die Löwenbräu AG knackt die Ein-Millionen-Hektoliter-Grenze

München-Maxvorstadt * Die Löwenbräu AG kann als erste Münchner Brauerei die Ein-Millionen-Hektoliter-Grenze durchbrechen.

August 1929 – Ein „Florida für die Armen“ mitten in Haidhausen

München-Haidhausen * In der Münchner Chronik der Süddeutschen Sonntagspost findet sich eine Reportage über die Vorkommnisse während der besonders heißen „Hundstage“. Ein Journalist beschreibt darin, mit welcher jubelnden Begeisterung die Haidhauser, besonders die Kinder, den neuen Brunnen angenommen haben. „Der Magistrat“, so der Zeitungsschreiber,



hat den Kindern „ein kleines Paradies“ spendiert, ein „Florida für die Armen“, mit frischem, kaltem Wasser und einer Fontäneninsel in der Mitte, bei dem eigentlich nur die einladende Tafel „Familienbad für Kinder“ fehlt. Die Kleinen waten „lustig hinein in den Märchenbrunnen zu den dreißig anderen, die da planschen und spritzen, pfeifend und singend, umgeben von einem Kranz wohlwollender erwachsener Zuschauer“. Ein wahres Geschenk, denn die Badeanstalt kostet „ein Zehnerl Eintritt, das man erst haben muß, wenn man es ausgeben will“. Der gelobte Münchner Stadtrat reagiert auf die Hymnen unbeholfen und verlegen. Denn, so die Verlautbarung, er „hat gar nicht gewußt, was die Haidhauser Wirbelköpfe aus seinem Brunnen gemacht haben!“ Und weiter, die „Stadtverwaltung“ hat „es erst erfahren durch Zuschriften einiger galliger Umbewohner, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen, die nicht verstehen, daß diese kleinen blassen Körperchen, die trotz der Ferien ans Großstadtpflaster gebannt sind, sich ein wenig austollen wollen. Ruhestörung! Es war ein Irrtum. Der Brunnen ist mißverstanden worden von den Kindern, von den Zuschauern, sogar von dem wackeren Polizeimann, der schmunzelnd vorbeiging und ebenfalls dachte, es sei ganz in Ordnung so“. Im Gegenteil. „Die Haidhauser hatten das Waten einfach auf eigene Faust eingeführt“ und angesichts der „Hundstage“ die „amtliche Billigung“ vorausgesetzt, muss sich der Journalist von der Stadtverwaltung belehren lassen. Natürlich muss ein Schild her, eine „leuchtende Verbotstafel“ mit der Aufschrift „Waten und Baden verboten“. Die sarkastische, weder die Stadtverwaltung noch die Miesmacher schonende Reportage stammt aus der Feder des nachmaligen SZ-Chefredakteurs und Herausgebers der Münchner Abendzeitung, Werner Friedmann.

November 1929 – Adolf Hitler zieht in eine 317 Quadratmeter große Neun-Zimmer-Wohnung

München-Haidhausen * Adolf Hitler zieht aus seinem kleinen Zimmer im Lehel hinauf in das noble Viertel um das Prinzregententheater, in eine 317 Quadratmeter große Neun-Zimmer-Wohnung. Sein sozialer und politischer Aufstieg ist durch das Großbürgertum gefördert und finanziert worden. Hugo Bruckmann hilft Hitler bei der Finanzierung der Wohnung, nachdem sich der Vermieter zunächst skeptisch zeigt, ob denn der neue Mieter überhaupt in der Lage ist, die Jahresmiete von 4.176 Reichsmark bezahlen zu können. Erst nachdem Bruckmann für die pünktliche Bezahlung der Miete bürgt, wird der Mietvertrag abgeschlossen. Geli Raubal, Hitlers Nichte, zieht ebenfalls in die Wohnung ihres Onkels am Prinzregentenplatz 16 ein. Das Medizinstudium gibt „Geli“ nach einem Semester auf, da sie „Wagner-Sängerin“ werden will. Hitler bezahlt den Gesangsunterricht. Doch ihre begrenzte Begabung und das Leben im Glanz des aufstrebenden Polit-Stars lenkt sie stark von intensiver Gesangsarbeit ab.

1930 – Die politischen Unruhen im roten Giesing wachsen



München-Obergiesing * Während der Wirtschaftskrisen wachsen die politischen Unruhen im roten Giesing, sodass mehrmals Gottesdienste in der Martin-Luther-Kirche gegen kommunistische Störer geschützt werden müssen. Der Grund ist, dass viele Giesinger Gemeindemitglieder im Nationalsozialismus den „Retter religiöser Werte“ sehen.

9. September 1930 – Brandbrief an Kardinal Faulhaber und die Bischofskonferenz

München * Pater Rupert Mayer schreibt einen Brief an Kardinal Michael Faulhaber und die Bischofskonferenz, in dem sich der Jesuit wie folgt äußert: „Die völkischen Hetzereien können wir uns nicht groß genug vorstellen. So herrscht in unserem katholischen Volk eine beispiellose Verwirrung. Unbegreiflich, aber wahr ist es, daß der Hitlerschwindel wieder die weitesten, auch katholischen Volkskreise erfasst hat“.

Oktober 1930 – Die erste Ausgabe des „Illustrierten Sonntag“ erscheint

München * Im neugegründeten „Naturverlag“ erscheint die erste Ausgabe des „Illustrierten Sonntag“ mit Dr. Fritz Gerlich als „Chefredakteur“. Aus der unbedeutenden „Sonntagszeitung“ macht er in nur zwei Jahren ein viel beachtetes „politisches Kampfblatt gegen den Nationalsozialismus“. Gerlich hat sich von einem scharfen Nationalisten mit antidemokratischen Sympathien zu einem erbitterten Gegner Hitlers und einem wütenden Verteidiger der Weimarer Republik entwickelt.

18. November 1930 – Die Bischöfe beschäftigen sich mit dem Nationalsozialismus

München * Die Bischöfe beschäftigen sich in einer Diözesansynode auch mit dem Nationalsozialismus. Domdekan Prälat Dr. Anton Scharnagl referiert über dieses Thema. Seine Ausführungen beginnen mit den Worten: „Der Nationalsozialismus ist politische Partei und Weltanschauung zugleich“ und kommt zum Ergebnis, dass der Nationalsozialismus mit den Aussagen der katholischen Glaubenslehre unvereinbar sei. Dr. Scharnagl begründet danach seine Thesen mit den von den Nationalsozialisten propagierten germanischen Christentum, der Ablehnung des Alten Testaments, der Forderung nach einer deutschen Volkskirche, der Ablehnung der Bekenntnisschule und einer rassistisch definierten Sittlichkeit, die die kinderlose Frau als minderwertiges Mitglied der Volksgemeinschaft betrachtet. In den angefügten Feststellungen wird der Sachverhalt in nie mehr wiederholter Deutlichkeit schließlich auf den Punkt gebracht: „Der Nationalsozialismus ist eine Häresie und mit der christlichen



Weltanschauung nicht in Einklang zu bringen.“ Das im Februar 1931 veröffentlichte Amtsblatt Nr. 4 schwächt allerdings entscheidende Passagen bereits wieder ab.

2. Februar 1931 – Karl Valentins Antrag eines Bühnenspielbetriebs im Goethesaal

München-Schwabing * Karl Valentin stellt den „Antrag zur Erteilung eines Bühnenspielbetriebs im Goethesaal“ in der Leopoldstraße 46a und begründet diesen mit seiner Asthmaerkrankung. Doch selbst ein Künstler wie Karl Valentin muss sich den polizeilichen Vorgaben unterwerfen. Er erhält zwar die Konzession, doch kleinliche behördliche Auflagen zwingen ihn schon bald wieder zur Aufgabe des Lokals. Die Feuerpolizei will ihm sogar eine wichtige Pointe aus dem Bühnenstück „Im Photoatelier“ zunichte machen. Sie verbietet Karl Valentin, dass das in der Szene vom Gehilfen abgeschnittene glühende Ende der Zigarette, die Valentin verbotenerweise im Atelier raucht, auf den Boden fällt und sich durch seine Rauchentwicklung verrät, was zu Valentins Ausrede führt, es handle sich dabei wohl um ein „Glühwürmchen“.

26. April 1931 – „Die Behörden erschwerten ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne“

München * In der Süddeutschen Sonntagspost heißt es zu Karl Valentins Scheitern im Goethesaal: „Seine Nervenzerrüttung ist in erster Linie auf die zahlreichen, fortgesetzten, paragraphenhaften, kleinlichen Reklamationen zurückzuführen, mit denen die Behörden ihm die Arbeit auf seiner eigenen Bühne erschwerten“.

30. April 1931 – Karl Valentin gibt die „Konzession für den Goethesaal“ zurück

München * In einem aus einer Zeile bestehenden Brief an die Polizeidirektion gibt Karl Valentin - knapp zwei Monate nach der Eröffnung - seine „Konzession für einen Spielbetrieb im Goethesaal“ in der Leopoldstraße 46a wieder zurück.

Juli 1931 – Ein Katholischer Bildersturm gegen das Valentin-Stück „Der Firmling“

München * Es kommt zum Katholischen Bildersturm gegen ein ausgestelltes Szenenfoto aus dem Valentin-Stück „Der Firmling“. Die katholische Kirche hatte in der Presse verlautbaren lassen, dass das Bild „eine unwürdige und verzerrende Verletzung des heiligen Sakraments der Firmung“ darstelle. Karl Valentin droht daraufhin München zu verlassen.



18. September 1931 – Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht Selbstmord

München-Haidhausen * Die 23-jährige „Privatstudierende“ Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht in Adolf Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz 16 Selbstmord durch Erschießen. Es handelt sich dabei um eine Tochter von Hitlers Halbschwester Angela Raubal. Die schweren Verletzungen und die weitere Umstände, über die die Münchener Post berichtet, signalisieren der Öffentlichkeit den Verdacht auf ein Verbrechen. Die Staatsanwaltschaft beauftragt deshalb sofort den Polizeiarzt, die Leiche nochmals zu untersuchen.

29. September 1931 – Dr. Fritz Gerlich trifft die Resl von Konnersreuth

Eichstätt * Die Begegnung mit der Resl von Konnersreuth war Dr. Fritz Gerlichs persönliches Damaskus-Erlebnis. Er konvertiert am Fest des heiligen Michael in der Chorkapelle der Kapuziner in Eichstätt zum katholischen Glauben und lässt sich auf den Namen Michael taufen.

5. März 1932 – Fritz Gerlich: „Kein Katholik darf nationalistisch wählen“

München * Dr. Fritz Gerlich überschreibt die Zeitung „Der gerade Weg“ mit den Worten: „Nein! Nein! Nein! Kein Katholik darf nationalistisch wählen“.

6. März 1932 – Dr. Fritz Gerlich kommentiert Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf“

München * Dr. Fritz Gerlich kommentiert Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf“ und identifiziert Alfred Rosenberg, den Chefredakteur des Völkischen Beobachters, als den eigentlichen „geistigen und weltanschaulichen Führer des Nationalsozialismus“, der „turmhoch über dem kleinen Dekorationsmaler aus Braunau steht“. Rosenberg hat in seinem Buch „Mythos des 20. Jahrhunderts“ klar Position gegen deutsch-christliche und speziell katholische Ideen bezogen.

31. Juli 1932 – NSDAP wird stärkste Partei

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Partei im Deutschen Reich. Eine absolute Mehrheit erreicht sie jedoch nicht. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der schweren Wirtschafts- und Staatskrise der Weimarer Republik, die von hoher Arbeitslosigkeit, politischer Instabilität und wachsender



Unzufriedenheit geprägt ist. Obwohl Adolf Hitler zunächst nicht zum Reichskanzler ernannt wird, markiert die Wahl einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.

17. Dezember 1932 – Tischgebet im Maximilianeum

München-Haidhausen * Der als Vorstand der Stiftung Maximilianeum frisch eingesetzt 34-jährige Ministerialrat Hans Rheinfelder erregt Aufsehen, da er das Tischgebet bei den gemeinsamen Mahlzeiten einführt. Das entspricht aber in keinster Weise der Tradition des Zusammenlebens im Maximilianeum. Da Rheinfelder zudem auf ein katholisches Tischgebet besteht, kommt es zuerst zu Protesten der evangelischen Studenten.

30. Januar 1933 – Mit dem Nationalsozialismus kommt das Eheverbot für Lehrerinnen zurück

Deutsches Reich * Mit dem Nationalsozialismus kommen die alten, stockkonservativen Töne wieder zurück. Die NS-Machthaber entlassen alle verheirateten Lehrerinnen und kürzen den verbliebenen Gehalt um zehn Prozent. Die Meinung, „die deutsche Mutter gehört zu den Kindern nach Hause“, ändert sich programmatisch erst wieder, nachdem die Lehrer zum Kriegsdienst eingezogen worden sind. Nun darf die Frau wieder einmal ihren Mann stehen.

30. Januar 1933 – Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung

Berlin - Deutsches Reich * Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 beginnt für die jüdische Bevölkerung Deutschlands eine neue Phase der Ausgrenzung und Verfolgung. Antisemitische Diskriminierung, die bereits zuvor das öffentliche Leben prägt, wird nun zur staatlichen Politik. In den folgenden Jahren werden jüdische Bürger systematisch entrechtet, aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verdrängt und zunehmend Gewalt und Terror ausgesetzt. Auch für die Münchner Juden verschärft sich die Lage rasch. Die nationalsozialistische Machtübernahme markiert den Beginn einer Entwicklung, die über Entrechtung, Enteignung und Verfolgung schließlich in Deportation und Ermordung mündet.

5. Februar 1933 – SA- und SS-Horden ziehen in einem Triumphzug durch die Arbeiterviertel

München-Giesing * Giesing gilt den Nazis als ein zu brechendes Symbol der Opposition. Schon



eine Woche nach Hitlers Machtergreifung ziehen die braunen SA- und SS-Horden in einem Triumphzug durch die Arbeiterviertel, um sich als Sieger und Träger der Staatsgewalt zu präsentieren. Mit diesem Propagandamarsch durch Giesing und Haidhausen - geschützt durch Polizei und Staatsgewalt - wollen sie ihren Herrschaftsanspruch demonstrieren.

21. Februar 1933 – Hermann Göring will SPDler durch „national gesinnte“ Beamte ersetzen

Berlin * Hermann Göring will in den Polizeiverwaltungen in Preußen SPD-Mitglieder durch „national gesinnte“ Beamte ersetzen.

28. Februar 1933 – Die Reichstagsbrandverordnung wird erlassen

Berlin * Die Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg „Zum Schutz von Volk und Staat“, die sogenannte Reichstagsbrandverordnung wird erlassen. Damit werden unter anderem Grundrechte außer Kraft gesetzt und willkürliche polizeiliche Schutzhaft ohne richterliche Kontrolle ermöglicht.

März 1933 – Das Künstlerhaus unter nationalsozialistischer Herrschaft

München-Kreuzviertel * Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 beginnt auch für das Münchner Künstlerhaus ein tiefgreifender Einschnitt. Im Zuge der sogenannten Gleichschaltung werden unabhängige Vereine und kulturelle Institutionen aufgelöst oder unter die Kontrolle des NS-Regimes gestellt. Als freier Zusammenschluss von Künstlern und Kulturschaffenden entspricht der Künstlerhaus-Verein nicht den kulturpolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten. Sie verfolgen das Ziel, Kunst und Kultur vollständig in den Dienst ihrer Ideologie zu stellen. Das Künstlerhaus verliert seine Unabhängigkeit und wird für regimetreue Ausstellungen und propagandistische Veranstaltungen genutzt. Jüdische Künstlerinnen und Künstler sowie politisch missliebige oder als „entartet“ diffamierte Kunstschaffende werden ausgeschlossen, verfolgt oder zur Emigration gezwungen. Damit endet der ursprünglich offene und pluralistische Charakter des Künstlerhauses.

5. März 1933 – Die gemeinsamen Feinde der katholischen Kirche und der NSDAP

München-Kreuzviertel - München-Maxvorstadt * In ihrer unbedingten Gegnerschaft zum



Bolschewismus und zur Freidenker- und Gottlosenbewegung sind sich katholische Kirche und NSDAP einig. In einem Schreiben teilt Kardinal Michael von Faulhaber dem päpstlichen Nuntius Alberto Vassallo di Torregrossa mit: „Verbot auf die gesamte kommunistische Propaganda und auf die sozialdemokratischen Freidenkerverbände ausgedehnt, die ebenso radikal wie die eigentlichen Proletarier gegen christlichen Glauben und christliche Sitte wüteten. [...] Sicher müssen neben den staatlichen Gewaltmitteln heute die kirchlichen Kräfte neu erweckt werden, um den Vormarsch des russischen Bolschewismus zum Weltbolschewismus in Deutschland aufzuhalten.“

7. März 1933 – Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Berlin * Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wird die Möglichkeit geschaffen, ein Verfahren zur politischen Überprüfung bei Versetzungen oder Berufungen in Gang zu setzen.

8. März 1933 – Die letzte Ausgabe der Zeitschrift „Der gerade Weg“ erscheint

München * Die letzte Ausgabe der Zeitschrift „Der gerade Weg“ erscheint. Dr. Fritz Gerlich bezeichnet darin Hitler und dessen Politik als „undemokratisch und verbrecherisch“. Die Auflage der Zeitschrift liegt bei 1,25 Millionen Exemplare.

9. März 1933 – Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern

München-Kreuzviertel * Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern durch die Nationalsozialisten. Bayern wird als Letztes der deutschen Länder in Hitlers Herrschaft eingefügt. Ritter Franz-Xaver von Epp wird Reichskommissar für Bayern, Heinrich Himmler kommissarischer Polizeipräsident in München.

9. März 1933 – Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Bayern

München-Graggenau * Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Bayern. Max Amann hisst die Hakenkreuzfahne am Münchner Rathaus. Nun beginnt die systematische Ausschaltung ihrer politischen Gegner.



9. März 1933 – Dr. Fritz Gerlich wird noch am Tag der Machtübernahme verhaftet

München-Maxvorstadt * Dr. Fritz Gerlich wird noch am Tag der Machtübernahme verhaftet. Obwohl er keinen Widerstand leistet, verprügeln ihn die Nazi-Schläger und bringen ihn ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, wo er in Einzelhaft sitzt und gefoltert wird.

10. März 1933 – Hausdurchsuchung im Maximilianeum durch SA-Leute

München-Haidhausen * SA-Leute führen im Maximilianeum eine Hausdurchsuchung durch. Ihr Augenmerk fällt zunächst auf die Bayernwehr, die im Maximilianeum Räume belegt hatte. Sie beschlagnahmen die dort gefundenen Übungsgewehre. Weitere Durchsuchungen und Besetzungen durch Polizei, SA und Stahlhelm folgen. Vor dem Eingang des Maximilianeums stehen seither Posten, die die Stipendiaten nur nach Abgabe einer Parole durchlassen. Eine Intervention beim Kultusminister Hans Schemm, der zugleich Gauleiter ist, führt zum Abzug der SA-Posten. Außerdem gibt er Weisung, dass „das Maximilianeum in jeder Weise zu schützen sei“. Er fördert auch die Erneuerung der Außenfassade des Maximilianeums an der Westseite.

21. März 1933 – Ein Konzentrationslager für politische Gefangene

München - Dachau * Im Völkischen Beobachter und in den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint eine von Heinrich Himmler, dem Reichsführer SS und zugleich kommissarischen Polizeipräsidenten von München, veranlasste Pressemeldung mit der Überschrift „Ein Konzentrationslager für politische Gefangene“. In der Meldung ist zu lesen: „Am Mittwoch [nächster Tag] wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager eröffnet. Es hat ein Fassungsvermögen von 5.000 Menschen.“ Weiter heißt es, dass dort „die gesamten kommunistischen und - soweit notwendig - Reichsbanner- und marxistische Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen“ werden. Abschließend erklärt Himmler: „Wir haben diese Maßnahme ohne jede Rücksicht auf kleinliche Bedenken getroffen in der Überzeugung, damit zur Beruhigung der nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinn zu handeln.“

22. März 1933 – Im KZ Dachau werden die ersten Menschen inhaftiert

Dachau * Im KZ Dachau werden die ersten Menschen inhaftiert. Am Vormittag gegen 10 Uhr steigen im Zuchthaus Landsberg die ersten 50 Gefangenen auf Lastwagen,



die sie nach Dachau bringen. Gegen Mittag trifft der Transport an der ehemaligen Pulverfabrik ein, vor deren Eingang sich eine Menschenmenge Schaulustiger versammelt hat. Das Konzentrationslager Dachau wird von der 2. Polizei-Hundertschaft der Bayerischen Landespolizei bewacht. Der Münchner Rechtsreferendar Claus Bastian trägt die Gefangenenummer 1. Über 200.000 werden ihm folgen. In den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft werden im KZ Dachau 41.500 Menschen ermordet, verhungern oder an Krankheiten sterben.

April 1933 – Gleichschaltung und Anpassung der Kammerspiele

München-Grugge * Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 geraten auch die Münchner Kammerspiele unter den Einfluss der neuen Kulturpolitik. Wie alle bedeutenden Theaterinstitutionen werden sie schrittweise gleichgeschaltet. Jüdische Künstlerinnen und Künstler sowie politisch missliebige Mitarbeiter müssen das Haus verlassen, während die Spielpläne zunehmend staatlicher Kontrolle unterliegen. Trotz dieser Anpassung entwickeln sich die Kammerspiele jedoch nicht zu einem Vorzeigetheater nationalsozialistischer Propaganda. Im Vergleich zu anderen Bühnen werden offen ideologische Propagandastücke hier nur selten aufgeführt. Stattdessen prägen vor allem Klassiker, literarische Werke und weitgehend unpolitische Stoffe das Programm. Die Kammerspiele bewegen sich damit in einem Spannungsfeld zwischen politischer Anpassung, institutionellem Fortbestand und dem Bemühen, wesentliche Teile ihres künstlerischen Profils zu bewahren.

1. April 1933 – Heinrich Himmler wird Politischer Polizeikommandeur in Bayern

München * Heinrich Himmler wird zum Politischen Polizeikommandeur Bayerns ernannt.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“ seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.



5. April 1933 – Ärger über einen Artikel gegen den Judenboykott

München-Kreuzviertel * Der Geistliche Dr. Alois Wurm, der gleichzeitig Herausgeber der Monatsschrift „Seele“ ist, wendet sich an Kardinal Michael von Faulhaber. Wurm hat einen Artikel gegen den „Judenboykott“ an eine bayerische Zeitung geschrieben, diese den aber nicht abgedruckt. Aus diesem Grund appelliert der Priester an Faulhaber, in der katholischen Presse zur Orientierung der Katholiken klare Aussagen zum Vorgehen gegen die Juden zu machen. Schließlich, so Wurm weiter, sei es mit der katholischen Lehre nicht vereinbar, wenn ein Mensch unschuldig, nur wegen seiner Rasse gehasst oder verfolgt werde. Scheinbar ist dem Kardinal der Ton des Geistlichen zu fordernd. Jedenfalls reagiert Michael von Faulhaber sehr ungehalten auf diesen Brief.

5. April 1933 – Die Cenovis-Werke werden vom NS-Boykott ausgenommen

München-Au * Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ der NSDAP nimmt zur Frage Stellung, ob die Cenovis-Werke von den Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte betroffen seien. In seiner Antwort kommt das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Boykott des Unternehmens nicht gegeben seien und die Cenovis-Werke deshalb nicht unter den reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 fielen. Die Anfrage verdeutlicht den wachsenden politischen Druck und die zunehmende Diskriminierung von Unternehmern jüdischer Herkunft in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft.

7. April 1933 – Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

Berlin * Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ tritt in Kraft. Es ermächtigt die neuen Machthaber zur Entlassung oder Zwangspensionierung politisch „unzuverlässiger Elemente“ und von Beamten jüdischer Herkunft.

8. April 1933 – Faulhaber erklärt sich als nicht zuständig für die Juden

München-Kreuzviertel * In seinem Antwortschreiben an den Geistlichen Dr. Alois Wurm erklärt sich Kardinal Michael von Faulhaber gleich im ersten Satz als nicht zuständig, sich für Juden einzusetzen und fordert im Gegenzug Dr. Wurm zum Handeln auf. Natürlich findet auch er, dass „dieses Vorgehen gegen die Juden [...] derart unchristlich [ist], daß jeder Christ,



nicht bloß jeder Priester, dagegen auftreten müsste“. Aus Faulhabers Sicht bestehen aber für die „kirchlichen Oberbehörden [...] weit wichtigere Gegenwartsfragen; denn Schule, der Weiterbestand der katholischen Vereine, Sterilisierung sind für das Christentum in unserer Heimat noch wichtiger, zumal man annehmen darf, und zum Teil schon erlebte, daß die Juden sich selber helfen können, daß wir also keinen Grund haben, der Regierung einen Grund zu geben, um die Judenhetze in eine Jesuitenhetze umzubiegen. Ich bekomme von verschiedenen Seiten die Anfrage, warum die Kirche nichts gegen die Judenverfolgung tue. Ich bin darüber befremdet; denn bei einer Hetze gegen die Katholiken oder gegen den Bischof hat kein Mensch gefragt, was man gegen diese Hetze tun könne. Das ist und bleibt das Geheimnis der Passion“.

11. Mai 1933 – Nationalsozialistischer Druck verändert die Führung der Löwenbräu AG

München-Maxvorstadt * Im Vorstand der Löwenbräu AG werden die zunehmenden Angriffe der nationalsozialistischen Machthaber auf das Unternehmen erörtert. Befürchtet werden der Verlust städtischer und staatlicher Lieferaufträge sowie mögliche Boykottmaßnahmen. Infolge des politischen Drucks stellen mehrere jüdische Vorstandsmitglieder ihre Mandate zur Verfügung. Joseph Schüle in zieht sich auf sein Gut Kaltenberg zurück. Dr. Hermann Schüle in bleibt aufgrund seiner herausragenden fachlichen Bedeutung zunächst Mitglied des Vorstands, muss jedoch den Vorsitz des Unternehmens aufgeben.

4. Juli 1933 – Die Bayerische Volkspartei - BVP löst sich auf

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP löst sich auf. Zuvor hat Heinrich Himmlers Bayerische Politische Polizei - BPP nahezu alle wichtigen Funktionäre und sämtliche BVP-Land- und Reichstagsabgeordnete verhaften lassen.

14. Juli 1933 – Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses

Berlin * Im Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bestimmten die Nationalsozialisten, dass Menschen in acht Krankheitsfällen - auch gegen ihren Willen - sterilisiert, also unfruchtbar gemacht werden können. Die aufgeführten Krankheiten sind: angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressives Irresein, Epilepsie, Veitstanz, erbliche Blindheit und Taubheit und schwere körperliche Mißbildungen. Außerdem können Personen, die an schwerem Alkoholismus leiden, unfruchtbar gemacht werden. In den Jahren von 1933



bis 1945 werden aufgrund dieses Gesetzes circa 400.000 Männer und Frauen mit erblichen Krankheiten sterilisiert. Nach den Grundsätzen nationalsozialistischer Erbgesundheitspflege gehört die Maßnahme der Sterilisation zur künstlichen Ausmerze, die bis zur Vernichtung lebensunwerten Lebens geht.

20. Juli 1933 – Das Konkordat wird ratifiziert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom - katholischen - Vizekanzler Franz von Papen und vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

22. September 1933 – Kinobetreiber müssen Mitglied in der Reichsfilmkammer werden

Deutsches Reich * Mit der Errichtung der „Reichsfilmkammer“ muss jeder in der Filmbranche Tätige Mitglied dieser obersten Kontrollbehörde sein. Das kann er aber nur bei „politischer Zuverlässigkeit“ und „arischer Abstammung“ werden. Das bedeutet in der Praxis ein Berufsverbot für die jüdischen Kinobetreiber. Dazu zählt auch Wilhelm van Laak, der die Museum-Lichtspiele zwischen 1928 und 1930 geführt hat.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung



der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ 23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstraße und Schüleinplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schülein nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

28. September 1933 – Die Münchner Brockensammlung wird aufgelöst



München-Isarvorstadt * Der Verein Münchner Brockensammlung e. V. löst sich als Träger und Organisator des Brockenhauses auf. Dieser Schritt ist aber keine Folge innerer Schwäche, sondern die direkte Konsequenz der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik. Die Brockensammlung wird Opfer einer gezielten Ausschaltung unabhängiger sozialer Initiativen im Zuge der antisemitisch und ideologisch motivierten Repression, die keinerlei abweichendes gesellschaftliches Engagement mehr duldet.

Oktober 1933 – Wird das Maximilianeum ein Kameradschaftshaus ?

München-Haidhausen * Der Reichsinnenminister, der seit der Machtübernahme die Hochschulpolitik vereinigt, verfügt, dass Studentenheime und Korpshäuser in Kameradschaftshäuser umgewandelt werden sollen. Die Studenten haben darin in Kameradschaften von zehn bis fünfzehn Mann zusammenzuleben. Da Gemeinschaftserziehung und Gemeinschaftsbildung zu den herausragenden Erziehungszielen auf allen Ebenen des nationalsozialistischen Bildungssystems gehören, will man kein Universitätsstudium ohne die Gemeinschaftserfahrung des Lebens in einem - im Sinne des Nationalsozialismus ausgerichteten - Kameradschaftshaus erfolgen lassen. Außerdem sollten sie weltanschaulich und sportlich erzogen werden.

18. Januar 1934 – Die Villa von Thomas Mann wird konfisziert

München-Bogenhausen * Die Bayerische Politische Polizei - BPP konfisziert die Villa von Thomas Mann in der Poschingerstraße 1, heute: Thomas-Mann-Allee 10.

30. Januar 1934 – Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches

München-Kreuzviertel * Der Freistaat Bayern geht mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches unter. Die Länderparlamente und die Hoheitsrechte der Länder werden aufgehoben.

Die Länderregierungen werden zu Mittelbehörden des Reichs. Die deutschen Länder dürfen keine eigenen diplomatischen Vertretungen mehr unterhalten. Reichsstatthalter Franz Xaver Ritter von Epp untersteht der Dienstaufsicht des Reichsinnenministeriums. Seine Aufgabe besteht hauptsächlich in der schrittweisen Auflösung der politischen Selbstständigkeit Bayerns.

Als Epps Amtssitz wird das ehemalige Gebäude der Preußischen Gesandtschaft ausgewählt, das inzwischen in den Besitz des Deutschen Reichs übergegangen war.



9. April 1934 – Konzession für Karl Valentins „Panoptikum“ bewilligt

München * Die Polizeidirektion bewilligt die Konzession für Valentins „Panoptikum“ für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1934.

8. Mai 1934 – Geschwindigkeitsbegrenzungen werden aufgehoben

Berlin - Deutsches Reich * Mit der Reichs-Straßenverkehrsordnung werden alle Bestimmungen über Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgehoben. Damit soll der Autoabsatz angekurbelt werden.

10. Oktober 1934 – Angst um den Weiterbetrieb der Stiftung Maximilianeum

Berlin - München-Haidhausen * Das Kuratorium beim Kultusministerium stellt den Antrag auf Anerkennung der Stiftung Maximilianeum als studentisches Kameradschaftshaus. Man befürchtet, dass sonst der Weiterbetrieb der Stiftung gefährdet sei, nachdem die Universitäten und Fakultäten bereits Ende 1933 nach dem Führerprinzip reorganisiert worden waren und dadurch ernannte Rektoren und Dekane erhielten, womit zugleich die Selbstverwaltung durch den Senat ausgeschaltet wurde. Im Zuge dieser Maßnahmen kam es zu umfangreichen politisch motivierten Säuberungen des Personalstamms. Für die Entlassenen wurden junge Nationalsozialisten strategisch platziert.

16. November 1934 – Hitler entmachtet die Deutsche Studentenschaft

Berlin - München-Haidhausen * Reichskanzler Adolf Hitler überträgt auf Antrag des Reichserziehungsministers Bernhard Rust dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund die gesamte politisch-weltanschauliche Erziehung der Studentenschaft und entmachtet damit faktisch die Deutsche Studentenschaft. Damit ist der Antrag des Kuratoriums auf Anerkennung der Stiftung Maximilianeum als studentisches Kameradschaftshaus gegenstandslos geworden.

Februar 1935 – Eine politisch motivierte Säuberung des Kuratoriums

Berlin - München-Haidhausen * Das Kultusministerium teilt dem Kuratoriumsvorsitzenden mit,



dass „eine Umbildung, insbesondere Verjüngung des Kuratoriums“ bevorsteht. Seine Neubesetzung mit parteinahen Nationalsozialisten ist die Grundvoraussetzung für die anschließende Verdrängung des Stiftungsvorstands des Maximilianeums, Professor Hans Rheinfelder. Es folgt eine politisch motivierte Säuberung des Kuratoriums. Man will mindestens drei Mitglieder dieses Gremiums vorzeitig ihres Amtes entheben. Das geht aber nur, wenn die Betroffenen von sich aus ihren Rücktritt erklären. Anton Dyroff und Walter Lotz sind bereits über 68 Jahre alt und sollen deshalb aus Altersgründen pensioniert werden. Wilhelm Freiherr von Pechstein vertritt eine konservative, strikt gegen den Nationalsozialismus und besonders seine Kirchenpolitik gerichtete Einstellung. Hinzu kommt später noch Aloys Fischer, der mit einer nichtarischen Frau verheiratet ist.

Juni 1935 – Vernichtende Gutachten für Professor Hans Rheinfelder

München - Halle - Köln * Professor Hans Rheinfelder erhält nahezu gleichzeitig eine Berufung nach Halle und Köln erhalten. Um sich vor möglichen späteren Konflikten zu schützen, werden von den aufnehmenden Universitäten Gutachten eingeholt. Diese fallen für Professor Rheinfelder wie folgt aus: „Politisch stand und steht Rh. unbeirrbar und unbelehrbar auf dem Boden der Bayerischen Volkspartei. Zu den Grundsätzen des Deutschen Reiches kann er bei seiner durchaus unheroischen schwächlich-pazifistischen und konfessionell verstockten Einstellung keine innere Fühlung bekommen, ja er bemüht sich auch nicht im mindesten darum, diese zu gewinnen. Kultur ist ihm gleich katholische Kirche. [...] Im übrigen aber ist seine Weltanschauung für die Zwecke des Dritten Reiches völlig unbrauchbar.“

25. Juni 1935 – Ein Sicherheits- und Hilfsdienst wird eingerichtet

Berlin * Das Luftschutzgesetz verpflichtet alle Deutschen zu „Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen [...], die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind“. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern muss ein Sicherheits- und Hilfsdienst unter der Leitung des Polizeipräsidenten aufgestellt werden. Er erhält später den Namen Luftschutzpolizei. Die Feuerwehr untersteht somit bei kriegsbedingten Einsätzen dem örtlichen Luftschutzleiter, bei „normalen“ - friedensmäßigen - Einsätzen ist weiterhin der Oberbürgermeister ihr höchster Dienstvorgesetzter in der Stadt.

17. August 1935 – Anfertigung einer zentralen Judenkartei durch die Gestapo



Berlin * Anfertigung einer zentralen Judenkartei durch die Geheime Staatspolizei - Gestapo.

11. Oktober 1935 – Der Maximilianeums-Stiftungsvorstand soll ausgetauscht werden

München-Haidhausen * Bis auf den Historiker Karl Alexander von Müller, einem aus nationalsozialistischer Sicht politisch eindeutig zuverlässigen Mann, wird Stiftungs-Vorstand des Maximilianeums mit nationalsozialistischen Parteigängern in Gänze neu besetzt.

November 1935 – Dr. Hermann Schüle in scheidet aus der Löwenbräu AG aus

München-Maxvorstadt * Dr. Hermann Schüle in beendet seine Tätigkeit bei der Löwenbräu AG. Offiziell erfolgt sein Ausscheiden auf eigenen Wunsch unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand. Der Rückzug fällt in eine Zeit zunehmenden politischen Drucks auf jüdische Unternehmer und Führungskräfte im nationalsozialistischen Deutschland.

2. Dezember 1935 – Die NSDAP erkundigt sich nach der Herkunft des Cenovis-Generaldirektors

München * Die NSDAP richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und verlangt Auskunft darüber, ob der Generaldirektor der Cenovis-Werke als „arischer Abstammung“ gelte. Die Anfrage verdeutlicht die zunehmende Anwendung der nationalsozialistischen Rassenpolitik auf das Wirtschaftsleben und den wachsenden Druck auf Unternehmer und Führungskräfte jüdischer Herkunft.

12. Dezember 1935 – Der Lebensborn e.V. wird in Berlin gegründet

Berlin * Der Lebensborn e.V. wird auf Veranlassung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, in Berlin gegründet und ist von Anfang an in die nationalsozialistische Rassenpolitik eingebunden. Himmler will die „erbgesundheitslich wertvolle Sippe deutscher nordisch bestimmter Art“ erhalten und vermehren, wobei die SS die „Elite des Herrenvolkes“ der Deutschen werden soll. Der Gedanke des „guten Blutes“ basiert auf der nationalsozialistischen Rassenkunde und der Gedankenwelt des Sozialdarwinismus, in der behauptet wird, es gibt minderwertige Rassen und eine hochwertige, die nordische Rasse, zu der die Mehrheit der Deutschen zu zählen sei.

1936 – Die Diakonissinnen kündigen aus rassischen Gründen ihren Dienst auf



München-Maxvorstadt * Die Diakonissinnen, die seit 25 Jahren in der Privatklinik Dr. Alfred Haas als Krankenschwestern tätig waren, kündigen aus rassistischen Gründen ihren Dienst auf. Die katholischen Nonnen der Kogregation der Franziskanerinnen vom Erlenbach springen ein und übernehmen den Pflegedienst.

Februar 1936 – Dr. Hermann Schüle in emigriert in die Schweiz

München - Schweiz * Dr. Hermann Schüle in und seine Ehefrau Ehefrau Luise „Fanny“ verlassen Deutschland und ziehen zunächst in die Schweiz. Vor der Ausreise müssen sie ein sogenanntes Auswanderersperrkonto bei der Deutschen Bank einrichten, wie es die nationalsozialistischen Behörden von Emigranten verlangen. Ein Teil ihres Privatbesitzes verbleibt in Deutschland und übersteht die Zeit des Nationalsozialismus weitgehend unbeschadet. Die Emigration markiert einen weiteren Einschnitt im Leben der Familie Schüle in, die zunehmend von der Verfolgungspolitik des NS-Regimes betroffen ist.

März 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Das verhängnisvolle Geigensolo“ entsteht

München-Geiseltasteig * Unter der Regie von Ralf Raffé entsteht nach der gleichnamigen Originalszene der Kurzfilm „Das verhängnisvolle Geigensolo“. In dem 20-Minuten-Streifen spielt Karl Valentin den Solisten und Liesl Karlstadt den Gerichtsvollzieher.

7. Juni 1936 – Ein Vaterunser für das Leben des Führers

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber schließt seine Predigt in der Münchner Frauenkirche mit den Worten „Katholische Männer, wir beten jetzt zusammen ein Vaterunser für das Leben des Führers.“

4. November 1936 – Faulhabers Unterredung mit Adolf Hitler

Obersalzberg * Kardinal Michael von Faulhaber ist ein Leben lang stolz auf seine Aussagen vom Deutschen Katholikentag. Er brüstet sich sogar damit noch bei seiner - problematischen - dreistündigen Unterredung mit Adolf Hitler auf dem Obersalzberg: „1922 habe ich den marxistischen Umsturz von 1918 und 1919 als ‚Meineid und Hochverrat‘ bezeichnet und trotz aller Bedrohungen das Wort nicht zurückgenommen.“ Nach seinem selbst verfassten Protokoll



trat er Adolf Hitler mit folgenden Worten gegenüber: „Sie sind als das Oberhaupt des Deutschen Reiches für uns gottgewollte Autorität, rechtmäßige Obrigkeit, der wir im Gewissen Ehrfurcht und Gehorsamkeit schulden.“

1937 – Wilhelm Sensberg führt die Museum-Lichtspiele

München-Au * Von 1937 bis zum Kriegsende Ende April 1945 ist Wilhelm Sensberg der Betreiber des Filmtempels in der Au. Welche politische Gesinnung die Betreiber des Lichtspielhauses während der NS-Zeit bevorzugten, ist nicht bekannt. Auf alle Fälle standen die Kinobetreiber und -besitzer in dieser Zeit unter strenger Aufsicht nationalsozialistischer Aktivisten.

14. Februar 1937 – Mit dem Konkordat der Nazi-Regierung das Vertrauen ausgesprochen

München-Kreuzviertel * In einer Predigt in der Michaelskirche schätzt Kardinal Michael von Faulhaber den Konkordatsabschluss folgendermaßen ein: „Zu einer Zeit da die Oberhäupter der Weltreiche in kühler Reserve und mehr oder minder voll Mißtrauen dem neuen Deutschen Reiche gegenüberstanden, hat die katholische Kirche, die höchste sittliche Macht auf Erden, mit dem Konkordat der neuen deutschen Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen.“ Für das Ansehen der nationalsozialistischen Regierung im Ausland war diese Aussage eine Tat von unschätzbbarer Tragweite.

28. April 1937 – Mögliche Emigranten sind bei der Finanzbehörde anzuzeigen

Berlin * Die Polizeidienststellen werden verpflichtet, Personen, die einer geplanten Emigration verdächtig werden, der Finanzbehörde anzuzeigen.

5. Juni 1937 – Rupert Mayer wird wegen Nichtbeachtung des Redeverbots inhaftiert

München * Pater Rupert Mayer wird wegen „Nichtbeachtung des Redeverbots“ in der Gestapo-Zentrale im Wittelsbacher Palais, dann im Corneliusgefängnis und schließlich im Gefängnis Stadelheim inhaftiert. Die Anklage vom 7. Juli wird ihm vorgeworfen: „[...] fortgesetzt öffentlich hetzerische Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und deren Anordnungen gemacht zu haben, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben“.



12. Juni 1937 – Jüdische Rasseschänder müssen ins Konzentrationslager

Berlin * Durch einen Geheimerlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, werden „jüdische Rasseschänder“ und Partnerinnen in „rassenschänderischen Beziehungen“ nach Verbüßung der Haftstrafe in ein Konzentrationslager eingewiesen.

22. Juli 1937 – Kanzelmissbrauch und Heimtückegezet

München * Am 22. und 23. Juli 1937 findet die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht München statt. Pater Rupert Mayer wird wegen Kanzelmissbrauchs und Verstoß gegen das Heimtückegezet zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe muss der Verurteilte nicht absitzen, weil er sich laut Urteilsbegründung, „im Felde äußerst tapfer benommen hat“ sowie „schwer kriegsbeschädigt ist“. Obwohl Rupert Mayer als Überzeugungstäter eingestuft wird („... sich der Angeklagte bewußt war, daß das Kirchenvolk seinen Äußerungen eine weit stärkere Bedeutung beimaß als den Äußerungen irgendeines mehr oder weniger bekannten Geistlichen.“), zögert der NS-Staat, wegen dessen Popularität und der Machtstellung der katholischen Kirche noch härter gegen den Priester vorzugehen.

1938 – Gleichschaltung des Künstlerhauses

München * Der Münchner Künstlerverein im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung aufgelöst. Sein Vermögen geht auf die „Kameradschaft der Künstler e. V.“ über, die ausschließlich sogenannte „arische“ Kunstschaftende aus München und dem Umland aufnimmt. Die „Kameradschaft der Künstler“ ist Teil der nationalsozialistisch kontrollierten Reichskulturkammer. Für Künstlerinnen und Künstler ist die Mitgliedschaft in dieser Organisation Voraussetzung, um ihren Beruf weiterhin ausüben zu dürfen. Die Auflösung und Enteignung des Künstlerhaus-Vereins erfolgt aus politischen und ideologischen Gründen und ist Teil der umfassenden Gleichschaltung des kulturellen Lebens durch das NS-Regime.

1938 – Arisierung der Villa des Bankdirektoren-Ehepaars Aufhäuser

München-Bogenhausen * Die Villa des Bankdirektoren-Ehepaars Auguste und Martin Aufhäuser in der Maria-Theresia-Straße 28 wird „arisiert“ und geht in den Besitz des „NS-Reichskolonialbundes“ über.



7. Juni 1938 – Hitler ordnet den Abriss der Hauptsynagoge an

München-Kreuzviertel * Nach dem Besuch einer Veranstaltung im benachbarten Künstlerhaus ordnet Reichskanzler und NSDAP-Führer Adolf Hitler persönlich den Abriss der Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße an. Die Nationalsozialisten begründen die Maßnahme offiziell mit „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“. Tatsächlich handelt es sich um einen ideologisch motivierten Akt gegen die jüdische Gemeinde und eines der frühesten sichtbaren Zeichen der verschärften Verfolgungspolitik des NS-Regimes. Mit der Zerstörung der Hauptsynagoge verliert die Israelitische Kultusgemeinde ihr bedeutendstes religiöses und repräsentatives Zentrum. Der Abriss markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Entrechtung und Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben.

8. Juni 1938 – Die jüdische Gemeinde wird vor vollendete Tatsachen gestellt

München-Kreuzviertel * Am Tag nach Hitlers Befehl setzt die Stadt die Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde von der Entscheidung zum Abriss der Hauptsynagoge in Kenntnis. Zugleich erfahren sie, dass das Grundstück an der Herzog-Max-Straße 3–7 für 185.000 Reichsmark an die Stadt zu veräußern ist. Ein Einspruch gegen die Maßnahme oder gar Widerstand kommen unter den politischen Bedingungen des NS-Regimes nicht in Betracht. Noch am selben Abend organisiert die Gemeinde einen letzten Gottesdienst in der Synagoge. Zahlreiche Gemeindemitglieder nehmen Abschied von ihrem religiösen und kulturellen Zentrum, dessen bevorstehende Zerstörung das Ende einer Epoche jüdischen Lebens in München symbolisiert.

10. Juni 1938 – Die Cenovis-Werke geraten unter zunehmenden politischen Druck

München * Die Industrie- und Handelskammer München fordert von den Cenovis-Werken, ihre Eigentümerstruktur bis zum 31. Juli 1938 entsprechend den Vorgaben des Reichswirtschaftsministeriums zu ändern. Andernfalls droht die Streichung aus dem Verzeichnis der als nichtjüdisch eingestuften Betriebe. Gleichzeitig verlangt die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft den Nachweis, dass das Unternehmen als „arisch“ gelte. Bis zur Klärung dieser Frage verweigert der Branchenverband die Einlösung von Malzabholscheinen der Cenovis-Werke. Die Maßnahmen verdeutlichen den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck, dem Unternehmen mit jüdischen Eigentümern im nationalsozialistischen Deutschland ausgesetzt sind.



11. Juni 1938 – Landesbischof Meiser interveniert gegen den Abriss der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Der evangelische Landesbischof Dr. Hans Meiser interveniert am Vormittag gegen den Abriss der evangelischen Matthäuskirche. Da Meiser unter den gegebenen Umständen sich weiteren Verhandlungen verweigert, zieht das Innenministerium den Auftrag an die Baufirma vorläufig zurück. Um 16 Uhr erklärt sich Gauleiter Adolf Wagner bereit, auf die vom Landeskirchenrat erarbeiteten Forderungen einzugehen. Als vorläufiger Versammlungsraum wird der Matthäus-Kirchengemeinde der Weiße Saal in der ehemaligen Augustinerkirche, der inzwischen zum Polizeipräsidium gehört, zugesichert.

21. Juni 1938 – Maggi übernimmt die jüdischen Anteile an den Cenovis-Werken

München - Berlin * Die bislang in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile der Cenovis-Werke gehen auf die Maggi GmbH in Berlin über. Die Übertragung erfolgt unter dem wachsenden Druck der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und markiert einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischer Eigentümer aus deutschen Unternehmen.

26. Juni 1938 – Öffentliche Zustimmung und weitere Nutzung des Synagogen-Geländes

München-Kreuzviertel * Während der Abriss der Hauptsynagoge voranschreitet, feiert die nationalsozialistische Propaganda die Zerstörung des Gotteshauses. Die NS-Zeitung „Der Stürmer“ kommentiert den Vorgang am 26. Juni 1938 mit den Worten: „Ein Schandfleck verschwindet.“ Anders als beim wenige Tage später beginnenden Abriss der evangelischen Matthäuskirche regt sich gegen die Zerstörung der Synagoge in der Öffentlichkeit kein nennenswerter Protest. Die Beseitigung des jüdischen Sakralbaus zur Schaffung neuer Verkehrs- und Freiflächen wird weitgehend widerspruchslos hingenommen. Der ebenfalls vorgesehene Abriss des jüdischen Gemeindehauses in der Herzog-Max-Straße 3–5 wird jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen übernimmt das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS die Gebäude. Ab 1940 befindet sich dort eine Dienststelle des Lebensborn e. V., einer nationalsozialistischen Organisation zur Förderung der bevölkerungspolitischen Ziele des Regimes.

8. Juli 1938 – Abriss der Hauptsynagoge unter Zeitdruck

München-Kreuzviertel * Die Abbrucharbeiten an der Hauptsynagoge erfolgen unter erheblichem Zeitdruck. Adolf Hitler verlangt, dass sie spätestens bis zum „Tag der Deutschen Kunst“ am 8.



Juli 1938 vollständig beseitigt ist. Die Zerstörung des Gotteshauses soll rechtzeitig vor den repräsentativen Feierlichkeiten des NS-Regimes abgeschlossen sein und aus dem Stadtbild verschwinden. Der beschleunigte Abriss unterstreicht den symbolischen Charakter der Maßnahme, mit der die Nationalsozialisten die jüdische Präsenz im Zentrum Münchens demonstrativ tilgen wollen.

13. Juli 1938 – Die Cenovis-Werke melden den Abschluss der „Arisierung“

München-Au * Die Cenovis-Werke teilen der Industrie- und Handelskammer München mit, dass sämtliche Geschäftsanteile in nichtjüdischen Besitz übergegangen seien. Das Unternehmen bezeichnet sich daraufhin als eine „rein arische“ Unternehmung und erfüllt damit die Vorgaben der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Erklärung dokumentiert den Abschluss der sogenannten „Arisierung“ des Unternehmens. Dr. Julius Schüle in gelingt es noch vor den Novemberpogromen 1938, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und sich der weiteren Verfolgung durch das NS-Regime zu entziehen.

8. November 1938 – Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag hochstilisiert

München * Die nationalsozialistische Propaganda stilisiert Herschel Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag aus Hass an den Deutschen hoch. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wenn die internationale Judenschaft glaubt, mit Meuchelmorden das Judenproblem in Deutschland lösen zu können, dann nimmt Deutschland diese Herausforderung an und wird nicht zögern, sie so zu beantworten, wie sie Elementen gegenüber notwendig ist, die den Mord aus dem Hinterhalt als politische Waffe betrachten.“

9. November 1938 – Propagandaminister Goebbels hält eine antisemitische Hassrede

München-Graggenau * Nach Bekanntwerden des Todes von Ernst vom Rath hält Reichspropagandaminister Joseph Goebbels umgehend eine antisemitische Hasstirade in der er zur Rache und zur Vergeltung am Weltjudentum aufruft. Die Nationalsozialisten sind bestens vorbereitet, denn noch kurz vor Mitternacht ergeht ein Fernschreiben an alle deutschen Polizeistellen. Darin heißt es: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind



auszuwählen vor allem vermögende Juden.“ Der SS-Gruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, präzisiert die Befehle in einem weiteren Fernschreiben. Dort ist zu lesen, dass die Polizei und die Dienststellen der NSDAP gemeinsam die Demonstrationen leiten sollen. Und: „Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die eine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums nicht mit sich bringen. Zum Beispiel Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist“. Durch ein im Jahr 1937 angefertigtes Verzeichnis der Münchner jüdischen Gewerbebetriebe wissen die NS-Parteiorgane und Schlägertrupps genau wo sie zuschlagen und so die „verbrecherische Tat des jüdischen Mordbuben“ rächen müssen.

9. November 1938 – Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung

München * Noch in der Nacht finden - unter passiver Anteilnahme sehr vieler Schaulustiger - die seit längerer Zeit geplanten Ausschreitungen gegen die Juden statt. In München werden ein Jude ermordet sowie 900 Menschen verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Rund 700 Geschäfte und Betriebe werden demoliert und die Synagogen in der Herzog-Rudolf-Straße und in der Reichenbachstraße zerstört. Die Münchner Hauptsynagoge war bereits im Juni 1938 abgerissen worden. Die Bilanz dieser später auch noch beschönigend „Reichskristallnacht“ genannten Juden-Pogrome bedeutet für Deutschland:

91 Ermordete, zahllose Verletzte, Misshandelte und Vergewaltigte, 191 zerstörte Synagogen, 7.500 zerstörte und ausgeraubte Geschäfte, Verwüstung unzähliger Wohnungen und fast aller jüdischer Friedhöfe, rund 30.000 Einlieferungen in Konzentrationslager. Die reichsweit organisierten antijüdischen Ausschreitungen dauern auch noch am 10. November an.

18. November 1938 – Die Israelitische Kultusgemeinde muss Nazi-Maßnahmen durchsetzen

München * Innerhalb des isolierten jüdischen Lebensbereiches wird die Israelitische Kultusgemeinde gezwungen, die staatlichen Terror-Maßnahmen durchzusetzen und zu organisieren. So kündigt der Völkische Beobachter an: „Die Israelitische Kultusgemeinde richtet im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen ab sofort eigene Verkaufsstellen ein, in denen die in München ansässigen Juden ihren notwendigen Bedarf decken können. Zutritt zu diesen Verkaufsstellen haben nur Juden.“

23. November 1938 – Die kommunale Selbstständigkeit der Feuerwehren endet



München - Mit dem Gesetz über das Feuerlöschwesen endet die kommunale Selbstständigkeit der Feuerwehren. Die Münchner Berufsfeuerwehr wird in die unter Reichsverwaltung stehende Feuerschutzpolizei integriert. Ab sofort sind die Uniformen und die Fahrzeuge grün.

1939 – Karl Freiherr von Eberstein bezieht die Villa in der Maria-Theresia-Straße 17

München-Bogenhausen * Karl Freiherr von Eberstein, der Münchner Polizeipräsident und damit Gerichtsherr über die SS-Wachmannschaften im KZ Dachau, bezieht die Villa in der Maria-Theresia-Straße 17.

14. Mai 1939 – Am Muttertag gibt's den „Karnickelorden“

Berlin * Aus Anlass der Muttertagsfeiern werden erstmals „Ehrenkreuze der deutschen Mutter“ an kinderreiche Frauen verliehen. Frauen mit vier bis fünf Kindern erhalten den Mutterorden in Bronze, für mehr als sechs Kinder gibt's den Orden in Silber, und für mehr als acht Kinder wird das Mutterkreuz in Gold vergeben. Die Orden hängen an einem blauen Band mit der Aufschrift: „Das Kind adelt die Mutter“. Hinter vorgehaltener Hand wird das Mutterkreuz auch als „Karnickelorden“ bezeichnet. Nationalsozialistische Politik drängt die Frauen zurück an Herd und Kinderbett. Außerhalb des Hauses gelten Frauen nur wenig. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels meint zur Rolle der Frau: „Die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen. [...] Die Vogelfrau putzt sich für den Mann und brütet für ihn die Eier aus.“

9. Juni 1939 – Pater Rupert Mayer gibt bei der Gestapo eine Erklärung ab

München-Maxvorstadt * Pater Rupert Mayer gibt anlässlich einer Vorladung bei der Gestapo folgende schriftliche Erklärung ab: „Ich erkläre, daß ich im Falle meiner Freilassung trotz des gegen mich verhängten Redeverbotes nach wie voraus grundsätzlichen Erwägungen heraus predigen werde. Ich werde auch weiterhin in der von mir bisher geübten Art und Weise predigen, selbst dann, wenn die staatlichen Behörden, die Polizei und die Gerichte meine Kanzelreden als strafbare Handlungen und als Kanzelmißbrauch bewerten sollten.“

1940 – Der Seidenbau ist wünschenswert



Deutsches Reich * Der Seidenbau ist aus „volkswirtschaftlichen, medizinischen und wehrpolitischen Gesichtspunkten besonders wünschenswert“.

1940 – Entbindungsheime und Kinderheime des Lebensborn e.V.

Europa * Im Deutschen Reich (einschließlich Österreich) besitzt der Lebensborn e.V. neun Entbindungsheime und zwei Kinderheime. Für die Geburt unehelich gezeugter Kinder deutscher Besatzungstruppen eröffnet der Lebensborn e.V. in Belgien, Frankreich, Luxemburg und Norwegen insgesamt zwölf Entbindungsheime. Alleine in Norwegen kommen 8.000 bis 9.000 Kinder zur Welt. Jedes Lebensborn-Heim besitzt ein eigenes Standesamt und eine polizeiliche Meldestelle.

1940 – Die Familie Haas leidet unter der fremdenfeindlichen englischen Politik

Großbritannien * Wie viele Emigranten hatte auch die Familie Haas unter der fremdenfeindlichen englischen Politik zu leiden. Es werden keine Arbeitserlaubnis für deutsche Ärzte erteilt. Hinzu kommt eine unverblümt antisemitische Stimmung. Dr. Alfred Haas gibt seine Bemühungen auf und emigriert mit seiner Frau in die USA.

19. Juli 1940 – Den Juden werden die Telefonanschlüsse gekündigt

Berlin * Den jüdischen Mitbürgern werden aufgrund der nationalsozialistischen Rassepolitik von der Reichspost die Telefonanschlüsse gekündigt.

13. September 1941 – Straßenbahn-Nutzungsverbot für Juden

München * Die Rassenpolitik der Nazis macht selbst vor der Straßenbahn nicht halt. Juden dürfen die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr benutzen und die sogenannten Ostarbeiter müssen ihren Sitzplatz in der Trambahn für die deutschen „Herrenmenschen“ frei machen.

23. Oktober 1941 – Die Verhinderung der Auswanderung jüdischer Menschen angeordnet

Berlin * Heinrich Himmler lässt allen Polizeidienststellen im Reich mitteilen, dass die „Verhinderung



der Auswanderung jüdischer Menschen“ angeordnet ist. Damit ist auch keine Flucht mehr möglich.

26. Januar 1942 – Walter Klingenbeck wird verhaftet

München-Maxvorstadt * Walter Klingenbeck wird verhaftet. Er ist Mitglied einer kleinen oppositionellen katholischen Jugendgruppe, die Rundfunksender bastelt und damit oppositionelle Nachrichten verbreitet. Außerdem verteilen sie Flugblätter und brachten Parolen an Gebäuden an.

Februar 1942 – Alfred Delp nimmt Verbindungen zum Kreisauer-Kreis auf

München-Bogenhausen * Im Auftrag des Jesuiten-Ordensprovinzials August Rösch nimmt Alfred Delp - als Experte für Fragen der Katholischen Soziallehre, insbesondere der Arbeiterfrage - Verbindungen zum Kreisauer-Kreis auf, um die Erneuerung des Staates auf der Grundlage der christlichen Soziallehre nach dem absehbaren Zusammenbruch des Dritten Reiches zu bewirken. Die Gruppierung um Graf James von Moltke gewinnt bis 1944 an Breite. Neben Priestern beiderlei Konfession, Offizieren, Adligen und meist konservativen Politikern arbeiten auch Sozialdemokraten mit.

10. Juli 1942 – Der Zwickelerlass wird außer Kraft gesetzt

Berlin * Der „Zwickelerlass“ wird mit der Polizeiordnung zur Regelung des Badewesens außer Kraft gesetzt.

5. November 1942 – Überfall auf die Museum-Lichtspiele

München-Au * Unter „Ausnutzung der Verdunkelung“ überfällt der 33-jährige Wilhelm Heppert die Kassiererin der Museum-Lichtspiele und raubt den Betrag von 150 Mark. Der Räuber wird von einem Wehrmachtsangehörigen gefasst und der Polizei übergeben. Er wird vor ein Sondergericht gestellt und als „Volksschädling“ zum Tode verurteilt. Eine Begnadigung lehnt das Gericht ab.

8. März 1943 – Die Münchner Sinti und Roma werden verhaftet



München * Nach einem Erlass von Innenminister Heinrich Himmler marschieren Polizeibeamte los, um die Häuser der Sinti und Roma zu umstellen und die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppen in Gefängnisse zu bringen. In München ist dies das Gefängnis der Polizei in der Ettstraße. Fünf Tage später rollen die Deportationszüge vom Güterbahnhof los.

1. Juli 1943 – Deutsche Juden werden dem Polizeirecht unterstellt

Berlin * Deutsche Juden werden dem Polizeirecht unterstellt. Damit verbunden ist die Aufhebung jeglichen Rechtsschutzes. Im Todesfall eines Juden verfällt dessen Vermögen automatisch dem Deutschen Reich.

1. September 1943 – Karl Valentin verlegt seinen Wohnort nach Planegg

Planegg * Karl Valentin verlegt seinen Wohnort in sein Landhaus in der Georgenstraße 2 in Planegg. Seine Wohnung am Mariannenplatz 4 ist laut polizeilichem Meldebogen „z.Zt. vermietet“.

27. September 1943 – Die Vermögenswerte der Familie Schüle werden eingezogen

München * Das Oberfinanzpräsidium München ordnet an, dass sämtliche Vermögenswerte der Familiengruppe Schüle gemäß einer Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums an das Deutsche Reich abzuführen sind. Die Verfügung ist Teil der nationalsozialistischen Enteignungspolitik, mit der jüdischen Familien ihr Vermögen systematisch entzogen wird.

13. Dezember 1943 – Gewissensbisse zum Tyrannenmord

München-Bogenhausen * Der Wehrmachtsoffizier Ludwig Freiherr von Leonrod sucht seinen Beichtvater Dr. Hermann Wehrle in der Bogenhausener Georgs-Kirche auf. Ihn plagen Gewissensbisse, seit er von Claus Graf Schenk von Stauffenberg in die Attentatspläne auf Hitler eingeweiht worden ist. Er will wissen, wie die katholische Kirche zum „Tyrannenmord“ steht.

20. Juli 1944 – Ein Attentat auf Adolf Hitler im Führerhauptquartier Wolfsschanze



Wolfsschanze * Das Attentat auf Reichskanzler Adolf Hitler im Führerhauptquartier Wolfsschanze und der Umsturzversuch durch Stauffenberg und seine Mitverschwörer in Berlin scheitern. Die Geheime Staatspolizei - Gestapo wird dadurch auch auf die Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis aufmerksam.

18. August 1944 – Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird von der Gestapo verhaftet

München-Bogenhausen - Berlin * Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird im Bogenhausener Pfarrhof von der Gestapo verhaftet und im Nachtzug nach Berlin gebracht.

29. April 1945 – Ein Sprengkommando soll die Ludwigsbrücke zerstören

München * Nur wenige Stunden bevor die amerikanischen Soldaten München besetzen würden - soll ein Sprengkommando der Wehrmacht die Ludwigsbrücke zerstören. Ihre Erhaltung verdanken wir den Überredungskünsten des Kommissars der Landpolizei, Jakob Eder. Ungehorsame Zivilisten retteten durch ihren Einsatz die Großhesseloher- und Bogenhausener Brücke. Die Grünwalder Brücke, diejenige bei Oberföhring und die strategisch völlig unbedeutende zum Bosch-Werk in Sendling fliegen aber doch noch in die Luft.

30. April 1945 – Hitler begeht Selbstmord

Berlin * Nach dem Suizid des Reichskanzlers Adolf Hitler zerfällt die Führung des „Dritten Reiches“ innerhalb weniger Tage. In seinem politischen Testament bestimmt Hitler Großadmiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger als Reichspräsident.

2. Mai 1945 – Die US-Militärregierung gliedert die Berufsfeuerwehr aus der Polizei aus

München * Die amerikanische Militärregierung gliedert die Berufsfeuerwehr aus der Polizei aus.

5. Mai 1945 – Dönitz will eine Teilkapitulation mit den Westalliierten

Flensburg-Mürwik * Reichspräsident Karl Dönitz und viele Militärs wollen gegenüber den Westalliierten - also den USA und Großbritannien - eine Teilkapitulation erreichen, während der



Kampf gegen die Sowjetunion weitergeführt werden soll. Dahinter stehen mehrere Motive: Die deutsche Führung fürchtet die sowjetische Gefangenschaft und Racheakte wegen der Verbrechen der Wehrmacht und SS im Osten, Millionen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien fliehen damals Richtung Westen, Dönitz hofft, dass sich die sich abzeichnenden politischen Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verstärken und man diese ausnutzen kann.

9. Mai 1945 – Stalin erzwingt zweite Kapitulationszeremonie

Berlin-Karlshorst * Der sowjetische Diktator Josef Stalin ist mit der Zeremonie in Reims unzufrieden und besteht auf einer offiziellen Ratifizierung unter Beteiligung seines Landes, das die Hauptlast des Krieges getragen hatte. Deshalb wird die Kapitulation in Berlin-Karlshorst, in der sowjetischen Besatzungszone nochmals feierlich bestätigt. Anwesend sind Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion sowie die Wehrmachtsführung. Wegen dieser Symbolik gilt in der UdSSR wie nun in Russland der 9. Mai als eigentlicher Tag des Sieges und wird meist mit einer großen Militärparade in Moskau begangen.

9. Mai 1945 – Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Dachau

Dachau * Die KZ-Gedenkstätte Dachau wird feierlich eröffnet. Das stellt einen Wendepunkt in der deutschen Erinnerungskultur dar, denn erstmals wird ein ehemaliges Konzentrationslager in der Bundesrepublik dauerhaft als staatlich anerkannte Gedenkstätte eingerichtet. Bis dahin ist das Gelände nur teilweise erhalten, und über seine künftige Nutzung war jahrelang gestritten worden. An der Eröffnungsfeier nehmen teil: ehemalige Häftlinge aus vielen europäischen Ländern, Vertreter der Bundesregierung und des Freistaats Bayern, Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche, internationale Delegationen, zahlreiche Münchner Bürger. Die Feier steht ganz im Zeichen des Gedenkens an die mehr als 200.000 Häftlinge, die zwischen 1933 und 1945 durch Dachau gegangen sind, sowie der über 40.000 Menschen, die dort oder infolge ihrer Haft starben. Bundespräsident Heinrich Lübke kann nicht persönlich an der Einweihung teilnehmen, übersendet jedoch ein Grußwort.

28. Mai 1945 – Fritz Schäffer wird von den Amerikanern als Ministerpräsident eingesetzt

München * Als erster Bayerischer Ministerpräsident wird auf Vorschlag von Kardinal Michael von Faulhaber der vorletzte Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei - BVP, Fritz Schäffer, von den



Amerikanern eingesetzt. Die Amerikaner haben den Kardinal gebeten, ihnen einen geeigneten Mann für dieses Amt zu nennen. Fritz Schäffer gehört zu den Gründern der Christlich-Sozialen Union - CSU, die sich als Nachfolgerin der katholischen Bayerischen Volkspartei versteht. Mit der CSU erhält die Kirche eine politische Organisation, die ihre Belange durchsetzen hilft. Der Verbindungsmann zwischen Kirche und Partei ist Prälat Georg Meixner, der als Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses der CSU fungiert.

Juni 1945 – Reeducation als zentraler Bestandteil der Erwachsenenbildungsarbeit

Amerikanische Besatzungszone * Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems konnten Neu- oder Wiedergründungen von Einrichtungen der Erwachsenenbildung nur im Rahmen der Vorgaben der amerikanischen Militärregierung erfolgen. Zentraler Bestandteil der amerikanischen Bildungspolitik ist das Konzept der Reeducation, innerhalb dessen der Erwachsenenbildung eine erhebliche Bedeutung zugemessen wurde.

21. August 1945 – Die erste katholische Bischofskonferenz nach dem Krieg

Fulda * In Fulda beginnt die erste gemeinsame Plenarkonferenz der katholischen deutschen Bischöfe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der traditionelle Tagungsort am Grab des heiligen Bonifatius steht für die Einheit der Kirche in einem besetzten und politisch geteilten Deutschland. Die Bischöfe beraten über die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft, die Not der Bevölkerung und den kirchlichen wie gesellschaftlichen Wiederaufbau. Weitere Themen sind die Betreuung von Flüchtlingen und Heimatlosen, die Wiedermehrung katholischer Schulen, der Religionsunterricht und die Neuordnung des kirchlichen Lebens.

23. August 1945 – Hirtenbrief und Schulbekenntnis

Fulda * Zum Abschluss der Fuldaer Konferenz veröffentlichen die Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief. Darin erinnern sie an Katholiken, die während der NS-Zeit verfolgt worden sind oder Verfolgten geholfen haben. Zugleich räumen sie ein, dass sich auch zahlreiche Angehörige der katholischen Kirche vom Nationalsozialismus haben verführen lassen, gegenüber seinen Verbrechen gleichgültig geblieben sind oder selbst daran mitgewirkt haben. Das Schulbekenntnis bezieht sich vor allem auf einzelne Katholiken, während die Verantwortung der Bischöfe und der Kirche als Institution weitgehend unberührt bleibt. Der Hirtenbrief ruft zu Buße, gegenseitiger Hilfe und einem christlich geprägten Neuanfang auf.



20. September 1945 – In der US-Besatzungszone werden politische Parteien zugelassen

München * In der amerikanischen Besatzungszone werden politische Parteien zugelassen.

1946 – Die Richard-Wagner-Straße 7 wird an die Familie Schüle zurückgegeben

München-Maxvorstadt * Das Anwesen in der Richard-Wagner-Straße 7 geht nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wieder in den Besitz der Erbgemeinschaft Schüle über. Die Rückgabe ist Teil der Wiederherstellung von Eigentumsrechten, die der Familie durch die Verfolgungs- und Enteignungspolitik des NS-Regimes entzogen worden waren.

23. Februar 1946 – Adenauer: „Die Bischöfe hätten viel verhindern können“

Bonn * Konrad Adenauer, ein entschiedener Katholik und späterer Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, schreibt an Pastor Bernhard Custodis in Bonn über die Bischöfe im Dritten Reich die nachfolgenden Zeilen: „Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das keine Schande, im Gegenteil. Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man besser.“

26. März 1946 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus erhält seinen Namen

München-Kreuzviertel * Auf der 6. Sitzung des Münchner Stadtrats wird - knapp zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des Dritten Reichs - für das Rondell zwischen Brienner Straße und Maximiliansplatz der Name „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ beschlossen. Seine Lage inmitten der Stadt und „vor allem die Tatsache, dass das Denkmal des großen deutschen Dichters Friedrich von Schiller trägt, der Freiheit und Menschenwürde in seinen Werken feierte“, lassen diesen Ort „als Erinnerungsstätte besonders geeignet erscheinen“. Der Standort wird bewusst gewählt, denn schräg gegenüber - im 1944 zerstörten ehemaligen Wittelsbacher Palais an der Brienner Straße 50 - befand sich das gefürchtete Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei - das Zentrum der politischen Verfolgung. Die Länge des Platznamens macht sein Aussprechen zwar praktisch unmöglich. Doch das macht nichts, denn der Platz dient nicht als Adresse. Er ist einfach ein Verkehrsknoten mit Grünfläche.



Der Form halber hat er aber trotzdem eine Postleitzahl erhalten: 80333.

26. März 1946 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus entsteht

München-Maxvorstadt * Knapp zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des Dritten Reichs. - gibt Oberbürgermeister Karl Scharnagel - anlässlich des „Tages der Opfer des Faschismus“ - bekannt, dass das Rondell zwischen Brienner Straße und Maximiliansplatz künftig den Namen „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ tragen wird. Seine Lage inmitten der Stadt und „vor allem die Tatsache, dass das Denkmal des großen deutschen Dichters Friedrich von Schiller trägt, der Freiheit und Menschenwürde in seinen Werken feierte“, lassen diesen Ort „als Erinnerungsstätte besonders geeignet erscheinen“. Der Standort wird allerdings bewusst gewählt, denn schräg gegenüber - im 1944 zerstörten ehemaligen Wittelsbacher Palais an der Brienner Straße 50 - befand sich das gefürchtete Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei. Das war das Zentrum der politischen Verfolgung. Die Länge des Platznamens macht sein Aussprechen zwar praktisch unmöglich. Doch das macht nichts, denn der Platz dient nicht als Adresse. Er ist einfach ein Verkehrsknoten mit Grünfläche. Der Form halber hat er aber trotzdem eine Postleitzahl erhalten: 80333.

16. Oktober 1946 – Neun Hauptkriegsverbrecher werden hingerichtet

Nürnberg * Der Mastersergant Hazel Woods legt neun Hauptkriegsverbrechern die Schlinge um den Hals. Es sind dies der Außenminister Joachim von Ribbentrop; der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel; der Chef der Sicherheitspolizei Ernst Kaltenbrunner; der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg; der Generalgouverneur von Polen Hans Frank; der Innenminister Wilhelm Frick; der Herausgeber der antisemitischen Zeitung Der Stürmer Julius Streicher; der Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel; Generaloberst Alfred Jodl und der Reichskommissar für die Niederlande Arthur Seyss-Inquart. Reichsmarschall Hermann Göring hat sich mit einer Zyankali-Kapsel am 15. Oktober 1946 seiner Hinrichtung durch Selbstmord entzogen.

17. Oktober 1946 – Die Hauptkriegsverbrecher werden im Ostfriedhof eingäschert

München-Obergiesing * In aller Frühe fahren Lastwagen der US-Armee am Krematorium des Ostfriedhofes vor. Ihre Fracht besteht aus zwölf Särgen, von denen zwei leer sind. Angeblich befinden sich darin die Leichen von zwölf in einem Krankenhaus verstorbenen US-Soldaten, die



nun unter der Aufsicht von Offizieren eingeäschert werden sollen. Tatsächlich enthalten die Särge die Leichen von neun in Nürnberg am Tag zuvor hingerichteten Hauptkriegsverbrechern: Es sind dies: der Außenminister Joachim von Ribbentrop; der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel; der Chef der Sicherheitspolizei, Ernst Kaltenbrunner; der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg; der Generalgouverneur von Polen, Hans Frank; der Innenminister Wilhelm Frick; der Herausgeber der antisemitischen Zeitung Der Stürmer, Julius Streicher; der Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel; der Generaloberst Alfred Jodl und der Reichskommissar für die Niederlande, Arthur Seyss-Inquart. Der zehnte Tote ist der Reichsmarschall Hermann Göring, der sich am 15. Oktober 1946 seiner Hinrichtung durch Selbstmord entzogen hatte. In der Amtssprache hieß das: „Die Leiche Hermann Wilhelm Görings ist zusammen mit den Leichen der Kriegsverbrecher, die gemäß dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes am 16. Oktober in Nürnberg hingerichtet worden sind, verbrannt und die Asche im geheimen in alle Winde verstreut worden.“

1. Dezember 1946 – Das Volk stimmt der Bayerischen Verfassung zu

München - Freistaat Bayern * In einer Volksabstimmung wird die unter der Führung des SPD-Politikers Wilhelm Hoegner ausgearbeitete Bayerische Verfassung mit einer Mehrheit von 70,6 Prozent angenommen. Die Verfassung des Freistaates Bayern regelt die Selbstständigkeit des Freistaates als Land der Bundesrepublik Deutschland.

27. März 1947 – Der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB

München-Ramersdorf * Unter dem Motto „In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen“ findet vom 27. bis 29. März 1947 in einer Großküche in der Rosenheimer Straße in München der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB statt. Der BGB bildet den Dachverband für insgesamt 13 Gewerkschaften. Als Lehre aus den Erfahrungen in der Weimarer Republik ist das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zentral: Überkonfessionell, parteipolitisch ungebunden, „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“.

1948 – Die Turbine im wieder instandgesetzten Maffei-Kraftwerk geht in Betrieb

München-Englischer Garten - Hirschau * Die erste Turbine im wieder instandgesetzten Maffei-Kraftwerk geht in Betrieb und liefert Strom für die Getreidemühlen der Kunstmühle Tivoli. Langsam überträgt sich der Name Tivoli auf das ehemalige Maffei-Kraftwerk.



9. Januar 1948 – Verhandlungen zur Übernahme des Maffei-Kraftwerks am Eisbach

München-Englischer Garten - Tivoli - Hirschau * Philipp Mathes, der Direktor der Kunstmühle Tivoli beginnt mit der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen über die Übernahme des Kraftwerks des ehemaligen Maffei-Kraftwerks am Eisbach zu verhandeln.

Mai 1948 – Solidaritäts-Kundgebungen für den Staat Israel

München-Bogenhausen * Im Garten der Bogenhausener Lauer-Villa finden Solidaritäts-Kundgebungen für den im Entstehen begriffenen Staat Israel statt.

12. Juli 1948 – Im ehemaligen Führerbau wird das Amerikahaus eröffnet

München-Maxvorstadt * In der Arcisstraße 12, im ehemaligen sogenannten Führerbau, wird das Amerikahaus eröffnet. Nach dem am 27. Januar 1948 in den USA verabschiedeten „Smith-Mundt Act“ sollte auch den Deutschen die amerikanische Lebensweise und die damit verbundenen politischen Ideale näher gebracht werden. Die Amerikahäuser sehen sich als Zentren der Positiven Propaganda und sollen dem Loslösen von nationalsozialistischen, später auch kommunistischen Leitbildern dienen und die Völkerverständigung fördern.

1. Oktober 1948 – Das Bayerische Rundfunkgesetz tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Das Bayerische Rundfunkgesetz tritt in Kraft. Zwei Ziele standen bei den amerikanischen Überlegungen zur Rundfunkpolitik nach amerikanischem Vorbild im Vordergrund: Vermeidung von staatlicher Einflussnahme Dezentralisierung. Als Vermächtnis dieser Politik vereint die ARD heute neun Rundfunkanstalten unter ihrem Dach.

25. Januar 1949 – Die Gründung des Bayerischen Rundfunks

München * Die Gründung des Bayerischen Rundfunks - BR erfolgt durch die Übergabe einer Lizenzurkunde durch den Direktor der US-Militärregierung, Murray Van Wagoner, an den bayerischen Schriftsteller Johannes Lippl und an Rudolf von Scholtz, dem Nachkriegsbürgermeister von Passau und zugleich ersten Intendanten des Bayerischen Rundfunks. Mit diesem offiziellen Akt wird das Ende von Radio München als einem Sender der



US-Besatzungsmacht formaljuristisch besiegelt. Der Bayerische Rundfunk besitzt damit eine eigenständige Sendelizenz und kann dadurch relativ frei über Sendungsinhalte und Personalpolitik bestimmen.

4. September 1949 – Die Erfindung der Currywurst

Berlin-Charlottenburg * Herta Heuwer, die seit August 1949 in Berlin-Charlottenburg einen Imbissstand betreibt, soll an diesem Tag die Currywurst erfinden. Weil nur wenige Gäste kommen, beginnt sie aus Langeweile mit verschiedenen Zutaten und Gewürzen zu experimentieren. Sie vermischt Tomatenmark, Currypulver, Worcestershiresauce, Paprika, Pfeffer und weitere Gewürze, deren genaue Zusammensetzung sie geheim hält. Die so entstandene Sauce gibt sie über eine gebratene und in Stücke geschnittene Brühwurst, die sie in einer Pfanne auf einem Spirituskocher zubereitet. Das neue Gericht nennt sie „Spezial-Curry-Bratwurst“. Eine Portion kostet 60 Pfennig. An diesem Entstehungsdatum bestehen allerdings Zweifel. Heuwer beschreibt den Tag später mit den Worten: „Es goss kleine Kinderköpfe.“ Die amtlichen Wetteraufzeichnungen zeichnen jedoch ein anderes Bild: Demnach bleibt es am 4. September 1949 in Berlin trocken. Die Entstehung der Currywurst ist zudem eng mit den politischen und kulturellen Verhältnissen der Nachkriegszeit verbunden. Internationale Zutaten bilden die Grundlage für eine Spezialität, die später als typisch deutsch gilt. Currypulver, dessen europäische Variante auf die britische Kolonialgeschichte in Indien zurückgeht, wird durch die britischen Besatzungstruppen in Deutschland leichter verfügbar. Ketchup verbreitet sich unter dem Einfluss der US-amerikanischen Soldaten. Ohne die britischen und US-amerikanischen Besatzungsmächte entsteht die Currywurst vermutlich nicht in ihrer heute bekannten Form.

12. Oktober 1949 – Der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Mit einem Gründungskongress im Deutschen Museum wird der Deutsche Gewerkschaftsbund - DGB von 16 Branchengewerkschaften ins Leben gerufen. Der Bayerische Gewerkschaftsbund - BGB löst sich zuvor als Landesorganisation auf und geht in den DGB-Bezirk Bayern über. Das „Parlament der Arbeit“ wählt den 74-jährigen Hans Böckler zu seinen Vorsitzenden. Mit der Gründung des DGB wird auch die politische Spaltung der Arbeiterbewegung aus der Weimarer Republik überwunden. Nun gilt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, also einer parteipolitisch neutralen Organisation, die sich ausschließlich um Fragen der Arbeitnehmer*innen widmet.



14. Dezember 1950 – Hitlers persönliche Habe wird entdeckt

München-Haidhausen * Hitlers persönliche Habe wird entdeckt, nachdem seine Haushälterin Anni Winter die persönliche Hinterlassenschaft ihres Arbeitgebers für 180.000 DMark zum Kauf anbietet. Einer der Kaufinteressenten ist jedoch ein getarnter Beamter der Kriminalpolizei.

1951 – Der ADAC spricht sich gegen Geschwindigkeitskontrollen aus

München * Der ADAC spricht sich gegen Geschwindigkeitskontrollen der Polizei und die Verfolgung der Raser aus.

14. Februar 1951 – Der Papst verbietet „Das Kapital“

Rom * Der Vatikan verbietet allen katholischen Christen, „Das Kapital“ von Karl Marx zu lesen.

27. März 1952 – Attentat auf Bundeskanzler Konrad Adenauer

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium an der Ettstraße explodiert ein an Bundeskanzler Konrad Adenauer [CDU] adressiertes Päckchen. Dabei wird der Polizeibeamte Karl Reichert getötet.

1953 – Dr. Hermann Schüleln führt eine der größten Brauereien der USA

New York * Dr. Hermann Schüleln, früherer Generaldirektor der Löwenbräu AG, ist als Managing Director der Liebermann-Rheingold-Brauerei tätig. Unter seiner Führung zählt das Unternehmen zu den bedeutenden Brauereien der Vereinigten Staaten. Im Jahr 1953 erreicht die Brauerei einen Ausstoß von rund 3,5 Millionen Hektolitern und übertrifft damit die Produktionszahlen der Löwenbräu AG deutlich.

1. Mai 1953 – Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagnachmittag

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an die Mai-Kundgebung des Deutschen



Gewerkschaftsbundes - DGB auf dem Königsplatz bewegt sich ein Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagsnachmittag durch die Luisenstraße in Richtung Bahnhofplatz. Da sich der Protestzug nach der polizeilichen Aufforderung nicht auflöst, greift die Staatsmacht auf der Höhe des Luisenbunkers mithilfe eines Wasserwerfers ein. Die mit Stahlhelm und Karabiner bewaffnete Bereitschaftspolizei löst mit Kolbenhieben den Protestzug auf. Vom Wasserwerfer gejagt bricht der 59-jährige Bahnangestellte Georg Bachl an der Ecke Luisen-/Prielmayerstraße tot zusammen.

20. Juni 1953 – 10.000 Münchner protestieren gegen die Samstagsöffnung

München * Die Firmen C&A Brenninkmeyer und Salamander halten ihre Geschäfte - wie angekündigt - auch an diesem Samstag bis 17:00 Uhr offen. Etwa 10.000 Münchner protestieren gegen diese Maßnahme. Es kommt zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Vier Hundertschaften der Bayerischen Bereitschaftspolizei - wieder mit Stahlhelm und Karabiner bewaffnet - versuchen unter Zuhilfenahme eines Wasserwerfers die Aufständischen zu vertreiben. Die Protestierer flüchten zwar beim Anblick des Wasserwerfers, doch wenn dieser nach fünf Minuten wieder zum Befüllen der Wassertanks in die Ettstraße fahren muss, sind die Demonstranten schon wieder da. Nach Auffassung der Polizei ist der Wasserwerfer „das humanste Zwangsmittel der Polizei, er schafft keine Märtyrer, wie das vielleicht beim Gebrauch des Gummiknüppels der Fall wäre, sondern er macht lächerliche Gestalten aus den Demonstranten“.

1954 – Richard-Wagner-Straße 7 gehört dem Katholischen Werkvolk

München-Maxvorstadt * Das Haus in der Richard-Wagner-Straße 7 gehört dem Katholischen Werkvolk, Diözesanverband München-Freising.

20. Februar 1954 – Die Polizei räumt die Kaufingerstraße

München * Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen - HBV und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft - DAG haben wieder ihre Mitglieder mobilisiert. Ab 14 Uhr halten etwa 1.000 Demonstrant*innen die Zugänge der Filialen der Firmen C&A Brenninkmeyer und Salamander besetzt. Gegen 16 Uhr wird die Kaufingerstraße von einer Hundertschaft der Polizei mit vorgehaltenem Karabiner, berittener Polizei und dem Wasserwerfer geräumt. Sechs Demonstranten werden verhaftet.



27. März 1954 – Protestmarsch gegen das Kaufhaus C&A Brenninkmeyer

München * Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben zu einem neuen Protestmarsch mobilisiert, den das Verwaltungsgericht wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung auf Antrag des Kaufhauses C&A Brenninkmeyer verbietet. Unabhängig davon setzt sich der Protestmarsch mit rund 2.000 Demonstranten von der Herzog-Wilhelm-Straße aus in Bewegung. Es kommt zur Eskalation mit der martialisch auftretenden Polizei, nachdem etwa fünfzig berittene Polizisten versuchen, die Demonstranten und Passanten in die Seitenstraßen abzudrängen. Mehrere hundert Polizisten gehen mit ihren Karabinern gegen die Menschen vor, schlagen zum Teil auf diese ein und nehmen 53 Demonstranten fest. Schaufensterscheiben gehen durch Polizeipferde zu Bruch. Der berühmt-berüchtigte Wasserwerfer steht bereit. Einige Demonstrantinnen und Demonstranten werden schwer verletzt, der Verkehr ist für Stunden unterbrochen, das normale Leben setzt erst in den Abendstunden wieder ein.

April 1954 – Die Arbeiten am Sylvensteinspeicher beginnen

Sylvensteinspeicher * Die Arbeiten am Sylvensteinspeicher beginnen. Der schnelle Start hängt direkt mit dem schweren Hochwasserjahr von 1954 zusammen. Der Hochwasserschutz hat politische Priorität. Die Arbeiten beginnen mit der Einrichtung der Baustelle im Tal bei Fall. Die Zufahrtsstraßen und Arbeiterunterkünfte müssen errichtet werden, dann beginnen die Erdarbeiten und die Vorbereitung der Fundamente. Die Isar muss für den späteren Dammbau umgeleitet werden. Ein Hochwasser führt dazu, dass der Damm um zwei Meter höher ausgeführt wird, als ursprünglich geplant. Die Arbeiten dauern bis 1958 an.

4. August 1956 – Halbstarken-Proteste auf der Auer Dult

München-Au * Während der Jakobi-Dult des Jahres 1956 gibt es erhebliche Schwierigkeiten, nachdem rund 150 Jugendliche nach der Schlussstunde das Dultgelände nicht verlassen wollen. Sie johlen, pfeifen und leisten Widerstand gegen die Maßnahmen der Polizei. Erst das herbeigerufene Überfallkommando kann die Ordnung wieder herstellen.

5. August 1956 – Die Halbstarken-Proteste auf der Dult gehen weiter

München-Au * Am Nachmittag trifft sich eine größere Anzahl von Jugendlichen und Halbwüchsigen vor allem bei den Fahrgeschäften auf der Auer Jakobi-Dult. Sie pöbeln die



Polizeibeamten an und beschimpfen sie. Gegen 20:20 Uhr weigern sich etwa 100 Jugendliche am Autoskooter den Platz zu räumen. Die Aufforderung zur Räumung des Platzes wird von den Burschen mit Geschrei und Pfeifen beantwortet. Der Widerstand gegen die Räumungsversuche der Polizei ist zunächst völlig passiver Natur. Die Burschen bleiben meist mit Händen in der Hosentasche hartnäckig stehen und müssen von den Beamten durch fortwährendes Schieben aus dem Dultgelände entfernt werden. Nach etwa 10 Minuten ist das Dultgelände geräumt und die Beamten werden wieder zurückgezogen. Da ziehen zwei Jugendliche mit Geschrei und Gejohle über den bereits leer geräumten Platz, denen sich eine lärmende Horde junger Burschen anschließt, die mit lautem Geschrei über den Platz marschiert. Auch die nunmehr erfolgte Festnahme der beiden Jungen ändert nichts mehr. Die Jugendlichen rotten sich zusammen. Die erneut eingesetzten Polizeibeamten werden teilweise von der Masse der Jugendlichen, die sich inzwischen auf etwa 300 erhöht hat, eingekeilt und muss von Gummiknüppeln Gebrauch machen. Sie werden mit Geschrei und Schimpfworten bedacht. Die eingesetzten Funkstreifenwagen werden mit Steinen beworfen.

20. August 1956 – Debatte um Jugendkontrolle und Polizeigewalt

München - München-Au * Der CSU-Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Heinrich Junker tut sich als Scharfmacher hervor. Er stellt einen Antrag für Maßnahmen zum Schutze der Jugend, in dem er die ständige Überwachung von Kinos, Gaststätten und Parkanlagen, die Überwachung der jugendlichen Kraftfahrer, insbesondere der Mopedfahrer und die Bekämpfung jeglicher auftretender Bandenbildung fordert. Zur Durchsetzung seines Antrags unterstützt er das „rücksichtslose Eingreifen der Polizei“, deren „rücksichtslose Gewaltanwendung“, die „Brechung jeglichen Widerstands [...] mit allen an die Grenze des Gesetzes gehenden Mitteln“ und die „Anweisung an die Staatsanwaltschaft, bei Vergehen und Verbrechen schärfsten Strafantrag zu stellen“. Junker kann sich mit seinen Vorstellungen gegen die SPD-dominierte Viererkoalition nicht durchsetzen. Dieser Erfolg liegt an dem SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger, der sich für die Interessen und Nöte der Jugendlichen einsetzt. Ihm geht es nicht darum, „wie man ‚die Halbstarke‘ bekämpfen und gegebenenfalls vernichten kann, sondern wie man junge Menschen davor bewahren kann, Rowdys oder Verbrecher zu werden“ und wehrt sich gegen das Modewort „Halbstarke“.

14. September 1956 – Dialog statt Repression bei den „Halbstarke“

München - München-Au * Der SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger macht in der Frage der des Umgangs mit den „Halbstarke-Krawallen“ auf der Auer Jakobi-Dult das einzig



Richtige, indem er nicht über, sondern mit der Jugend sprechen will. In Zusammenarbeit mit dem Jungbürger- und Jugendforum München veranstaltet er im Hofbräukeller eine öffentliche Diskussion über das Thema „Gibt es Halbstarke?“. Die eingeladenen Blasführer kommen zur Diskussion und tragen ihre Forderungen vor. In Zusammenarbeit mit der Polizei und der Presse kann das Problem in München im Laufe der Zeit eingedämmt werden. Das wird aber erst nach den „Schwabinger Krawallen“ sein.

13. Juli 1957 – Am Karolinenplatz 3 wird das Münchner Amerikahaus eröffnet

München-Maxvorstadt * Am Karolinenplatz 3 wird das Münchner Amerikahaus eröffnet.

4. Oktober 1957 – Der „Sputnikschock“ und die Volkshochschule

Weltraumbahnhof Baikonur * Die Sowjetunion schießt vom Weltraumbahnhof Baikonur aus den kugelförmigen Satelliten Sputnik 1 in den Weltraum. Der russische Start des ersten künstlichen Erdsatelliten löst in der westlichen Welt einen Schock aus und führt zur Gründung der NASA und zu verstärkten Anstrengungen im Bildungsbereich. In Westdeutschland setzt der sogenannte „Sputnikschock“ ein. Das wirkt sich auch auf die Münchner Volkshochschule aus. Das Bildungsangebot wird in allen Programmbereichen – ausgehend von Teilnehmerbedürfnissen – schrittweise über die nächsten Jahrzehnte ausgeweitet und verbessert. Neben der Expansion von kultureller, politischer, sprachlicher, gesundheitlicher und beruflicher Bildung werden in den folgenden Jahrzehnten auch spezielle Zielgruppenangebote entwickelt: für Senioren, Jugendliche sowie Menschen mit Migrationshintergrund.

17. Oktober 1957 – Hanns Seidel (CSU) bildet eine neue Koalitionsregierung

München * Der CSU-Politiker Hanns Seidel, seit 22. Januar 1955 neuer CSU-Landesvorsitzender, bildet eine neue Koalitionsregierung, bestehend aus CSU, BHE und FDP. Sein Stellvertreter wird Walter Stain vom GB/BHE. SPD und Bayernpartei - BP können seither in Bayern kein Regierungsamt mehr ausüben.

20. September 1958 – Wiesnwirt Richard Süßmeier wird Letzter beim Einzug der Wiesnwirte

München-Theresienwiese * Richard Süßmeier betreibt in einer ehemaligen



Reichsarbeitsdienstbaracke das Kleine Winzerer Fährndl auf der Wiesn. Beim Einzug der Wiesnwirte zieht der Wirt vom Straubinger Hof zieht mit einem Eselskarren in seine kleine Festhalle ein. „Ich hab' mir gedacht: Ich mit dem kleinsten Zelt, mit dieser Baracke - dazu passt doch keine Pferdekutsche beim Einzug.“ Also spannt er zwei Esel vor einen Leiterwagen. In der Sonnenstraße setzen sich die Esel einfach hin und stehen nicht mehr auf. Damit ist er der Letzte beim Wiesnwirte-Einzug. Hinter ihm nur noch die Polizei und die Straßenreinigung. Seitdem dürfen sich keine Esel mehr am Einzug der Wiesnwirte beteiligen. (Wohlgemerkt vierhaxige!)

28. Oktober 1958 – Angelo Giuseppe Roncalli wird als Papst Johannes XXIII. gewählt

Rom-Vatikan * Angelo Giuseppe Roncalli wird als Papst Johannes XXIII. zum Nachfolger von Papst Pius XII. als Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt.

1959 – Die Johann-Baptist-Dorfkirche ist ukrainische Bischofskirche

München-Haidhausen * Von 1959 bis 1963 ist die alte Haidhauser Sankt-Johann-Baptist-Kirche sogar Bischofskirche und Sitz des Exarchen der unierten unkrainischen Katholiken.

1960 – Der Karl-May-Verlag wird nach Bamberg verlegt

Bamberg * Der Karl-May-Verlag wird von Radebeul bei Dresden nach Bamberg verlegt. Der Grund liegt in der zunehmenden staatlichen Kontrolle und Verstaatlichung, die Karl-May-Werke gelten zeitweise als politisch unerwünscht und wirtschaftliches Arbeiten wird stark eingeschränkt.

5. Juni 1962 – Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an ein Jazzkonzert kommt es an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen, als nach dem Ende des Konzerts in der Aula der Universität zahlreiche Konzertbesucher die Musiker auffordern, auf dem Geschwister-Scholl-Platz weiterzuspielen. Als die mit Buhrufen begrüßte Polizei eintrifft, kommt es zu Rangeleien und zwei Festnahmen. Die Polizei wird von den Protestierern durch eine Blockade am Wegfahren gehindert. Dabei werden



auch die Reifen des Einsatzwagens zerstochen. Die bedrängten Polizisten rufen Verstärkung, die mit zwei Funkstreifenwagen, dem Kleinen und Großen Überfallkommando sowie dem Bereitschaftszug der Stadtpolizeischule am Ort der Auseinandersetzung eintrifft. Der Polizeimacht gelingt es an diesem Abend die Menge zu zerstreuen. Es kommt zu weiteren sieben Festnahmen. Die so Festgesetzten werden alle wegen Aufruhr und Landfriedensbruch angezeigt. Dieses Geplänkel geht als „Unikrawall“ in die Geschichte ein.

20. Juni 1962 – Der Polizeieinsatz am Wedekind-Brunnen

München-Schwabing * Der nächste Polizeieinsatz, der letztlich zu den Schwabinger Krawallen führen wird, erfolgt am Wedekindplatz. Am späten Abend schreiten die Ordnungshüter gegen eine Gruppe Gitarristen und deren rund 150 Zuhörer ein, weil sie „ruhestörenden Lärm verursachten, indem sie musizierten, sangen, in die Hände klatschten, zum Teil auch tanzten und grundlos grölten“. Weil die Beamten mit Pfeifen und Buhrufen empfangen werden, rufen sie umgehend das Kleine Überfallkommando herbei. Nach einer dreimaligen über Lautsprecher verbreiteten Aufforderung den Platz zu verlassen, räumen die Zuschauer - ohne nennenswerten Widerstand - den Wedekindplatz.

21. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle beginnen

München-Schwabing * An Fronleichnam, einem katholischen Feiertag in Bayern, beginnen die sogenannten „Schwabinger Krawalle“. Das erste Aufeinandertreffen zwischen Polizei und etwa 50 Zuhörern von drei Gitarrenspielern erfolgt gegen 21:45 Uhr - weit weg von jedem Wohnblock - im Englischen Garten am Monopteros. Doch es läuft glimpflich ab, denn die Jugendlichen folgen der Aufforderung der Polizei und gehen auseinander. Eine knappe halbe Stunde später löst am Wedekindplatz eine andere Streifenwagenbesatzung - ebenfalls ohne größere Probleme - eine aus etwa 150 Personen bestehende Ansammlung auf, die sich um drei Gitarristen gruppiert hat. Um 22:35 Uhr kommt es an der Leopold-/Ecke Martiusstraße zum dritten Polizeieinsatz und daraus resultierend zur tätlichen Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer aus etwa 200 Personen bestehenden Gruppe, die sich um fünf Gitarristen gebildet hat. Die Band besteht aus den Gymnasiasten Michael Erber und Klaus Olbrich, den Lehrlingen Wolfram Kunkel und Hans (Sitka) Wunderlich und dem jungen Schreiner Rüdiger Herzfeldt. Sie singen und spielen russische Volkslieder. Nachdem sich einige Anwohner über die Störung der Nachtruhe bei der Polizei beschwert haben, treffen zwei Beamte am „Tatort“ ein und fordern die jungen Gitarrespieler zum Einsteigen in den Funkstreifenwagen auf. Das Einschreiten der Polizei gegen die Musiker wird von den Zuhörern - „spontan und ohne vorherige Planung“ - als Festnahme



gedeutet. Diese artikulieren daraufhin ihren Unmut ziemlich laut und unmissverständlich. Es kommt zu Rangeleien mit den Ordnungshütern, die nun ihrerseits Verstärkung anfordern, nachdem die Randalierer die Luft aus den Reifen des Polizeiautos lassen. Mit einem ersten Gummiknüppeleinsatz kann die Polizei die auf mehrere hundert Menschen angewachsenen Protestierer vom Schauplatz abdrängen. Kaum dass die Polizisten abgerückt sind, läuft eine noch größere Menschenmenge als zuvor (Schätzungen sprechen von 5.000 Personen) auf die Leopoldstraße und blockiert den Auto- und Straßenbahn-Verkehr mit Stühlen und indem sie sich selbst auf der Straße niederlassen. Erst nach der zweimaligen Räumung der Straße und der Festnahme von 41 Personen erklärt die Polizei um 1:40 Uhr den Einsatz für beendet. Laut Polizeibericht kommen 90 Beamte zum Einsatz. Zwei Protestierer werden nachträglich zur Anzeige gebracht.

22. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle gehen weiter

München-Schwabing * Freitag. Die Schwabinger Krawalle gehen weiter. Ab 21 Uhr laufen „unzählige junge Leute [...] immer weiter in die Fahrbahn hinein“ und blockieren damit die Leopoldstraße. Nach Beschwerdeanrufen trifft die Polizei ein. Der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und der Polizeipräsident Manfred Schreiber sprechen mit den Protestierenden. Letztlich werden sie aber von den 10.000 Anwesenden niedergeschrien und ausgepiffen, weshalb es zur zweiten gewaltsamen Räumung der Leopoldstraße kommt. Die Auseinandersetzungen dauern bis in die frühen Morgenstunden an. Laut Polizeibericht kommen über 100 Polizisten zum Einsatz, die 24 Protestierer festnehmen und vier weitere nachträglich zur Anzeige bringen.

23. Juni 1962 – Bei einer Straßenschlacht werden 14 Randalierer schwer verletzt

München-Schwabing * Samstag. Wieder versammeln sich bis zu 10.000 Protestierer auf der Leopoldstraße und erstellen Straßenblockaden. Mit Feuerwerkskörpern versuchen sie die Pferde der berittenen Polizei scheu zu machen. Flaschen und Steine fliegen in Richtung der Polizei. Dabei werden drei Beamte verletzt. Bei einer regelrechten Straßenschlacht, bei der die Polizei vom massiven Schlagstockeinsatz gebrauch macht, werden 14 Randalierer schwer verletzt. Der Student Georg Friz schwebt nach einem Leberriß in Lebensgefahr. Nach Ansicht von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel haben an diesem Samstag weniger die Studenten als „vor allem der Pöbel aller Stadtviertel“ in Schwabing ihr Unwesen getrieben. Laut Polizeibericht kommen über 150 Polizisten zum Einsatz. 16 Protestierer werden festgenommen und neun nachträglich zur Anzeige gebracht.



24. Juni 1962 – Wieder beginnen die Straßenblockaden

München-Schwabing * Sonntag. Die Proteste der Schwabinger Krawalle lassen zwar nach, doch Pressebeobachter zählen immer noch 3.000 Teilnehmer. Sogar Studentengruppen wenden sich nun gegen die Fortsetzung des Protests. Wieder beginnen die Straßenblockaden. Es kommt zu den „härtesten Auseinandersetzungen“, die sich auch an der besonders hohen Zahl von Festnahmen ablesen lässt. Man schiebt die Gewalttätigkeit der Halbstarken-Szene zu. Doch spätere Untersuchungen können diese Mutmaßung nicht bestätigen. Der Anteil der Studenten an den Protestveranstaltungen hat sich gegenüber dem Vortag prozentual sogar erhöht. Laut Polizeibericht kommen über 450 Polizisten zum Einsatz, die 85 Protestierer festnehmen und 13 nachträglich zur Anzeige bringen.

25. Juni 1962 – Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße

München-Schwabing * Montag. Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße. Mehrere hundert Jugendliche blockieren erneut den Verkehr auf dem Boulevard. Gegen 1 Uhr räumt die Polizei die Straße. Rund 200 Protestierer werden „eingekesselt“ und anschließend festgenommen, darunter auch der spätere RAF-Terrorist Andreas Baader. Damit enden die Schwabinger Krawalle. Laut Polizeibericht kommen an diesem Tag rund 360 Polizisten zum Einsatz. 35 Protestierer werden festgenommen, sieben nachträglich zur Anzeige gebracht. Darüber hinaus werden über 200 Anwesende zur Personalienfeststellung kurzfristig in Gewahrsam genommen. Dass die Stadtpolizei an allen Tagen keine Wasserwerfer einsetzt, liegt an der in der Leopoldstraße verkehrenden Straßenbahn. Man hätte nämlich aus Sicherheitsgründen die Strom führenden Oberleitungen außer Betrieb nehmen müssen. Außerdem befürchtet man angesichts der sommerlichen Temperaturen, dass ein Wasserwerfer zur weiteren „Erheiterung“ der Protestierenden beigetragen hätte. Fazit: Gegen 248 Personen werden Ermittlungen wegen der Beteiligung an den Schwabinger Krawallen aufgenommen. Darunter finden sich lediglich 13 Frauen. Fast drei Viertel der Verfahren werden eingestellt. 54 Angeklagte werden verurteilt; es gibt 13 Freisprüche. Das Durchschnittsalter der Verurteilten liegt bei 22 Jahren. Von den jungen Berufstätigen werden auffällig viele verurteilt. Während aus dem akademischen Nachwuchs nur jeder Zehnte eine Strafe erhält, ist es bei den Nichtakademikern nahezu jeder Zweite. Es werden sechs Gefängnisstrafen zwischen drei und dreizehn Monaten ausgesprochen, wovon fünf auf Nichtakademikern fallen. Die Geldstrafen liegen zwischen 40 und 1.000 DM. Die Jungakademiker kommen mit Geldbußen und Strafen auf Bewährung davon. Gegen Angehörige der Stadtpolizei werden 143 Verfahren eröffnet. Lediglich 14 Polizisten werden aber mit Anklagen konfrontiert. Vier Ordnungshüter werden rechtskräftig verurteilt. Darunter ist nur ein Stadtpolizist,



der an den Einsätzen vor Ort beteiligt war. Die drei Anderen sind als Aufseher in der Polizeihafenanstalt tätig. Der Bezirksausschuss Schwabing-Freimann protestiert in einer Resolution gegen die Ausschreitungen, die das „Machwerk verantwortungsloser, ortsfremder Elemente“ gewesen sei und bedankt sich ausdrücklich bei der Münchner Polizei für das mutige und tatkräftige Einschreiten.

26. Juni 1962 – 250 Demonstranten treffen sich am Monopteros

München-Lehel - Englischer Garten * Am Monopteros im Englischen Garten treffen sich rund 250 Protestierer zu einer vom Ordnungsamt verbotenen Kundgebung. Doch statt der Protestkundgebung wird über die Ereignisse der Schwabinger Krawalle diskutiert und in einer Resolution eine genaue Überprüfung der Vorfälle und die Kennzeichnung der Polizisten mit Dienstnummern gefordert. Die Versammlung wird aufmerksam von der Polizei beobachtet. Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität distanziert sich per Flugblatt von den Protesten.

27. Juni 1962 – Die Mitglieder des Stadtrats stellen sich hinter die Münchner Stadtpolizei

München-Graggenau * In einer Interfraktionellen Erklärung stellen sich nahezu alle Mitglieder des Stadtrats hinter die Münchner Stadtpolizei.

29. Juni 1962 – Das Studentenparlament missbilligt das Verhalten der Protestierer

München-Maxvorstadt * Das Studentenparlament der Ludwig-Maximilians-Universität missbilligt das „teilweise kriminelle Verhalten“ einzelner Protestierer. Es schreibt aber die Hauptschuld an den Ausschreitungen bei den Schwabinger Krawallen dem „unklugen und rücksichtslosen Vorgehen der Polizei“ zu.

1. September 1962 – Der AStA veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Krawallen

München-Maxvorstadt * Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Schwabinger Krawallen. Er stellt fest, dass es sich dabei insgesamt um keine Studentenunruhen gehandelt hat. Nur an den ersten Protestabenden waren Studenten führend beteiligt. Der Stadtpolizei wird ein



„taktisch unkluges Vorgehen“ bescheinigt.

26. Oktober 1962 – Eine widerrechtliche Polizeiaktion gegen das Magazin „Der Spiegel“

Bonn * Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß veranlasst eine widerrechtliche Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Es ist zu erwarten, dass sich diese Aktion negativ auf das Wahlergebnis in Bayern auswirken würde. Doch genau das Gegenteil ist der Fall.

1963 – Die Münchner Wehrkundetagung erstmals im Hotel Bayerischer Hof

München-Kreuzviertel * Die Münchner Wehrkundetagung wird erstmals im Hotel Bayerischer Hof abgehalten. Sie hat sich seitdem zu einer der wichtigsten europäischen Konferenzen für außen- und sicherheitspolitische Fragen entwickelt.

1963 – Der Sitz des Exarchen der unierten ukrainischen Katholiken

München-Hackenviertel * Der Sitz des Exarchen der unierten ukrainischen Katholiken wird in der Allerheiligenkirche am Kreuz, kurz gesagt, der Kreuzkirche nahe dem Sendlinger-Tor-Platz, untergebarcht.

6. November 1963 – Manfred Schreiber ist neuer Polizeipräsident

München * Manfred Schreiber wird neuer Polizeipräsident. Er zieht praktische Konsequenzen aus den polizeilichen Fehlern der „Schwabinger Krawalle“ und entwickelt - unterstützt von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel - ein flexibleres Polizeikonzept bei Großeinsätzen, das unter der Bezeichnung „Münchner Linie“ bekannt wird.

1964 – Die katholische Kirche gibt das Einverständnis für die Feuerbestattung

München * Die katholische Kirche gibt den Angehörigen ihrer Glaubengemeinschaft das Einverständnis für die Feuerbestattung.



11. Februar 1964 – Auftritt der Beatles im Coliseum in Washington D.C.

Washington D.C. * Auftritt der Beatles im Coliseum in Washington D.C..

24. Juli 1964 – Der Beatles-Film Yeah, Yeah, Yeah im City-Palast

München-Ludwigsvorstadt * Die Abendzeitung kauft alle Eintrittskarten für die Aufführung des Beatles-Filmes Yeah, Yeah, Yeah im City-Palast an der Sonnenstraße auf und verschenkt sie an Beatles-Fans. Dabei ist das Interesse so gewaltig, dass sich die ersten Liebhaber bereits in aller Frühe einfinden, obwohl die Kartenverteilung erst um zwölf Uhr Mittag beginnt. Polizisten in Zivil mischen sich unter die Jugendlichen, um nötigenfalls ordnend einzugreifen. Das Verhalten der adrett und brav gekleideten weiblichen und der - mit den damals modischen, eng geknoteten Krawatten ausgestaffierten - männlichen Jugendlichen macht dies aber nicht notwendig. Sollte es zu einem gefährlichen Gedränge kommen, würde ein Lautsprecherwagen bereitstehen, über den man - vom Stadtjugendamt ausgeliehene - Beatles-Platten abspielt, um die Fans vom Kinoeingang wegzulocken. Man will sie dann zur Theresienwiese lotsen, wo genügend Platz zur Umsetzung von Musik in Bewegung vorhanden wäre. So weit kommt es allerdings nicht. Doch als die Beatles schließlich auf der Leinwand erschienen, kennt die Begeisterung keine Grenzen; Tränen fließen, Schreie ertönen, es wird gestampft, geklatscht und mitgesungen. - Die Beatles sind einfach die Größten.

21. Mai 1965 – Die Queen in München

München * Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus: „Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth



die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

23. Juni 1966 – Die Beatles kommen nach München

London - München * Um 11:20 Uhr heben die Beatles mit dem Flug BE502 mit der BEA-Linienmaschine Comet IV vom Londoner Flughafen ab, um um 12:56 Uhr in München-Riem zu landen. Endlich sind sie da. George Harrison, Paul McCartney, John Lennon und Ringo Starr treffen erstmals und höchstpersönlich in München ein. Und als „die vier Sängerknaben mit der Mädchenfrisur“ das Flugzeug verlassen, werden sie „von lustigen Teenagern zumeist“ begeistert empfangen. Man hat sie bis zur Landung des Flugzeugs mit Beatmusik bei Laune gehalten. Die Mädchen tragen Pony, die Haare hochtoupirt, sowie bonbonfarbene, schenkelkurze Op-Art-Kleidchen und Pumps. Die Burschen bekleiden sich mit hautengen Jeans und schwarzen T-Shirts oder geblühten Hemden. Ihre Haare bedecken zwar die Ohren, reichen aber noch nicht bis zur Schulter. Dazwischen sind auch „einige wüstere Typen mit verfilztem, schulterlangem Haar, im obligatorischen Snow Coat mit aufgemalten Atomwaffengegner-Abzeichen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die Mädchen halten bemalte Schilder hoch und alles sieht friedlich aus. Doch es muss schon ein sehr trügerischer Friede sein, denn auf je fünf Fans kommt ein Polizist. 200 Staatliche Ordnungskräfte sorgen für einen reibungslosen Ablauf. Außerdem ist die Straße rechts vom Hauptgebäude auf einer Länge von fast einhundert Metern abgesperrt worden. Noch auf der Rolltreppe werden die Fab Four mit extrem saublöden Fragen interviewt. Ringo Starr antwortet auf dem Flughafen auf die Frage eines Reporters: „Warum stehen Sie immer so spät auf?“ mit der Gegenfrage: „Wollen Sie schon in aller Frühe unseren Lärm hören?“ Total unverständlich findet der Münchner Merkur die Popularität der Beatles, da die Vier doch nur Nachteile vorzuweisen hätten: „Der kurzsichtige John Lennon, der Linkshänder Paul McCartney, George Harrison mit den abstehenden Ohren und Ringo Starr mit der übergroßen Nase.“ Außerdem überreicht man ihnen Lederhosen mit Hirschknöpfen und weiße leinene Trachtenhemden. Schon während des Flugs hat man ihnen einen Tirolerhut übergeben, den der „großnasige“ Ringo beim Verlassen des Flugzeugs zu seiner braunen Lederjacke trägt. „Machen Sie Platz für die Beatles!“. Die Ampeln sind für die vier Musiker auf Grün gestellt. So



fahren sie über die Prinzregentenstraße, vorbei an den Vieltausenden, Fähnchen schwenkenden, „Yeah-yeah-yeah!“ kreischenden Münchner Beatles-Fans. Es herrscht einfach eine freundliche Stimmung an diesem 23. Juni 1966. In dem Auto mit dem Kennzeichen M-TX 107 sitzen die Beatles. Um den wartenden Fans zu entkommen, fährt der Mercedes die Tiefgarage von hinten an, sodass die Gruppe um 13:45 Uhr das Hotel durch den Lieferanteneingang betreten kann. Während die Musiker durch den Hintereingang verschwinden, warten auf dem Promenadeplatz etwa 3.000 Fans und Neugierige mit Transparenten. Neun Hausdiener und eine Handvoll Polizisten sollen den Bayerischen Hof gegen den Ansturm der Beatles-Fans verteidigen. „Die Scheiben sind vorsorglich beim Glaser bestellt“, diktiert Hotelchef Falk Volkhardt einem Reporter in den Block. Nichts passiert. Nur junge Frauen und Männer warten auf dem Promenadeplatz sehnsüchtig auf den Augenblick, dass sich ihre Idole an einem der Fenster zeigen. Oben im fünften Stock tun diese den Fans ein einziges Mal den Gefallen und treten ans Fenster, um ein paar Autogramme auf die Straße zu werfen. Für 16:00 Uhr ist im Nachtclub des Hotels Bayerischer Hof eine Pressekonferenz anberaumt. Diese beginnt 20 Minuten später, weil der Fahrstuhl stecken bleibt. Statt der erlaubten 10 haben sich 15 Personen in den Aufzug gequetscht. Zuerst werden Fotos der Fab Four geschossen, danach dürfen die Journalisten die Beatles 13 Minuten befragen. Dazwischen bekommen sie noch den „Goldenen BRAVO Otto“ in der Kategorie Beste Beatband überreicht. Zur gleichen Zeit tagt im Polizeipräsidium an der Ettstraße ein Krisenstab, denn den deutschen Behörden und der Polizei waren Popstars samt den kreischenden Fans ausgesprochen befremdlich. Aus Anlass des Beatles-Gastspiels richtet man in München einen Krisenstab ein, dem der Polizeipräsident, zwei Einsatzleiter und ein erst kurz zuvor installierter psychologischer Fachmann angehören. Deeskalation fordert der Psychologe, was natürlich umfangreiche polizeiliche Vorbereitungen notwendig macht, um Massenaufläufe möglichst zu verhindern oder zumindest unter Kontrolle zu halten. So bekommen die Beatles die Kehrseite ihres Ruhmes zu spüren. Ihnen wird ein abendlicher Schwabing-Bummel aus Sicherheitsgründen verboten, weshalb sie die ganze Zeit ihres München-Aufenthaltes im Bayerischen Hof verbringen müssen. Die Abendzeitung schreibt beschwichtigend: „Die Herren tragen zwar unorthodoxe Haartracht und veranstalten einen für musikalische Ohren beschwerlichen Lärm, aber im Grunde sind sie harmlos und übermütig, und in ihren Liedern kommt nichts Unanständiges vor.“ Die Polizei hat eine Fälscherbande hochgenommen, die 125 gefälschte Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte zu Horror-Preisen verkauft hat. Am frühen Abend machen die Beatles eine Generalprobe auf ihrem Zimmer, da sie bis zum 21. Juni 1966 jeden Tag mit den Aufnahmen zur LP „Revolver“ beschäftigt waren. Gegen 21:30 Uhr betreten die vier Beatmusiker das 16 Meter lange Schwimmbad auf dem Dach des Hotels Bayerischer Hof, das extra für die Beatles reserviert und eigens für diesen Zweck mit neuem Wasser gefüllt worden war. Der einzige Schwimmer ist Paul, der sich mit einer geliehenen Badehose in die Fluten stürzt, während die drei anderen „kühles Nass aus Whiskeyflaschen“



vorziehen. Fortsetzung folgt !

24. Juni 1966 – Auftritte der Beatles im Cirkus Krone

München * Für 17:15 Uhr ist das erste und für 21 Uhr das zweite Beatles-Konzert im Circus Krone angesetzt. Die Süddeutsche Zeitung informiert ihre Leser fürsorglich über die gesundheitliche Gefährlichkeit dieser Musik: „Wenn die Gitarren ihren harten Rhythmus beginnen, wird der Lärm so stark, dass es vom ärztlichen Standpunkt aus ratsam erscheint, das Weite zu suchen. Das halbe Dutzend großer Verstärker verwandelt selbst das Laufgeräusch einer Ameise in das Donnern einer aufgescheuchten Elefantenherde: Sie haben zusammen 800 Watt.“ Die 6.200 Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte sind schon lange vorher verkauft worden, 2.000 davon nach auswärts. Vier Sonderzüge treffen mit diesen Fans in München ein: aus Stuttgart Der Rasende John, aus Innsbruck Der Fliegende Paul, aus Würzburg Der Schnelle George und aus Ulm Der Rollende Ringo. Am Einlass zum Cirkus-Krone-Bau brechen Teenager vor Enttäuschung in Tränen aus. Sie sind von einer Fälscherbande mit gezinkten Tickets betrogen worden. Um 16:30 Uhr werden die Türen zum Circus-Krone-Bau für die Fans geöffnet und um 17:15 Uhr beginnt das erste Beatles-Konzert vor 3.500 Zuschauern mit dem Vorprogramm. Die Sicherheitsvorkehrungen sind beträchtlich: 250 Polizeibeamte sind im Einsatz. Im Hof der Deroy-Schule parkt ein Wasserwerfer. Im Publikum verteilen sich ausgewählte junge Beamte. Bei einem Stimmungsüberschlag will man den Cirkus-Krone-Bau schlagartig in gleißend weißes Licht tauchen. Doch noch vor Konzertbeginn sorgt ein Gewitterregen für Abkühlung. Die Stimmung sinkt noch tiefer, als sich die erste Vorgruppe mit dem aufreizenden Namen Cliff Bennet and the Rebel Rousers auf der Münchner Bühne abmüht. Erst den Rattles, einer Band aus Hamburg, gelingt es, die Emotionen auf beatlesgemäßes Niveau zu steigern. Im Anschluss tritt noch das Duo Peter & Gordon auf. Danach schaltet die Regie eine künstliche Pause, nach der - in dem atemlos stillen Krone-Saal - die Beatles angekündigt werden. Als die vier Ausnahmemusiker urplötzlich auf die Bühne springen, entlädt sich ein Orkan. Unter ihren - für die damaligen Verhältnisse - skandalös langhaarigen Köpfen tragen sie dunkelgrüne Jägeranzüge mit hellen Kragenaufschlägen. Ihre ebenfalls uniformen gelben Hemden sind mit Krawatten zugebunden. Die Beatles spielen zwar nur elf Lieder. Doch mit jedem Song steigert sich die frenetische Begeisterung des Münchner Publikums. Die Songfolge ist folgendermaßen: Rock and Roll Music She's a woman If I needed someone Babys in black Day tripper I feel fine Yesterday I wanna be your man Nowhere man Paperback writer I'm down Begeisterte, schluchzende und enthemmte Jugendliche branden gegen die Bühne an, ausgebremst von einer Hundertschaft Polizisten, die auf Empfehlung des Psychologen in Zivil gekommen sind. Papierkugeln und Damenschuhe



fliegen durch die Luft - bevorzugt zu Paul McCartney, dem damals noch einzigen Junggesellen. Nach jeder Nummer verbeugen sich die „Pilzköpfe“ artig und lächeln lieb. Das Jubelgeschrei wird noch lauter und noch stärker, sodass hinterher keiner der Anwesenden mit Bestimmtheit sagen kann, welche Songs die Beatles tatsächlich gespielt haben. Bereits nach 25 Minuten verschwinden die - wie sie die Münchner Presse gerne nennt - „vier Liverpooler Sängerknaben“ - genauso schnell wieder von der Bühne, wie sie gekommen sind, und hinterlassen ein erschüttertes Publikum und eine erleichterte Polizei. Immerhin ist es zu keinen Ausschreitungen und Sachbeschädigungen gekommen. „Es ging alles friedlich vonstatten“, wurde gebetsmühlenartig wiederholt.

26. Juni 1966 – Die Hamburger Beatles-Konzerte

Hamburg * Die Beatles treffen um 5:30 Uhr auf dem Hamburger Bahnhof Ahrensburg ein. Nach zwei Shows in der Ernst-Merck-Halle vor jeweils 5.600 Zuschauern bricht der Verkehr zusammen. Vier Stunden nach dem zweiten Konzert meldet der Polizeifunk: „Durchbruch der Fans auf breiter Front.“ 600 Polizeibeamte sind im Einsatz und 117 Fans werden inhaftiert. Unterdessen entweichen die Beatles ihren Bewachern und feiern mit ihren alten Freunden von der Reeperbahn bis um vier Uhr in der Frühe. Damit endet das Gastspiel der „weltbesten Beatband“ in Deutschland.

2. September 1966 – Bayern und der Vatikan schließen Hochschul-Verträge

München - Rom-Vatikan - Freising - Regensburg * Kultusminister Ludwig Huber und Nuntius Corrado Bafile unterzeichnen in München die Verträge über die Ausbildung an der Katholischen Hochschule Freising sowie die Errichtung einer Katholischen Fakultät an der Universität Regensburg.

28. Mai 1967 – Ein neues Ludwig-II.-Denkmal in den Maximiliansanlagen

München-Haidhausen * In den Maximiliansanlagen, zwischen dem Maximilianeum und dem Friedensengel, an der Stelle, an der König Ludwig II. - eigens für die Werke seines verehrten Musikeridols Richard Wagner - ein Festspielhaus errichten lassen wollte, wird die 2,60 Meter hohe Bronzestatue zu Ehren des bayerischen Märchenkönigs enthüllt und der Öffentlichkeit übergeben. Der Bildhauer Anton Rückel hat das Denkmal erschaffen. Auf einem Granitmonolith, an den vier Bronzereliefs mit Ansichten der Schlösser Linderhof, Herrenchiemsee und



Neuschwanstein sowie des geplanten Festspielhauses angebracht sind, steht - als Sinnbild eines gescheiterten Projekts - der in Bronze gegossene bayerische Märchenkönig. Ihre Inschrift lautet: „Wo Bayerns König Ludwig für Richard Wagners Werke nach Gottfried Sempers Plänen zum Ruhm der ganzen Menschheit den Festbau schaffen wollte, setzt sich das Volk sein Denkmal. A.D. MCMLXVII.“ Es ist dies der Ersatz für ein Standbild, das sich in einem halbrunden Säulentempelchen auf der Corneliusbrücke befand und von den Nazis am 3. Mai 1942 demontiert und als Metallreserve für die Rohstoffversorgung des Reiches nach Hamburg gebracht und zum Bau von Bomben eingeschmolzen wurde.

September 1967 – Das Edith-Stein-Gymnasium startet mit 80 Schülerinnen

München-Haidhausen * Die Dominikanerinnen aus Niederviehbach starten mit achtzig Schülerinnen auf dem ehemaligen Areal der Frauen vom guten Hirten ins erste Schuljahr des Edith-Stein-Gymnasiums. In dem katholischen Zentrum befinden sich neben dem Mädchengymnasium ein Internat, eine Fachoberschule für Sozialberufe, die Fachhochschule für Sozialpädagogik, ein Schwesternhaus und eine Mensa.

1968 – Der Templer-Orden erwirbt die ehemalige Winterhalter-Villa

München-Untergiesing * Der Templer-Orden erwirbt von der Landeshauptstadt München die unter Denkmalschutz stehende ehemalige Winterhalter-Villa an der Birkenleiten 35 und baut sie für seine Zwecke und Bedürfnisse aus. Seither befindet sich hinter dem hohen schmiedeeisernen Gitter das „Trinitarion des orientalisch-orthodox-katholischen und kreuzritterlichen Chor- und Hospitaliter-Ordens der Templer e.V.“. Und das ist auch richtig, bezeichnet aber nur den sozialen Bereich, den sich die hier befindliche religiöse Ordensgemeinschaft auferlegt hat: die Speisung der Armen. Nichts aber deutet darauf hin, dass sich in der ehemaligen Villa des Hofgoldschmieds und Juweliers Karl Winterhalter das Archiconvent des Templerordens, also der Hauptsitz der Templer-Ordensgemeinschaft in Deutschland befindet.

7. November 1968 – Beate Klarsfeld ohrfeigt Bundeskanzler Kiesinger

Berlin * Beate Klarsfeld verschafft sich mit einer Pressekarte Zugang zum CDU-Parteitag in der Berliner Kongresshalle und ohrfeigt den deutschen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der der NSDAP seit 1933 angehört hatte, wegen seiner Nazi-Vergangenheit. Beate Klarsfeld wird



noch an demselben Tag zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird jedoch zur Bewährung ausgesetzt. „Es war eine symbolische Aktion der jungen Generation, der Nazi-Kinder gegen die Nazi-Väter“, sagt Beate Klarsfeld.

9. November 1969 – Enthüllung des Synagogen-Denkmal

München-Kreuzviertel * Münchens Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel enthüllt im Rahmen einer feierlichen Zeremonie den Gedenkstein auf dem ehemaligen Gelände der Hauptsynagoge. Das Denkmal erinnert an die 1938 zerstörte Synagoge an der Herzog-Max-Straße sowie an die Verfolgung und Ermordung der Münchner Jüdinnen und Juden während der Zeit des Nationalsozialismus. Mit der Einweihung des Mahnmals erhält der historische Ort erstmals eine sichtbare Form des öffentlichen Gedenkens. Der Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 verleiht der Zeremonie dabei eine besondere symbolische Bedeutung.

25. November 1969 – John Lennon gibt aus Protest seinen MBE-Orden zurück

London * John Lennon schickt seinen Orden Member of the British Empire zurück, um damit gegen die britische Nigeria-Politik und den Vietnam-Krieg zu protestieren.

1970 – Gründung der Tivoli Handels- und Grundstücks AG

München-Englischer Garten - Tivoli * Aus der Kunstmühle Tivoli Aktiengesellschaft geht die Tivoli Handels- und Grundstücks AG hervor.

1970 – Ein roter Fleck im schwarzen CSU-Meer

Burglengenfeld * Hans Schuierer (SPD) wird zum Landrat des damaligen Landkreises Burglengenfeld gewählt. Er folgt auf Walter Haschke, ebenfalls SPD, der das Amt seit 1948 innehat. Schuierer bleibt bis zur bayerischen Gebietsreform 1972 Landrat von Burglengenfeld. Als die Gebietsreform ansteht, gilt Burglengenfeld als roter Fleck im ansonsten von der CSU dominierten Bayern. Der Landkreis soll mit drei weiteren Landkreisen zusammengelegt werden. Nach Schuierers späterer Darstellung verfolgt der neue Gebietszuschnitt auch ein politisches Ziel: Der sozialdemokratische Landrat soll sein Amt verlieren. Der damalige Regierungspräsident der Oberpfalz bestätigt ihm dies Jahre später.



1971 – An der Stelle der Tivoli-Kunstmühle steht jetzt das Hilton-Hotel

München-Englischer Garten - Tivoli * Dort, wo sich die Tivoli-Kunstmühle befand, steht jetzt das Hilton-Hotel. Von der ganzen ehemaligen Anlage blieb nur noch der Name „Tivoli“.

6. September 1972 – Die Befreiung der israelischen Sportler scheitert

Fürstenfeldbruck * Der Befreiungsversuch der von der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ als Geiseln genommenen israelischen Sportler durch die deutsche Polizei auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck scheitert. Am Ende sterben: 11 israelische Sportler und Betreuer, ein deutscher Polizist, sowie fünf der Attentäter. Das Ereignis gilt als eines der einschneidendsten Terror-Attentate der Nachkriegsgeschichte und prägt die Wahrnehmung der Olympischen Spiele nachhaltig.

Dezember 1975 – Hartmut Hinrichs übernimmt die Museum-Lichtspiele

München-Au * Ab Dezember 1975 bis Februar 1988 führt der Schauspieler Hartmut Hinrichs das Kino. Er macht aus den Museum-Lichtspielen ein Spezialkino für Musicalfilme und eröffnete es mit dem Film „Oliver!“ von Carol Reed aus dem Jahr 1968. Doch zu seiner Enttäuschung können sich die Münchner für diese Filmform nicht richtig begeistern, und zu „My Fair Lady“ oder „Funny Lady“ kommen manchmal nur zwei, drei Leute über die Isarbrücke, wo sie von dem Kinomacher sehnsüchtig erwartet werden.

1976 – Die Ukrainisch-katholische Bischofskirche wird eingeweiht

München-Untergiesing * Die „Ukrainisch-katholische Bischofskirche Sankt Andreas - Maria Schutz“ an der Schönstraße wird eingeweiht. Die Kirche wurde in einem architektonisch modernen Stil als Seelsorge- und Bildungszentrum für die mit Rom unierten katholischen Ukrainer in Deutschland erbaut.

25. Januar 1976 – Mal Evens von US-Polizei erschossen

Los Angeles * Die Polizei erschießt Mal Evans, den ehemaligen Tour-Manager der Beatles, in Los Angeles.



12. Dezember 1976 – Politische Parität zwischen CDU und CSU geregelt

Bonn * CDU und CSU vereinbaren, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU auf der Grundlage neuer Abmachungen fortzusetzen. In umfangreichen schriftlichen Vereinbarungen werden neue Verfahren der Konfliktregelung im Sinne einer politischen Parität beider Parteien festgelegt. Die CSU bahnt mit diesen Vereinbarungen zugleich die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß im Bundestagswahlkampf 1980 an.

1977 – Die Suche nach einem Standort beginnt

Bundesrepublik Deutschland * Als mögliche Standorte für die Wiederaufarbeitungsanlage werden unter anderem Wangershausen in Hessen, Kaisersesch sowie Hambuch und Illerich in Rheinland-Pfalz und Dragahn in Niedersachsen untersucht. Die Planungen scheitern vor allem am Widerstand der Bevölkerung und an politischen Vorbehalten.

1978 – Frauen können in Bundesländern Schutzpolizistinnen werden

Bundesrepublik Deutschland * Frauen können in den ersten Bundesländern Schutzpolizistinnen werden.

18. Oktober 1978 – Karol Józef Wojtyła wird als Papst Johannes Paul II. gewählt

Rom-Vatikan * Karol Józef Wojtyła wird als Papst Johannes Paul II. zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt. Er folgt auf den 33-Tage-Papst Johannes Paul I..

2. Juli 1979 – Franz Josef Strauß wird Kanzlerkandidat der Unionsparteien

Bonn * Franz Josef Strauß wird von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages als erster Kanzlerkandidat der CSU für die Unionsparteien nominiert. Er erhält 135 Stimmen der 237 anwesenden Abgeordneten (57 Prozent). 102 Abgeordnete stimmen für Ernst Albrecht (43 Prozent). Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß ist von großer Bedeutung für die Unionsparteien, weil sich die CDU als größere Schwesterpartei der Fraktionsgemeinschaft seit der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer ein gewohnheitsmäßiges erstes Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur gesichert hatte. Die Kanzlerkandidatur eines CSU-Politikers gilt als Ausnahme,



da ein Erfolg eines bayerischen Politikers auf Bundesebene als nur wenig wahrscheinlich angesehen wird.

1980 – Die Vogel-Voliere wird eröffnet

München-Giesing * Im Tierpark Hellabrunn wird die Vogel-Voliere eröffnet.

23. September 1980 – Franz Josef Strauß lässt Demonstranten umzingeln

München-Graggenau • Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, will vor seiner Rede auf dem Marienplatz von der Polizei Demonstranten entfernen lassen, die auf Transparenten Stoppt Strauß fordern und durch Sprechchöre auf sich aufmerksam machen. Da der Einsatzleiter dazu keine rechtliche Grundlage sieht, wird auf der Stelle von Strauß (jetzt in seiner Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident) abgesetzt. Die Demonstranten sehen sich kurz darauf von einem großen Polizeiaufgebot umzingelt.

26. September 1980 – Das Oktoberfest-Attentat

München-Theresienwiese * Freitag, 22:19 Uhr: Am Haupteingang der Wiesen explodiert ein Sprengsatz. Der Feuerball unterbricht die ausgelassene Volksfeststimmung auf dem Oktoberfest und tötet 13 Menschen. 211 Personen werden verletzt, davon 68 schwer. „Menschen wirbeln durch die Luft, Blut spritzt, zerfetzte Gliedmaßen, unglaubliche Schmerzen und verzweifelte Schreie, die nur die hörten, denen nicht gleich das Trommelfell platzte“. Einer der Toten ist der Geologiestudent Gundolf Köhler (21). Als die Rettungskräfte am Tatort eintreffen, finden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote verstreut auf der Straße liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle ist gewaltig gewesen. Noch in der Nacht stehen für die Bayerische Staatsregierung die Schuldigen fest: Die RAF und linke Terroristen müssen für das Massaker verantwortlich sein. Ministerpräsident Franz Josef Strauß steht mitten im Wahlkampf. Er will Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler ablösen und hat sich selbst als starker Law-and-Order-Mann positioniert. Nun sieht Franz Josef Strauß seine Stunde gekommen. Er greift Innenminister Gerhard Baum (FDP) an, der für das Nachrichtenmagazin Spiegel eine Diskussion mit dem RAF-Anwalt und Ex-Terroristen Horst Mahler geführt hat. Strauß macht Baum für das Attentat mitverantwortlich, weil er den Terrorismus quasi salonfähig gemacht hat. Strauß fordert, dass sofort Flugblätter produziert werden, die Baum im Gespräch mit Mahler zeigen. Doch die Attacke gegen Links wird sich bald



als Bumerang erweisen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, leitet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zusätzlich ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein. Die Untersuchung liegt damit federführend beim Bund. Nach intensiven Beratungen mit Politikern, dem Polizeipräsidenten und den Veranstaltern entscheidet Oberbürgermeister Erich Kiesl noch mitten in der Nacht, das Oktoberfest nicht abzubrechen, sondern nur einen Trauertag zu veranstalten. Man wolle und dürfe sich dem Terror, gleich von welcher Seite, nicht beugen. Bei dieser nicht unumstrittenen Entscheidung hat man auch das Beispiel der XX. Olympischen Spiele in München vor Augen, die trotz eines Terroranschlages zu Ende geführt worden waren.

27. September 1980 – Der politisch rechts orientierten Gundolf Köhler war der Attentäter

Theresienwiese - Kreuzviertel * Die Sonderkommission Theresienwiese identifiziert den 21-jährigen, politisch rechtsorientierten Geologiestudenten Gundolf Köhler als Attentäter. Er ist eines der dreizehn Todesopfer. Zeugen haben ihn unmittelbar vor der Explosion am Tatort gesehen. Die Verletzungsmerkmale an Köhlers Leiche untermauern die Aussagen der Zeugen und lassen keinen Zweifel an einer Täterschaft Köhlers.

28. September 1980 – Gewerkschaften, Kirchen und Politiker rufen zu mehr Toleranz auf

München * Am „Tag des ausländischen Arbeitnehmers“ rufen Gewerkschaften, Kirchen und Politiker zu mehr Toleranz gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern auf. Man appelliert an die Bevölkerung, der von neonazistischen Kräften geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

1981 – Ein Gedenkstein zur Erinnerung an Pater Alfred Delp

München-Bogenhausen * Die Vereinigung der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung stiftet einen Gedenkstein zur Erinnerung an Pater Alfred Delp. Die Bronzeplastik „Drei Jünglinge im Feuerofen“ befindet sich vor dem Pfarrhof.

Januar 1981 – Politiker fordern Klarheit über mögliche Standortpläne

Schwandorf - München * Landrat Hans Schuierer und der Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer



verlangen von der Bayerischen Staatsregierung Auskunft über mögliche Planungen für eine Atomanlage im Landkreis Schwandorf. Die Staatsregierung bestreitet zunächst, dass es konkrete Pläne für einen Standort in der Region gibt.

1982 – Eine hohe Brauereidichte in Bayern

Freistaat Bayern - Europa * Alle Brauereien in Bayern haben einen durchschnittlichen Ausstoß von 29.700 Hektolitern. Das liegt an der hohen Brauereidichte in Bayern.

20. Januar 1982 – Strauß bezeichnet „Scheibenwischer“ als politische Giftmischerei

München * Während sich Dieter Hildebrandt in seiner Satiresendung „Scheibenwischer“ über den Rhein-Main-Donau-Kanal lustig macht, geifert Franz Josef Strauß von „politischer Giftmischerei“.

1. März 1982 – Kardinal Joseph Ratzinger trifft in Rom ein

Rom-Vatikan * Kardinal Joseph Ratzinger tritt seine neue Aufgabe als Kurienkardinal und Präfekt der römischen Kongregation für die Glaubenslehre in Rom an. Damit ist Ratzinger der oberste Glaubenswächter der katholischen Kirche. Während dieser Zeit gibt es heftige Auseinandersetzungen.

Dezember 1982 – Der Generalbundesanwalt stellt Ermittlungen zum Wiesn-Attentat ein

Karlsruhe * Generalbundesanwalt Kurt Rebmann lässt die Ermittlungen zum Wiesn-Attentat offiziell einstellen. Er schließt sich der Einzeltätertheorie vorbehaltlos an. Köhler hat nicht aus politischen Motiven gehandelt, sondern sei „getrieben gewesen von sozialer Vereinsamung und sexueller Frustration“.

7. Februar 1983 – Eine Pershing II-Rakete statt dem Friedensengel

München-Haidhausen * Während der Friedensengel renoviert wird und sein Platz auf der Säule leer ist, setzt die „Initiative für die totale Nachrüstung“ eine vier Meter lange Attrappe einer Pershing II-Rakete auf den leeren Sockel der Säule in 23 Metern Höhe. Sie steht dort genau zwei



Stunden und fünfzehn Minuten, bevor sie behördlich entfernt wird. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Störung der Allgemeinheit auf und bittet die Münchner Bevölkerung um Mithilfe. Rechtzeitig vor der geplanten Aufstellung der Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stellt die Polizei ein für alle mal klar, was juristisch von den hierfür Verantwortlichen zu halten ist: „Sie sind Kriminelle.“

16. Januar 1984 – Die bundesweit erste Regionalgruppe der Aids-Hilfe gegründet

München-Angerviertel * Im Vollmar-Haus wird die bundesweit erste Regionalgruppe der Aids-Hilfe gegründet. Die Gründung des Vereins ist „eine politische Reaktion auf eine noch nicht sichtbare Bedrohung“. Die Berichterstattung in Deutschland über Aids stellt einen Angriff auf die Münchner Schwulenszene und deren Lebensstil dar.

März 1984 – Schuierer gewinnt die Landratswahl deutlich

Schwandorf * Hans Schuierer wird mit mehr als 70 Prozent der Stimmen als Landrat wiedergewählt. Gleichzeitig verliert die CSU ihre Mehrheit im Schwandorfer Kreistag. Das Wahlergebnis gilt als erstes deutliches politisches Signal gegen die WAA-Politik der Bayerischen Staatsregierung.

12. Juli 1984 – Ein Unwetter hinterlässt eine Schneise der Verwüstung

München * Ein Unwetter zieht über den Münchner Osten und hinterlässt eine Schneise der Verwüstung. Gegen 20:05 Uhr fallen Hagelkörner, zum Teil so groß wie Tennisbälle, auf die Erde. Sie durchschlagen Dachplatten und Fassadenverkleidungen. Aus Pflanzen und Gemüse wird in wenigen Minuten Matsch. 400 Menschen werden so stark verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen, Drei Menschen sterben vor Aufregung. Rund 70.000 Wohngebäude werden zum Teil erheblich beschädigt, ebenso 1.000 Gewerbebetriebe, darunter viele Gärtnereibetriebe, deren Gewächshäuser zu Bruch gehen. 20.000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen werden durch den Hagel umgepflügt, 150 Flugzeuge werden von den Hagelkörnern demoliert, über 200.000 Autos werden zerbeult. Nach 20 Minuten ist alles vorbei. Doch das hat gereicht. Das Unwetter richtet den bisher größten Schaden in Deutschland an. Die Versicherungen müssen insgesamt 1,5 Milliarden DMark an Entschädigungen zahlen.



Oktober 1984 – Andachten und Spaziergänge verbinden den Widerstand

Wackersdorf * Regelmäßige ökumenische Andachten, Bittgänge und „Sonntags-Spaziergänge“ verbinden kirchliche, bürgerschaftliche und umweltpolitische Formen des Protests.

1985 – Das Tivoli-Kraftwerk wird in die Denkmalschutzliste aufgenommen

München-Englischer Garten - Hirschau * Das Maffei-Kraftwerk am Eisbach, heute Tivoli-Kraftwerk, wird in die Denkmalschutzliste der Stadt München aufgenommen.

8. November 1985 – Georg Kronawitter enthüllt ein würdiges Denkmal

München-Maxvorstadt * Oberbürgermeister Georg Kronawitter enthüllt auf dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus ein „würdiges Denkmal“, das den provisorischen Gedenkstein ersetzt. Der Bildhauer Andreas Sobeck hat einen sechs Meter hoher symbolischer Kerker aus südafrikanischen Impalagestein geschaffen, in dem eine ewige Flamme an die Verfolgten erinnern soll. Das Denkmal trägt die Inschrift: „Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

29. November 1985 – Bürgerversammlung gegen die Errichtung eines Kurt-Eisner-Denkmal

München * Eine Bürgerversammlung spricht sich gegen die Errichtung eines Kurt-Eisner-Denkmal in der Kardinal-Faulhaber-Straße aus. Rasch wird offensichtlich, dass sich die Debatte weniger um den Ort für das angeregte Denkmal dreht, als vielmehr zu einer grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung um Kurt Eisner und die Revolution von 1918/19 entwickelt.

11. Dezember 1985 – Die Rodung des Taxöldener Forstes beginnt

Wackersdorf * Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am Vortag einen Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Genehmigung zurückgewiesen hat, beginnt die DWK mit der Rodung des Baugeländes im Taxöldener Forst. Ein massives Polizeiaufgebot sichert die Arbeiten gegen Proteste und Besetzungsversuche. Damit beginnt die sichtbare Umsetzung des WAA-Projekts.



16. Dezember 1985 – Das erste Hüttendorf wird geräumt

Wackersdorf * In den frühen Morgenstunden räumen mehr als 3.000 Polizisten und Bundesgrenzschützer das Hüttendorf „Freie Oberpfalz“. Zahlreiche Besetzer werden festgenommen. Anschließend werden die Hütten abgerissen und die Rodungsarbeiten fortgesetzt.

Januar 1986 – Das Baugelände wird abgeriegelt

Wackersdorf * Rund um das WAA-Gelände entsteht ein provisorischer Bauzaun. Transporte von Baumaschinen und Baumaterial erreichen das Gelände teilweise unter Polizeischutz. Der zunächst einfache Zaun wird in den folgenden Monaten zu einer massiven, technisch gesicherten Absperranlage ausgebaut.

5. Januar 1986 – Kulturfest in der „Freien Republik Wackerland“

Wackersdorf * Etwa 15.000 Menschen besuchen am 5. und 6. Januar ein zweitägiges Kultur- und Solidaritätsfest im Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Zu den Höhepunkten gehört der gemeinsame Auftritt des Kabarettisten Gerhard Polt und der Biermösl Blosn auf der sogenannten „WAAldbühne“. Mit Musik, Kabarett und politischen Beiträgen bekunden die Künstler ihre Solidarität mit den Bewohnern des Protestdorfs und den Gegnern der WAA.

7. Januar 1986 – Die „Freie Republik Wackerland“ wird geräumt

Wackersdorf * Nach 18 Tagen räumen rund 3.000 Polizisten und Bundesgrenzschützer das zweite Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Mehr als 700 Besetzer, die das Gelände nicht freiwillig verlassen, werden festgenommen oder vorübergehend in Gewahrsam genommen. Anschließend reißen die Einsatzkräfte die Hütten und Baumhäuser ab. Bei der Räumung der „Freien Republik Wackerland“ sägen Einsatzkräfte das Holzkreuz ab und entfernen es vom Gelände. Die Christusfigur wird kurze Zeit später zurückgegeben und von WAA-Gegnern zum nahe gelegenen Franziskus-Marterl gebracht. Dort wird sie an einem Baum befestigt.

13. Februar 1986 – Politischer Aschermittwoch gegen die WAA



Schwandorf * Beim „Politischen Aschermittwoch“ der WAA-Gegner sprechen Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Umweltschutz gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Rednern gehören Landrat Hans Schuierer, Hubert Weinzierl, Erhard Eppler, Robert Jungk, Carl Amery und Franz Xaver Kroetz.

21. Februar 1986 – „Das andere Bayern“ setzt „Das unsichtbare Denkmal“ für Kurt Eisner

München-Kreuzviertel * Um 10 Uhr Ortszeit, ziehen die Aktivisten des Vereins „Das andere Bayern“ ein 2,50 Meter hohes, grell gelb-grünes Gemälde Kurt Eisners auf Plastikfolie auf, das der Kunstmaler Eckart Zylla geschaffen hatte. Zylla malt eine rote Zielscheibe auf das Bild und signiert es. Danach wird eine Gehsteigplatte zerschlagen, das Bild zusammengefaltet und anschließend das Plastikbild in dem „Denkloch“ vergraben. Mit der Kunst-Aktion Kurt Eisner will der Verein auf die Lächerlichkeit dieser bis ins Unerträgliche verzögerten Denkmal-Diskussion aufmerksam machen.

2. März 1986 – Erna Sielka stirbt am Bauzaun

Wackersdorf * Die 61-jährige Wackersdorferin Erna Sielka erleidet am Bauzaun einen Herzinfarkt, nachdem sie kurz zuvor ein Gerangel zwischen WAA-Gegnern und der Polizei miterlebt hat. Demonstranten und Polizeisanitäter versuchen vergeblich, sie wiederzubeleben. Ihr Tod überschattet die Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

30. März 1986 – Die Osterproteste beginnen

Wackersdorf * Am Ostersonntag demonstrieren rund 30.000 Menschen am WAA-Baugelände. Während die große Mehrheit friedlich protestiert, versuchen kleinere militante Gruppen, den Bauzaun zu beschädigen oder zu überwinden. Die Polizei setzt Wasserwerfer ein. Die Auseinandersetzungen markieren den Beginn eines von heftigen Konflikten geprägten Osterwochenendes.

31. März 1986 – 100.000 Menschen beim Ostermarsch - ein Demonstrant stirbt

Wackersdorf * Am Ostermontag demonstrieren rund 100.000 Menschen gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Die überwiegende Mehrheit protestiert friedlich; am Bauzaun kommt



es jedoch erneut zu Auseinandersetzungen. Die Polizei setzt Wasserwerfer sowie CN- und erstmals in großem Umfang CS-Reizgas gegen Demonstranten ein. Der 38-jährige Ingenieur Alois Sonnleitner erleidet einen schweren Asthmaanfall und stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus. Ein Zusammenhang mit dem CS-Gas-Einsatz wird vermutet, bleibt jedoch medizinisch und politisch umstritten.

11. Mai 1986 – Die „Mütter gegen Atomkraft“ organisieren sich

München * Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl schließen sich Frauen aus München, Starnberg und dem Umland zur Initiative „Mütter gegen Atomkraft“ zusammen. Ausgangspunkt ist eine Muttertagsaktion auf dem Münchner Marienplatz, bei der Frauen symbolisch möglicherweise radioaktiv belastete Blumen niederlegen und ein großes Strahlenzeichen bilden. Die Initiative informiert über radioaktive Belastungen, veröffentlicht unabhängige Messergebnisse und gibt Empfehlungen zum Schutz von Kindern und Familien. Zugleich fordert sie den Ausstieg aus der Kernenergie und wendet sich gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Die „Mütter gegen Atomkraft“ entwickeln sich zu einem wichtigen, überparteilichen Teil des bürgerlichen Anti-Atom-Widerstands.

17. Mai 1986 – Die Auseinandersetzungen an Pfingsten eskalieren

Wackersdorf * Über das Pfingstwochenende (17. bis 19. Mai) kommt es am WAA-Bauzaun zu den bis dahin schwersten Auseinandersetzungen. Neben Zehntausenden friedlichen Demonstranten treten bis zu 1.000 teilweise verummte und gewaltbereite Personen auf. Sie bewerfen die Einsatzkräfte unter anderem mit Steinen und Stahlkugeln; mehrere Polizeifahrzeuge werden beschädigt oder in Brand gesetzt.

19. Mai 1986 – Die „Pfingstschlacht von Wackersdorf“

Wackersdorf * Am Pfingstmontag erreichen die Auseinandersetzungen am WAA-Bauzaun ihren Höhepunkt. Die Polizei setzt Schlagstöcke, Wasserwerfer und Reizgas ein; Reizstoffkörper werden auch aus Hubschraubern abgeworfen. Die Ereignisse gehen als „Pfingstschlacht von Wackersdorf“ in die Geschichte ein. Mehrere Hundert Menschen werden auf beiden Seiten verletzt. Die Angaben schwanken jedoch erheblich: Während das Historische Lexikon Bayerns rund 400 Verletzte nennt, sprechen zeitgenössische Protestchroniken von mehreren Tausend Betroffenen. Die höheren Zahlen schließen offenbar auch leichtere Beschwerden infolge des



Reizgaseinsatzes ein.

20. Mai 1986 – Die Polizeiführung wird ausgewechselt

Wackersdorf * Nach den schweren Auseinandersetzungen an Pfingsten wird Polizeipräsident Hermann Friker als verantwortlicher Einsatzleiter abgelöst. Wilhelm Fenzl übernimmt die Leitung der Polizeieinsätze rund um das WAA-Gelände. Innerhalb der Polizei beginnt eine kontroverse Diskussion über Einsatzstrategie, Überforderung der Beamten und eine mögliche politische Instrumentalisierung der Polizei im WAA-Konflikt.

22. Mai 1986 – Der Bayerische Rundfunk blendet den „Scheibenwischer“ aus

München * Nur wenige Tage nach den schweren Pfingstausschreitungen in Wackersdorf verweigert der Bayerische Rundfunk die Ausstrahlung einer atomkritischen Ausgabe der ARD-Kabarettssendung „Scheibenwischer“. Die Sendung unter der Leitung von Dieter Hildebrandt reagiert auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und setzt sich satirisch mit Kernenergie, radioaktiver Belastung und der Informationspolitik der Behörden auseinander. Besondere Kritik der BR-Führung richtet sich gegen den von Lisa Fitz vorgetragenen Sketch „Der verstrahlte Großvater“. BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller fordert zunächst vergeblich, die Ausgabe im gesamten ARD-Programm abzusetzen. Nachdem sich die übrigen Rundfunkanstalten weigern, koppelt der Bayerische Rundfunk sein Fernsehprogramm für die gesamte Dauer der Sendung aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Die „Scheibenwischer“-Ausgabe ist deshalb in Bayern nicht zu sehen. Die Entscheidung löst heftige Proteste aus. Zahlreiche Zuschauer beschwerten sich telefonisch beim Sender; zeitweise sind die Leitungen überlastet. Videokopien der Sendung werden in Bayern verbreitet und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgeführt. Medien, Künstler und Oppositionspolitiker bewerten das Vorgehen als Zensur und werfen dem Bayerischen Rundfunk politische Rücksichtnahme auf die atomkraftfreundliche Staatsregierung vor. Der BR weist diesen Vorwurf zurück und begründet die Nichtausstrahlung mit Inhalt und Form der satirischen Beiträge. Der Vorgang verstärkt bei vielen WAA-Gegnern den Eindruck, dass nicht nur um ein Industrieprojekt, sondern auch um Meinungsfreiheit, unabhängige Berichterstattung und die demokratische Kontrolle staatlicher Entscheidungen gestritten wird.

7. Juni 1986 – Erneute Auseinandersetzungen am Bauzaun

Wackersdorf * Trotz weitreichender Demonstrationsbeschränkungen versammeln sich rund



30.000 WAA-Gegner am Bauzaun. Ihnen stehen etwa 3.000 Polizisten gegenüber. Im Verlauf des Tages kommt es erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Demonstranten und den Einsatzkräften. Die Angaben zu den Verletzten schwanken; häufig werden rund 400 Betroffene auf beiden Seiten genannt. Mindestens 50 Menschen müssen ärztlich behandelt werden. Die Polizei nimmt 48 Demonstranten fest.

7. Juni 1986 – Österreichische WAA-Gegner werden zurückgewiesen

Bayerisch-österreichische Grenze * Die Bayerische Grenzpolizei verweigert mehreren Hundert österreichischen WAA-Gegnern die Einreise. Unter anderem werden am Grenzübergang Kiefersfelden sieben Busse mit rund 400 Demonstranten zurückgewiesen, die zu einer Kundgebung nach Wackersdorf fahren wollen. Die Behörden begründen die Maßnahme mit dem Ausländergesetz und möglichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Aus Protest blockieren Demonstranten zeitweise die Autobahn auf österreichischer Seite.

28. Juni 1986 – Die Einreiseverbote lösen einen politischen Konflikt aus

Bayerisch-österreichische Grenze * Die bayerischen Behörden hindern erneut mehr als 300 österreichische WAA-Gegner an der Einreise zu einer Kundgebung in Wackersdorf. Das Vorgehen löst in Österreich heftige Proteste aus. Politiker, Kommunen und Anti-Atom-Initiativen kritisieren die Zurückweisungen als Einschränkung demokratischer Rechte. Besonders die Stadt und das Land Salzburg engagieren sich zunehmend gegen die WAA. Aus dem Streit entwickelt sich ein länger anhaltender politischer Konflikt zwischen Bayern und Österreich, den die Medien später als „Alpenfehde“ bezeichnen.

Juli 1986 – Das Tivoli-Kraftwerk wird wieder in Betrieb genommen

München-Englischer Garten - Hirschau * Das Tivoli-Kraftwerk wird in technisch modernisierter Form wieder in Betrieb genommen.

26. Juli 1986 – Das „deutsche Woodstock“ wird zum Höhepunkt des Widerstands

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 26. und 27. Juli das fünfte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Mehr als 100.000 Menschen reisen nach Burglengenfeld und



machen die Veranstaltung zum bis dahin größten Rockkonzert der Bundesrepublik. Das später als „deutsches Woodstock“ bezeichnete Festival bildet zugleich den kulturellen Höhepunkt des Widerstands gegen die WAA. Auf der Bühne stehen unter anderem BAP, Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg, Die Toten Hosen, Rio Reiser, Haindling, die Biermösl Blosn, Wolf Maahn, Wolfgang Ambros, Purple Schulz, Anne Haigis, Marian Gold, Kevin Coyne, Herwig Mitteregger, Fritz Brause, die Rodgau Monotones, Die Firma, das Frankfurter Kurorchestra, Chris McGregor und Théâtre du Pain. Viele Künstler verzichten ganz oder weitgehend auf ihre Gagen und bekunden öffentlich ihre Solidarität mit den WAA-Gegnern. Rund 7.000 Polizisten begleiten und überwachen die Veranstaltung. Entgegen den zuvor geäußerten Befürchtungen bleibt das Festival vollständig friedlich. Die Bilder der riesigen, gewaltfrei protestierenden Menschenmenge finden bundesweit Beachtung und verändern die öffentliche Wahrnehmung des WAA-Widerstands.

27. Juli 1986 – Salzburg und Schwandorf schließen eine Anti-Atom-Partnerschaft

Salzburg * Auf dem Alten Markt in Salzburg besiegeln Bürgermeister Josef Reschen und der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer eine grenzüberschreitende „Anti-Atom-Partnerschaft“. Unter dem Motto „Atome kennen keine Grenzen“ reichen sie sich auf Leitern über einem nachgebauten WAA-Bauzaun hinweg die Hand. Die symbolische Vereinbarung zwischen der Stadt Salzburg und dem Landkreis Schwandorf soll den gemeinsamen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage stärken.

August 1986 – Papst Johannes Paul II. bekräftigt die Existenz des Satans

Rom-Vatikan * Papst Johannes Paul II. bekräftigt die Existenz des Satans. Hexenangst ist aber beileibe keine rein katholische Angelegenheit. Hexenglauben findet sich auch unter Protestanten. Vor allem pietistisch geprägte Richtungen innerhalb der protestantischen Konfession bejahen eine angstbesetzte Vorstellung vom Teufel.

7. September 1986 – Ein Zug kollidiert mit einem Polizeihubschrauber

Schwandorf * Auf der Bahnstrecke Schwandorf–Cham kollidiert ein Triebwagen der Deutschen Bundesbahn mit einem Polizeihubschrauber. Der Hubschrauber schwebt nur etwa einen Meter über den Gleisen, um drei Polizeibeamte aufzunehmen, als ihn der Zug erfasst. Die fünf Insassen des Hubschraubers werden zum Teil schwer verletzt. Der 31-jährige Kriminalhauptmeister Hans



Hirschinger erliegt am 24. September seinen schweren Verletzungen. Sein Tod ist der dritte Todesfall des Jahres 1986 im Zusammenhang mit den Ereignissen um die WAA Wackersdorf.

29. September 1986 – Pfeifkonzert gegen Franz Josef Strauß

Schwandorf * Bei einem Wahlkampfauftritt von Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Schwandorfer Sepp-Simon-Stadion protestieren mehrere Hundert WAA-Gegner innerhalb und außerhalb des Stadions. Mit einem anhaltenden Pfeif- und Brüllkonzert bringen sie ihre Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage und der Politik der Staatsregierung zum Ausdruck. Ein außergewöhnlich großes Polizeiaufgebot sichert die Veranstaltung.

29. September 1986 – Pfeifkonzert gegen Franz Josef Strauß

Schwandorf * Bei einem Wahlkampfauftritt von Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Schwandorfer Sepp-Simon-Stadion protestieren mehrere Hundert WAA-Gegner innerhalb und außerhalb des Stadions. Mit einem anhaltenden Pfeif- und Brüllkonzert bringen sie ihre Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage und der Politik der Staatsregierung zum Ausdruck. Ein außergewöhnlich großes Polizeiaufgebot sichert die Veranstaltung.

9. Oktober 1986 – 200.000 Unterschriften gegen Atomenergie und Wiederaufarbeitung

München * WAA-Gegner demonstrieren vor der Bayerischen Staatskanzlei und übergeben rund 200.000 Unterschriften gegen die Nutzung der Atomenergie und die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. Die Aktion macht die breite gesellschaftliche Unterstützung des Widerstands sichtbar und erhöht unmittelbar vor der bayerischen Landtagswahl den politischen Druck auf die Staatsregierung.

12. Oktober 1986 – Dietmar Zierer gewinnt das Direktmandat

Schwandorf * Bei der bayerischen Landtagswahl verliert die CSU im Stimmkreis Schwandorf ihr Direktmandat. Der SPD-Politiker und entschiedene WAA-Gegner Dietmar Zierer setzt sich gegen den CSU-Kandidaten durch. Das Wahlergebnis gilt als deutliches politisches Signal gegen die WAA-Politik der Staatsregierung.



November 1986 – Baufortschritt und juristische Aufarbeitung

Wackersdorf - Schwandorf * Während die Arbeiten auf dem WAA-Gelände fortgesetzt und die Baustelleneinrichtungen erweitert werden, beschäftigen die zurückliegenden Proteste zunehmend Polizei und Justiz. Gegen zahlreiche Demonstranten laufen Ermittlungs- und Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Zugleich werden einzelne Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht. Sie betreffen unter anderem unverhältnismäßige Gewaltanwendung bei Demonstrationen, Räumungen und Festnahmen. Der WAA-Konflikt verlagert sich damit zunehmend vom Bauzaun in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

November 1986 – Die Ewige Flamme darf am Tag und in der Nacht brennen

München-Maxvorstadt * Der Stadtrat hebt die Sparmaßnahme, wonach die „Ewige Flamme“ im neuen Mahnmals auf dem Patz der Opfer des Nationalsozialismus nur an besonderen Gedenktagen beziehungsweise nur nachts brennen soll, wieder auf, weil damit die „wesentliche Symbolik des Mahnmals außer Kraft gesetzt“ würde. Damit wird eine mehr als peinlich zu bezeichnende Diskussion beendet.

26. Februar 1987 – Horst Seehofer will Aids-Kranke „konzentrieren“

Bonn * Horst Seehofer, aufstrebender CSU-Bundestagsabgeordneter, wird im Stern zitiert, dass er Aidskranke „in speziellen Heimen“ sammeln, sogar „konzentrieren“ will. Später lässt Seehofer übrigens ausrichten, dass man damals in der Aids-Politik noch auf der „Suche nach dem richtigen Weg“ gewesen sei. Der damalige Weg wäre inzwischen „längst überholt“.

Oktober 1987 – Gauweilers RAF-Vergleich verschärft den Konflikt

München * Der bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler stellt öffentlich eine Verbindung zwischen militanten Teilen des Widerstands gegen die WAA und der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) her. Vertreter der Bürgerinitiativen weisen den Vergleich zurück und betrachten ihn als Versuch, die Protestbewegung zu kriminalisieren. Die Äußerungen heizen die ohnehin angespannte Stimmung vor der Großdemonstration am 10. Oktober zusätzlich an und vertiefen die politische Konfrontation zwischen Staatsregierung und WAA-Gegnern.



November 1987 – Günter Tremmel baut am Auer Mühlbach ein Kleinkraftwerk

München-Untergiesing * Günter Tremmel baut bis zum Frühjahr 1988 ein damals einzigartiges, wasserbetriebenes Kleinkraftwerk, das mit seinen zwei Turbinen jährlich circa 1,3 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt, die in das Netz der Stadtwerke eingespeist werden. Mit dieser privaten Initiative erreicht der Mechanikermeister, dass etwa 620 Münchner Haushalte mit elektrischer Energie versorgt werden können. Die 850.000 DMark teure Investition benötige rund fünfzehn Jahre, bis sie schwarze Zahlen schreibt. Doch Günter Tremmel sieht in dem Kraftwerk mehr die Verwirklichung eines privaten Traumes und eine energiepolitische Zeichensetzung, als eine wirtschaftliche Investition. An der Südseite des Kleinkraftwerkes finden sich deshalb folgende Zeilen: „Untätig war des Wassers Lauf - und niemand achtete darauf Hier war die Wasserkraft vergessen, weil von Atomkraft man besessen Was doch des Menschen stolzer Wahn in der Natur zerstören kann Das möge man bedenken; in Zukunft sollte die Vernunft uns lenken Vergeßt nicht unsere Wasserkraft und laßt sie uns erhalten - Das mahnten schon die Alten.“

16. Dezember 1987 – Erich Riedl will Aids-Kranke „absondern“

Bonn * Der CSU-Politiker Erich Riedl spricht in der Münchner Abendzeitung im Zusammenhang mit Aids-Erkrankten von „absondern“.

21. Februar 1988 – Ein Gedenkstein für den Freistaat-Gründer

München-Kreuzviertel * Um das sich hinziehende Verfahren zu beschleunigen, greifen die Aktivisten des Vereins „Das andere Bayern“ erneut ein und führen wiederholt eine Kunst-Aktion Kurt Eisner durch. Sie setzen einen eigens gestalteten Gedenkstein in die Mitte des Gehwegs an der Kardinal-Faulhaber-Straße. Wieder an der Ermordungsstelle Kurt Eisner, also am authentischen Ort. Der Gedenkstein wird von der Polizei als Beweismittel beschlagnahmt. Daraufhin schenken ihn die Aktivisten der Landeshauptstadt München. Er befindet sich seither in der städtischen Asservatenkammer.

22. Februar 1988 – Sicherheitsbericht wird öffentlich ausgelegt

Wackersdorf * Der Sicherheitsbericht für die beantragte zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung wird öffentlich ausgelegt. Bürger, Gemeinden und Verbände können



die Unterlagen einsehen und bis zum 22. April 1988 Einwendungen gegen das Vorhaben erheben. Die Auslegung bildet die Grundlage für den späteren Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald. Trotz der möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen lehnt die bayerische Staatsregierung eine amtliche Auslegung der Unterlagen in Österreich ab. Dies verstärkt dort den politischen Widerstand gegen die WAA.

6. September 1988 – „Salzburger Protestspiele“ gegen die WAA

Regensburg * Österreichische WAA-Gegner veranstalten in Regensburg die „Salzburger Protestspiele“. Künstler, Musiker und Aktivisten bringen den grenzüberschreitenden Widerstand mit kulturellen und politischen Beiträgen zum Ausdruck. Zu den Mitwirkenden gehört der österreichische Musiker Falco. Die Veranstaltung unterstreicht die enge Zusammenarbeit zwischen der oberpfälzischen und der österreichischen Anti-Atom-Bewegung. Die genaue Abfolge und die einzelnen Spielorte innerhalb Regensburgs sind in den bislang ausgewerteten Quellen nicht eindeutig angegeben.

28. September 1988 – Verdacht auf manipulierte WAA-Gutachten

München-Haidhausen * SPD und Grüne beantragen im Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss. Er soll klären, ob Beamte des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen politischen Einfluss auf wissenschaftliche Gutachten zur WAA genommen haben. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Vorwurf, kritische Messwerte zur radioaktiven Belastung nicht ausreichend berücksichtigt oder nachträglich abgeschwächt zu haben. Der Landtag setzt den Untersuchungsausschuss am 2. Februar 1989 ein. Die Ausschussmehrheit und die Opposition gelangen später zu unterschiedlichen Bewertungen der Vorwürfe.

1. Oktober 1988 – Franz Josef Strauß bricht bei einem Jagdausflug zusammen

Jagdschloss Aschenbrennermarter * Nach einem Besuch des Münchner Oktoberfestes fliegt der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit einem Polizeihubschrauber zum Jagdschloss Aschenbrennermarter bei Altenthann, nordöstlich von Regensburg. Dort soll er auf Einladung von Johannes von Thurn und Taxis an einer Hirschjagd im Fürstlichen Thiergarten teilnehmen. Kurz nach der Landung bricht der 73-Jährige noch vor Beginn der eigentlichen Jagd zusammen. Nach ersten Wiederbelebensmaßnahmen wird er in das Krankenhaus der



Barmherzigen Brüder in Regensburg gebracht.

3. Oktober 1988 – Das Kurt-Eisner-Denkmal von Erika Maria Lankes wird akzeptiert

München * Im Bauausschuss einigt man sich, den Entwurf der Münchner Künstlerin Erika Maria Lankes für ein Kurt-Eisner-Denkmal zur Annahme zu empfehlen. Die prinzipiellen Bedenken gegen ein „Denkmal für einen Bürgerschreck“ sind in der Zwischenzeit offensichtlich überwunden.

Herausgekommen ist ein für Bayern typischer politischer Kuhhandel: ein ebenerdiges Bodendenkmal, eine lebensgroße in Eisen gegossene Umrisszeichnung des erschossenen Ministerpräsidenten auf dem Gehweg. Damals ist noch nichts von dem Hauptargument der Verhinderer der Stolpersteine zu hören, dass Antidemokraten und Faschisten ihre Springerstiefeln an dem ermordeten jüdischen Sozialdemokraten abwischen könnten.

3. Oktober 1988 – Tod von Franz Josef Strauß

Regensburg * Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß stirbt um 11:45 Uhr im Alter von 73 Jahren im Krankenhaus der Barmherzige Brüder in Regensburg. Mit seinem Tod verliert das WAA-Projekt seinen politisch einflussreichsten und entschiedensten Befürworter. Der Führungswechsel in der Bayerischen Staatsregierung verändert die politischen Rahmenbedingungen für das zunehmend umstrittene und wirtschaftlich belastete Großprojekt grundlegend. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wird Max Streibl.

27. Oktober 1988 – Greenpeace deckt Sicherheitslücken auf

Wackersdorf * Greenpeace-Aktivisten überwinden trotz der umfangreichen Sicherungsanlagen die Absperrungen des WAA-Baugeländes. Sie gelangen unbemerkt bis in das Innere der Baustelle und besetzen einen etwa 70 Meter hohen Baukran. Die spektakuläre Aktion führt die Sicherheitsvorkehrungen öffentlich vor und wirft die Frage auf, wie eine spätere Atomanlage zuverlässig gegen unbefugtes Eindringen oder Sabotage geschützt werden soll. Für Betreiber, Polizei und Staatsregierung bedeutet die Aktion einen erheblichen Ansehensverlust.

1. November 1988 – Künstler protestieren gegen die WAA

Wackersdorf * Beim „Tag der Künstler gegen Wackersdorf“ setzen Kulturschaffende aus Bayern



und Österreich ein öffentliches Zeichen für eine atomfreie Zukunft. An der grenzüberschreitenden Protestveranstaltung beteiligen sich unter anderem Künstler aus dem Umfeld des Salzburger Landestheaters. Kulturelle Beiträge, Gespräche und Aktionen verbinden den politischen Protest mit künstlerischen Ausdrucksformen.

28. November 1988 – Bundestagsfraktion der Grünen besucht Wackersdorf

Wackersdorf - Schwandorf * Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen besichtigen das WAA-Baugelände und informieren sich bei Bürgerinitiativen und örtlichen WAA-Gegnern über die Situation. Anschließend hält die Fraktion eine öffentliche Sitzung ab. Der Besuch unterstreicht, dass der Konflikt um Wackersdorf weiterhin ein bundespolitisches Thema ist.

1989 – Das Tivoli-Kraftwerk speist in das öffentliche Stromnetz ein

München-Englischer Garten - Hirschau * Das Tivoli-Kraftwerk speist 690 Kilowattstunden in das öffentliche Stromnetz ein.

2. Februar 1989 – Untersuchungsausschuss zu den WAA-Gutachten

München-Haidhausen * Der Bayerische Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss ein, der mögliche Manipulationen und politische Einflussnahmen auf wissenschaftliche Gutachten zur Wiederaufarbeitungsanlage klären soll. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Verdacht, Mitarbeiter des Umweltministeriums hätten auf die Bewertung von Messdaten eingewirkt. Der Ausschuss geht auf einen Antrag von SPD und Grünen vom 28. September 1988 zurück. Seine Arbeit führt später zu gegensätzlichen Bewertungen durch die CSU-Mehrheit und die oppositionelle Minderheit.

22. Februar 1989 – Der Streit um die „richtige Inschrift“ am Eisner-Bodendenkmal

München-Graggenau * Bei der Stadtrats-Sitzung stehen zwei Vorschläge für die „richtige Inschrift“ am Bodendenkmal für Kurt Eisner zur Auswahl. Während die Vertreter der verschiedenen Parteien rasch überein kommen, das ursprünglich vorgesehene „erschossen“ durch „ermordet“ zu ersetzen, entwickelt sich um die Verwendung der Begriffe „Freistaat“ und „Volksstaat“ eine scharf geführte Auseinandersetzung. Soll man nun Kurt Eisner als den



Begründer des Freistaates Bayern bezeichnen oder gründete er bloß den Volksstaat Bayern? Beide Begriffe wurden im Jahr 1918 gleichzeitig und synonym verwendet und sollten nichts anderes als Republik bedeuten. Aber im Rückblick will man den heute so geschätzten Begriff Freistaat nicht ausgerechnet einem linken Politiker zuschreiben. Dagegen denkt man bei Volksstaat eher an die Sprache des Dritten Reiches und der damaligen DDR. Der SPD-Vorschlag für die Gedenkplatte lautet: „Kurt Eisner. 1867 - 1919. Begründer des Freistaats Bayern und Ministerpräsident wurde am 21. Februar 1919 hier vor seinem Amtssitz ermordet.“ Es soll aber derjenige die Mehrheit erhalten, der das Reizwort Freistaat vermeidet. Der Vorschlag von Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier [CSU] setzt sich bei der Abstimmung mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und Grüne/ALM gegen die Stimmen der SPD durch. Die Inschrift auf der Gedenktafel - als die „offizielle Wahrheit“ - lautet deshalb: „KURT EISNER, DER AM 8. NOVEMBER 1918 DIE BAYERISCHE REPUBLIK AUSRIEF, NACHMALIGER MINISTERPRÄSIDENT DES VOLKSSTAATES BAYERN, WURDE AN DIESER STELLE AM 21. FEBRUAR 1919 ERMORDET.“

1. April 1989 – Bis zu 14 Tage Unterbindungsgewahrsam

Freistaat Bayern * Eine Novelle des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes tritt in Kraft. Sie verlängert den möglichen richterlich angeordneten Unterbindungsgewahrsam von bislang höchstens zwei auf bis zu 14 Tage. Betroffene können damit festgehalten werden, um erwartete Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verhindern. Die Staatsregierung begründet die Verschärfung unter anderem mit den Erfahrungen bei den Auseinandersetzungen um die WAA. Bürgerrechtsorganisationen und Oppositionsparteien kritisieren die Regelung als unverhältnismäßige „Vorbeugehaft“ und bezeichnen sie als „Lex Wackersdorf“.

17. April 1989 – Disziplinarverfahren gegen Schuierer eingestellt

München - Schwandorf * Das seit dem 22. Mai 1986 laufende Disziplinarverfahren gegen den Schwandorfer Landrat Hans Schuierer wird ohne disziplinarische Sanktion eingestellt. Das Verfahren steht im Zusammenhang mit seiner Weigerung, Genehmigungen für die WAA zu unterzeichnen, und mit seiner öffentlichen Opposition gegen das Projekt. Nach fast drei Jahren endet damit ein zentraler politischer Konflikt zwischen Schuierer und der Bayerischen Staatsregierung. Für die WAA-Gegner wird die Einstellung zu einem weiteren Zeichen dafür, dass die politische Durchsetzung des Projekts an Rückhalt verliert.



18. April 1989 – Streibl rückt erstmals von der WAA ab

München-Haidhausen * Ministerpräsident Max Streibl lässt in einer Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag erstmals ein deutliches Abrücken vom Bau der Wiederaufarbeitungsanlage erkennen. Er erklärt, er sei nie ein „heißer Verfechter der Kernenergie“ gewesen und werde für die WAA „gewiss nicht kämpfen“. Eine ausdrückliche Beendigung des Projekts verkündet Streibl an diesem Tag noch nicht. Seine Äußerungen markieren jedoch den politischen Kurswechsel der Staatsregierung: Bayern hält nicht länger bedingungslos an Wackersdorf fest und zeigt sich für die Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland offen.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

31. Mai 1989 – Baustopp - das Ende der WAA Wackersdorf

Wackersdorf * Die DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH (DWW), die Projektgesellschaft der DWK, stellt die Bauarbeiten auf dem WAA-Gelände offiziell ein. Zugleich verzichtet sie darauf, den Sofortvollzug der ersten Teilerrichtungsgenehmigung weiter in Anspruch zu nehmen. Das Haupttor der Baustelle wird symbolisch geschlossen. Nach jahrelangen Protesten, gerichtlichen Auseinandersetzungen und steigenden Kosten ist das WAA-Projekt damit praktisch beendet. WAA-Gegner versammeln sich am sogenannten Roten Kreuz und feiern den Baustopp zunächst noch mit vorsichtiger Freude. Der 31. Mai 1989 gilt als entscheidender Schlusspunkt der WAA Wackersdorf; die bundespolitische Absicherung folgt am 6. Juni.



6. Juni 1989 – Deutsch-französische Vereinbarung besiegelt das WAA-Aus

Bonn - Paris - La Hague * Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der französische Industrieminister Roger Fauroux vereinbaren, abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken künftig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandeln zu lassen. Gleichzeitig erkennt die Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland als gleichwertigen Entsorgungsnachweis an. Damit entfällt die rechtliche und energiepolitische Begründung für eine eigene deutsche Wiederaufarbeitungsanlage. Sechs Tage nach dem Baustopp ist das Ende der WAA Wackersdorf nun auch bundespolitisch besiegelt.

6. Oktober 1989 – Münchens Städtepartnerschaft mit Kiew

München - Kiew * Zwischen der ukrainischen Hauptstadt Kiew und München wird eine Städtepartnerschaft gegründet. Bei der Auswahl geht es dem Stadtrat um eine politische Entspannung und die Ost-West-Annäherung.

1991 – Umbenennung in Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK)

München-Kreuzviertel * Umbenennung der Münchner Wehrkundetagung in Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK).

4. März 1992 – SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt als Krampfhenne verunglimpft

Passau * Ministerpräsident Max Streibl bezeichnet die SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt beim Politischen Aschermittwoch in Passau als „Krampfhenne“.

18. September 1993 – Oberbürgermeister Christian Ude zapft erstmals beim Wiesn-Anstich an

München-Theresienwiese * Oberbürgermeister Christian Ude sticht erstmals zum Oktoberfest-Beginn im Schottenhamel-Festzelt das erste Fass Wiesnbier an. Alles steht bereit. Die Reporter und die Fernsehkameras sind positioniert. Da ruft der BR-Radioreporter Michael Stiegler plötzlich: „Hoit, des is ja a Linker.“ Damit meint er aber nicht die politische Heimat des Oberbürgermeisters. Christian Ude ist Linkshänder, und deshalb stehen die Medienvertreter alle auf der falschen Seite. Nachdem sich alle umorientiert haben, kann der



oberste Stadtrepräsentant seiner Aufgabe nachgehen. Er braucht dazu sieben Schläge.

16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...]“

1996 – Im Valentin-Haus soll „Münchens längste Theke“ entstehen

München-Au * Rudolph Moshhammer will im Valentin-Haus in der Zeppelinstraße 41 „Münchens längste Theke“ unterbringen. Die Haidhausen-Auer Stadtteilpolitiker laufen gegen das Projekt Sturm.

3. Juli 1998 – Der Max-Weber-Platz wird in Max-Weber-Platz umbenannt

München-Haidhausen * Am Vormittag versammeln sich unter einem Straßenschild der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, einige Lokalpolitiker und Soziologiestudenten, um bei strömenden Regen auf dem ehemaligen Max-Weber-Platz feierlich eine Tafel zu enthüllen, die kundtat, dass dieser Platz ab sofort Max-Weber-Platz heißt. Was hier um 11:17 Uhr vollzogen wird, hätte Karl Valentin nicht besser erfinden können.



1999 – Horst Teltschik wird Vorsitzender der Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Der Wirtschaftsmanager und Politiker Horst Teltschik (CDU) übernimmt von Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin den Vorsitz der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK).

Oktober 2002 – Der Giftschränk in der Bayerischen Staatsbibliothek wird geöffnet

München-Maxvorstadt * Der sogenannte „Giftschrank“ in der Bayerischen Staatsbibliothek wird geöffnet. Er beinhaltet in der Hauptsache erotische Literatur, aber auch unliebsame politische oder kirchenkritische Schriften, die seit dem frühen 19. Jahrhundert zensiert, verboten, von der Polizei und Gerichten abgegeben und gesammelt wurden.

3. April 2003 – Eine Kunstaktion im Luftschutzbunker

München-Untergiesing * Bevor die Umbaumaßnahmen für das Projekt „Wohnen im Turm“ beginnen, muss erst eine mehrmonatige Wartezeit überbrückt werden. Das geschieht mit einer „Kunstaktion“ unter dem Titel „120 Tage Kunst im Bunker“. Die Eigentümer verfolgen mit dieser Aktion das Ziel, einerseits das Image des „Betonkastens aus Kriegszeiten“ zu verbessern, andererseits wollen sie „durch die Kunst versuchen, das bedrückende des Bunkers aufzubrechen und ihn bis zur tatsächlichen Bautätigkeit mit Leben zu füllen“. Die Kunstaktion dauert bis zum 26. Juli. Dabei herrscht eine breite Übereinstimmung. Doch mit dem anschließenden Genehmigungsverfahren der Umbauplanung scheiden sich wieder die Geister. Während sich Rathauspolitiker von der „Bunker-Kreativität“ begeistert zeigen, melden Architektur- und Denkmalschutzexperten ihre Bedenken an. Und obwohl das Gebäude gar nicht unter Denkmalschutz steht, meinen sie, dass „so ein Bunker fast das Einzige [sei], das uns heute noch an den Krieg erinnert“. So ein „Wehrbau“ habe deshalb eine ebenso hohe Aussagekraft wie eine Stadtmauer oder eine Burg.

15. Juli 2003 – Umwidmung der Klugstraße gefordert

München-Neuhausen * Die Geschichtswerkstatt Neuhausen stellt beim Bezirksausschuss den Antrag auf Umwidmung der Klugstraße. Als würdiger Namensgeber der Straße wird der Physiker Joseph Klug (1862 - 1925) vorgeschlagen, der vor allem durch seine Publikationen über Galilei bekannt geworden ist, nachdem er zuvor namhafte Arbeiten zur physikalischen Chemie



beigesteuert hat. Der Bezirksausschuss nimmt den Antrag einstimmig an. Das in München für Straßenbenennungen zuständige Vermessungsamt lehnt - aufgrund eines Prüfberichts des Stadtarchivs - die Umwidmung ab, da „die gegen Klug erhobenen Vorwürfe rückblickend und im damaligen politischen Kontext betrachtet, nicht so gewichtig erscheinen, dass man die nach ihm benannte Straße zwingend umwidmen müsste“.

2005 – Aufruhr um die Plastikmass

2005: München * Der Löwenbräu-Festwirt Ludwig „Wiggerl“ Hagn schlägt vor, auf dem Oktoberfest versuchsweise Masskrüge aus Kunststoff einzusetzen. Die Idee stößt auf heftigen Widerstand. Dabei liegen die praktischen Vorteile für Hagn auf der Hand: Kunststoffkrüge sind fast einen Kilogramm leichter als Glaskrüge, nahezu unzerbrechlich und lassen sich nach dem Spülen schneller abkühlen. Auch die Bedienungen müssten deutlich weniger Gewicht tragen. Hagn verweist auf die Bilanz des vorausgegangenen Oktoberfests: Rund 36.000 Masskrüge sind in seinem Festzelt abhandengekommen; viele werden als Souvenir mitgenommen, ein großer Teil geht jedoch zu Bruch. Nach seinen Angaben liegen zuletzt mehr als 26 Tonnen Glasscherben auf dem Zeltboden. Auch die Polizei begrüßt den Vorschlag, da gläserne Masskrüge bei Auseinandersetzungen als gefährliche Waffen eingesetzt werden können. Für viele Münchner und Wiesnwirte gehört der schwere Glaskrug jedoch untrennbar zum Oktoberfest. Sie vermissen vor allem das vertraute Klirren beim Anstoßen und fürchten um die Tradition der Wiesn. Hagn macht den geplanten Versuch schließlich von der Zustimmung der Gäste abhängig. Die Kunststoffmass setzt sich nicht durch.

26. September 2005 – Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attentat

München - Berlin - Wiesbaden * Am 25. Jahrestag des Wiesn-Attentats bringen mehrere Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen, darunter mehrere Münchner Stadträte sowie Landes- und Bundespolitiker der SPD, im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens ein. Der Antrag findet keine politische Mehrheit und wird vom Bundeskriminalamt - BKA abschlägig beschieden.

2006 – Die Garagenbrauer im „Giesinger Bierlaboratorium“ machen Ernst

München-Untergiesing * Die Garagenbrauer im „Giesinger Bierlaboratorium“ in der Birkenau 5 machen aus einem Hobby ihren Beruf. Sie beginnen mit einer 100-Hektoliter-Anlage. Die



Brauanlage besteht im Wesentlichen aus einer umgebauten Doppelgarage, einem Gärkeller und einem darunterliegenden Lagerkeller.

2006 – Die Giesinger Brauerei wird erstmals erweitert

München-Untergiesing * In der Giesinger Brauerei wird erweitert und die Kapazität durch eine 1.000-Hektoliter-Anlage ersetzt. Das ist der offizielle Beginn der kleinen Münchner Privatbrauerei, die damit zur zweitgrößten Privatbrauerei Münchens aufsteigt - gleich nach der Augustiner Brauerei mit circa 1,1 Millionen Hektolitern.

24. April 2006 – Der Kirchenaustritt stellt den Tatbestand des Schismas dar

Würzburg * Die Deutsche Bischofskonferenz stellt in einer Erklärung fest, dass der Austritt aus der katholischen Kirche den Tatbestand des Schismas darstellt und die Strafe der Exkommunikation nach sich zieht.

12. August 2006 – Mit dem Papa-Mobil zum Christopher-Steet-Day

München-Isarvorstadt * Dietmar Holzapfel, der Wirt der Deutschen Eiche nimmt mit einem provokant-politischen Wagen am Christopher-Steet-Day teil. Mit seinem Papa-Mobil sorgt er dabei für einen Skandal.

2. Februar 2007 – Kardinal Wetter tritt als Erzbischof zurück

München-Kreuzviertel * Kardinal Wetter tritt als Erzbischof aus Altersgründen zurück. Gleichzeitig wird er zum Apostolischen Administrator für das Erzbistum München und Freising ernannt.

2008 – Wolfgang Ischinger übernimmt den Vorsitz der Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Umbenennung der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK) in Münchner Sicherheitskonferenz * Munich Security Conference (MSC). Der Botschafter Wolfgang Ischinger übernimmt von Horst Teltschik den Vorsitz der Münchner



Sicherheitskonferenz.

8. Juni 2009 – Die Nährwertprofile verschwinden in der Schublade

Brüssel * Nach der Europawahl verfolgt die Europäische Kommission die Einführung der gesetzlich vorgesehenen Nährwertprofile nicht weiter. Der Widerstand aus Teilen der Politik sowie der Lebensmittelwirtschaft ist groß. Insbesondere die geplanten Grenzwerte für traditionelle Lebensmittel wie Brot sorgen für anhaltende Kontroversen. Die ursprünglich bis Januar 2009 angekündigten Nährwertprofile werden deshalb nie verabschiedet. Damit entfällt auch die vorgesehene Einschränkung, gesundheits- und nährwertbezogene Werbeaussagen an die Gesamtzusammensetzung eines Lebensmittels zu knüpfen. Hersteller können daher – sofern die jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind – weiterhin mit einzelnen Aussagen wie „ballaststoffreich“ oder „reich an Vitamin C“ werben, auch wenn ein Produkt insgesamt viel Zucker, Fett oder Salz enthält. Die Nährwertprofile, die die Europäische Union bereits 2006 beschlossen hatte, sind bis heute nicht eingeführt.

2011 – Nur noch 60 Prozent Christen in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland * Der Anteil der Christen an der Bevölkerung in Deutschland sinkt innerhalb von fünf Jahren um drei Prozent. Die evangelischen Kirchenmitglieder sinken in diesem Zeitraum um gut zwei Millionen auf 23,6 Millionen. Die Zahl der Katholiken sinkt um gut 1,5 Millionen auf 24,5 Millionen. Von rund 80 Millionen Bewohnern Deutschlands sind nur mehr 48,1 Millionen christlichen Glaubens. Das sind sechzig Prozent.

2012 – In Deutschland gibt es über 1.300 Brauereien

Bundesrepublik Deutschland * In Deutschland setzen die mehr als 1.300 Brauereien rund 96 Millionen Hektoliter Bier ab.

2013 – Der Bayer trinkt im Jahr immerhin 135 Liter Bier

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es 1.340 Brauereien. Davon befinden sich 622 in Bayern, alleine 163 in Oberfranken, womit die Region rund um Bayreuth und Hof Nummer eins in Bayern ist. Die bayerischen Brauereien haben 22 Millionen



Hektoliter Bier verkauft. 4,4 Millionen Hektoliter sind in den Export gegangen, ein Rekordergebnis. Gerade die Chinesen trinken sehr gerne und immer mehr Bier aus Bayern. Während in ganz Deutschland immer weniger Bier verkauft wird, kann in Bayern der Absatz noch um 0,7 Prozent gesteigert werden. Im Jahr 2013 trinkt jeder Deutsche im Durchschnitt 108 Liter. Der Bayer schafft immerhin 135 Liter. Der unangefochtene europäische Biertrink-Spitzenreiter ist Tschechien, gefolgt von Deutschland und Österreich.

7. Februar 2013 – Die 20-jährige Leniata Kepari wird bei lebendigem Leib als Hexe verbrannt

Mount Hagen * In Mount Hagen in Papua Neu-Guinea wird die zwanzigjährige Leniata Kepari bei lebendigem Leib als Hexe verbrannt. Die junge Frau soll einen Knaben verhext haben. Der Sechsjährige hat zuvor über Schmerzen in Magen und Brust geklagt und ist daraufhin in das Krankenhaus gebracht worden. Am nächsten Tag stirbt er. Die Männer ziehen die mutmaßliche Hexe aus, foltern sie mit einer erhitzten Eisenstange, fesseln sie und übergießen sie mit Benzin. Danach wird Kepari Leniata ins Feuer geworfen. Sie verbrennt bei lebendigem Leib. Bilder zeigen sie unter einem brennenden Lkw-Reifen, der offenbar noch auf sie geschmissen wurde. Sie selbst ist Mutter eines acht Monate alten Mädchens. Polizisten und Feuerwehrleute schreiten nicht ein. Angeblich lässt die Meute ihr Einschreiten nicht zu.

21. Juli 2013 – Eine Gedenktafel für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht

München-Haidhausen * Auf dem Gelände des Ostbahnhofs wird eine Gedenktafel auf Privatgrund für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht. Zehn Jahre hat der Kampf zwischen den Stadtteilpolitikern und einem Politikwissenschaftler und der Landeshauptstadt andauert.

6. Oktober 2013 – Das Oktoberfest 2013 endet. Das Fazit.

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest 2013 endet. Das Fazit lautet: In 16 Tagen besuchten 6,4 Millionen Besucher die Wiesn, davon kamen 540.000 Gäste auf die Oide Wiesn. Der Konsum und damit die Umsätze waren zum Teil stark rückläufig. 6,7 Millionen Mass Wiesnbier wurden getrunken. 114 Ochsen wurden in der Ochsenbraterei verzehrt, in der Kalbs-Kuchl 58 Kälber verspeist. Insgesamt wurden 1.552 Straftaten bei der Polizei angezeigt. Es gab 492 Festnahmen. 449 Körperverletzungen wurden von der Polizei registriert. Die



Polizeistatistik weist 99 Gewalttaten (gefährliche Körperverletzungen) aus, worunter auch die 58 Masskrugschlägereien zählen. 44 Täter konnten sofort festgenommen werden. 6 Raubüberfälle wurden angezeigt und 46 Falschgelddelikte erfasst. 504 Taschendiebstähle. 78 Täter konnten gefasst werden. 16 Strafanzeigen wurden wegen Sexualdelikten gestellt, darunter wegen zwei Vergewaltigungen. 7.551 Hilfeleistungen mussten die Sanitäter und Ärzte leisten. 914 Patienten mussten ins Krankenhaus gebracht werden. 638 Wiesnbesucher mussten wegen Alkoholvergiftungen medizinisch überwacht werden. Der überwiegende Teil dieser Patienten ist zwischen 18 und 30 Jahren alt, etwa ein Drittel ist weiblich. 27 Personen waren jünger als 16 Jahre. 230 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz wurden registriert. 140 Mal musste der U-Bahnhof Theresienwiese gesperrt werden. 81.000 gestohlene Masskrüge werden den Besuchern wieder abgenommen. Rund 4.200 Fundstücke wurden im Wiesn-Fundbüro abgegeben. Darunter das obligatorische Gebiss. 22.221 Autofahrer wurden kontrolliert. Bei 473 Fahrzeugführern wurde Alkoholeinfluss festgestellt. Münchens Oberbürgermeister Christian Ude nahm nach 21 Jahren Abschied von der Wiesn.

2014 – Brauereien und Bierabsatz

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es insgesamt 1.352 Brauereien. Davon befinden sich 616 Braustätten in Bayern. Der Bierabsatz liegt in Deutschland bei 95.620.000 Hektoliter. Auf Bayern entfallen davon 23.131.000 Hektoliter.

12. Februar 2014 – Die Pink Panthers überfallen Chopard in der Maximilianstraße 11

München-Graggenau * Vermutlich die Pink Panthers, die erfolgreichste Diebesbande der Welt, überfällt gegen 11 Uhr das Juweliergeschäft Chopard in der Maximilianstraße 11. Der Überfall dauert nur Sekunden. Die Räuber zertrümmern mit einer Stoff umwickelten Axt die versperrte Eingangstüre, bedrohen den Sicherheitsmann mit einem Schraubenzieher, schlagen vier Vitrinen ein und erbeuten hauptsächlich Uhren und Schmuck von noch unbekanntem Wert. Anschließend flüchten die fünf Männer zu Fuß in verschiedene Richtungen. Die Räuber haben aber nicht mit den Münchnern gerechnet, die sofort die Verfolgung aufnehmen und über ständigem Handy-Kontakt mit der Einsatzzentrale der Polizei kommunizieren. Nur knapp 20 Minuten später werden vier Jugendliche in der Nähe des Viktualienmarktes festgenommen. Dem fünften Täter gelingt scheinbar die Flucht. Die Polizei nimmt zusätzlich zwei Serben fest. Die Räuber sind noch halbe Kinder: ein 14-jähriger Ukrainer und drei 15 und 16 Jahre alte Moldawier, dazu die 27 und 32 Jahre alten Serben. Ob die Tat wirklich den Pink Panthers zugeordnet werden kann, ist unter den gegebenen Umständen



fraglich.

13. März 2014 – Das Landgericht verurteilt Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung

München * Die Steuerschuld des Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß hat sich um weitere 1,26 Millionen Euro erhöht. Der Solidaritätszuschlag muss noch einberechnet werden. Die Summe kann noch weiter steigen, weil sie von den Steuerfahndern bisher nur überschlägig berechnet worden ist. Das Landgericht München II verurteilt Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 28,46 Millionen Euro zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Die Staatsanwaltschaft hat fünfeinhalb Jahre Haft gefordert. Die Anwälte des FC-Bayern-Präsidenten kündigen umgehend Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe an. Bis das Urteil rechtskräftig ist, bleibt Uli Hoeneß auf freiem Fuß.

8. April 2014 – Das Nacktbaden in der Stadt wird in 5 Bereichen zugelassen

München * Nachdem das Bayerische Innenministerium im Herbst 2013 die Badeverordnung hat auslaufen lassen, endet in Bayern auch der darin enthaltene „Zwang zur Badekleidung“. Das Münchner Kreisverwaltungsreferat will das Nacktbaden in der Stadt auf insgesamt fünf Bereiche festschreiben. Das sind jene Orte, an denen der hüllenlose Bade- und Sonnengenuss auch bisher schon erlaubt war und deren Adressen sich seit Jahren in diversen Reiseführern wiederfinden. Gerade die Nackerten im Englischen Garten sind - vor allem bei Besuchern aus Ländern, in denen solche textilfreien Zonen als „unsittlich“ gelten - eine bekannte Touristenattraktion. Und das sind die künftigen Nackerten-Paradiese: Im Englischen Garten auf der Schöpfungswiese hinterm Haus der Kunst, innerhalb des Ovals der Reitbahn. Die sogenannte „Poebene“. In der Schwabinger Bucht, zwischen Sulzbrücke und Alte-Heide-Steg im nördlichen Teil des Englischen Gartens. Am Ostufer der Isarinsel Oberföhring. Bei Maria Einsiedel im westlichen Hochwasserbett der Isar. An der Brudermühlbrücke im östlichen Hochwasserbett der Isar bis hinauf zur Braunauer Eisenbahnbrücke. Am Südufer des Feldmochinger Sees dürfen die Münchner auch künftig auf ihre Badekleidung verzichten. Und selbst am Flaucher, dem Nacktbadestrand Nummer Eins, an dem bisher - sehr zur Verwunderung der Stadtpolitiker - Textilzwang bestand, dürfen jetzt offiziell die letzten Hüllen fallen.

27. April 2014 – Papst Franziskus spricht zwei Päpste heilig



Rom-Vatikan * Papst Franziskus spricht zwei Päpste heilig. Papst Johannes XXIII. und Papst Johannes Paul II. werden unter den 839 Heiligen aufgenommen, die seit 1594 formal anerkannt sind. Sie gelten als Vorbilder eines christlich geführten Lebens und dürfen von den Katholiken in Gebeten angerufen werden.

6. Mai 2014 – Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz klagt gegen den Entzug seiner Schanklizenz

München * Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz klagt gegen den Entzug seiner Schanklizenz zum 1. Juni für den Andechser am Dom gegen das Kreisverwaltungsreferat. Sepp Krätz' Rechtsbeistand ist Peter Gauweiler.

5. Oktober 2014 – Das Oktoberfest 2014 endet

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest 2014 endet. Das Fazit lautet: In 16 Tagen besuchten 6,3 (6,4) Millionen Besucher die Wiesn, davon kamen 610.000 (540.000) Gäste auf die Oide Wiesn. Der Konsum und damit die Umsätze waren zum Teil rückläufig. (Zahlen in Klammer = 2013) 6,5 (6,7) Millionen Mass Wiesnbier wurden getrunken. 112 (114) Ochsen wurden in der Ochsenbraterei verzehrt, in der Kalbsbraterei 48 (58) Kälber verspeist. Insgesamt wurden 1.290 (1.552) Straftaten bei der Polizei angezeigt. 398 (449) Körperverletzungen wurden von der Polizei registriert. Die Polizeistatistik weist 36 (58) Masskrugschlägereien auf. 3.603 (7.551) Hilfeleistungen mussten die Sanitäter und Ärzte leisten. 681 (638) Wiesn-Besucher mussten wegen Alkoholvergiftungen medizinisch überwacht werden. Der überwiegende Teil dieser Patienten ist zwischen 18 und 30 Jahren alt, etwa ein Drittel ist weiblich. (230) Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz wurden registriert. 150 (140) Mal musste der U-Bahnhof Theresienwiese gesperrt werden. 112.000 (81.000) gestohlene Masskrüge werden den Besuchern wieder abgenommen. 3.646 (rund 4.200) Fundstücke wurden im Wiesn-Fundbüro abgegeben. Darunter das obligatorische Gebiss. Wasserverbrauch: 115.000 Kubikmeter Gasverbrauch: 220.000 Kubikmeter Stromverbrauch: 2,98 Millionen Kilowattstunden

6. November 2014 – Der Giesinger Bräu nimmt seinen Braubetrieb in Obergiesing auf

Obergiesing * Der Brauereibetrieb im Giesinger Bräu in der Martin-Luther-Straße 2, direkt gegenüber der Heilig-Kreuz-Kirche, nimmt seine Tätigkeit auf. Die Giesinger Brauer schreiben mit dem Bauvorhaben ein Stück Münchner Biergeschichte. Am neuen Standort kann die Kapazität



bereits in der ersten Ausbaustufe auf 5.000 Hektoliter pro Jahr gesteigert werden. Das Gebäude gehört den Stadtwerken, die Brauer ziehen als Mieter ein. 2,8 Millionen Euro investierte der Giesinger Bräu in sein neues Brauhaus. Das neue Brauhaus samt Bierstüberl und Freischankfläche breitet sich auf einer Fläche von 600 Quadratmetern aus. Die Gäste im 60 Plätze fassenden Bräustüberl können durch ein riesiges Panoramafenster in die Brauerei und die Flaschenabfüllanlage schauen. In zwei weiteren Schritten soll danach die Braukapazität auf bis zu 13.000 Hektoliter jährlich erhöht werden. Eine erhöhte Freischankfläche, sowie eine Rampe, über die Lkw Malz liefern und das Bier für die Getränkemärkte abholen können, ergänzen den Braubetrieb. Am neuen Ort ist genügend Platz für Fassbier. Bisher füllte die Brauerei ihr Bier vor allem in Flaschen ab.

22. Dezember 2014 – Demonstration für Völkerverständigung - gegen Fremdenhass

München-Graggenau * Auf dem Max-Joseph-Platz demonstrieren nach Polizeiangaben mindestens 12.000, nach Aussagen der Veranstalter um 20.000 Münchner für Humanität, Respekt und Vielfalt und gegen die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Parolen der PEGIDA-Bewegung und gegen die Islamisierung des Abendlandes. Organisiert hat die Veranstaltung die Initiative Bellevue di Monaco um Till Hofmann, Alex Rühle, Matthias Weinzierl und andere. Auf der Bühne stehen Künstler wie Konstantin Wecker, die Sportfreunde Stiller, Koflgschroa, Ami Warning, The Notwist sowie die Kabarettisten Christian Springer, Max Uthoff, Claus von Wagner, Michael Mittermeier, Georg Ringsgwandl und andere. Dieter Reiter kommt in seiner Funktion als Münchner Oberbürgermeister. In seiner Ansprache sagt er: „Die Teilnahme an einer Demonstration ist eine bewusste Entscheidung und damit tragen die Teilnehmer auch eine Verantwortung. Aus dieser Verantwortung dürfen wir die Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen nicht entlassen“. Am Ende der Demonstration singen Tausende Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude“. Die Hymne des Abends heißt „Freude schöner Götterfunke“.

4. Oktober 2015 – Das Oktoberfest 2015 endet

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest 2015 endet. Das Fazit lautet: In 16 Tagen besuchten 5,9 (6,3) Millionen Besucher die Wiesn, davon kamen 535.000 (570.000) Gäste auf die Oide Wiesn. Der Konsum und damit die Umsätze waren zum Teil rückläufig. (Zahlen in Klammer = 2014.) 7,3 (7,7) Millionen Mass Wiesnbier wurden getrunken. 114 (112) Ochsen wurden in der Ochsenbraterei verzehrt. Insgesamt wurden 1.191 (1.290) Straftaten bei der Polizei angezeigt. 372 (398) Körperverletzungen wurden von der Polizei registriert. Die Polizeistatistik



weist 47 (36) Masskrugschlägereien aus. 3.312 (3.617) Hilfeleistungen mussten die Sanitäter und Ärzte leisten. 628 (681) Wiesn-Besucher mussten wegen Alkoholvergiftungen medizinisch überwacht werden. 121 (150) Mal musste der U-Bahnhof Theresienwiese gesperrt werden. 110.000 (112.000) gestohlene Masskrüge werden den Besuchern wieder abgenommen. 2.948 (3.646) Fundstücke wurden im Wiesn-Fundbüro abgegeben. Wasserverbrauch: 120.000 (115.000) Kubikmeter Gasverbrauch: 220.000 (220.000) Kubikmeter Stromverbrauch: 2,89 (2,98) Millionen Kilowattstunden

11. März 2016 – Keith Emerson stirbt durch Selbstmord

Santa Monica * Der britische Keyboarder Keith Emerson, Mitbegründer der Bands Nice und Emerson, Lake and Palmer, ist in Santa Monica in Kalifornien gestorben. Die Polizei geht von Selbstmord des 71-jährigen durch Erschießen aus.

3. Oktober 2017 – Das Oktoberfest 2017 endet

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest 2017 endet. Das Fazit lautet: In 18 Tagen besuchten angeblich 6,2 Millionen Besucher [2016: 5,6 in 17 Tagen, 2015: 5,9 in 16 Tagen, 2014: 6,3 in 16 Tagen] die Wiesn. 2017 gab es keine Landwirtschaftsausstellung, dafür eine Oide Wiesn. Im Jahr 2017 besuchten 480.000 Gäste [2015: 535.000] die Oide Wiesn. Der Konsum - und damit der Umsatz - hat sich erholt. [Zahlen in Klammer = 2016 - 2015 - 2014.] 7,5 Millionen Mass Wiesnbier [6,1 - 7,3 - 7,7] wurden getrunken. 127 Ochsen [109 - 114 - 112] wurden in der Ochsenbraterei verzehrt. Insgesamt wurden 1.162 Straftaten [1.067 - 1.191 - 1.290] bei der Polizei angezeigt. 314 Körperverletzungen [331 - 372 - 398] wurden von der Polizei registriert. Die Polizeistatistik weist 49 Masskrugschlägereien [42 - 47 - 36] aus. 3.449 Hilfeleistungen [3.897 - 3.312 - 3.617] mussten die Sanitäter und Ärzte leisten. 670 Wiesn-Besucher [593 - 628 - 681] mussten wegen Alkoholvergiftungen medizinisch überwacht werden. ?? [35 - 121 - 150] Mal musste der U-Bahnhof Theresienwiese gesperrt werden. 120.000 gestohlene Masskrüge [96.000 - 110.000 - 112.000] wurden den Besuchern wieder abgenommen. 4.055 Fundstücke [2.915 - 2.948 - 3.646] wurden im Wiesn-Fundbüro abgegeben.

28. Februar 2018 – Luise Kinseder tritt letztmals als Mama Bavaria auf

München-Au * Luise Kinseder, die seit dem Jahr 2011 beim Salvator-Anstich auf dem



Nockherberg den Politikern als „Mama Bavaria“ die Leviten las, nimmt Abschied von dieser Rolle. Die Politiker, Künstler und die sonst noch zum erlauchten Kreis der geladenen Gäste gehören, feiern sie darauf mit stehenden Ovationen.

24. Juni 2018 – Saudi Arabien erlaubt den Frauen das Autofahren

Saudi Arabien * Saudi Arabien erlaubt als letztes Land der Welt den Frauen das Autofahren. Dazu mussten seit September 2017 die notwendigen praktischen Voraussetzungen geschaffen werden - etwa um Fahrlehrerinnen einzustellen und Verkehrspolizisten im Umgang mit Frauen im Straßenverkehr zu schulen. Von einer Gleichberechtigung von Mann und Frau ist das Land jedoch noch weit entfernt.

7. Oktober 2018 – Das Fazit der Wiesn 2018

München-Theresienwiese * Das Oktoberfest 2018 endet. Das Fazit lautet: In 16 Tagen besuchten 6,3 Millionen Besucher [2017: 6,2 Millionen in 18 Tagen; 2016: 5,6 in 17 Tagen; 2015: 5,9 in 16 Tagen; 2014: 6,3 in 16 Tagen] die Wiesn. 2018 gab es keine Landwirtschaftsausstellung, dafür eine Oide Wiesn. Im Jahr 2018 besuchten 500.000 Gäste [2016: 480.000; 2015: 535.000] die Oide Wiesn. Der Konsum - und damit der Umsatz - hat sich erholt. [Zahlen in Klammer = 2017 - 2016 - 2015 - 2014.] 7,5 Millionen Mass Wiesnbier [7,6 - 6,1 - 7,3 - 7,7] wurden getrunken. 124 Ochsen [127 - 109 - 114 - 112] wurden in der Ochsenbraterei verzehrt und 48 Kälber [59 - xx - 50 - xx] in der Kalbsbraterei. Insgesamt wurden 924 Straftaten [1.162 - 1.067 - 1.191 - 1.290] bei der Polizei angezeigt. 62 Sexualdelikte [42] auf dem Festgelände, davon vier Vergewaltigungen. xxx Körperverletzungen [314 - 331 - 372 - 398] wurden von der Polizei registriert. Bei einer Schlägerei am 28. September war ein Todesfall zu verzeichnen. Die Polizeistatistik weist 27 Masskrugschlägereien [36 - 42 - 47 - 36] aus. 3.333 Hilfeleistungen [3.449 - 3.897 - 3.312 - 3.617] mussten die Sanitäter und Ärzte leisten. 717 Wiesn-Besucher [670 - 593 - 628 - 681] mussten wegen Alkoholvergiftungen medizinisch überwacht werden. ?? [?? - 35 - 121 - 150] Mal musste der U-Bahnhof Theresienwiese gesperrt werden. xx.xxx gestohlene Masskrüge [120.000 - 96.000 - 110.000 - 112.000] wurden den Besuchern wieder abgenommen. 2.685 Fundstücke [4.055 - 2.915 - 2.948 - 3.646] wurden im Wiesn-Fundbüro abgegeben.

31. Dezember 2018 – Augustiner erhöht seinen Bierumsatz um 2 Prozent



München * Der Ausstoß der Augustiner-Brauerei liegt im Jahr 2018 bei 1,63 Millionen Hektolitern. Das entspricht einem Plus von 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und lässt Augustiner auf Platz 11 unter den größten deutschen Brauereien landen.

6. Mai 2019 – Eine Gedenktafel für die ermordeten Kolpinggesellen

München-Maxvorstadt * Am Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5, dem Sitz des Sparkassenverbands Bayern, wird eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Ermordung von 21 Kolpinggesellen am 6. Mai 1919 enthüllt. Das Andenken an die grausamen Vorgänge vor 100 Jahren kam aufgrund einer Initiative von Frau Dr. Hella Schlumberger zustande. Zur Realisierung des Denkmals trägt das Kolpingwerk, die Versicherungskammer Bayern, der Sparkassenverband Bayern und die Landeshauptstadt München bei.

6. April 2022 – Von der Biotopfläche zum Brauereigelände

München-Giesing * Der Stadtrat beschließt, den Flächennutzungsplan von einer Biotopfläche in ein „Sondergebiet Brauerei“ zu ändern. Auf dem Gelände einer ehemaligen Tankstelle kann der Unternehmer Dietrich Sailer nun die Münchner-Kindl-Brauerei errichten. Die Fläche ist bereits versiegelt und wurde zuvor gewerblich als Tankstelle genutzt. Geplant ist eine Brauerei mit einer Jahresproduktion von bis zu 12.000 Hektolitern sowie eine Gastronomie mit 199 Sitzplätzen.

26. Oktober 2022 – Aktivisten der „Letzten Generation“ blockieren die Brienner Straße

München-Kreuzviertel * Gegen Mittag blockieren Aktivisten der „Letzten Generation“ die Brienner Straße am Odeonsplatz; die meisten haben sich mit einer Hand auf den Asphalt geklebt. Die Polizei nimmt 18 Personen mit und hält sie über Nacht fest.

28. Oktober 2022 – Angeklebt vor dem Justizpalast

München-Maxvorstadt * Kurz vor zwölf Uhr stoppen ein Dutzend Aktivisten den Verkehr vor dem Justizpalast, indem sie sich an der Ecke Karlsplatz und Prielmayerstraße auf die Straße stellen oder setzen. Der Jesuitenpriester Jörg Alt macht solidarisch mit. Er und ein weiterer Mann kleben sich fest.



29. Oktober 2022 – Klima-Aktivisten kleben bei BMW

München-Milbertshofen * Gegen elf Uhr lösen Aktivisten in der BMW-Welt Alarm aus: 14 kleben mit einer Hand an einem Sportwagen, einer filmt die Aktion. Die Polizei nimmt alle fest und beantragt einen Gewahrsam, der nach richterlicher Prüfung auch angeordnet wird: Zwei Wissenschaftler bleiben bis 1. bzw. 2. November in Haft, die übrigen bis zum 4. November, also eine Woche.

3. November 2022 – Klimaaktivisten kleben am Stachus

München-Kreuzviertel * Die „Letzte Generation“ setzt die Klimaproteste in München fort. Um 10:30 Uhr setzen und kleben sich 17 Aktivisten am Stachus auf die Straße und blockieren den Verkehr in beide Richtungen. Gegen 18:45 Uhr kommt es an gleicher Stelle zu einer weiteren Blockade, diesmal sind 15 Personen beteiligt. Weil sie schon am Vormittag mitgemacht haben und weitere Verkehrsstörungen ankündigen, beantragt die Polizei beim Amtsgericht erneut Gewahrsam. Der wird bei zwölf Personen für 30 Tage bis zum 2. Dezember angeordnet, die längstmögliche Dauer nach dem novellierten Bayerischen Polizeiaufgabengesetz. Zwei Aktivisten müssen am 4. November freigelassen werden, einer am 9. November.

21. November 2022 – Klimaaktivisten blockieren die Luitpoldbrücke

München-Bogenhausen * Die Luitpoldbrücke wird von Klimaaktivisten zweimal blockiert, zunächst um acht Uhr von neun Personen. Zwei behält die Polizei in Gewahrsam, eine bis zum 24. November, die andere bis zum 29. November. Sechs der Freigelassenen wiederholen die Aktion um 15 Uhr. Auch sie bleiben in Gewahrsam, drei bis zum 2. Dezember.

Januar 2026 – Die Breze wird zum Wahlkampfsymbol

Baden-Württemberg * Im Landtagswahlkampf greift Cem Özdemir die Bad Uracher Brezensage mit einem Augenzwinkern immer wieder auf. Demnach soll 1477 die Breze in Özdemirs Geburtsstadt Bad Urach erfunden worden sein. Das verleitet ihn zur Aussage: „Die beste Brezel ist schwäbisch.“ Der Grünen-Politiker nutzt die Uracher Sage bewusst als Symbol seiner regionalen Verbundenheit. Bei einzelnen Wahlkampfveranstaltungen wurde eine abwaschbare Brezel als Tattoo verteilt bzw. aufgetragen.



21. Mai 2026 – Die Gleichstellungsstelle will „Skandal um Rosie“ verbieten

Erlangen * Die Gleichstellungsstelle der Stadt Erlangen empfiehlt den Wirten der Bergkirchweih, zwölf Lieder mit aus Sicht der Gleichstellungsstelle problematischen oder diskriminierenden Inhalten nicht zu spielen – darunter ist auch „Skandal um Rosie“ der Spider Murphy Gang. Die Empfehlung der Erlanger Gleichstellungsstelle wirkt bemerkenswert paradox und geschichtsvergessen. Denn gerade dieses Lied entstand als satirischer Kommentar auf eine besonders strenge und moralisch aufgeladene Politik der frühen 1980er-Jahre. Was früher als übertriebene Sittenstrenge galt, erscheint heute in neuer Form zurückzukehren: Nicht mehr konservative Moralwächter entscheiden, was als anstößig gilt, sondern Teile einer modernen Sensibilitätskultur. Das Ergebnis ähnelt sich jedoch erstaunlich. Wieder werden Kunst und Musik vor allem danach bewertet, ob einzelne Begriffe oder Inhalte Anstoß erregen könnten.
